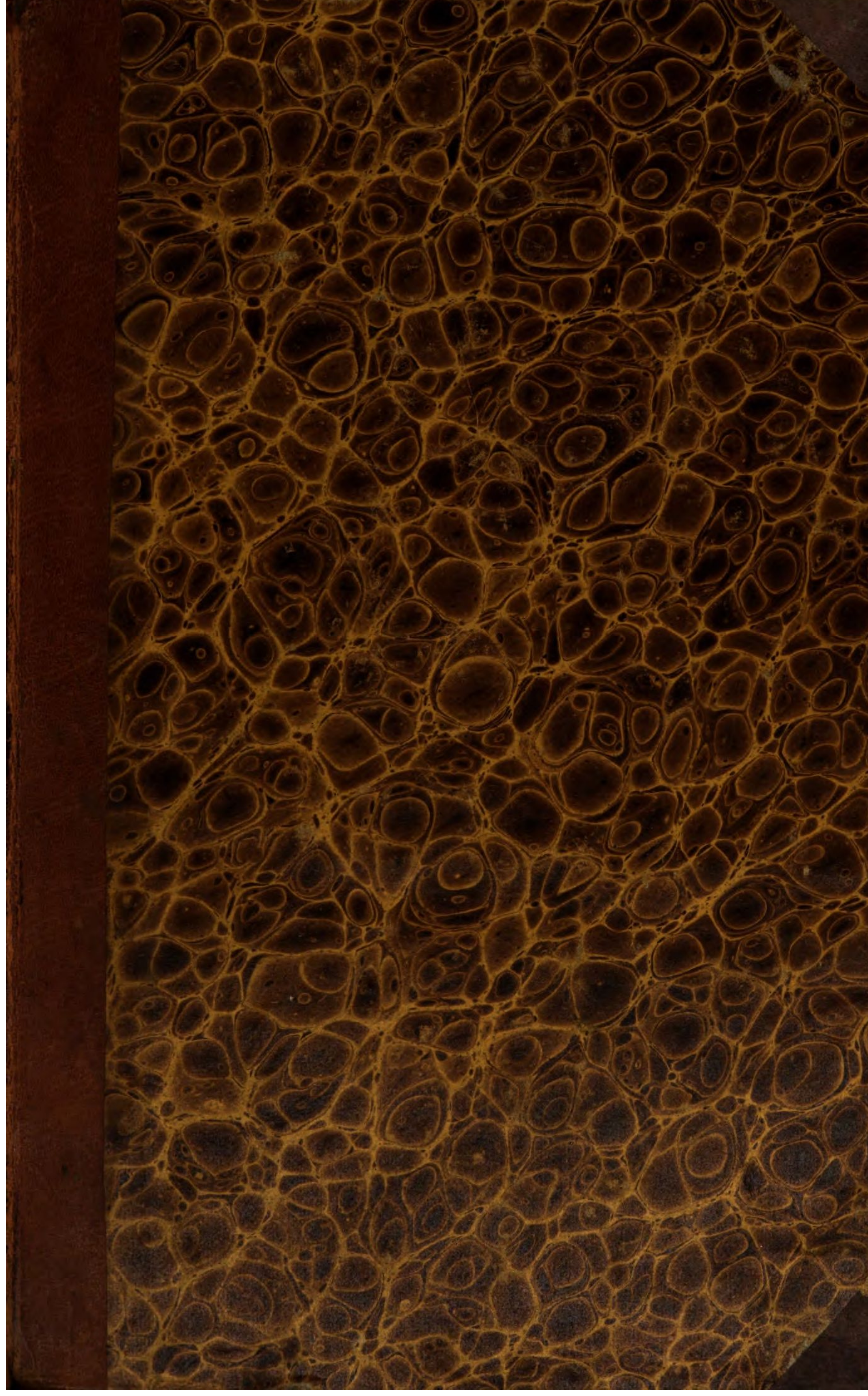




J. germ.

123 R - 10

Mankopf

<36639019900015

<36639019900015

Bayer. Staatsbibliothek

Ergänzungen und Abänderungen

der

Preussischen

Gesetz

oder

Gesetzlicher

aller

das Allg. Landrecht, die Allg. Gerichts-, Crimi-
nal-, Hypotheken- und Depositions-Ordnung, das
Stempelgesetz und die Gebührenordnungen ergän-
zenden, abändernden und erläuternden
Gesetze und königlichen Verordnungen,

verbunden mit einem Repertorium

der

Justiz-Ministerial-Handschriften

und

der in den Simon und v. Stampffschen Sammlungen von „Rechts-
sprüchen der Preuss. Gerichtshöfe“ und von „Entscheidungen des
Geh. Ober-Tribunals“ enthaltenen Urtheile

nach

den Ministerial-Verordnungen

bestehend

aus dem Jahr 1839 bis zum Schlusse des Jahres 1841

Landrecht, Criminal-, Civil-, Gerichts-, Hypotheken-, Depositions-, Stempel-

Gesetzgebung eines hohen Justiz-Ministerii

herausgegeben

von

A. J. Mannkopff

Königl. Preuss. Kammergerichts - Rath.

Berlin, 1841.

Im Verlage des Königl. Preuss. Kammergerichts.

Ergänzungen und Abänderungen
der
Preussischen
G e s e t z b ü c h e r
oder
S a m m l u n g
aller

**das Allg. Landrecht, die Allg. Gerichts-, Crimi-
nal-, Hypotheken- und Depositat-Ordnung, das
Stempelgesetz und die Gebührentaxen ergän-
zenden, abändernden und erläuternden**

Gesetze und Königlichen Verordnungen,
verbunden mit einem Repertorium

der
Justiz-Ministerial-Rescripte

und
der in den Simon und v. Strampffschen Sammlungen von „Rechts-
sprüchen der Preuss. Gerichtshöfe“ und von „Entscheidungen des
Geh. Ober-Tribunals“ enthaltenen Judicate

nach
den Materien der Gesetzbücher geordnet.

Mit
Genehmigung Eines Hohen Justiz-Ministerii
herausgegeben
von

A. J. Mannkopff,
Königl. Preuss. Kammergerichts - Rath.

Berlin, 1847.

Im Verlage der Nauckschen Buchhandlung.

156.D.

Ergänzungen und Abänderungen

der

Preussischen

Gesetzbücher.

Mit

Genehmigung Eines Hohen Justiz-Ministerii

herausgegeben

von

A. J. Mannkopff,

Königl. Preuss. Kammergerichts - Rath.

Zehnter Band

oder

Vierter Supplement-Band,

enthaltend

die seit dem Jahre 1839 bis zum Schlusse des Jahres 1846
erschienenen, auf die Allgem. Gerichts-, Criminal-,
Hypotheken- u. Depositat-Ordnung, das Stempel-
gesetz und die Gebührentaxen sich beziehenden Verord-
nungen, Justiz-Ministerial-Rescripte und Entscheidungen

nebst

dem chronologischen Repertorium zum IX. u. X. Bande.

Berlin, 1847.

Im Verlage der Nauckschen Buchhandlung.

Ge set z e
r e h e r
P r a s i d e n t
u n d A b s t a m m u n g e n

Genehmigung eines hohen Justiz-Ministerii
herausgegeben
von

A. J. Maukopf
Königl. Preuss. Kammergerichts - Rath.

Neunter Band

Verordnungen - Band

enthaltend

die seit dem Jahre 1839 bis zum Schlusse des Jahres 1846
erschienenen, auf die Allgem. Gerichts-, Criminal-,
Hypotheken- u. Deposital-Ordnung, das Stempel-
gesetz und die Gebührenlisten sich beziehenden Verord-
nungen, Justiz-Ministerial-Rescripte und Entscheidungen

dem chronologischen Repertorium zum X. Bande.



Ein Verzeichnis der handschriftlichen Bibliothek

Allgemeine Gerichtsordnung.

Einleitung §. 1. 1. a) C. O. v. 22. Decbr. 1838, betr. die anderweite Festsetzung der Competenzverhältnisse zwischen dem Ober-Appellations-Senat und den übrigen Senaten des Kammergerichts. G. S. 1839. S. 25. (s. B. VIII. S. 326.)

b) C. O. v. 14. Novbr. 1843, betr. die Competenz des Oberappellations-Senats des Kammergerichts zur Entscheidung in dritter Instanz in Injurien- und Untersuchungssachen, wenn die Oberlandesgerichte zu Stettin und Frankfurt in zweiter Instanz erkannt haben. Min. Bl. S. 294. v. K. Jhrb. B. 62. S. 516.

Zur Erledigung der in Ihrem Bericht v. 7. v. M. vorgetragenen Competenzfragen bestimme Ich, dass, bis zur anderweiten allgemeinen Regulirung der Competenz in Untersuchungssachen, der Oberappellations-Senat des Kammergerichts in allen Injurien- und Untersuchungssachen auf das Rechtsmittel, welches gegen ein von den zweiten Senaten der Oberlandesgerichte zu Stettin und Frankfurt in Folge eingelegter Aggravation verschärfend abgefasstes Erkenntniss zweiter Instanz angebracht worden ist, die Entscheidung in dritter Instanz zu übernehmen haben soll.

c) Vergl. C. O. v. 6. April 1842 auf den Bericht des Justizministers vom 12. März ej. wegen Entscheidung in zweiter Instanz auf ein, von einem incompetenten Gerichte des Kammergerichts-Departements abgefasstes Erkenntniss in fiscalischen Untersuchungssachen. Min. Bl. S. 167. v. K. Jhrb. B. 59. S. 633.

2. a) C. O. v. 22. Decbr. 1838, betr. die Feststellung der Competenzverhältnisse des Tribunals zu Königsberg und der Oberlandesgerichten zu Königsberg, Marienwerder und Insterburg. G. S. 1839. S. 26. (s. B. VIII. S. 327.)

b) Rescr. v. 14. Novbr. 1839, betr. die Competenzverhältnisse des Tribunals zu Königsberg. Min. Bl. S. 385. v. K. Jhrb. B. 54. S. 411.

c) C. O. v. 16. Novbr. 1846, betr. die Competenzverhältnisse zwischen dem Tribunal zu Königsberg und den Oberlandesgerichten zu Marienwerder und Königsberg. G. S. S. 515.

Die Verordnung vom 21. Juli d. J. über das Verfahren in Civilprozessen (G. S. No. 22. S. 291.) macht eine Abänderung der durch den Befehl v. 22. Decbr. 1838 (G. S. für 1839. S. 26.) bestimmten Competenzverhältnisse zwischen dem Tribunal des Kö-

nigreichs Preussen und den beiden Ober-Landesgerichten zu Marienwerder und Insterburg nothwendig. Demzufolge verordne Ich, dass den Ober-Landesgerichten zu Marienwerder und Insterburg vom 1. Decbr. d. J. ab die Entscheidung in zweiter Instanz zustehen soll:

- 1) in allen den Prozesssachen, welche im §. 13. der Verordnung über das Verfahren in Civilprozessen vom 21. Juli d. J. unter No. 1. bis 8. aufgeführt sind, und
- 2) in allen Untergerichts-Civilsachen, mit Ausnahme derjenigen, welche sich dem Objecte nach zur V. Colonne der Allgemeinen Gebührentaxe eignen.

Ich überlasse Ihnen, wegen Ausführung dieser Bestimmungen, welche an die Stelle der Vorschriften unter C. No. 7. bis 11. des Befehls vom 22. Decbr. 1838 treten und durch die G. S. bekannt zu machen sind, das Erforderliche zu verfügen.

3) C. O. v. 3. Decbr. 1841, betr. die Competenzverhältnisse zwischen den Senaten des Kammergerichts und bei den Obergerichten der Provinz Preussen, in Untersuchungen wegen Diebstahls und Raubes. G. S. S. 336. s. zur Cr. O. §. 13.

Einleitung §. 1. seqq. Gesetz v. 8. April 1847, über das Verfahren bei Competenzconflicten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden. G. S. S. 170.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen über das Verfahren bei Competenzconflicten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, für den ganzen Umfang der Monarchie, was folgt:

§. 1. Die Entscheidung der Competenzconflicte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden wird einer aus bleibenden Mitgliedern zu bildenden Behörde übertragen, welche unter dem Titel

„Gerichtshof zur Entscheidung der Competenzconflicte“ bestehen soll,

- 1) aus dem Präsidenten des Staatsraths,
- 2) aus dem Staatssecretair und neun anderen Mitgliedern des Staatsraths, von denen fünf Justizbeamte, die übrigen vier aber Verwaltungsbeamte sein müssen. Diese Mitglieder werden von Uns auf den Vorschlag des Präsidenten des Staatsraths ernannt.

§. 2. In rechtskräftig von den Gerichten entschiedenen Sachen kann der Competenzconflict nicht mehr erhoben werden; eben so wenig findet derselbe noch Statt, wenn in einem Prozesse, bei welchem eine Verwaltungsbehörde als Partei betheiligt ist, die von derselben aufgestellte Präjudizialeinrede der Unzulässigkeit des Rechtsweges rechtskräftig verworfen worden ist.

§. 3. Zur Erhebung des Competenzconflicts sind nur die Central- und die Provinzial-Verwaltungsbehörden befugt. Hält

eine untere Verwaltungsbehörde in einer zu ihrer Kenntniss kommenden Rechtssache die Erhebung des Competenzconflicts für erforderlich, so hat sie hiervon sofort der vorgesetzten Dienstbehörde Anzeige zu machen.

§. 4. Die Erhebung des Competenzconflicts erfolgt durch Uebersendung eines darüber abzufassenden motivirten Beschlusses der Verwaltungsbehörde an das Gericht, mit der Erklärung: dass der Competenzconflict erhoben werde, und mit dem Antrage:

das Rechtsverfahren bis zur Entscheidung über denselben einzustellen.

Besteht die Provinzialbehörde, welche den Conflict erheben will, aus mehreren Abtheilungen, so muss der Beschluss vom Plenum derselben gefasst werden.

§. 5. Sobald der Conflict auf diese Weise (§. 4.) erhoben ist, stellt das Gericht das Rechtsverfahren durch einen Bescheid, gegen welchen kein Rechtsmittel zulässig ist, einstweilen ein, und fertigt diesen Bescheid, nebst einer Abschrift des Beschlusses der Verwaltungsbehörde, den bei der Sache betheiligten Privatparteien mit dem Eröffnen zu, dass ihnen freistehe, sich binnen einer Präclusivfrist von vier Wochen über den Competenzconflict schriftlich zu erklären. Eine solche Erklärung muss von einem Rechtsanwalte unterzeichnet sein und nebst einer Abschrift derselben eingereicht werden.

§. 6. Nach dem Eingange der Erklärungen der Parteien lässt das Gericht die Abschriften derselben der Verwaltungsbehörde (§. 4.) zustellen und reicht sodann die Acten mit seinem Gutachten dem Justizminister ein.

Ist binnen der vierwöchentlichen Frist (§. 5.) keine Erklärung eingegangen, so hat das Gericht hiervon die Verwaltungsbehörde zu benachrichtigen und erst alsdann die Acten an den Justizminister zu befördern.

§. 7. Ist die Sache bei einem Untergerichte anhängig, so erstattet dasselbe den gutachtlichen Bericht (§. 6.) an das vorgesetzte Landes-Justizcollegium, welches ihn, unter Beifügung seines Gutachtens, dem Justizminister überreicht.

§. 8. Im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln treten in dem vorstehend (§§. 4—7.) angeordneten Verfahren folgende Abweichungen ein.

Wird in einer bei einem Friedensgerichte anhängigen Sache der Competenzconflict erhoben, so ist der im §. 6. gedachte Bericht von dem Friedensrichter an den Ober-Procurator des Landgerichts zu erstatten und von diesem alsdann gutachtlich an den Justizminister zu berichten.

Ist das Rechtsverfahren bei einem Landgerichte oder bei dem Appellationsgerichtshofe anhängig, so hat die Verwaltungsbehörde das Schreiben, mit welchem sie den Beschluss über die Erhebung des Conflicts mittheilt (§. 4.), nicht an das Gericht, sondern an den bei demselben angestellten Ober-Procurator oder General-

Procurator zu richten, welcher dem Gerichte sofort davon Mittheilung zu machen und, nach Abfassung des gerichtlichen Bescheides, durch den das Rechtsverfahren eingestellt ist (§. 5.), alle übrigen, in den §§. 5. und 6. den Gerichten vorgeschriebenen Handlungen vorzunehmen hat.

Dem an den Justizminister zu erstattenden Berichte hat der Ober-Procurator oder General-Procurator statt der Gerichtsacten, die von den Parteien einzufordernden Acten derselben, oder wenigstens die Ladung, ferner den Beschluss der Verwaltungsbehörde über die Erhebung des Conflicts (§. 4.), den Bescheid des Gerichts (§. 5.), die etwa eingegangenen Erklärungen der Parteien und die mit der Verwaltungsbehörde nach §. 6. geführte Correspondenz beizufügen.

§. 9. Die Provinzial-Verwaltungsbehörde ist verpflichtet, sobald sie von dem Gerichte entweder die Erklärungen der Parteien oder die Benachrichtigung empfangen hat, dass dergleichen Erklärungen nicht eingegangen sind (§. 6.), unter Ueberreichung der Acten, an den betheiligten Verwaltungschef gutachtlich zu berichten.

§. 10. Der Justizminister sendet die ihm eingereichten gerichtlichen Acten (§§. 6. und 8.) nebst seinen Bemerkungen über den Conflict, wenn er solche beizufügen für nöthig erachtet, an den im §. 1. genannten Gerichtshof, und setzt davon den betheiligten Verwaltungschef, unter Mittheilung jener Bemerkungen, in Kenntniss.

§. 11. Erachtet der Verwaltungschef den von der Provinzialbehörde erhobenen Competenzconflict für nicht begründet, so hat er davon den Gerichtshof (§. 1.) mit der Erklärung, dass der Antrag auf Einstellung des Rechtsverfahrens zurückgenommen werde, zu benachrichtigen. Der Gerichtshof sendet alsdann die Acten dem Justizminister zurück, und dieser veranlasst den Fortgang des Rechtsverfahrens.

§. 12. Hält dagegen der Verwaltungschef den Competenzconflict für begründet, so steht ihm frei, dem Gerichtshofe auch seine Bemerkungen zu übersenden; er hat dieselben aber dann auch dem Justizminister mitzutheilen.

§. 13. Die bei dem Gerichtshofe eingegangenen gerichtlichen Acten (§. 10.) werden dem Referenten zugestellt, sobald entweder eine Erklärung des betheiligten Verwaltungschefs eingegangen, oder eine achtwöchentliche Frist seit dem Tage verflossen ist, an welchem der Verwaltungsbehörde die zuletzt eingegangene Erklärung der Parteien, oder das Benachrichtigungsschreiben des Gerichts, dass keine solche Erklärungen eingegangen sind (§. 6.), zugestellt worden ist.

§. 14. Die Entscheidung des Gerichtshofes erfolgt auf den schriftlichen Vortrag eines Referenten und eines Correferenten. Zum Referenten kann einer der beim Staatsrathe angestellten Geheimen Referendarien oder commissarischen Hülfсарbeiter er-

nannt werden; ein Stimmrecht steht jedoch einem solchen Referenten nicht zu.

§. 15. Zur Abfassung gültiger Erkenntnisse des Gerichtshofes ist die Theilnahme von wenigstens sieben Mitgliedern, mit Einschluss des Vorsitzenden, erforderlich.

§. 16. Der Justizminister, sowie jeder der betheiligten Verwaltungschefs ist befugt, zu den Berathungen des Gerichtshofes einen Rath seines Departements abzuordnen, welcher nöthigenfalls über die Sache nähere Auskunft zu geben hat, an der Entscheidung aber nicht Theil nimmt.

§. 17. Das Erkenntniss des Gerichtshofes ist mit den Entscheidungsgründen unter der Unterschrift des Vorsitzenden auszufertigen, und dem Justizminister, sowie dem betheiligten Verwaltungschef zur Mittheilung an das Gericht und die Verwaltungsbehörde zuzustellen. Das Gericht hat den Parteien das Erkenntniss bekannt zu machen. Die Veröffentlichung solcher Erkenntnisse bleibt dem Ermessen des Justizministers, sowie der Verwaltungschefs überlassen.

§. 18. Ist die Entscheidung (§. 17.) gegen die Zulassung des Rechtsweges ausgefallen, so hat das Gericht das Rechtsverfahren aufzuheben, die gerichtlichen Kosten niederzuschlagen, und die etwa schon bezahlten zu erstatten. Zur Erstattung aussergerichtlicher Kosten ist in einem solchen Falle keine der Parteien verpflichtet.

§. 19. Durch Erhebung des Competenzconflicts wird der Lauf der Präklusivfristen im Prozesse gehemmt, auch ist die Execution bis zur Entscheidung über den Competenzconflict, unzulässig.

§. 20. Der im §. 1. angeordnete Gerichtshof hat auch über solche Streitigkeiten zwischen den Gerichts- und Verwaltungsbehörden zu entscheiden, bei welchen eine jede der beiden Behörden sich in der Sache für incompetent, und dagegen die andere für competent hält.

§. 21. Den Verwaltungsbehörden sind in den vorstehenden Bestimmungen (§§. 1 — 20.) die Auseinandersetzungsbehörden gleich zu achten.

§. 22. Alle bei Publication dieses Gesetzes noch nicht entschiedenen Competenzconflicte werden dem im §. 1. angeordneten Gerichtshofe zur Entscheidung überwiesen. Die Vorschriften der §§. 5 — 13. finden jedoch nur auf diejenigen von diesen Sachen Anwendung, in welchen die Acten bei dem Justizminister noch nicht eingegangen sind.

§. 23. Alle diesem Gesetze entgegenstehende Vorschriften werden hiermit aufgehoben.

Einleitung §. 1 seqq. 1. a) C. O. v. 12. April 1835, betr. das Verfahren zur Beseitigung von Erinnerungen der Oberrechnungskammer in Beziehung auf Dienstemolumente der Beamten. v. K. Jhrb. B. 45. S. 469. (s. B. VII. S. 284.)

b) C. O. v. 28. Octbr. 1836, betr. die Unzulässigkeit des Rechtsweges bei Ansprüchen der Militairpersonen an den Staat aus militairischen Dienstverhältnissen. v. K. Jhrb. B. 48. S. 433. (s. B. VIII. S. 330.)

c) Vergl. §. 16. der Verordn. v. 24. Jan. 1844, über die Festsetzung und den Ersatz der bei Kassen und andern Verwaltungen vorkommenden Defecte. (G. S. S. 52.), wonach gegen Beschlüsse der Dienstbehörden über die Erstattung von Defecten der Rechtsweg binnen Jahresfrist zulässig ist. s. z. A. L. R. II. 10. §. 88.

2. **a)** C. O. v. 19. Juni 1836, betr. die Einziehung der Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben, ingleichen der Forderungen der Medicinalpersonen. G. S. S. 198. (s. B. VII. S. 286.)

b) Vergl. §. 21. der Verordn. v. 11. Novbr. 1844 (G. S. S. 703), wegen Zulässigkeit des Rechtswegs in Streitigkeiten über das Beitragsverhältniss zu Parochial-Leistungen für Kirchen, Pfarren und Schulen in den vormals Königl. Sächs. Landestheilen der Provinz Sachsen. s. zu A. L. R. II. 11. §. 710 seqq.

3. Wegen Unzulässigkeit von Klagen aus Verträgen über ausländische Papiere und über Eisenbahnquittungsbogen, vergl. §. 1. der Verordnung vom 23. Mai 1840 und §. 2. der Verordn. v. 24. Mai 1844. s. zu A. L. R. I. 11. §. 527 sqq.

4. Vergl. §. 13. der Verordn. v. 30. Juni 1843, wonach über den Betrag der vom Obergensurgericht anerkannten Entschädigung für die im Interesse des Gemeinwohls unterdrückten censurfreien Schriften die ordentlichen Gerichte zu erkennen haben. G. S. S. 262. s. zu A. L. R. II. 20. §. 153.

5. Verordn. v. 24. Novbr. 1843, betr. die Aufhebung der Verordnung vom 25. Januar 1823, wegen Auslegung von Staatsverträgen. G. S. S. 369. s. zu A. L. R. I. 5. §. 252.

6. Vergl. §. 20 sqq. des Gesetzes v. 3. Januar 1845, in Betreff der Streitigkeiten über Regulirung und Vertheilung der öffentlichen Abgaben und Leistungen u. dgl. bei Zerstückelungen von Grundstücken und bei neuen Ansiedelungen. G. S. S. 29. s. zur Hyp. O. II. §. 91.

7. Wegen der Zulässigkeit resp. Ausschliessung des Rechtsweges bei Streitigkeiten über die Armenpflege. s. §. 33. bis 35. des Gesetzes v. 31. Decbr. 1842 über die Verpflichtung zur Armenpflege. G. S. 1843. S. 13. s. zu A. L. R. II. 19. §. 9.

8. Vergl. §. 5. und 10. der vorläufigen Verordnung über die Ausübung der Waldstreu-Berechtigung v. 5. März 1843. G. S. S. 105. s. zu A. L. R. I. 22. §. 221 sqq.

9. **a)** Vergl. §§. 19 sqq. und 47. des Gesetzes über die Benutzung der Privatflüsse v. 28. Febr. 1843 (G. S. S. 41.) in Betreff der Streitigkeiten und Entschädigungsansprüche bei Bewässerungs-Anlagen. s. zu A. L. R. I. 8. §. 99. sqq.

b) Rescr. v. 6. Decbr. 1843, betr. diese Competenzbestimmungen, wonach die Ausschliessung des Rechtswegs im §. 23. a. a. O. sich nur auf Streitigkeiten bezieht, welche in Folge eines nach §. 19 sqq. bewirkten Provocationsverfahrens entstanden sind. Min. Bl. S. 299. v. K. Jhrb. B. 62. S. 464.

10. Rescr. v. 28. März 1840, betr. die Competenz der Gerichte bei Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Räumung eines Grabens oder Wasserzuges. Min. Bl. S. 128. v. K. Jhrb. B. 55. S. 187.

11. Vergl. §. 8., 10., 12. u. 16. des Regulativs v. 7. Juni 1844, betr. das Verfahren bei Chausseepolizei- u. Chausseegeld-Uebertretungen. G. S. S. 167. s. zu A. L. R. II. 15. §. 17 sqq.

12. Vergl. **a)** Allgemeine Gewerbeordnung v. 17. Januar 1845, §. 25 u. 31, wonach der Rechtsweg gegen Untersagung des Gewerbebetriebs nicht stattfindet, wohl aber wegen privatrechtlicher Einwendungen gegen gefährliche Gewerbeanlagen, ferner §. 137, 153 u. 189 ib. G. S. S. 41. sqq.

b) Rescr. v. 9. Febr. 1841, betr. die ausschliessliche Competenz der Verwaltungsbehörden zur Entscheidung über die Entschädigung für aufgehobene Zwangs- und Bannrechte und Schankgerechtigkeiten. Min. Bl. S. 100. v. K. Jhrb. B. 57. S. 168. erledigt durch:

c) Entschädigungsgesetz zur Allg. Gewerbeordn. v. 17. Januar 1845, insbesondere §. 43, 50 — 54. G. S. S. 79. s. zu A. L. R. II. 8. §. 179 sqq.

13. **a)** Rescr. v. 20. März 1840, betr. die Competenz der Gerichte zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten aus gutherrlichen und bäuerlichen Regulirungen. Min. Bl. S. 134. v. K. Jhrb. B. 55. S. 186.

b) C. O. v. 12. April 1844, betr. die Competenz der Gerichte in den von den Auseinandersetzungsbehörden in erster Instanz entschiedenen Rechtsstreitigkeiten. G. S. S. 119. s. zu A. G. O. I. Tit. 43. §. 1 sqq.

14. Rescr. v. 12. Decbr. 1840 und 17. März 1841, betr. die Unzulässigkeit des Rechtswegs gegen die Beitreibung directer Steuern auf den vom Schuldner gemachten Einwand der Zahlung, und die Zulässigkeit des Rechtswegs gegen die Beitreibung indirecter Steuern auf den vom Schuldner erhobenen Einwand der Verjährung. Min. Bl. 1841. S. 122. v. K. Jhrb. B. 56. S. 608 u. B. 57. S. 294.

15. **a)** Verordn. v. 30. Juni 1845, betr. die executivische Beitreibung der Steuern und öffentlichen Gefälle und Abgaben in der Rheinprovinz. G. S. S. 351.

b) Desgl. in der Provinz Westphalen. G. S. S. 444.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben zur Herstellung eines gleichmässigen, möglichst einfachen Verfahrens bei Einziehung der directen und indirecten Steuern und anderer öffentlicher Gefälle in der Provinz Westphalen eine Revision der darüber seither bestandenen Vorschriften veranlasst, und verordnen nunmehr, nach Anhörung Unserer getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums für die gedachte Provinz, was folgt:

Allgemeine Grundsätze.

§. 1. Nach den Vorschriften dieser Verordnung sind fortan beizutreiben:

- 1) die directen Steuern, namentlich die Grund-, Klassen- und Gewerbesteuer, so wie diejenigen Abgaben, welche nach §. 11. des Gesetzes über die Einrichtung des Abgabewesens vom 30. Mai 1820., als auf einem speciellen Titel beruhend,

- zu entrichten sind; desgleichen die für Staats-, Provinzial-, Kreis-, Communal-, Kirchen- oder Schulzwecke ausgeschriebenen Beischläge zu diesen Steuern;
- 2) die bei dem Grundsteuercataster vorkommenden Fortschreibungs-, Vermessungs- und anderen Gebühren, deren Einziehung durch die Steuer-Verwaltung erfolgt;
 - 3) die für die Provinzial-Feuersocietätskasse zu erhebenden Brandversicherungsbeiträge;
 - 4) die indirecten Steuern, die Salzablösungsgelder, die Blei- und Zettelgelder, die Wege-, Brücken-, Fähr-, Waage- und Krahngelder, die Canal-, Schleusen-, Schifffahrts- und Hafenabgaben und die Niederlagegelder;
 - 5) die von den Verwaltungsbehörden innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugnisse ausgesprochenen Geldstrafen, Kosten und Entschädigungen;
 - 6) diejenigen öffentlichen Abgaben, welche an Gemeinen, Korporationen, sowie an ständische Kassen zu entrichten, oder als Provinzialbezirks- oder Gemeinelasten, oder zur Unterhaltung öffentlicher Anstalten aufzubringen sind, als: Kommunal-, Kirchen-, Schul- und Armenabgaben;
 - 7) die Gebühren der Bezirks-Impfärzte für die in den öffentlich bekannt gemachten Terminen vorgenommenen Impfungen;
 - 8) die in Folge von Gemeinbeitstheilungen und Ablösungen entstehenden, von der Generalkommission festgesetzten Kosten und Gebühren;
 - 9) die Domanial- und Forstgefälle, sofern sie ohne vorgängige gerichtliche Klage auf Grund blosser Zahlungsbefehle beigetrieben werden können.

§. 2. Das Zwangsverfahren wird von den mit der Erhebung der Steuern oder Gefälle beauftragten Behörden oder Beamten angeordnet und unter ihrer Leitung durch die ihnen beigegebenen Exekutoren oder diejenigen Beamten, deren sie sich als solcher zu bedienen haben, ausgeführt. Einer gerichtlichen Visirung oder Vollstreckbarerklärung der von den Verwaltungsbeamten ausgehenden Exekutionsbefehle bedarf es überall nicht.

§. 3. Ueber die Verbindlichkeit zur Entrichtung der geforderten Abgaben und die Befugniss zur Anordnung des eingeleiteten Zwangsverfahrens findet der Rechtsweg, wo er bisher zulässig war, auch ferner Statt.

Wegen vermeintlicher Mängel des Verfahrens, dieselben mögen die Form der Anordnung, oder die der Ausführung, oder die Frage, ob die abgepfändeten Sachen zu den pfändbaren gehören? betreffen, ist dagegen nur die Beschwerde bei der vorgesetzten Dienstbehörde des Beamten zulässig, dessen Verfahren angefochten wird.

§. 4. Die Exekutoren müssen bei ihren amtlichen Verrichtungen den empfangenen schriftlichen Auftrag bei sich führen, und dem Schuldner auf Verlangen vorzeigen.

Ihre amtlichen Verhandlungen und Anzeigen haben in soweit, als sie sich auf die ihnen übertragene Einziehung der Gefälle beziehen, bis zum Beweise des Gegentheils vollen Glauben.

§. 5. Die Einleitung des Zwangsverfahrens kann sofort nach Ablauf der gesetzlich feststehenden oder den Schuldnern besonders bekannt gemachten Zahlungstermine Statt finden.

§. 6. An denjenigen Tagen, an welchen nach gesetzlicher Vorschrift Amtshandlungen der Behörden und einzelner Beamten nicht verrichtet werden sollen, darf kein Executionsact vorgenommen werden, eben so wenig gegen Juden am Sabbath und an jüdischen Festtagen.

Während der Saat- und Erntezeit dürfen gegen Personen, welche sich mit der Landwirthschaft beschäftigen, Executionen nur, wenn Gefahr im Verzuge ist, eingeleitet, fortgesetzt und ausgeführt werden.

Für die Saat werden im Frühjahr und Herbst jedesmal vierzehn Tage, für die Ernte vier Wochen in derjenigen Jahreszeit, in welcher nach der Oertlichkeit Saat und Ernte hauptsächlich zu fallen pflegen, freigelassen.

§. 7. Bei der Exekutionsvollstreckung gegen aktive Militairpersonen und pensionirte Offiziere sind die über die vorherige Benachrichtigung der kompetenten Militairbehörde und über die Executionsvollstreckung in Casernen oder anderen zu demselben Zweck bestimmten Dienstgebäuden bestehenden allgemeinen Vorschriften zu beobachten.

Mahnung und Executions - Ankündigung.

§. 8. Vor Vollstreckung der Execution muss jeder Schuldner durch einen von dem mit der Erhebung beauftragten Beamten auszufertigenden und von dem Executor auszugebenden Mahnzettel aufgefordert werden, die darin speciell verzeichneten Rückstände binnen acht Tagen einzuzahlen, widrigenfalls zur Pfändung oder zu andern zulässigen Zwangsmitteln werde geschritten werden.

§. 9. Zu diesem Behuf werden dem Executor die ausgefertigten Mahnzettel nebst einem mit der schriftlichen Anweisung zur Mahnung versehenen und von dem betreffenden Kassenbeamten vollzogenen Verzeichnisse der anzumahnenden Schuldner und ihrer Rückstände (Restenverzeichnisse) übergeben. Der Executor muss jeden Mahnzettel dem Schuldner selbst oder einem erwachsenen Familiengliede oder Hausgenossen desselben behändigen und, wie solches geschehen, unter Angabe des Namens desjenigen, dem der Zettel zugestellt worden, und des Tages der Behändigung in dem Mahnzettel und dem Restverzeichnisse bescheinigen.

Diejenigen Mahnzettel, deren Annahme verweigert wird, oder deren Behändigung wegen Abwesenheit der vorgedachten Personen nicht bewirkt werden kann, hat der Executor an die Haus- oder Stubenthür des Schuldners anzuheften. Die achttägige Frist

wird in diesem Falle von dem Tage gerechnet, an welchem der Executor die Mahnzettel angeheftet hat.

Execution; verschiedene Arten der Zwangsmittel.

§. 10. Nach Ablauf der achttägigen Frist sind, wegen der alsdann noch verbliebenen Rückstände an Abgaben und Mahngebühren, die gesetzlichen Zwangsmittel anzuwenden. Diese sind:

- a) die Pfändung,
- b) die Beschlagnahme der Früchte auf dem Halme,
- c) die Beschlagnahme der ausstehenden Forderungen,
- d) die Subhastation.

Die Subhastation der Grundstücke des Schuldners darf nur in dem Falle, wenn auf andere Weise keine Zahlung zu erlangen ist, veranlasst werden.

Die Anwendung der übrigen Zwangsmittel ist gleichzeitig zulässig, in der Regel muss jedoch zunächst die Pfändung und nöthigenfalls die Beschlagnahme der Früchte auf dem Halme vorgenommen werden.

Pfändung.

§. 11. Die Pfändung darf nur auf den Grund eines von dem Cassenbeamten ausgefertigten Pfändungsbefehls vorgenommen werden. Kraft desselben ist der Executor befugt, die im Besitze des Schuldners befindlichen pfandbaren beweglichen Sachen, imgleichen die Früchte auf den von dem Schuldner benutzten Grundstücken in Beschlag zu nehmen.

§. 12. Von der Pfändung sind ausgeschlossen:

- a) Die für den Schuldner, seine Ehefrau und seine bei ihm lebenden Kinder und Eltern nach ihrem Stande unentbehrlichen Betten, Kleidungsstücke und Leibwäsche, sowie das zur Wirthschaft unentbehrliche Haus- und Küchengeräthe;
- b) eine Milchkuh oder in deren Ermangelung zwei Ziegen, nebst dem zum Unterhalt und zur Streu der freizulassenden Thiere erforderlichen Futter und Stroh für einen Monat;
- c) der einmonatliche Bedarf an Brot, Getreide, Mehl und anderen nothwendigen Lebensbedürfnissen für den Schuldner und seine Familie;
- d) ein zum Heizen und Kochen bestimmter eiserner Ofen;
- e) bei Künstlern und Handwerkern und Tagelöhnern die zur Fortsetzung ihrer Kunst, ihres Gewerbes und ihrer Handarbeiten erforderlichen Werkzeuge und anderen Gegenstände mit der in dem Gewerbesteuergesetz vom 30. Mai 1820 §. 35. vorgeschriebenen Maasgabe;
- f) die Bücher, welche sich auf das Gewerbe des Gepfändeten beziehen, sowie die Maschinen und Instrumente, welche zum Unterricht oder zur Ausübung einer Wissenschaft und Kunst gehören, bis zu einem Werthe von 80 Rthlrn. und nach der Wahl des Gepfändeten;
- g) bei Personen, welche Landwirthschaft betreiben, das hierzu nöthige Geräthe, Vieh und Feldinventarium, der nöthige

Dünger, so wie das bis zur nächsten Ernte erforderliche Saat- und Futtergetreide;

- h) bei Militair- und Civilbeamten die zur Verwaltung ihres Dienstes erforderlichen Gegenstände, imgleichen anständige Kleider und Wäsche, welche auch den pensionirten Beamten und Militairpersonen zu belassen sind;
- i) das Mobiliar dienstthuender Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, welches sich an dem Garnisonorte derselben befindet, imgleichen das Mobiliar der mit Pension zur Disposition gestellten Offiziere, welches sich an dem Orte befindet, der ihnen zum Genuss des Servises angewiesen ist, sofern sie sich daselbst aufhalten.

Geldwerthe Papiere, baares Geld, Schaumünzen, Juwelen und Kleinodien sind von der Pfändung nicht ausgenommen.

§. 13. Gegen die Pfändung kann sich der Schuldner nur schützen, wenn derselbe entweder:

- a) die vollständige Berichtigung der beizutreibenden Summe durch Quittungen oder Vorlegung eines Postscheins sofort nachweist, oder
- b) eine Fristbewilligung der competenten Behörde vorzeigt, oder aber
- c) zur Abführung der beizutreibenden Summe und Bezahlung der Executionskosten sogleich bereit und im Stande ist.

In diesem letzten Falle, so wie in dem Falle, wenn der Schuldner einen Theil seiner Schuld sofort abtragen will, muss die abzuführende Summe in Gegenwart des Executors verpackt und unter der Adresse des Erhebungs-Beamten zur Post befördert, oder dem Ortsvorstande zur weitem Beförderung übergeben werden.

An den Executor dürfen keine Zahlungen, selbst nicht für Executions-Kosten, geleistet werden; die Schuldner haben dasjenige, was an diesen gezahlt ist, bei etwaiger Nichtablieferung noch einmal zu entrichten.

§. 14. Die Pfändung selbst wird in der Art bewirkt, dass der Executor von den vorhandenen pfandbaren Gegenständen eine zur Deckung der beizutreibenden Summe und der Executionskosten nach seinem Ermessen hinreichenden Betrag in Beschlag nimmt und sicherstellt; und zwar zunächst diejenigen Gegenstände, welche am leichtesten transportirt und veräußert werden können.

Der Schuldner ist, nachdem ihm der Pfändungsbefehl vorgelegt worden, verpflichtet, seine Effecten und Habseligkeiten vorzuzeigen, und zu dem Ende seine Wohnungs- und andere Räume, so wie die darin befindlichen Behältnisse zu öffnen.

Auch Sachen, welche angeblich dritten Personen gehören, müssen in Ermangelung anderer tauglicher Pfandstücke in Beschlag genommen, und die angeblichen Eigenthümer mit ihrem Anspruch an die Behörde, von welcher der Pfändungsbefehl ausgegangen ist, verwiesen werden.

§. 15. Sachen, welche auf das Andringen anderer Gläubiger bereits gepfändet worden, sind nur in Ermangelung anderer taug-

licher Pfandstücke durch Anlegung eines Superarrestes mit Beschlag zu belegen. Dies geschieht in der Art, dass der Executor den etwa angelegten Siegeln sein Amtssiegel beifügt und dem Schuldner oder dem etwa bestellten Verwahrer eröffnet, dass die Pfandstücke für die Behörde, von der er seinen Auftrag erhalten, gleichfalls in Beschlag genommen seien.

Der Behörde, auf deren Verfügung die frühere Pfändung stattgefunden, ist die Anlegung des Superarrestes anzuzeigen; dieselbe ist gehalten, den Verkauf der Pfandstücke möglichst zu beschleunigen, auch der Behörde, die den Superarrest hat anlegen lassen, den Verkaufstermin bekannt zu machen und darauf zu sehen, dass beide Forderungen, nämlich diejenige, wegen welcher zuerst die Execution vollstreckt, und diejenige,

wegen welcher später der Superarrest angelegt ist, aus dem gelöseten Kaufgelde nach der gesetzlichen Ordnung befriedigt werden.

Findet der Verkauf nicht Statt, so dürfen die Pfandstücke nur mit Genehmigung der Behörde, in deren Auftrag der Superarrest angelegt worden ist, freigegeben werden.

§. 16. Bei der Pfändung ist die Zuziehung des Ortsvorstandes, eines oder mehrerer Gemeinde- oder Polizeibeamten, oder zweier unbescholtener Männer nur dann erforderlich:

- a) wenn der Schuldner zu der Zeit, da die Pfändung vorgenommen werden soll, sich entfernt hat,
- b) wenn den Anordnungen des Executors wegen Oeffnung der Wohnungs-Räume etc., keine Folge gegeben, oder ihm thätlicher Widerstand geleistet wird.

In Gegenwart der obgedachten Personen kann die Pfändung nöthigenfalls mit Gewalt vorgenommen werden. Ist der Widerstand auch auf diesem Wege nicht zu beseitigen, so muss der Executor davon der Behörde, in deren Auftrage er handelt, Anzeige machen, diese aber das Erforderliche wegen der dem Executor zu gewährenden Hülfe nach den hierüber bestehenden Gesetzen veranlassen.

§. 17. Abgepfändete baare Gelder und auf jeden Inhaber lautende Papiere müssen, wenn die Kasse sich nicht am Orte selbst befindet, von dem Executor in Gegenwart des Schuldners, oder der bei der Pfändung zugezogenen Personen verpackt und unter der Adresse des Kassenbeamten zur Post befördert oder dem Ortsvorstande, der zur Annahme und weiteren Beförderung verpflichtet ist, übergeben werden.

Andere Gegenstände sind bis zu deren Versteigerung dem Schuldner gegen das Versprechen, für deren Aufbewahrung zu sorgen, und unter Verweisung auf die Strafen der Vereitelung der Pfändung zu belassen.

Nur bei Unzuverlässigkeit des Schuldners sind die gepfändeten Sachen einem zahlungsfähigen Gemeinemitgliede oder dem Ortsvorstande zur Aufbewahrung zu übergeben.

Werden Sachen, deren Benutzung ohne Verbrauch nicht möglich ist, nach stattgefundener Pfändung in der Wohnung des Schuldners belassen, so sind solche, soweit es nach den Umständen geschehen kann, gegen fernere Benutzung Seitens des Schuldners durch Verschliessung und Versiegelung sicher zu stellen.

§. 18. Ueber den Hergang bei der Pfändung muss der Executor an Ort und Stelle eine Verhandlung aufnehmen, und solche nicht nur selbst unterschreiben, sondern auch von dem Schuldner oder dessen Stellvertreter und allen bei der Pfändung zugezogenen Personen unterschreiben lassen, oder aber den Grund der fehlenden Unterschriften vermerken.

Der Executor muss zugleich den Schuldner nochmals zur Zahlung der Rückstände mit dem Bedeuten auffordern, dass, wenn solche nicht geleistet werden sollte, an dem von ihm sofort zu bestimmenden Tage zum Verkaufe der Pfandstücke geschritten werden würde.

Dem Schuldner, so wie Demjenigen, dem die gepfändeten Sachen etwa in Verwahrung gegeben sind, ist von dem Executor sofort eine Abschrift des Pfändungsprotocolls mitzutheilen und, wie solches geschehen, in diesem zu bemerken.

Die Aufnahme einer Verhandlung ist auch dann erforderlich, wenn bei dem Schuldner keine pfändbare Gegenstände vorgefunden sind.

§. 19. Handlungen, durch welche eine im Verwaltungswege bewirkte Pfändung beweglicher Sachen vereitelt wird, sollen eben so bestraft werden, wie diejenigen, durch welche eine gerichtliche Pfändung vereitelt wird.

Verkauf der abgepfändeten Sachen.

§. 20. Nach Ablauf einer vom Tage der vollzogenen Pfändung an zu rechnenden vierzehntägigen Frist ist, wenn inzwischen keine Zahlung erfolgt, und keine Eigenthumsansprüche Dritter rechtzeitig angemeldet und bescheinigt worden sind, der öffentliche Verkauf der abgepfändeten Sachen von dem Erhebungsbeamten durch eine unter das Pfändungsprotocoll zu setzende schriftliche Verfügung an dem in dem Protocolle schon bestimmten Termine anzuordnen. Die Anordnung eines früheren Verkaufstermins ist auch ohne Einwilligung des Schuldners zulässig, wenn die abgepfändeten Sachen dem Verderben unterworfen sind, oder in der Behausung des Schuldners wegen dessen Unzuverlässigkeit nicht belassen, anderweitig aber nur gegen unverhältnissmässig hohe Kosten untergebracht werden können. Der Verkaufstermin ist jedoch auch in diesem Falle nicht unter acht Tagen zu bestimmen (§. 21.) und der Schuldner vorher davon zu benachrichtigen.

§. 21. Dritte Personen, welche auf die abgepfändeten Sachen Eigenthums-Ansprüche haben, müssen diese, ohne Unterschied, ob sie bei der Pfändung angemeldet worden sind oder nicht, binnen acht Tagen nach Bekanntmachung des Verkaufster-

mines bei der Behörde, von welcher die Pfändung angeordnet worden, unter Vorlegung oder Angabe der Titel, worauf sie sich gründen, bescheinigen.

Wird der Anspruch nicht bescheinigt, so behält der Verkauf seinen Fortgang; ist aber eine Bescheinigung beigebracht, so ist nach Befinden der Umstände die Freigebung der Sachen zu veranlassen, oder der angebliche Eigenthümer durch eine schriftliche Verfügung zum Rechtswege zu verweisen. In dem letztern Falle muss die Anmeldung der Klage drei Wochen nach der Zustellung der Verfügung nachgewiesen werden, widrigenfalls mit dem Verkauf der Sachen vorgeschritten wird.

§. 22. Sollten andere Gläubiger des Schuldners ein Vorzugsrecht vor der öffentlichen Kasse, in deren Interesse die Pfändung geschehen ist, behaupten, so darf der Verkauf der abgepfändeten Sachen dieserhalb niemals ausgesetzt, den Gläubigern muss vielmehr überlassen werden, ihr vermeintliches Vorrecht auf das Kaufgeld geltend zu machen.

Eben so müssen dann, wenn die auf Andringen anderer Gläubiger gepfändeten Sachen auf Antrag dieser Gläubiger verkauft worden sind, die bestrittenen Vorrechte der öffentlichen Kasse für die rückständigen Abgaben und Gefälle auf das Kaufgeld geltend gemacht werden.

§. 23. Die Abhaltung des Verkaufes muss durch den Executor auf dem Marktplatze oder an einem andern öffentlichen Orte der Gemeinde, wo die Pfändung Statt gefunden, geschehen. Es bleibt jedoch dem Beamten, welcher die Einleitung des Zwangsverfahrens angeordnet hat, unbenommen, den Executor bei dem Verkaufe, sowie bei der Pfändung, zu beaufsichtigen und zu leiten, und deshalb bei diesem Executionsact gegenwärtig zu sein.

Es können dem Executor zu diesem Zwecke auch andere Beamte beigegeben werden.

Verspricht der Verkauf an einem benachbarten Orte eine vortheilhaftere Versilberung der Pfandstücke, ohne die Transportkosten unverhältnissmässig zu vermehren, so ist dieser anzuordnen.

Der Verkauf in der Behausung des Schuldners ist nur dann nachzugeben, wenn nicht ohne Verwendung bedeutender Kosten der Verkauf anderswo auszuführen ist.

§. 24. Der Verkaufstermin muss spätestens acht Tage vorher durch Ausruf oder Anschläge öffentlich bekannt gemacht werden. Ersterer kann später noch wiederholt werden.

Haben die in demselben Termin zu versteigernden Gegenstände zusammen einen Werth von mindestens fünfzig Thalern, so muss die Bekanntmachung auch durch die öffentlichen Blätter des Orts, wo der Verkauf Statt finden soll, oder, wenn daselbst keine solche Blätter erscheinen, durch die eines zunächst belegen Orts erfolgen. Noch andere Arten der Bekanntmachung, als die vorgeschriebenen, können veranlasst werden, wenn die Behörde, welche das Zwangsverfahren betreibt, solche angemessen findet, oder der Schuldner rechtzeitig darauf anträgt und die

erforderlichen Kosten bezahlt. Kann der Verkauf nicht in dem, im Pfändungsprotocolle anberaumten Termine abgehalten werden, so ist der anderweitige Verkaufstermin dem Schuldner und dem Verwahrer der abgepfändeten Sachen besonders bekannt zu machen.

§. 25. Bei der Versteigerung werden die Pfandstücke, soweit es thunlich ist, in der Regel einzeln ausgebaut und nach dreimaligem Ausruf dem Meistbietenden zugeschlagen. Die zugeschlagenen Pfandstücke dürfen nur gegen baare Bezahlung verabfolgt und müssen, wenn solche vor dem Schlusse des Termins nicht erfolgt, anderweit ausgebaut werden. Auf den etwanigen Mehrbetrag des demnächst erzielten Meistgebots hat der erste Käufer keinen Anspruch. Derselbe haftet dagegen für den Ausfall, welcher von ihm für Rechnung der das Zwangsverfahren betreibenden Kasse sofort durch Execution nach Vorschrift dieser Ordnung begetrieben werden kann.

Der Ortsvorstand oder ein von diesem bezeichneter Gemeinde- oder Polizei-Beamter muss dem Verkaufe beiwohnen.

Dieser Beamte sowohl, als derjenige, auf dessen Betreiben das Zwangs-Verfahren angeordnet ist, und der Executor dürfen auf die zu versteigernden Gegenstände weder selbst mitbieten, noch durch Andere für sich mitbieten lassen.

§. 26. Die Versteigerung muss eingestellt und die noch unverkauften Pfandstücke müssen dem Schuldner zurückgegeben werden, sobald die eingegangenen Kaufgelder die für die beizutreibende Schuld und für sämtliche Kosten hinreichende Deckung gewähren, oder die fehlende Summe baar eingezahlt wird.

Gewährt die Auctionslosung keine hinreichende Deckung, so kann die Fortsetzung des Executionsverfahrens dadurch abgewendet werden, dass vor Ablauf des Verkaufstermins eine hinreichende Zahl nicht abgepfändeter Sachen übergeben wird, um solche gleichfalls öffentlich auszubieten.

Der Executor, welcher den Verkaufstermin abhält, ist zur Annahme aller Gelder, welche aus der Versteigerung eingehen, oder an demselben Tage auf die Rückstände angeboten werden, befugt, muss aber, wenn die Kasse, wofür das Zwangsverfahren Statt gefunden, nicht am Orte ist und deshalb die Ablieferung an diese nicht sofort erfolgen kann, dieselben in Gegenwart des Schuldners oder der bei dem Verkaufe zugezogenen Personen verpacken und unter der Adresse des Kassenbeamten zur Post befördern oder dem Orts-Vorstande zur weiteren Beförderung übergeben.

§. 27. Ueber den Hergang der Versteigerung muss von den Beamten, welche dabei mitgewirkt haben, eine Verhandlung aufgenommen, und solche auch dem Schuldner, wenn derselbe gegenwärtig gewesen ist, zur Unterschrift vorgelegt werden.

§. 28. Spätestens binnen acht Tagen nach der Versteigerung muss der Kassenbeamte dem Schuldner, welchem auf besonderes Verlangen eine Nachweisung über die Verwendung der Auctions-

losung, nebst einer Abschrift der §. 27. gedachten Verhandlung mitzutheilen ist, den etwaigen Ueberschuss des eingegangenen Geldes durch den Executor zustellen lassen. Ist die Auktionslosung unzureichend, so ist dem Schuldner zugleich die Fortsetzung des Executionsverfahrens mit dem Bedeuten anzukündigen, dass bei unterbleibender Berichtigung des Rückstandes, nach Ablauf von acht Tagen, zu einer abermaligen Pfändung oder zu andern Zwangsmitteln geschritten werden würde.

§. 29. Von den, §§. 20. bis 26. aufgestellten Regeln finden nachstehende Ausnahmen Statt:

- a) Geldwerthe auf jeden Inhaber lautende Papiere sind, wenn nicht binnen acht Tagen nach der Beschlagnahme Eigenthumsansprüche von Dritten angemeldet worden sind, an die Regierungs-Hauptkasse zur Versilberung einzusenden.
- b) Ausgedroschenes Getreide, Heu, Lebensmittel und andere Gegenstände, welche einen gemeinen Marktverkehr haben, können mit Zustimmung des Schuldners, ohne vorherige Versteigerung und Bekanntmachung an Ort und Stelle, für den letzten Marktpreis verkauft, oder aber, wo möglich mit dem Gespann des Schuldners, auf den nächsten Markt gefahren und daselbst versilbert werden.
- c) Goldene und silberne Geräte dürfen nicht unter ihrem Gold- oder Silberwerthe zugeschlagen werden, Kleinodien und Kunstsachen nicht unter dem Preise, zu welchem sie von Kunstverständigen abgeschätzt sind. Diese Gegenstände sind erforderlichenfalls zur Versteigerung nach dem Hauptorte des Regierungsbezirks zu versenden.

Beschlagnahme der Früchte auf dem Halme.

§. 30. Früchte auf dem Halme dürfen nur in den letzten sechs Wochen vor der gewöhnlichen Reife und nur dann in Beschlag genommen werden, wenn sich keine andere taugliche und sicher aufzubewahrende Pfandstücke vorfinden. Ein Drittel der Ernte jeder Fruchtgattung ist von der Beschlagnahme frei zu lassen.

Von der beabsichtigten Beschlagnahme muss dem Schuldner oder seinen Angehörigen mit der Aufforderung, dabei gegenwärtig zu sein, Nachricht gegeben werden. Die Beschlagnahme wird demnächst in der Art vollzogen, dass der Executor die Felder, auf welchen die abzapfenden Früchte stehen, der Obhut des Gemeinefeldhüters oder eines andern Wächters überweist und über den Hergang eine Verhandlung aufnimmt, von welcher dem Feldhüter oder Wächter, sowie dem Schuldner, Abschrift zu ertheilen ist.

Im Uebrigen kommen die Vorschriften §§. 11. bis 27. zur Anwendung.

Beschlagnahme ausstehender Forderungen des Schuldners.

§. 31. Die Beschlagnahme ausstehender von dem Arreste gesetzlich nicht befreiter Forderungen oder bei einem Dritten be-

findlicher Sachen des Schuldners erfolgt, mit der Wirkung einer gerichtlichen Beschlagnahme, ohne dass es einer Erklärung über die Gültigkeit des Arrestes bedarf, durch eine schriftliche Verfügung des betreffenden Kassenbeamten, durch welche der Dritte zur Einzahlung der schuldigen Summe an die Kasse oder zur Aushändigung der schuldigen Sachen an den Executor zum Zweck des öffentlichen Verkaufs angewiesen wird. Der Schuldner muss von der Beschlagnahme durch Zustellung einer Abschrift der Verfügung und des darüber aufgenommenen Zustellungsvermerkes mit der Aufforderung benachrichtigt werden, die über die Schuld vorhandenen Urkunden, bei Vermeidung der zulässigen Zwangsmittel, dem Executor auszuantworten. Die Zustellung der Beschlagnahmeverfügung und die Benachrichtigung des Schuldners muss durch den Executor bewirkt und, wie solches geschehen, von diesem auf dem Conzepte jener Verfügung bescheinigt werden.

Die Handlungen, welche der Dritte nach Empfang der die Beschlagnahme anordnenden Verfügung in Ansehung der mit Beschlag belegten Summen oder Sachen zum Nachtheil der Kasse vornimmt, werden in Bezug auf die letztere dergestalt als nicht geschehen angesehen, dass der Dritte zur Zahlung der schuldigen Summe und Auslieferung der schuldigen Sachen oder ihres Werths der Kasse verpflichtet bleibt. Der Schuldner muss dagegen nicht nur jede in Folge der Beschlagnahme zum Besten jener Kasse geleistete Zahlung oder geschehene Auslieferung anerkennen, sondern sich auch aller Cession, Verpfändung oder anderweiten Disposition über die in Beschlag genommenen Summen oder Sachen enthalten.

Bei verweigerter Zahlung oder Ausantwortung der in Beschlag genommenen Summen oder Sachen ist der Kassenbeamte durch eine Verfügung der betreffenden Aufsichtsbehörde (Regierung, Generalcommission, des Provinzial-Steuerdirectors etc.) zur Klage gegen den Dritten zu ermächtigen. Diese Ermächtigung vertritt die Stelle einer Seitens des Schuldners ertheilten Anweisung und Vollmacht zur Klage; der Kassenbeamte muss jedoch den Schuldner zur Theilnahme an dem zu führenden Prozesse gerichtlich auffordern lassen.

§. 32. Besteht die Forderung des Schuldners in Renten, deren öffentliche Versteigerung zulässig ist, so kann der Kassenbeamte auf den Grund einer besonderen Ermächtigung der betreffenden Aufsichtsbehörde die Versteigerung der Renten in der dafür gesetzlich vorgeschriebenen Form in Antrag bringen.

§. 33. Die Beschlagnahme von Besoldungen und Pensionen erfolgt durch ein auf Innebehaltung und Abführung des schuldigen Betrages gerichtetes Requisitionsschreiben des Beamten, zu dessen Empfang die Rückstände gehören, an diejenige Kasse oder Behörde, bei welcher die Besoldung oder Pension zu erheben ist. Von dem Requisitionsschreiben, welches die Wirkung einer gerichtlichen Beschlagnahme hat, muss dem Schuldner Nachricht gegeben werden.

Subhastation der Grundstücke.

§. 34. Die Subhastation von Grundstücken des Schuldners ist nur mit Genehmigung der in den §§. 31. und 32. bezeichneten Behörde zulässig, und muss alsdann bei dem kompetenten Gericht in Antrag gebracht werden.

Execution gegen Forensen.

§. 35. Zwangsmaasregeln, welche in einem andern Empfangsbezirke zur Ausführung gebracht werden müssen, als demjenigen, in welchem die Zahlung zu entrichten ist, sind durch Requisition des für jenen Bezirk bestellten Empfängers zu bewirken.

Kosten des Executions - Verfahrens.

§. 36. Die Kosten des Executionsverfahrens sind nach dem angehängten Tarif unter Berücksichtigung der nachstehenden näheren Bestimmungen zu liquidiren:

- a) die Gebührencolonne wird durch den Gesamtbetrag der Abgabenreste und rückständigen Kosten bestimmt, auf welche die betreffende Verfügung lautet;
- b) nach dem Beginnen eines Executionsactes müssen, sofern in dem Tarife selbst nicht ein Anderes bestimmt ist, die vollen Gebühren bezahlt werden, wenngleich derselbe wegen inzwischen eingetretener Zahlung, Ausstandsbewilligung oder aus anderen Gründen nicht zur Ausführung gekommen ist;
- c) die Executionsgebühren müssen, auch wenn der Executor mehrere Executionsacte in derselben Gemeinde zu gleicher Zeit vorgenommen hat, von jedem Schuldner besonders entrichtet werden. Die Kosten für die öffentliche Bekanntmachung und den Verkauf der abgepfändeten Sachen werden jedoch, wenn mehrere Massen zusammengenommen worden, nur einmal nach der Gesamtsumme entrichtet und unter die dabei betheiligten Schuldner nach Verhältniss des aus jeder Masse gewonnenen Erlöses vertheilt;
- d) bei Vertheilung der Transportkosten und anderer baarer Auslagen, welche mehrere Schuldner gemeinschaftlich zu tragen haben, muss der das Zwangsverfahren betreibende Kassenbeamte auf den Werth der Gegenstände, ihren Umfang, ihre Schwere und die sonst obwaltenden Umstände billige Rücksicht nehmen.

§. 37. Die Gebühren des Executors und alle andern Executionskosten werden von dem das Verfahren betreibenden Kassenbeamten aus den durch den Verkauf der verpfändeten Sachen oder anderweit eingehenden Geldern gezahlt. Bei Unzulänglichkeit dieser Gelder werden aus denselben zunächst die Gebühren des Executors berichtigt, die übrigen Executionskosten aber, soweit sie nicht gedeckt werden, auf die dazu geeigneten öffentlichen Fonds übernommen, oder von derjenigen Behörde eingezogen, für welche die Execution stattgefunden hat.

§. 38. Alle bisherige Vorschriften über Gegenstände dieser Verordnung werden hierdurch aufgehoben.

§. 39. Die zur Ausführung gegenwärtiger Verordnung erforderlichen Anordnungen haben die betheiligten Ministerien gemeinschaftlich zu erlassen.

Executionsgebühren - Tarif.

A. Gebühren des Executors.

- 1) Für die Mahnung
- 2) Für die Pfändung und Sicherstellung der gepfändeten Sachen, sowie für die Anlegung eines Superarrestes

In dem §. 13. gedachten Falle werden, wenn es zu keiner Pfandziehung kommt, nur die halben Gebühren entrichtet. Dieselben Gebühren passiren für die Freigebung abgepfändeter Sachen, sofern dieselbe nicht bei Gelegenheit eines andern Executionsacts vorgenommen wird.

- 3) Für die Anfertigung und Anheftung der Anschläge, sowie für Bewirkung des Ausrufs
- 4) Für die Versteigerung

Kommt es gar nicht zum Verkauf, so passiren, wenn der Steuerciener sich dieserhalb an den Ort des Verkaufs begeben hat, die halben Gebühren.

- 5) Für die Zustellung eines Zahlungsbefehls an den Schuldner des Abgabepflichtigen und die Benachrichtigung des Letzteren, sowie für jede sonstige Zustellung
- 6) Für jede Abschrift von einem Pfändungs-, Auctions- oder anderen Protocoll

B. Andere Kosten.

- 7) Gebühren der bei einer Pfändung zugezogenen Zeugen

bis 1 Rthlr.	Sgr. Pf.	1 bis 5 Rthlr.	Sgr. Pf.	5 bis 50 Rthlr.	Sgr. Pf.	über 50 Rthlr.	
						Rthl.	Sgr. Pf.
1	—	2	—	4	—	7	6
4	—	8	—	16	—	1	—
2	—	2	—	4	—	7	6
4	—	8	—	16	—	1	—
2	—	4	—	12	—	20	—
—	6	—	6	—	6	—	6
2	—	2	—	4	—	5	—

- 8) Gebühren des Aufbewahrers von Mobiliareffecten, täglich
 9) Gebühren des Hüters von Früchten auf dem Halme, täglich

Zu 8 und 9 werden, wenn die Aufbewahrung oder Obhut länger als acht Tage dauert, von dem neunten Tage an nur die halben Gebühren bewilligt.

Die Gebühren können dagegen, wenn mehr als zehn zerstreut liegende Parzellen zu beaufsichtigen sind, um die Hälfte, und wenn mehr als zwanzig zerstreut liegende Parzellen zu beaufsichtigen sind, um das Doppelte erhöht werden.

bis 1 Rthlr.	1 bis 5 Rthlr.	1 bis 50 Rthlr.	über 50 Rthlr.
Sgr. Pf.	Sgr. Pf.	Sgr. Pf.	Rtl. Sgr. Pf.
1 —	2 —	3 —	5 —
1 —	2 —	3 —	5 —

16) Rescr. v. 26. Februar 1841, betr. die Competenz der Gerichte zur Entscheidung der Streitigkeiten über Erfüllung oder Auslegung von Verträgen über die Gebühren und Emolumente der Feldmesser für ihre Arbeiten. Min Bl. S. 115. v. K. Jhrb. B. 57. S. 167.

17) a) (C. O. v. 23. Septbr. 1835. No. 4.), in Betreff der Competenz der Polizeibehörden bei Streitigkeiten zwischen den Stromschiffern und den Eigenthümern der Fahrzeuge. G. S. S. 222. (s. B. VII. S. 139.)

b) Rescr. v. 31. August 1839 nebst Anlage, betr. die Competenz der Polizeibehörde in Gesindesachen und die Anwendung der desfallsigen Bestimmungen auf die Klagen der Hausofficianten, nicht aber auf Streitigkeiten der Handlungs-Diener und Lehrlinge. Min. Bl. S. 303. v. K. Jhrb. B. 54. S. 111.

18) (Rescr. v. 30. Novbr. 1840 No. 2.), wonach in Fällen, wo über Rechte von Pupillen oder juristischen Personen gegen den Fiscus zwischen dem vorgesetzten Departementschef und dem die Rechte des Fiscus vertretenden Minister eine Verständigung nicht erreicht worden, zweckmässig erscheine, den etwa streitigen Grundsatz zur Erörterung des Staatsministeriums und Entscheidung Sr. Majestät durch eine Eingabe an den betr. Minister im Verwaltungswege zu bringen, wobei die gleichzeitige Betretung des Rechtswegs unbenommen bleibt. Min. Bl. S. 386. v. K. Jhrb. B. 56. S. 740.

Einleitung §. 1. seqq. Gesetz v. 11. Mai 1842, über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen. G. S. S. 192.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur Beseitigung der Zweifel, welche über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizei-

liche Verfügungen entstanden sind, auf den Antrag unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths für den ganzen Umfang der Monarchie was folgt:

§. 1. Beschwerden über polizeiliche Verfügungen jeder Art, sie mögen die Gesetzmässigkeit, Nothwendigkeit oder Zweckmässigkeit derselben betreffen, gehören vor die vorgesetzte Dienstbehörde.

Der Rechtsweg ist in Beziehung auf solche Verfügungen nur dann zulässig, wenn die Verletzung eines zum Privat-Eigenthum gebörenden Rechts behauptet wird, und nur unter den nachfolgenden näheren Bestimmungen.

§. 2. Wenn derjenige, welchem durch eine polizeiliche Verfügung eine Verpflichtung auferlegt wird, die Befreiung von derselben auf den Grund einer besonderen gesetzlichen Vorschrift oder eines speciellen Rechtstitels behauptet, so ist die richterliche Entscheidung sowohl über das Recht zu dieser Befreiung, als auch über dessen Wirkungen zulässig.

§. 3. Die Verfügung (§. 2.) kann jedoch, des Widerspruchs ungeachtet, zu Ausführung gebracht werden, wenn solches nach dem Ermessen der Polizei-Behörde ohne Nachtheil für das Allgemeine nicht ausgesetzt bleiben kann. Nach ergangenem rechtskräftigen Erkenntnis muss die Polizeibehörde dessen Bestimmungen bei ihren weiteren Anordnungen beachten.

§. 4. Steht einer polizeilichen Verfügung ein besonderes Recht auf Befreiung (§. 2.) nicht entgegen, es wird aber behauptet, dass durch dieselbe ein solcher Eingriff in Privatrechte geschehen sei, für welchen nach den gesetzlichen Vorschriften über Aufopferungen der Rechte und Vortheile des Einzelnen im Interesse des Allgemeinen, Entschädigung gewährt werden muss, so findet der Rechtsweg darüber Statt: ob ein Eingriff dieser Art vorhanden sei, und zu welchem Betrage dafür Entschädigung geleistet werden müsse.

Eine Wiederherstellung des früheren Zustandes kann in diesem Falle niemals verlangt werden, wenn solche nach dem Ermessen der Polizeibehörde unzulässig ist.

§. 5. Gebührt der Polizeibehörde nur die Befugniss zu einer vorläufigen Anordnung mit Vorbehalt der Rechte der Betheiligten, oder behauptet derjenige, welchem durch eine polizeiliche Verfügung eine Verpflichtung auferlegt worden ist, dass diese Verpflichtung ganz oder theilweise einem Anderen obliege, so ist zur Feststellung der Rechte unter den Betheiligten und über die zu leistende Entschädigung die richterliche Entscheidung zulässig.

§. 6. Wird eine polizeiliche Verfügung im Wege der Beschwerde als gesetzwidrig oder unzulässig aufgehoben, so bleiben dem Betheiligten seine Gerechtsame nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Vertretungs-Verbindlichkeit der Beamten vorbehalten.

§. 7. Sämmtliche, sowohl allgemeine als besondere Vorschriften über Gegenstände dieses Gesetzes und namentlich die

Vorschriften der Verordnung vom 26. Decbr. 1808 §§. 38. bis 40. werden hierdurch aufgehoben.

Einleitung §. 1 seqq. Zur Verordn. v. 9. Febr. 1817 (B. V. S. 39.) und Verordn. v. 16. Juni 1834 (B. V. S. 61.).

1. a) C. O. v. 5. Mai 1839, die Geschäftssprache im Grossherzogthum Posen betr. Min. Bl. S. 178.

Aus Ihrem Berichte vom 8. v. M. habe Ich die abweichenden Auslegungen ersehen, nach welchen bei Anwendung der Bestimmungen des vierten Abschnitts der Verordn. v. 9. Febr. 1817 §§. 145. seqq., die Geschäftssprachen im Grossherzogthum Posen betreffend, sowohl von den Gerichten als von der General-Commission und deren Abgeordneten verfahren wird. Da Ich mit Ihrer Ansicht zur Erledigung der erhobenen Bedenken einverstanden bin, so ermächtige Ich Sie, die über die Auslegung der gesetzlichen Vorschriften zweifelhaften Behörden nach folgenden Grundsätzen zu belehren und mit Anweisung zu versehen.

1. Die Verordn. v. 9. Febr. 1817 entscheidet die Frage, in welcher Sprache eine Verhandlung der genannten Behörden in der Provinz Posen aufzunehmen ist. Es muss daher strenge darauf gehalten werden, dass in der polnischen Sprache in allen Fällen verhandelt werde, in welchen die Verordnung den Gebrauch derselben vorschreibt.

2. Dagegen dienen die in den allgemeinen Landesgesetzen enthaltenen Bestimmungen zur Richtschnur, wenn es sich darum handelt, ob der unterlassene Gebrauch einer für den gegebenen Fall vorgeschriebenen Sprache eine Nichtigkeit der Verhandlung herbeiführe. Der Einwand der Nichtigkeit oder Ungültigkeit einer Verhandlung, bei welcher, den Bestimmungen der Verordn. v. 9. Febr. 1817 entgegen, nur Eine der beiden Sprachen, oder statt der deutschen die polnische oder umgekehrt, gebraucht worden, ist daher nicht begründet, wenn die Vorschriften der allgemeinen Landesgesetze, nach welchen verfahren werden soll, wenn der Richter der Sprache der Betheiligten nicht kundig ist, befolgt worden sind.

3. In Rücksicht auf die Festsetzung der §§. 75. und 422. des Anhangs zur A. G. O. findet der Verzicht auf ein polnisches Nebenprotocoll oder auf eine polnische Uebersetzung der in deutscher Sprache aufgenommenen Verhandlung Statt. Es genügt zu diesem Zweck die in der Verhandlung enthaltene, in deutscher und polnischer Sprache aufgenommene ausdrückliche Erklärung der Partei, dass sie auf das Recht, die Uebersetzung zu verlangen, Verzicht leiste, oder sich des von dem Dollmetscher zu führenden Neben-Protocolls begebe.

b) Rescr. v. 21. Januar 1841, betr. die bei den Prozessverhandlungen im Grossherz. Posen zur Anwendung zu bringende Sprache. Min. Bl. S. 47. v. K. Jhrb. B. 57. S. 226.

c) Vergl. §. 39. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civil-Prozessen (G. S. S. 291.), wodurch die bisherige Suspension der Vorschriften

des zweiten und vierten Titels der Verordn. v. 1. Juni 1833 über den summarischen Prozess für das Grossherzogthum Posen aufgehoben ist. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1 seqq.

2. Nach §. 34. des Gesetzes über die Aufnahme von Notariatsurkunden, v. 11. Juli 1845 (G. S. S. 487.) ist der Art. IX. der Verordn. v. 16. Juni 1834, auch von den Notarien zu beobachten. s. zu A. G. O. III. 7. §. 45. seqq.

3. a) Rescr. v. 27. Juni 1843 nebst Bericht des Geh. Ob. Trib., wonach die Unterzeichnung der Audienzprotokolle durch die Parteien oder ihre Vertreter nicht nothwendig, deren Unterlassung also als Verletzung einer wesentlichen Förmlichkeit nicht anzusehen ist. Min. Bl. S. 172. v. K. Jhrb. B. 61. S. 444. bestätigt durch:

b) Declaration vom 11. Decbr. 1845, betr. den §. 30. der Verordn. vom 9. Febr. 1817, den §. 29. der Verordn. über das Verfahren in Ehesachen vom 28. Juni 1844 etc. G. S. 1846 S. 18. s. zu A. G. O. I. 40. §. 20 seqq.

Einleitung §. 5 u. 25 seqq. Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. und Verordn. v. 7. April 1847, betr. die Oeffentlichkeit des Verfahrens in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1 seqq.

Einleitung §. 58. Plen. Beschl. v. 8. April 1839: Der Einwand der Compensation ist in zweiter Instanz noch zulässig, und der Appellationsrichter über denselben materiell zu erkennen verpflichtet. Entsch. des G. Ob. Trib. B. 4. S. 207. Min. Bl. S. 148.

Th. I. Tit. 1. §. 13 seqq. C. O. v. 5. Decbr. 1835, über die Anwendung der C. O. v. 4. Juli 1832 (B. V. S. 65.), wegen des Gerichtsstandes unter väterlicher Gewalt stehender Personen etc. auf deren Klagen. G. S. S. 294. (s. B. VII. S. 290.)

Th. I. Tit. 1. §. 23. Rescr. v. 6. Novbr. 1840 nebst Bericht des Geh. Ob. Trib., über die Rechte, welche dem Ehemanne bei bestehender ehelicher Gütergemeinschaft an dem gemeinschaftlichen Vermögen, besonders in Beziehung auf Grundstücke, zustehen. Min. Bl. S. 369. v. K. Jhrb. B. 56. S. 455.

Th. I. Tit. 1. §. 33. Plen. Beschl. vom 27. Juli 1845: 1. Einzelnen Mitgliedern einer Corporation, welche von den mit Genehmigung der vorgesetzten Staatsbehörde ernannten, in Function befindlichen Vorstehern derselben auf Erfüllung ihrer Verbindlichkeit gegen die Gesellschaft, in rechtlichen Anspruch genommen werden, steht nicht frei, die Gültigkeit der Wahlen, aus denen ein Vorstandsbeamter hervorgegangen, zum Gegenstande einer Einrede zu machen.

2. Eine gerichtliche Verhandlung, worin die Wähler selbst in der sie zu der Wahl befähigenden Eigenschaft anerkannt sind, ist nur dann für eine dergleichen gültige und durchgreifende Bescheinigung zu erachten, wenn das Anerkenntniss von der Aufsichtsbehörde, namentlich also auch bei Eisenbahn-Gesellschaften von dem beständigen Regierungs-Commissarius, ausgegangen ist. Entsch. des G. Ob. Trib. B. 11. S. 62. Min. Bl. S. 169.

Th. I. Tit. 1. §. 34. Anh. §. 4. a) Rittergutsbesitzer sind als Ortspolizeibehörden, auch in Sachen, welche das polizeiliche Interesse berüh-

ren, nicht befugt, Klagen für die ihrer Polizeigerichtsbarkeit unterworfenen Gemeinden oder in deren Interesse anzustellen. Entsch. des G. Ob. Trib. vom 24. Januar 1840, B. 6. S. 109.

b) Rescr. v. 9. Sept. 1844, betr. die Behandlung der Kranken-, Sterbe- und ähnlichen Kassen bei gerichtlichen Geschäften. Min. Bl. S. 206. v. K. Jhrb. B. 64. S. 232.

Th. I. Tit. 1. §. 35 — 37. 1. a) Rescr. v. 1. August 1845 nebst Anlagen, betr. die Frage, ob Handlungsfirmer ohne Angabe der Handlungseigentümer als Kläger oder Beklagte zugelassen werden können. Min. Bl. S. 160.

b) Die General-Depositorien der Gerichte sind als solche, dritten Personen gegenüber, welche mit ihnen in Rechtsangelegenheiten verwickelt sind, Recht zu nehmen schuldig, und dürfen die letzteren an die einzelnen beteiligten Massen nicht verwiesen werden. Die General-Depositorien werden durch die Gerichte, denen sie angehören, oder durch die ihnen von denselben zu bestellende Assistenten vertreten. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 14. Januar 1843, B. 9. S. 488.

2. a) Verordn. v. 2. Decbr. 1837, betr. die Cumulation der Mandatsklagen wegen der an städtische Kassen oder Verwaltungen zu entrichtenden Geld- oder Naturalleistungen. G. S. 1838, S. 1. (s. B. VIII. S. 410.)

b) C. O. v. 7. Mai 1838, betr. die Cumulation der Klagen mehrerer in keinem Correalverhältniss stehenden Kläger. v. K. Jhrb. B. 51. S. 377. (s. B. VIII. S. 331.)

c) Rescr. v. 21. April 1842, betr. die Unzulässigkeit einer gemeinschaftlichen Klage gegen den Trassanten und den Acceptanten eines Wechsels. Min. Bl. S. 177. v. K. Jhrb. B. 59. S. 508.

Th. I. Tit. 2. §. 13 seqq. a) C. O. v. 5. Decbr. 1835, über die Anwendung der C. O. v. 4. Juli 1832 (B. V. S. 65.), wegen des Gerichtsstandes unter väterlicher Gewalt stehender Personen etc., auf die Klagen derselben. G. S. S. 294. (s. B. VII. S. 290.)

b) Rescr. v. 11. October 1843, betr. die Auslegung der C. O. v. 4. Juli 1832, wonach unter „Contractsverhältnissen“ im §. 1. nicht bloss die aus dem Dienstcontract, sondern auch die aus andern Verträgen entstehenden Verhältnisse zu verstehen sind. Min. Bl. S. 256. v. K. Jhrb. B. 62. S. 469.

Th. I. Tit. 2. §. 28 seqq. C. O. v. 25. Juli 1839, betr. den Gerichtsstand der Stromschiffer. G. S. S. 250. (s. B. VIII. S. 555.)

Th. I. Tit. 2. §. 48. Anh. §. 12 seqq. a) Rescr. vom 27. Decbr. 1842, betr. den Gerichtsstand der Telegraphie-Beamten. Min. Bl. 1843, S. 11. v. K. Jhrb. B. 60. S. 573.

b) Vergl. C. O. v. 28. Octbr. 1837 nebst Reglement, betr. die Verhältnisse des Telegraphen-Corps. G. S. S. 158. (s. erstere B. VIII. S. 132.)

Th. I. Tit. 2. §. 48. Anh. §. 12 u. 13. Declaration der nebenbemerkten §§. des Anh. zu A. G. O., hinsichtlich minderjähriger oder unter väterlicher Gewalt stehender Militairpersonen, vom 31. März 1839. G. S. S. 155. (s. B. VIII. S. 332.)

Th. I. Tit. 2. §. 48. Anh. §. 12 seqq. a) Rescr. v. 17. November 1842, betr. den Gerichtsstand der Mitglieder der Militair-Intendantur in Criminal- und Injurien-Sachen. Min. Bl. S. 367. v. K. Jhrb. B. 60. S. 669.

b) Wegen des Gerichtsstandes der Militairpersonen in Untersuchungssachen, vergl. Zusätze zu §. 78. Cr. O.

Th. I. Tit. 2. §. 53 seqq. a) Rescr. v. 21. Januar 1841, betr. den nicht-eximirten Gerichtsstand der Civil-Supernumerarien. Min. Bl. S. 63. v. K. Jhrb. B. 57. S. 173.

b) Verordn. v. 26. April 1844, betr. den ordentlichen persönlichen Gerichtsstand der im Auslande stationirten Steuerbeamten. G. S. S. 112.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen, zur Beseitigung der über den ordentlichen persönlichen Gerichtsstand im Auslande stationirter Steuerbeamten entstandenen Zweifel, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§. 1. Die Beamten, welche in Folge des mit mehreren Deutschen Staaten geschlossenen Zollvereins an einem ausserhalb Unserer Staaten belegenen Orte des Vereinsgebietes eine etatsmässige Stelle verwalten, sollen fortan ihren ordentlichen persönlichen Gerichtsstand vor Unserm Kammergerichte haben.

§. 2. Durch die im §. 1. enthaltene Bestimmung wird jedoch, wenn die Beamten vorher einen ordentlichen persönlichen Gerichtsstand in hiesigen Landen gehabt haben, in Beziehung auf ihre persönlichen Eigenschaften und Befugnisse (*jura status*) und die Erbfolge in ihren Nachlass nichts geändert; solche sind auch ferner nach den in jenem frühern Gerichtsstande geltenden Rechten zu beurtheilen.

Th. I. Tit. 2. §. 53. Anh. §. 21. a) Rescr. v. 23. März 1841, betr. den eximirten Gerichtsstand der Justitiarien. Min. Bl. 143. v. K. Jhrb. B. 57. S. 170. erledigt durch:

b) C. O. v. 31. October 1841, über den eximirten Gerichtsstand aller bei Patrimonialgerichten angestellten Richter. G. S. S. 292.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 8. d. M. erkläre Ich, unter Erweiterung der Vorschrift des §. 21. des Anh. zum §. 53. Tit. 2. Th. I. der A. G. O.:

dass der eximirte Gerichtsstand nicht nur den auf dem platten Lande lebenden Justitiarien der Patrimonialgerichte, sondern allen bei diesen Gerichten angestellten Richtern, ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz, zustehen soll.

Th. I. Tit. 2. §. 53 u. 104. Rescr. v. 12. Juni 1840, betr. den Gerichtsstand der Bürgermeister, namentlich in Westphalen. Min. Bl. S. 230. v. K. Jhrb. B. 55. S. 549.

Th. I. Tit. 2. §. 58 u. 101. a) Rescr. v. 13. Febr. 1841, betr. die Delegation der Gerichtsbarkeit über die Beamten niederen Ranges an die Ortsgerichte. Min. Bl. S. 91. v. K. Jhrb. B. 57. S. 169.

b) C. O. v. 15. Septbr. 1842, betr. die Gerichtsbarkeit des Fürstlichen Obergerichts zu Braunfels über die in seinem Bezirk wohnenden Eximirten, mit Ausnahme der Königl. Beamten und besonders privilegierten Personen. Min. Bl. S. 318. v. K. Jhrb. B. 60. S. 324.

Th. I. Tit. 2. §. 74. Anh. §. 24. C. O. v. 15. März 1835, betr. die Aufhebung der academischen Gerichtsbarkeit auf der Universität zu Greifswald. G. S. S. 41. (s. B. VII. S. 175.)

Th. I. Tit. 2. §. 103. Anh. §. 30. a) C. O. v. 16. Mai 1839, betr. den eximirten Gerichtsstand der sogenannten Königl. Mediatstädte. G. S. S. 265. (s. Bd. VIII. S. 333.)

b) Rescr. v. 5. Juli 1841, betr. den eximirten Gerichtsstand der Kirchengemeinden. Min. Bl. S. 222. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 120.

c) C. O. v. 3. Decbr. 1836, betr. die Rechte und das Forum der allgem. Wittwen - Pensions - und Unterstützungs - Kasse zu Berlin vor dem Kammergericht. (s. Bd. VIII. S. 28.)

d) Rescr. v. 21. Jan. 1840, betr. das Forum und die Verhältnisse der Preuss. Renten - Versicherungsanstalt zu Berlin. Min. Bl. S. 38. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 181.

Th. I. Tit. 2. §. 105. C. O. v. 5. Juli 1844, über die Competenz der Landes - Justizcollegien in den Provinzen Preussen und Schlesien bei Rechtsstreitigkeiten der Patrimonialgerichtsherrn oder ihrer Angehörigen wider einzelne ihrer Gerichtseingesessenen. G. S. S. 261.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 13. d. M. will Ich in Berücksichtigung der Anträge der Stände der Provinzen Preussen und Schlesien die Vorschrift des §. 105. Tit. 2. der Prozessordnung für die genannten beiden Provinzen dahin erweitern, dass auch in den Fällen, wenn der Gerichtsherr oder einer seiner Angehörigen (§. 46. Tit. 17. Th. II. des A. L. R.) gegen einzelne Gerichtseingesessene eine Klage bei seinem Patrimonialgerichte anstellt, dem Verklagten, oder, wenn mehrere Verklagte vorhanden sind, einem jeden derselben die Befugniss zustehen soll, die Einlassung vor dem Gerichtshalter, sowie auch nach geschehener Einlassung die Entscheidung der Sache durch den Gerichtshalter abzulehnen. Das vorgesetzte Landes - Justizcollegium, oder ein von demselben zu substituierendes Untergericht muss sich alsdann der Instruction und beziehungsweise der Entscheidung der Sache unterziehen.

Ein Gleiches findet statt, wenn in Subhastations- und Liquidationssachen streitige Punkte zwischen dem Gerichtsherrn oder einem seiner Angehörigen und den Gerichtseingesessenen zu entscheiden sind.

Th. I. Tit. 2. §. 107. seqq. 1. a) Ges. v. 25. April 1835, betr. die Real-Jurisdiction der Ortsgerichte über veräusserte Theile eines eximirten Landguts. G. S. S. 51. (s. Bd. VII. S. 296.)

b) Rescr. v. 17. März u. 22. Aug. 1837, 18. Novbr. 1838 und 13. Jan. 1839, betr. die Realjurisdiction über veräusserte Parzellen eines Ritterguts,

und die Abschreibung derselben vom Hauptgute. v. K. Jhrb. Bd. 49. S. 170., Bd. 52. S. 212. und Bd. 53. S. 181. Min. Bl. 1839. S. 41.

c) Rescr. v. 19. Mai 1841, betr. den Gerichtsstand der unter unmittelbarer Verwaltung einer fiscalischen Behörde stehenden Grundstücke. Min. Bl. S. 184. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 586.

d) Rescr. v. 24. Septbr. 1841, betr. den Gerichtsstand der ausser dem Jurisdictionsbezirk des Hauptguts belegenen Pertinenzstücke eines Ritterguts. Min. Bl. S. 306. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 225.

2. Vergl. Ges. v. 3. Jan. 1845 über die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen. G. S. S. 25. s. zu Hyp. Ordn. II. §. 91.

Th. I. Tit. 2. §. 111—113. Rescr. v. 10. April 1840 nebst Anlage, betr. den Gerichtsstand bei Negatorienklagen. Min. Bl. S. 145. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 554.

Th. I. Tit. 2. §. 114. Anh. §. 34. C. O. v. 14. Aug. 1837, betr. die Wiederherstellung des Anh. §. 34. in Beziehung auf Curhessische Unterthanen. G. S. S. 139. (s. Bd. VIII. S. 334.)

Th. I. Tit. 2. §. 126. Anh. §. 35. Rescr. v. 23. Novbr. 1845 nebst Anlagen, betr. den Gerichtsstand des Fiscus in Civilprozessen. Min. Bl. S. 228.

Th. I. Tit. 2. §. 128. Anh. §. 37. Der Anh. §. 37. ist aufgehoben durch die Verordn. v. 28. Juni 1844 über das Verfahren in Ehesachen. s. zu A. G. O. I. 40. §. 20. seqq.

Th. I. Tit. 2. §. 130. C. O. v. 16. April 1839, wodurch das Kammergericht zum *forum speciale causae* für alle Negatorien-, Provocations- und Diffamations-Klagen der Berliner Lebens-Versicherungs-Gesellschaft bestellt ist. Min. Bl. S. 238. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 341.

Th. I. Tit. 2. §. 130. a) In Betreff der Befugnisse der Kreis-Justizräthe. s. die Zusätze zu A. G. O. III. 1. §. 1.

b) Verordn. für den Justitiarius des Hofmarschallamts v. 9. März 1837. G. S. S. 24. (s. Bd. VIII. S. 335.)

Th. I. Tit. 2. §. 130. 1. a) C. O. v. 6. Juli 1837 nebst Regulativ für das Berggericht zu Siegen. G. S. S. 134. (s. Bd. VIII. S. 338.)

b) C. O. v. 12. Octbr. 1837, betr. die Competenz der Berggerichte. G. S. S. 147. (s. Bd. VIII. S. 342.)

2. **a)** Rescr. v. 20. Juni 1839, betr. den Geschäftsgang bei den Bergämtern in berggerichtlichen Angelegenheiten. Min. Bl. S. 238. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 383.

b) Rescr. v. 6. Juli 1844, dass den Königl. Bergämtern gegen Bergbeamte nur Disciplinar- nicht Criminal-Gerichtsbarkeit zustehe. Min. Bl. S. 166. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 285.

c) C. O. v. 5. Febr. 1844, wonach sich die Jurisdiction des Berggerichts zu Waldenburg auch über den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Glogau erstrecken soll. Min. Bl. S. 50.

3. a) Verordn. v. 28. Febr. 1845, betr. die Einrichtung des Berghypothekenwesens im Herzogthum Westphalen etc. G. S. S. 100.

b) Instruct. für Ausführung dieser Verordn., v. 21. März 1845. Min. Bl. S. 78. s. zu Hyp. Ordn. Einleit.

Th. I. Tit. 2. §. 130. 1. Vergl. a) Regul. v. 31. Octbr. 1840, über Errichtung und Verwaltung des Fabrikengerichts für die Gemeinde Elberfeld. Min. Bl. S. 388. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 509.

b) Verordn. v. 7. Aug. 1846, betr. die Gewerbegerichte in der Rheinprovinz. G. S. S. 403.

2. Ges. v. 3. April 1847, betr. die Errichtung von Handelsgerichten und deren Competenz. G. S. S. 182.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen über die Errichtung von Handelsgerichten für diejenigen Theile Unserer Monarchie, in welchen das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichtsordnung Gesetzeskraft haben, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, was folgt:

I. Errichtung der Handelsgerichte.

§. 1. An jedem Orte, wo wegen eines bedeutenden Handels- oder Schiffahrtsverkehrs ein Bedürfniss zu einem Handelsgericht obwaltet, soll, wenn die dortige Kaufmannschaft oder Handelskammer darauf anträgt, ein solches Gericht, nach Einholung Unserer besonderen Genehmigung, errichtet werden.

§. 2. Auch die Commerz- und Admiralitätscollegien zu Königsberg und Danzig, sowie die für Handelssachen bestehenden Gerichtsdeputationen zu Stettin, Elbing und Memel sollen, wenn die dortigen Kaufmannschaften darauf antragen, zu Handelsgerichten umgestaltet werden.

§. 3. Die Kosten der Errichtung und Unterhaltung der Handelsgerichte werden aus Staatsmitteln bestritten; die Beschaffung und Unterhaltung der für ein solches Gericht erforderlichen Geschäftsräume, wo dieselben in dem Ortsgerichtsgebäude nicht gewährt werden können, liegt jedoch dem Handelsstande des Bezirks ob, für welchen das Handelsgericht bestimmt ist.

II. Organisation der Handelsgerichte.

§. 4. Das Handelsgericht ist für die ihm überwiesenen Rechtsangelegenheiten (§§. 18 — 20.) Gericht erster Instanz, und zunächst dem Landes-Justizcollegium untergeordnet. Auch eximirt Personen sind dem Handelsgerichte unterworfen.

§. 5. Jedes Handelsgericht besteht aus einem rechtsverständigen Director nebst zweien rechtsverständigen Mitgliedern und mindestens vier Mitgliedern, welche dem Handelsstande angehören.

§. 6. Der Director des Handelsgerichts wird in Verhinderungsfällen durch das älteste rechtsverständige Mitglied vertreten.

Die Vertretung der übrigen rechtsverständigen Mitglieder erfolgt durch ein- für allemal dazu ernannte Mitglieder des Orts-

gerichts. Ist die Reihelfolge, in der dieselben zuzuziehen sind, bei der Ernennung nicht bestimmt, so bleibt die Auswahl unter ihnen dem Dirigenten des Ortsgerichts überlassen.

Für die Mitglieder aus dem Handelsstande wird eine gleiche Anzahl von Vertretern bestellt, und durch die Ernennung der Einzelnen zum ersten, zweiten etc. Stellvertreter, die Reihelfolge bestimmt, in welcher dieselben in Verhinderungsfällen eintreten sollen.

§. 7. Der Director und die rechtsverständigen Mitglieder eines Handelsgerichts bedürfen derselben Qualification, welche der Director und die Mitglieder des Ortsgerichts besitzen müssen. Ihre Anstellung, sowie die der Subaltern- und Unterbeamten erfolgt in derselben Weise, wie die der Beamten des Ortsgerichts.

§. 8. Die Mitglieder aus dem Handelsstande und deren Stellvertreter müssen zur Uebernahme eines obrigkeitlichen Amtes überhaupt geeignet, mindestens dreissig Jahre alt sein und seit fünf Jahren selbstständig Handel treiben, oder solchen früher mindestens fünf Jahre lang selbstständig betrieben haben und nicht etwa zur Zeit ein anderes Gewerbe treiben.

§. 9. Die dem Handelsstande angehörenden Mitglieder und deren Stellvertreter werden durch die angesehensten Handeltreibenden des Bezirks, für den das Handelsgericht bestimmt ist, erwählt. Die Wähler, deren Zahl nicht weniger als 25 und nicht mehr als 60 betragen darf, ernennt die Regierung. Zur Gültigkeit der Wahl, welche für jede Stelle besonders erfolgen muss, ist die absolute Stimmenmehrheit der in dem Termine anwesenden Wähler erforderlich. Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Mehrheit, so ist der Wahlact zu wiederholen; stellt sich auch bei der zweiten Abstimmung eine absolute Mehrheit nicht heraus, so sind diejenigen beiden Candidaten, welche in der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

§. 10. Die Wahlhandlung wird durch einen von der Regierung zu ernennenden Commissar geleitet. Die Regierung theilt das Wahlprotocoll mit den Erinnerungen, welche sie etwa dagegen zu machen hat, dem Landes-Justizcollegium mit, welches, wenn die Wahl vorschriftsmässig geschehen ist und die Gewählten gehörig qualifizirt sind, bei dem Justizminister deren Bestätigung nachsucht und, sobald solche erfolgt ist, die Vereidigung und Einführung derselben veranlasst.

§. 11. Die Amtsdauer der Mitglieder aus dem Handelsstande und ihrer Stellvertreter wird auf sechs Jahre bestimmt; doch soll der Wechsel derselben nicht mit einem Male, sondern nach und nach in gleichen Zeitabschnitten erfolgen, und zu dem Ende von den zuerst Erwählten ein Theil schon während der ersten sechs Jahre ausscheiden. Die näheren Bestimmungen über diesen Wechsel

der Mitglieder bei den einzelnen Handelsgerichten bleiben den Reglements für dieselben vorbehalten.

Die Ausscheidenden können wiedererwählt werden.

§. 12. Scheidet ein dem Handelsstande angehörendes Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so tritt für die übrige Dauer dieser Zeit ein Stellvertreter ein. (§. 6.)

§. 13. Die dem Handelsstande angehörenden Mitglieder haben während der Dauer ihres Amts, in Beziehung auf dasselbe, die Rechte und Pflichten richterlicher Beamten; die Suspension vom Amte und die Entfernung aus demselben tritt daher bei einem solchen Handelsrichter in denselben Fällen ein, in welchen sie bei anderen richterlichen Beamten stattfindet, ausserdem aber auch alsdann

- 1) wenn über sein Vermögen Conkurs eröffnet ist;
- 2) wenn er sich für zahlungsunfähig erklärt hat;
- 3) wenn ihm durch einen Beschluss der Stadtverordneten oder durch richterliches Urtheil das Bürgerrecht entzogen ist;
- 4) wenn ihn die kaufmännische Corporation oder die Handelskammer durch einen Beschluss suspendirt oder ausgeschlossen hat;
- 5) wenn er durch richterliches Urtheil der kaufmännischen Rechte verlustig erklärt ist.

In diesen Fällen (No. 1—5.) ist der Director des Handelsgerichts befugt, dem zu Suspendirenden die Ausübung des Amts vorläufig zu untersagen; er muss aber hiervon sofort dem Landes-Justizcollegium Bericht erstatten.

§. 14. Die Mitglieder aus dem Handelsstande verwalten ihr Amt als ein unbesoldetes Ehrenamt; die durch Erledigung einzelner Aufträge veranlassten baaren Auslagen werden ihnen erstattet.

§. 15. Die Vorschriften des §. 385. Tit. 11. Th. I. und der §§. 1939. und 2364. Tit. 8. Th. II. des A. L. R. sollen auf die dem Handelsstande angehörenden Mitglieder der Handelsgerichte keine Anwendung finden; diese Beamte sind aber gleich allen anderen Richtern verpflichtet, sich in den Rechtssachen, bei deren Entscheidung sie ein persönliches Interesse haben, jeder Mitwirkung zu enthalten.

§. 16. An den Beschlüssen des Handelsgerichts nehmen die Mitglieder aus dem Handelsstande, gleich den rechtsverständigen Mitgliedern, mit unbeschränktem Stimmrecht Theil.

§. 17. Die für einzelne Zweige des Handels- oder Schiffahrts-Verkehrs etwa noch besonders erforderlichen Sachverständigen werden vom Handelsgerichte ernannt, und können ein- für allemal vereidigt werden.

III. Competenz der Handelsgerichte.

§. 18. Zur Competenz der Handelsgerichte gehören alle Streitigkeiten aus Handelsgeschäften, welche zwischen Handel-treibenden geschlossen sind.

§. 19. Den Handelsgerichten werden ferner, ohne Unterschied, ob die Parteien Handeltreibende sind oder nicht, die Streitigkeiten aus folgenden Rechtsverhältnissen überwiesen:

- 1) aus Verträgen über Bodmerei und im Nothhafen contrahierte Schulden;
- 2) aus Schiffs-, Bodmerei-, Fracht- und Waarenversicherungen gegen Wassers- oder Feuersgefahr;
- 3) aus Verträgen über Erbauung, Reparatur, Ausrüstung, Erwerb, Verpfändung oder Miethung von Seeschiffen, und allen andern zur Frachtschiffahrt bestimmten Schiffsgefäßen;
- 4) aus dem Verhältnisse der Schiffsrheder, des Schiffers und der Schiffsmannschaft zu einander;
- 5) aus allen Frachtgeschäften im Handelsverkehre bei Sendungen zu Wasser oder zu Lande, desgleichen bei Seeschiffen aus dem Verhältnisse des Rheders und des Schiffers zu den Schiffspassagieren;
- 6) über Ansprüche auf Bergegelder, Vergütungen an Haverei- oder Seeschäden, wegen An- oder Uebersegelns, Antreibens und Stossens der Seeschiffe, und aller andern zur Frachtschiffahrt bestimmten Schiffsgelasse;
- 7) aus Societätsverträgen zu Handels-, Fabrik-, Manufactur-Unternehmungen, während der Dauer und bei oder nach Auflösung der Societät;
- 8) über das Recht zur Führung einer bestimmten Handelsfirma;
- 9) aus dem Verhältnisse der Handeltreibenden zu ihren Agenten, Factoren, Disponenten, Gehülfen und Lehrlingen; ferner
- 10) Klagen gegen Agenten, Factoren oder Disponenten aus Handelsgeschäften, welche sie in dieser Eigenschaft geschlossen haben, sowie gegen Handlungsdienner oder Lehrlinge aus Handelsgeschäften, die von denselben für ihren Principal vorgenommen sind;
- 11) Klagen, welche gegen Mäkler, Dispatcheurs, Schiffsabrechner, Güter-Bestätiger, desgleichen gegen Wäger, Messer, Braker, Schauer, Stauer und überhaupt alle diejenigen, welche die Quantität oder Qualität von Waaren oder deren richtige Verpackung öffentlich zu beglaubigen haben, aus den Berufsgeschäften dieser Personen angestellt werden;
- 12) Klagen aus rechtskräftigen Handelsgerichts-Erkenntnissen.

§. 20. Vor die Handelsgerichte gehören ferner:

- 1) die öffentlichen Aufgebote
 - a) gestrandeter oder seetriftiger Güter;
 - b) verlornen Schiffsurkunden;
 - c) unbekannter Gläubiger von Societäts- oder andern kaufmännischen Handlungen, sowie von solchen Actiengesellschaften, welche auf Gewerbe- oder Handelsunternehmungen gerichtet sind (§§. 537 — 539. und §. 683. Tit. 8. Th. II. des A. L. R.);
- 2) die Ausführung der, entweder von den Handelsgerichten selbst, oder von andern Gerichten, verfügten Arreste auf

Seeschiffe und andere zur Frachtschiffahrt bestimmten Schiffsgefässe; auf deren Ladung, sowie auf die Person, die auf dem Schiffe befindlichen Effecten, und die Heuer des Schiffers und der Schiffsmannschaft (§§. 1409—1419. Tit. 8. Th. II. des A. L. R.);

- 3) die General-Moratoriensachen der Handeltreibenden;
- 4) die Verhandlungen und Entscheidungen über die von Handeltreibenden nachgesuchten Rechtswohlthaten der Güterabtretung und der Competenz;
- 5) die Concurs- und erbschaftlichen Liquidationsprozesse über das Vermögen und den Nachlass Handeltreibender;
- 6) die Concursprozesse über Seeschiffe (§. 681. ff. Tit. 50. Th. I. der A. G. O.);
- 7) die Subhastation von Schiffen (§. 1. No. 3. der Verordnung vom 4. März 1834).

§. 21. Aus einem Handelsgeschäfte, welches zwischen einem Handeltreibenden und einer dem Handelsstande nicht angehörenden Person geschlossen ist, kann der Handeltreibende auch bei dem Handelsgerichte belangt werden.

§. 22. Den Handeltreibenden (§§. 18—21.) werden diejenigen Actiengesellschaften gleich geachtet, welche auf Gewerb- oder Handels-Unternehmungen gerichtet sind.

§. 23. Zwischen den Handelsgerichten und anderen Gerichten ist eine freiwillige Prorogation des Gerichtsstandes zulässig. Die Vorschrift des §. 161. Tit. 2. Th. I. der A. G. O. findet demnach auf sie keine Anwendung.

§. 24. Bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche auf den Handels- oder Schiffahrts-Verkehr Bezug haben, hängt es von der Wahl der Interessenten ab, ob sie dieselben bei dem Handelsgerichte oder bei einem anderen Gerichte, oder soweit dies zulässig ist, bei einem Notar vornehmen wollen.

Ausschliesslich vor die Handelsgerichte gehören jedoch die nicht streitigen Strandungs-, Haverei- und Nothhavelungssachen, sowie die Ausfertigung der Schiffspässe, Beylbriefe, Certificate, Seeproteste und Verklarungen der Schiffssleute.

IV. Verfahren bei den Handelsgerichten.

§. 25. Die Handelsgerichte haben bei ihrem Verfahren dieselben Vorschriften zu befolgen, welche für die ordentlichen Gerichte verbindend sind, namentlich auch die Verordnung über das Verfahren in Civilprozessen vom 21. Juli 1846, jedoch unter Beachtung der nachstehenden besonderen Bestimmungen.

§. 26. Die Handelsgerichte haben sich die Vermittelung von Vergleichen zur besondern Aufgabe zu machen. Sie sind befugt, in jeder Lage des Prozesses, auf den Antrag einer Partei, oder auch von Amtswegen, die Parteien zum Versuch einer gütlichen Beilegung des Streits vor eine Commission des Gerichts zu verweisen.

§. 27. Die Handelsgerichte sind ermächtigt eximirte Personen unmittelbar als Zeugen vorzuladen und durch die gesetzlichen Zwangsmittel zum Erscheinen anzuhalten.

§. 28. Hat der Verklagte einen Theil der Forderung anerkannt, so ist hierüber sofort die Agnitions-Resolution abzufassen, und der Prozess nur wegen des bestrittenen Theils fortzusetzen.

§. 29. In denjenigen Fällen, in welchen nach allgemeinen Vorschriften Erkenntnisse, ungeachtet der dagegen eingelegten Rechtsmittel vollstreckt werden können, sind auch die Erkenntnisse der Handelsgerichte vollstreckbar.

Aber auch in allen übrigen Fällen sind die Erkenntnisse der Handelsgerichte, ungeachtet der dagegen etwa zulässigen Rechtsmittel, in der Art sogleich vollstreckbar, dass auf den Antrag des Klägers, und, nachdem derselbe eine von dem Gerichte zu bestimmende Caution bestellt hat, der Verklagte durch Execution, mit Ausschluss des Personal-Arrestes, angehalten werden muss, nach seiner Wahl entweder dem ergangenen Urtheile Genüge zu leisten, oder die streitige Sache oder Summe zum gerichtlichen Gewahrsam zu geben, oder eine vom Gericht festzusetzende Caution in baarem Gelde, geldwerthen Papieren oder sichern Hypotheken zu bestellen. Der Werth der Papiere wird hierbei nach dem Börsencurse am Tage der Deposition berechnet und die Sicherheit der Hypotheken nach den Vorschriften der §§. 17—20. Tit. 47. Th. I. A. G. O. beurtheilt.

Das Handelsgericht kann die von dem Kläger bestellte Caution herabsetzen, wenn der Verklagte dem Erkenntnisse auf andere Art, als durch Zahlung einstweilen genügt hat.

§. 30. Werden in Folge einer durch das Handelsgericht verfügten Execution Interventionsansprüche erhoben, die nicht aus Handelsverhältnissen entsprungen sind, so ist das Handelsgericht befugt, das Verfahren über diese Ansprüche an das ordentliche Gericht zu verweisen.

§. 31. Zur Gültigkeit eines handelsgerichtlichen Erkenntnisses ist die Theilnahme von mindestens drei Richtern in allen Fällen, namentlich auch in Bagatellsachen, erforderlich.

§. 32. Wer als kaufmännisches Mitglied eines Handelsgerichts bestellt werden kann (§. 8.), soll vor dem Handelsgerichte als Bevollmächtigter ausserhalb des Gerichtsorts wohnender Parteien zugelassen werden; er darf aber für diese Vertretung keine Gebühren, sondern nur die Vergütung baarer Auslagen fordern.

§. 33. Soweit vorstehend nicht etwas Anderes bestimmt worden ist, kommen in den, den Handelsgerichten überwiesenen Rechtsangelegenheiten die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung.

Th. I. Tit. 2. §. 138. Rescr. v. 9. Novbr. 1839, betr. die Begründung von Anträgen wegen Bestellung eines gemeinschaftlichen Gerichtsstandes, wenn mehrere Verklagte verschiedenen Gerichten unterworfen sind. Min. Bl. S. 364. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 375.

Th. I. Tit. 2. §. 143. Vergl. Art. 3. No. 3. der Declaration vom 6. April 1839. (Nichtigkeitsbeschwerde). (s. B. VIII. S. 367.)

Th. I. Tit. 2. §. 148 seqq. Vergl. C. O. v. 16. April 1839, wegen Bestellung des Kammergerichts als *forum speciale causae* für Negatorien-Diffamations- und Provocationsklagen der Berliner Lebens-Versicherungsgesellschaft. Min. Bl. S. 238. v. K. Jhrb. B. 53. S. 341.

Th. I. Tit. 2. §. 167 seqq. 1. Vergl. Gesetz v. 15. Febr. 1840, über die Errichtung von Familienschlüssen bei Lehen und Fideicommissen. (G. S. S. 20.) §§. 18—20., wegen des in gewissen Fällen dabei eintretenden schiedsrichterlichen Verfahrens. s. zu A. L. R. II. 4. §. 39 seqq.

2. Compromiss-Verträge, worin die Schiedsrichter nicht im Voraus ernannt sind, oder worin der Weg, auf welchem das Schiedsgericht zu Stande gebracht werden soll, nicht vorgezeichnet ist, haben keine Wirkung. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 21. Decbr. 1844. B. 10. S. 241.

3. C. O. v. 5. Octbr. 1846, betr. die Einrichtung eines oberen Schiedsgerichts in Berlin zur Entscheidung der Streitigkeiten in Rennangelegenheiten in zweiter Instanz. G. S. S. 482.

Auf Ihren Bericht vom 4. Juni d. J. genehmige Ich, dass das hierbei zurückfolgende allgemeine Rennreglement den Vereinen, welche Rennen mit edlen Pferden abhalten, zugefertigt werde und bei denjenigen, welche sich zur Annahme desselben bereit erklären, hinsichtlich aller darin festgesetzten Punkte verbindliche Kraft und Geltung erhalte. Zu diesem Behufe will ich den über das schiedsrichterliche Verfahren getroffenen Bestimmungen, wonach in Rennstreitigkeiten, mit Ausschliessung der ordentlichen Gerichtsbehörden, in erster Instanz von den Schiedsgerichten der einzelnen Vereine und demnächst, wenn die Parteien bei deren Ausspruch sich nicht beruhigen, von einem obern Schiedsgerichte entschieden werden soll, die erbetene Bestätigung ertheilen, indem Ich hinsichtlich der Zusammensetzung und der Befugnisse dieses obern Schiedsgerichts, sowie des weitem Verfahrens gegen dessen Entscheidungen, Nachstehendes festsetze und resp. genehmige:

1) das obere Schiedsgericht, welches alle Streitigkeiten in Rennangelegenheiten in zweiter und letzter Instanz zu entscheiden und seinen Sitz in Berlin hat, soll bestehen:

- a) aus dem jedesmaligen Oberstallmeister und Chef der Gestütverwaltung;
- b) aus zwei Räthen des Ministeriums des Innern;
- c) einem Rath des Justizministeriums;
- d) dem Justitiarius und vortragenden Rath der Gestüt- und Ober-Marstallverwaltung, und
- e) vier technischen, von den Vorständen sämmtlicher Rennvereine von drei zu drei Jahren zu wählenden Mitgliedern oder deren Stellvertretern.

2) Dasselbe hat die Befugniss, in allen zu seiner Entscheidung kommenden Fällen eidliche Zeugenvernehmungen und ander-

weitige Ermittlungen des Thatbestandes durch die betreffenden Gerichtsbehörden zu veranlassen, welche verpflichtet sind, seinen Requisitionen überall zu genügen.

3) Es bearbeitet alle ihm zugehende Sachen gebührenfrei, und dürfen nur die baaren Auslagen für Copialien, Stempel und Postporto in Ansatz gebracht werden.

4) Gegen die von dem obern Schiedsgerichte ergangenen Aussprüche findet kein anderes Rechtsmittel statt, als die Nichtigkeitsbeschwerde, in soweit solche nach der Verordnung vom 14. December 1833 und den dieselbe ergänzenden und erläuternden Bestimmungen zu begründen ist.

Die Entscheidung steht sonach allein dem Geheimen Ober-Tribunale zu, welches in allen Fällen, wo es auf Umstände ankommt, zu deren vollständiger Erläuterung und Beurtheilung genaue Kenntniss des gesammten Rennwesens erforderlich ist, einen vom Chef der Gestüt- und Ober-Marstallverwaltung zu ernennenden Sachverständigen bei Abfassung der Erkenntnisse zuzuziehen hat.

Th. I. Tit. 2. §. 167 seqq. 1. a) Rescr. v. 11. April 1839, dass bei Aufnahme schiedsmännischer Vergleiche das Fundament der Forderung anzugeben. Min. Bl. S. 132. v. K. Jhrb. B. 53. S. 387.

b) Rescr. v. 11. December 1839, betr. die Unzulässigkeit der Vertretung durch Bevollmächtigte beim Verfahren vor Schiedsmännern. Min. Bl. S. 428. v. K. Jhrb. B. 54. S. 376.

2. **a)** Rescr. v. 14. Januar 1839, betr. die Aufbewahrung der Protocollbücher abgegangener Schiedsmänner in den Gerichts-Registraturen. Min. Bl. S. 43. v. K. Jhrb. B. 53. S. 156.

b) Rescr. v. 28. Octbr. 1842, betr. die Gültigkeit der von Schiedsmännern aufgenommenen, in die Protocollbücher nicht eingetragenen Verhandlungen. Min. Bl. S. 331. v. K. Jhrb. B. 60. S. 594.

3. **a)** Instruction für die Schiedsmänner in den Provinzen Preussen, Schlesien, Brandenburg, Sachsen, Pommern und Posen, v. 1. Mai 1841, und Rescr. v. 1. Juli ej. Min. Bl. S. 230 — 236. v. K. Jhrb. B. 57. S. 186.

b) Instruction v. 14. Juni 1844, betr. das Verfahren vor den Schiedsmännern in der Provinz Schlesien. Min. Bl. S. 153. v. K. Jhrb. B. 63. S. 489.

c) Zusätzliche Bestimmungen zu der ad a) gedachten Instruction, vom 22. Septbr. 1844, nebst Rescr. v. 7. Octbr. ej. Min. Bl. S. 222. v. K. Jhrb. B. 64. S. 487.

4. **a)** C. O. v. 16. Jan. 1840 und Instruction v. 28. April 1840, wegen der Stempelfreiheit der schiedsmännischen Vergleiche. s. zu Stempelgesetz, Vergleiche.

b) Rescr. v. 31. Juli 1841, betr. die Unzulässigkeit von Copialien und Kassenquoten für die nach §. 9. der Instruction v. 28. April 1840 von den Gerichten einzuziehenden Stempel zu schiedsmännischen Vergleichen. Min. Bl. S. 252. v. K. Jhrb. B. 58. S. 218.

Th. I. Tit. 3. §. 1 seqq. Vergl. Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, insbesondere §. 3., 7., 8., 16., 21., 22—26. und 33. s. zu A. G. O. I, 28. §. 1 seqq.

Th. I. Tit. 3. §. 14 seqq. a) C. O. v. 29. Mai 1835, dass die den Parteien in Prozessen zugeordneten Stellvertreter keiner Vollmacht bedürfen. v. K. Jhrb. B. 45. S. 430. (s. B. VII. S. 301.)

b) Rescr. v. 26. Decbr. 1840, über die Zulassung oder Bestellung gerichtlicher Subalternbeamten als Bevollmächtigte oder Assistenten der Parteien. Min. Bl. 1841. S. 24. v. K. Jhrb. B. 56. S. 484.

Th. I. Tit. 3. §. 25. Rescr. v. 9. Octbr. 1840, betr. die Zulässigkeit der Vertretung einer Partei durch deren Oheim. Min. Bl. S. 337. v. K. Jhrb. B. 56. S. 483.

Th. I. Tit. 3. §. 25 seqq. a) C. O. v. 5. Febr. 1844, betr. die ausschliessliche Legitimation der Quästur der Universität zu Berlin zur Einziehung und Einklagung der von den Studirenden über gestundete Kollegienhonorare ausgestellten Reverse. G. S. S. 69.

Auf Ihren Bericht vom 6. v. M. will Ich hierdurch bestimmen, dass zur Einziehung und Einklagung gestundeter Honorare der Lehrer an der hiesigen Universität aus denjenigen Reversen, welche darüber von jetzt an, der Quästur der Universität von den Studirenden ertheilt werden, nur die Quästur allein legitimirt sein soll, jedoch unbeschadet der Einreden, welche dem Verklagten gegen den stundenden Lehrer oder dessen Rechtsnachfolger zustehen und auch gegen die Klage der Quästur zulässig bleiben.

b) C. O. v. 26. Septbr. 1845, wegen Ausdehnung vorstehender C. O. auf die Quästuren der übrigen Universitäten. G. S. S. 681.

Auf Ihren Bericht vom 3. d. M. bestimme Ich hierdurch, dass Meine Ordre vom 5. Februar v. J. (G. S. 1844 S. 69.), wonach zur Einziehung und Einklagung gestundeter Honorare der Lehrer an der Berliner Universität, nur die Quästur allein legitimirt sein soll, auch auf die Quästuren an den übrigen Universitäten in Meinen Staaten Anwendung finden soll.

Th. I. Tit. 3. §. 30 u. 54. a) Plen. Beschl. v. 12. Nov. 1838: Es bedarf in Revisionssachen nicht der Publication des Urteils bis nach erfolgter Ergänzung der mangelhaften Prozess-Vollmacht, wenn die Mängel der Art sind, dass sie nach Vorschrift der Prozess-Ordnung die Zulassung des Bevollmächtigten, mit Vorbehalt der nöthigen Ergänzung, nicht hindern. — Wegen solcher Mängel der Vollmacht kann auch eine Nichtigkeitsbeschwerde als nicht gehörig angebracht, nicht zurückgewiesen werden. Entsch. des G. Ob. Trib. B. 4. S. 256.

b) Vgl. auch Art. 7. der Decl. v. 6. April 1839 wegen der Nichtigkeitsbeschwerde. (s. B. VIII. S. 368.)

Th. I. Tit. 3. §. 31. Rescr. v. 24. Juli 1840, betr. die Befugniss des Mandatars zu Executionsanträgen nach dem Tode des Machtgebers. Min. Bl. S. 272. v. K. Jhrb. 56. S. 162.

Th. I. Tit. 3. §. 39 u. 40. 1. a) C. O. v. 22. Juni 1839, betr. die Nichtbefugniss der Stadtverordneten zur Führung von Prozessen. Min. Bl.

S. 255. v. K. Jhrb. B. 53. S. 342. s. zu A. L. R. II. 8. §. 1 — 178. zu §. 174. St. Ordn. v. 1808.

b) C. O. v. 7. Juni 1843, betr. die Vertretung der Kuckerneschen und Linkuhnenschen Deich-Societäten in Prozessen durch Deputirte. G. S. S. 268.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 21. v. M. will Ich den, im §. 54. der Allgemeinen Strom-, Deich- und Uferordnung für Ostpreussen und Litthauen vom 14. April 1806 angeordneten Deputationen der Kuckerneschen und Linkuhnenschen Deichsocietäten die Befugniss beilegen, diese Societäten in Prozessen zu vertreten.

2. a) C. O. v. 30. Novbr. 1840, betr. die Vertretung der Gemeinden im Grossherzogthum Berg vor Gericht. G. S. 1841. S. 13. s. zu A. L. R. II. 6. §. 114 seqq.

b) C. O. v. 30. Mai 1841, betr. die Vertretung der Stadt- und Landgemeinden im Herzogthum Westphalen bis zum Jahr 1839 etc. G. S. S. 120. s. zu A. L. R. II. 6. §. 114. seqq.

c) C. O. v. 14. Juli 1843, denselben Gegenstand nach 1839 betr. G. S. S. 293. s. zu A. L. R. II. 8. §. 1 — 178. zu St. O. v. 1831.

d) Rescr. v. 5. Novbr. 1845, betr. die Vertretung der Landgemeinden in Westphalen in Prozessen durch den Amtmann resp. Vorsteher. Min. Bl. 1846, S. 14.

Th. I. Tit. 4. §. 1. seqq. Rescr. v. 20. Juli 1843, dass jede zur Unterbrechung der Verjährung durch Nichtgebrauch geeignete Klage-Anmeldung dem Gegner mit der darauf erlassenen Verfügung mitzutheilen ist. Min. Bl. S. 204. v. K. Jhrb. B. 62. S. 158.

Th. I. Tit. 5. §. 4. No. 6. Plen. Beschluss v. 30. Mai 1842: Klagen auf Anerkennung der Ablösbarkeit von Gewerbeberechtigungen können nur gegen die betreffende Commune, nicht gegen den Fiscus angestellt werden. Entsch. des G. Ob. Trib. B. 8. S. 118. Min. Bl. S. 260.

Tit. I. Tit. 6. §. 6 seqq. a) Rescr. v. 25. Mai 1841, 16. Octbr. 1841, über Nichtzulassung von Klagen, denen der Einwand der Verjährung entgegensteht, und das Verfahren hiebei. Min. Bl. S. 190, 307. v. K. Jhrb. B. 57. S. 590. B. 58. S. 497.

b) Rescr. v. 19. Juni 1844, über die Eideszuschiebung zum Ausschluss der Verjährung durch Nichtgebrauch. Min. Bl. S. 148. v. K. Jhrb. B. 63. S. 480.

c) Vergl. über denselben Gegenstand die Entsch. des G. Ob. Trib. vom 8. Januar 1845. B. 10. S. 107. zu A. L. R. I. 9. §. 568.

d) Rescr. v. 20. Juli 1843, wodurch die Gerichte angewiesen werden, jede zur Unterbrechung der Verjährung nach §. 551 seqq. Th. I. Tit. 9. A. L. R. geeignete Klageanmeldung, auch wenn sie keinen Prozess zur Folge hat, mit der darauf erlassenen Verfügung dem Gegner mitzutheilen. Min. Bl. S. 204. v. K. Jhrb. B. 62. S. 158.

Th. I. Tit. 6. §. 8. Anh. 49. Recsr. v. 23. März 1839 nebst Anlage, betr. die Benachrichtigung der katholischen Bischöfe von Prozessen,

welche katholische Kirchen, Stiftungen und Institute betreffen. Min. Bl. S. 122. v. K. Jhrb. B. 53. S. 103.

Th. I. Tit. 6. §. 10 — 18. Vergl. §. 2. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1 seqq.

Th. I. Tit. 7. §. 1. 1. a) Rescr. v. 2. Juli 1839, dass dem Grafen Heinrich von Schönburg-Glauchau das Prädicat Erlaucht beizulegen. Min. Bl. S. 242. v. K. Jhrb. B. 54. S. 146.

b) Rescr. v. 28. Juli 1841, betr. die den Mitgliedern des Fürstlichen Hauses Carolath beizulegenden Titulaturen. Min. Bl. S. 251. v. K. Jhrb. B. 58. S. 203.

c) Rescr. v. 7. Novbr. 1842, betr. die amtliche Benennung der vormals unmittelbaren Reichsstände. Min. Bl. S. 361.

d) Rescr. v. 5. Juni u. C. O. v. 27. Mai 1842, dass künftig der Bergensche Kreis als Kreis „Rügen“ zu bezeichnen ist. Min. Bl. S. 212.

e) C. O. v. 4. April 1845, dass statt Fürstenthum Neuchâtel und Valengin künftig Neuenburg und Valendis zu schreiben ist. Min. Bl. S. 87.

f) C. O. v. 9. Januar 1846, dass den Erzbischöfen von Cöln, so wie Gnesen und Posen das Prädicat „Erzbischöfliche Gnaden“ beizulegen ist. Min. Bl. S. 41.

2. a) Rescr. v. 6. März 1841, betr. die gerichtliche Geschäftssprache und die Deutlichkeit der Ab- und Unterschriften gerichtlicher Erlasse. Min. Bl. S. 118. v. K. Jhrb. B. 57. S. 225.

b) Rescr. v. 13. Febr. 1843, dass bei Correspondenzen und gerichtlichen Erlasen die Orte auf der Adresse genau zu bezeichnen sind. Min. Bl. S. 61. v. K. Jhrb. B. 61. S. 139.

Th. I. Tit. 7. §. 4 seqq. 1. a) C. O. v. 21. Juni 1836, betr. die Modification der C. O. v. 4. Juni 1828 (B. V. S. 99.), wegen Empfangsbescheinigung bei Insinuation gerichtlicher Verfügungen im Auslande. G. S. S. 202. (s. B. VII. S. 311.)

b) Rescr. v. 6. August 1841, betr. die Insinuationen in Frankreich, den Niederlanden und Belgien. Min. Bl. S. 256. v. K. Jhrb. B. 58. S. 126.

c) Rescr. v. 23. Mai 1842, betr. die Insinuationen in Nordamerika. Min. Bl. S. 211. v. K. Jhrb. B. 59. S. 546.

d) Rescr. v. 29. Januar 1844, betr. die Insinuationen in Frankreich. Min. Bl. S. 36. v. K. Jhrb. B. 63. S. 228.

e) Rescr. v. 17. Juni 1842, betr. die Förmlichkeiten, welche bei Geltendmachung von Ansprüchen auf den Nachlass eines im niederländischen Seedienst Verstorbenen zu beobachten. Min. Bl. S. 227. v. K. Jhrb. B. 59. S. 546.

2. a) Rescr. v. 14. Novbr. 1839, betr. das Verfahren bei Requisitionen der Gerichtsbehörden. Min. Bl. S. 391. v. K. Jhrb. B. 54. S. 377.

b) Rescr. v. 22. Juni 1839, betr. die Requisitionen an Rheinische Justizbehörden. Min. Bl. S. 239. v. K. Jhrb. B. 23. S. 343.

c) Rescr. v. 23. Novbr. 1839, betr. die Correspondenz der Gerichtsbehörden mit der Preuss. Militairbehörde in Mainz. v. K. Jhrb. B. 54. S. 382. Min. Bl. S. 396.

d) Rescr. v. 17. Juli 1840, betr. die Nichtbefugniss der Gerichte zu Requisitionen an Untergerichte eines fremden Departements um Insinuationen an Eximirte. Min. Bl. S. 247. v. K. Jhrb. B. 56. S. 151.

3. a) Rescr. v. 3. Octbr. 1842 u. 29. Decbr. 1843, u. 16. Febr. 1844, betr. die Requisitionen an niederländische Gerichte. Min. Bl. 1842, S. 320. 1844, S. 19 u. S. 54. v. K. Jhrb. B. 60. S. 576., B. 62. S. 470., B. 63. S. 230.

b) Rescr. v. 21. Januar 1842, dass die hiesigen Gerichte die Provinz ihres Amtssitzes bei Requisitionen an den Oberpolizei-Meister der Stadt Warschau jedesmal anzugeben haben. Min. Bl. S. 28. v. K. Jhrb. B. 59. S. 190.

c) Rescr. v. 15. August 1840, dass Requisitionen an badische Gerichte durch Vermittelung der hiesigen an die dortigen Obergerichte zu befördern sind. Min. Bl. S. 286. v. K. Jhrb. B. 56. S. 154.

d) Rescr. v. 29. August 1840, betr. die Requisitionen mit Behörden des Grossherzogthums Luxemburg. Min. Bl. S. 288. v. K. Jhrb. B. 56. S. 155.

e) Unmittelbare Correspondenz findet mit den betreffenden ausländischen Behörden Statt nach den Conventionen zur Beförderung der Rechtspflege:

a) mit dem Königreich Sachsen, v. 14. Octbr. 1839. G. S. S. 353.

b) mit Schwarzburg-Rudolstadt, v. 12. Aug. 1840. G. S. S. 239.

c) mit Anhalt-Bernburg, v. 9. Septbr. 1840. G. S. S. 250.

d) mit Braunschweig, v. 4. Decb. 1841. G. S. 1842. S. 1.

e) mit Schwarzburg-Sondershausen, v. 18. Novbr. 1843. G. S. 1844. S. 1.

f) mit Reuss-Greiz, v. 25. Novbr. 1845. G. S. S. 819.

f) Rescr. v. 27. Juli 1844, betr. die Portofreiheit bei Correspondenzen mit den Königl. hannöverschen Behörden. Min. Bl. S. 176. v. K. Jhrb. B. 64. S. 282.

g) Rescr. v. 22. Novbr. 1844, wegen einiger Veränderungen in der Benennung der Gerichtsbehörden im Königreich Polen. Min. Bl. S. 255. v. K. Jhrb. B. 64. S. 498.

h) Rescr. v. 17. Juni 1843, wonach Requisitionen nach Ungarn und Siebenbürgen dem Justizminister zur weitem Veranlassung zu übersenden sind. Min. Bl. S. 156. v. K. Jhrb. B. 61. S. 424.

i) Vergl. Ministerial-Erklärung wegen des mit Oesterreich getroffenen Uebereinkommens rücksichtlich der gegenseitigen kostenfreien Erledigung gerichtlicher Requisitionen in Armensachen, v. 13. Aug. 1844. G. S. S. 404.

Desgl. zur Beförderung der Rechtspflege in Fällen des Concurses v. 12. Mai 1844. G. S. S. 165.

4. Rescr. v. 16. Septbr. 1844, über das Verfahren bei Requisitionen nach dem Auslande und bei Erlassen an Ausländer oder im Auslande sich aufhaltende Preussische Unterthanen (die frühern Bestimmungen umfassend). Min. Bl. 1844. S. 207. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 238.

Th. I. Tit. 7. §. 12. seqq. Rescr. v. 6. April 1843, betr. die Insertionen in die Wiener Zeitung. Min. Bl. S. 96. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 423.

Th. I. Tit. 7. §. 20. u. 21. **a)** Rescr. v. 24. Juli 1840, betr. die Gültigkeit der Insinuation an den Verklagten in dessen Wohnung bei temporärer Abwesenheit. Min. Bl. S. 271. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 147.

b) C. O. v. 27. April 1842, betr. das Contumacialverfahren, wenn eine Vorladung an den Verklagten bei dessen Abwesenheit in seiner Wohnung insinuirt ist. Min. Bl. S. 196.

Auf den Bericht v. 31. März d. J. erkläre Ich Mich mit der Ansicht des Staatsministeriums einverstanden, dass das bei einigen Gerichten darüber angeregte Bedenken:

ob die erste, in einem Prozesse an den Verklagten erlassene Vorladung, wenn sie während dessen Abwesenheit in seiner Wohnung insinuirt worden, das Contumacialverfahren nach sich zieht,

sich durch die §§. 20. und 21. Tit. 7. der Prozessordnung erledigt. Darin ist allgemein vorgeschrieben, wie die Insinuation geschehen soll, wenn der Vorzuladende in seiner Wohnung nicht angetroffen wird, ohne in dieser Beziehung zwischen den verschiedenen möglichen Veranlassungen des Nichtantreffens, zwischen der längeren oder kürzeren Dauer der Abwesenheit, der grösseren oder geringeren Entfernung einen Unterschied zu machen. Eine diesen Vorschriften gemäss erfolgte Insinuation muss daher als genügend angesehen werden, mag der Vorgeladene nur augenblicklich seine Wohnung verlassen haben, oder sich auch vom Orte seines Wohnsitzes, insbesondere auf Reisen, abwesend befinden. Bei der Deutlichkeit der gesetzlichen Bestimmungen bedarf es einer Declaration derselben nicht, vielmehr genügt eine Belehrung, die Sie, der Justizminister Mühler, denjenigen Gerichten, welche dieserhalb ein Bedenken erhoben haben, insbesondere auch dem Kammergericht auf den zurückerfolgenden Bericht desselben, zu ertheilen haben.

Th. I. Tit. 7. §. 19—26. 1. a) Vergl. Verordn. v. 5. Mai 1838 §. 3., wegen der Insinuation der Erkenntniss-Ausfertigungen durch die Post. (s. Bd. VIII. S. 349.)

b) Rescr. v. 12. März 1839, betr. die Insinuation der gerichtlichen Verfügungen durch die Post. Min. Bl. S. 116. v. K. Jhrb. Bd. 53 S. 108.

c) Rescr. v. 1. März 1839, betr. die Insinuation der Erkenntnisse in fiscalischen Civilprozessen. Min. Bl. S. 104. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 109.

d) Rescr. v. 20. Septbr. 1839, nebst Anlage, betr. die Insinuation der Erkenntnisse durch die Post. Min. Bl. S. 326. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 114.

e) Rescr. v. 3. Decbr. 1839 nebst Anlage, betr. das Verfahren der Postanstalten bei Insinuation gerichtlicher Verfügungen. Min. Bl. S. 417. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 379.

f) Rescr. v. 19. Jan. 1840, betr. die recommandirten gerichtlichen Zusendungen an Personen im Auslande. Min. Bl. S. 57. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 191.

2. a) Rescr. v. 24. Novbr. 1840, betr. die Ausdehnung der postamtlichen Insinationen. Min. Bl. S. 385.

b) C. O. v. 31. März 1842, betr. die Ausdehnung der postamtlichen Insinationen. Min. Bl. S. 199. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 534.

Auf Ihren Bericht vom 11. d. M. ermächtige Ich Sie, den Justiz-Minister Mühler, die Gerichtsbehörden in denjenigen Landestheilen, in welchen die A. G. O. Gesetzeskraft hat, anzuweisen, die Behändigung gerichtlicher Verfügungen auch in Fällen, wo ein Behändigungsschein beigebracht werden muss, da wo es die Posteinrichtungen gestatten, in der Regel durch die Postämter zu bewirken, die Behändigung durch andere Gerichtsbehörden aber nur dann eintreten zu lassen, wenn dies in einzelnen Fällen aus besondern Gründen nothwendig oder angemessen erscheint.

An Gebühren sind für jede durch die Postanstalten zu bewirkende Insinuation ausser dem Porto, dem Briefbestellgelde und dem etwanigen Botenlohn drei Silbergroschen an die Post zu entrichten, welche Insinuationsgebühren aber in armen, unbedingt portofreien und solchen Angelegenheiten, in denen das Porto reservirt wird, wegfallen. Sie haben hienach die Gerichts- und Postbehörden mit Anweisung zu versehen.

c) Rescr. v. 23. Mai 1842 zu vorstehender C. O., nebst Instruction für die Postanstalten und Verzeichniss sämmtlicher im Auslande belegener Preuss. Postanstalten mit Preuss. Briefbestellung. Min. Bl. S. 198 u. 200. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 532.

d) Rescr. v. 1. Juli 1843 nebst Anlage, wonach bei den wegen Annahmeverweigerung als unbestellbar zurückgehenden Verfügungen mit Behändigungsscheinen der Grund der Weigerung von den Postbeamten im Behändigungsschein speciell anzugeben ist. Min. Bl. S. 175. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 159.

Th. I. Tit. 7. §. 25. C. O. v. 27. Novbr. 1844, betr. die Anstellung der Gerichtsdienner bei Patrimonialgerichten. M. Bl. 1845. S. 3.

Auf Ihren Bericht vom 13. d. M. erkläre Ich Mich damit einverstanden, dass bei Gerichten, bei welchen ein besonderer Gerichtsdienner nicht vorhanden ist, es den Gerichtsherren zu gestatten ist, mit der Besorgung der Geschäfte des Gerichtsdieners, insbesondere der Insinationen, ein dazu geeignetes Mitglied der Dorfgerichte ein- für allemal zu beauftragen und zu diesem Behufe vorschriftsmässig vereidigen zu lassen.

Th. I. Tit. 7. §. 26. a) Rescr. v. 5. März 1841, betr. die Journalisirung und Prüfung der Insinationsdocumente. Min. Bl. S. 135. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 178.

b) Rescr. v. 14. Juni 1841, betr. die Prüfung der Insination der Verfügungen und Urteilsausfertigungen, besonders in Substationssachen. Min. Bl. S. 202. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 594.

Th. I. Tit. 7. §. 28. Anh. §. 57. a) Rescr. v. 29. Mai 1841, betr. die Form der Insination der in fiscalischen Prozessen ergangenen Erkenntnisse an die Königl. Regierungen. Min. Bl. S. 194. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 596.

b) Rescr. v. 23. Octbr. 1841, betr. die Form der Insination der Erkenntnisse an die Königl. Provinzial-Steuer-Directionen. Min. Bl. S. 339. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 502.

Th. I. Tit. 7. §. 29. Rescr. v. 28. Jan. 1841, betr. die Insinuationen an Dorfgemeinden. Min. Bl. S. 72. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 180.

Th. I. Tit. 7. §. 31. seqq. Rescr. v. 20. Febr. 1839, betr. die Art der Insinuation an mehrere Verklagte im Mandats-, summarischen und Bagatellprozess. Min. Bl. S. 94. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 106.

Th. I. Tit. 7. §. 43. Anh. §. 59. a) C. O. v. 12. Aug. 1834 und 3. Octbr. 1836, dass die Bekanntmachung der Subhastationspatente durch die Intelligenzblätter unterbleiben kann, wenn in dem betreffenden Regierungsbezirk kein Intelligenzblatt erscheint. (s. Bd. VII. S. 481.)

b) C. O. v. 7. Octbr. 1838, betr. die Aufhebung des für die Provinz Schlesien in Breslau bisher erschienenen Intelligenzblattes. G. S. S. 497. (s. Bd. VIII. S. 346.)

Th. I. Tit. 8. §. 2—9. Vergl. §. 2. u. 3. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 8. §. 10—12., 20. seqq. Vergl. §. 4., 10. u. §. 31. der obengedachten Verordnung.

Th. I. Tit. 9. §. 11. a) Plen. Beschl. v. 14. März 1842: Rechtseinwendungen im weiteren Sinne, welche den Klagegrund selbst betreffen, und mithin den Mangel eines Klagerechts an und für sich behaupten, ist der Richter befugt, zur Vertheidigung des Verklagten bei der Entscheidung des Prozesses von Amtswegen sofort geltend zu machen. Eigentliche Rechtseinwendungen dagegen, welche den Anspruch des Klägers durch ein entgegenstehendes selbstständiges Recht des Verklagten aufheben sollen, darf der Richter nur berücksichtigen, wenn er vorher die Vernehmung der Parteien darüber veranlasst hat. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 7. S. 308.

b) Rescr. v. 25. Mai 1841 und 16. Octbr. 1841, betr. die Nichtzulassung von Klagen, denen der Einwand der Verjährung durch Nichtgebrauch entgegensteht, und das dabei zu beobachtende Verfahren. Min. Bl. S. 190. u. 307. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 590. Bd. 58. S. 497.

c) Rescr. v. 19. Juni 1844, über die Eideszuschreibung zum Ausschluss der Verjährung durch Nichtgebrauch. Min. Bl. S. 148. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 480.

d) Vergl. über denselben Gegenstand die Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 8. Jan. 1845 Bd. 10. S. 107. s. zu A. L. R. I. 9. §. 568.

Th. I. Tit. 9. §. 38. Anh. §. 64. u. 65. a) Rescr. v. 26. Juni 1840, betr. die Anwendung des Anh. §. 64. auf die dem Königl. Finanz-Ministerio untergeordneten Baubeamten und die technische Deputation für Gewerbe. Min. Bl. S. 236. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 562.

b) Rescr. v. 15. Decbr. 1840, betr. die Zuziehung von technischen Beiständen bei der Instruction der sogenannten Bergwasser-Entziehungsprozesse. Min. Bl. 1841 S. 3.

c) Rescr. v. 12. Juli 1843 nebst Allerhöchst genehmigtem Reglement v. 25. Mai 1839, über die Eintheilung der Thierärzte in solche von höherer wissenschaftlicher Bildung und in rein practisch gebildete, wonach die Gerichte

Thierärzte II. Klasse nur über Vorkommenheiten aus ihrer eigenen Praxis, sonst aber, wo es auf technische Begutachtung ankommt, nur Thierärzte I. Klasse als Sachverständige zuziehen sollen. M. Bl. S. 187. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 160.

d) Rescr. v. 31. März 1845, betr. die Zuziehung von Sachverständigen bei der Instruction und Entscheidung von Prozessen, insbesondere über kaufmännische Gegenstände. M. Bl. S. 72.

Th. I. Tit. 9. §. 42 — 48. Vergl. §. 4., 9., 10. u. 31. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 9. §. 44. Vergl. Verordn. v. 28. Juni 1844, §§. 44 — 46., wegen des Contumacialverfahrens in Ehesachen. s. zu A. G. O. I. 40. §. 20. seqq.

Th. I. Tit. 10. §. 2. seqq. Vergl. die §§. 5 — 7. der Verordn. v. 21. Juli 1843, wegen Ermittlung des Streitgegenstandes in Civilprozessen. G. S. S. 297. s. zu A. G. O. I. 14. §. 3. No. 1. u. 2.

Th. I. Tit. 10. §. 19. Anh. §. 68. seqq. C. O. v. 8. Octbr. 1837, dass bei gerichtlichen Verhandlungen mit Analphabeten ein gerichtlich vereideter Dollmetscher die Stelle des Unterschriftszeugen vertreten kann. G. S. S. 154. (s. Bd. VIII. S. 6.)

Th. I. Tit. 10. §. 19. Anh. §. 68. seqq. Rescr. v. 18. Juli 1840, betr. die Unzulässigkeit der Gebührenbewilligung für Unterschriftsbeistände der schreibensunkundigen Parteien. Min. Bl. S. 251. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 211.

Th. I. Tit. 10. §. 19. Anh. §. 69. Wenn die Verhandlung mit einem Analphabeten von Einem Richter allein, ohne Zuziehung einer zweiten Gerichtsperson oder zweier Schöppen aufgenommen wird, so ist die Vorlesung des Protocolls in Gegenwart der Partei und des zuzuziehenden Schreibzeugen dergestalt nothwendig, dass in deren Ermangelung die Verhandlung für gültig nicht gelten kann. Entsch. des G. Ob. Trib. v. 14. Jan. 1843. Bd. 9. S. 488.

Th. I. Tit. 10. §. 19. Anh. §. 75. a) C. O. v. 5. Mai 1839 und Rescr. v. 21. Jan. 1841, betr. die Geschäftssprache bei den Justizbehörden im Grossherzogthum Posen. Min. Bl. 1839 S. 178., 1841 S. 47. s. zu A. G. O. Einleit. §. 1. seqq.

b) Rescr. v. 16. April 1840, betr. die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften bei Verhandlungen mit Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, auch bei einseitigen gerichtlichen Verhandlungen. Min. Bl. S. 153. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 519.

c) Ges. v. 11. Mai 1843, wegen der bei gerichtlichen Verhandlungen mit Wenden zu beobachtenden Formen. G. S. S. 183. s. zu A. L. R. I. 5. §. 178.

Th. I. Tit. 10. §. 20 — 58. Vergl. Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 10. §. 59. Rescr. v. 31. März 1845, betr. die Zuziehung von Sachverständigen bei der Instruction. Min. Bl. S. 72.

Th. I. Tit. 10. §. 60 — 81. Vergl. §. 5. u. 6. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 10. §. 63. u. 79. Plen. Beschl. v. 19. Septbr. 1845: Wenn über eine *exceptio litis finitae* oder *igressum impediens* mit der Hauptsache zugleich verhandelt, hiernächst aber nur über die Hauptsache und nicht besonders über jene Exception erkannt worden; so kann, wenn über die Präjudicial-Einrede die Urteilsgründe auch abweichend sind, auf diese Einrede dennoch in letzter Instanz recurriert, nicht aber opponirt werden, dass gegen Verwerfung der Einrede kein Rechtsmittel erhoben und sie daher als rechtskräftig zurückgewiesen zu erachten sei. Entsch. des G. Ob. Trib. Bd. 11. S. 118. Min. Bl. S. 198.

Th. I. Tit. 10. §. 82 — 88. Vergl. Verordn. v. 28. Juni 1844 über das Verfahren in Ehesachen, §§. 39 — 47., in Betreff der Grundsätze über den Beweis. s. zu A. G. O. I. 40. §. 20. seqq.

Th. I. Tit. 10. §. 92. seqq. a) Rescr. v. 30. Novbr. 1840, betr. die Mittheilung der Correspondenz zwischen Behörden bei Prozessen gegen den Fiscus. Min. Bl. S. 386. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 470.

b) Rescr. v. 28. April 1843 nebst Bericht des G. Ob. Trib. über die Grundsätze, nach welchen die Verpflichtung der fiscalischen Verwaltungsbehörden zur Edition von Acten etc. zu beurtheilen ist. Min. Bl. S. 113. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 124.

Th. I. Tit. 10. §. 115. 1. a) Rescr. v. 6. Septbr. 1839, betr. die Prüfung der Rechtsgültigkeit und Echtheit ausländischer Urkunden. Min. Bl. S. 311. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 118.

b) Rescr. v. 9. Januar 1839 nebst Anlage, betr. die Beglaubigung der in Russland ausgestellten Urkunden. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 102. Min. Bl. S. 34.

c) Rescr. v. 9. Juli 1841, betr. die Legalisation der von einem Notar der St. Petersburger Börse aufgenommenen, zum Gebrauch in den Preuss. Staaten bestimmten Urkunden. Min. Bl. S. 240. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 125.

2. Rescr. v. 27. Juli 1846, betr. die Glaubwürdigkeit der Verhandlungen, welche von Preuss. Consulaten in der Türkei und in der Moldau und Wallachei in ihrer Eigenschaft als richterliche Behörden aufgenommen worden. Min. Bl. S. 144.

Th. I. Tit. 10. §. 125. Vergl. §. 22. u. §. 40. des Gesetzes v. 11. Juli 1845, über das Verfahren bei Aufnahme von Notariats-Instrumenten. s. zu A. G. O. III. 7. §. 45.

Th. I. Tit. 10. §. 128. Vergl. Generalconcession für die Altlutheraner v. 23. Juli 1845 (G. S. S. 517.), wonach die ordnungsmässig ausgestellten Auszüge der altlutherischen Geistlichen aus ihren Geburts-Registern öffentlichen Glauben haben. s. zu A. L. R. II. 11. §. 17.

Th. I. Tit. 10. §. 129. Ges. v. 3. Jan. 1845, über die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen. §. 10., wonach die vom Landrathe, der Ortsobrigkeit oder dem Magistrate in Folge dieses Gesetzes vorschriftsmässig aufgenommenen Regulirungsverhandlungen die Beweiskraft

öffentlicher aussergerichtlicher Urkunden haben. (G. S. S. 27.) s. zu Hyp. Ordn. II. §. 91.

Th. I. Tit. 10. §. 130. 1. Den über Verträge mit Analphabeten aufgenommenen Notariatsprotocollen, wobei die hinsichts der Unterschrift der Analphabeten gesetzlich angeordnete Form beobachtet worden, kann die rechtliche Wirkung schriftlicher Punctionen nicht um deshalb abgesprochen werden, weil die Ausfertigung der Notaritäts-Urkunden nicht erfolgt ist. Entsch. des G. Ob. Trib. v. 31. Juli 1840. Bd. 6. S. 300.

2. Vergl. Ges. v. 11. Juli 1845 §. 40. (G. S. S. 487.), wonach die von den Notarien innerhalb ihrer Competenz vorschriftsmässig aufgenommenen Urkunden, die Urschriften wie die Ausfertigungen, dieselbe Beweiskraft und Glaubwürdigkeit haben, wie die gerichtlich aufgenommenen Protocolle und Ausfertigungen. s. zu A. G. O. III. 7. §. 45.

Th. I. Tit. 10. §. 152. Vergl. die Verordn. v. 28. Juni 1844 wegen der Eidesformeln. s. zu §. 202. h. t.

Th. I. Tit. 10. §. 159. Plen. Beschl. v. 26. Febr. 1844: Um die Existenz eines der Gutsheerrschaft zustehenden Rechts, von Rusticalgrundstücken bei Besitzveränderungen Laudemien zu fordern, anzunehmen, genügt der in einem confirmirten schlesischen Urbarium enthaltene Vermerk über das gedachte Recht durch sich selbst, und ohne dass aus dem Urbarium der Rechtsgrund (Titel) dieses Rechts erhellt. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 9. S. 117. Min. Bl. S. 52. u. 84.

Th. I. Tit. 10. §. 168. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 25. Jan. 1840, Bd. 5. S. 389., Eintragung in Handelsbücher und Beweiskraft derselben. s. zu A. L. R. II. 8. §. 562.

Th. I. Tit. 10. §. 180. No. 1. Rescr. v. 26. Juni nebst C. O. v. 30. Mai 1841, betr. die Unzulässigkeit der Vernehmung der Geistlichen als Zeugen über die ihnen von den Parteien bei Sühneversuchen in Ehesachen eröffneten Mittheilungen. Min. Bl. S. 219. s. zu A. L. R. II. 11. §. 80.

Th. I. Tit. 10. §. 202. u. 313. Verordn. v. 28. Juni 1844, wegen Abänderung der Eidesformeln für Zeugen und Sachverständige, so wie des Ignoranzeides. G. S. S. 249.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben die in der Allgemeinen Gerichtsordnung und in der Criminalordnung vorgeschriebenen Eidesformeln für Zeugen, Sachverständige und Taxatoren, so wie die in der Allgemeinen Gerichtsordnung vorgeschriebene Formel des Ignoranzeides, einer Revision unterwerfen lassen, und verordnen auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, was folgt:

§. 1. Der von den Zeugen nach erfolgter Vernehmung zu leistende Eid ist in Civilprozessen, so wie in Untersuchungssachen, dahin zu normiren:

dass Zeuge von Allem, worüber er vernommen worden, nach seinem besten Wissen die reine Wahrheit gesagt, und wesentlich weder etwas verschwiegen noch hinzugesetzt habe.

In Fällen, in welchen der Zeuge einige Umstände zu verschweigen gesetzlich die Befugniss hat, ist in dem Eide vor den Worten: „wissentlich nichts verschwiegen“, die Einschränkung: ausser den im Protocoll bemerkten Umständen, zu deren Offenbarung Zeuge sich nicht für schuldig halte, einzuschalten.

§. 2. Der Eid, den Sachverständige, wenn sie nicht ein- für allemal verpflichtet sind, nach ihrer Vernehmung zu leisten haben, ist dahin zu normiren:

dass sie das von ihnen erforderte Gutachten ihrer Kenntniss und Erfahrung gemäss, nach sorgfältiger Prüfung, unparteiisch und gewissenhaft abgegeben haben.

Bei Taxatoren ist in dem Eide hinter dem Worte: „Gutachten“ über den Werth des abzuschätzenden Gegenstandes hinzuzusetzen.

§. 3. Der, im Falle des §. 152. Tit. 10. Th. I. der A. G. O. von den Sachverständigen vor der Vernehmung abzuleistende Eid ist auf die Worte:

dass sie die Vergleichung der ihnen vorzulegenden Handschriften nach ihrem besten Wissen und Gewissen, mit allem Fleisse und mit aller Genauigkeit anstellen und ihren Befund darüber der Wahrheit und ihrer Ueberzeugung gemäss angeben wollen, zu beschränken.

§. 4. Bei dem durch die §§. 40. und 41. Tit. 2. Th. II. der A. G. O. vorgeschriebenen Eide der Dollmetscher behält es sein Bewenden.

§. 5. Der im §. 313. Tit. 10. Th. I. der A. G. O. beschriebene Ignoranz-Eid ist,

a) wenn die Unrichtigkeit einer Thatsache ausgemittelt werden soll, dahin zu normiren:

dass der Schwörende, der von ihm angewendeten Bemühungen ungeachtet, nicht erfahren habe, und also nicht wisse, dass etc.;

b) wenn die Richtigkeit einer Thatsache ausgemittelt werden soll, dahin:

dass der Schwörende, der von ihm angewendeten Bemühungen ungeachtet, ausser den zu den Acten angezeigten oder in denselben ausgemittelten Umständen nichts wisse, wodurch seine Behauptung widerlegt würde, welche dahin geht, dass etc.

Th. I. Tit. 10. §. 203. No. 1. a) C. O. v. 15. Septbr. 1836, betr. die Eidesleistungen fürstlicher Personen. v. K. Jhrb. Bd. 48. S. 218. (s. Bd. VIII. S. 347.)

b) C. O. v. 3. Jan. 1845, betr. die von den Häuptern der vormals reichsständigen Familien in Prozessen über ihre Domainen abzuleistenden Eide. G. S. S. 37.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 28. Novbr. v. J. will Ich zur Ergänzung der Instruction vom 30. Mai 1820, die Verhältnisse der vormals unmittelbaren Deutschen Reichsstände betreffend, hierdurch bestimmen, dass sämtliche in Meinen Staaten begüterte Häupter der vormals reichsständischen Familien in Prozessen, welche auf ihre Domainen, Lehn- und Patrimonial-Gerechtsame sich beziehen, die zugeschobenen und zurückgeschobenen, sowie die nothwendigen Eide, sofern der Eid nicht eine eigene Handlung des Hauptes einer solchen Familie betrifft, durch einen ihrer Beamten, zu deren Geschäftskreis der streitige Gegenstand gehört, abzuleisten befugt sein sollen. — Der Beamte, durch welchen der Eid abgeleistet werden soll, ist zuvor der Gegenpartei namhaft zu machen, welche sich darüber binnen einer präklusivischen Frist von vierzehn Tagen zu erklären hat. Behauptet die Gegenpartei, dass zu der Eidesleistung ein anderer Beamte des vormaligen Reichsstandes mehr, als der namhaft gemachte, geeignet sei, so ist darüber: welcher von den beiden Beamten den Eid zu leisten habe, von dem prozessleitenden Gerichte zu entscheiden. — Gegen diese Entscheidung findet ein Rechtsmittel nicht statt. —

c) C. O. v. 11. Aug. 1845, betr. die Anwendung der vorstehenden C. O. Min. Bl. S. 75.

Ich eröffne Ihnen auf den Bericht vom 19. v. M., dass Meine Ordre vom 3. Januar d. J., betr. die von den Häuptern der vormals reichsständigen Familien in Prozessen über ihre Domainen abzuleistenden Eide nicht bloss auf die Häupter der im §. 1. der Instruction vom 30. Mai 1820 genannten, sondern, wie der Inhalt jener Ordre ergiebt, auf die Häupter aller vormals reichsständischen Familien, welche in Meinen Staaten begütert sind, zu beziehen ist. Es kann daher keinem Bedenken unterliegen, dass die Bestimmungen der erwähnten Ordre auf die Häupter der drei Gräflich Stolbergischen Häuser, Stolberg-Wernigerode, Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rossla, Anwendung finden. Ein Gleiches gilt auch von den Häuptern der Fürstlichen Häuser Thurn und Taxis, und Hohenlohe, so wie der übrigen mit denselben in gleichartigen Verhältnissen sich befindenden vormals reichsständischen Familien.

d) C. O. v. 5. Decbr. 1845, betr. die Eidesleistungen fürstlicher Personen in Prozessen und Untersuchungssachen in Neuvorpommern und im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein. G. S. S. 830.

Auf Ihren Bericht vom 27. Octbr. d. J. bestimme Ich hierdurch, dass in Neuvorpommern und Rügen bei Abnahme eines Eides, welchen eine Person fürstlichen Standes als Partei oder Zeuge in einem Civilprozesse oder in einer Untersuchungssache zu leisten hat, nach den Vorschriften der A. G. O. Th. I. Tit. 10. §. 203. No. 1. und §. 315., und der Crim. Ordn. §. 335. No. 1., ingleichem im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein, wo durch die Erlasse vom 11. Octbr. 1831 und 8. Septbr. 1832 die

Crim. Ordn. und der, von den fiscalischen Untersuchungen handelnde zweite Abschnitt des Tit. 35. Th. I. der A. G. O. bereits eingeführt sind, auch in Civilprozessen bei Abnahme eines, von einer Person fürstlichen Standes zu leistenden Eides nach den oben angeführten Vorschriften der A. G. O. verfahren werden soll. — In den Bestimmungen des Erlasses vom 3. Jan. d. J. wegen der von den Häuptern vormals reichsständischer Familien in Prozessen zu leistenden Eide wird durch den gegenwärtigen Erlass, welcher mit den, in demselben in Bezug genommenen Vorschriften der A. G. O. und der Crim. Ordn. durch die G. S. bekannt zu machen ist, nichts geändert.

Th. I. Tit. 10. §. 203. No. 5. u. §. 315. C. O. v. 19. Novbr. 1836, betr. die Entbindung der Philipponen von der Eidesleistung. v. K. Jhrb. Bd. 49. S. 175. (s. Bd. VIII. S. 347.)

Th. I. Tit. 10. §. 216. seqq. a) Rescr. v. 14. Novbr. 1839, betr. das Verfahren bei Requisitionen der Gerichte. Min. Bl. S. 391. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 377.

b) Vergl. Zusätze zu A. G. O. I. 7. §. 4. seqq.

Th. I. Tit. 10. §. 225. b. Rescr. v. 1. Mai u. 1. Juni 1839, betr. die Vernehmung von Defensionalzeugen in Zoll- und Steuerdefraudationssachen auf Antrag auswärtiger Gerichte. Min. Bl. S. 164. u. 206. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 477.

Th. I. Tit. 10. §. 251., 252., 298., 299. Plen. Beschl. v. 11. April 1845: Wenn eine Partei über eine von ihr aufgestellte Behauptung Beweismittel vorgeschlagen und sich zugleich eventuell der Eidesdelation darüber bedient hat, die erfolgte Beweisaufnahme aber nicht zu dem Resultate führt, dass ohne Eid erkannt werden kann, so ist der Richter, der erfolgten Annahme des angetragenen Eides ungeachtet, auf einen nothwendigen Eid zu erkennen befugt. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 10. S. 327. Min. Bl. S. 88.

Th. I. Tit. 10. §. 261. seqq. Rescr. v. 8. April 1839, betr. die dem Vormunde in Prozessen Minderjähriger obliegende Verpflichtung zur Eidesleistung. Min. Bl. S. 143. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 345.

Th. I. Tit. 10. §. 268. seqq. Verordn. v. 28. Juni 1844, über die Namens des Fiscus in Prozessen zu leistenden Eide. G. S. S. 250.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur Beseitigung der Zweifel, welche nach Aufhebung des Amtes der fiscalischen Bedienten darüber entstanden sind, durch wen ein Namens des Fiscus in Prozessen zu leistender Eid geschworen werden soll, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, für diejenigen Landestheile, in denen die A. G. O. gilt, was folgt:

§. 1. Wenn Namens des Fiscus in Prozessen ein Eid zu leisten ist, so erfolgt die Ableistung durch einen Beamten, welcher bei der den Fiscus vertretenden Behörde, oder bei einer derselben untergeordneten Behörde angestellt ist.

Hinsichtlich der Editionseide behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden.

§. 2. Die den Fiscus vertretende Behörde hat die Beamten, welche zur Ableistung des Eides nach Lage der Sache geeignet sind, zu bezeichnen, und unter ihnen denjenigen zu benennen, welchen sie zur Ableistung bestimmt.

§. 3. Diese Erklärung ist von dem Prozessrichter dem Gegner mitzutheilen, welchem überlassen bleibt, binnen einer präclusivischen Frist von vierzehn Tagen unter den als geeignet bezeichneten Beamten einen anderen, als den von der Behörde benannten zu wählen.

§. 4. Ist nur ein Beamter vorhanden, welcher als geeignet zur Ableistung des Eides bezeichnet werden kann, so muss solches von der den Fiscus vertretenden Behörde ausdrücklich bescheinigt werden. Diese Bescheinigung ist dem Gegner ebenfalls mitzutheilen.

§. 5. Steht durch den fruchtlosen Ablauf der präclusivischen Frist, oder durch die Wahl eines andern unter den bezeichneten Beamten, oder durch die Bescheinigung, dass nur ein geeigneter Beamter vorhanden sei, die Person des Schwörenden fest, so wird ein Termin zur Ableistung des Eides angesetzt. Dabei findet auf den zur Eidesleistung bestimmten Beamten die für fiscalische Bediente in der A. G. O. Th. I. Tit. 10. §. 268. enthaltene Vorschrift Anwendung.

§. 6. Wenn der Fiscus im Prozesse durch eine Unterbehörde vertreten wird, so erfolgen die nach gegenwärtigem Gesetz erforderlichen Bestimmungen und Bescheinigungen durch die vorgesetzte Provinzialbehörde.

Wird der Fiscus unmittelbar von einer Central-Verwaltungsbehörde vertreten, so gehen die Bestimmungen und Bescheinigungen von dieser aus.

Th. I. Tit. 10. §. 276. Plen. Beschl. v. 27. Juni 1842: Der §. 276.

Tit. 10. Th. I. A. G. O. über die Eidesleistung der Gemeinden enthält eine Prozessvorschrift, und keinen Grundsatz des materiellen Rechts. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 8. S. 196. Min. Bl. S. 363.

Th. I. Tit. 10. §. 305. seqq. Vergl. §. 12. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 10. §. 307. seqq. Plen. Beschl. v. 17. Juni 1844: In dem Falle, wenn über die legitime Geburt eines während der Ehe geboren oder erzeugten Kindes gestritten wird, und über die Vollziehung des Beischlafs unter den Eheleuten während der Conceptionszeit die Delation eines Eides erfolgt, die Abnahme desselben jedoch unterblieben ist, weil die Erheblichkeit oder Zulässigkeit des Eidesantrags bestritten worden, der Revisionsrichter aber die Ableistung des Eides nöthig findet, so ist dies in dem Erkenntnisse selbst auszusprechen, mithin der Vorschrift des §. 307. seqq. Tit. 10. Th. I. A. G. O. gemäss zu verfahren. Min. Bl. S. 220.

Th. I. Tit. 10. §. 313. a) Verordn. v. 28. Juni 1844, wegen Abänderung der Eidesformeln etc. s. zu §. 202. h. t.

b) Verordn. v. 28. Juni 1844, über die Namens des Fiscus in Prozessen zu leistenden Eide. G. S. S. 250. s. zu §. 268. h. t.

Th. I. Tit. 10. §. 315. Wegen der Eide fürstlicher Personen vergl. die Zusätze zu §. 203. h. t.

Th. I. Tit. 10. §. 316. C. O. v. 8. Aug. 1835, betr. die Bekräftigungsformel bei den Eiden der katholischen Confessions-Verwandten. G. S. S. 182. (s. Bd. VII. S. 317.)

Th. I. Tit. 10. §. 317. seqq. C. O. v. 30. April 1837, betr. die Verpflichtung der Judengemeinden, bei Eidesleistungen den Gebrauch ihrer Synagogen und die Zuziehung ihrer Rabbiner zu gestatten. v. K. Jhrb. Bd. 49. S. 451. (s. Bd. VIII. S. 347.)

Th. I. Tit. 10. §. 372. Anh. §. 92. u. 93. Rescr. v. 8. Jan. 1840, betr. die feierliche Form gerichtlicher Eidesleistungen. Min. Bl. S. 28. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 193.

Th. I. Tit. 12. §. 20. Anh. §. 100. Vergl. No. 50. der Instruction zur Ausführung der Verordn. v. 14. Decbr. 1833, wonach ein Compromiss auf die Entsch. des Geh. Ob. Trib. nur in den unbedingt revisionsfähigen Sachen Statt findet. (s. Bd. VIII. S. 393.)

Th. I. Tit. 13. §. 1. seqq. Vergl. Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 13. §. 28. Der Grundsatz „Veränderungen werden nicht vermuthet“ kann nur dahin verstanden werden:

dass ein erweislich bestehender Zustand der Dinge als so lange fortdauernd anzunehmen, bis eine eingetretene Veränderung nachgewiesen wird;

nicht aber rückwärts:

dass, weil zur Zeit ein gewisser Zustand bestehe, bis auf geführten Gegenbeweis anzunehmen sei, dass er zu irgend einer frühern Zeit auch schon bestanden habe.

Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 8. April 1843, Bd. 8. S. 465.

Th. I. Tit. 13. §. 31. a) Rescr. v. 18. April 1840, betr. die Befugniß und Verpflichtung der Gerichte zur selbstständigen Entscheidung. Min. Bl. S. 147. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 525.

b) Rescr. v. 12. Decbr. 1840 nebst Anlagen, betr. die Art des Abstimmens Behufs der Urteilsfindung. Min. Bl. 1841 S. 18. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 489.

Th. I. Tit. 13. §. 32. seqq. C. O. v. 1. Aug. 1836, betr. die Erhaltung der Einheit der Rechtsgrundsätze in den richterlichen Entscheidungen. G. S. S. 218. (s. Bd. VII. S. 329.)

Th. I. Tit. 13. §. 36. seqq. Rescr. v. 30. Octbr. 1839, dass in den richterlichen Erkenntnissformeln die von Verwaltungsbehörden getroffenen Interimistica nicht zu erwähnen sind. Min. Bl. S. 355. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 383.

Th. I. Tit. 13. §. 44. a) C. O. v. 10. Novbr. 1835, betr. die Anwendung des §. 73. der Verordn. v. 1. Juni 1833, bei Abfassung der Erkenntnisse in nichtsummarischen Prozessen, und das Verfahren bei Abfassung der Erkenntnisse bei solchen Gerichten, die nur aus drei Mitgliedern bestehen, wenn eins derselben behindert ist. G. S. S. 232. (s. Bd. VII. S. 320.)

b) C. O. v. 6. April und Instruct. v. 7. April 1839 No. 45. u. 46., betr. die Form der Erkenntnisse und die bei Spruchsitzen zu führenden Protocolle Behufs Feststellung der Richter, welche an der Abfassung Theil genommen haben. s. zu A. G. O. I. 16. §. 1. seqq. und Bd. VIII. S. 392.

c) Rescr. v. 22. Septbr. 1839, dass in die Sitzungsprotocolle auch die Entscheidungen in Criminalsachen aufzunehmen sind. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 201.

Th. I. Tit. 13. §. 45. seqq. 1. a) Verordn. v. 5. Mai 1838, wegen Einführung eines gleichmässigen Verfahrens bei der Insinuation der richterlichen Erkenntnisse und bei Einlegung der Rechtsmittel. G. S. S. 273. (s. Bd. VIII. S. 348.)

b) (Zu §. 3. a. der Verordn.) *α*) Plen. Beschl. v. 13. Decbr. 1841: In den zum Ressort der Generalcommissionen gehörigen Sachen, in welchen mehrere Liticonsorten Deputirte aus ihrer Mitte bestellt haben, genügt zur Feststellung des Fatale die Insinuation der Urtelausfertigungen an diese Deputirten, wenn sie auch zur Empfangnahme des Erkenntnisses nicht ausdrücklich beauftragt worden sind. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 7. S. 228. Min. Bl. S. 84.

β) Rescr. v. 20. April 1839, betr. die Insinuation der Erkenntnisse an Liticonsorten und die für jeden derselben zu berechnende Frist zur Einlegung der Rechtsmittel. Min. Bl. S. 154. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 348.

γ) Rescr. v. 25. Jan. 1841, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 67. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 183.

c) C. O. v. 19. März 1839, betr. die Einlegung der Rechtsmittel bei den Generalcommissionen und deren Commissionen. G. S. S. 107., aufgehoben durch §. 3. der Verordnung v. 21. Juli 1843. G. S. S. 294. s. weiter unten.

d) *α*) Instruct. v. 7. April 1839 No. 42. u. 47., betr. die Insinuation der Erkenntnisse und die Fälle, in denen es nur noch der Anberaumung eines Publicationstermins bedarf. G. S. S. 133. (s. Bd. VIII. S. 390.)

β) Rescr. v. 12. März 1839, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 119. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 110.

e) Rescr. v. 16. Juni 1839 und 26. Aug. 1843, betr. die Urtelspublication und die Frist zur Einlegung der Rechtsmittel in Injuriensachen. Min. Bl. 1839 S. 223., 1843 S. 270. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 495., Bd. 62. S. 176.

f) Rescr. v. 14. Febr. 1840, betr. die Publication und Insinuation der Präclusionserkenntnisse in Concursen. Min. Bl. S. 91. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 225.

g) Rescr. v. 18. Mai 1840 nebst Anlage, betr. die Behändigung der Purificationsresolutionen in Beziehung auf das gegen das Haupterkenntniss einzulegende Rechtsmittel der Appellation. Min. Bl. S. 182. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 563.

h) Rescr. v. 29. Mai und 23. Octbr. 1841, betr. die Insinuation der Erkenntnisse an die Königl. Regierungen resp. die Provinzial-Steuer-Directionen. Min. Bl. S. 194. u. 339. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 596., Bd. 58. S. 502.

i) Wegen Insinuation der Erkenntnisse durch die Post s. zu A. G. O. I. 7. §. 19 — 26.

2. a) Verordn. v. 21. Juli 1843, betr. die Einlegung der Rechtsmittel. G. S. S. 294.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben Uns die Bedenken vortragen lassen, welche aus der Vorschrift des §. 10. der Verordn. vom 5. Mai 1838 wegen Einführung eines gleichmässigen Verfahrens bei Insinuation der Erkenntnisse und bei Einlegung der Rechtsmittel in Beziehung auf die Vollstreckung ergangener Urtheile und die Attestirung ihrer Rechtskraft entstanden sind.

Zur Beseitigung dieser Bedenken verordnen Wir auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten einer aus Mitgliedern des Staatsraths ernannten Commission für alle Landestheile Unserer Monarchie, in welchen die A. G. O. Gesetzeskraft hat, was folgt:

§. 1. Die Frist zur Einlegung jedes zulässigen Rechtsmittels ist nur dann gewahrt, wenn dasselbe innerhalb der gesetzlich dazu bestimmten Zeit bei demjenigen Gerichte angebracht wird, welches das Erkenntniss erster Instanz abgefasst hat.

In Auseinandersetzungssachen ist das Rechtsmittel stets bei den die Auseinandersetzung leitenden General-Commissionen oder den ihre Stelle vertretenden Regierungs-Abtheilungen anzumelden.

Nur diejenige Behörde, bei welcher hiernach das Rechtsmittel angebracht werden muss, ist die Rechtskraft eines Erkenntnisses zu attestiren befugt.

§. 2. Der Appellationsrichter hat das von ihm abgefasste Erkenntniss, Behufs der Insinuation an die Parteien, an diejenige Behörde, bei welcher das Rechtsmittel anzubringen ist (§. 1.), zu übersenden.

Nur die Mittheilung der Abschriften des Erkenntnisses an die Mandatarien kann durch den Appellationsrichter unmittelbar erfolgen.

§. 3. Alle der gegenwärtigen Verordnung entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen, namentlich der §. 10. der Verordnung vom 5. Mai 1838, die Ordre vom 19. März 1839 und die Ordre vom 8. August 1832 No. 2. werden aufgehoben.

b) Rescr. v. 15. Septbr. 1843, dass die Einlegung der Rechtsmittel, wenn in erster Instanz vermöge genereller oder specieller Substitution statt des instruirenden ein anderes Gericht erkannt hat, bei dem substituirten Gerichte erfolgen müsse. Min. Bl. S. 236. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 168.

c) Rescr. v. 28. Septbr. 1843 und 23. Novbr. 1844, dass, wenn ein Rechtsmittel bei einem andern als dem competenten Gerichte angemeldet worden, dies die Anmeldung sofort dem competenten Gerichte zu übersenden hat.

Min. Bl. 1843. S. 240., 1844 S. 254. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 169., Bd. 64. S. 474.

d) Rescr. v. 15. Septbr. 1843, betr. die Ausführung des §. 2. der Verordn. v. 21. Juli 1843. Min. Bl. S. 231. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 164.

3. (Zu §. 11. der Verordn. v. 5. Mai 1838.) **a)** Rescr. v. 3. Aug. und 1. Novbr. 1839, betr. das Verfahren bei der Appellationsrechtfertigung im summarischen und resp. ordentlichen Prozesse. Min. Bl. S. 285. und 358. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 118. u. 384.

b) C. O. v. 10. Juni 1844, betr. die Insinuation der Vorladung zum Appellations-Rechtfertigungs-Termin im summarischen und im ordentlichen Prozesse. Min. Bl. S. 147. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 485.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 24. v. M. erkläre Ich Mich mit der darin entwickelten Ansicht einverstanden, dass es in dem Falle, wenn der Appellant mit einem Mandatar versehen ist, der persönlichen Vorladung des ersteren zu dem nach §. 41. der Verordn. vom 1. Juni 1833 und nach §. 11. der Verordn. vom 5. Mai 1838 zur Rechtfertigung der Appellation anzuberaumenden Termine nicht bedarf.

c) Rescr. v. 15. Juni 1844 zu vorstehender C. O. Min. Bl. S. 147. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 484.

4. Vergl. §. 15. seqq. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, betr. die Einlegung der Rechtsmittel bei dem Gericht, welches in erster Instanz instruiert oder erkannt hat, und deren Einführung bei dem Gericht der höheren Instanz. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 14. §. 2. seqq. C. O. v. 22. Decbr. 1838, betr. die Competenz der drei Senate des Kammergerichts resp. des Tribunals zu Königsberg und der Oberlandesgerichte zu Königsberg, Marienwerder und Insterburg. G. S. 1839. S. 25. (s. B. VIII. S. 326. u. 327.)

Th. I. Tit. 14. §. 3. No. 1. u. 2. Anh. §. 108. u. 109.

1. **a)** Vergl. Art. 1. No. 2. und Art. 15. der Declar. v. 6. April 1839 und §. 22. der Instruct. v. 7. ej., wonach in Bagatellsachen nur der Recurs stattfindet. (s. Bd. VIII. S. 365. u. 383.)

b) Vergl. C. O. v. 23. Novbr. 1839, in Betreff des Begriffs der Bagatellsachen als Sachen bis zu 50 Rthlr. einschliesslich. G. S. S. 336. (s. Bd. VIII. S. 407.)

c) Rescr. v. 1. Decbr. 1839, dass die appellable Summe jetzt allgemein 50 Rthlr. beträgt. Min. Bl. S. 401. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 385.

d) Rescr. v. 18. Febr. 1840, betr. die Unzulässigkeit der Appellation über Bagatellsachen in den nach Publication der Declar. v. 6. April 1839 in erster Instanz entschiedenen Prozessen. Min. Bl. S. 72. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 198.

e) Vergl. §. 28. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

f) Rescr. v. 10. Novbr. 1840, betr. das Verfahren bei der Cumulation der Appellation und des Recurses. Min. Bl. S. 385. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 504.

g) Plen. Beschl. v. 17. Aug. 1840, dass in Ehescheidungssachen darüber kein Rechtsmittel zulässig sei, dass dem geschiedenen Ehegatten die Wieder-

verheirathung nicht nach §. 736. Tit. 2. Th. II. A. L. R. beschränkt worden. Min. Bl. S. 402. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 6. S. 199.

h) Verordn. v. 11. Juni 1838 u. Rescr. v. 3. Juni 1839, betr. die Rechtsmittel und die Zulässigkeit der Appellation in fiscalischen Untersuchungen wegen Steuer- und ähnlicher Vergehen. s. zu A. G. O. I. 35. §. 87. seqq.

2. a) C. O. v. 9. April 1836, betr. die Berechnung des Streitobjects Behufs Bestimmung der Zulässigkeit der Rechtsmittel in Gemeintheilungs- und Ablösungssachen. G. S. S. 172. (s. Bd. VII. S. 460.)

b) Plen. Beschl. v. 22. März 1841: Die Zulässigkeit prozessualischer Rechtsmittel in den einer Schätzung nach Gelde fähigen Sachen ist nach dem Interesse der das Rechtsmittel ergreifenden Partei zu bestimmen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 7. S. 97.

c) Plen. Beschl. v. 17. Aug. 1840: Jährliche Geld- und Naturalprästationen, deren Dauer nicht auf immerwährende Zeit festgesetzt worden, sondern unbestimmt ist, werden, wenn es auf die Werthsermittlung des Streitobjectes zur Beurtheilung der Zulässigkeit der Rechtsmittel ankommt, mit vier vom Hundert zu Capital gerechnet. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 6. S. 349., erledigt durch:

3. a) Verord. v. 21. Juli 1843, über die Grundsätze, wonach der Werth des Streitgegenstandes in Civilprozessen zu berechnen ist. G. S. S. 297.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben die Vorschriften der Prozess-Ordnung und der Einleitung zur allgemeinen Gebühren-Taxe vom 23. August 1815 über die Ermittlung und Feststellung des Werths streitiger Gegenstände, sofern dieser Werth auf den Prozess, insbesondere auf die Bestimmung des competenten Richters, die Prozessart, die Zulassung von Rechtsmitteln, und die Ansetzung der Kosten von Einfluss ist, einer Prüfung unterwerfen lassen, und verordnen auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten einer aus Mitgliedern Unseres Staatsraths ernannten Commission für alle Provinzen Unserer Monarchie, in welchen die A. G. O. Gesetzeskraft hat, so wie auch für den Ostrheinischen Theil des Regierungsbezirks Coblenz was folgt:

§. 1. Der Werth des Gegenstandes eines Rechtsstreites wird durch den Capitalswerth desselben und die rückständigen Nutzungen, Zinsen und Früchte bestimmt, so weit der ursprüngliche, oder im Laufe der ersten Instanz veränderte Klageantrag darauf gerichtet ist, oder die Nutzungen, Zinsen und Früchte von Amtswegen zuerkannt werden müssen.

Der Zeitpunkt, bis zu welchem die rückständigen Nutzungen, Zinsen und Früchte zu berechnen sind, wird durch den Tag der Einreichung der Klage, und wenn eine Vervollständigung derselben verfügt worden, durch den Tag der Einreichung der vervollständigten Klage bestimmt.

Dagegen bleiben von der Berechnung ausgeschlossen:

a) die Nutzungen, Zinsen und Früchte, welche erst während des Prozesses aufgelaufen oder entstanden sind,

b) die während des Prozesses entstandenen Schäden und Kosten, so wie alle im Werthe des streitigen Gegenstandes eingetretene Veränderungen.

§. 2. Bei Einlegung eines Rechtsmittels wird ausserdem von der Berechnung ausgeschlossen, was in diesem Zeitpuncte unter den Prozess führenden Parteien nicht mehr streitig ist.

§. 3. Die Berechnung wird in Preussischem Silbergelde angelegt. Preussisches Gold wird zu dem Werthe, wozu es in Unseren Kassen angenommen wird, fremdes Gold nach dem Tagescurs berechnet. Bei Vergleichung anderer fremder Geldsorten mit Preussischem Gelde wird die von dem Staatsministerium unter dem 27. Novbr. 1821 (G. S. S. 190.) bekannt gemachte Tabelle zum Grunde gelegt. Wer ein von dieser Tabelle abweichendes Verhältniss behauptet, muss darüber den Beweis führen.

§. 4. Bei wiederkehrenden immerwährenden Nutzungen wird der fünf und zwanzigfache, bei Nutzungen, deren künftiger Wegfall gewiss, deren Dauer aber unbestimmt ist, der zwölf und einhalbfache Betrag einer Jahresleistung als deren Capitalswerth angenommen.

Auf eine bestimmte Zeit eingeschränkte periodische Nutzungen werden für die ganze Zeit ihrer Dauer zusammengerechnet, jedoch nur so weit, dass der Capitalswerth der immerwährenden Nutzungen niemals überschritten werden darf.

Rückstände periodischer Nutzungen werden jederzeit zusammengerechnet. Sie treten dem Capitalswerthe hinzu, wenn die Nutzungen selbst mit den Rückständen Gegenstand des Prozesses sind.

§. 5. Die Ermittlung, zu welchem Werthe der Streitgegenstand anzunehmen ist, soll während der Instruction in erster Instanz erfolgen, sowohl um den Kostenansatz darnach zu bestimmen, als auch um die Grundlage für die Beurtheilung der Zulässigkeit der Rechtsmittel, oder anderer im Prozesse von der Höhe des Streitgegenstandes abhängigen Wirkungen zu gewinnen.

§. 6. Der Richter hat daher, wenn der Werth des Streitgegenstandes nicht klar vorliegt, die Parteien darüber zu hören. Dieselben sind verpflichtet, eine Erklärung abzugeben. Gegen denjenigen, der sich nicht erklärt, gilt die Angabe des andern Theils. Sind die Angaben in dem Maasse, als es darauf im Prozesse zur Bestimmung der von der Höhe des Streitgegenstandes abhängigen Wirkungen ankommt, verschieden, und kommt eine Einigung nicht zu Stande, so gilt die höhere Angabe bis dahin, dass vom Gegentheile der Minderwerth bewiesen wird.

§. 7. Wird ein solcher Beweis des Minderwerths angetreten, so ist die Veranschlagung nach den allgemeinen Vorschriften über Aufnahme gerichtlicher Taxen zu veranlassen, jedoch mit folgenden Modificationen:

- 1) Leistungen, deren Werth sich nur nach jährlichen Durchschnitten bestimmen lässt, sind nach den Grundsätzen der für die betreffenden Landestheile geltenden Ablösungsordnungen zu veranschlagen, und soll dieserhalb, wenn eine Partei es verlangt, ein Gutachten der Auseinandersetzungsbehörde eingeholt werden.
- 2) Der Werth von Bergwerksantheilen ist nach dem Gutachten des Ober-Bergamts der Provinz anzunehmen.
- 3) Auf den ausserordentlichen Werth ist bei der Abschätzung nur dann Rücksicht zu nehmen, wenn derselbe Gegenstand des Streites ist.

§. 8. Hinsichtlich der Grundgerechtigkeiten behält es, was den Kostenansatz betrifft, bei den Vorschriften des §. 7. der Einleitung zur allgemeinen Gebühren-Taxe vom 23. August 1815 sein Bewenden. In Betreff des Rechtsmittels der Appellation werden dieselben zu den Gegenständen, die nicht in Gelde abzuschätzen sind, gerechnet, und in Betreff des Rechtsmittels der Revision bewendet es bei dem §. 3. der Verordn. vom 14. Decbr. 1833. (G. S. S. 302.)

Andere als die in der Verordn. vom 14. Decbr. 1833 bezeichneten Grundgerechtigkeiten sind als ein das Rechtsmittel der Revision zulassender Streitgegenstand zu betrachten, wenn dies nach ihrem Werthe für einen der streitenden Theile der Fall sein würde. Hienach ist auf den Werth für denjenigen der streitenden Theile, der den Werth höher angiebt, Rücksicht zu nehmen. Eine Ermässigung seiner Angabe (§. 7.) kann auf eingeholtes Gutachten von Sachverständigen durch eine Festsetzung des Richters erfolgen. Im zweifelhaften Falle ist jedoch das Rechtsmittel zu gestatten.

Damit bei Grundgerechtigkeiten für den Fall einer theilweisen Aberkennung oder Zuerkennung die Zulässigkeit des Rechtsmittels nicht zweifelhaft werde, ist die Vernehmung der Parteien über deren Werth, so weit es geschehen kann, auf die einzelnen in Anspruch genommenen Rechte zu richten.

§. 9. Eine wiederholte Abschätzung (§. 7.) oder die Einholung eines neuen Gutachtens (§. 8.) kann nur auf Antrag und nur von dem in höherer Instanz erkennenden Richter veranlasst werden, dessen Ermessen alsdann überlassen bleibt, welches Gewicht auf die etwa veranlassten neuen Ermittlungen zu legen ist.

§. 10. In allen Fällen, in welchen mehrere Personen als Kläger oder Verklagte in einem Prozesse zugelassen worden sind, ist die Zulässigkeit der Rechtsmittel nach dem Gesamtbetrage der Forderungen oder Leistungen der mehreren Streitgenossen zu beurtheilen.

Dabei kommt da, wo die A. G. O. Gesetzeskraft hat, auch der §. 14. a. Tit. 14. Th. I. zur Anwendung.

§. 11. Alle Vorschriften der bisherigen Gesetze, insbesondere §. 3. No. 1. und 2. Tit. 14. §. 2. Tit. 26. Th. I. der A. G. O.,

§. 130. des Anhangs zu derselben, und die §§. 6. und 8. der Einleitung zur Allg. Gebühren - Taxe vom 23. Aug. 1815 werden, so weit sie der gegenwärtigen Verordnung entgegenstehen, hierdurch aufgehoben.

b) Rescr. v. 15. Mai 1844, betr. die Auslegung des §. 8. vorstehender Verordn. hinsichtlich des Kostenansatzes. Min. Bl. S. 120.

c) Rescr. v. 11. Jan. 1844, dass das Princip des §. 10. vorstehender Verordn. auch für die Prozess - Art und das Prozess - Verfahren maassgebend sei. Min. Bl. S. 22. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 221.

d) Plen. Beschl. v. 12. Septbr. 1845: 1. Die Bestimmungen des §. 109. des Anh. zur A. G. O. sind durch das Gesetz v. 21. Juli 1843 nicht aufgehoben.

2. Die Entscheidung der Frage:

ob bei Schuldklagen eines Gewerbtreibenden aus seinem gewerblichen Verkehr, Behufs der Berechnung der Appellations - oder Revisions - Summe, der Gesamtbetrag der einzelnen Forderungen aus dem stattgehabten Verkehre zur Berechnung zu bringen, oder eine Zusammenrechnung der einzelnen Posten nicht stattfindet,

hängt davon ab, ob eine allgemeine Verabredung zu fortgesetzten Lieferungen dem Verkehre vorangegangen ist, oder doch andere zureichende Gründe vorhanden sind, den fortgesetzten Verkehr als aus einem Hauptgeschäfte entsprungen anzunehmen, in welchem Falle die Zusammenrechnung der einzelnen Forderungen Platz greift. Mehrere auf verschiedene Bestellungen und zu verschiedenen Zeiten erfolgte Lieferungen desselben Gewerbtreibenden sind aber für sich allein so wenig als die Gleichartigkeit der Geschäfte als ein charakteristisches Merkmal, welches den fortgesetzten Verkehr als ein Hauptgeschäft betrachten lässt, zu achten. Min. Bl. S. 206. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 11. S. 122.

e) Vergl. §. 32. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1 seqq.

Th. I. Tit. 14. §. 3. No. 2. Anh. §. 110. Vergl. **a)** Art. 1. No. 3. der Declar. v. 6. April 1839, in Betreff der Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Kostenpunkts. G. S. S. 126. (s. Bd. VIII. S. 366.)

b) §. 7. der Verordn. v. 5. Mai 1838, wonach die sechs - resp. zwölfwöchige Frist zur Einlegung der Rechtsmittel auch bei Recursen wegen des Kostenpunkts stattfindet. (s. Bd. VIII. S. 351.)

Th. I. Tit. 14. §. 4. b. Vergl. §. 34. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 14. §. 16. seqq. a) Verordn. v. 21. Juli 1843, betr. die Einlegung der Rechtsmittel. G. S. S. 294. s. zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq. No. 2.

b) §. 15. seqq., §. 20 — 22., 27. u. §. 30. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, betr. die Einlegung und Einführung des Rechtsmittels der Appellation in gewöhnlichen Prozessen, sowie in Wechsel-, Arrest-, Merkantil- und Bausachen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 14. §. 21. seqq. §. 34. Vergl. **a)** Art. 13. u. 14. der Declar. v. 6. April 1839, wegen der zwölfwöchigen Frist für den Fiscus,

Gemeinden etc. und der Wiederherstellung der in der A. G. O. vorgeschriebenen kürzern Fristen für Wechselsachen etc., mit Ausschliessung der Restitution, G. S. S. 126. (s. Bd. VIII. S. 370.)

b) Vergl. Zusätze zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq., insbesondere auch §. 27. der Verord. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, wonach in Wechselsachen etc. die Anmeldung und Rechtfertigung der Rechtsmittel spätestens binnen drei Tagen beim Gericht erster Instanz angebracht werden muss. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 14. §. 22. seqq. Vergl. wegen der Vorladung zum Appellationsrechtfertigungstermin §. 11. der Verordn. v. 5. Mai 1838. (Bd. VIII. S. 351.) und die Zus. zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq. ad. 3.

Th. I. Tit. 14. §. 34. Anh. §. 114. Vergl. Art. 14. der Declar. v. 6. April 1839 wegen Aufhebung der Restitution gegen die versäumte Appellationsfrist. G. S. S. 126. (s. Bd. VIII. S. 371.)

Th. I. Tit. 14. §. 60. Rescr. v. 12. Juli 1843, betr. die Qualifikation der Thierärzte. s. zu A. G. O. I. 9. §. 38.

Th. I. Tit. 14. §. 63. Anh. §. 123. 128. Plen. Beschl. v. 8. April 1839: Der Einwand der Compensation ist in zweiter Instanz noch zulässig, und der Appellationsrichter über denselben materiell zu erkennen verpflichtet. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 4. S. 207. Min. Bl. S. 148.

Th. I. Tit. 14. §. 66. 67. a) Vergl. No. 13., 14. u. 42 — 47. der Instruction v. 7. April 1839. (s. Bd. VIII. S. 390.) und die weiteren Zusätze s. zu A. G. O. I. 16. §. 1 — 11.

b) Rescr. v. 21. Septbr. 1839, betr. die Abfassung der Relationen bei den Revisionscollegien. s. zu A. G. O. I. 43. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 14. §. 69 — 79. 1. a) Rescr. v. 26. Octbr. 1839, dass gegen Contumacialentscheidungen in Bagatellsachen nur die Restitution und nicht der Recurs zulässig ist. Min. Bl. S. 354. v. K. Jhrb. B. 54. S. 388.

b) Verordn. v. 28. März 1840, über das Rechtsmittel der Restitution gegen Purifications-Resolutionen. G. S. S. 102.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur Ergänzung der Vorschriften der A. G. O. über das Rechtsmittel der Restitution auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten einer aus Mitgliedern des Staatsraths ernannten Commission, was folgt:

§. 1. Das Rechtsmittel der Restitution findet auch gegen Purifications-Resolutionen statt, welche wegen Ausbleibens in dem Termin zur Ableistung eines rechtskräftig erkannten Eides *in contumaciam* abgefasst worden sind.

§. 2. Das Restitutionsgesuch muss innerhalb zehn Tage, von der Zustellung der Purifications-Resolution an gerechnet (§§. 5. bis 7. der Verordn. vom 5. Mai 1838, G. S. S. 273.), angebracht werden. Zur Begründung des Gesuchs gehört wesentlich:

1) das Erbieten zur Ableistung des Eides,
und

2) die Angabe der Ursachen, durch welche das Erscheinen in dem anberaumt gewesenen Termine verhindert worden ist, so wie der Bescheinigungsmittel hierüber nach Vorschrift der A. G. O. Th. I. Tit. 14. §. 71. No. 1., oder eine Bescheinigung der Einwilligung des Gegentheils in die Zulassung zu der Restitution.

§. 3. Wird das Gesuch begründet gefunden, so setzt das Gericht, unter Mittheilung des Gesuchs an den Gegentheil, einen neuen Termin zur Ableistung des Eides an. Eine Verlegung dieses Termins ist nur in dem im §. 16. Tit. 27. Th. I. der A. G. O. bezeichneten Falle zulässig.

§. 4. Wird in dem Termin (§. 3.) der Eid geleistet, so spricht das Gericht, mit Aufhebung der Contumacial-Resolution, die für den Fall der Eidesleistung erkannte Folge durch einen Bescheid aus; die Kosten des früher zur Eidesleistung anberaumt gewesenen Termins und der Contumacial-Resolution fallen aber dem Imploranten zur Last.

§. 5. Bleibt die Partei, welche schwören soll, auch in diesem Termine aus, oder leistet sie den Eid nicht, so ist durch einen Bescheid die Zurückweisung des Restitutionsgesuchs und die Aufrechthaltung der *in contumaciam* ergangenen Purifications-Resolution auszusprechen. Ein ferneres Restitutionsgesuch findet nicht statt.

§. 6. Die Abfassung der Purifications-Resolutionen, so wie der Bescheide über die Restitution dagegen steht in allen Fällen dem Gerichte zu, welches in der ersten Instanz erkannt hat.

2. Vergl. §. 31. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1 seqq.

Th. I. Tit. 15. §. 2. Anh. §. 129. u. 130. 1. a) Vergl. §. 1—3. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833, in Betreff der Zulässigkeit der Revision. (s. Bd. V. S. 132.)

b) Vergl. No. 1 — 6. der Instruct. v. 7. April 1839. (s. Bd. VIII. S. 372.)

c) Plen. Beschl. v. 4. Decbr. 1843: Das Recht der Theilnahme an einer Privatgesellschaft ist als ein schlechthin revisionsfähiger Gegenstand nicht anzusehen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 9. S. 141. Min Bl. 1844, S. 60.

d) Verordn. v. 11. Juni 1838, betr. die Rechtsmittel und die Zulässigkeit der Revision in fiscalischen Untersuchungen wegen Steuer- und ähnlicher Vergehen. s. zu A. G. O. I. 35. §. 87.

e) (Zur C. O. v. 15. März 1834, Bd. V. S. 325.) Plen. Beschl. v. 16. Decbr. 1839, betr. die Unzulässigkeit der Revision über gewisse Vergleiche bei den Generalcommissionen. s. zu A. G. O. I. 43. §. 1. seqq.

2. Verordn. v. 21. Juli 1843, über die Grundsätze, wonach der Werth des Streitgegenstandes in Civilprozessen zu berechnen ist und sonstige Zusätze in dieser Beziehung. s. zu A. G. O. I. 14. §. 3. ad 2. u. 3.

Th. I. Tit. 15. §. 4. u. 5. a) Verordn. v. 21. Juli 1843, betr. die Einlegung der Rechtsmittel und sonstige Zusätze hierüber. s. zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq.

b) Vergl. §. 15. seqq. und §. 23 — 27. der Verordn. v. 21 Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, betr. die Einlegung der Revision und das Verfahren in der Revisionsinstanz in gewöhnlichen Prozessen, und in Wechsel-, Arrest-, Merkantil- und Bausachen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 15. §. 7. seqq. a) C. O. v. 1. Aug. 1836, betr. das Verfahren bei den Entscheidungen des Geh. Ob. Trib. zur Erhaltung der Einheit der Rechtsgrundsätze in den richterlichen Entscheidungen. (s. Bd. VII. S. 329.)

b) Zu No. 3. u. 4. vorgedachter C. O. vergl. §. 25. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

c) Plen. Beschl. v. 23. Jan. 1843: Ist in zweiter Instanz der Kläger nur auf den Grund einer von mehreren Einreden abgewiesen, und sind ausdrücklich nur deshalb die übrigen Einwendungen des Verklagten nicht zur Beurtheilung gezogen worden: so ist der Revisionsrichter, wenn er die Einrede, auf deren Grund die Abweichung erfolgt ist, verworfen hat, befugt, die übrigen Einreden zu prüfen und danach zu erkennen. Er ist daher nicht verpflichtet, die Sache zu diesem Behuf in die frühere Instanz zurückzuverweisen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 9. S. 128. Min. Bl. S. 228.

Th. I. Tit. 16. §. 2. seqq. a) Verordn. v. 21. Juli 1843, betr. die Einlegung der Rechtsmittel und sonstige Zusätze hierüber. s. zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq.

b) Verordn. v. 21. Juli 1843, über die Grundsätze, wonach der Werth des Streitgegenstandes in Civilprozessen zu berechnen ist und sonstige Zusätze hierüber. s. zu A. G. O. I. 14. §. 3. ad 2. u. 3.

c) Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, insbesondere §. 15. seqq., §. 23 — 26. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 16. §. 1—11. I. 1. Die Verordn. v. 14. Decbr. 1833, über das Rechtsmittel der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde. (s. Bd. V. S. 132.)

2. Die Declar. dieser Verordn., v. 6. April 1839. (s. Bd. VIII. S. 365.)

3. Die Instruct. v. 7. April 1839, zur Ausführung der Verordn. über das Rechtsmittel der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde. (s. Bd. VIII. S. 372.)

4. Rescr. v. 24. Juni 1839 nebst Anlage, betr. die Anwendung der Declar. v. 6. und der Instruct. v. 7. April 1839. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 356.

5. Vergl. die Zusammenstellung der Bestimmungen der Declar. v. 6. und der Instruct. v. 7. April 1839, nach der Reihenfolge der Verordn. v. 14. Decbr. 1833. (Bd. VIII. S. 358 — 365.)

II. 1. Die Zusätze zu §. 1 — 3. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833. s. zu A. G. O. I. 15. §. 2.

2. (Zu Art. 1. der Declar. v. 6. April 1839.) **a)** (Zu No. 1.) Verordn. v. 28. März 1840, über das Rechtsmittel der Restitution gegen Purifications-Resolutionen. s. zu A. G. O. I. 14. §. 69.

b) (Zu No. 2.) **a)** C. O. v. 23. Novbr. 1839, wegen des Recurses gegen Entscheidungen erster Instanz, wenn der Beschwerde-Gegenstand nur 50 Rthlr. oder weniger beträgt. (s. Bd. VIII. S. 407.)

β) C. O. v. 22. Decbr. 1841, betr. die Auslegung der Declar. v. 6. April 1839 in Ansehung des Rechtsmittels der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse über Bagatellobjecte. G. S. 1842, S. 16.

Auf Ihren Bericht vom 11. v. M. erkläre Ich Mich damit einverstanden, dass die Bestimmung des Artikels 1. No. 2. der Declaration vom 6. April 1839 und der Ordre vom 23. Novbr. desselben Jahres (G. S. S. 126. und 336.), nach welcher das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse über Streitpunkte, deren nach Gelde zu schätzender Betrag die Summe von fünfzig Thalern nicht übersteigt, ausgeschlossen ist, sich nur auf Entscheidung erster Instanz bezieht. Ist dagegen in zweiter Instanz auf eingelegte Appellation erkannt, so verbleibt es bei der Bestimmung des §. 4. der Verordn. vom 14. Decbr. 1833 (G. S. S. 302.), dass die Nichtigkeitsbeschwerde gegen ein solches Erkenntniss unabhängig von der Höhe des Gegenstandes der erhobenen Beschwerde Statt findet. Diese letztere Bestimmung kommt daher auch in dem Falle zur Anwendung, wenn die Nichtigkeitsbeschwerde nach Artikel 3. No. 2. der Declaration vom 6. April 1839 darauf gegründet wird, dass der Richter zweiter Instanz die Appellation zugelassen habe, ungeachtet dieselbe wegen Mangels der appellablen Summe hätte zurückgewiesen werden müssen.

γ) Rescr. v. 5. März 1842, dass in Possessoriensachen beim Betrage bis 50 Rthlr. der Recurs, darüber hinaus die Nichtigkeitsbeschwerde, zulässig ist. Min. Bl. S. 177.

δ) Vergl. im Uebrigen wegen des Recurses die Zusätze zu A. G. O. I. 26. §. 18.

ε) Plen. Beschl. v. 16. Decbr. 1839, betr. die Unzulässigkeit der Nichtigkeitsbeschwerde über gewisse Vergleiche bei den Generalcommissionen. s. zu A. G. O. I. 43. §. 1. seqq.

3. (Zu Art. 2. lit. b, u. c. der Declar. v. 6. April 1839.) Der Adjudicator kann den in einer nothwendigen Subhastation ergangenen Adjudicationsbescheid mit der Nichtigkeitsbeschwerde nur aus einem solchen Grunde anfechten, der ihn als Bieter, beziehungsweise Käufer, berechtigt, auf Vernichtung des Zuschlagebescheides anzutragen. — Aus dem Umstande, dass ein Kauflustiger ohne Bestellung der gesetzlichen, von den Subhastationsinteressenten verlangten Caution zum Mitbieten zugelassen ist, und hiedurch der Adjudicator zur Steigerung seines Gebotes genöthigt worden, ist daher der Letztere, auch wenn er zu den Subhastationsinteressenten gehört, einen Nichtigkeitsgrund zu entnehmen nicht befugt. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 11. Octbr. 1841. Bd. 7. S. 163.

4. (Zu §. 4. No. 1. u. 2. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833 und No. 8—10. der Instruct. v. 7. April 1839.) Die in dem §. 9. des Ges. v. 4. März 1834, über die Execution in Civilsachen gegebenen Bestimmungen sind in soweit als Vorschriften des materiellen Rechtes zu betrachten, als die Anwendbarkeit der verschiedenen Vollziehungsarten überhaupt in Frage kommt. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 10. Juni 1843. Bd. 9. S. 167.

5. (Zu §. 5. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833, Art. 3. der Declar. und No. 11 — 19. der Instruct.) *a*) (Zu No. 11. der Instruct.) *α*) Plen. Beschl. v. 19. Octbr. 1840: Die Bestimmung des §. 6. der Verordn. v. 4. März 1834 über die Execution in Civilsachen

dass die Einwendungen der Zahlung, der Compensation, des Erlasses und des Vergleichs die Execution nur alsdann hemmen, wenn sie liquid sind, und die Thatsachen, auf welche sie gegründet werden, sich erst nach geschlossener Instruction der Sache ereignet haben, oder erst nach diesem Zeitpunkt zur Kenntniss des Schuldners gelangt sind,

ist für eine Prozessvorschrift zu achten, deren Verletzung die Nichtigkeitsbeschwerde nicht begründet. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 5. S. 311.

β) Rescr. v. 27. Juni 1843 nebst Bericht des Geh. Ob. Trib., wonach die Unterzeichnung der Audienzprotocolle beim mündlichen Verfahren von Seiten der Parteien oder deren Vertreter nicht nothwendig, deren Unterlassung also als Verletzung einer wesentlichen Förmlichkeit nicht anzusehen ist (Min. Bl. S. 172), bestätigt durch die Declar. v. 11. Decbr. 1845, betr. den §. 29. der Verordn. v. 28. Juni 1844, über das Verfahren in Ehesachen. (G. S. 1846, S. 18.) s. zu A. G. O. I. 40. §. 20. seqq.

b) Plen. Beschl. v. 9. Octbr. 1843: Wird eine Nichtigkeitsbeschwerde auf den Art. 3. No. 2. der Declar. v. 6. April 1839, also darauf gegründet:

dass ein rechtzeitig angebrachtes, gesetzlich zulässiges Rechtsmittel zurückgewiesen, oder ein gesetzlich unstatthaftes Rechtsmittel zugelassen worden,

so tritt bei Prüfung der Frage über die Zulässigkeit des Rechtsmittels eine völlig freie Beurtheilung des Nichtigkeits-Richters, sowohl in Ansehung des Sachverhältnisses, als der gesetzlichen Vorschriften ein, und es bleibt der §. 16. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833, Absatz 2. in solchen Fällen ausser Anwendung. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 9. S. 153. Min. Bl. 1844, S. 8.

c) (Zu §. 5. No. 4. der Verordn. und No. 13. u. 14. der Instruct.) *α*) C. O. v. 10. Novbr. 1835, betr. das Verfahren bei Abfassung der Erkenntnisse bei denjenigen Gerichten, welche nur aus drei Mitgliedern bestehen, wenn eins derselben behindert ist. (s. Bd. VII. S. 320.)

β) C. O. v. 8. Mai 1841, betr. die zur Abfassung der Appellations-Erkenntnisse erforderliche Anzahl von Richtern bei standesherrlichen Obergerichten. G. S. S. 86.

Auf den Bericht des Staatsministeriums v. 6. April c. erkläre Ich hierdurch, dass die Vorschrift §. 5. No. 4. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833, wonach es für eine, die Nichtigkeitsbeschwerde begründende Verletzung wesentlicher Prozessvorschriften angesehen werden soll, wenn bei einem Gericht in zweiter Instanz nicht wenigstens fünf Richter an der Abfassung des Erkenntnisses Theil genommen haben, auf die nach Maassgabe der Instruct. v. 30. Mai 1820 errichteten Obergerichte keine Anwendung finden, es vielmehr genügen soll, wenn bei diesen Gerichten nach §. 41. jener Instruction und nach den hierauf sich gründenden Recessen mindestens drei Richter an der Abfassung eines Erkenntnisses zweiter Instanz Theil nehmen.

d) (Zu §. 5. No. 5., 6., 7. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833, Art. 3. No. 3. der Declar. u. No. 15. der Instruct.) *α)* C. O. v. 29. März 1836 nebst Bericht, betr. die Befugniß des Justizministers, die Substitution der Gerichte in den betreffenden Sachen anzuordnen. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 315.

β) Rescr. v. 7. Novbr. 1840, betr. das Vorhandensein eines Perhorrescenz-Grundes in dem Falle, wenn der Richter an der Einleitung oder dem Betribe des Prozesses als Vormundschaftsrichter Theil genommen hat. Min. Bl. S. 279. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 481.

e) (Zu §. 5. No. 10. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833, Art. 3. No. 5. der Declar. und No. 17—19. der Instruct.) *α)* Plen. Beschl. v. 5. Juni 1838, dass die Nichtigkeitsbeschwerde nicht stattfinde, wenn eine in der Beurtheilung unberührt gebliebene erhebliche Thatsache in der Geschichtserzählung erwähnt worden. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 3. S. 310. v. K. Jhrb. Bd. 51. S. 382.

β) Plen. Beschl. v. 27. April 1840: Die im §. 5. No. 10. Lit. c. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833 bezeichnete Verletzung einer wesentlichen Prozessvorschrift ist nicht vorhanden, wenn der Aussage eines Zeugen auch da Beweiskraft beigelegt worden, wo sie keine Thatsachen, sondern nur Urtheile enthält. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 5. S. 212. Min. Bl. S. 264.

6. (Zu §. 6. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833 und No. 20. der Instruct.) **a)** Plen. Beschl. v. 4. Septbr. 1843: Eine schriftliche Eingabe, womit der Mandatar des Imploranten nach Publication des beschwerenden Urteils die zur Informations-Einziehung ihm mitgetheilten Acten zurückreicht, ist als eine Prozessschrift im Sinne des §. 6. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833 und No. 20. der Min. Instruct. v. 7. April 1839 nicht anzusehen. Es müssen daher die, in der erst nach derselben überreichten Nichtigkeitsbeschwerde gerügten Verletzungen wesentlicher Prozessvorschriften noch berücksichtigt werden. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 9. S. 146. Min. Bl. S. 150.

b) Plen. Beschl. v. 30. Mai 1845: A. Unter den im §. 6. bezeichneten Prozessverhandlungen sind solche Schriftstücke zu verstehen, die auf die Verfolgung oder Abwehr eines Rechtsanspruchs, die Begründung oder Ausführung derselben, oder die Vollstreckung eines Erkenntnisses unmittelbar gerichtet sind. Dahin gehören nicht:

- 1) solche, welche nur Vollmachten oder die Berichtigung eines andern Legitimationspuncts betreffen;
 - 2) solche, welche die Mittheilung der Acten ganz oder theilweise, oder Zuordnung eines Rechtsbeistandes zum Behuf eines Beschlusses darüber, ob ein Rechtsmittel eingelegt werden soll, betreffen;
- wohl aber solche, worin die Absicht, das Rechtsmittel der Revision oder Nichtigkeitsbeschwerde oder eines von beiden einlegen zu wollen, bestimmt ausgesprochen, oder ein solches Rechtsmittel angemeldet wird.

B. Zu dem Plen. Beschl. v. 4. Septbr. 1843 (oben ad a.) ist noch beschlossen, dass auch die schriftliche Eingabe, wodurch Urkunden (Atteste oder dergl.) nach Behändigung des Urteils zurückgefordert werden, nicht als eine Prozessschrift im Sinne des §. 6. der Verordn. anzusehen ist. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. II. S. 134. Min. Bl. S. 190.

7. (Zu No. 21. II. der Instruct. v. 7. April 1839.) **a)** Rescr. v. 5. März 1842, dass in Possessoriensachen bei Gegenständen bis 50 Rthlr. der Recurs, darüber hinaus die Nichtigkeitsbeschwerde, zulässig ist. Min. Bl. S. 177.

b) Plen. Beschl. v. 21. Novbr. 1845: Bei Besitzstreitigkeiten ist die Nichtigkeitsbeschwerde unzulässig, wenn der nach Gelde zu schätzende Werth des Streitgegenstandes 50 Rthlr. oder weniger beträgt. Min. Bl. 1846, S. 4.

8. (Zu §. 9. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833 u. Art. 4. der Declar.) **a)** Plen. Beschl. v. 16. Decbr. 1839: Der Art. 4. der Declar. v. 6. April 1839 enthält nicht durchaus bloss declaratorische Bestimmungen. Die darin aufgenommene Vorschrift

nach welcher, wenn bei einem und demselben Streitpunkte die beiden Rechtsmittel der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde zusammentreffen, die Revision die Nichtigkeitsbeschwerde nach sich zieht, ist für eine neue (ergänzende) zu achten. Min. Bl. S. 32. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 348.

b) Plen. Beschl. v. 24. Aug. 1840, Succumbenzstrafe beim Zusammentreffen der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde. s. zu §. 18. der Verordn. weiter unten.

9. (Zu Art. 6 — 10. der Declar. v. 6. April 1839 und No. 27 — 33 der Instruct.) **a)** (Zu Art. 7. der Declar.) Plen. Beschl. v. 27. Mai 1839: Städtische Deputationen und Commissionen, welche, zur Verwaltung einzelner Geschäftszweige des Gemeinwesens, aus Mitgliedern des Magistrats und der Bürgerschaft gebildet sind, gehören zu den öffentlichen Behörden, und sind daher befugt, Nichtigkeitsbeschwerden ohne Zuziehung eines Justizcommissarius einzureichen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 4. S. 273.

b) C. O. v. 4. April 1840, betr. die Einreichung der Nichtigkeitsbeschwerden durch solche Vertreter der Parteien, die nicht Justizcommissarien sind. G. S. S. 117.

Auf Ihren Bericht vom 19. v. M. ermächtige Ich Sie nach Ihrem Antrage, die Gerichtsbehörden dahin anzuweisen: dass nach Inhalt des Artikels No. 7. der Declaration vom 6. April v. J., das Rechtsmittel der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde betreffend, unter den rechtsverständigen Privatpersonen, welchen die schriftliche Einreichung der Nichtigkeitsbeschwerde ohne Zuziehung eines Justizcommissarius gestattet ist, auch diejenigen, zum Richteramt qualificirten Privatpersonen gehören, die als Stellvertreter der Partei in deren Prozessen aufzutreten gesetzlich befugt sind. Ich überlasse Ihnen, hiernach das Erforderliche zu verfügen.

c) (Zu No. 28. der Instruct.) **α)** Plen. Beschl. v. 24. August 1840: Zur Unterzeichnung einer Nichtigkeitsbeschwerdeschrift sind nur diejenigen Justizcommissarien befähigt, welche in demjenigen Obergerichts-Departement, in dem der Prozess in erster Instanz geschwebt hat, recipirt sind. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 5. S. 386.

β) Plen. Beschl. v. 24. Mai 1841: Eine Nichtigkeitsbeschwerde kann als formwidrig und unstatthaft nicht um deswillen zurückgewiesen werden, weil sie ein Justizcommissarius angefertigt oder legalisirt hat, der nicht in demjenigen Obergerichtsdepartement, in welchem der Prozess in erster Instanz

schwebte, zur Prozesspraxis zugelassen ist. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 7. S. 208.

erledigt durch:

γ) Verordn. v. 21. Juli 1843, über die Befugniss der Justizcommissarien zur Anfertigung und Legalisirung von Rechtsschriften aller Art. (s. zu A. G. O. III. 7. §. 6. u. 7.) und

δ) §. 21. u. 23. d. und 27. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, wegen Legalisirung der Schriftsätze in der Revisions- und Nichtigkeitsinstanz durch die bei dem Geheimen Ober-Tribunal angestellten Justizcommissarien. s. zu A. G. O. I. 28. §. seqq.

α) Plen. Beschl. v. 26. Aug. 1839: Wenn auf eine, bei dem Gerichte zweiter Instanz angebrachte Nichtigkeitsbeschwerde das weitere Verfahren bei demselben Richter veranlasst worden, so ist dies allein kein Grund, um die definitive Entscheidung auszusetzen und die Acten dem Gericht erster Instanz zur Berücksichtigung des Verfahrens zuzufertigen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 4. S. 411.

β) Rescr. v. 10. März 1841, betr. das Verfahren in Nichtigkeitsbeschwerdesachen. Min. Bl. S. 123. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 186.

erledigt durch:

γ) Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, §. 23. seqq.

10. (Zu §. 18. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833 und No. 40. u. 41. der Instruct.) α) Plen. Beschl. v. 24. Aug. 1840: Wenn bei dem Zusammenreffen der Rechtsmittel der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde in einem Prozesse die Revision die Nichtigkeitsbeschwerde nach sich zieht, und letztere daher als eine eigentliche Revision behandelt werden muss, so fällt die für den Fall der Zurückweisung einer Nichtigkeitsbeschwerde gesetzlich bestimmte Succumbenzstrafe weg. Wird in einem solchen Falle auf die als Revision zu behandelnde Nichtigkeitsbeschwerde die Bestätigung zweier gleichförmigen Erkenntnisse beschlossen, so ist die Succumbenzstrafe nach den allgemeinen, für die Revisionsinstanz geltenden Grundsätzen, zu ermessen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 5. S. 369. Min. Bl. S. 366.

β) Rescr. v. 15. Jan. 1841, dass der Ansatz von Succumbenzgeldern nach §. 18. der Verordn. auch in Rechtsangelegenheiten statffinde, welche zum Ressort der Generalcommissionen gehören. Min. Bl. S. 40. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 238.

11. (Zu §. 21. u. 22. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833, Art. 13. seqq. der Declar. und No. 42 — 44. der Instruct.) α) α) Plen. Beschl. v. 5. Septbr. 1842: Die Vorschrift im Art. 14. litt. d. der Declar. v. 6. April 1839 wegen der in Bausachen zur Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde bestimmten Frist findet auf alle Prozesse Anwendung, welche ihrem Gegenstande nach zu den in den §§. 34 — 41. Tit. 42. der Prozess-Ordnung bezeichneten schleunigen Bausachen gehören, sie mögen auf die hier vorgeschriebene Art in den vorigen Instanzen behandelt sein oder nicht. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 8. S. 202. Min. Bl. S. 364.

β) Vergl. §. 27. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, betr. die Einlegung der Rechtsmittel in Wechsel-, Arrest-, Merkantil- und Bausachen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

b) Rescr. v. 3. Juni 1842, über die Anwendung der Instruct. v. 7. April 1839 zu No. 43., wegen der Publications- und Appellations-Termine in Concursen. Min. Bl. S. 218. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 555.

c) (Zu No. 44. u. 45. der Instruct. v. 7. April 1839.) *α)* Rescr. v. 1. April 1844, betr. die Relationen in der Appellations-Instanz. Min. Bl. S. 83.

β) Mittheilung zweier Berichte über die Anfertigung der Relationen in der Appellations-Instanz. s. Min. Bl. 1845, S. 114 — 120.

γ) Vergl. §. 19. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

d) (Zu No. 46. der Instruct.) Vergl. die C. O. v. 6. April 1839, durch welche der Justizminister zum Erlass derjenigen Bestimmungen, welche in No. 46. der Instruct. enthalten sind, autorisirt worden. Min. Bl. S. 142. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 353.

12) (Zu §. 25. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833 und No. 47. der Instruct.) Rescr. v. 6. Jan. 1843, betr. die Insinuation der Erkenntnisse zweiter Instanz im summarischen Prozess. Min. Bl. S. 15. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 118.

13) (Zu §. 26. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833.) C. O. v. 29. Aug. 1835, dass die Abfassung der Erkenntnisse dritter Instanz in fiscalischen Untersuchungs- und Injuriensachen nicht dem Geh. Ob. Trib. obliegt. (s. Bd. VII. S. 433.)

Th. I. Tit. 16. §. 16. Vergl. Art. 13. der Declar. v. 6. April 1839, wodurch die Restitution gegen die versäumte Frist zur Einlegung der Rechtsmittel aufgehoben ist. (s. Bd. VIII. S. 370.)

Th. I. Tit. 17. §. 3. Rescr. v. 22. Febr. 1841, betr. die Zulässigkeit der Cumulation einer Alimentationsklage gegen den Schwängerer und den subsidiarisch Verpflichteten. Min. Bl. S. 115. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 177.

Th. I. Tit. 19. §. 1., 5., 6. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 14. Decbr. 1840, betr. die Liquidität von Gegenforderungen. Bd. 6. S. 233. s. zu A. L. R. I. 16. §. 359.

Th. I. Tit. 20. §. 2. Vergl. §. 5. f. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 20. §. 20. Rescr. v. 5. Juni 1841, betr. den Ansatz des Pauschquantums in Bagatellsachen bei Reassumption des Prozesses. Min. Bl. S. 200. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 655.

Th. I. Tit. 21. §. 10 — 13. a) Rescr. v. 13. Octbr. 1840, betr. die Fortsetzung der Instruct. eines Prozesses eines Ausländers gegen einen Inländer, in Bezug auf den Cautionspunct. Min. Bl. S. 332. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 505.

b) Vergl. §. 5. e. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 22. §. 19. seqq. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 27. Jan. 1844, betr. Klagen *ex judicato* auf Leistung des Interesse. Bd. 8. S. 439. s. zu A. G. O. I. 24. §. 53.

Th. I. Tit. 22. §. 29. No. 8. Rescr. v. 31. Jan. 1840, dass nur der Exequendus, nicht dessen Schuldner, bei welchem auf eine Forderung des Exequendus Arrest gelegt worden, zur Ableistung des Manifestationseides verpflichtet ist. Min. Bl. S. 65. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 203.

Th. I. Tit. 23. §. 20. Rescr. v. 30. Octbr. 1841, betr. die Erstattung der Mandatariengebühren bei Litisrenunciationen. Min. Bl. S. 340. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 568.

Th. I. Tit. 23. §. 23. Rescr. v. 17. Septbr. 1839, betr. den Kostenansatz bei Nachlassregulirungen. Min. Bl. S. 312. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 158.

Th. I. Tit. 23. §. 25. a) Rescr. v. 15. April 1839, betr. die Verbindlichkeit zur Erstattung der Mandatariengebühren. Min. Bl. S. 136. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 407.

b) Rescr. v. 27. April 1840 und 3. Febr. 1841, betr. die Zulässigkeit von Gebühren der Justizcommissarien für Einklagung ihrer Deserviten. Min. Bl. 1840, S. 144., 1841 S. 88. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 635. u. Bd. 57. S. 246.

Th. I. Tit. 23. §. 26. seqq. a) Rescr. v. 7. Febr. 1840, betr. die Frage, bei welchem Gerichte die Gebühren der Justizcommissarien und Notarien festzusetzen sind. Min. Bl. S. 70. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 255.

b) Rescr. v. 8. Mai 1840, betr. die Frage: bei welchem Gerichte die Mandatariengebühren in summarischen Prozessen in zweiter Instanz festzusetzen sind. Min. Bl. S. 164. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 569.

Th. I. Tit. 23. §. 30. seqq. a) Rescr. v. 16. Novbr. 1841, betr. die Gebühren- und Portofreiheit der Correspondenz zwischen den Land- und Stadtgerichten und den Gerichtscommissionen. Min. Bl. S. 355. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 556.

b) Wegen der Kosten- und Portofreiheit bei gewissen Requisitionen vergl. Zusätze zu A. G. O. I. 7. §. 4. seqq.

Th. I. Tit. 23. §. 36. Anh. §. 141. a) Rescr. v. 5. Septbr. 1839, betr. die von Privatgerichten zu erstattenden baaren Auslagen des einer armen Partei zugeordneten Mandatars. Min. Bl. S. 310. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 162.

b) Rescr. v. 7. Decbr. 1843, betr. die Festsetzung und Einziehung der Gebühren von Official-Mandatarien armer Parteien. Min. Bl. S. 303. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 492.

Th. I. Tit. 23. §. 36. No. 6. Rescr. v. 19. Febr. 1841, betr. die Kosten für gerichtliche Insertionen in den Anzeigern der Amtsblätter. Min. Bl. S. 103. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 236.

Th. I. Tit. 23. §. 40. C. O. v. 22. Decbr. 1843, betr. die Nichtanwendung des §. 40. Tit. 23. Th. I. A. G. O. auf unvermögende Kirchen und Pfarreien. G. S. S. 48.

Auf den Bericht des Staatsministeriums v. 4. d. M. bin Ich damit einverstanden, dass in den Fällen, in denen Kirchen und Pfarreien mit Rücksicht auf die Bestimmung im §. 713. Tit. 11. Th. II. des A. L. R. als unvermögend zu betrachten und deshalb

in Prozessen zum Armenrechte zugelassen worden sind, die Vorschrift des §. 40. Tit. 23. Th. I. der A. G. O. keine Anwendung finden kann.

Th. I. Tit. 23. §. 42—45. Anh. §. 143., 144. Verordn. v. 17. Febr. 1838, betr. die Sportelfreiheit der Militairpersonen. (s. Bd. VIII. S. 395.)

Th. I. Tit. 23. §. 46. Rescr. v. 14. April 1842, dass die Sportelfreiheit des Fiscus bei erblosen Verlassenschaften erst vom Tage des ergehenden Urteils läuft. Min. Bl. S. 59. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 594.

Th. I. Tit. 23. §. 46. Anh. §. 145. 1. Rescr. v. 23. Juli 1839, betr. die Gebührenfreiheit der Bestätigung der Justitiariatscontracte. Min. Bl. S. 264. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 156.

2. a) Wegen der Sportel-, Stempel- und Porto-Freiheit der verschiedenen Provinzial-Feuersocietäten vergl. die Eingangsbestimmungen der desfallsigen Reglements. s. zu A. L. R. II. 8. §. 1934. seqq.

b) C. O. v. 16. Juli 1840, dass den Land-Feuersocietäten der Kurmark und Niederlausitz und der Neumark die Sportel- und Stempelfreiheit ebenso zusteht wie den Städte-Feuersocietäten etc. Min. Bl. S. 251. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 207.

3. a) Vergl. C. O. v. 4. Mai 1833, betr. die Gebühren- und Stempelfreiheit bei Expropriationen. (s. Bd. VI. S. 149.)

b) Vergl. wegen Sportel- und Stempelfreiheit der Verhandlungen und Quitungen in Betreff der Expropriationen zu Chausseebauten, sowie Kanal- und Flussbauten:

α) C. O. v. 8. Aug. 1882, litt. g. (s. Bd. IV. S. 446.)

β) C. O. v. 26. Decbr. 1833. (s. Bd. IV. S. 456.)

γ) Rescr. v. 15. Mai 1844, betr. die gebührenfreie und stempelfreie Behandlung der Verhandlungen und Atteste hinsichtlich der Geldentschädigungen für Landabtretungen zu Kanälen- und Flussbauten. Min. Bl. S. 120. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 516.

δ) C. O. v. 1. Mai 1846, wegen Stempel- und Sportel-Freiheit des Rosenberger Chausseebau-Actienvereins. Min. Bl. S. 102.

c) α) Vergl. §. 15. des Ges. v. 3. Novbr. 1838, wegen der Stempel- und Sportelfreiheit der Verhandlungen und Atteste über Landabtretungen zu Eisenbahnbauten. (s. Bd. VIII. S. 276.)

β) Rescr. v. 7. Novbr. 1843 und 13. Juli 1845, betr. den Umfang der Sportel- und Stempelfreiheit in den Eisenbahn-Angelegenheiten. Min. Bl. 1843, S. 276., 1845, S. 137.

4. a) C. O. v. 16. Febr. 1841, betr. die Gebührenfreiheit der Bürger-Rettungs-Institute und der von denselben unterstützten Personen. Min. Bl. S. 87.

Ich will auf Ihren Antrag v. 29. v. M. sämmtlichen Bürger-Rettungs-Instituten selbst und den von ihnen unterstützten Personen, bei denen ausser einer unverschuldeten Armuth zugleich

Redlichkeit des Characters, Thätigkeit und Arbeitskraft vorhanden ist, in Beziehung auf die bewilligten Unterstützungen, die hierüber auszustellenden Schuld- und Verpfändungs-Urkunden und erfolgenden Eintragungen im Hypothekenbuche, die Gebührenfreiheit bewilligen und Ihnen demgemäss die weitere Verfügung und Bescheidung des Directoriums des Magdeburger Bürger-Rettungs-Instituts anheimgeben.

b) Verliehen ist die Stempel- und Sportelfreiheit demgemäss noch besonders den Bürger-Rettungs-Instituten:

a) zu Brandenburg l. C. O. v. 30. Septbr. 1841. Min. Bl. S. 342.

β) zu Merseburg l. C. O. v. 28. Decbr. 1841. Min. Bl. 1842, S. 9.

γ) zu Liegnitz l. C. O. v. 17. Octbr. 1842. Min. Bl. S. 330.

δ) zu Breslau l. C. O. v. 21. April 1845. Min. Bl. S. 111.

5. C. O. v. 28. Febr. 1842, betr. die Klein-Kinder-Bewahranstalten. Min Bl. S. 95..

etc. Gleichzeitig setze Ich hiermit fest, dass allen bereits bestehenden und mit Genehmigung der Regierung noch zu errichtenden Klein-Kinder-Bewahranstalten auch die Gebührenfreiheit, in gleichem Umfange wie den öffentlichen Schulen, zu Theil werden soll.

6. Wegen Verleihung der Gebührenfreiheit an einzelne Gesellschaften und Institute vergl. die zu A. L. R. II. 6. §. 22. seqq. aufgeführten Statuten etc.

7. C. O. v. 18. Aug. 1841, betr. die Sportel- und Stempelfreiheit der Gutsherrschaften, so wie der Stadt- und Landgemeinden in Armen-Angelegenheiten. G. S. S. 288.

Einverstanden mit der in dem Berichte des Staatsministeriums vom 7. d. M. vorgetragenen Ansicht will Ich die nach §. 145. des Anh. zur A. G. O. §. 2. No. 5. der Einleitung zur Gebühren-Taxe vom 23. Aug. 1815 §. 4. No. 2. der Declarat. vom 27. Juni 1811 und §. 3. litt. i. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 sämtlichen Armen-Anstalten in Prozessen und sonstigen Angelegenheiten zustehende Sportel- und Stempelfreiheit hiermit auch den Gutsherrschaften, sowie den Stadt- und den Landgemeinden in der ganzen Monarchie für alle Armen-Angelegenheiten bewilligen; jedoch mit der Einschränkung, dass sie diese Befreiung durch Uebernahme von Kosten und Stempeln, welche nach den bestehenden Vorschriften den Privatpersonen, mit welchen sie Verträge schliessen, zur Last fallen würden, auf die letzteren zu übertragen, nicht befugt sein sollen.

8. C. O. v. 13. Mai 1844, über die Gebührenfreiheit der Instructionen von Kriegs-Entschädigungs-Forderungen gegen Provinzen, Kreise und Gemeinden. Min. Bl. S. 142.

Auf den Antrag des Staatsministeriums vom 24. v. M. bestimme Ich, dass die Instruction der Kriegs-Entschädigungs-Forderungen gegen Provinzen, Kreise und Gemeinden, welche von den Regierungen den Untergerichten aufgetragen wird, von die-

sen gebührenfrei bearbeitet, und von der Einziehung dieser Gebühren überall Abstand genommen werden soll, wo solche noch nicht erfolgt ist.

Th. I. Tit. 23. §. 49. C. O. v. 31. Januar 1835, betr. die Befugniss des Justizministers, erkannte Succumbenzstrafen zu ermässigen oder niederzuschlagen. (s. Bd. VII. S. 367.)

Th. I. Tit. 23. §. 53. Rescr. v. 9. Septbr. 1840, betr. die Unzulässigkeit der Festsetzung einer Strafe wegen frevelhaften Leugnens in Erkenntnissen zweiter und dritter Instanz. Min. Bl. S. 304. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 160.

Th. I. Tit. 24. §. 1. 1. a) C. O. v. 6. Mai 1836, betr. die Wirkung der von den Regierungen innerhalb der Grenzen des ihnen verliehenen Executionsrechts angeordneten executivischen Maassregeln. (s. B. VII. S. 154.)

b) C. O. v. 19. Juni 1836, wegen Einziehung der Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben, imgleichen der Forderungen der Medicinalpersonen. G. S. S. 198. (s. Bd. VII. S. 285.)

c) Rescr. v. 26. März 1846 nebst Anlage, betr. die Executionsbefugnisse der Verwaltungsbehörden auf Leistung aus Lieferungsverträgen bei Verwaltung von Kirchen, Schulen etc. Min. Bl. S. 70.

2. Verordn. v. 24. Novbr. 1843 und 30. Juni 1845, wegen executivischer Beitreibung der directen und indirecten Steuern und anderer öffentlichen Abgaben und Gefälle in der Rheinprovinz resp. in Westphalen. s. zu A. L. R. II. 14. §. 78. seqq.

3. **a)** Rescr. v. 13. Juni 1839, betr. die Execution aus den von Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Recessen. Min. Bl. S. 222. v. K. Jhrb. B. 53. S. 351.

b) C. O. v. 18. Decbr. 1841, betr. die Gültigkeit und executorische Kraft der von den Generalcommissionen bestätigten Recesse. s. zu A. G. O. I. 43. §. 1. seqq.

4. Der gehörig hergestellte Regulierungsplan wegen der Abgaben und Leistungen von zerstückelten Grundstücken und neuen Ansiedelungen hat die Wirkung einer gerichtlich bestätigten und vollstreckbaren Urkunde, nach §. 23. des Ges. v. 3. Jan. 1845. s. zu Hyp. Ordn. II. §. 91.

5. Die nach dem Entschädigungsgesetze zur A. Gew. Ordn. v. 17. Jan. 1845 ergangenen Resolute der Regierungen etc. haben die Wirkungen eines rechtskräftigen Erkenntnisses, nach §. 51. seqq. des gedachten Gesetzes. s. zu A. L. R. II. 8. §. 179. seqq.

6. Vergl. §. 14. u. 15. der Verordn. v. 24. Jan. 1844, in Betreff der Befugniss der Dienstbehörden, wegen Einziehung der Defecte von Beamten die Execution zu vollstrecken oder die Gerichte deshalb zu requiriren. s. zu A. L. R. II. 10. §. 88 — 91.

7. **a)** Vergl. Abschn. 3. der Verordn. v. 8. Juni 1835, betr. die Errichtung eines Königl. Creditinstituts für Schlesien. G. S. S. 101. (s. Bd. VII. S. 57.)

b) C. O. v. 29. Juni 1844, wegen Erweiterung der Executionsbefugniss der Posenschen Landschaft gegen die Pächter bepfandbriefter Güter. G. S. S. 260.

Da die Vorschriften der §§. 250. ff. der landschaftlichen Creditordnung für das Grossherzogthum Posen vom 15. Decbr. 1821 nach den bisherigen Erfahrungen nicht ausreichen, um die schleunige Einziehung in Rückstand bleibender Pachtgelder der in landschaftlicher Sequestration befindlichen Güter zu sichern, anderen landschaftlichen Creditinstituten und den unter der Verwaltung der Regierung stehenden Instituten aber in dieser Beziehung schon ausgedehntere Befugnisse eingeräumt sind, so will Ich in Berücksichtigung des Antrages der Generalversammlung der Posenschen Landschaft auf den Bericht des Staatsministeriums vom 17. v. M. hierdurch Folgendes bestimmen:

- 1) Der Posenschen Landschaft wird die Befugniss beigelegt, gegen die Pächter der nach Bekanntmachung der gegenwärtigen Ordre verpachteten und zur Zeit der Verpachtung schon bepfandbrieften Güter, ohne Unterschied, ob dieselben erst im Laufe der Sequestration des Guts angesetzt, oder schon vor deren Einleitung auf dem Gute vorgefunden worden, wegen rückständiger Pachtgelder die Execution und Sequestration selbstständig, jedoch unter Beobachtung des im §. 253. der landschaftlichen Creditordnung vom 15. Decbr. 1821 vorgeschriebenen Verfahrens, zu verfügen und in Ausführung zu bringen; die Pächter müssen jedoch zuvor von der Provinzial-Landschaftsdirection über ihre Weigerungsgründe summarisch gehört werden.
- 2) Der Verkauf abgepfändeter Gegenstände muss jederzeit mit Zuziehung eines Justizbeamten geschehen, die Landschaft ist jedoch ermächtigt, zur Sicherstellung des entstehenden Kostenbetrages die nöthigen Vorkehrungen selbst zu treffen.
- 3) Die Landschaft soll auch befugt sein, gegen solche Pächter, mit welchen sie nach Bekanntmachung der gegenwärtigen Ordre selbst contrahirt hat, die Verpflichtung derselben zur Räumung des Guts nach abgelaufener Pachtzeit, auf Grund einer summarischen Untersuchung, durch ein Resolut festzusetzen, und dieses sogleich vollstrecken zu lassen. Vor beendigter Pachtzeit kann die Exmission nicht anders, als durch Urtheil und Recht erfolgen.

c) Nach §. 29. der am 23. Jan. 1833 bestätigten Statuten der ritterschaftlichen Privatbank von Pommern steht der letzteren gegen ihre Mitglieder wegen der Verpflichtungen aus den Statuten und Societätsverträgen das Recht der Execution ohne prozessualisches Verfahren zu. G. S. 1833, S. 9.

Th. I. Tit. 24. §. 3. Anh. §. 148. Rescr. v. 4. Novbr. 1840, betr. die Unzulässigkeit der Execution aus einem rechtskräftigen Erkenntnis, seit dessen Rechtskraft mehr als fünf Jahre verflossen sind. Min. Bl. S. 368, v. K. Jhrb. Bd. 56, S. 508.

Th. I. Tit. 24. §. 5. seqq. a) Rescr. v. 31. Jan. 1840 nebst Anlage, betr. die Frage, inwiefern ein gegen den Hauptmiether ergangenes Exmissionsurteil gegen den Aftermiether vollstreckbar ist. Min. Bl. S. 80. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 206.

b) Rescr. v. 6. Novbr. 1840 nebst Gutachten des Geh. Ob. Trib., betr. die Zulässigkeit der Execution in die der ehelichen Gütergemeinschaft unterworfenen Grundstücke aus einem gegen den Ehemann allein ergangenen Erkenntnisse. Min. Bl. S. 369 — 379. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 455.

Th. I. Tit. 24. §. 9. a) C. O. v. 8. April 1836, betr. die Wirkung eines Judicats über Hypothekenrechte gegen den neuen Acquirenten eines Grundstücks. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 553. (s. Bd. VIII. S. 398.)

b) Rescr. v. 3. Juli 1839, betr. die Vollstreckung der Execution gegen den dritten Erwerber eines Grundstücks. Min. Bl. S. 247. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 127.

c) Rescr. v. 18. Novbr. 1839 nebst Bericht, dass der Naturalbesitzer eines Grundstücks durch die Execution gegen den Eigenthümer seines Naturalbesitzes nicht entsetzt werden könne. Min. Bl. S. 390. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 399.

Th. I. Tit. 24. §. 15 — 20. (Zu §. 2. der Verordn. v. 4. März 1834, Bd. V. S. 156.) Rescr. v. 18. Juli 1839, betr. die Vollstreckung der Execution in den Nachlass eines Schuldners. Min. Bl. S. 255. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 129.

Th. I. Tit. 24. §. 21. Rescr. v. 4. Jan. 1842, betr. die Befugniss der Vormundschaftsgerichte, aus rechtskräftigen Erkenntnissen wider Schuldner ihrer Pflegebefohlenen unmittelbar die Execution beim betreffenden Prozessrichter zu beantragen. Min. Bl. S. 22. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 186.

Th. I. Tit. 24. §. 26. Anh. §. 149., 150. a) Rescr. v. 1. Septbr. 1842, betr. die Executionen gegen Militairpersonen und Dienstgebäude, namentlich wegen Unterbringung der von den Militairbehörden abgepfändeten Gegenstände durch die Civilgerichte. Min. Bl. S. 299. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 319.

b) Rescr. v. 4. Octbr. 1841, betr. die Executionsvollstreckung gegen Officierfrauen. Min. Bl. S. 327. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 505.

Th. I. Tit. 24. §. 27. a) Rescr. v. 27. Febr. 1841, betr. die Nichtbefugniss der Untergerichte, von Justizcommissarien rückständige Gerichtskosten unmittelbar durch Execution einzuziehen. Min. Bl. S. 116. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 245.

b) Rescr. v. 17. Juli 1840 nebst Anlage, betr. die Nichtbefugniss der Gerichte Untergerichte eines fremden Departements um Executionsvollstreckung gegen Eximirte zu requiriren. Min. Bl. S. 247. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 151.

c) Rescr. v. 19. Aug. 1840, betr. das Verfahren bei Vollstreckung der Executionen und Anlegung von Arresten im Bereiche des Rheinischen Rechts auf den Antrag altländischer Gerichte. Min. Bl. S. 280. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 277.

Th. I. Tit. 24. §. 30. a) Rescr. v. 14. Febr. 1841, betr. die Vollstreckung civilrechtlicher Erkenntnisse ausländischer Behörden. Min. Bl. S. 107. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 187.

b) Rescr. v. 16. Septbr. 1844, wegen der Requisitions-Verhältnisse mit dem Auslande, die früheren Erlasse umfassend. Min. Bl. S. 207—215. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 238.

c) Rescr. v. 7. Januar 1839 nebst Anlage, betr. das Uebereinkommen mit Würtemberg wegen Beitreibung gerichtlicher Kosten und Mandatariengebühren. Min. Bl. S. 23. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 132.

d) Rescr. v. 27. Septbr. 1841, betr. die Einziehung gerichtlicher Kosten von Bewohnern der Rheinprovinz. Min. Bl. S. 294. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 277.

e) Rescr. v. 4. Novbr. 1840, betr. das Verfahren zwischen Oesterreichischen und Preuss. Behörden in Betreff der Vollstreckung der Erkenntnisse. Min. Bl. S. 360. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 512.

f) Vergl. die Conventionen zur Beförderung der Rechtspflege, und die Bestimmungen wegen der Requisitionen mit dem Auslande. s. zu A. G. O. I. 7. §. 4. seqq. ad. 3.

Th. I. Tit. 24. §. 31. a) Rescr. v. 25. Septbr. u. 2. Novbr. 1840, betr. die Zulässigkeit der Executionsvollstreckung in Bagatellsachen ohne vorherigen Erlass eines monitorischen Zahlungsbefehls. Min. Bl. 1840, S. 315, 362. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 174, 511.

b) Rescr. v. 17. Mai 1844, betr. die Wirksamkeit der Kreis-Justizräthe bei Executionsvollstreckungen. Min. Bl. S. 121. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 488.

c) C. O. v. 15. Novbr. 1845, Erweiterung der Befugnisse der Kreis-Justizräthe zur Vollstreckung von Executionen. s. zu A. G. O. III. 1. §. 1.

Th. I. Tit. 24. §. 53. (Zu §. 9. der Verordn. v. 4. März 1834, Bd. V. S. 156.) Das dem Berechtigten gegen den zur Leistung einer Handlung verurtheilten Verpflichteten zustehende Wahlrecht, statt der Leistung der Handlung das Interesse zu fordern, ist in der Ausübung von der Dauer des Rechts, auf die Vollstreckung des Urteils zu dringen, abhängig. Findet die Execution aus dem Erkenntnisse nicht mehr Statt, und kann der Berechtigte im Wege derselben nicht mehr auf die Leistung der Handlung bestehen, so kann er auch nicht mehr das Interesse statt der Handlung liquidiren. Auch eine neue, auf Einforderung dieses Interesse gerichtete, auf den §. 9. der Verordn. v. 4. März 1834 gestützte Klage erscheint in so weit nur als ein Executionsantrag, und ist, wenn zur Zeit der Anstellung derselben das Urteil keine executorische Kraft mehr hat, unstatthaft. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 27. Jan. 1844. Bd. 9. S. 439.

Th. I. Tit. 24. §. 54. Rescr. v. 5. März 1840, betr. die Verwandlung der bei Executionen auf Unterlassungen festgesetzten Geldstrafe in Gefängnisstrafe. Min. Bl. S. 107. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 204.

Th. I. Tit. 24. §. 56. Rescr. v. 1. Mai 1840, betr. die Unzulässigkeit des Personalarrests als Executionsmittel zur Bewirkung der Löschung einer hypothecarisch eingetragenen Dispositionsbeschränkung. Min. Bl. S. 171. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 652.

Th. I. Tit. 24. §. 60. Rescr. v. 31. Jan. 1840, betr. die Frage, in wiefern ein gegen den Hauptmiether ergangenes Exmissionsurteil gegen den Aftermiether vollstreckbar ist. Min. Bl. S. 88. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 206.

Th. I. Tit. 24. §. 66. seqq. a) Rescr. v. 4. Octbr. 1839, betr. die Zuziehung einer zweiten Gerichtsperson oder zweier Zeugen bei der wirklichen Vollstreckung jeder Execution. Min. Bl. S. 331. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 398.

b) Instruct. des Oberlandesgerichts zu Marienwerder, betr. das Verfahren bei Vollstreckung der Executionen, v. 26. Novbr. 1841. Min. Bl. 1842, S. 64. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 506.

Th. I. Tit. 24. §. 70. Anh. §. 155. seqq. a) C. O. v. 4. Mai 1837, betr. die Verhältnisse der mit Pension zur Disposition gestellten Officiere. G. S. S. 98. (s. Bd. VIII. S. 400.)

b) Rescr. v. 1. Septbr. 1842, betr. die Vollstreckung der Execution in Casernen und ähnlichen Dienstgebäuden durch Requisition der Militairgerichte. Min. Bl. S. 298. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 319.

c) C. O. v. 9. März 1839, wegen Unzulässigkeit der executivischen Beschlagnahme von Uniformstücken der Officiere ausser Dienst. G. S. S. 93. (s. Bd. VIII. S. 401.)

d) Rescr. v. 19. Juli 1844, wonach Civilkleider der Compagnie-Chirurgen Gegenstand der Execution sind. Min. Bl. S. 172. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 253.

Th. I. Tit. 24. §. 71. 1. a) C. O. v. 13. Decbr. 1836, betr. die Anwendung der mildernden Bestimmungen der §§. 218. u. 315. Th. I. Tit. 50. der A. G. O. bei allen Executionen. G. S. 1837, S. 1. (s. Bd. VII. S. 862.)

b) Verordn. v. 13. Octbr. 1843, wegen Freilassung des Bettwerks für den Schuldner und seine nächsten Angehörigen bei allen Arten der Executionsvollstreckung. G. S. S. 336.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen, nach Vernehmung Unserer getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, für sämtliche Landestheile der Monarchie, in denen die A. G. O. Gesetzeskraft hat, was folgt:

bei allen Arten von Executionsvollstreckungen soll fortan das für die Schuldner, deren Ehegatten und die bei ihnen lebenden Kinder nöthige Bettwerk von der Beschlagnahme freigelassen werden.

2. C. O. v. 28. Decbr. 1840, betr. die Befreiung des Arbeitsverdienstes der Sträflinge und Gefangenen von der Beschlagnahme im Wege des Arrestes und der Execution. G. S. 1841. S. 52.

Ich bestimme nach dem Antrage des Staatsministeriums vom 22. Octbr. d. J., dass derjenige Antheil am Arbeitsverdienst, welcher in den Straf- und Gefängnissanstalten grundsätzlich den Sträflingen und Gefangenen während der Dauer ihrer Strafzeit oder Haft zufließt, niemals für deren Gläubiger ein Gegenstand

des Arrestschlags oder der Beschlagnahme im Wege der Execution seyn soll.

3. Rescr. v. 26. April 1841, betr. die Beschlagnahme des Dienstlohns eines Gesindes wegen Gerichtskosten. Min. Bl. S. 156. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 653.

4. C. O. v. 2. Mai 1843, wonach die Unterstützungen des schlesischen Vereins der Freiwilligen von 1813—1815 von keinem Gläubiger mit Beschlagnahme belegt werden dürfen. Min. Bl. S. 226.

Th. I. Tit. 24. §. 73. C. O. v. 8. März 1844, wegen Aufhebung der besonderen Bestimmungen im §. 35. u. 52. des Reglements für den Executions-inspector des Stadtgerichts Berlin, v. 12. März 1821. (s. dies v. K. Jhrb. Bd. 17. S. 43.) Min. Bl. S. 88.

Ich genehmige nach dem Antrage des Staatsministeriums vom 18. v. M., dass die Vorschriften des §. 73. Tit. 24. Th. I. A. G. O. wegen des bei Abpfändung von Mobilien zu beachtenden Verfahrens, mit Aufhebung des hievon abweichenden, auf dem Reglement vom 12. März 1821, §§. 35. u. 52. beruhenden, Gebrauchs, auch in Berlin wieder zur Anwendung gebracht werden. — Sie, der Justizminister Mühler, haben hienach das Weitere zu verfügen und wegen Beschaffung der Localien zur Aufbewahrung der abgepfändeten Sachen, wofür den Schuldner keine Kosten in Ansatz zu bringen sind, die erforderlichen Einleitungen zu treffen.

Th. I. Tit. 24. §. 75. seqq. a) Vergl. Ges. v. 26. April 1835, über die Verträge zahlungsunfähiger Schuldner zum Nachtheil ihrer Gläubiger. (s. Bd. VII. S. 29.)

b) Verordn. v. 7. April 1838, über die Rechte der Ehefrau auf ihre eingebrachten Mobilien gegen die Gläubiger des Mannes. G. S. S. 255. (s. Bd. VIII. S. 75.)

Th. I. Tit. 24. §. 78., 81., 84. Rescr. v. 10. Juni 1843, dass bei Executionen bis zu 50 Rthlr. eine Taxation nicht erforderlich ist, ein Ueberschlag des Executors genügt, Taxationsgebühren daher nicht stattfinden. Min. Bl. S. 158. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 501.

Th. I. Tit. 24. §. 94. Verordn. v. 22. Mai 1842 und 9. Novbr. 1843, wegen Verkaufs der Früchte auf dem Halme und des künftigen Zuwachses. s. zu A. L. R. II. 7. §. 12.

Th. I. Tit. 24. §. 101. seqq. a) Rescr. v. 3. Aug. 1840, betr. die Ueberweisung einer durch Compensation erloschenen Activforderung des Exequendus an den Executionssucher nach Vorschrift des Ges. v. 4. Juli 1822. Min. Bl. S. 290. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 253.

b) Rescr. v. 5. Jan. 1841, betr. die Herausgabe des Documents über eine im Wege der Execution überwiesene Forderung, nachdem über das Vermögen des Exequendus Concurs eröffnet worden. Min. Bl. S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 189.

c) Rescr. v. 14. April 1843, betr. das Verfahren des Richters bei Ueberweisung ausstehender Forderungen im Wege der Execution. Min. Bl. S. 98. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 444.

d) Rescr. v. 6. Juli 1839, betr. die Vollstreckung der Execution in ausländische Staatspapiere, welche keinen Börsencurs haben. Min. Bl. S. 260. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 132.

e) I. Sind Activ-Forderungen verpfändet worden, so muss der Pfandgläubiger, wenn er aus ihnen seine Befriedigung im Wege der Execution erlangen und gegen den Schuldner der Forderungen auf Zahlung klagen will, sich die Forderungen zuvor durch den Richter in dem Prozesse zwischen ihm und seinem Schuldner resp. dem Verpfänder, nach Vorschrift der Verordn. v. 4. Juli 1822 mit den Rechten eines Assignatars oder Cessionars zur eigenen Einziehung überweisen lassen. II. Diese Ueberweisung ist auch dann, zur Begründung der Klage gegen den Schuldner der verpfändeten Forderungen, nothwendig, wenn der letztere, der ihm geschehenen Bekanntmachung der Verpfändung zuwider, dem Verpfänder zum Nachtheil des Pfandgläubigers Zahlung geleistet hat. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 4. März 1843, Bd. 8. S. 279.

Th. I. Tit. 24. §. 102. Rescr. v. 31. Jan. 1840, dass nur der Exequendus, nicht aber dessen Schuldner, bei welchem auf eine Forderung Arrest gelegt worden, zur Ableistung des Manifestationseides verpflichtet ist. Min. Bl. S. 65. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 203.

Th. I. Tit. 24. §. 106. seqq. Anh. §. 160. seqq.

I. Ein Erbpächter von Pfarrländereien, welcher dem Pfarrer, dessen sämtliche Dienst Einkünfte die Summe von 400 Thalern nicht übersteigen, den Erbpachtscanon zu entrichten hat, kann gegen diese Verpflichtung eine nicht aus dem Erbpachtsverhältnisse entspringende Gegenforderung nicht zur Compensation bringen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 3. Novbr. 1843, Bd. 9. S. 435.

2. a) C. O. v. 21. April 1841, betr. die Berechnung der gesetzlichen Gehaltsabzüge eines Beamten, welcher dienstunfähig ist und die Kosten seiner Stellvertretung bis zu seiner Pensionirung tragen muss. Min. Bl. S. 182.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 24. Decbr. v. J. setze Ich biedurch fest, dass wenn ein Beamter, welcher zur Bezahlung von Schulden die gesetzlichen Gehaltsabzüge erleidet, dienstunfähig wird, und ihm nach dem Ermessen der Dienstbehörde bis zu seiner Pensionirung die Kosten seiner Stellvertretung ganz oder theilweise auferlegt werden, diese Kosten nicht von dem ganzen Gehalt vorweg in Abzug gebracht, sondern aus dem abzugsfreien Theil des Gehalts entnommen werden sollen. Von dieser Bestimmung, deren Bekanntmachung durch die G. S. es nicht bedarf, sind die Behörden in Kenntniss zu setzen.

b) Rescr. v. 16. Decbr. 1844, betr. das Verfahren bei Gehaltsabzügen solcher evangelischer Pfarrer, denen wegen Abnahme der Kräfte ein aus dem Einkommen der Pfarre zu remunerirender Amtsgehülfe bestellt worden ist. Min. Bl. 1845, S. 6. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 477.

3. Rescr. v. 10. Mai 1842, betr. die Maassregeln, welche zur Sicherung der auf Gehaltsabzüge angewiesenen Gläubiger eines Beamten bei dessen Pensionirung zu treffen sind. Min. Bl. S. 197. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 569.

4. Rescr. v. 8. Febr. 1841, betr. die Unzulässigkeit der Beschlagnahme von Pensions-Rückständen. Min. Bl. S. 99. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 194.

Th. I. Tit. 24. §. 108. Anh. §. 164. seqq. a) Rescr. v. 9. Febr. 1839, betr. die Zulässigkeit der Execution in das Militair-Gnadengehalt oder Wartegeld der in der Heimath lebenden Invaliden-Unterofficiere und Gemeinen. Min. Bl. S. 83. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 120.

b) Rescr. v. 22. Jan. 1841, betr. die Ressortverhältnisse der Militairbehörden bei einer gerichtlichen Beschlagnahme von Gehalten oder Pensionen der Officiere und Militairbeamten. Min. Bl. S. 94. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 195.

Th. I. Tit. 24. §. 108. Anh. §. 168. C. O. v. 6. Juli 1843, betr. die Anwendung des §. 168. auf die Gehaltsabzüge der Officiere. Min. Bl. 1845, S. 11.

Da die zur Bestreitung der unvermeidlichen Dienstaussgaben der Officiere unumgänglich nothwendigen Gehaltsbeträge nach dem Mir gemachten Vortrage verschieden berechnet werden, so bestimme Ich, dass in den Fällen der Anwendung des §. 168. des Anh. zur A. G. O. allgemein von dem Gehalte derjenigen Officiere, welche aus Meinen Kassen einen Beitrag zum gemeinschaftlichen Mittagstisch erhalten, 8 Thaler monatlich, und von dem Gehalte derjenigen Officiere, welche einen solchen Beitrag nicht erhalten, 10 Thaler monatlich vorweg in Abzug zu bringen sind, und nur die Hälfte des Restbetrages zur Dekung laufender Alimente in Anspruch genommen werden darf.

Th. I. Tit. 24. §. 110. seqq. 116. seqq. (Zu §. 22 — 25. der Verordn. v. 4. März 1834.) a) Rescr. v. 12. Jan. 1841, betr. die Eintragung einer judicatsmässigen Forderung auf mehrere Grundstücke, welche auf einem Hypothekenfolium stehen. Min. Bl. S. 38. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 256.

b) Rescr. v. 18. Jan. 1841, betr. die Löschung einer in Folge des §. 22. der Verordn. v. 4. März 1834 bereits definitiv eingetragenen Forderung. Min. Bl. S. 43. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 260.

c) Rescr. v. 3. Juni 1844, betr. die Eintragung von Gerichtskosten im Wege der Execution auf das Grundstück des Schuldners. Min. Bl. S. 142. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 514.

d) Gegen einen Pächter kann auf Sequestration des Pachtgutes im Wege der Execution nicht angetragen werden, selbst nicht vom Verpächter wegen Forderungen aus dem Pachtvertrage. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 25. Jan. 1841, Bd. 6. S. 208.

e) Rescr. v. 26. Decbr. 1841, betr. die Frage, ob ein Schuldner, gegen welchen im Wege der Execution die Administration seines Wohnhauses eingeleitet worden, ein Recht auf Mitbewohnung des Hauses zusteht. Min. Bl. S. 375. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 503.

Th. I. Tit. 24. §. 131., 132. Rescr. v. 3. Decbr. 1842, betr. die Maassgaben, unter welchen die Verpachtung eines Grundstücks im Wege der Execution zulässig ist. Min. Bl. S. 387. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 576.

Th. I. Tit. 24. §. 141. Rescr. v. 6. Novbr. 1840 nebst Gutachten des Geh. Ob. Trib., betr. die Zulässigkeit der Execution in die der ehelichen Gütergemeinschaft unterworfenen Grundstücke aus einem gegen den Ehemann allein ergangenen Urtel. Min. Bl. S. 369—379. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 455.

Th. I. Tit. 24. §. 142. seqq. Anh. §. 174. seqq.

1. C. O. v. 2. Aug. 1826 u. 16. April 1836, betr. das Verfahren bei Personal-Executionsgesuchen wider die Häupter und Mitglieder der ehemals reichsunmittelbaren, jetzt mediatisirten Fürstenhäuser. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 554. (s. Bd. VIII. S. 404.)

2. a) Rescr. v. 18. Juli 1840 nebst Anlage, betr. die Zulässigkeit des Personalarrestes beim Vorhandensein zweifelhafter ausstehender Forderungen des Schuldners. Min. Bl. S. 258. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 165.

b) Rescr. v. 5. Juni 1840 nebst Anlage, betr. die Unzulässigkeit der Observation an Stelle des Personalarrests. Min. Bl. S. 215. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 573.

3. a) Rescr. v. 10. Novbr. 1840, betr. die Unzulässigkeit der Personal-Execution gegen Personen, welche im öffentlichen Dienste, wenngleich unfixirt, beschäftigt sind. Min. Bl. S. 384. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 509.

b) Rescr. v. 21. Jan. 1841, betr. die Nichtbefreiung der Civilsupernumerarien vom Personalarrest. Min. Bl. S. 63. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 173.

c) Rescr. v. 9. Septbr. 1842, betr. die Zulässigkeit des Personalarrestes gegen Polizei-Districts-Commissarien in Schlesien. Min. Bl. S. 304.

4. a) C. O. v. 4. Mai 1837, dass die mit Pension zur Disposition gestellten Officiere den früher mit Inactivitäts-Gehalt ausgeschiedenen Officieren gleich zu achten. (s. Bd. VIII. S. 400.)

b) C. O. v. 31. Decbr. 1842, betr. die Zulässigkeit des Personal-Arrestes gegen pensionirte Militairpersonen und Beamte. Min. Bl. 1843, S. 19.

Das Staatsministerium empfängt hiebei den Bericht des Staatsraths vom 16. v. M. über die von demselben beantragte Declar. des §. 142. Tit. 24. Th. I. A. G. O. in Betreff der Zulässigkeit des Personalarrestes gegen pensionirte Militairpersonen und Beamte.

Ich bin mit dem von dem Staatsrathe erstatteten Gutachten einverstanden, dass nach den bestehenden Gesetzen der Gläubiger nicht verpflichtet sei, sich auf die erst künftig fällig werdenden Pensions- und Wartegelder-Abzüge verweisen zu lassen, derselbe vielmehr berechtigt sei, ohne Rücksicht auf diesen möglichen zukünftigen Erwerb, den Pensionair oder Wartegeld-Empfänger zur Schuldhaft bringen zu lassen, sobald die Execution in das Vermögen, wozu nur die schon fälligen Raten gehören, fruchtlos ausgefallen ist, — und dass es der Erlassung eines declaratorischen Gesetzes hierüber nicht bedarf.

5. a) Rescr. v. 28. Mai 1841, betr. die Fonds zur Bezahlung der in Civilprozessen durch den Personalarrest entstandenen, dem Gefangenwärter als *pars salarii* zustehenden Sitzgebühren, welche von dem Schuldner nicht eingezogen werden konnten. Min. Bl. S. 193. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 654.

b) Rescr. v. 5. März 1846, über die Verpflichtung des Gläubigers zur Zahlung eines Alimentenvorschusses, wenn der Schuldner nach fruchtlos vollstreckter Execution die Ableistung des Manifestationseides verweigert und dazu durch Personal-Arrest angehalten werden soll. Min. Bl. S. 58.

Th. I. Tit. 25. §. 19. seqq. Vergl. Verordn. v. 21. Juli 1843, über die Einlegung der Rechtsmittel und sonstige Zusätze zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq., desgl. Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 25. §. 24. seqq. a) Rescr. v. 1. Aug. 1838, betr. die Zulassung der Obergerichts- und Untergerichts-Justizcommissarien zweiter Instanz im summarischen Prozesse. v. K. Jhrb. Bd. 52. S. 188.

b) Rescr. v. 24. Aug. 1839, betr. die Verstattung der Obergerichts-Justizcommissarien zur Anfertigung des Appellationsberichts und zur Vertretung des Appellanten in den zur Rechtfertigung der Appellation vor dem Untergericht ihres Wohnorts anberaumten Termine. Min. Bl. S. 302. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 121.

Th. I. Tit. 25. §. 68. seqq. Wegen Zulässigkeit und Einlegung der Appellation, Revision, Nichtigkeitsbeschwerde und des Recurses vergl. zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq., I. 14. §. 3., I. 15. §. 2., I. 16. §. 1 — 11. und I. 26. §. 18.

Th. I. Tit. 26. §. 1. seqq. 1. a) Verordn. v. 1. Juni 1833, §. 66. seqq. und Instruct. v. 24. Juli 1833, §. 53. seqq. und Zusätze dazu s. zu A. G. O. I. 28. §. 1 — 15. Bd. V. S. 235. seqq.

b) Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, §. 28. betr. das Verfahren in Bagatellsachen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

2. a) Verordn. v. 21. Juli 1843, betr. die Einlegung der Rechtsmittel. G. S. S. 294. s. zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq. ad 2.

b) Verordn. v. 21. Juli 1843, wegen Berechnung des Streitgegenstandes. G. S. S. 297. s. zu A. G. O. I. 14. §. 3. ad. 3.

Th. I. Tit. 26. §. 5. No. 4. u. 5. Wegen des Contumacialverfahrens in Bagatellsachen vergl. Zusätze zu §. 66. der Verordnung v. 1. Juni 1833. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1 — 15.

Th. I. Tit. 26. §. 18. seqq. 1. a) Vergl. Art. 1. der Declar. v. 6. April 1839 und §. 22. der Instruct. v. 7. ej., wonach in Bagatellsachen nur der Recurs zulässig ist. (s. Bd. VIII. S. 365. u. 383.)

b) C. O. v. 23. Novbr. 1839, betr. die Zulässigkeit des Recurses gegen Erkenntnisse, Agnitions- oder Purifications-Resolutionen erster Instanz, wenn der Beschwerdegegenstand nur 50 Thlr. oder weniger beträgt. G. S. S. 336. (s. Bd. VIII. S. 407.)

c) Vergl. C. O. v. 22. Decbr. 1841, betr. die Auslegung der Declar. v. 6. April 1839 in Ansehung des Rechtsmittels der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse über Bagatellobjecte. G. S. 1842, S. 16. s. zu A. G. O. I. 16. §. 1 — 11. (zu Art. 1. der Declar.)

d) Rescr. v. 5. März 1842, dass der Recurs auch in Possessoriensachen im Betrage bis 50 Thlr. zulässig ist. Min. Bl. S. 177.

2. a) Rescr. v. 7. Aug. 1841, betr. die Anbringung des Recursgesuchs bei dem Untergerichte. Min. Bl. S. 279. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 120.

erledigt durch:

b) Verordn. v. 21. Juli 1843, betr. die Einlegung der Rechtsmittel. G. S. S. 294. s. zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq. ad. 3.

c) Rescr. v. 11. Juni und 16. Octbr. 1839, betr. die Behandlung der Recurse in Bagatellsachen. Min. Bl. S. 219. u. 340. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 355. u. Bd. 54. S. 386.

d) Rescr. v. 2. Jan. 1841, dass der Recurs in Bagatellsachen ohne Unterschied, ob von Ober- oder Untergerichten, einzeln stehenden Richtern oder Collegien erkannt ist, zulässig sei. Min. Bl. S. 42. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 184.

e) Rescr. v. 10. u. 14. Juni 1841, dass der Recurs die Natur einer Beschwerde hat und an keine bestimmte Form gebunden ist. Min. Bl. S. 206. u. 218. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 598. u. 601.

f) Rescr. v. 3. Mai 1843, denselben Gegenstand betr., wonach namentlich auch auf die Bezeichnung der Beschwerde nichts ankommt. Min. Bl. S. 139 — 141.

g) Rescr. v. 15. April 1841, betr. die Verpflichtung der Untergerichte, in Recurssachen bei Einreichung der Acten an das Obergericht einen motivirten Bericht zu erstatten. Min. Bl. S. 153. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 597.

h) Rescr. v. 14. Septbr. 1842, betr. die Competenz zur Prüfung über die Zulassung des Recurses. Min. Bl. S. 307. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 315.

i) Rescr. v. 26. Octbr. 1839, dass gegen Contumacialentscheidungen in Bagatellsachen nur das Rechtsmittel der Restitution, nicht des Recurses, stattfindet. Min. Bl. S. 354. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 388.

k) Rescr. v. 10. Novbr. 1840, betr. das Verfahren bei der Cumulation der Appellation und des Recurses. Min. Bl. S. 385. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 504.

l) Rescr. v. 6. Juli 1839, betr. den Gebührenansatz in Recurssachen. Min. Bl. S. 251. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 157.

Th. I. Tit. 27. §. 1. seqq. Ges. über die Errichtung von Handelsgerichten v. 7. April 1847. s. zu A. G. O. I. 2. §. 130.

Th. I. Tit. 27. §. 1. seqq. 1. Rescr. v. 21. April 1842, über die Unzulässigkeit einer Klage zugleich gegen Trassanten und Acceptanten eines Wechsels. Min. Bl. S. 177. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 508.

2. **a)** Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 30. Septbr. 1843. Einreden im Wechselprozess. Bd. 9. S. 335.

b) Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 2. Decbr. 1843. Natur und Wirkung verjährter Wechsel. Bd. 9. S. 331. s. zu A. L. R. II. 8. §. 903. seqq.

Th. I. Tit. 27. §. 4. Der aus einem Wechsel in Anspruch genommene Verklagte kann um deswillen, weil auf den Wechsel ein Arrest ausgebracht ist, die Einlassung auf die Wechselklage nicht verweigern. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 21. Aug. 1841. Bd. 7. S. 43.

Th. I. Tit. 27. §. 8. seqq. Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. §. 13., betr. das Verfahren in Wechselprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 27. §. 31. Vergl. §. 22. der Instruct. v. 7. April 1839, wonach auch in Wechselsachen bis zu 50 Thlr. nur der Recurs zulässig ist. (s. Bd. VIII. S. 383.)

Th. I. Tit. 27. §. 33. 44. seqq. Ein Wechselbeklagter, der aus einem gegen ihn ergangenen Wechselerkenntnis, gegen das noch ein ordentliches Rechtsmittel zulässig ist, Zahlung an den Wechselkläger leistet, ohne dessen Antrag auf die Vollstreckung der Wechsel-Execution abzuwarten, und ohne der Zahlung einen Vorbehalt beizufügen, entsagt dadurch dem Rechte noch nicht, gegen das ihm ungünstige Erkenntnis das Rechtsmittel mit voller Wirkung einzulegen. *Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 28. Octbr. 1843, Bd. 9. S. 354.*

Th. I. Tit. 27. §. 34. u. 44. a) Vergl. Art. 14. der Declar. v. 6. April 1839, wodurch in Wechselsachen die in der A. G. O. bestimmten kürzern Fristen zur Einlegung der Rechtsmittel wieder hergestellt, dieselben auch für die Einlegung und Beantwortung des Recurses und der Nichtigkeitsbeschwerde festgesetzt sind. (*s. Bd. VIII. S. 371.*)

abgeändert durch:

b) Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. §. 27., wonach im Wechselprozess die Anmeldung und Rechtfertigung der Rechtsmittel spätestens binnen drei Tagen beim Gericht erster Instanz angebracht werden muss. *s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.*

Th. I. Tit. 27. §. 45. seqq. a) Ges. v. 11. Mai 1839, betr. die Execution in Wechselsachen. (*s. Bd. VIII. S. 408.*)

b) C. O. v. 11. Octbr. 1839, wegen Anwendung des vorgedachten Gesetzes über die Execution in Wechselsachen auf solche Fälle, in welchen der Wechsel vor der Publication des Gesetzes ausgestellt oder die Wechselexecution bereits verfügt ist. *G. S. S. 329. (s. Bd. VIII. S. 409.)*

Th. I. Tit. 28. §. 1—15. Zur Verordn. über den Mandats-, summarischen und Bagatellprozess v. 1. Juni 1833 und Instr. zur Ausführung derselben v. 24. Juli 1833. *Bd. V. S. 208. (Zur Einleitung.) Rescr. v. 18. Novbr. 1839, betr. die Anwendbarkeit des Mandats-, summarischen und Bagatellprozessverfahrens auf Streitigkeiten bei Erbregulirungen. Min. Bl. S. 386. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 393.*

a) (Zu §. 1. No. 1. u. 2. der Verordn.) Rescr. v. 28. Septbr. 1839, betr. die Zulässigkeit der Mandatsklage in Bezug auf einen ganzen Inbegriff zu bestimmten Zeiten wiederkehrender Leistungen vor der Verfallzeit der einzelnen Termine. *Min. Bl. S. 323. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 135.*

b) Verordn. v. 2. Decbr. 1837, über die Cumulation von Mandatsklagen wegen der an städtische Kassen oder Verwaltungen zu entrichtenden Geld- oder Natural-Zinsen oder Leistungen. *G. S. 1838, S. 1. (s. Bd. VIII. S. 410.)*

1. (Zu §. 1. No. 4. der Verordn.) C. O. v. 19. Juni 1836, betr. die Einziehung der Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben, imgleichen der Forderungen der Medicinalpersonen. (*s. Bd. VIII. S. 285.*)

2. a) Rescr. v. 16. Novbr. 1839, betr. die Zulässigkeit der Mandatsprozesse wegen Defensionsgebühren. *Min. Bl. S. 380. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 392.*

b) Rescr. v. 10. April 1843, betr. die Zulässigkeit des Mandatsprozesses wegen Gebührenforderungen der Justizcommissarien, denen die Vertretung veränderter oder verstorbener Collegen von Oberaufsichts wegen übertragen ist. *Min. Bl. S. 110. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 449.*

3. **a)** Rescr. v. 27. April 1840 und 3. Febr. 1841, betr. die Zulässigkeit der Gebühren der Justizcommissarien für Einklagung ihrer Deserviten. Min. Bl. 1840, S. 144., 1841, S. 88. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 635., Bd. 57. S. 256.

b) Rescr. v. 30. Juli 1840, betr. die den Justizcommissarien zustehende Wahl, ihre Gebühren beim persönlichen Richter oder bei dem Richter, vor welchem die Sache geschwebt hat, einzuklagen. Min. Bl. S. 275. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 169.

c) Rescr. v. 9. Febr. 1843, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 113.

d) Rescr. v. 28. Mai 1843, betr. das Verfahren bei Einklagung von Gebühren der Justizcommissarien und Notarien, wonach deren Festsetzung bei ausserprozessualischen Angelegenheiten nicht nothwendig und die Einklagung dann im summarischen oder Bagatellprozess zulässig ist. Min. Bl. S. 143. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 451.

a) (Zu §. 2. der Verordn.) Rescr. v. 9. Decbr. 1839, dass die Benachrichtigung an den Kläger von Erlass des Mandats sofort nach Insinuation des Mandats erfolgen muss. Min. Bl. S. 423. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 395.

b) (Zu §. 10. der Instruct.) Rescr. v. 20. Febr. 1839, betr. die Art der Insinuation an mehrere Verklagte im Mandats-, summarischen und Bagatellprozess, und die Taxpflichtigkeit der im Mandatsprozess an den Kläger erlassenen Notificatorien. Min. Bl. S. 94. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 106.

(Zu §. 3. der Verordn.) Rescr. v. 26. Aug. 1840, betr. die sofortige Vorlegung der Urkunden bei Anbringung von Einreden im Mandatsprozesse. Min. Bl. S. 292. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 172.

a) (Zu §. 5. der Verordn.) Rescr. v. 25. Febr. 1839, betr. die Recursinstanz im Mandatsprozesse. Min. Bl. S. 104. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 111.

b) Rescr. v. 22. April 1843, dass Beschwerden wegen verweigerter Einleitung einer Mandatsklage von derjenigen Behörde zu prüfen und zu entscheiden sind, welcher die Obergerichtsbarkeit zusteht. Min. Bl. S. 112. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 453.

(Zu §. 6 — 65. der Verordn.) Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben, in Berücksichtigung der Erfahrungen, welche bei Ausführung der Verordnung über den Mandats-, summarischen und Bagatellprozess vom 1. Juni 1833 gemacht worden, dem darin angeordneten Verfahren, soweit dies jetzt schon zulässig erschienen, eine erweiterte Anwendung und vervollständigte Ausbildung zu geben, beschlossen.

Wir verordnen demzufolge für alle Provinzen Unserer Monarchie, in welchen die A. G. O. Kraft hat, auf den Antrag Unserer Justizminister und nach vernommenem Gutachten einer von Uns aus Mitgliedern des Staatsraths ernannten Commission, was folgt:

I. Ausdehnung des summarischen Prozesses.

§. 1. Das im Tit. 2. der Verordn. vom 1. Juni 1833 und in den diesen Titel ergänzenden späteren Bestimmungen vorge-

schriebene Verfahren soll fortan, bei allen Rechtsstreitigkeiten, welche weder zum Mandatsprozess (Tit. 1. der Verordn. vom 1. Juni 1833) geeignet, noch in den §§. 28. 29. und 38. der gegenwärtigen Verordn. ausgenommen sind, zur Anwendung kommen, jedoch mit nachstehenden Vorschriften, welche auch für die bisher im summarischen Prozess behandelten Sachen eintreten.

Vorschriften

1. für die erste Instanz.

§. 2. Der Termin zur Klagebeantwortung ist dergestalt anzuberaumen, dass dem Verklagten eine Frist von vierzehn Tagen bis sechs Wochen, von dem Tage der Insinuation der Klage an gerechnet, zur Vorbereitung seiner Einlassung frei bleibt. Der Richter kann diese Frist in besonders schleunigen Fällen abkürzen, bei besonders verwickelten Rechtsstreitigkeiten oder aus andern in der Sache liegenden Gründen aber verlängern, auch den Termin auf Antrag des Verklagten, jedoch nur einmal, verlegen.

§. 3. Der Verklagte ist befugt, statt in dem zur Klagebeantwortung anberaumten Termine zu erscheinen, schon vor, oder in dem Termine eine schriftliche Klagebeantwortung einzureichen. Dieselbe muss jedoch von einem Justiz-Commissar unterzeichnet sein, widrigenfalls sie für nicht angebracht erachtet und sofort zurückgegeben wird. Nur den öffentlichen Behörden und solchen Privatpersonen, welche zum Richteramte befähigt sind, ist die Einreichung einer schriftlichen Klagebeantwortung ohne Zuziehung eines Justizcommissars gestattet.

Hat die Partei einen Justizcommissar zu ihrem Bevollmächtigten angenommen, so muss derselbe eine schriftliche Klagebeantwortung einreichen.

§. 4. Dem Kläger ist von dem Termine zur Klagebeantwortung Nachricht zu geben und ihm zu überlassen, auch seinerseits in dem Termine zu erscheinen, oder die weitere Verfügung des Richters nach abgehaltenem Termine abzuwarten.

Erscheint der Verklagte in dem Termine zur Klagebeantwortung nicht, und ist auch von ihm eine den Vorschriften des §. 3. entsprechende schriftliche Klagebeantwortung nicht eingereicht worden, so tritt, ohne Antrag des Klägers, und selbst alsdann, wenn derselbe im Termine nicht erschienen ist, das Contumacialverfahren gegen den Verklagten ein.

§. 5. Vermeint der Verklagte dem Anspruche des Klägers eine der nachstehenden Einreden:

- a) der Unzulässigkeit eines gerichtlichen Verfahrens über den Gegenstand der Klage,
- b) der Incompetenz des Gerichts,
- c) der Rechtshängigkeit,
- d) der dem Kläger mangelnden Fähigkeit, vor Gericht aufzutreten,
- e) der nicht erfolgten Cautionsbestellung Seitens des Klägers, wenn derselbe ein Ausländer ist (Prozessordn. Tit. 20. §. 13.),

f) des noch nicht erfolgten Ablaufs der Ueberlegungsfrist, wenn der Verklagte als Erbe belangt worden (Prozessordn. Tit. 20. §. 2.),

entgegenstellen zu können, und vermag der Verklagte eine solche Einrede, in sofern es eines Beweises derselben überhaupt bedarf, sofort zu bescheinigen, so kann er seine Klagebeantwortung auf diese Einrede beschränken und darauf antragen, dass zunächst über dieselbe verhandelt und erkannt werde. Die vollständige Einlassung auf die Klage darf jedoch wegen solcher Einreden nur einmal ausgesetzt werden, und der Verklagte muss daher, wenn er mehrere dergleichen Einreden hat, dieselben gleichzeitig vorbringen.

§. 6. Findet das Gericht den Antrag des Verklagten, dass zunächst über die vorgebrachten Einreden (§. 5.) verhandelt und erkannt werde, nicht begründet, so liegt dem Verklagten ob, die Klage in dem von dem Gerichte zu bestimmenden neuen Termine oder bis zu demselben anderweit vollständig zu beantworten.

Auf die vorläufige Klagebeantwortung wird sodann nur in soweit Rücksicht genommen, als der Verklagte sich auf dieselbe in der neuen Klagebeantwortung bezieht.

§. 7. Werden in der Klagebeantwortung Thatsachen angeführt, die in der Klage nicht vorgekommen sind, oder werden darin Einreden angebracht, so bleibt dem Ermessen des Gerichts überlassen, die Parteien vor der mündlichen Verhandlung noch mit ihrer Replik und Duplik zu hören. Dies kann schon in dem Termine zur Klagebeantwortung geschehen, wenn die Parteien in demselben erschienen und sich sofort zu erklären bereit sind. Ist dies nicht geschehen, so werden, wenn die Parteien Justizcommissare zu ihren Bevollmächtigten bestellt haben, diese zur Einreichung einer schriftlichen Replik oder Duplik innerhalb einer nach §. 2. abzumessenden Frist aufgefordert. Dagegen wird diejenige Partei, welche keinen Justizcommissar zu ihrem Bevollmächtigten bestellt hat, innerhalb gleicher Frist zu einem Termine behufs der Aufnahme ihrer Erklärung vorgeladen. Jede Partei kann, statt in diesem Termine zu erscheinen, vor Ablauf desselben ihre Replik und Duplik in einem Schriftsatze einreichen. Auf dergleichen Schriftsätze finden alle Bestimmungen Anwendung, welche für die Klagebeantwortung im §. 3. ertheilt worden sind.

§. 8. Die Replik muss eine vollständige Beantwortung der Klagebeantwortung und die Duplik eine vollständige Beantwortung der Replik enthalten. Erfolgt die Beantwortung gar nicht oder nicht vollständig, so werden die vom Gegner angeführten Thatsachen und beigebrachten Urkunden, worüber keine Erklärung abgegeben ist, für zugestanden und anerkannt erachtet. Fernere, auf Thatsachen beruhende Entgegnungen (Replikationen und Duplikationen) können im Laufe der ersten Instanz nicht mehr vorgebracht werden.

§. 9. Bei der nach §. 25. der Verordn. vom 1. Juni 1833 eintretenden Contumacialverhandlung werden alle streitigen, von dem Nichterschienenen angeführten, mit Beweismitteln nicht unterstützten Thatsachen für nicht angeführt sowie alle von dem Ausbleibenden vorzulegenden Urkunden als nicht beigebracht erachtet, alle von dem Gegentheil angeführten Thatsachen aber, denen noch nicht ausdrücklich widersprochen worden ist, für zugestanden, imgleichen die von dem Gegentheil beigebrachten Urkunden für recognoszirt angesehen.

§. 10. Eine einmalige Verlegung der zur mündlichen Verhandlung anberaumten Sitzung kann, nach dem Ermessen des Gerichts, in allen nicht schleunigen Sachen auch auf den einseitigen, durch bescheinigte erhebliche Gründe unterstützten Antrag einer Partei erfolgen. Hindernisse in der Person eines zum Bevollmächtigten bestellten Justizcommissars dürfen nicht beachtet werden.

§. 11. Die im §. 20. der Verordn. vom 1. Juni 1833 zugelassene Verzichtleistung auf die mündliche Verhandlung vor dem erkennenden Gerichte findet nicht ferner Statt. Dagegen soll es den Gerichten freistehen, nach dem übereinstimmenden Antrage beider Parteien, noch vor der mündlichen Verhandlung Beweisaufnahmen, über deren Erheblichkeit kein Streit obwaltet, zu verfügen, sowie jede Art von Beweisaufnahmen mit der mündlichen Verhandlung zu verbinden, auch zu diesem Zwecke eine andere Sitzung anzuberaumen.

§. 12. Die im §. 29. der Verordn. vom 1. Juni 1833 zur Publication des Erkenntnisses vorgeschriebene, im Termin zur mündlichen Verhandlung zu bestimmende Frist kann nach Umständen auf länger als acht Tage festgesetzt, und die im §. 31. a. a. O. zu Eidesleistungen angeordnete achttägige Frist nach dem Ermessen des Gerichts, insbesondere in schleunigen Sachen, abgekürzt werden.

§. 13. Bei Rechtsstreitigkeiten, für welche in der Prozessordnung ein abgekürztes Verfahren ausdrücklich angeordnet ist, findet, auch wenn die Verhandlung vor ein Collegium gehört, die Vorschrift des §. 61. der Verordn. vom 1. Juni 1833 Anwendung. Auf die Klage ist sofort ein Termin zur mündlichen Beantwortung und zugleich zur weiteren mündlichen Verhandlung vor dem erkennenden Richter, mit Beachtung der in der Prozessordnung vorgeschriebenen kürzeren Fristen, anzuberaumen. Zu den hiernach zu behandelnden Sachen gehören namentlich:

- 1) Wechselsachen (Prozessordn. Tit. 27.),
- 2) Rechtsstreitigkeiten aus Handelsbillets und kaufmännischen Assignationen binnen Jahresfrist nach dem Verfalltage (A. L. R. Th. II. Tit. 8. §§. 1256. 1385. und 1297.),
- 3) Rechtsstreitigkeiten aus einer Assecuranzpolice auf die Einzahlung der darin versprochenen Prämie binnen dreissig Tagen nach der Zeichnung (A. L. R. Th. II. Tit. 8. §. 2110.),

- 4) Arrestsachen, die nicht mit der Hauptsache zugleich verhandelt werden (Prozessordn. Tit. 29. §§. 63 — 73.),
- 5) eigentliche Merkantilsachen (Prozessordn. Tit. 30. §§. 9 — 47.),
- 6) die in *possessorio summarissimo* zu verhandelnden Besitzstreitigkeiten und Spoliensachen (Prozessordn. Tit. 31. und Tit. 44. §. 44.),
- 7) Bausachen, wenn von einem schon wirklich angefangenen Bau die Rede ist, dessen Fortsetzung oder Kassirung von dem Ausfalle des Prozesses abhängt (Prozessordn. Tit. 42. §§. 34 — 42.),
- 8) Miethsstreitigkeiten, bei welchen über die Einräumung oder Verlassung einer Wohnung und über die Befugniss zur Aufkündigung derselben gestritten wird (Prozessordn. Tit. 44. §§. 61 — 64.).

Auch in anderen schleunigen und in einfachen Sachen kann, wenn das Gericht es für angemessen erachtet, die Klagebeantwortung mit der mündlichen Verhandlung verbunden werden.

Dasselbe kann bei Gerichten, die kein Collegium bilden, in allen Fällen geschehen, welche das Gericht dazu für geeignet hält.

§. 14. In Rechnungssachen, Bausachen und anderen dazu geeigneten Sachen ist der erkennende Richter befugt, in jeder Lage des Prozesses, jedoch erst nach erfolgter Klagebeantwortung, über von ihm zu bezeichnende Gegenstände noch eine nähere Erörterung vor einem von ihm dazu bestellten Commissarius anzuordnen. Nach Beendigung der commissarischen Erörterung werden die Parteien zur mündlichen Schlussverhandlung und Entscheidung der Sache nach §. 34. der Verordn. vom 1. Juni 1833 vorgeladen.

2. Für die höheren Instanzen.

a) Gemeinsame Vorschriften.

§. 15. Die Rechtsmittel der Appellation, der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde werden bei dem Gerichte erster Instanz (§. 30.) nur angemeldet. Ihre Einführung und Rechtfertigung mit den weiteren Verhandlungen darüber gehört vor das in höherer Instanz erkennende Gericht. Eine Ausnahme machen die im §. 27. bezeichneten Sachen.

§. 16. Für die Anmeldung (§. 15.) genügt die Erklärung, dass der Anmeldende sich über das ergangene Erkenntniss beschwert. Sie ist an keine Form gebunden, und kann demzufolge mündlich zu Protocoll oder schriftlich ohne Zuziehung eines Justizcommissars erfolgen. Auch auf den Namen, mit welchem das Rechtsmittel bezeichnet wird, kommt es nicht an.

Das Gericht erster Instanz prüft nur, ob die Anmeldung rechtzeitig erfolgt und das Rechtsmittel dem Gegenstande nach zulässig ist, und sendet, wenn Beides der Fall ist, die Acten, unter Benachrichtigung der Parteien, sofort an das Gericht höherer Instanz.

§. 17. Die Einführung und Rechtfertigung muss bei Verlust des Rechtsmittels innerhalb vier Wochen nach Ablauf der für

die Anmeldung bestehenden Frist, und ohne dass es einer besonderen Aufforderung dazu bedarf, dem Gerichte höherer Instanz und zwar stets schriftlich überreicht werden. Nur aus Hinderungsgründen, die in der Sache selbst liegen, kann diese Frist angemessen verlängert werden.

§. 18. Jede Einführungs- und Rechtfertigungsschrift muss die Beschwerdepunkte angeben. Soweit in dieser Schrift oder in einem Nachtrage zu derselben, das ergangene Erkenntniss vor Ablauf der im §. 17. angeordneten Frist nicht durch bestimmte Beschwerden angegriffen ist, tritt dasselbe in Rechtskraft.

§. 19. Mit dem Eintritt des mündlichen Verfahrens in den höheren Instanzen finden die bisherigen Vorschriften wegen Bestellung mehrerer Referenten nicht ferner Anwendung.

b) Für die Appellation.

§. 20. Nach dem Eingange der Einführungs- und Rechtfertigungsschrift und der Acten beschliesst der Appellationsrichter über die Zulassung des Rechtsmittels und erlässt sodann die Aufforderung zur Beantwortung der Schrift. Die Beantwortung ist schriftlich binnen einer vierwöchentlichen, nur aus den im §. 17. angegebenen Gründen zu verlängernden Frist bei Vermeidung derjenigen Nachtheile einzureichen, welche in den §§. 44. und 45. der Verordn. vom 1. Juni 1833 festgesetzt sind.

§. 21. Nur öffentliche Behörden und solche Personen, welche zum Richteramte befähigt sind, können die Einführung und Rechtfertigung und deren Beantwortung ohne Zuziehung eines Justizcommissars schriftlich einreichen. Die Schriften anderer Parteien müssen von einem Justizcommissar unterzeichnet sein.

§. 22. Ist die Beantwortung eingereicht oder darauf Verzicht geleistet, oder die dazu bewilligte Frist abgelaufen, so erfolgt die mündliche Verhandlung vor dem Appellationsrichter, wobei die in der Verordn. vom 1. Juni 1833 §§. 49 — 53. getroffenen Bestimmungen, jedoch mit Berücksichtigung der im §. 9. der gegenwärtigen Verordnung vorgeschriebenen Abänderungen, eintreten.

Die Vorladung der Parteien zur mündlichen Verhandlung und Entscheidung kann, in Ermangelung anderer zur Empfangnahme bestellten Bevollmächtigten, gültig zu Händen der Justizcommissare insinuirt werden, welche die eingereichten Schriftsätze unterzeichnet haben, wenn dieselben bei dem erkennenden Gerichte zur Prozesspraxis befugt sind, oder an dem Sitze dieses Gerichtes wohnen.

Die Vorschrift des §. 48. der Verordn. vom 1. Juni 1833 wird aufgehoben.

c) Für die Revision und Nichtigkeitsbeschwerde.

§. 23. Für das Verfahren in der Revisions- und Nichtigkeitsbeschwerde-Instanz finden die für die zweite Instanz gegebenen Bestimmungen gleichfalls Anwendung. Es sind dabei jedoch die nachstehenden besonderen Vorschriften zu befolgen:

- a) die Nichtigkeitsbeschwerde muss ausser der Angabe der Beschwerdepuncte (§. 18.) dasjenige enthalten, was der Art. 8. der Declarat. vom 6. April 1839 vorschreibt;
- b) Thatsachen zur Begründung der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde, welche in der Rechtfertigungsschrift nicht geltend gemacht worden sind, dürfen später nicht vorgebracht werden;
- c) wenn die Beantwortung der Revision und Nichtigkeitsbeschwerde binnen der bestimmten Frist (§. 20.) nicht eingeht, so werden die in der Rechtfertigungsschrift angeführten Thatsachen, soweit dieselben überhaupt noch zulässig waren, für zugestanden angenommen;
- d) zur Anfertigung der Schriftsätze in dieser Instanz sind, sofern dieselben von Justizcommissaren zu unterzeichnen sind (§. 21.), ausschliesslich die bei dem Geh. Ob. Trib. angestellten Justizcommissare befugt.

§. 24. Für die mündliche Verhandlung und die darauf ergehende Entscheidung bei den Senaten des Geh. Ob. Trib. ist die Anwesenheit von mindestens sieben Mitgliedern, den Vorsitzenden eingeschlossen, erforderlich. Einer Vermehrung dieser Anzahl bedarf es aber auch dann nicht, wenn es auf Abänderung zweier gleichförmigen Erkenntnisse ankommt. Die Bestimmung in No. 7. der Ordre vom 19. Juli 1832 (G. S. S. 192.) wird aufgehoben.

§. 25. Das Plenum des Geh. Ob. Trib. hat in den Fällen der No. 3. und 4. der Verordn. vom 1. Aug. 1836 (G. S. S. 218.) nicht bloss über die zweifelhaft gewordene Rechtsfrage, sondern in der Sache selbst zu entscheiden. Die Entscheidung erfolgt auf Grund nochmaliger mündlicher Verhandlung vor versammeltem Plenum.

§. 26. Den bei ihm aufgetretenen Sachwaltern der Parteien theilt das Geh. Ob. Trib. Abschriften des mit den Entscheidungsgründen versehenen Erkenntnisses mit, und setzt dabei ihre Gebühren in einem Pauschquantum fest, dass für jeden mindestens fünfzehn Rthlr. betragen soll, jedoch auch den ganzen Betrag der in dieser Instanz angesetzten Gerichtskosten erreichen kann.

d) Für die Rechtsmittel in schleunigen Sachen.

§. 27. In den nachstehenden Sachen:

- a) im Wechselprozess;
- b) in Arrestsachen, die nicht mit der Hauptsache zugleich verhandelt werden (Prozessordn. Tit. 29. §§. 63 — 73.);
- c) im eigentlichen Merkantilprozess (Prozessordn. Tit. 30. §§. 9 — 47.);
- d) in Bausachen, wenn von einem schon wirklich angefangenen Bau die Rede ist, dessen Fortsetzung oder Kassirung von dem Ausfalle des Prozesses abhängt (Prozessordn. Tit. 42. §§. 34 — 42.),

muss die Anmeldung der Appellation und deren Rechtfertigung spätestens binnen drei Tagen, mit Ausschliessung der Restitution, bei dem Gerichte erster Instanz (§. 30.) angebracht werden. Sie kann mündlich zu Protocoll erklärt oder schriftlich in der für die Appellationsrechtfertigung bestimmten Form (§. 21.) eingebracht werden.

Das Gericht erster Instanz schickt die Sachen sofort nach Eingang der Appellationsrechtfertigung an den Appellationsrichter, und setzt die Parteien gleichzeitig davon in Kenntniss, den Appellaten unter Mittheilung der Appellationsrechtfertigung.

Der Appellationsrichter setzt einen möglichst kurzen Termin zur Entgegnung auf die Appellationsrechtfertigung und zur mündlichen Verhandlung an, und ladet die Parteien dazu unter der in den §§. 20. und 21. vorgeschriebenen Verwarnung vor.

Dem Appellaten steht frei, vor dem mündlichen Termine eine Entgegnung auf die Appellationsrechtfertigung, welche an keine Form gebunden ist, dem Appellationsgericht einzureichen.

Für die Revision und Nichtigkeitsbeschwerde treten in Ansehung der Frist zu deren Anbringung, der Form, in welcher die Erklärungen anzubringen sind, und des Verfahrens dieselben Vorschriften mit den näheren Bestimmungen des §. 23. a. u. b. ein.

II. Bagatellsachen.

§. 28. Die §§. 68. und 69. der Verordn. vom 1. Juni 1833 werden aufgehoben.

Bei Prozessen, deren Gegenstand funfzig Thaler nicht übersteigt, und die sich nicht zu dem Tit. 1. der Verordn. von 1. Juni 1833 vorgeschriebenen Mandatsprozesse eignen, wird auf die zugelassene Klage, wenn solche auf Zahlung einer Geldsumme oder Gewährung anderer vertretbarer (fungibler) Sachen gerichtet ist, an den Verklagten, statt der Vorladung zu einem Termine, ein Mandat mit vierzehntägiger oder bei schleunigen Sachen nach richterlichem Ermessen kürzer zu bestimmenden Frist, erlassen. Dieses Mandat muss die Bestimmung, was der Verklagte dem Kläger zu zahlen oder zu leisten hat, und die Verwarnung enthalten, dass, wenn der Verklagte binnen der gestellten Frist weder mündlich zu Protocoll noch schriftlich Widerspruch beim Gerichte erhebt, das Mandat die Kraft eines Contumacialerkenntnisses erlange und auf den Antrag des Klägers — der von der erfolgten Insinuation zu benachrichtigen ist — ohne Weiteres werde zur Vollstreckung gebracht werden. Erst wenn innerhalb der bestimmten Frist Widerspruch angebracht wird, sind beide Theile zur vollständigen Klagebeantwortung und weiteren mündlichen Verhandlung darüber nach §. 61. u. f. der Verordn. vom 1. Juni 1833 und mit Androhung des nach den §§. 23. und 24. a. a. O. und nach §. 9. der gegenwärtigen Verordnung den Ausbleibenden treffenden Nachtheils vorzuladen.

Bei anderen Bagatellsachen ist lediglich nach den Vorschriften des zweiten Abschnitts zweiten Titels der Verordn. vom 1. Juni 1833 zu verfahren.

III. Besondere Prozessarten.

§. 29. Für Ehesachen bleiben in erster und zweiter Instanz die Vorschriften der §§. 16. und 51. der Verordn. vom 28. Juni 1844 (G. S. S. 184.) maasgebend, wogegen in dritter Instanz hinsichtlich der Formen des Verfahrens, wie der Fristen die §§. 23. bis 26. der gegenwärtigen Verordnung zur Anwendung kommen.

In Ansehung der vormundschaftlichen Prozesse (Prozessordn. Tit. 39.), der Todeserklärungen, der Blödsinnigkeits- und Wahnsinnigkeits-Erklärungen, der Confiscations-, Generalmuratorien-, Concurs-, Liquidations- und Subhastations-Prozesse, so wie in Ansehung der Vermögensabtretung und der Behandlung der Gläubiger, verbleibt es zwar für das Verfahren in erster Instanz bei den bestehenden Prozessvorschriften; werden aber gegen Erkenntnisse Rechtsmittel eingelegt, oder kommen bei diesen Sachen Specialprozesse vor, welche zu einer abgesonderten Verhandlung sich eignen, so sind sie gleichfalls nach den Bestimmungen der Verordn. vom 1. Juni 1833 und der gegenwärtigen Verordnung zu behandeln.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

a) Anmeldung der Rechtsmittel.

§. 30. Die Rechtsmittel gegen Erkenntnisse sind innerhalb der gesetzlichen dazu bestimmten Fristen bei den Gerichtsbehörden, welche in der ersten Instanz instruiert oder erkannt haben, einzulegen.

b) Rechtsmittel der Restitution.

§. 31. Das Rechtsmittel der Restitution gegen Contumacialerkenntnisse (Abschn. 3. Tit. 14. der Prozessordn.) und Purificationsresolutionen (Verordn. vom 28. März 1840, G. S. S. 102.) ist zuzulassen, auch wenn erhebliche Hinderungsursachen nicht angegeben und bescheinigt sind, das Restitutionsgesuch aber im Uebrigen den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Die Frist zur Einlegung dieses Rechtsmittels beginnt im Falle des §. 28. mit dem Zeitpuncte, in welchem das Mandat die Wirkung eines Contumacialerkenntnisses angenommen hat.

Wenn ein deferirter oder referirter Eid nicht abgeleistet ist, so kann binnen zehn Tagen nach dem versäumten Termine, es mag inzwischen bereits erkannt sein, oder nicht, Restitution nachgesucht werden.

c) Zusammenrechnung verschiedener Forderungen in demselben Prozess.

§. 32. Mehrere in demselben Prozesse geltend gemachte Forderungen, welche auf Zahlung einer Geldsumme oder Gewährung anderer vertretbarer Sachen gerichtet sind, werden auch dann, wenn sie aus verschiedenen Geschäften entsprungen sind, zusammengerechnet, so dass die Competenz des Gerichts, die Prozessart, die Zulässigkeit von Rechtsmitteln und die Ansetzung der Kosten nach dem Gesamtbetrage dieser Forderung beurtheilt wird.

d) Prozessschriften der Justizcommissare.

§. 33. Der Justizcommissar, welcher eine Klage, Klagebeantwortung oder andere Prozessschriften unterzeichnet, ist für den Inhalt derselben eben so verantwortlich, als wenn er die Schrift selbst abgefasst hätte.

e) Beschwerdesachen.

§. 34. Beschwerden gegen Verfügungen, wodurch ein Rechtsmittel zurückgewiesen wird, können nur innerhalb sechs Wochen bei den zur definitiven Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsmittels berufenen Gerichten der höheren Instanz angebracht werden.

§. 35. Auch andere Beschwerden gegen gerichtliche Verfügungen, welche die verweigerte Einleitung eines Prozesses, oder das Prozessverfahren selbst im Laufe der Instanzen zum Gegenstande haben, sollen fortan dem Instanzenzuge der gegen Erkenntnisse zulässigen Rechtsmittel folgen.

Sie sind gegen Verfügungen der Gerichte erster Instanz bei dem Gerichte zweiter Instanz anzubringen, bei dessen Entscheidung es in der Regel bewendet. Nur dann, wenn in der Hauptsache das Rechtsmittel der Revision nach §§. 1 — 3. der Verordn. vom 14. Decbr. 1833 stattfinden könnte, ist noch eine weitere Beschwerde bei dem Geh. Ob. Trib. zulässig.

Die Beschwerden über Verfügungen der Gerichte zweiter Instanz in den bei ihnen anhängigen Sachen, in welchen ein ordentliches oder ausserordentliches Rechtsmittel dritter Instanz an sich zulässig ist, gehen an das Geh. Ob. Trib.

§. 36. Die Ausführung der Verfügungen wird durch dagegen erhobene Beschwerden an sich nicht aufgehalten. Die vorgesetzte Instanz ist aber befugt, die Aussetzung der Ausführung noch vor der Entscheidung über die Beschwerde selbst anzuordnen.

§. 37. Beschwerden, welche die Disciplin, den Geschäftsbetrieb oder Verzögerungen betreffen, sind auch fernerhin an die vorgesetzte Aufsichtsbehörde zu richten.

§. 38. Auf die zur Competenz der Generalcommissionen, oder der ihre Stelle vertretenden Regierungsabtheilungen gehörenden Auseinandersetzungssachen finden die Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung keine Anwendung.

Zeitpunct der Anwendung mit besonderer Bestimmung für das Grossherzogthum Posen.

§. 39. Die gegenwärtige Verordnung soll mit dem 1. Decbr. 1846 in Wirksamkeit treten.

Mit diesem Zeitpuncte hört auch die bisherige Suspension der Vorschriften des zweiten und vierten Titels der Verordn. vom 1. Juni 1833 vom summarischen Prozess für das Grossherzogthum Posen (vergl. §. 7. der Verordn. vom 16. Juni 1834, G. S. S. 75.) auf, und finden alsdann diese Vorschriften mit de-

nen der gegenwärtigen Verordnung auch in dem Grossherzogthum Posen Anwendung.

Alle vor dem 1. Decbr. 1846. insinuirten Klagen werden in der Instanz, in welcher sie sich befinden, nach den bisherigen Vorschriften erledigt; nach beendigter, und, auf den übereinstimmenden Antrag der Parteien, auch schon im Laufe der Instanz, treten die neuen Vorschriften ein.

b) Verordn. v. 7. April 1847, betr. die Oeffentlichkeit des Verfahrens in Civilprozessen. G. S. S. 131.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. finden Uns veranlasst, in denjenigen Landes- theilen, in welchen die Verordn. vom 21. Juli 1846 über das Verfahren in Civilprozessen Gesetzeskraft hat, eine dem wahren Bedürfnisse entsprechende Gerichtsöfentlichkeit einzuführen, und verordnen demnach auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, unter Aufhebung aller entgegenstehenden Vorschriften, was folgt:

§. 1. Der Zutritt zu den mündlichen Verhandlungen in Civilprozessen soll fortan allen Männern gestattet sein; zurückzuweisen sind jedoch diejenigen, welche das Recht, die Nationalcocarde zu tragen, verloren haben, sowie diejenigen, deren äussere Erscheinung von der Art ist, dass eine Verletzung des Anstandes bei den Verhandlungen zu besorgen steht.

§. 2. Alle bei der Sache nicht betheiligte Personen müssen sich entfernen, sobald das Gericht aus Gründen des öffentlichen Wohls oder der Sittlichkeit dies für angemessen erachtet.

Auf den Antrag der Parteien oder einer derselben ist die Oeffentlichkeit nur dann auszuschliessen, wenn für diese Ausschliessung Gründe angeführt werden, deren Erheblichkeit das Gericht nach freiem Ermessen anerkennt. Das Gericht hat darüber durch einen Beschluss zu befinden, und zwar nach Anhörung der Parteien oder ihrer Bevollmächtigten, wenn dieselben in der Sitzung anwesend sind.

§. 3. Auf das durch das Gesetz vom 28. Juni 1844 eingeführte Verfahren in Ehescheidungssachen hat die gegenwärtige Verordnung keine Anwendung.

(Zu §. 6. No. 4. der Verordn.) C. O. v. 19. Juni 1836, betr. die Einziehung der Kirchen-, Pfarr- und Schulabgaben, imgleichen der Forderungen der Medicinalpersonen. (s. Bd. VII. S. 285.)

(Zu §. 7. der Verordn. u. §. 16. der Instruct.) Rescr. v. 9. März 1839 nebst Anlage, betr. die Zulässigkeit des summarischen Prozesses in einfachen Pachtsachen. Min. Bl. S. 114. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 115.

a) (Zu §. 8 — 12. der Verordn.) C. O. v. 18. Octbr. 1837, über das in den Terminen zur Beantwortung der Klage oder der Apellation in summarischen Prozessen zu beobachtende Contumacialverfahren. (s. Bd. VIII. S. 414.)

b) Vergl. §. 2 — 14. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

(Zu §. 10. u. 26. der Verordn., §. 23. der Instruct.) Rescr. v. 16. Decbr. 1838, betr. die Legitimation eines präsumtiven Bevollmächtigten und die

Substitutionsbefugniß eines Generalmandatars. Min. Bl. S. 39. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 105.

(Zu §. 14 — 18. der Verordn.) Vergl. §. 7 — 10. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

(Zu §. 19. der Verordn., §. 34. der Instruct.) Rescr. v. 5. Juni 1839, betr. das Verfahren bei Prorogationsgesuchen im summarischen Prozesse. Min. Bl. S. 217. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 344.

(Zu §. 20. der Verordn.) Vergl. §. 11. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

(Zu §. 22. der Verordn.) C. O. v. 15. Mai 1836, betr. die Zulassung nicht betheiligter Personen zu den mündlichen Verhandlungen im summarischen und Bagatellverfahren. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 538. (s. Bd. VIII. S. 415.)

(Zu §. 24. u. 25. der Verordn.) Rescr. v. 18. April 1840, dass auch über Thatsachen, welche mit Beweis nicht unterstützt sind, eine Auslassung abzugeben sei. Min. Bl. S. 147. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 525.

(Zu §. 27., 30. seqq. der Verordn.) Rescr. v. 2. Mai 1843, betr. die Frage, ob im summarischen Prozesse die Anbringung und Aufnahme neuer Beweismittel nach Erlass des Beweisresoluts noch zulässig ist. Min. Bl. S. 127.

a) (Zu §. 28. der Verordn., §. 36. der Instruct.) Rescr. v. 23. Octbr. 1839, betr. die Maassregeln gegen Ruhestörer bei den mündlichen Verhandlungen. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 397.

b) C. O. v. 24. Octbr. 1838, betr. die Befugnisse des Richters zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung bei gerichtlichen Verhandlungen. (s. Bd. VIII. S. 468.)

(Zu §. 29. u. 31. der Verordn.) Vergl. §. 12. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

a) (Zu §. 36. der Verordn.) Rescr. v. 24. April 1841, betr. die Aufnahme der bei den mündlichen Verhandlungen abgegebenen Erklärungen in das Protocoll. Min. Bl. S. 155. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 602.

b) Rescr. v. 19. Juli 1843, dass nur Thatumstände, nach dem Ergebniss der mündlichen Verhandlung, ohne Repliciren und Dupliciren in die Protocolle aufzunehmen. Min. Bl. S. 196 — 200. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 176.

c) Declarat. v. 11. Decbr. 1845, wonach die Unterzeichnung der Protocolle bei der mündlichen Verhandlung Seitens der Parteien oder ihrer Vertreter nicht nothwendig ist. G. S. 1846, S. 18. s. zu A. G. O. I. 40. §. 20. seqq.

(Zu §. 38. u. 39. der Verordn.) Vergl. §. 31. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

a) (Zu §. 40. der Verordn.) Vergl. Art. 1. u. 15. der Declarat. v. 6. April 1839 und C. O. v. 23. Novbr. 1839, wonach die Appellation immer nur zulässig ist, wenn der Beschwerdegegenstand über 50 Rthlr. beträgt. (s. Bd. VIII. S. 365. u. 407.)

b) Vergl. §. 15. seqq., 20. seqq. u. 30. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

1. (Zu §. 41 — 45. der Verordn.) Rescr. v. 3. Aug. 1839, betr. das Verfahren bei der Appellationsrechtfertigung im summarischen Prozesse. Min. Bl. S. 285. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 118.

2. **a)** Rescr. v. 29. Febr. 1840, betr. das persönliche Erscheinen des Appellanten im Appellations-Rechtfertigungstermin im summarischen Prozesse. Min. Bl. S. 105. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 199., erledigt durch:

b) C. O. v. 10. Juni 1844, betr. die Vorladung zum Appellations-Rechtfertigungstermin im summarischen und ordentlichen Prozesse. Min. Bl. S. 147. s. zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq.

3. Vergl. §. 17., 18. u. 20. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

(Zu §. 44. der Verordn.) Rescr. v. 24. Jan. 1840, betr. die Anbringung neuer Beweismittel während des Verfahrens zweiter Instanz in summarischen Prozessen. Min. Bl. S. 42. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 201.

(Zu §. 48. der Verordn.) Vergl. §. 22. der Verordn. v. 21. Juli 1846, wodurch dieser §. aufgehoben ist. s. oben zu §. 6. seqq.

a) (Zu §. 49. der Verordn.) Das im §. 49. der Verordn. v. 1. Juni 1833 enthaltene Präjudiz,

wonach das Ausbleiben im Audienztermine für den Nichterschienenen den Nachtheil hat, dass alle von ihm in zweiter Instanz angebrachten, streitigen, mit schriftlichen Beweisen nicht unterstützten Thatsachen für nicht angeführt erachtet werden,

erstreckt sich nicht auf solche vom Appellanten angeführte Thatsachen, welche wegen Ausbleibens des Appellanten im Termin zur Beantwortung der Appellation für zugestanden zu erachten sind. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 4. Jan. 1845, Bd. 10. S. 469.

b) Vergl. §. 22. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

(Zu §. 51. der Verordn.) Rescr. v. 6. Jan. 1843, betr. die Insinuation der Erkenntnisse zweiter Instanz im summarischen Prozess. Min. Bl. S. 15. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 118.

(Zu §. 54. der Verordn.) Vergl. §. 23 — 26. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

(Zu §. 61. der Verordn.) Vergl. §. 13. u. 14. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

1. (Zu §. 66. seqq. der Verordn.) Vergl. §. 28. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

2. **a)** Rescr. v. 30. März 1843, betr. die Bestellung der Commissarien für Bagatellsachen. Min. Bl. S. 95. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 114.

b) Rescr. v. 14. Novbr. 1840, betr. die Competenz der Kreis-Justizräthe zur Verhandlung und Entscheidung von Bagatellprozessen. Min. Bl. S. 365. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 520.

c) Rescr. v. 17. Octbr. 1843, betr. das Verfahren in Bagatellsachen. Min. Bl. S. 259. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 474.

d) Rescr. v. 30. Septbr. 1841 nebst Instruct. des Oberlandesgerichts zu Paderborn, betr. die Bearbeitung der Bagatellsachen. Min. Bl. S. 310. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 130.

e) Rescr. v. 15. Decbr. 1840, betr. die Anberaumung der Termine in Bagatellsachen während der Gerichtstermine. Min. Bl. 1841, S. 4. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 487.

f) Rescr. v. 15. Mai 1840, betr. das Contumacialverfahren in Bagatellsachen. Min. Bl. S. 179. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 566.

g) Rescr. v. 24. Decbr. 1841, betr. das Verfahren und die Abfassung des Erkenntnisses in Bagatell- und Injuriensachen. Min. Bl. 1842, S. 3. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 524.

h) C. O. v. 18. Octbr. 1837, wonach das Hausvoigteigericht in Berlin in Bagatellsachen die Stelle eines Commissarius des Kammergerichts vertritt. G. S. S. 155. (s. Bd. VIII. S. 418.)

1. a) (Zu §. 68. u. 69. der Verordn.) Rescr. v. 10. Octbr. 1834 u. 15. Febr. 1839, betr. den Recurs gegen die zurückweisende Verfügung im Bagatellprozess, und die Unzulässigkeit einer Zurückweisung der einmal eingeleiteten Klage durch einen Contumacialbescheid. Min. Bl. 1839, S. 83. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 112.

b) Rescr. v. 20. Febr. 1839, betr. die Insinuation an mehrere Verklagte im Bagatellprozess. Min. Bl. S. 94. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 106.

c) Rescr. v. 25. Septbr. u. 2. Novbr. 1840 nebst Anlage, betr. die Zulässigkeit der Executionsvollstreckung in Bagatellsachen ohne vorherigen Erlass eines monitorischen Zahlungsbefehls. Min. Bl. S. 315. u. 362. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 174. u. 511.

d) Wegen des Recurses in Bagatellsachen vergl. die Zusätze zu A. G. O. I. 26. §. 18. seqq.

2. Die §§. 68. u. 69. sind aufgehoben durch §. 28. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

(Zu §. 73. der Verordn.) C. O. v. 10. Novbr. 1835, betr. die Anwendung dieses §. bei Abfassung der Erkenntnisse in nicht summarischen Prozesssachen, und das Verfahren bei Abfassung der Erkenntnisse bei solchen Gerichten, welche nur aus drei Mitgliedern bestehen, wenn eins derselben behindert ist. G. S. S. 232. (s. Bd. VII. S. 320.)

(Zu §. 76. der Verordn.) Vergl. §. 13., 14. u. 27. der Verordn. v. 21. Juli 1846. s. oben zu §. 6. seqq.

Th. I. Tit. 28. §. 16. Rescr. v. 7. März 1839 nebst Anlage, betr. die Zulässigkeit der Kündigungsklagen bei nicht verbrieften Schuldforderungen. Min. Bl. S. 105. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 135.

Th. I. Tit. 29. §. 18. Vergl. die provinciellen Feuersocietäts-Reglements zu A. L. R. II. 8. §. 1934. seqq.

Th. I. Tit. 29. §. 63—73. Vergl. §. 13. u. 27. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 29. §. 68. Anh. §. 200. a) Vergl. Art. 13. der Declarat. v. 6. April 1839, wegen der Rechtsmittel in Arrestsachen, welche nicht mit der Hauptsache zusammen verhandelt werden. (s. Bd. VIII. S. 370.) erledigt durch:

b) Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. §. 27., wonach in Arrestsachen, die nicht mit der Hauptsache zugleich verhandelt werden, die Anmeldung und Rechtfertigung der Rechtsmittel spätestens binnen

— drei Tagen beim Gericht erster Instanz angebracht werden muss. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 29. §. 76. seqq. Anh. §. 201. C. O. v. 16. April 1836, betr. das Verfahren bei Personalarrestgesuchen gegen die Häupter und Mitglieder der standesherrlichen Familien. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 554., und sonstige Bestimmungen wegen des Personalarrestes s. zu A. G. O. I. 24. §. 142. seqq.

Th. I. Tit. 29. §. 80. seqq. 87. Rescr. v. 24. April und 6. Juni 1840, betr. die Auszahlung der für einen Gläubiger mit Arrest belegten, im gerichtlichen Depositorio befindlichen Summe zur Befriedigung einer judicatsmässigen Forderung eines andern Gläubigers. Min. Bl. S. 153. u. 205. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 576. u. 578.

Th. I. Tit. 30. §. 1. seqq. Ges. v. 3. April 1847, betr. die Errichtung von Handelsgerichten und deren Competenz. s. zu A. G. O. I. 2. §. 130.

Th. I. Tit. 30. §. 3—8. Rescr. v. 31. März 1845, betr. die Zuziehung von Sachverständigen bei der Instruction und Entscheidung der Prozesse, insbesondere über kaufmännische Gegenstände. Min. Bl. S. 72.

Th. I. Tit. 30. §. 9—47. Vergl. §. 13. u. 27. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 30. §. 30. seqq. a) Vergl. Art. 13. der Declarat. v. 6. April 1839, wegen der Fristen für die Rechtsmittel in Mercantilsachen. (s. Bd. VIII. S. 370.) erledigt durch:

b) Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. §. 27., wonach im eigentlichen Mercantilprozess die Anmeldung und Rechtfertigung der Rechtsmittel spätestens binnen drei Tagen beim Gericht erster Instanz angebracht werden muss. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 30. §. 48. seqq. Vergl. Zusätze zu A. G. O. I. 2. §. 148. seqq., §. 167. seqq., wegen der Schiedsrichter etc.

Th. I. Tit. 31. §. 1. a) C. O. v. 9. April 1836, betr. die Unzulässigkeit der Possessorienklage gegen den polizeilichen Schutz eines Zwangs- und Bannberechtigten in den neuen und wiedererworbenen Provinzen. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 517. (s. Bd. VIII. S. 72.)

b) Im possessorischen Rechtswege kann der Schutz im Besitze eines affirmativen Rechts, — gleichviel, ob solches dinglich oder persönlich, fortdauernd oder nur unter gewissen Verhältnissen wiederkehrend ausgeübt sein möge, — nicht in Anspruch genommen werden. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 22. März 1844, Bd. 10. S. 97.

Th. I. Tit. 31. §. 5. seqq. Vergl. §. 13. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 31. §. 18. a) Vergl. No. 21. II. der Instruct. v. 7. April 1839, wonach die Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse in Possessoriensachen zulässig ist. (s. Bd. VIII. S. 383.)

b) Rescr. v. 5. März 1842, dass in Possessoriensachen bis zu 50 Rthlr. der Recurs, darüber hinaus die Nichtigkeitsbeschwerde zulässig ist. Min. Bl. S. 177.

c) Plen. Beschl. v. 21. Novbr. 1845: Bei Besitzstreitigkeiten ist die Nichtigkeitsbeschwerde unzulässig, wenn der nach Gelde zu schätzende Werth des Streitgegenstandes 50 Rthlr. oder weniger beträgt. Min. Bl. 1846, S. 4.

Th. I. Tit. 34. §. 1. seqq. Anh. §. 216. 1. a) C. O. v. 5. Decbr. 1835, betr. die Anwendbarkeit des fiscalischen Untersuchungsverfahrens bei den Beamten niedern Ranges in Ausübung ihres Amtes zugefügten Beleidigungen. G. S. S. 239. (s. Bd. VII. S. 432.)

b) C. O. v. 9. Febr. 1836, dass auch fernerhin einem Jeden, der zum höhern Bürgerstande, zum Adel- oder Militairstande gehört, freisteht, eine ihm widerfahrene Ehrenkränkung nebst den Beweismitteln bloss dem Richter zur Einleitung der Untersuchung anzuzeigen. G. S. S. 164. (s. Bd. VII. S. 217.)

c) Ges. v. 25. April 1835, über die Competenz der Dienst- und Gerichtsbehörden zur Untersuchung und Bestrafung der von Staatsbeamten aus Veranlassung ihres Amtes begangenen Ehrenkränkungen. G. S. S. 50. (Bd. VII. S. 431.) aufgehoben durch:

d) Ges. v. 29. März 1844, über das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte. §. 7. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34.

2. **a)** Vergl. C. O. v. 20. Septbr. 1839, betr. die Einführung des fiscalischen Untersuchungsverfahrens wegen Injurien im ostrheinischen Theile des Regierungsbezirks Coblenz. Min. Bl. S. 364. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 512.

b) Rescr. v. 11. März 1840, betr. den Instanzenzug in fiscalischen Untersuchungen wegen Injurien im ostrheinischen Theile des Regierungsbezirks Coblenz. Min. Bl. S. 112. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 319.

Th. I. Tit. 34. §. 11. Anh. §. 221. Rescr. v. 14. Septbr. 1841, betr. die Anwendbarkeit des nebenbemerkten §. im Bezirk des Justizsenats zu Ehrenbreitstein. Min. Bl. S. 291. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 257.

Th. I. Tit. 34. §. 16. Anh. §. 224. a) Rescr. v. 16. Juni und 16. Juli 1839, betr. die Urteilspublication und die Einlegung des Rechtsmittels der Aggravation in Injuriensachen. Min. Bl. S. 223. und 263. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 495. u. Bd. 54. S. 196.

b) Rescr. v. 7. Febr. und 26. Aug. 1843, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 40. u. 270. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 153. u. Bd. 62. S. 176.

Th. I. Tit. 34. §. 16. Anh. §. 225. 1. C. O. v. 29. Aug. 1835, betr. die Competenz zur Abfassung der Erkenntnisse dritter Instanz in Injurien- und fiscalischen Untersuchungssachen. G. S. S. 197. (s. Bd. VII. S. 433.)

2. Vergl. die C. O. v. 22. Decbr. 1838, wegen der Competenzverhältnisse zwischen den Senaten des Kammergerichts, resp. des Tribunals zu Königsberg und der Oberlandesgerichte zu Königsberg, Marienwerder und Insterburg. G. S. 1839, S. 25. (s. Bd. VIII. S. 326. u. 327.)

3. C. O. v. 31. Aug. 1840, über den Instanzenzug in Injurienprozessen gegen Personen von Adel und andere Eximirte im Gerichtsbezirke des Kammergerichts. Min. Bl. S. 306.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 18. Juni und nach dem Antrage desselben genehmige Ich, dass die Verhandlung und Entscheidung der Injurienprozesse gegen Personen von Adel und andere Eximirte im Gerichtsbezirke des Kammergerichts in erster Instanz vor der Civildeputation (der zweiten Abtheilung des Instructions-Senats) erfolge, in zweiter Instanz dem Instructions-Senat, und in dritter Instanz dem Ober-Appellations-Senat des Kammergerichts überwiesen werde.

4. C. O. v. 11. Novbr. 1843, betr. die Competenz des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts zur Entscheidung in dritter Instanz in Injurien- und Untersuchungssachen, wenn die Oberlandesgerichte zu Stettin und Frankfurt in zweiter Instanz erkannt haben. Min. Bl. S. 294. s. zu A. G. O. I. 35. §. 97. seqq.

Th. I. Tit. 34. §. 16. Anh. §. 227. a) C. O. v. 21. Febr. 1838, betr. die Unzulässigkeit der Verzichtleistung auf die Bestrafung wegen Injurien, wenn die Strafe bereits angetreten ist. v. K. Jhrb. Bd. 51. S. 87. (s. Bd. VIII. S. 318.)

b) C. O. v. 21. Octbr. 1837, betr. die Tragung der Untersuchungskosten, wenn wegen Beleidigungen die fiscalische Untersuchung eröffnet worden ist, der Beleidigte aber auf die Bestrafung des Beleidigers verzichtet hat. G. S. S. 148. (s. Bd. VIII. S. 422.)

Th. I. Tit. 34. §. 16. Anh. §. 230. a) C. O. v. 14. Novbr. 1835, betr. die Unstatthaftigkeit des Rechtsmittels der Restitution gegen Contumacial-Erkenntnisse in Injuriensachen. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 587. (s. Bd. VII. S. 434.)

b) Rescr. v. 27. Jan. 1840 nebst Bericht, betr. das Verfahren bei Milderungsgesuchen gegen Contumacial-Erkenntnisse in Injuriensachen. Min. Bl. S. 44. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 317.

Th. I. Tit. 34. §. 26. Anh. §. 233. a) C. O. v. 15. Mai 1835, betr. das Verfahren in Injuriensachen gegen Militairpersonen. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 536. (s. Bd. VII. S. 438.)

b) C. O. v. 22. Octbr. 1836, über die Zulässigkeit der zweiten Instanz in Injuriensachen der Militairpersonen gegen Civilpersonen. G. S. S. 307. (s. Bd. VII. S. 629.)

Th. I. Tit. 34. §. 26. Anh. §. 236. a) Ges. v. 25. April 1835, wegen Bestrafung der von Beamten im Dienste begangenen Ehrenkränkungen. G. S. S. 50. (s. Bd. VII. S. 431.) und

b) Rescr. v. 6. März 1840, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 99. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 315. aufgehoben durch:

c) Ges. v. 29. März 1844, über das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte, §. 7. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34.

Th. I. Tit. 35. §. 3. Rescr. v. 5. Octbr. 1840 nebst Anlage, betr. die Vertretung des Militair-Fiscus bei Prozessen in Festungsbausachen wegen Abtretung von Grundeigenthum, durch die Festungsbau-Commission. Min. Bl. S. 336. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 485.

Th. I. Tit. 35. §. 34. No. 1. a) Rescr. v. 27. Jan. 1841, betr. die Form der Untersuchungen wegen Nachdrucks als fiscalischer. Min. Bl. S. 68.

b) Vergl. Instruct. v. 15. Mai 1838 zur Bildung der im Ges. v. 11. Juni 1837 angeordneten Vereine von Sachverständigen. G. S. S. 277. (s. Bd. VIII. S. 44.)

c) Rescr. v. 25. Febr. 1842, betr. das Verfahren bei Einholung der Gutachten der Sachverständigen - Vereine bei Untersuchungen wegen Nachdrucks. Min. Bl. S. 106. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 331.

d) Vergl. die Ges. gegen den Nachdruck etc. zu A. L. R. I. 11. §. 936. seqq. u. 1033.

Th. I. Tit. 35. §. 34. No. 2. Anh. §. 243. seqq. 250.

1. a) Ges. v. 23. Jan. 1838, wegen Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen, insbesondere §. 28. seqq. G. S. S. 78. (s. Bd. VIII. S. 237.)

b) Instruct. v. 28. Juni 1839, betr. das Verfahren gegen verhaftete, in die Gerichtsgefängnisse abgelieferte Steuer-Contravenienten von Seiten der Gerichte. Min. Bl. S. 252. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 471.

c) Rescr. v. 1. Mai 1839, betr. die Vernehmung von Defensionalzeugen in Zoll- und Steuerdefraudationssachen auf Requisition auswärtiger Gerichte. Min. Bl. S. 164. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 477.

d) Rescr. v. 12. Juli 1844, über die Verpflichtung der Gerichtsbehörden, in Zoll- und Steuerdefraudations-Untersuchungssachen, auf Requisition der Zoll- und Steuer-Behörden die unberichtigt gebliebenen Gefälle einzuziehen. Min. Bl. S. 169. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 287.

2. a) C. O. v. 29. April 1842, betr. die Erweiterung der Competenz der Untergerichte in Untersuchungen wegen Defraudation landes- und grundherrlicher Nutzungen, so wie überhaupt wegen Vergehen gegen Finanzgesetze. G. S. S. 116.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 18. d. M. über die Erweiterung der Competenz der Untergerichte in Untersuchungen wegen Defraudationen landes- und grundherrlicher Nutzungen, so wie überhaupt wegen Vergehen gegen Finanzgesetze bestimme Ich, mit Aufhebung des §. 250. des Anh. zur A. G. O. und mit Abänderung des zweiten Satzes im §. 35. des Zollstrafgesetzes vom 23. Jan. 1838 (G. S. S. 86.) für alle Landestheile, in welchen der Tit. 35. Th. I. der A. G. O. Gesetzeskraft hat:

dass die Untergerichte auch zur Führung der Untersuchungen und Abfassung der Erkenntnisse in den vorbezeichneten Untersuchungssachen innerhalb der Grenzen der ihnen zustehenden Strafgerichtsbarkeit competent sein sollen. Ist jedoch von dem General-Postamte, einer Regierung oder Provinzial-Steuer-Direction eine Strafresolution bereits abgefasst worden, so verbleibt im Falle der Provocation auf den Rechtsweg die Abfassung des Erkenntnisses, wie bisher, den Obergerichten, so wie es denn auch in Betreff der Umwandlung einer, im Verwaltungswege festgesetzten

Geldbusse in eine Gefängnisstrafe, bei der Ordre vom 11. April 1839 (G. S. S. 158.) sein Bewenden behält.

b) Rescr. v. 17. Juli 1845, betr. die Competenz der Untersuchungsrichter bei den Hauptzoll- und Steuerämtern. Min. Bl. S. 133.

c) Wegen Umwandlung der in Zoll- und Steuersachen festgesetzten Geldstrafen in Gefängnisstrafe s. zu §. 80. h. t.

Th. I. Tit. 35. §. 34. No. 3. 1. **a)** Rescr. v. 12. Septbr. 1839, betr. die Erörterung der Widersetzlichkeit gegen Forst- und Jagdbeamte im Wege der fiscalischen Untersuchung. Min. Bl. S. 312. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 195.

b) Vergl. Ges. v. 31. März 1837, über die Bestrafung der Widersetzlichkeiten bei Forst- und Jagdvergehen. G. S. S. 67. (Bd. VIII. S. 306.)

2. **a)** Rescr. v. 14. Novbr. 1843, wegen des Verfahrens bei Widersetzlichkeiten gegen Gendarmen und Beleidigungen derselben. Min. Bl. S. 279. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 508. erledigt durch:

b) Rescr. v. 26. Mai 1845, dass die Gendarmen ihre Denunciationen wegen Beleidigung und Widersetzlichkeit unmittelbar bei den Gerichtsbehörden anzubringen haben. Min. Bl. S. 107.

Th. I. Tit. 35. §. 34. No. 4. **a)** Vergl. die Zus. zu A. G. O. I. 34. §. 1. Anh. §. 216.

b) Rescr. v. 9. Febr. 1842, betr. die Unzulässigkeit eines Verfahrens gegen ehrenkränkende Aeusserungen wider Behörden und Beamte in Immediatgesuchen, ohne Allerhöchste Genehmigung. Min. Bl. S. 53. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 326.

c) Rescr. v. 20. Aug. 1843, dass in Untersuchungen wegen Beleidigung von Militairpersonen bei Zweifeln darüber, ob diese im Dienste gewesen sind, bei der vorgesetzten Militairbehörde um Auskunft zu ersuchen ist. Min. Bl. S. 218. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 235.

Th. I. Tit. 35. §. 34. No. 5. 1. Ges. v. 25. April 1835, über die Competenz der Dienstbehörden zur Untersuchung und Bestrafung der von Staatsbeamten aus Veranlassung ihres Amtes begangenen Ehrenkränkungen. G. S. S. 50. (s. Bd. VII. S. 431.) aufgehoben durch:

2. **a)** Ges. v. 29. März 1844, betr. das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte. G. S. S. 77.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur nähern Feststellung des gerichtlichen und des Disciplinar-Straf-Verfahrens gegen Beamte, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, für den ganzen Umfang der Monarchie, was folgt:

§. 1. Das gegenwärtige Gesetz findet, so weit nicht darin besonders eine Ausnahme gemacht ist, auf alle Civilbeamte, sowohl im unmittelbaren als mittelbaren Staatsdienste, imgleichen auf Militairbeamte Anwendung.

Auf ständische Beamte ist dieses Gesetz nicht zu beziehen.

I. Gerichtliches Strafverfahren.

§. 2. Wenn Beamte sich gemeiner Verbrechen oder solcher Dienstvergehungen schuldig machen, welche in den Gesetzen mit der Cassation oder Amtsentsetzung bedrohet sind (Amtsverbrechen), so gehört die Untersuchung und Bestrafung vor die Gerichte.

Dasselbe soll auch bei Bestechungen stattfinden, ohne Rücksicht auf die Art und das Maass der Strafe.

§. 3. Alle andere Dienstvergehungen sind als Vergehen gegen die Disciplin zu behandeln und im Disciplinarwege zu ahnden (§§. 14. u. f.).

Eben dieses soll auch in Fällen, in denen das Gesetz die Cassation oder Amtsentsetzung androht, stattfinden,

1) wenn dem Vergehen nur Fahrlässigkeit zum Grunde liegt;

2) wenn jene Strafe durch unordentliche Lebensart verwirkt ist (§§. 363. u. 364. Th. II. Tit. 20. A. L. R.).

§. 4. Die Bestimmung des §. 333. Tit. 20. Th. II. A. L. R. ist nur auf solche Fälle anzuwenden, in welchen die Verletzung der Amtspflicht von dem Beamten in der Absicht verübt worden ist, sich oder Andern Vorthail zu verschaffen, oder dem Staate oder einem Andern Nachtheil zuzufügen.

Andere Fälle einer vorsätzlichen Verletzung der Amtspflicht sollen, sofern sie nicht nach §. 2. zu den Amtsverbrechen zu rechnen sind, im Disciplinarwege geahndet werden.

§. 5. Wegen eines Amtsverbrechens darf die gerichtliche Untersuchung nur auf den Antrag der vorgesetzten Dienstbehörde eingeleitet werden.

Zu diesem Antrage ist, wenn der Angeschuldigte zu den Mitgliedern einer Provinzialbehörde gehört oder mit den Räten der Landescollegien in gleichem Range steht, nur der Verwaltungschef, ausser diesem Falle aber die vorgesetzte Provinzial-Dienstbehörde befugt.

Ist in einem Falle, in welchem zu der gerichtlichen Untersuchung der Antrag des Verwaltungschefs erforderlich ist, Gefahr im Verzuge, so kann die Provinzial-Dienstbehörde die Einleitung der Untersuchung vorläufig veranlassen, sie muss aber darüber sofort an den Verwaltungschef berichten und dessen Genehmigung dem Gerichte nachbringen, welches bei Versagung derselben das Verfahren einzustellen hat.

Den Provinzial-Dienstbehörden sind hierbei diejenigen Centralbehörden gleich zu achten, welche Uns nicht unmittelbar, sondern zunächst den Ministerien oder besonderen Verwaltungschefs untergeordnet sind.

§. 6. Ist ein Beamter im Ressort verschiedener Dienstbehörden angestellt, so muss der Antrag auf gerichtliche Untersuchung von derjenigen Dienstbehörde ausgehen, in deren Ressort das Amtsverbrechen verübt worden ist.

§. 7. Das Ges. vom 25. April 1835 über die Competenz der Dienst- und Gerichtsbehörden zur Untersuchung der von

Staatsbeamten im Amte verübten Ehrenkränkungen wird aufgehoben. Es muss jedoch, wenn ein Beamter wegen einer solchen Ehrenkränkung gerichtlich belangt wird, nach Beendigung der vorläufigen Ermittlungen und vor förmlicher Eröffnung der Untersuchung die Dienstbehörde des Beamten mit ihrer Erklärung darüber gehört werden, ob der Beamte sich in Beziehung auf die ihm angeschuldigte Handlung einer Ueberschreitung der Amtsbefugnisse schuldig gemacht hat.

Ist die Ehrenkränkung zwischen vorgesetzten und untergeordneten Beamten vorgefallen und nicht mit Thätlichkeiten verbunden gewesen, so wird solche im Disciplinarwege gerügt, es bleibt aber der vorgesetzten Behörde vorbehalten, die Sache den Gerichten zur Bestrafung zu überweisen.

§. 8. In den Untersuchungen gegen Grenzaufsichts-Beamte und Forst- und Jagdbeamte wegen Missbrauchs der Waffen verbleibt es bei dem durch die Gesetze vom 28. Juni 1834 und vom 31. März 1837 vorgeschriebenen Verfahren.

§. 9. Gegen Geistliche findet die gerichtliche Untersuchung nur wegen solcher Amtsvergehen statt, welche das bürgerliche Gesetz mit Strafe bedroht, wegen dieser Vergehen aber, sofern sie nicht bloss zu einer Ordnungsstrafe sich eignen, ohne Unterschied, ob das Vergehen mit der Amtsentsetzung bedroht ist oder nicht. — Das im §. 500. Tit. 20. Th. II. des A. L. R. bezeichnete Vergehen, so wie die im §. 499. a. a. O. erwähnten Vergehungen, sofern mit denselben nicht ein gemeines Verbrechen verbunden ist, bleiben jedoch der Bestrafung im Disciplinarwege vorbehalten.

Zu dem Antrage auf gerichtliche Untersuchung ist nur der Minister der geistlichen Angelegenheiten berechtigt.

§. 10. Treffen mit einem gemeinen Verbrechen oder mit einem Amtsverbrechen Disciplinarvergehen zusammen, so ist zunächst wegen der Verbrechen die gerichtliche Untersuchung einzuleiten. Wird in dieser auf Amtsentsetzung erkannt, so findet wegen der Disciplinarvergehen ein weiteres Strafverfahren nicht statt. Wird dagegen nicht auf Amtsentsetzung erkannt, so bleibt die besondere Ahndung der gedachten Vergehen im Disciplinarwege vorbehalten.

§. 11. Ist wegen einer Verletzung der Amtspflicht die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden, und der Richter findet demnächst, dass die Pflichtverletzung nicht als ein Amtsverbrechen, sondern nur als ein Disciplinarvergehen zu betrachten sei, so ist der Angeschuldigte von der Anklage wegen des Amtsverbrechens zu entbinden, wegen des Disciplinarvergehens aber der Dienstbehörde zur Bestrafung zu überweisen.

§. 12. Ist die Handlung, welche Gegenstand der gerichtlichen Untersuchung war, von dem Richter zwar an sich für ein Amtsverbrechen oder ein gemeines Verbrechen erachtet, nach der Beschaffenheit des Falles aber die Anwendung einer Strafe überhaupt nicht oder doch die Strafe der Kassation oder Amts-

entsetzung nicht gegründet befunden worden, und ist deshalb ein freisprechendes oder ein nicht auf jene Strafe lautendes Erkenntniss ergangen, so soll wegen dieser Handlung ein Disciplinar-Strafverfahren nicht weiter zulässig sein.

§. 13. Hat ein Beamter ein gemeines Verbrechen begangen, welches nur auf den Antrag des Beleidigten bestraft werden darf, jedoch von der Art ist, dass das amtliche Ansehen und Vertrauen dadurch gefährdet erscheint, und trägt der Beleidigte nicht auf Bestrafung an oder nimmt er den Strafantrag zurück, so kann wegen eines solchen Verbrechens das Disciplinar-Strafverfahren zum Behuf der Entfernung des Schuldigen aus dem Amte eingeleitet werden.

II. Disciplinar-Strafverfahren.

A. Disciplinar-Strafen.

§. 14. Die im Disciplinarwege zulässigen Strafen bestehen in Ordnungsstrafen und in der Entfernung aus dem Amte.

§. 15. Ordnungsstrafen sind:

- 1) Warnungen,
- 2) Verweise,
- 3) Geldbussen,
- 4) gegen untere Beamten auch Arreststrafen.

Welche Beamte zu den unteren zu rechnen sind, wird durch das Staatsministerium näher bestimmt.

§. 16. Die Geldbussen dürfen, insofern nicht besondere gesetzliche Vorschriften ein Anderes bestimmen, das Dienst Einkommen eines Monats, bei unbesoldeten Beamten aber die Summe von Dreissig Thalern nicht übersteigen.

Arreststrafen sind nur auf die Dauer von höchstens acht Tagen zulässig. Dieselben sind in solchen Räumen, welche den Verhältnissen der zu bestrafenden Beamten angemessen sind, zu vollstrecken.

§. 17. Die Entfernung aus dem Amte kann bestehen:

- 1) in gänzlicher Entlassung aus dem Dienste,
- 2) in Degradation,
- 3) in Strafversetzung.

§. 18. Mit der gänzlichen Entlassung aus dem Dienste tritt zugleich der Verlust des Titels und Ranges ein. Sie hat den Verlust des Anspruchs auf Pension jederzeit zur Folge; dem Angeschuldigten kann jedoch, wenn derselbe zu den Beamten gehört, welche verfassungsmässig einen Anspruch auf Pension haben, und besondere Umstände eine mildere Berücksichtigung zulassen, ein Theil des reglementsässigen Pensionsbetrages auf Lebenszeit oder auf gewisse Jahre als Unterstützung bewilligt werden.

§. 19. Degradation ist nur gegen Beamte im unmittelbaren Staatsdienste anwendbar. Ihre Wirkung besteht darin, dass der Beamte sich der Versetzung in eine mit geringerem Einkommen verbundene Stelle einer unteren Klasse unterwerfen muss.

§. 20. Strafversetzung ist gleichfalls nur gegen Beamte im unmittelbaren Staatsdienste anwendbar. Sie besteht in einer unfreiwilligen Versetzung in ein anderes Amt von gleichem Range, mit Verlust entweder eines Theils des mit dem bisherigen Amte verbundenen etatsmässigen Einkommens oder des Anspruchs auf Umzugskosten oder von beiden zugleich.

Versetzungen, mit denen ein solcher Nachtheil nicht verbunden ist, sind kein Gegenstand des Strafverfahrens.

Als eine Verkürzung im Einkommen ist es nicht anzusehen, wenn durch die Versetzung die Gelegenheit, Nebenämter zu versehen, entzogen wird, oder die Beziehung der für Dienstunkosten besonders ausgesetzten Einnahmen fortfällt.

§. 21. Welche von den in den §§. 14 – 20. bestimmten Strafen in Anwendung zu bringen sind, ist nach der grösseren oder geringeren Erheblichkeit des Vergehens und mit Rücksicht auf die persönlichen und amtlichen Verhältnisse des Angeschuldigten und dessen sonstige Führung zu ermassen. Die Entlassung aus dem Dienste soll besonders dann eintreten, wenn der Beamte sich einer fortgesetzten mangelhaften Amtsführung schuldig, oder durch seinen ausseramtlichen Lebenswandel, namentlich durch Trunk, Verschwendung, leichtsinniges Schuldenmachen, oder überhaupt durch ein die Religion oder die Sittlichkeit verletzendes Betragen des zu dem Amte erforderlichen Ansehens oder Vertrauens verlustig gemacht hat.

§. 22. Ist für einzelne Arten von Vergehen die Strafe besonders bestimmt, so ist diese anzuwenden; es ist aber hierbei hinsichtlich der Freiheitsstrafen die im §. 16. getroffene Beschränkung zu beachten, und bei den Vergehen, welche im §. 3. von der gerichtlichen Untersuchung besonders ausgenommen worden sind, anstatt der Kassation oder Amtsentsetzung die Entlassung aus dem Dienste auszusprechen.

B. Verfahren:

1) für Ordnungsstrafen.

§. 23. Jeder Dienstvorgesetzte ist zu Warnungen und Verweisen gegen seine Untergebenen befugt.

Die Vorsteher der Unterbehörden können gegen untere Beamte (§. 15.) Geldbussen bis zu drei Thalern, gegen die, blos zu mechanischen Dienstleistungen angestellten Diener auch Arreststrafen bis zu zwei Tagen verfügen. Andere Vorgesetzte der unteren Beamten dürfen solche Geldbussen und Arreststrafen gegen dieselben nur in soweit festsetzen, als ihnen diese Befugniss durch besondere Gesetze oder Dienstinstructionen beigelegt ist.

Die Provinzialbehörden sind ermächtigt, die ihnen untergeordneten Beamten mit Geldbussen bis zu Dreissig Thalern, untere Beamte (§. 15.) auch mit Arreststrafen bis zu acht Tagen zu belegen. Gleiche Befugniss steht den Vorstehern der Provinzialbehörden in Ansehung der bei letzteren angestellten unteren Beamten zu.

Die Festsetzung von strengeren Ordnungsstrafen, imgleichen von Geldstrafen gegen die Mitglieder der Provinzialbehörden bleibt den Verwaltungschefs vorbehalten. Diese sind überhaupt zur Festsetzung von Ordnungsstrafen innerhalb der in §§. 15. und 16. bestimmten Grenze gegen alle ihnen sowohl unmittelbar, als mittelbar untergeordneten Beamten befugt.

§. 24. Gegen die Verfügung von Ordnungsstrafen findet nur Beschwerde bei der vorgesetzten Instanz statt.

2) für Entfernung aus dem Amte,

a) Führung der Untersuchung.

§. 25. Die Einleitung des Verfahrens auf Entfernung aus dem Amte kann nur von denjenigen Behörden verfügt werden, deren Genehmigung nach §§. 5. und 6. zur Einleitung der gerichtlichen Untersuchung erfordert wird. Ist jedoch Gefahr im Verzuge, so findet die im §. 5. gemachte Ausnahme auch hier statt.

Die Instruction der Sache erfolgt durch einen Commissarius.

Den Commissarius ernennt die Behörde, welche die Einleitung der Untersuchung verfügt.

Der Verwaltungschef kann auf den Antrag des Angeschuldigten, oder wenn er es sonst für angemessen erachtet, die Leitung der Instruction und die Ernennung des Commissarius einer andern, als der competenten Provinzialbehörde überweisen.

§. 26. Die Thatfachen, auf welche die Entfernung aus dem Amte gegründet werden soll, müssen zum Protocoll instruiert werden. Bei dieser Instruction sind zugleich die persönlichen Verhältnisse des Angeschuldigten und dessen bisheriges Dienstleben auszumitteln. Der Angeschuldigte muss darüber umständlich gehört, und ihm zu seiner schriftlichen oder protocollarischen Vertheidigung eine angemessene präclusivische Frist gestattet werden. Die Verhandlungen sind nach geschlossener Untersuchung von dem Instruenten mit einem Gutachten einzureichen, welches eine vollständige Darstellung der Thatfachen und des aufgenommenen Beweises, sowie der Vertheidigungsgründe enthalten muss.

§. 27. Erscheint der Angeschuldigte auf wiederholte Vorladung nicht, oder verweigert er die Auslassung, so werden die Anschuldigungen, wenn sie durch Urkunden bescheinigt sind, für zugestanden erachtet. Sind zum Beweise noch Zeugen zu vernehmen, so wird mit deren Vernehmung *in contumaciam* verfahren. Die Sache wird hiernächst ohne weitere Vorladung des Angeschuldigten zum Schlusse instruiert und zur Entscheidung gebracht.

Diese Nachtheile müssen dem Angeschuldigten unter Zufertigung einer Zusammenstellung der ihm zur Last gelegten Thatfachen, in der Vorladung ausdrücklich bekannt gemacht werden.

b) Entscheidung;

aa) durch die Provinzialbehörden und die Verwaltungschefs.

§. 28. Die Entscheidung steht, wenn der Angeschuldigte zu den Beamten gehört, welche von einer Provinzial- oder untern

Behörde ernannt oder bestätigt worden, der Provinzialdienstbehörde zu; der Verwaltungschef kann jedoch, wenn er aus besondern Gründen es für angemessen erachtet (§. 25.), dieselbe einer andern Provinzialbehörde übertragen. Die Entscheidung erfolgt bei diesen Behörden durch einen collegialischen Beschluss auf den schriftlichen Vortrag zweier Mitglieder, zu denen bei den Verwaltungsbehörden stets einer der Justitiarien gehören soll. Die Relationen müssen von jedem Referenten selbstständig ausgearbeitet und dürfen nicht gegenseitig mitgetheilt werden. Der Vortrag muss bei Behörden, welche aus mehreren Abtheilungen bestehen, im Plenum gehalten werden. Den Mitgliedern derjenigen Provinzialbehörden, welche keine collegialische Verfassung haben, soll bei der Entscheidung in diesen Sachen ein volles Votum zustehen.

Bei der Entscheidung hat die Behörde, ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein, nach ihrer aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu beurtheilen, in wie weit die Beschuldigungen für gegründet zu achten sind.

Der Beschluss muss der Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten des Verfahrens Erwähnung thun und die Entscheidungsgründe angeben.

§. 29. Der Beschluss ist dem vorgesetzten Verwaltungschef zur Bestätigung einzureichen. Findet dieser dabei Bedenken, so kann er, jedoch nicht mehr als einmal, die Sache zur anderweitigen Beschlussnahme an eine andere Provinzialbehörde verweisen. Gegen den, von dem Verwaltungschef bestätigten Beschluss der Provinzialdienstbehörde findet kein Recurs statt.

Findet der Verwaltungschef, dass die von der Provinzialbehörde als Disciplinar-Vergehen angesehene Handlung ein nach §. 2. gerichtlich zu bestrafendes Verbrechen ist, so muss er die Sache an den Richter verweisen.

§. 30. Der Verwaltungschef ist befugt, den Beschluss der Provinzialbehörde zu mildern; eine Verschärfung kann aber nur in so fern stattfinden, als eine solche auf die Verweisung der Sache an eine andere Provinzialbehörde (§. 29.) durch letztere beschlossen wird.

§. 31. Findet die Provinzialbehörde den Fall dazu geeignet, den Beamten, dessen Entlassung sie ausgesprochen hat, zu einer Unterstützung (§. 18.) zu empfehlen, so hat sie darüber an den Verwaltungschef zu dessen Entscheidung besonders zu berichten.

§. 32. Die Bestimmungen der §§. 28—31. finden auch auf solche Beamte Anwendung, welche zwar von den Verwaltungschefs ernannt oder bestätigt worden sind, jedoch nach der zur Zeit der Untersuchung bestehenden Verfassung von der Provinzialbehörde zu ernennen oder zu bestätigen sein würden.

§. 33. In den Untersuchungen gegen Kanzleidiener, Boten Kastellane und andere in gleicher Kategorie stehende, oder zu bloß mechanischen Dienstleistungen bestimmte Diener, welche

bei den obersten Verwaltungsbehörden oder in solchen Verwaltungszweigen angestellt sind, in welchen keine Provinzialdienstbehörden bestehen, entscheidet der Verwaltungschef auf den schriftlichen Vortrag zweier Referenten, zu denen bei den Verwaltungsbehörden stets einer der Justitiarien gehören soll.

Bei denjenigen obersten Verwaltungsbehörden, bei welchen kein Justitiarius angestellt ist, soll ein Rath des Justizministeriums zu einem der Referenten bestellt werden.

In Betreff der Ausarbeitung der Relationen, der Beurtheilung des Beweises und der Form des Beschlusses sind die Bestimmungen im §. 28. zu beachten. Gegen die Entscheidung ist kein Recurs zulässig.

§. 34. Sind in einem Verwaltungszweige, in welchem Provinzialdienstbehörden bestehen, einzelne Unterbehörden ausnahmsweise dem Verwaltungschef unmittelbar untergeordnet, so kann dieser die Untersuchung und Beschlussnahme gegen die bei solchen Unterbehörden angestellten Beamten, welche mit den im §. 28. erwähnten in gleicher Dienst-Kategorie sich befinden, einer Provinzialbehörde übertragen. Die Vorschriften der §§. 28—31. sind in diesem Falle gleichfalls anzuwenden.

bb. durch das Staatsministerium.

§. 35. In Untersuchungen gegen andere, als die in den §§. 28. 32. und 33. bezeichneten Beamten sind die Verhandlungen von dem Verwaltungschef, wenn er nach dem Ausfall der Untersuchung die Entfernung des Angeschuldigten aus dem Amte für nöthig erachtet, mit einem gutachtlichen Votum bei dem Staatsministerium vorzulegen.

Ist der Angeschuldigte ein der Provinzialbehörde untergeordneter Beamter, so muss die Sache vor Einsendung der Verhandlungen an den Verwaltungschef, nach Vorschrift des §. 28. bei der Provinzialdienstbehörde vorgetragen, und über den zu erstattenden gutachtlichen Bericht ein collegialischer Beschluss gefasst werden; es ist jedoch hierbei die Ernennung zweier Referenten und die Ausarbeitung besonderer Relationen nicht erforderlich. Den Vortrag hat bei den Verwaltungsbehörden einer der Justitiarien zu halten, welcher seine Meinung schriftlich zu den Acten geben muss.

§. 36. Im Staatsministerium werden die Verhandlungen zweien Mitgliedern desselben, von welchen der eine allemal einer der Justizminister, der andere aber nicht der antragende Verwaltungschef sein soll, vorgelegt; jeder von diesen lässt durch einen seiner Ministerialräthe eine Relation ausarbeiten. Beide Relationen werden im Staatsministerium verlesen, und wird hierauf der Beschluss nach Stimmenmehrheit gefasst. Die Bestimmungen im §. 28. wegen Ausarbeitung der Relationen, der Beurtheilung des Beweises und der Form des Beschlusses, finden auch hier Anwendung.

§. 37. Der Beschluss des Staatsministeriums wird dem betreffenden Verwaltungschef sogleich zur Ausführung zugestellt, wenn der Angeschuldigte kein Amt bekleidet, zu welchem die Ernennung oder Bestätigung von Uns Selbst erfolgt. Bekleidet der Angeschuldigte ein solches Amt, so muss der Beschluss, wenn dadurch die Entfernung aus dem Amte ausgesprochen ist, nebst den Verhandlungen dem Staatsrathe mitgetheilt werden, welcher darüber zu Unserer Entscheidung ein Gutachten zu erstatten hat.

§. 38. Die Bestimmungen, welche in den §§. 23—37. hinsichtlich der Provinzialbehörden und deren Vorsteher getroffen sind, finden auch auf die denselben nach §. 5. gleich zu achtenden Centralbehörden und deren Vorsteher Anwendung.

C. Besondere Bestimmungen.

1) in Betreff der bei dem Staatsministerium und Staats-Secretariate angestellten Unterbedienten.

§. 39. Vor das Staatsministerium gehört auch die Entscheidung über die Entfernung aus dem Amte gegen die im §. 33. erwähnten Diener, welche bei dem Staatsministerium selbst, bei den unmittelbar unter demselben stehenden Behörden und bei dem Staatssecretariat angestellt sind.

2) in Betreff der Justizbeamten.

§. 40. In Untersuchungen gegen richterliche Beamte, ohne Unterschied, ob sie in Unserem unmittelbaren Dienste stehen oder nicht, erfolgt die Entscheidung über die Entfernung aus dem Amte durch das vorgesetzte Landes-Justiz-Collegium (in Neuvorpommern das Ober-Appellationsgericht zu Greifswald), und wenn der Angeschuldigte Mitglied eines Landes-Justizcollegiums ist, durch ein anderes, von dem Justizminister zu bestimmendes Landes-Justizcollegium.

Gegen den Beschluss des Landes-Justizcollegiums kann sowohl von dem Angeschuldigten als von dem Justizminister, und zwar von ersterem binnen sechs Wochen, von letzterem binnen drei Monaten der Recurs an das Geh. Ob. Trib. eingelegt werden.

In Disciplinar-Untersuchungen gegen Richter in dem Bezirke des Justiz-Senats zu Ehrenbreitenstein geht der Recurs an den Rheinischen Revisions- und Kassationshof.

§. 41. In Disciplinar-Untersuchungen, welche gegen Richter im Bezirke des Appellations-Gerichtshofes zu Cöln zum Zwecke ihrer Entfernung aus dem Amte eingeleitet werden, entscheidet auch fernerhin, und zwar in erster und letzter Instanz der Revisions- und Kassationshof.

In Untersuchungen gegen Friedensrichter treten die Landgerichte in die Stelle der Provinzialdienstbehörden; der von dem Landgerichte an den Justizminister zu erstattende gutachtliche Bericht (§. 35.) muss jedoch dem ersten Präsidenten und dem General-Procurator des Appellationsgerichtshofes zur Weiterbeförderung mit Beifügung eines Gutachtens mitgetheilt werden.

§. 42. Bei den Entscheidungen der Gerichte über die Entfernung aus dem Amte (§§. 40. und 41.) sind die Vorschriften des §. 28. über die Ausarbeitung der Relationen, die Beurtheilung des Beweises und die Form der Beschlüsse gleichfalls zu beachten.

Ist gegen einen von Uns unmittelbar ernannten richterlichen Beamten die Entfernung aus dem Amte ausgesprochen worden, so ist der Beschluss durch den Justizminister zu Unserer Bestätigung einzureichen.

§. 43. Im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln ist gegen Advocaten, Anwalte, Notarien, Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher, so wie gegen Hülfbeamte der gerichtlichen Polizei, nach den dort geltenden besondern Gesetzen über die Disciplinarstrafen und Disciplinar-Untersuchungen zu verfahren. Diese sind auch bei Verhängung von Ordnungsstrafen gegen richterliche Beamte, so wie gegen Beamte des öffentlichen Ministeriums bei den Landgerichten und höhern Gerichtshöfen anzuwenden; dagegen erfolgt in Ansehung der letzteren die Entscheidung über die Entfernung aus dem Amte nach Maassgabe der in den §§. 35 — 37. gegebenen Vorschriften.

3) in Betreff der Postbeamten.

§. 44. Zur Verfügung von Ordnungsstrafen innerhalb der für die Vorsteher der Unterbehörden im §. 23. vorgeschriebenen Grenzen sind die Postamts-Vorsteher gegen ihre Untergebenen, und die Post-Inspectoren gegen die Beamten ihres Bezirks nur in so fern befugt, als ihnen diese Befugniss von dem Generalpostmeister ausdrücklich beigelegt worden ist.

4) in Betreff der Gemeindebeamten.

§. 45. Gegen Gemeindebeamte wird über die Entfernung aus dem Amte von den Regierungen entschieden.

Der Bestätigung des Beschlusses durch den Minister des Innern bedarf es nur bei den nach den Vorschriften der beiden Städte-Ordnungen angestellten Bürgermeistern oder Magistratsmitgliedern, und bei den nach der Gemeinde-Ordnung vom 31. Octbr. 1841 in Westphalen angestellten Amtsmännern.

Gegen Ober-Bürgermeister findet das in den §§. 35 — 37. vorgeschriebene Verfahren statt.

§. 46. Bei den städtischen Unterbeamten wird das Verfahren auf Entfernung aus dem Amte durch den Magistrat eingeleitet und instruiert.

5) in Betreff der Militairbeamten.

§. 47. Das Verfahren auf Entfernung aus dem Amte wird gegen Militair-Verwaltungsbeamte nach Vorschrift der Ordre vom 24. Septbr. 1826 No. 1. litt. a. b. und c. (G. S. S. 85.), gegen Militair-Justiz-Beamte aber von dem General Auditoriate eingeleitet.

§. 48. In den Untersuchungen gegen Beamte, welche der General-Auditeur ernennt, entscheidet das General-Auditorium.

unter Vorbehalt der Bestätigung durch den Kriegsminister (§§. 28 — 31.). Auf die Auditeure finden die Bestimmungen in den §§. 40 — 42. Anwendung.

§. 49. In den Untersuchungen gegen Militärverwaltungsbeamte, welche nicht Officiersrang haben, wird die Entscheidung nach Vorschrift des §. 33. von dem Kriegsminister getroffen. Bei Militärverwaltungsbeamten, welche Officiersrang haben, erfolgt die Entscheidung nach den Vorschriften der §§. 35 — 37.

§. 50. Für die Zeit des Krieges verbleibt es bei den Bestimmungen der Ordre vom 24. Septbr. 1826 No. 2.

§. 51. Die Disciplinargewalt, welche den Militärbefehlshabern gegen die Militärbeamten zusteht, wird nach den besonderen Anordnungen hierüber ausgeübt.

§. 52. Bei den Telegraphencorps bleiben die Disciplinavorschriften des Reglements vom 6. Novbr. 1837 §§. 20 — 29. in Anwendung.

6) in Betreff der Geistlichen und öffentlichen Lehrer.

§. 53. Auf Geistliche und öffentliche Lehrer finden die Vorschriften der §§. 14 — 38. keine Anwendung; wegen der Disciplinarvergehen derselben ist nach den besonderen Vorschriften hierüber zu verfahren.

III. Amts - Suspension.

§. 54. Bei Einleitung der gerichtlichen Untersuchung, so wie des Disciplinarverfahrens auf Entfernung aus dem Amte kann der Angeschuldigte vom Amte suspendirt werden. Die Suspension muss nothwendig erfolgen, wenn der Angeschuldigte in einer gerichtlichen Untersuchung durch das Erkenntniss erster Instanz zur Amtsentsetzung verurtheilt worden ist. In diesem Falle wird die Suspension sogleich nach Publication des Erkenntnisses von der zunächst vorgesetzten Dienstbehörde angeordnet. In allen anderen Fällen steht die Verfügung hierüber der in §§. 5. und 6. bezeichneten Behörde zu; doch kann, wenn Gefahr im Verzuge ist, die Provinzialdienstbehörde, so wie die derselben nach §§. 5., 38. und 41. gleich zu achtende Behörde, gegen Beamte, in deren Hinsicht die Verfügung dem Verwaltungschef zusteht, die Suspension einstweilen veranlassen, und der Vorsteher einer Unterbehörde einen ihm untergeordneten Beamten, die Ausübung des Amtes vorläufig untersagen; es muss aber darüber sofort an die vorgesetzte Instanz berichtet werden.

§. 55. Der suspendirte Beamte behält während der Untersuchung die Hälfte seines Dienst Einkommens; ist aber gegen ihn in einer gerichtlichen Untersuchung durch das Erkenntniss erster Instanz die Amtsentsetzung ausgesprochen worden, so ist ihm, von der Zeit der Publication dieses Erkenntnisses an, von seinem Dienst Einkommen nur der zum nothdürftigen Unterhalt erforderliche Betrag, der jedoch niemals die Hälfte des Dienst Einkommens übersteigen darf, zu verabreichen.

Auf die für Dienstunkosten besonders ausgesetzten Beträge ist bei Berechnung der Hälfte des Dienst Einkommens keine Rücksicht zu nehmen.

Aus dem inne behaltenen Theile des Einkommens sind die Kosten der Stellvertretung des Angeschuldigten und des Untersuchungs-Verfahrens zu bestreiten.

§. 56. Der zu diesen Zwecken (§. 55.) nicht verwendete Theil des Einkommens wird dem Beamten nachgezahlt, wenn die gerichtliche Untersuchung nicht die Entsetzung oder Degradation, und das Disciplinarverfahren nicht die Entfernung aus dem Amte zur Folge gehabt hat. Der Beamte kann in diesem Falle über die Verwendung des inne behaltenen Theils des Einkommens eine Nachweisung fordern, ist aber zu Erinnerungen gegen die darüber von der Dienstbehörde getroffenen Anordnungen nicht befugt.

§. 57. Ob und in wie fern dem Beamten, wenn er völlig freigesprochen wird, der verwendete Betrag des von dem Einkommen während der Suspension inne behaltenen Antheils nachzuzahlen sei, bleibt in jedem einzelnen Falle Unserer Entscheidung vorbehalten.

IV. Verfahren gegen Beamte, welche auf Widerruf oder Zeit angestellt sind.

§. 58. Beamte, welche auf Probe, auf Kündigung oder sonst auf Widerruf angestellt sind, können nach dem Ermessen der Behörde, welche die Anstellung verfügt hat, ohne dass es dabei des in dem gegenwärtigen Gesetze vorgeschriebenen Verfahrens bedarf, entlassen werden; waren sie aber vorher in einem andern Amte ohne einen solchen Vorbehalt angestellt, so kann nicht die Entlassung, sondern nur die Zurückversetzung in das frühere Amt, oder die Versetzung in ein anderes Amt von gleichem Range und Einkommen verfügt werden.

Wenn ein Beamter auf den Grund des Vorbehalts der Kündigung entlassen wird, so muss ihm in allen Fällen bis zum Ablaufe der Kündigungsfrist sein volles Einkommen gewährt werden.

§. 59. Beamte, welche wie die nach Vorschrift der Städte-Ordnungen gewählten Bürgermeister und Magistratsmitglieder für eine bestimmte Zeit definitiv angestellt sind, können vor Ablauf ihrer Amtsperiode nur unter Beobachtung der für lebenslänglich angestellte Beamte ertheilten Vorschriften aus dem Amte entfernt werden.

§. 60. Referendarien und Auscultatoren, welche durch eine tadelhafte Führung zu einer weiteren Anstellung sich unwürdig zeigen, oder die Erwartung ihrer Brauchbarkeit für den Dienst durch ihre Leistungen nicht erfüllen, kann der Verwaltungschef auf den Antrag der Provinzialdienstbehörde aus dem Dienste entlassen; das in den §§. 25. u. f. vorgeschriebene Verfahren findet auf dieselben keine Anwendung.

§. 61. In Ansehung der Entlassung der Supernumerarien und der sonst zur Erlernung des Dienstes bei den Behörden be-

schäftigten Personen verbleibt es bei den darüber bestehenden besonderen Vorschriften.

§. 62. Alle über Gegenstände des gegenwärtigen Gesetzes jetzt bestehenden allgemeinen und besonderen Vorschriften werden, sofern sie nicht ausdrücklich bestätigt worden sind, hierdurch aufgehoben.

Auf die bereits eingeleiteten Untersuchungen findet jedoch dieses Gesetz keine Anwendung; vielmehr ist in denselben nach den bisherigen Vorschriften zu verfahren.

b) Rescr. v. 19. Octbr. 1846, betr. den Unterschied des Verfahrens behufs Entfernung aus dem Amte von dem zur Festsetzung von Ordnungsstrafen. Min. Bl. S. 179.

c) Zu §. 9. u. §. 53. vorstehenden Gesetzes vergl. Verordn. v. 27. Juni 1845, betr. die Ressortverhältnisse der Provinzialbehörden für das evangelische Kirchenwesen, resp. in katholisch-kirchlichen Angelegenheiten. s. zu A. L. R. II. 10. §. 85.

d) Zu §. 43. des vorstehenden Gesetzes vergl. Verordn. v. 7. Juni 1844, betr. die Ausübung der Disciplin über Advocaten und Anwälte im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln. G. S. S. 175 — 178.

e) Vergl. §. 39. u. §. 43. des Gesetzes v. 11. Juni 1845, über das Verfahren bei Aufnahme von Notariatsinstrumenten. s. zu A. G. O. III. 7. §. 45. seqq.

f) C. O. v. 11. Juni 1846, wodurch die Mittheilung ehrengerichtlicher Erkenntnisse gegen die als Beamte im Staatsdienst angestellten Landwehr-Officiere und verabschiedeten Officiere an die ihnen vorgesetzte Civilbehörde vorgeschrieben ist. Min. Bl. S. 143.

3. **a)** Vergl. Verordn. v. 29. März 1844, betr. das bei Pensionirungen zu beobachtende Verfahren. s. zu A. L. R. II. 10. §. 94. seqq.

b) Verordn. v. 24. Jan. 1844, über die Festsetzung und den Ersatz der bei Kassen und anderen Verwaltungen vorkommenden Defecte. s. zu A. L. R. II. 10. §. 88 — 91.

4. Verordn. v. 30. April 1847, betr. die Bildung eines Ehrenraths unter den Justizcommissarien, Advocaten und Notarien. G. S. S. 196.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen über die Bildung eines Ehrenraths unter den Justizcommissarien, Advocaten und Notarien, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, mit Ausschluss des Bezirks des Appellationsgerichtshofes zu Cöln, was folgt:

§. 1. Bei jedem Landes-Justizcollegium soll aus der Mitte der Justizcommissarien, Advocaten und Notarien, welche im Bezirke desselben angestellt sind, ein Ehrenrath von sechs bis zehn Mitgliedern, einschliesslich des Vorsitzenden, gebildet werden.

§. 2. Der Ehrenrath, welcher sein Amt unentgeltlich verwaltet, ist befugt und verpflichtet, über die Erfüllung der besonderen Amtspflichten, sowie derjenigen Pflichten seiner Standesgenossen zu wachen, welche durch Ehrenhaftigkeit, Redlichkeit und Anstand bedingt werden. Insbesondere tritt derselbe bei

allen Vergehen der Justizcommissarien, Advocaten und Notarien, welche nach dem Gesetze vom 29. März 1844 im Disciplinarwege zu ahnden sind, an die Stelle der in jenem Gesetze angeordneten Disciplinarbehörde mit den dieser zustehenden Rechten.

§. 3. In der Befugniss der Gerichte: in den bei ihnen schwebenden Rechtsangelegenheiten die Justizcommissarien, Advocaten und Notarien zu ihrer Schuldigkeit anzuhalten und mit Ordnungsstrafen zu belegen, wird nichts geändert. Die Gerichte können aber auch in solchen Fällen die Untersuchung und Entscheidung dem Ehrenrathe überlassen.

§. 4. Jedes Landes-Justiz-Collegium, bei welchem ein Staatsanwalt für Criminalsachen nicht angestellt ist, hat einen Beamten zu bestellen, welcher die Functionen des Staatsanwalts in den vor dem Ehrenrathe vorkommenden Untersuchungen wahrzunehmen hat.

§. 5. Erachtet der Ehrenrath dafür, dass Anlass zu einem Disciplinar-Strafverfahren gegen einen Justizcommissarius, Advocaten oder Notar vorhanden sei, oder wird die Einleitung eines solchen Verfahrens von dem Landes-Justiz-Collegium oder dem Staatsanwalt (§. 4.) beantragt, — welchem Antrage in jedem Falle Statt gegeben werden muss, — so ist die Untersuchung in Form eines Beschlusses zu eröffnen, in welchem, wenn die Untersuchung auf Dienstentlassung gerichtet ist, dies ausdrücklich ausgesprochen werden muss.

§. 6. Die Instruction der Sache erfolgt vor versammeltem Ehrenrathe, oder durch einen aus seiner Mitte bestellten Commissarius.

§. 7. Dem Ehrenrathe steht das Recht zu, in dem Verfahren Zeugen zu laden und eidlich zu vernehmen.

Erscheinen dieselben auf die Vorladung nicht, so ist der persönliche Richter um ihre Gestellung zu ersuchen.

§. 8. Erscheint der Angeschuldigte auch auf die zweite an ihn gerichtete Vorladung nicht, oder verweigert er die Auslassung, so werden die Anschuldigungen, wenn sie durch Urkunden bescheinigt sind, für zugestanden erachtet.

Sind zum Beweise Zeugen zu vernehmen, so wird mit deren Vernehmung *in contumaciam* verfahren und die Sache ohne weitere Vorladung des Angeschuldigten zum Schluss instruiert.

§. 9. Erachtet der Ehrenrath schon im Laufe der Untersuchung eine Amtssuspension des Angeschuldigten für nöthig, so hat er gutachtlich an das vorgesetzte Landes-Justizcollegium zu berichten, dem die Entscheidung darüber zusteht.

Dasselbe kann aber auch ohne einen solchen Antrag die Suspension von Amtswegen verfügen.

§. 10. Behufs der Entscheidung wird der Angeschuldigte durch eine schriftliche Vorladung, in welcher die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen und Beweise kurz anzugeben sind, zu einer Sitzung des Ehrenraths, mindestens acht Tage vorher, in

der für gerichtliche Vorladungen vorgeschriebenen Form, berufen, und gleichzeitig dem Staatsanwalt von der Sitzung Nachricht gegeben.

In der Sitzung, in welcher mindestens fünf Mitglieder, einschliesslich des Vorsitzenden, zugegen sein müssen, werden die einzelnen Anschuldigungspuncte von dem Vorsitzenden oder einem von demselben bestellten Referenten entwickelt, die Zeugenaussagen und andere Beweismittel vorgelesen, der Staatsanwalt wird, wenn derselbe gegenwärtig ist, mit seinen Anträgen und der Angeschuldigte mit seiner Vertheidigung gehört, und sodann die nach Stimmenmehrheit beschlossene Entscheidung sofort, oder doch in einer zu diesem Zwecke sogleich zu bestimmenden und nicht über acht Tage hinaus anzusetzenden Sitzung, verkündigt.

§. 11. Der Staatsanwalt muss, wenn die Untersuchung auf Dienstentlassung gerichtet ist, seine Anträge in der Sitzung (§. 10.) persönlich oder durch einen Substituten machen; in allen anderen Fällen kann er seine Erklärung auch schriftlich abgeben.

§. 12. Die Strafen, auf welche der Ehrenrath zu erkennen befugt ist, sind:

Ermahnung oder Warnung, Verweis, Geldbussen bis zu 500 Thalern und Dienstentlassung.

§. 13. Bei der Entscheidung hat der Ehrenrath, ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein, nach seiner aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu beurtheilen, in wieweit die Anschuldigung für gegründet zu erachten.

§. 14. Der von allen Mitgliedern des Ehrenraths unterschriebene Beschluss ist dem Angeklagten, und eine Abschrift desselben dem Staatsanwalte zuzustellen.

§. 15. Gegen die Entscheidung des Ehrenraths kann sowohl vom Angeklagten, als vom Staatsanwalt Recurs innerhalb sechs Wochen präclusivischer Frist vom Tage des behändigten Bescheides eingelegt werden.

§. 16. Dieser Recurs geht, wenn der Angeklagte darüber, dass auf Dienstentlassung erkannt, oder der Staatsanwalt darüber, dass die Dienstentlassung nicht ausgesprochen worden, Beschwerde führt, an das Geh. Ob. Trib., und in dem Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein an den Rheinischen Revisions- und Kassationshof. In allen anderen Fällen geht der Recurs an das vorgesetzte Landes-Justizcollegium, in Neu-Vorpommern das Ober-Appellationsgericht zu Greifswald.

§. 17. Ist auf eine geringere Strafe als Dienstentlassung erkannt, und der Angeklagte legt Recurs an das Landes-Justizcollegium, der Staatsanwalt aber an das Geh. Ob. Trib. oder den Rheinischen Revisions- und Kassationshof ein, so entscheidet über beide Recurse der höhere Gerichtshof.

§. 18. Die zur Ausführung von Erkenntnissen, welche auf Geldstrafen oder Dienstentlassung lauten, erforderlichen Maass-

regeln sind bei dem betreffenden Landes-Justizcollegium zu beantragen.

§. 19. An Kosten kommen nur baare Auslagen zum Ansatz, welche der zu einer Strafe Verurtheilte zu tragen schuldig und die bei erfolgter Freisprechung oder beim Unvermögen des Verurtheilten dem Criminalfonds zur Last fallen.

Die erkannten Geldstrafen werden zunächst zur Deckung der Kosten verwandt und fließen im Uebrigen zu den für den Bezirk eines jeden Landes-Justizcollegiums bestehenden Fonds zur Unterstützung der Wittwen und Waisen von Justizbeamten.

§. 20. Kommen zur Kenntniss des Ehrenraths gemeine oder Amtsverbrechen im Sinne des §. 2. des Gesetzes vom 29. März 1844, so muss er hiervon dem competenten Gerichte Anzeige machen, und es bleibt diesem das weitere Verfahren vorbehalten.

§. 21. Die Mitglieder des Ehrenraths, sowie vier bis sechs Stellvertreter derselben werden in einer vom Präsidenten des Landes-Justizcollegiums einzuberufenden und zu leitenden General-Versammlung der Justizcommissarien, Advocaten und Notarien des Bezirks, von den Anwesenden durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

Der Wahlact beginnt damit, dass jeder Anwesende dem Präsidenten einen Wahlzettel mit Bezeichnung der Mitglieder und Stellvertreter, für welche er stimmt, zustellt. Sollte auf diesem Wege die erforderliche Zahl der Mitglieder und Stellvertreter die absolute Stimmenmehrheit nicht erhalten, so wird über jedes noch zu wählende Mitglied und jeden noch zu wählenden Stellvertreter einzeln abgestimmt. Wird die absolute Stimmenmehrheit auch auf diesem Wege durch zweimalige Abstimmung nicht erreicht, so ist der Beschluss über die zu wählende Person dadurch herbeizuführen, dass die dritte Abstimmung über diejenigen Candidaten erfolgt, welche bei der zweiten Abstimmung die relativ meisten Stimmen erhalten haben, und dass derjenige, welcher alsdann die meisten Stimmen erhält, für gewählt erachtet wird.

§. 22. Die Wahl der Mitglieder des Ehrenraths und ihrer Stellvertreter erfolgt auf sechs Jahre. Nach Ablauf von je drei Jahren scheidet die Hälfte der Mitglieder und Stellvertreter aus, und wird von Neuem gewählt; das erste Mal werden die Ausscheidenden durch das Loos, demnächst durch die Zeit bestimmt, welche seit ihrer Wahl verstrichen ist. Die Ausscheidenden sind sofort wieder wählbar.

§. 23. Die Annahme der Wahl kann nur aus überwiegenden Gründen, deren Prüfung dem den Wahlact leitenden Präsidenten des Landes-Justizcollegiums überlassen bleibt, abgelehnt werden.

Wenn jedoch nach Ablauf der drei Jahre eine Wiedererwählung erfolgt (§. 22.), so steht die Annahme in der Willkühr des Gewählten.

§. 24. Jedes Mitglied des Ehrenraths, gegen welches ein Disciplinarverfahren nothwendig wird, scheidet sofort aus dem

Ehrenrathe aus, vorbehaltlich jedoch des Rechts zum Wiedereintritt bei Entbindung von jeder Strafe.

§. 25. Der Vorsitzende des Ehrenraths, welcher am Orte des Obergerichts seinen Wohnsitz haben muss, wird von den Mitgliedern desselben, unmittelbar nach vollendetem Wahlact (§§. 21. und 22.) durch absolute Stimmenmehrheit in der §. 21. bezeichneten Art auf jedesmal drei Jahre gewählt.

§. 26. Die Namen des Vorsitzenden und der Mitglieder des Ehrenraths, sowie ihrer Stellvertreter, sind nach jedem Wahlact von dem Präsidenten des Landes-Justizcollegiums durch die Amtsblätter bekannt zu machen. Dasselbe muss in Ansehung aller Veränderungen geschehen, welche im Laufe einer Wahlperiode vorkommen möchten.

§. 27. Nähere Bestimmungen über den Wahlact, das Verfahren vor dem Ehrenrathe und die Art seiner Geschäftsführung bleiben einer besonderen, von Unserem Justizminister zu erlassenden Instruction vorbehalten.

Th. I. Tit. 35. §. 34. Anh. S. 243. a) Regulativ v. 7. Juni 1844, betr. das Verfahren bei Chausseepolizei- und Chausseegeld-Uebertretungen. G. S. S. 167.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen über das Verfahren bei Untersuchung und Bestrafung der Chausseepolizei- und Chausseegeld-Uebertretungen nach dem Antrage Unseres Staatsministeriums, was folgt:

I. Chausseepolizei- Uebertretungen.

Handhabung der Chausseepolizei.

§. 1. Ueber die Aufrechthaltung der in der Verordn. über den Verkehr auf den Kunststrassen vom 17. März 1839 (G. S. 1839, S. 80.) enthaltenen, so wie der dem Chausseegeld-Tarif vom 29. Febr. 1840 (G. S. 1840, S. 98.) unter No. 7. bis 19. beigefügten polizeilichen Vorschriften haben zunächst die Chausseeaufseher, Chausseewärter und die Gendarmen zu wachen. Ausserdem sind auch die Chausseegeld-Erheber und Pächter, so wie die Polizei-, Forst-, Zoll- und Steuerbeamten verpflichtet, die von ihnen wahrgenommenen oder ihnen glaubhaft angezeigten Chausseepolizei-Uebertretungen zur Rüge zu bringen.

Verfahren gegen den Angeschuldigten.

§. 2. Wer bei Uebertretung einer der §. 1. gedachten Vorschriften betroffen wird, ist bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1 bis 10 Rthlr., statt deren im Unvermögensfalle verhältnissmässiges Gefängniss eintritt, verpflichtet, den im §. 1. bezeichneten Personen bis zur nächsten in der Richtung der Reise gelegenen Chausseegeld-Hebestelle oder Ortsbehörde zu folgen, derselben Auskunft über seinen Namen, Stand und Wohnort zu ertheilen, und seine Erklärung zu Protocoll zu geben, ob er der gesetzlichen Strafe sich unterwerfen und den ihm bekannt zu machenden Betrag derselben einzahlen wolle.

Kommt es jedoch nach den §§. 4. 5. und 7. der Verordn. vom 17. März 1839 auf specielle Ermittlung des Gewichts der Ladung an, so ist der Führer des Fuhrwerks verpflichtet, den im §. 1. bezeichneten Personen, oder einem hierzu anzunehmenden Begleiter nach dem nächsten, in der Richtung der Reise gelegenen Orte zu folgen, in welchem sich eine zum Verwiegen der Ladung geeignete Waageanstalt befindet.

Zu einer rückwärts liegenden Chausseegeld-Hebestelle oder Ortsbehörde braucht der Angeschuldigte nur dann zu folgen, wenn dieselbe nicht weiter als eine Viertelmeile von der Stelle, an welcher die Uebertretung verübt oder das Fuhrwerk angehalten worden, belegen, und die nächste in der Richtung der Reise befindliche Chausseegeld-Hebestelle oder Ortsbehörde entweder weiter entfernt oder mit keiner Waageanstalt versehen ist. Sollte sich ein im Dienst befindlicher Postillon einer Uebertretung schuldig machen, so bedarf es der sofortigen persönlichen Gestellung des Uebertreters nicht, sondern die Uebertretung ist anderweit in vorschriftsmässiger Weise zur Anzeige zu bringen.

§. 3. Die im §. 2. vorgeschriebene Verhandlung darf nur von den Chausseegeld-Erhebern und Pächtern selbst, nicht aber von ihren Vertretern im Erhebungsgeschäfte aufgenommen werden. Die Chausseegeld-Erheber und Pächter sind auch dann zur Aufnahme der Verhandlung befugt und verpflichtet, wenn sie die Uebertretung selbst entdeckt haben.

Die Annahme des Strafgeldes ohne vorgängige Aufnahme einer solchen Verhandlung ist sowohl den Chausseegeld-Erhebern und Pächtern, als auch den Ortsbehörden untersagt, den übrigen in §. 1. benannten Personen aber gänzlich verboten.

A. Wenn der Angeschuldigte der Strafe sich unterwirft und dieselbe

1) sofort einzahlt.

§. 4. 1) Wenn der Angeschuldigte bei der nach §. 2. eintretenden Vernehmung sich der Strafe unterwirft, und deren Betrag sofort einzahlt, so nimmt der Chausseegeld-Erheber oder Pächter oder die Ortsbehörde den Betrag an, und ertheilt unaufgefordert Quittung darüber, worauf der Angeschuldigte, nachdem nöthigenfalls wegen der Abstellung vorschriftswidriger Einrichtungen der Transportmittel gemäss §. 15. der Verordn. vom 17. März 1839 das Erforderliche veranlasst worden, seinen Weg fortsetzen darf. In diesem Falle findet ein weiteres Verfahren wegen der Uebertretung nicht Statt, sondern es behält bei der erlegten Strafe unabänderlich sein Bewenden.

2) nicht einzahlt.

a) Legitimation.

2) Unterwirft der Angeschuldigte sich der Strafe, zahlt aber deren Betrag nicht ein, so ist ihm

a) wenn er über Namen, Stand und Wohnsitz im Inlande sich auszuweisen vermag, die Fortsetzung der Reise unter Berücksichtigung des §. 15. der Verordn. vom 17. März 1839 zu gestatten.

b) Pfändung.

b) Vermag der Angeschuldigte diesen Ausweis nicht zu führen, so wird zur Pfändung geschritten. Dem Gepfändeten wird unaufgefordert ein Pfandschein ertheilt. Es dürfen nur solche Sachen als Pfand angenommen werden, welche weder dem Verderben ausgesetzt sind, noch Unterhaltungskosten erfordern. Das Pfand wird nur gegen Einzahlung der Strafe zurückgegeben, und wenn diese nicht binnen längstens vier Wochen erfolgt, verkauft (§. 13.).

In beiden Fällen (litt. a. und b.) ist der Uebertreter zugleich verpflichtet, einen Einwohner des Regierungsbezirks als seinen Bevollmächtigten zu bezeichnen, durch welchen die Einzahlung der Strafe zu gewärtigen ist, und welchem, wenn ein Pfand zurückgelassen worden, der Ueberschuss des Pfanderlöses, oder, bei rechtzeitiger Einzahlung der Strafe, das Pfand ausgehändigt werden kann. Kann oder will der Uebertreter dieser Verpflichtung nicht genügen, so bestellt diejenige Behörde, welche mit ihm zu verhandeln hat, einen solchen Vertreter von Amtswegen. Dem Uebertreter bleibt dann das Recht, statt des von der Behörde ernannten Vertreters binnen einer Präclusivfrist von acht Tagen einen Bevollmächtigten selbst zu ernennen, welchen dann jene Behörde von dem Tage an, an welchem ihr die Ernennung desselben bekannt gemacht wird, als allein legitimirt anzusehen hat.

c) Verhaftung.

c) Kann durch Pfändung in der zu b. angegebenen Weise der Betrag der Strafe nicht sicher gestellt werden, so ist der Angeschuldigte bis zum Austrage der Sache zu verhaften.

In den unter a. b. und c. bezeichneten Fällen findet ein weiteres Verfahren wegen der Uebertretung nicht statt.

B. Wenn der Angeschuldigte der Strafe sich nicht unterwirft.

1) Legitimation.

§. 5. Unterwirft sich der Angeschuldigte der Strafe nicht, vermag jedoch

1) über Namen, Stand und Wohnsitz im Inlande sich auszuweisen, so wird ihm die Fortsetzung der Reise unter Berücksichtigung des §. 15. der Verordn. vom 17. März 1839 gestattet.

2) Sicherstellung.

2) Vermag der Angeschuldigte diesen Nachweis nicht zu führen, so ist er anzuhalten, den Betrag der Strafe und der muthmasslichen Kosten durch Baarzahlung sicher zu stellen; ist er hierzu nicht im Stande, so ist die Sicherstellung im Wege der Pfändung nach Vorschrift §. 4. No. 2. litt. b. zu bewirken. Ueber die erfolgte Sicherstellung wird unaufgefordert Bescheinigung ertheilt und dem Angeschuldigten demnächst die Fortsetzung der Reise unter Berücksichtigung des §. 15. der Verordn. vom 17. März 1839 gestattet.

In beiden Fällen (No. 1. und 2.) ist für den Angeschuldigten ein Bevollmächtigter innerhalb des Regierungsbezirks nach näherer Vorschrift des §. 2. litt. b. zu bestellen, welcher den Angeschuldigten bei der weiteren Verhandlung zu vertreten hat, und welchem die Entscheidung zu publiciren, auch eintretenden Falles das Pfand oder der Ueberschuss des Pfanderlöses zurückzugeben ist.

3) Verhaftung.

- 3) Kann der Betrag der Strafe und Kosten durch Beschlagnahme nicht sichergestellt werden, so ist der Angeschuldigte bis zum Austrage der Sache zu verhaften.

Aufnahme der Verhandlung.

§. 6. Die nach §. 2. aufzunehmende Verhandlung muss enthalten:

- 1) das Datum und den Ort der Aufnahme;
- 2) die Namen der dabei anwesenden Personen;
- 3) die vollständige Angabe des Hergangs der Uebertretung nach Zeit, Ort und Umständen;
- 4) die Bezeichnung der etwa vorhandenen Zeugen nach Namen, Stand und Wohnort, oder der sonstigen Beweismittel und, wenn die Uebertretung von anwesenden Beamten selbst wahrgenommen worden, deren diensteidliche Versicherung über die Wahrheit ihrer Aussage;
- 5) die Erklärung des Angeschuldigten, ob er sich der Strafe unterwirft oder nicht;
- 6) die Angabe, ob die Strafe gezahlt, deponirt, oder ob und wodurch sie sichergestellt ist.

Die Verhandlung wird von dem Denuncianten, dem Angeschuldigten und dem aufnehmenden Beamten unterzeichnet. Kann oder will der Angeschuldigte seine Unterschrift nicht beifügen, so wird dies am Schlusse bemerkt. Einer besondern Affirmation vor dem Friedensrichter, dessen Stellvertreter, Bürgermeister oder Beigeordneten, wie solche im Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Cöln bisher nöthig gewesen, bedarf es ferner nicht.

Nachträgliche Einzahlung der Strafe.

§. 7. Ist der Angeschuldigte, welcher der Strafe sich unterworfen hat, ohne deren vorgängige Einzahlung entlassen worden (§. 4. No. 2. litt. a. und b.), so muss er solche binnen acht Tagen leisten; geschieht dieses nicht, so ist die Sache nach Vorschrift des §. 10. zur Erledigung zu bringen.

Verfahren im Falle der Verhaftung.

§. 8. Ist eine Verhaftung des Angeschuldigten erfolgt (§. 4. No. 2. litt. c. und §. 5. No. 3.), so ist derselbe, wenn das Verfahren vor einer zu der Entscheidung nicht competenten Ortsbehörde stattfand, sofort, unter Einreichung der vorläufigen Untersuchungsverhandlungen, der nach §. 10. und 12. competenten Behörde zu überliefern. Fand das Verfahren vor einem Chaussegeld-Erheber oder Pächter statt, so ist der Denunciant verpflichtet,

den Angeschuldigten bis zur nächsten Ortsbehörde zu bringen, welche für dessen Weiterbeförderung verantwortlich ist; derselben sind zugleich die vorläufigen Untersuchungsverhandlungen zu übergeben.

Schriftliche Denunciation.

§. 9. Hat der Uebertreter der persönlichen Gestellung zur nächsten Chauseegeld-Hebestelle oder Ortsbehörde sich entzogen (§. 2.), so hat der Entdecker der Uebertretung spätestens binnen 24 Stunden die Denunciation schriftlich einzureichen oder solche, wenn er hierzu nicht im Stande ist, bei der nächsten Ortsbehörde oder Chauseegeld-Hebestelle zu Protocoll zu geben. Die Denunciation wird, sofern diese Behörde zu der Entscheidung nicht competent ist, sofort der nach §§. 10. und 12. competenten Behörde eingereicht, welcher dann die Instruction der Sache so wie die Entscheidung derselben nach Maassgabe des §. 10. obliegt.

Dasselbe Verfahren tritt ein, wenn eine der im §. 1. bezeichneten Personen, ohne den Uebertreter selbst zu betreffen, von einer Chauseepolizei-Uebertretung Kenntniss erhält. Diese Anzeige darf auch dann, wenn der Thäter unbekannt geblieben ist, nicht unterlassen werden.

Weitere Untersuchung und Straffestsetzung.

§. 10. Hat der Angeschuldigte der Strafe sich zwar unterworfen, es kann aber deren Betrag von ihm nicht beigetrieben werden, oder ist derselbe verhaftet worden (§. 4. No. 2. litt. c.), so wird durch ein Resolut in Stelle der Geldbusse eine Gefängnisstrafe festgesetzt. In gleicher Weise erfolgt, wenn der Angeschuldigte der Strafe sich nicht unterworfen oder sich der persönlichen Gestellung entzogen hat (§§ 5. und 9.), die Festsetzung der durch die Chauseepolizei-Uebertretung oder durch die im §. 2. erwähnte Weigerung verwirkten Geldbusse und der subsidiarisch eintretenden Gefängnisstrafe.

Die Abfassung des Strafresoluts steht in den Landestheilen, in welchen die A. G. O. gilt, dem Landrath desjenigen Kreises zu, in welchem die vorläufige Untersuchung erfolgt ist; ist aber die Uebertretung innerhalb des Bezirkes einer städtischen Orts-Polizeibehörde vorgefallen oder in Gemässheit des §. 2. bei dieser angezeigt worden, so ist die städtische Orts-Polizeibehörde dazu competent.

Gegen ein Resolut dieser Behörden findet, wenn die festgesetzte Geldbusse den Betrag von fünf Thalern übersteigt, binnen zehn Tagen, vom Tage der Eröffnung an, nach der Wahl des Verurtheilten, Berufung auf richterliches Gehör oder Rekurs an die vorgesetzte Regierung Statt. Uebersteigt die Strafe den Betrag von fünf Thalern nicht, so ist nur der Rekurs an die Regierung binnen der gedachten Frist zulässig. Für die Vollstreckung des rechtskräftigen Resoluts hat der Landrath, und beziehungsweise die städtische Polizeibehörde zu sorgen.

In dem Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Cöln wird die Verhandlung, und wenn der Uebertreter verhaftet worden

ist, derselbe mit der Verhandlung zugleich dem Beamten des öffentlichen Ministeriums bei dem Polizeigericht, in dessen Bezirk die Uebertretung begangen worden ist, übergeben. Dieser Beamte hat die Sache alsdann bei dem Polizeigericht im gesetzlichen Wege zur Erledigung zu bringen.

Das Polizeigericht ist zur Entscheidung über alle Chaussee-Polizei - Uebertretungen befugt, ohne dass es auf die Höhe der Strafe ankommt.

§. 11. Ist eine Verhaftung des Uebertreters erfolgt, so muss sofort das Resolut oder Erkenntniss abgefasst oder das zur Vervollständigung der Instruction etwa noch Erforderliche veranlasst werden.

Beauftragung anderer Behörden.

§. 12. In den Landestheilen, in welchen die A. G. O. oder das gemeine Recht gilt, können, wenn der Sitz der landrätlichen Behörde über drei Meilen von der Chaussee entfernt ist, statt derselben andere Verwaltungs- oder Justizbeamte von den Regierungen mit der Führung der Untersuchung, mit der Entscheidung und Strafvollstreckung in allen denjenigen Fällen beauftragt werden, in welchen eine Verhaftung des Angeschuldigten erfolgt ist.

Verwendung des Ueberschusses aus dem Verkauf eines Pfandes etc.

§. 13. Wenn der Erlös des veräusserten Pfandstücks (§. 4. No. 2. litt. b. §. 5. No. 2.) oder die zur Sicherstellung niedergelegte baare Geldsumme (§. 5. No. 5.) nach Berichtigung der Strafe und Kosten einen Ueberschuss ergiebt, und der Angeschuldigte oder dessen Bevollmächtigter (§. 4. No. 2. b.) sich nicht binnen vier Wochen nach geschehener schriftlicher Aufforderung zur Empfangnahme meldet, so wird der Ueberschuss der Armenkasse des Orts, wo die vorläufige Untersuchung geführt ist, überwiesen mit der Verpflichtung, die Summe dem Angeschuldigten zurückzuzahlen, wenn er sich binnen Jahresfrist, von der Einzahlung zur Armenkasse an gerechnet, meldet. Ist der Wohnort des Angeschuldigten ausserhalb der Provinz oder unbekannt, so vertritt, wenn er keinen Bevollmächtigten ernannt hat, eine einmalige Bekanntmachung im Amtsblatte die Stelle der Aufforderung. Im Fall der Freisprechung wird das Pfandstück sofort an den Angeschuldigten oder dessen Bevollmächtigten gegen Rücklieferung des Pfandscheins zurückgegeben. Ist derselbe abwesend, und meldet sich nicht binnen vier Wochen zur Rücknahme des Pfandstücks, so ist dasselbe zu verkaufen und mit dem Erlöse, wie vorstehend vorgeschrieben, zu verfahren.

Wenn ein Unbekannter, welcher auf einer Chaussee-Polizei-Uebertretung betroffen worden, sich entfernt und Sachen zurückgelassen hat, so wird hierüber eine öffentliche Bekanntmachung von der Untersuchungsbehörde erlassen und dreimal von vier zu vier Wochen in das Amtsblatt eingerückt. Meldet sich hierauf Niemand binnen vier Wochen nach der letzten Bekanntmachung, so werden die Sachen zum Vortheil der Armenkasse verkauft,

dem Inhaber oder Eigenthümer aber bleibt vorbehalten, seine Ansprüche auf Erstattung des Erlöses noch bis zum Ablauf eines Jahres, von der ersten Bekanntmachung an gerechnet, geltend zu machen.

Beträgt der Werth der Sachen nicht über funfzig Thaler, so bedarf es der öffentlichen Bekanntmachung nicht. Der Verkauf kann alsdann, wenn sich binnen vier Wochen nach der Beschlagnahme Niemand gemeldet hat, verfügt werden und die einjährige Frist zur Geltendmachung der Ansprüche auf Erstattung des Erlöses wird vom Tage der Beschlagnahme an gerechnet.

§. 14. Die Vorschriften §. 1. bis 13. kommen auf allen Chausseen zur Anwendung, für welche die Verordnung vom 17. März 1839 und die dem Chausseegeld-Tarif v. 29. Febr. 1840 unter No. 7. bis 23. beigefügten Bestimmungen gelten.

II. Chausseegeld - Uebertretungen,

A. auf Staatsstrassen.

§. 15. Ueber die Aufrechthaltung der dem Chausseegeld-Tarif vom 29. Febr. 1840 unter 1. bis 6. beigefügten, die Sicherung der Chausseegeld-Einnahme betreffenden Vorschriften auf den Staats-Chausseen haben, ausser den Chausseegeld-Erhebern und Pächtern, zunächst die Zoll- und Steuerbeamten zu wachen.

Ausserdem sind auch die übrigen im §. 1. genannten Personen verpflichtet, die zu ihrer Kenntniss gelangenden Uebertretungen dieser Vorschrift zur Rüge zu bringen.

§. 16. In Ansehung dieser Uebertretungen (§. 15.) kommen die §§. 2. bis 11. und der §. 13. mit nachstehenden Modificationen zur Anwendung.

1) Was bei Chausseepolizei - Uebertretungen in den §§. 2. bis 9. in Betreff der Ortsbehörden verordnet ist, findet bei Chausseegeld - Uebertretungen auch auf die Zoll- und Steuerämter Anwendung, dieselben mögen Haupt- oder Nebenämter sein. Wenn jedoch die Chausseegeld-Hebestelle, bis zu welcher der Angeschuldigte nach §. 2. dem Entdecker würde folgen müssen, entfernter ist, als die nächste Ortspolizeibehörde, so hat diese die vorläufigen Verhandlungen wegen der Chausseegeld - Uebertretung aufzunehmen.

2) Ist der Angeschuldigte verhaftet, so ist derselbe dem nächsten Gerichte zu überweisen, welches sich sofort der Untersuchung und Entscheidung zu unterziehen, oder, wenn es dazu nicht competent ist, die Sache dem zuständigen Gerichte zu übergeben hat.

3) Wird ausser diesem Falle (No 2.) die Sache durch das Verfahren vor dem Chausseegeld-Erheber oder Pächter, oder vor dem Zoll- oder Steueramte nicht erledigt, so steht die weitere Untersuchung und Entscheidung in den Landestheilen, wo die A. G. O. oder das gemeine Recht gilt, zunächst dem Hauptamte desjenigen Bezirkes zu, in welchem

die Uebertretung verübt worden ist. In allen Chausseegeld-Uebertretungssachen findet dasselbe Verfahren Statt, wie bei den Steuervergehen, soweit nicht das gegenwärtige Regulativ abweichende Bestimmungen hierüber enthält. Es kann insbesondere die an die Stelle der Geldbusse tretende Gefängnisstrafe durch die Steuerbehörde nicht festgesetzt werden und der Angeschuldigte ist berechtigt, sowohl während der summarischen Untersuchung, als auch nach Abfassung des Straf-Resoluts erster Instanz binnen zehn Tagen, von dessen Publication an gerechnet, ohne Rücksicht auf die Höhe der Strafe, auf gerichtliche Untersuchung und Entscheidung anzutragen. In dem Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Cöln gelangt die Sache auf dem im §. 10. bezeichneten Wege an die Polizeigerichte. Die Polizeigerichte sind zur Entscheidung über die Chausseegeld-Uebertretungen ohne Rücksicht auf die Höhe der Strafe competent.

B. auf den Provinzial-, Bezirks-, Gemeinde- und Actienstrassen.

§. 17. Bei den auf den Provinzial-, Bezirks-, Gemeinde- und Actienstrassen verübten Chausseegeld-Uebertretungen kommen die Vorschriften der §§. 1. bis 13. zur Anwendung.

III. Gemeinschaftliche Bestimmungen. Aufhebung des Denuncianten-Antheils.

§. 18. Von den wegen Chausseepolizei- oder Chausseegeld-Uebertretungen eingezogenen Strafgeldern soll dem Denuncianten kein Antheil zufließen.

Alle entgegenstehenden Vorschriften, insbesondere die der Verordnungen v. 31. August 1832 (G. S. S. 214.), v. 28. Febr. 1833 (G. S. S. 28.) und v. 17. März 1839 (G. S. S. 84.) werden hierdurch aufgehoben.

Glaubwürdigkeit der Beamten und Denuncianten.

§. 19. Die durch ein vorschriftsmässiges Protocoll festgestellte Angabe eines der in den §§. 1. und 15. bezeichneten Beamten, mit Ausnahme der Chausseegeld-Pächter, begründet, wenn der Beamte als solcher vereidet ist und seiner Glaubwürdigkeit keine besondere Bedenken entgegenstehen, in Beziehung auf solche Uebertretungen, deren Strafe zehn Thaler nicht übersteigt, einen vollen Beweis der von dem Beamten selbst wahrgenommenen Thatsachen, vorbehaltlich des dem Angeschuldigten freistehenden Gegenbeweises.

Vollstreckung der Strafen.

§. 20. Ist die Strafe von einem Gerichte festgesetzt worden, so liegt diesem in den Landestheilen, in welchen die A. G. O. oder das gemeine Recht gilt, die Vollstreckung der Strafe ob. In dem Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Cöln erfolgt die Vollstreckung der von den Polizeigerichten erkannten Strafen nach den dort geltenden allgemeinen Vorschriften.

Wenn ein Pfand gegeben worden, so ist dieses von der Behörde, welche die erste Verhandlung aufgenommen hat, bis zum

Verkaufe oder bis zur Rückgabe an den Eigenthümer aufzubewahren, von dieser Behörde auch der Verkauf des Pfandes zu bewirken und nöthigenfalls die Aufforderung des Uebertreters zur Empfangnahme des Ueberschusses des Erlöses zu erlassen. Die Aufbewahrung und der Verkauf der von Chausseegeld-Empfängern oder Pächtern abgenommenen Pfänder, so wie der Erlass der Aufforderung, kann jedoch von der, der Chausseegeld-Empfangsstelle vorgesetzten Behörde einem Anderen übertragen werden. Ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet, so kann der Verkauf des Pfandes nur auf Veranlassung derjenigen Behörde, welche für die Vollstreckung der Strafe zu sorgen hat, erfolgen.

Verwendung der Strafgeelder.

§. 21. Die von Chausseepolizei-Uebertretungen aufkommenden Strafgeelder sollen zur Hälfte zu einem besonderen Unterstützungsfonds für Wittwen und Waisen der Polizei- und Steuerbeamten eingezogen werden. Die andere Hälfte soll im Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Cöln den in Gemässheit der Verordn. vom 27. Decbr. 1822 gebildeten Strafgeelderfonds, in den übrigen Landestheilen aber, wenn die Straffestsetzung in erster Instanz von einer städtischen Ortspolizei-Behörde erfolgt ist, den betreffenden Gemeindekassen, und wenn die Straffestsetzung von dem Landrathe oder dessen Substituten §§. 10. und 12. erfolgt ist, der Staatskasse zukommen.

b) C. O. v. 17. Octbr. 1845, betr. die Abänderung des §. 10. vorstehenden Regulativs. G. S. S. 726.

Auf Ihren Bericht vom 24. v. M. will Ich hierdurch genehmigen, dass die nach §. 10. des Regulativs vom 7. Juni v. J., das Verfahren bei Chausseepolizei- und Chausseegeld-Uebertretungen betreffend (G. S. S. 1844, S. 167.), den Landrätchen zustehende Abfassung des Strafresoluts in der Provinz Westphalen den Amtmännern, und in denjenigen Theilen der Rheinprovinz, welche nicht zum Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln gehören, den Bürgermeistern übertragen, und dass diejenige Hälfte der aufkommenden Strafgeelder, welche nach §. 21. des Regulativs der Staatskasse zusteht, den Gemeindekassen überlassen werde.

Th. I. Tit. 35. §. 34. Anh. §. 243. 247. Rescr. vom 23. Septbr. 1846, betr. die Zulässigkeit der Zurücknahme einer Provocation auf richterliches Gehör gegen das Strafresolut einer Verwaltungsbehörde wegen Contraventionen gegen Finanz- und Polizeigesetze. Min. Bl. S. 160.

Th. I. Tit. 35. §. 34. seqq. 1. a) C. O. v. 24. Aug. 1837, betr. die Anwendbarkeit der §§. 34 — 106. h. t. in der Rheinprovinz und in Neuvorpommern. G. S. S. 144. (s. Bd. VIII. S. 423.)

b) Verordn. v. 18. Febr. 1842, wegen der Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen gegen den Staat, und der Beamten, im Bezirke des Appellationshofes zu Cöln. s. zu A. L. R. II. 20. §. 91.

2. **a)** Vergl. Instruct. v. 20. Octbr. 1839 für das Criminalgericht zu Berlin und fernere Bestimmungen wegen des summarischen Untersuchungsverfahrens. s. zu Cr. O. Einl. §. 12.

b) Rescr. v. 29. Mai 1841 u. 9. Aug. 1842 nebst C. O. v. 30. Juli 1842, wonach das summarische Untersuchungsverfahren auf solche Vergehen nicht Anwendung findet, welche nach §. 34. Tit. 35. Th. I. A. G. O. im Wege des fiscalischen Untersuchungsverfahrens zu ahnden sind. Min. Bl. 1841, S. 195., 1842, S. 291. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 670., Bd. 60. S. 317.

Th. I. Tit. 35. §. 35. Rescr. v. 20. Jan. 1841, betr. die Incompetenz der nur mit Civilgerichtsbarkeit beliehenen Patrimonialgerichte zur Führung fiscalischer Untersuchungen. Min. Bl. S. 55. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 279.

Th. I. Tit. 35. §. 69. Rescr. v. 29. Juli 1843, dass für das Gutachten des Inquirenten in fiscalischen Untersuchungen keine besondere Gebühren angesetzt werden dürfen. Min. Bl. S. 210. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 246.

Th. I. Tit. 35. §. 79. Declarat. des §. 79. h. t. v. 11. Novbr. 1838, über die ausserordentlichen und willkürlichen Strafen in fiscalischen Untersuchungen. G. S. S. 541. (s. Bd. VIII. S. 425.)

Th. I. Tit. 35. §. 80. a) C. O. v. 11. April 1839, betr. die Competenz der Gerichte bei der Umwandlung der in Zoll- und Steuercontraventionsachen im Verwaltungswege festgesetzten Geldstrafen in Gefängnisstrafen. G. S. S. 158. (s. Bd. VIII. S. 425.)

b) Vergl. C. O. v. 23. Jan. 1838, wegen der den Geldstrafen bei Defraudationen innerer Steuern zu substituierenden Gefängnisstrafen. G. S. S. 92. (s. Bd. VIII. S. 261.)

c) Rescr. v. 8. Septbr. 1838 und 28. Febr. 1839, wegen Competenz der Untergerichte zur Umwandlung uneinziehbarer Geldstrafen aus Regierungs-Strafresoluten wegen directer Steuern in Gefängnisstrafen. Min. Bl. S. 107. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 199.

d) Vergl. C. O. v. 31. Decbr. 1836, betr. den Gewerbebetrieb im Umherziehen (G. S. 1837, S. 13.), wonach bei Strafumwandlungen nicht unbedingt achttägige Gefängnisstrafe und fünf Thaler Geldbusse gleichzustellen sind, vielmehr nach Bewandniss der Umstände ein milderes Verhältniss angenommen werden darf. (s. Bd. VII. S. 858.)

Th. I. Tit. 35. §. 82. Anh. §. 261. u. 262. a) C. O. v. 6. Novbr. 1836, betr. die Anwendung des Anh. §. 262. auf die Kosten der Strafvollstreckung in fiscalischen Untersuchungen. v. K. Jhrb. Bd. 48. S. 524. (s. Bd. VIII. S. 426.)

b) C. O. v. 20. Novbr. 1838, betr. die Kosten in unvermögenden Steuer-Untersuchungssachen. Min. Bl. 1839. S. 107.

Auf den Bericht des Staatsministerii vom 24. v. M. bestimme Ich nach dem Antrage der Majorität desselben, dass in allen Steuercontraventions - Untersuchungen die zur Niederschlagung nicht geeigneten Kosten des von der Steuerbehörde eingelegten und zurückgewiesenen Rechtsmittels, welche nicht in den aussergerichtlichen Mandatarien - Gebühren des fiscalischen Anwalts oder

in baaren, die Person des Hauptsteueramts-Justitiarius betreffenden, Auslagen bestehen, und wie bisher dem Steuerfonds zur Last fallen, auf den Criminalkosten-Fonds anzuweisen sind, indem die in der zweiten Instanz dem fiscalischen Civilprozess sich annähernde Form des Verfahrens keine hinreichende Veranlassung ist, der Kosten wegen von dem Grundsatz der in der ersten Instanz angewendet wird, abzuweichen.

c) Rescr. v. 5. März 1839 zu vorstehender C. O. Min. Bl. S. 106. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 210.

d) Rescr. v. 18. Juli 1843, betr. die baaren Auslagen in unvermögenden fiscalischen Untersuchungen. Min. Bl. S. 203. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 245.

e) Rescr. v. 20. April 1839, über den Kostenansatz in fiscalischen Untersuchungen wegen Injurien, nach der Gebühren-taxe von 1815. Min. Bl. S. 156. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 497.

Th. I. Tit. 35. §. 83. seqq. **a)** C. O. v. 15. Mai 1835 nebst Anlagen und C. O. v. 22. Octbr. 1836, betr. die Verpflichtung zur Kostentragung Seitens des Denuncianten in Untersuchungen wider eine Militairperson wegen Beleidigung einer Civilperson. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 536. und G. S. S. 307. (s. Bd. VII. S. 438. u. 629.)

b) C. O. v. 21. Octbr. 1837, betr. die Kosten der Untersuchungen wegen Beleidigungen bei erfolgtem Verzicht. G. S. S. 148. (s. Bd. VIII. S. 422.)

Th. I. Tit. 35. §. 86. seqq. Anh. §. 264. **1.** Rescr. v. 16. Septbr. 1843, betr. die Publication der Erkenntnisse in fiscalischen Untersuchungen wegen Injurien. Min. Bl. S. 235. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 241.

2. a) Verordn. v. 11. Juni 1838, über die Rechtsmittel in fiscalischen Untersuchungen wegen Steuer- und ähnlicher Vergehen. G. S. S. 377. (s. Bd. VIII. S. 427.)

b) Rescr. vom 3. Juni 1839, denselben Gegenstand betreffend. Min. Bl. S. 216. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 478.

3. a) Rescr. v. 23. April 1841, betr. die Benachrichtigung der vorgesetzten Dienstbehörde von der Einlegung der Rechtsmittel in Untersuchungssachen wider Verwaltungsbeamte. Min. Bl. S. 154. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 666.

b) Rescr. v. 5. Aug. 1841 und 1. Febr. 1842, betr. die Mittheilung der Erkenntnisse in Beamtenuntersuchungen an die betreffende Königl. Regierung, resp. an die Militair-Intendanturen. Min. Bl. 1841, S. 254., 1842, S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 261. u. Bd. 59. S. 338.

Th. I. Tit. 35. §. 97. seqq. **1. a)** C. O. v. 3. Septbr. 1835, betr. die Zulässigkeit des Aggravationsrechtsmittels der Dienstbehörde in fiscalischen Untersuchungen gegen Beamte, sowohl wegen Dienstvergehen als wegen gemeiner Verbrechen. G. S. S. 197. (s. Bd. VII. S. 443.)

b) C. O. v. 29. April 1838, betr. die Declaration der C. O. v. 23. März 1834 (s. diese Bd. V., S. 258), wegen der Frist zur Einlegung und Rechtfertigung des Aggravationsrechtsmittels in fiscalischen und Criminaluntersuchungen gegen Beamte. G. S. S. 261. (s. Bd. VIII. S. 428.)

c) Rescr. v. 16. Juli 1839, betr. die Zulässigkeit der Aggravation in den wegen Injurien gegen Beamte eingeleiteten fiscalischen Untersuchungen Seitens der vorgesetzten Dienstbehörde. Min. Bl. S. 263. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 196.

d) Rescr. v. 20. Novbr. 1840, betr. die Competenz zur Einlegung und Rechtfertigung der Aggravation in Untersuchungen gegen Communalbeamte, durch den Departements-Chef. Min. Bl. S. 392. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 603.

e) Rescr. v. 8. Jan. 1842, betr. die unmittelbare Einsendung der in Untersuchungen gegen Beamte ergangenen Erkenntnisse an den Departements-Chef. Min. Bl. S. 17. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 337.

f) Rescr. v. 12. Decbr. 1843 und 17. Jan. 1844, dass die Erkenntnisse in Untersuchungen gegen mittelbare oder unmittelbare, den Regierungen unterworfenen Beamte, ausser dem Departements - Chef auch den Regierungen mitzutheilen sind. Min. Bl. 1843 S. 304., 1844 S. 32. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 515. und Bd. 63. S. 278.

2. **a)** C. O. v. 29. Aug. 1835, betr. die Competenz zur Abfassung des Erkenntnisses dritter Instanz in fiscalischen Untersuchungs- und Injuriensachen. G. S. S. 197. (s. Bd. VII. S. 433.)

b) C. O. v. 8. Aug. 1836, betr. die Ressortverhältnisse der Gerichte in der Grafschaft Wernigerode zur Entscheidung in fiscalischen Untersuchungen, wenn das Aggravations - Rechtsmittel eingelegt ist. G. S. S. 220. (s. Bd. VII. S. 444.)

c) Rescr. v. 24. Aug. 1839, dass der Ober-Appellations - Senat des Kammergerichts für den ganzen Umfang der Monarchie in dritter Instanz sowohl in fiscalischen als in Criminal - Untersuchungen wider Beamte zu erkennen hat, wenn gegen ein verschärftes Urtheil zweiter Instanz das Rechtsmittel eingelegt ist. Min. Bl. S. 294. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 199.

d) C. O. v. 11. Novbr. 1843, betr. die Competenz des Oberappellations-Senats des Kammergerichts zur Entscheidung in dritter Instanz in Injurien- und Untersuchungssachen, wenn die Oberlandesgerichte zu Stettin und Frankfurt in zweiter Instanz erkannt haben. Min. Bl. S. 294. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 516.

Zur Erledigung der in Ihrem Bericht vom 7. v. M. vorgetragenen Competenzfragen bestimme Ich, dass, bis zur anderweiten allgemeinen Regulirung der Competenz in Untersuchungssachen, der Ober-Appellations-Senat des Kammergerichts in allen Injurien- und Untersuchungssachen auf das Rechtsmittel, welches gegen ein von den zweiten Senaten der Oberlandesgerichte zu Stettin und Frankfurt in Folge eingelegter Aggravation verschärfend abgefasstes Erkenntniss zweiter Instanz angebracht worden ist, die Entscheidung in dritter Instanz zu übernehmen haben soll.

3. **a)** C. O. v. 9. Juli 1841, betr. die Competenz zur Abfassung des Erkenntnisses dritter Instanz in den im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln geführten Untersuchungssachen. G. S. S. 128.

Auf Ihren Bericht vom 28. Juni c. bestimme Ich, dass, wenn im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln in den nach

Vorschrift der A. G. O. zu verhandelnden fiscalischen Untersuchungssachen von einem der Civil-Senate des Rheinischen Appellationsgerichtshofes auf das Rechtsmittel der Aggravation ein verschärftes Straf-Erkenntniss erlassen worden ist, und keiner der in der Order vom 25. März 1834 aufgeführten Fälle vorliegt, die Abfassung des Erkenntnisses auf das von dem Verurtheilten gegen das aggravirende Urtheil eingelegte Rechtsmittel den vereinigten anderen beiden Civil-Senaten jenes Gerichtshofes zustehen soll.

b) Vergl. Verordn. v. 18. Febr. 1842, wegen Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und der Beamten in der Rheinprovinz. §. 3. G. S. S. 86. s. zu A. L. R. II. 20. §. 91.

Th. I. Tit. 35. §. 101—103. **a)** Vergl. Zusätze zu §. 86. seqq. h. t.

b) Rescr. v. 7. Mai 1839, betr. den Kostenpunkt in Untersuchungssachen bei eingelegter Aggravation. Min. Bl. S. 166. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 502.

Th. I. Tit. 35. §. 105. 1. Wegen der Aussetzung der Strafvollstreckung bei Begnadigungsgesuchen etc. s. zur Crim. Ord. §. 536. seqq. 590.

2. **a)** Rescr. v. 20 April u. 28. Decbr. 1839, betr. die Controlirung der Strafvollstreckung und die Actenreposition in den vor Steueruntersuchungsrichtern verhandelten Untersuchungssachen. Min. Bl. 1839, S. 145., 1840, S. 18. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 481. und 513.

b) Rescr. v. 7. Febr. 1845, betr. die Befugniss der Regierungen und Provinzial-Steuerdirectionen zur Sistirung schon angetretener Steuerstrafen. Min. Bl. S. 32.

Th. I. Tit. 36. §. 4. seqq. C. O. v. 18. Febr. 1839, betr. das Verfahren gegen ausgetretene Militairpflichtige in der Rheinprovinz. G. S. S. 77. (s. Bd. VIII. S. 316.)

Th. I. Tit. 36. §. 26. seqq. Vergl. §. 29. der Verordnung v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 36. §. 29. Rescr. v. 26. Mai 1841, betr. die Verpflichtung der Civilgerichte zur Genügung der von Militairbehörden wegen Sicherstellung des Vermögens eines Deserteurs erlassenen Requisitionen. Min. Bl. S. 192. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 604.

Th. I. Tit. 36. §. 39. seqq. Rescr. v. 28. Septbr. 1841, betr. das Verfahren bei Berichterstattung über Immediatgesuche um Aufhebung fiscalischer Ansprüche, insbesondere auf confiscirtes Vermögen. Min. Bl. S. 326. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 129.

Th. I. Tit. 36. §. 46. **a)** Statt der am 29. März 1830 abgeschlossenen ist mit Russland eine neue Cartel-Convention auf zwölf Jahre unterm 20. Mai 1844 abgeschlossen worden. G. S. S. 195. (Vergl. die frühern Cartel-Conventionen B. V. S. 262.)

b) Zum Art. 20. vorgedachter Convention vergl. C. O. v. 27. Septbr. 1844, betr. die Bestrafung der, der Convention zuwider erfolgenden Verheimlichung oder Fortschaffung von Deserteurs, reclamirten Militairpflichtigen und zur Auslieferung geeigneter Verbrecher. G. S. S. 660. s. zu Crim. Ordn. §. 96.

Th. I. Tit. 37. §. 1. seqq. Vergl. §. 29. der Verordnung vom 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 37. §. 11. Rescr. v. 16. April 1839, betr. die Insinuation und Rechtskraft eines Todeserklärungs - Erkenntnisses. Min. Bl. S. 143. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 347.

Th. I. Tit. 38. §. 2. Rescr. v. 4. März 1839 und 3. Febr. 1840, betr. das Verfahren bei Aufnahme gemüthskranker Personen in Irrenheilanstalten. Min. Bl. 1839, S. 102., 1840, S. 69. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 140. u. Bd. 55. S. 222.

Th. I. Tit. 38. §. 6. a) Rescr. v. 5. Decbr. 1840, nebst Anlage, betr. die Qualification der Medicinalpersonen zu gerichtlichen Gemüths-Untersuchungen. Min. Bl. S. 391. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 514.

b) Rescr. v. 3. Jan. 1840, betr. die Mittheilung einer Abschrift der über Gemüthszustands-Untersuchungen aufgenommenen Protocolle und abgegebenen Gutachten, an die Königl. Regierungen. Min. Bl. S. 23. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 221.

c) Rescr. v. 22. Juli 1840, betr. die Tragung der baaren Auslagen in den bei Patrimonialgerichten anhängigen Blödsinnigkeitserklärungs - Prozessen. Min. Bl. S. 260. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 208.

Th. I. Tit. 38. §. 6. seqq. Vergl. §. 29. der Verordnung vom 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 38. §. 7. a) Rescr. v. 27. Novbr. 1841, betr. das Verfahren bei gerichtsärztlichen Untersuchungen und Begutachtung zweifelhafter Gemüthszustände. Min. Bl. S. 358. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 530.

b) Rescr. v. 17. Octbr. 1840, betr. die Einholung eines Gutachtens vom Medicinal - Collegium der Provinz behufs Wiederaufhebung einer wegen Blödsinns eingeleiteten Curatel. Min. Bl. S. 338. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 473.

Th. I. Tit. 38. §. 41. Rescr. v. 30. August 1845, nebst Anlage, betr. die Prodigalitätserklärung eines Minderjährigen. Min. Bl. S. 173.

Th. I. Tit. 39. §. 6. seqq. Vergl. §. 29. der Verordnung vom 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 40. §. 20. seqq. Anh. §. 288. 1) C. O. v. 28. Juni 1844, in Bezug auf die nachfolgende Verordn. über das Verfahren in Ehesachen. G. S. S. 183.

Ich habe auf das Gutachten des Staatsraths die beifolgende, aus dem früheren Gesetzentwurfe über die Ehescheidungen aus-

gesonderte Verordnung über das Verfahren in Ehesachen vollzogen, da Meiner ursprünglichen Absicht gemäss die Verbesserung des Verfahrens den Abänderungen der Ehescheidungsgründe und der rechtlichen Folgen der Ehescheidung vorangehen soll. Ueber diese Abänderungen will Ich zu seiner Zeit noch das Gutachten der Stände vernehmen. Zur gründlichen Vorbereitung des hierüber zu erlassenden Gesetzes sollen die Erfahrungen der Gerichte über die Erfolge des verbesserten Verfahrens in Ehesachen gesammelt und Mir von Zeit zu Zeit durch den Justizminister eingereicht werden. Ich werde nicht nur die gesammelten Resultate den Landtagen vorlegen lassen, sondern habe auch beschlossen, dass der vollständige, die Ehescheidungsgründe und die rechtlichen Folgen der Ehescheidung umfassende Gesetzentwurf mit den nach den Ergebnissen der Berathungen des Staatsraths abgefassten Motiven zur Publicität gebracht werde. Sie, die Justizminister Mühler und von Savigny, haben zu dem Ende das Erforderliche in Ihren Ressorts zu veranlassen.

2. a) Verordn. v. 28. Juni 1844, über das Verfahren in Ehesachen. G. S. S. 184.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. Da die bestehenden Vorschriften über das Verfahren in Ehesachen zu einer würdigen und zweckmässigen Behandlung derselben sich als unzureichend erwiesen haben, so verordnen Wir auf Antrag Unseres Staatsministeriums, nach vernommenem Gutachten unseres Staatsraths, für diejenigen Landes-theile, in denen das A. L. R. und die A. G. O. gelten, was folgt:

A. Verfahren im Allgemeinen.

I. Gerichte für Ehesachen.

§. 1. In allen Prozessen, welche die Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit einer Ehe zum Gegenstande haben, soll die Gerichtsbarkeit künftig den Obergerichten zustehen. Die in den §§. 37. und 288. des Anhangs zur A. G. O. dem persönlichen Richter des Ehemannes überwiesene Gerichtsbarkeit in den vorgenannten Prozessen wird hierdurch wieder aufgehoben.

§. 2. Die Appellation von einem Ober-Landesgerichte an ein Collegium, welches an einem anderen Orte seinen Sitz hat, findet in den im §. 1. bezeichneten Sachen nicht ferner Statt.

In denjenigen Ober-Landesgerichten, in welchen ein zweiter Senat nicht besteht, soll ein solcher für diese Appellationen eingerichtet werden.

§. 3. In jeder für Sachen der im §. 1. bezeichneten Art bestimmten Gerichts-Sitzung müssen in erster Instanz wenigstens fünf, in zweiter wenigstens sieben Mitglieder, mit Einschluss des Vorsitzenden, anwesend sein.

§. 4. Bei jedem Ehegerichte erster Instanz ist ein Staatsanwalt zu bestellen, welcher in den Prozessen wegen Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit einer Ehe, durch alle Instanzen das

öffentliche Interesse wahrzunehmen hat. Derselbe darf nicht Mitglied der Gerichte, vor welchen er aufzutreten hat, und nicht Justizcommissarius sein.

§. 5. Der Staatsanwalt ist verpflichtet, nichtige Ehen, die durch den Richter oder sonst zu seiner Kenntniss kommen (§§. 950. 951. Tit. 1. Th. II. A. L. R.) anzufechten.

§. 6. In allen anderen in dem §. 1. bezeichneten Prozessen ist der Staatsanwalt zu den vorkommenden Verhandlungen von Amtswegen zuzuziehen.

§. 7. Er ist in solchen Prozessen (§. 6.) zu allen Erklärungen und Anträgen, welche sich auf die Aufrechthaltung der Ehe beziehen, jedoch nicht zur Einlegung von Rechtsmitteln ermächtigt.

§. 8. Wenn nach dem Ermessen des Staatsanwalts Rechte oder Interessen der Kinder in dem Eheprozeße wahrzunehmen sind, so hat er die Bestellung eines Curators derselben bei dem Vormundschaftsgerichte zu beantragen.

Bis das Vormundschaftsgericht dem Antrage stattgegeben hat, liegt dem Staatsanwalte selbst die Wahrnehmung dieser Rechte und Interessen ob.

§. 9. Bei allen gerichtlichen Verhandlungen in Ehesachen ist ein verpflichteter Protocollführer zuzuziehen.

II. Sühneversuch vor der Ehescheidungsklage.

§. 10. Die Ehescheidungsklage kann erst dann angenommen werden, wenn durch ein Attest des competenten Geistlichen nachgewiesen wird, dass er auf die Anzeige des Ehegatten, welcher die Scheidung beabsichtigt, die Sühne versucht hat, dieser Versuch aber fruchtlos geblieben ist.

§. 11. Beide Theile sind verbunden, sich zu diesem Sühneversuch vor dem Geistlichen zu stellen. Nöthigenfalls ist der verklagte Theil dazu durch seinen persönlichen Richter anzuhalten. Das Ausbleiben des klagenden Theils wird als Zurücknahme seiner Anzeige betrachtet.

§. 12. Bei gemischten Ehen ist jeder Theil nur vor dem Geistlichen seiner Confession zu erscheinen verbunden.

Das Attest (§. 10.) wird in diesem Falle von dem Geistlichen jeder Confession besonders ausgestellt.

§. 13. Das Attest muss ertheilt werden, wenn seit der an den Geistlichen zuerst ergangenen Anzeige (§. 10.) vier Monate verflossen sind, ohne dass die versuchte Sühne zu Stande gekommen ist.

§. 14. Bei Sühneversuchen zwischen jüdischen Eheleuten vertritt ein Rabbiner die Stelle des Geistlichen.

§. 15. Wenn der verklagte Theil *edictaliter* vorzuladen ist, bedarf es keines der Klage vorhergehenden Sühneversuchs.

III. Prozessverfahren.

1. Erste Instanz.

§. 16. Die auf Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe gerichtete Klage ist dem verklagten Theile und dem Staats-

anwälte mitzutheilen. Zugleich ist ein Termin vor einem Deputirten des Gerichts, zu deren Beantwortung durch den verklagten Theil, anzusetzen. Derselbe hat die Wahl, statt in diesem Termine zu erscheinen, vor oder in demselben eine Klagebeantwortung einzureichen.

Von der Klagebeantwortung erhält der klagende Theil und der Staatsanwalt Abschrift.

§. 17. Die Klage und deren Beantwortung muss zum gerichtlichen Protocoll erklärt werden, oder, wenn sie schriftlich eingereicht wird, und die Partei nicht selbst zum Richteramte befähigt ist, von einem Justizcommissarius abgefasst sein.

§. 18. Wird eine Widerklage angebracht, so sind auf dieselbe die in den §§. 16. und 17. gegebenen Vorschriften anzuwenden.

Verhandlung der Sache.

§. 19. Ist die Beantwortung (§§. 16—18.) eingegangen oder der dazu bestimmte Termin versäumt worden, so hat das Ehegericht zunächst zu prüfen, ob nach den Umständen zu erwarten ist, dass die Parteien freiwillig vor dem Collegium persönlich erscheinen werden.

§. 20. Die Parteien können zu diesem persönlichen Erscheinen nur dann wider ihren Willen angehalten werden, wenn das Ehegericht solches zur Erforschung der Wahrheit für erforderlich erachtet, oder begründete Hoffnung vorhanden ist, dass dadurch die Aussöhnung der Parteien werde bewirkt werden. Jedoch sind selbst in diesen Fällen solche Parteien davon zu befreien, welchen das Erscheinen vor dem Collegium wegen Krankheit, Armuth, Entfernung, Dienstverhältnissen oder aus ähnlichen Gründen nach richterlichem Ermessen nicht anzusinnen ist.

§. 21. Ist das freiwillige Erscheinen beider Parteien vor dem Collegium zu erwarten, oder können beide nach §. 20. dazu angehalten werden, so ergeht sofort an dieselben und an den Staatsanwalt die Ladung zur Verhandlung der Sache vor dem Collegium.

§. 22. Ist nur der eine Theil persönlich zu erscheinen verhindert, so kann, wenn die im §. 20. angegebenen Zwecke des persönlichen Erscheinens vor dem Collegium durch Vorforderung des andern Theils zu erreichen sind, auch dieser allein dazu angehalten werden.

§. 23. Wenn beide Parteien oder auch eine derselben weder freiwillig vor dem Collegium erscheinen, noch dazu angehalten werden können, so sind zuvörderst die Erklärungen solcher Parteien durch einen Commissarius oder durch Requisition eines andern Gerichts aufzunehmen.

§. 24. Vertretung der Parteien durch Bevollmächtigte findet bei dieser Vernehmung (§. 23.) nicht Statt, sondern es haben sich nöthigenfalls die Gerichtspersonen zu ihnen zu begeben.

§. 25. In den Fällen des §. 23. ergeht die Ladung zur Verhandlung vor dem Collegium (§. 21.) erst dann, wenn die vor

dem Commissarius oder dem requirirten Gericht abgegebenen Erklärungen eingegangen und vollständig befunden worden sind. Bei dieser Verhandlung können diejenigen Parteien, deren persönliches Erscheinen vor dem Collegium nach §§. 20. u. 22. nicht verordnet wird, durch Bevollmächtigte oder zugeordnete Assistenten sich vertreten lassen.

§. 26. Die Verhandlung vor dem Collegium (§. 21.) geschieht in der Regel vor denselben Mitgliedern, welche in der Sache zu erkennen haben. Sie beginnt mit dem Vortrage des wesentlichen Inhalts der Acten durch ein Mitglied des Collegiums.

§. 27. Demnächst sind die Parteien oder deren Bevollmächtigte und der Staatsanwalt mit ihren Erklärungen und Anträgen zu hören. Dieselben haben in diesem Termine auch ihre Rechtsausführungen mündlich vorzutragen.

§. 28. Der Vorsitzende hat die Verhandlung zu leiten; es ist aber auch jedes Mitglied des Gerichts durch den Vorsitzenden oder mit dessen Genehmigung Fragen zu stellen berechtigt.

§. 29. Der wesentliche Inhalt der Verhandlung und diejenigen Erklärungen, deren Aufzeichnung von einer Partei oder deren Bevollmächtigten oder von dem Staatsanwalte besonders beantragt wird, sind zu Protocoll zu nehmen.

§. 30. Nach dem Schlusse der Verhandlung hat das Gericht, wenn die Sache spruchreif ist, zu erkennen, sonst aber das zur Fortsetzung derselben Erforderliche zu beschliessen. Das Erkenntniss oder der Beschluss ist sofort bekannt zu machen. Es steht dem Gerichte aber auch frei, die Entscheidung zu einer weitem Berathung auszusetzen.

In welchen Fällen die Publication des Erkenntnisses aussetzen ist, bestimmt der §. 70.

§. 31. Auf gleiche Weise (§§. 26—30.) ist in den etwa nöthigen ferneren Terminen zur Fortsetzung und zum Schluss der Verhandlung, besonders nach einer stattgefundenen Beweisaufnahme zu verfahren.

§. 32. Die Parteien können in jeder Lage des Prozesses zum persönlichen Erscheinen vor dem Ehegerichte angehalten werden, soweit solches nach dem §. 20. zulässig ist.

§. 33. Sie sind berechtigt, vor dem Collegium und vor dem Commissarius (§. 23.) sich der Hülfe von Rechtsbeiständen zu bedienen.

§. 34. Erscheint der klagende Theil in einem vor dem Ehegerichte oder vor dem Commissarius anberaumten Termin weder persönlich, noch in den Fällen, wo solches zulässig ist, durch einen Bevollmächtigten, oder trägt er ausdrücklich auf Sistirung des Prozesses an, so wird die Sache nur dann fortgesetzt, wenn die Anträge des verklagten Theils solches nöthig machen, oder der klagende Theil die Wiederaufnahme des Prozesses nachsucht.

Beweisaufnahme.

§. 35. Der Beweis ist unter Zuziehung des Staatsanwaltes in der Regel vor dem versammelten Ehegerichte, und nur, wenn

dies aus besonderen Gründen, z. B. wegen Entfernung der Zeugen, nach richterlichem Befinden nicht angemessen ist, durch Commissarien oder durch Requisition aufzunehmen.

§. 36. Das Ehegericht hat zu dem Termine der Verhandlung zur Sache (§§. 21. und ff.) auch die Zeugen vorladen zu lassen, wenn es die Sache durch die Klage und deren Beantwortung, oder im Falle des §. 23. durch die Erklärungen der Parteien dazn hinlänglich vorbereitet findet.

§. 37. Die Parteien können der Beweisaufnahme, insbesondere den Zeugenverhören, durch Bevollmächtigte, und, sofern das Gericht kein Bedenken dabei findet, persönlich beiwohnen.

Gerichtliche Sühneversuche.

§. 38. Gerichtliche Sühneversuche kann das Ehegericht in Ehescheidungssachen, so oft es solche angemessen findet, vor sich selbst, wenn dies nach §. 20. zulässig ist, oder durch Commissarien, insbesondere durch den persönlichen Richter der Ehegatten, mit oder ohne Zuziehung von Geistlichen, vornehmen.

Grundsätze über den Beweis.

§. 39. In Ermangelung eines nach positiven Beweisregeln vollständig geführten Beweises hat das Ehegericht nach seiner, aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu beurtheilen, ob und in wie weit der für die Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe angegebene Grund bewiesen ist.

§. 40. Durch Zugeständniss, es mag in dem Prozesse oder vorher erklärt sein, kann der Grund der Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe nur in sofern bewiesen werden, als dasselbe geeignet ist, dem Ehegerichte die Ueberzeugung von der Wahrheit der zugestandenen Thatsache zu verschaffen.

§. 41. Der nothwendige Eid findet, soweit er nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zulässig ist, auch über Thatsachen statt, welche den Grund der Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe darthun sollen, jedoch nur, wenn über diese Thatsache demjenigen, welcher den Eid zu leisten hat, die Wahrheit aus eigener Wissenschaft bekannt sein muss.

§. 42. Jede Partei kann zur Führung dieses Beweises (§. 41.) Anträge auf einen von ihr oder dem Gegner zu leistenden Eid in der Klage oder im Laufe des Prozesses machen; das Ehegericht hat aber, ohne an solche Anträge oder an das Erbieten des Gegners zum Eide gebunden zu sein, nach Maassgabe des §. 41. darüber zu erkennen, und die Ableistung darf erst, wenn rechtskräftig darauf erkannt ist, erfolgen.

§. 43. Mit einer weiteren, als der im §. 42. vorgeschriebenen Wirkung, ist der Antrag auf einen abzuleistenden Eid, mithin auch die Eideszuschiebung, zum Beweise des Grundes der Scheidungs-, Ungültigkeits- oder Nichtigkeitsklage nicht zulässig.

§. 44. Im Falle der Contumaz des verklagten Theils ist anzunehmen, dass er diejenigen Thatsachen bestreite und dieje-

nigen Urkunden nicht anerkenne, welche zum Beweise des Grundes der Scheidung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe dienen sollen.

§. 45. Das Ehegericht ist aber befugt, den verklagten Theil durch angemessene Zwangsmittel anzuhalten, vor dem Collegium oder dessen Commissarius (§§. 20. 22. bis 24. 32.) zu erscheinen, um über den Hergang der Sache vernommen zu werden, wenn es solches zur Erforschung der Wahrheit für angemessen erachtet.

§. 46. Die rechtlichen Folgen des Ausbleibens des *edictaliter* vorgeladenen verklagten Theils sind nach den bestehenden Vorschriften zu beurtheilen.

§. 47. In Ansehung derjenigen Thatsachen, welche nicht zur Feststellung des Klagegrundes (§§. 39 — 44.) dienen sollen, wird an den bestehenden Beweisregeln nichts geändert.

2) Zweite Instanz.

§. 48. Auf die rechtzeitig angemeldete Appellation ist ein Termin zur Rechtsfertigung derselben, und wenn diese erfolgt ist, zur Beantwortung der Rechtsfertigung vor einem Deputirten des Gerichts erster Instanz anzuberaumen.

§. 49. Von der Rechtsfertigung der Appellation und deren Beantwortung gilt Alles, was in den §§. 16. und 17. über die Klage und Klagebeantwortung bestimmt ist.

§. 50. Hiernächst gehen die Acten an das Gericht zweiter Instanz, welches entweder sofort erkennt, oder die etwa nöthige neue Verhandlung oder Beweisaufnahme veranlasst, aber auch befugt ist, die Verhandlungen der ersten Instanz vor sich wiederholen zu lassen, wenn es solches zu seiner Information nöthig findet.

§. 51. Die Vorschriften §§. 19 — 47. sind auch für das Ehegericht zweiter Instanz und für die Verhandlungen vor demselben maassgebend.

3) Dritte Instanz.

§. 52. In Ansehung der Formen des Verfahrens in dritter Instanz verbleibt es bei den jetzt bestehenden Vorschriften. Der Staatsanwalt hat in dritter Instanz seine Anträge und Erklärungen schriftlich einzureichen,

Gemeinsame Bestimmungen für alle Instanzen.

§. 53. Bis zur Rechtskraft des Ehescheidungsurtheils kann die Klage zurückgenommen werden. Die auf diese Klage ergangenen Urtheile verlieren alsdann in allen Bestimmungen ihre rechtliche Wirkung, und die Thatsachen, aus welchen geklagt worden, können als selbstständiger Scheidungsgrund nicht mehr geltend gemacht werden.

§. 54. Die vorstehenden Bestimmungen (§§. 16 — 52.) finden auch auf Prozesse Anwendung, wodurch nichtige Ehen von Amtswegen getrennt werden sollen, jedoch mit den Maassgaben, die daraus folgen, dass in solchen Fällen der Staatsanwalt als Kläger und beide Ehegatten als Verklagte anzusehen sind.

Der Staatsanwalt ist in solchen Fällen bei Einlegung der Appellation und Revision an die Frist von sechs Wochen gebunden.

4) Interimisticum.

§. 55. Die Regulirung des Interimisticums kann in den gesetzlich dazu geeigneten Fällen nachgesucht werden, sobald die Anzeige zum Zweck des Sühneversuchs (§. 10.) erfolgt ist.

Der Geistliche hat hierüber auf Verlangen ein Attest zu theilen.

§. 56. Zur Regulirung des Interimisticums ist nur das Ehegericht erster Instanz befugt, welches jedoch die Instruction desselben commissarisch, namentlich durch den persönlichen Richter, führen lassen kann.

§. 57. Auf das Verfahren dabei finden nicht die in der gegenwärtigen Verordnung für den Eheprozess vorgeschriebenen eigenthümlichen Bestimmungen (§§. 16 — 46.), sondern die bestehenden Regeln Anwendung.

§. 58. Wenn das Interimisticum vor Anstellung der Ehescheidungsklage festgesetzt wird, so hat das Ehegericht die Fristen zu bestimmen, mit deren Ablauf es seine Kraft verliert, wenn die Klage nicht angestellt ist.

§. 59. Auch erlöscht dasselbe in diesem Falle, wenn die Klage durch ein Decret zurückgewiesen wird.

§. 60. Gegen die von dem Ehegerichte ausgesprochene Festsetzung des Interimisticums findet kein Rechtsmittel, auch nicht der Recurs Statt.

B. Besonderes Verfahren bei der Scheidung wegen bösslicher Verlassung.

1) Wenn der beklagte Theil erreichbar ist.

§. 61. Der Ehescheidungsklage wegen bösslicher Verlassung muss, wenn der Aufenthalt des angeblich abtrünnigen Theils bekannt und erreichbar ist (§. 688. Tit. 1. Thl. II. A. L. R.), der Versuch des persönlichen Gerichts vorangehen, die Herstellung des ehelichen Lebens zu bewirken.

§. 62. Wird das Gericht von dem verlassenen Ehegatten deshalb angegangen, so hat es durch den competenten Geistlichen oder, sofern dies wegen Abwesenheit eines der Ehegatten unausführbar ist, durch einen andern Geistlichen, binnen einer dafür zu bestimmenden Frist, die Herstellung des ehelichen Zusammenlebens zu versuchen.

§. 63. Bleibt dieser Versuch fruchtlos, so hat das Gericht dem angeblich abtrünnigen Theile die Herstellung des ehelichen Zusammenlebens binnen einer bestimmten Frist anzubefehlen.

§. 64. Erst, wenn diese Frist verstrichen ist, ohne dass der Befehl befolgt worden, findet die Ehescheidungsklage Statt.

§. 65. Dieser Klage muss ein geistlicher Sühneversuch (§§. 10 — 14.) vorangehen.

§. 66. Die Regulirung des Interimistikums kann in Antrag gebracht werden, sobald die gerichtliche Verfügung zur Herstellung des ehelichen Lebens (§. 63.) nachgesucht wird, und es finden auch hier die §§. 55 — 60. Anwendung.

§. 67. Wegen der Nichtbefolgung des gerichtlichen Befehls (§§. 63. 64.) für sich allein, soll das Ehegericht die Ehescheidung nicht aussprechen; es soll vielmehr, unter Mitwirkung des Staatsanwalts, aus den Umständen, und aus den nach Befinden zu erfordernden Erklärungen der Parteien, zu ermitteln suchen, ob in der That eine bössliche Verlassung vorhanden ist, oder ob diese bloß vorgegeben wird.

2) Wenn der beklagte Theil nicht erreichbar ist.

§. 68. Ist der angeblich abtrünnige Ehegatte nicht erreichbar (§. 61.), so bleibt es in Betreff des Edictalverfahrens bei den jetzt geltenden Bestimmungen (§§. 688. u. f. Tit. 1. Th. II. A. L. R.).

§. 69. Wenn der verklagte Theil auf die an ihn ergangene öffentliche Vorladung des Ehegerichts zurückkehrt und sich bei demselben meldet, bevor die Ehe rechtskräftig geschieden ist, so treten die in den §§. 16 — 60. 64 — 67. aufgestellten Regeln des Eheprozesses ein.

C. Aussetzung des Erkenntnisses bei einigen Scheidungsgründen.

§. 70. Ehescheidungsklagen, welche nicht auf Ehebruch, auf die in den §§. 68. 69. erwähnte bössliche Verlassung, auf Raserei oder Wahnsinn, auf grobe mit harter und schmähhlicher Zuchthausstrafe bestrafte Verbrechen, oder darauf gegründet werden, dass der verklagte Theil dem klagenden nach dem Leben getrachtet habe, sind zwar nach den Bestimmungen der §§. 16 — 47. zu behandeln; es soll jedoch in solchen Prozessen nicht sofort die Ehescheidung ausgesprochen, sondern, wenn der Scheidungsgrund zulässig und hinlänglich festgestellt ist, die Publication des Erkenntnisses auf ein Jahr vom Abschluss der Sache an ausgesetzt werden.

Von dieser Regel kann jedoch eine Ausnahme eintreten, wenn der Richter findet, dass keine Hoffnung zur Aussöhnung vorhanden ist.

§. 71. Wird die Publication des Erkenntnisses ausgesetzt, so finden auf diese Zwischenzeit und auf das weitere Verfahren die Vorschriften der §§. 728 — 730. Th. II. Tit. 1. des A. L. R. Anwendung.

D. Besondere Bestimmungen für Ehegatten, die der römisch-katholischen Kirche angehören.

§. 72. Wenn der römisch-katholische Geistliche den Sühneversuch verweigert, weil er die Ehe nicht als kirchlich gültig anerkennt, so vertritt das über diese Weigerung und deren Grund auszustellende Attest die Stelle des Attestes über die Fruchtlosigkeit des Sühneversuchs (§. 10.).

§. 73. In der Gerichtsbarkeit und dem Verfahren der katholisch-geistlichen Gerichte wird durch gegenwärtige Verordnung nichts geändert.

§. 74. Alle mit dieser Verordnung in Widerspruch stehenden gesetzlichen Vorschriften werden hierdurch ausser Kraft gesetzt.

§. 75. Die gegenwärtige Verordnung findet nur auf diejenigen Prozesse Anwendung, welche nach dem 1. Octbr. d. J. anhängig gemacht werden.

b) C. O. v. 11. Septbr. 1846, betr. die Unzulässigkeit von Gebühren der Geistlichen für die anzustellenden Sühneversuche. Min. Bl. S. 178. s. zur Geb. Taxe Abschn. IV. No. 37. b.

c) Rescr. v. 23. Novbr. 1846, betr. die persönliche Meldung zu dem geistlichen Sühneversuche. Min. Bl. S. 203.

d) Declarat. v. 11. Decbr. 1845, betr. den §. 30. der Verordn. über die Justizverwaltung im Grossherzogthum Posen v. 9. Febr. 1817, den §. 36. der Verordn. über den Mandats-, summarischen und Bagatellprozess v. 1. Juni 1833 und den §. 29. der Verordn. über das Verfahren in Ehesachen v. 28. Juni 1844. G. S. 1846, S. 18.

Auf Ihren Bericht vom 2. d. M. erkläre Ich hierdurch zur Beseitigung entstandener Zweifel, dass es der Unterzeichnung der nach §. 30. der Verordn. über die Justizverwaltung im Grossherzogthum Posen vom 9. Febr. 1817, nach §. 36. der Verordn. über den Mandats-, den summarischen und den Bagatellprozess vom 1. Juni 1833 und nach §. 29. der Verordn. über das Verfahren in Ehesachen vom 28. Juni 1844 über die mündliche Verhandlung vor versammeltem Gerichte aufzunehmenden Protocolle durch die Parteien oder deren Bevollmächtigten auch dann nicht bedarf, wenn diese Protocolle Zugeständnisse, Entsagungen oder andere wesentliche Erklärungen der Parteien oder deren Bevollmächtigten enthalten.

e) Zu §. 52. der Verordn. v. 28. Juni 1844, vergl. §. 1. der Verordn. v. 14. Decbr. 1833 (Bd. V. S. 132.) und No. 2. und 3. der Instruct. v. 7. April 1839 (Bd. VIII. S. 373.), wegen der Revision in Ehesachen.

f) Vergl. §. 29. der Verordn. v. 21. Juli 1846, G. S. S. 291., wonach für Ehesachen in dritter Instanz hinsichtlich der Formen des Verfahrens wie der Fristen die §§. 23 — 26. gedachter Verordn. zur Anwendung kommen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 40. §. 51. Plen. Beschl. v. 17. Aug. 1840: Wenn eine Ehe wegen Ehebruches oder verdächtigen Umganges getrennt und in dem Scheidungserkenntnisse die Wiederverheirathung des schuldigen Theiles nicht von einer besonders nachzusuchenden Erlaubniss abhängig gemacht ist, so steht dem beleidigten Ehegatten deshalb kein Rechtsmittel zu. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 6. S. 199.

Th. I. Tit. 40. §. 56. Anh. §. 294. Rescr. v. 8. Aug. 1842, betr. den Antrag auf Regulirung eines Interimistici, und dass gegen die des-

fallsige Verfügung kein Rechtsmittel freisteht. Min. Bl. S. 295. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 320.

Th. I. Tit. 42. §. 34. seqq. Vergl. §. 13. u. 14. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 42. §. 38 — 41. a) Vergl. Art. 14. litt. d. der Declarat. v. 6. April 1839, wegen Wiederherstellung der kürzern Fristen der A. G. O. für die Einlegung der ordentlichen und ausserordentlichen Rechtsmittel in schleunigen Bausachen (s. Bd. VIII. S. 371.), u. Plen. Beschl. v. 5. Septbr. 1842, wegen der Frist zur Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde in schleunigen Bausachen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 8. S. 202. s. zu A. G. O. I. 16. §. 1. bis 11. ad No. 11. erledigt durch;

b) Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. §. 27., wonach in schleunigen Bausachen die Anmeldung und Rechtfertigung der Rechtsmittel spätestens binnen drei Tagen beim Gericht erster Instanz angebracht werden muss. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 43. §. 1. seqq. a) In Betreff der, bei Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, Gemeinheitstheilungen und Ablösungen, zur Anwendung kommenden materiellen gesetzlichen Vorschriften vergl. die Zusätze zu A. L. R. II. 7. §. 240 — 494.

b) Verordn. v. 28. Juli 1838, betr. die Beschränkung des Provocationsrechts auf Gemeinheitstheilung. G. S. S. 429. (s. Bd. VIII. S. 62.) Zusätze dazu vergl. zu A. L. R. I. 17. §. 311. seqq.

c) Ges. v. 29. Juni 1835, betr. die Sicherstellung der Rechte dritter Personen bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen, Gemeinheitstheilungen und Ablösungen. G. S. S. 135. (s. Bd. VII. S. 101.)

d) Rescr. v. 22. April 1840, betr. die Zuziehung der beiden nächsten Fideicommissanwärter bei Ablösungen von Naturaldiensten eines Fideicommissguts. Min. Bl. S. 148.

Th. I. Tit. 43. §. 1. seqq. (Zur Verordn. v. 20. Juni 1817, G. S. S. 161. Bd. V. S. 273. und Verordn. v. 30. Juni 1834. G. S. S. 96. Bd. V. S. 326.)

I. 1. (Zu §. 1. der Verordn. von 1817.) Verordn. v. 27. Juni 1840, wegen der Vereinigung der Generalcommission zu Soldin mit der Regierung zu Frankfurt a. d. O. G. S. S. 132.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben nach dem Antrag Unseres Staatsministeriums, die Aufhebung der General-Commission zu Soldin, als einer besonderen Behörde, beschlossen, und verordnen deshalb, wie folgt:

§. 1. Mit dem 1. Juli 1840 wird die General-Commission zu Soldin mit der Regierung zu Frankfurt vereinigt, und letztere hat von da ab, innerhalb ihres Bezirks, alle bisher der ersteren übertragen gewesenen Geschäfte in Betreff der Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, und der Ausführung der

Gemeinheitstheilungs- und Ablösungsordnung, unter der im §. 4. bestimmten Ausnahme, in demselben Umfange, und mit denselben Rechten und Pflichten, welche bisher der General-Commission zu Soldin zuständig gewesen, zu verwalten.

§. 2. Gleichfalls mit dem 1. Juni c. geht die bisher der General-Commission zu Soldin übertragen gewesene Ausführung der Landescultur-Gesetze in der Ober-Lausitz, an die General-Commission zu Breslau dergestalt über, dass dieselbe für diesen Landestheil dieselben Befugnisse und Verpflichtungen überkommt, welche ihr für das Herzogthum Schlesien bereits zustehen und obliegen.

Mit demselben Zeitpunkt scheidet die Ober-Lausitz auch aus dem Wirkungskreis des Revisionscollegiums zu Berlin aus, und geht in den des Revisionscollegiums zu Breslau über.

§. 3. Die Mitglieder der seitherigen General-Commission zu Soldin bilden bei der Regierung zu Frankfurt eine besondere Abtheilung (landwirthschaftliche Abtheilung) für welche und insbesondere für deren Verhältniss zum Regierungs-Präsidenten und zu den übrigen Regierungsabtheilungen die Regierungsinstruction vom 23. Octbr. 1817 und unsere Ordre vom 31. Decbr. 1825, sowie die Geschäftsanweisung von demselben Tage mit den im §. 5. dieser Verordn. bestimmten Modificationen volle Anwendung findet.

Insbesondere hat die landwirthschaftliche Abtheilung wegen der in den Geschäftskreis der übrigen einschlagenden Angelegenheiten sich mit denselben eben so zu verständigen, und bei entstehenden Differenzen die Beschlüsse des Plenums einzuholen, wie es wegen der übrigen zum Ressort der Regierungen gehörigen Geschäfte vorgeschrieben ist. Gegenseitig concurrirt die landwirthschaftliche Abtheilung bei den von einer anderen Regierungsabtheilung in Betreff ihrer Güterverwaltung unter ihre besondere Leitung genommenen Auseinandersetzungen auf gleiche Weise rücksichtlich der, von der ersteren wahrzunehmenden staatswirthschaftlichen Interessen, insbesondere bei Feststellung der Landtheilungspläne, imgleichen bei Prüfung und Bestätigung der Recesse.

§. 4. Alle Definitiv-Entscheidungen über Streitigkeiten unter den Auseinandersetzungsinteressenten (§§. 11. u. 156. der Verordn. vom 20. Juni 1817 und §. 6 des Ges. wegen Ausführung der Gemeinheitstheilungs- und Ablösungsordn. vom 7. Juni 1821), so wie die im §. 36. der Verordn. vom 30. Juni 1834 erwähnten provisorischen Entscheidungen, werden jedoch, und zwar ohne Unterschied, ob und welches Rechtsmittel dagegen stattfindet, von der Competenz der Regierung ausgenommen, und in erster Instanz einem Spruchcollegium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten des Frankfurter Regierungsbezirks übertragen. Dieses Spruchcollegium soll der Regel nach aus den Mitgliedern der landwirthschaftlichen Abtheilung gebildet werden.

Auch haben alle Mitglieder desselben, ohne Unterschied des Gegenstandes des Streits, eine entscheidende Stimme, und die

Stimme des Vorsitzenden giebt nur bei Stimmengleichheit den Ausschlag.

Es muss jedoch die Mehrzahl der Mitglieder des Spruchcollegii und jedenfalls müssen drei derselben die Qualification der Oerrichter besitzen.

§. 5. Die Regierungsinstruction erleidet bei den zur Competenz der landwirthschaftlichen Abtheilung gehörigen Angelegenheiten folgende Abänderungen:

- 1) wenn der Dirigent mit dem Beschlusse der Abtheilung nicht einverstanden ist, so steht ihm nicht die Provocation auf den Regierungspräsidenten, sondern die auf Entscheidung des Plenums der Regierung zu;
- 2) die dem Präsidenten bei anderen Angelegenheiten zustehende Befugniss zur Suspension der Beschlüsse des Collegiums und Einholung der Entscheidung des Ober-Präsidenten findet keine Anwendung.

2. (Zu §. 6. 31. 34. der Verordn. von 1834.) Min. Instruct. v. 12. Octbr. 1835, betr. das schiedsrichterliche Verfahren bei Gemeinheitstheilungen etc. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 488. (s. Bd. VII. S. 450.)

3. (Zu §. 9. u. 12. der Verordn. v. 1834.) a) Rescr. v. 20. März 1840, betr. die Competenz der Gerichte zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten aus gutsherrlichen und bäuerlichen Regulirungen. Min. Bl. S. 134. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 186.

b) C. O. v. 12. April 1844, betr. die Competenz der Gerichte in den von den Auseinandersetzungsbehörden in erster Instanz entschiedenen Rechtsstreitigkeiten. G. S. S. 119.

Auf Ihren Bericht vom 28. Febr. d. J. bestimme Ich hierdurch zur Ergänzung des §. 9. der Verordn. vom 30. Juni 1834: dass wenn von einer Auseinandersetzungsbehörde in einem, vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Rechtsstreite in erster Instanz erkannt und die Incompetenz der Auseinandersetzungsbehörden in diesem Rechtsstreite auf dem im ersten Satze jenes Paragraphs vorgeschriebenen Wege festgestellt worden, ein solcher Prozess in den höhern Instanzen von den Gerichten fortzusetzen und zu entscheiden ist, ohne dass es einer nochmaligen Entscheidung in erster Instanz durch das competente Gericht bedarf.

4. (Zu §. 10. und 62. der Verordn. von 1834.) a) Declarat. v. 30. Juli 1842, über die Auslegung der §§. 10. u. 62. der Verordn. v. 30. Juni 1834, wegen des Geschäftsbetriebes in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten, betr. die Competenz der Auseinandersetzungsbehörden hinsichtlich der Verwendung von Abfindungs-Capitalien. G. S. S. 245.

Zur Beseitigung der Zweifel, welche in Beziehung auf die Vorschriften der Verordn. wegen des Geschäftsbetriebes in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten vom 30. Juni 1834, §§. 10. und 62. entstanden sind, bestimme Ich auf den Bericht des Staatsministeriums vom 13. Juni d. J. hierdurch Folgendes:

- 1) Zur Competenz der Auseinandersetzungs-Behörden in Gemässheit der Vorschriften im §. 10. jener Verordn. gehört:

- a) die Bestimmung darüber, welche Hypotheken-Gläubiger zum Behufe der gesetzmässigen Verwendung der Abfindungs-Capitalien, aus letzteren zu befriedigen sind, und zwar ohne Unterschied, ob das Gut zum vollen Eigenthume, als Lehn oder Fideicommiss, zu Erbzins- oder Erbpachtsrechten etc. besessen wird, und ob die gedachten Capitalien gerichtlich deponirt sind, oder nicht;
 - b) die Entscheidung über die hierbei mit den Hypotheken-Gläubigern oder unter denselben entstehenden Streitigkeiten. Betreffen aber diese Streitigkeiten die Verität oder Priorität der Forderung an sich, so ist die Entscheidung den ordentlichen Gerichten zu überlassen, welchen alsdann auch die Vertheilung der deponirten Abfindungs-Capitalien unter die Hypotheken-Gläubiger zusteht.
- 2) Zu einer Prüfung der von der Auseinandersetzungs-Behörde als gesetzmässig bescheinigten Verwendung eines Abfindungs-Capitals ist die Hypotheken-Behörde weder verpflichtet noch befugt; sie darf die auf Grund einer solchen Bescheinigung nachgesuchte Eintragung nach §. 62. der angeführten Verordn. nur wegen solcher Anstände ablehnen, die sich aus dem Hypothekenbuche selbst ergeben. Als Anstände dieser Art sind in allen Fällen, in denen eine Eintragung oder Löschung von der Auseinandersetzungs-Behörde innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugniss als zulässig bescheinigt ist, nur diejenigen anzusehen, welche darauf beruhen, dass bei dem Hypothekenbuche eine Veränderung stattgefunden hat, welche der Auseinandersetzungs-Behörde unbekannt geblieben ist.

b) Rescr. v. 14. März 1843 nebst Anlage, betr. die Fassung der Recesses in Separations- und Ablösungssachen und der Requisitionen der General-Commission an die Gerichte wegen deren Eintragung. Min. Bl. S. 83. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 166.

5. (Zu §. 76 — 81. der Verordn. von 1817.) C. O. v. 9. April 1835, betr. die Qualification der bei Gemeinheitstheilungen etc. zulässigen Beistände der Parteien. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 109. (s. Bd. VII. S. 459.)

6. (Zu §. 43. der Verordn. von 1834.) Rescr. v. 18. Mai 1840, betr. die Rechtsbeständigkeit der von schreibensunkundigen Personen vor Oeconomie-Commissarien vollzogenen Recesses. Min. Bl. S. 191. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 520.

7. (Zu §. 169 — 172. der Verordn. von 1817 und §. 62. der Verordn. von 1834.) **a)** Rescr. v. 13. Juni 1839 nebst Anlage, betr. die Execution aus den von den Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Recessen. Min. Bl. S. 222. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 351.

b) Rescr. v. 20. April 1841, betr. das Verfahren, wenn derjenige, welcher den bestätigten Recess vollzogen hat, zur Zeit der Eintragung desselben in das Hypothekenbuch nicht mehr titulirter Besitzer ist. Min. Bl. S. 153. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 663. erledigt durch:

c) C. O. v. 18. Decbr. 1841, betr. die Gültigkeit und executorische Kraft der von den General-Commissionen und übrigen Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Recesse. G. S. 1842, S. 17.

Auf Ihren Bericht vom 23. v. M. erkläre Ich Mich nunmehr mit der in dem Bericht vom 29. Juni d. J. entwickelten Ansicht einverstanden, dass die von den General-Commissionen und den übrigen im Ressort derselben beschäftigten Auseinandersetzungs-Behörden bestätigten Recesse auch gegen diejenigen Personen gültig und executorisch sind, welche die bei dem betreffenden Geschäft betheiligten Grundstücke erst nach bewirkter Vollziehung des Recesses von dem zu jener Zeit im Hypothekenbuch eingetragenen Eigenthümer erwerben. Ich bestimme daher zur Beseitigung der hiergegen aufgestellten Bedenken, dass es einer nachträglichen Vernehmung solcher neuen Erwerber über das bereits abgeschlossene Geschäft nicht bedarf, vielmehr auch ohne deren Zustimmung die nach dem Recess erforderlichen Eintragungen in die Hypothekenbücher veranlasst werden sollen.

8. (Zu §. 173. seqq. der Verordn. von 1817, §. 45. seqq. der Verordn. von 1834) **A. a)** C. O. v. 19. März 1839, betr. die Einlegung der Rechtsmittel bei den General-Commissionen. G. S. S. 107. (s. Bd. VIII. S. 352.) aufgehoben durch:

b) Verordn. v. 21. Juli 1843, über die Einlegung der Rechtsmittel. s. zu A. G. O. I. 13, §. 45. seqq.

c) Plen. Beschl. v. 16. Decbr. 1834: Die Revision und die Nichtigkeitsbeschwerde sind in den zum Ressort der General-Commissionen gehörigen Sachen unzulässig, wenn die Existenz oder Gültigkeit eines Vergleichs streitig wird, über dessen Gegenstand nach der C. O. v. 15. März 1834 die Revision oder die Nichtigkeitsbeschwerde nicht stattfindet. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 5. S. 130.

B. a) C. O. v. 9. April 1836, betr. die Berechnung des Streitobjects für Litisconsorten bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen, Gemeinheitstheilungen und Ablösungen, Behufs Bestimmung der Zulässigkeit der Rechtsmittel. G. S. S. 172. (s. Bd. VII. S. 460.) generalisirt durch:

b) §. 10. der Verordn. v. 21. Juli 1843, über die Grundsätze, wonach der Werth des Streitgegenstandes in Civilprozessen zu berechnen ist. s. zu A. G. O. I. 14. §. 3. ad 3.

C. a) Rescr. v. 21. Septbr. 1839, betr. die Abfassung der Relationen bei den Revisionscollegien. Min. Bl. S. 322. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 122.

b) Rescr. v. 9. Septbr. 1840, betr. die Ausfertigung und Insinuation der Erkenntnisse der Revisionscollegien. Min. Bl. S. 314. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 157.

c) Plen. Beschl. v. 13. Decbr. 1841: In General-Commissionssachen, in welchen mehrere Litisconsorten aus ihrer Mitte Deputirte bestellt haben, genügt zur Feststellung des Fatale die Insinuation der Urtelsausfertigung an diese Deputirte, auch ohne Autorisation zur Empfangnahme der Urtel. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 7. S. 228. Min. Bl. 1842, S. 83.

d) Weitere Zusätze zur Verordn. v. 5. Mai 1838, betr. die Insinuation der Erkenntnisse und die Einlegung der Rechtsmittel. s. zu A. G. O. I. 13. §. 45. seqq.

9. (Zu §. 196. seqq. der Verordn. von 1817 und §. 56 — 62. der Verordn. von 1834.) **a)** Vergl. oben die Zus. zu §. 10. u. 62. der Verordn. von 1834.

b) Rescr. v. 5. Juni und 5. Octbr. 1839, betr. die Zulässigkeit von Collectiv-Anträgen der General-Commissionen zu mehreren Vormundschafts- und Hypothekenacten. Min. Bl. S. 335. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 478.

c) Rescr. v. 16. März 1842, betr. das Zusammenwirken der Regulierungs- und Hypothekenbehörden bei Feststellung der Besitzverhältnisse von Grundstücken, namentlich von Wandeläckern, bei Gemeinheitstheilungen. Min. Bl. S. 184. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 597,

10. (Zu §. 209. seqq. der Verordn. von 1817.) Zusätze wegen der Kosten in Auseinandersetzungssachen s. zur Gebühren-Taxe D.

II. Verordn. v. 22. Novbr. 1844, betr. den Geschäftsgang und Instanzenzug bei den Auseinandersetzungsbehörden. G. S. 1845, S. 19.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur Verbesserung des Geschäftsganges und Instanzenzuges bei den Auseinandersetzungsbehörden, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, für diejenigen Landestheile, in denen die Verordn. vom 20. Juni 1817 und 30. Juni 1834 Gesetzeskraft haben, was folgt:

Bestimmungen in Ansehung:

1) der ersten Instanz;

§. 1. Jede General-Commission und jedes Spruchcollegium für landwirthschaftliche Angelegenheiten soll, einschliesslich des Dirigenten, aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen, deren Mehrzahl zum Richteramte qualificirt sein muss.

§. 2. Jedes Mitglied der General-Commissionen und Spruchcollegien hat bei den Berathungen, ohne Unterschied des Gegenstandes, eine entscheidende Stimme. Die bisherige Beschränkung des Stimmrechts der Ober-Commissarien und technischen Mitglieder wird hierdurch aufgehoben.

Den Hülfsarbeitern steht ein Stimmrecht nur in den von ihnen bearbeiteten Sachen zu; doch ist der Minister des Innern befugt, denjenigen Hülfsarbeitern, welche die vorschriftsmässige technische Qualification erworben haben, ein volles Stimmrecht beizulegen.

§. 3. Die nach §. 5. der Verordn. wegen Vereinigung der General-Commissionen zu Königsberg und Marienwerder mit den Regierungen der Provinz Preussen vom 30. Juni 1834 in den genannten beiden Städten errichteten Justizdeputationen sollen aufgelös't und statt ihrer soll bei jeder der Regierungen zu Königsberg, Marienwerder, Gumbinnen und Danzig ein Spruchcollegium errichtet werden, dem in erster Instanz die Entscheidung aller Streitigkeiten in den zum Ressort der Auseinandersetzungsbehörde gehörigen Sachen zusteht, und zwar ohne Unterschied sowohl

des Gegenstandes des Streits als des hinsichtlich desselben in der höheren Instanz zulässigen Rechtsmittels.

Diese Collegien sind aus denjenigen Beamten, welche bei den genannten Regierungen die landwirthschaftlichen Angelegenheiten bearbeiten, und, soweit es zur Ergänzung der nach §. 1. erforderlichen Zahl nöthig ist, aus den übrigen Mitgliedern der betreffenden Regierung und denen des am Orte befindlichen Oberlandesgerichts oder Land- und Stadtgerichts, zusammenzusetzen.

Die Bestimmungen über diese Ergänzung, sowie über die Ernennung der Dirigenten der Spruchcollegien, sind von den Ministern der Justiz und des Innern gemeinschaftlich zu treffen. Eben so wird von denselben der Zeitpunkt, mit welchem diese Spruchcollegien anstatt der aufzulösenden Justiz-Deputationen in Wirksamkeit treten, bestimmt und durch die Amtsblätter bekannt gemacht werden.

§. 4. Die General-Commissionen und Spruchcollegien haben ihre Definitiv-Entscheidungen fortan in der für richterliche Erkenntnisse vorgeschriebenen Form abzufassen. Zur Gültigkeit derselben ist die Theilnahme von wenigstens drei stimmberechtigten Mitgliedern erforderlich.

§. 5. In Ansehung der bei Auseinandersetzungen vorkommenden Streitigkeiten über Besitz-, Nutzungs- und Verwaltungsverhältnisse verbleibt es bei der Vorschrift des §. 36. der Verordn. vom 30. Juni 1834, nach welcher interimistische Entscheidungen über Streitigkeiten dieser Art auch von den Special-Commissarien getroffen werden können.

Dagegen soll über Streitigkeiten wegen Gegenstände anderer Art nicht mehr, wie es der §. 154. der Verordn. vom 20. Juni 1817 gestattete, durch die Special-Commissarien entschieden werden.

Gegen die von den Letzteren nach §. 36. der Verordn. vom 30. Juni 1834 getroffenen interimistischen Entscheidungen ist der Recurs an die General-Commissionen oder Spruchcollegien, ausserdem aber kein ferneres Rechtsmittel zulässig.

§. 6. Die General-Commissionen und Spruchcollegien sind befugt, indem sie auf Ausführung eines Gegenstandes der Auseinandersetzung erkennen, dabei zugleich festzusetzen:

dass diese Ausführung, ungeachtet des gegen das Erkenntniss etwa einzuwendenden Rechtsmittels, statfinde.

Eine solche Festsetzung kann aber nur dann geschehen, wenn aus den Umständen erhellet,

a) dass aus einem längeren Aufschub der Ausführung, für die Partei, welche solche verlangt, ein erheblicher und überwiegender Nachtheil erwachsen würde, und zugleich

b) dass der Gegenpartei für den ihr aus der früheren Ausführung entstehenden Nachtheil Entschädigung gewährt werden kann.

Die Auseinandersetzungsbehörde hat jedoch, wenn in Gemässheit einer solchen Festsetzung die Ausführung noch vor der Entschei-

dung zweiter Instanz erfolgt, zu erörtern und zu den Acten ihr Gutachten abzugeben:

ob und in wie weit eine Abänderung des durch die Ausführung begründeten Zustandes ohne überwiegende Nachtheile noch zulässig ist?

damit die Spruchbehörde zweiter Instanz hiernach ihre Entscheidung treffen könne.

Der §. 63. der Verordn. vom 30. Juni 1834 wird aufgehoben und der §. 203. der Verordn. vom 20. Juni 1817 dem Vorstehenden gemäss abgeändert.

2) der zweiten Instanz;

§. 7. Die zu den Entscheidungen zweiter Instanz in den Auseinandersetzungssachen jetzt zu Berlin, Königsberg, Marienwerder, Stettin, Magdeburg, Breslau, Münster und Posen bestehenden Revisionscollegien sollen aufgelös't werden, und sämtliche denselben bisher aufgetragene Geschäfte auf ein für die ganze Monarchie zu errichtendes

„Revisionscollegium für Landescultursachen“ übergehen. Den Zeitpunkt dieser Veränderung haben die Minister der Justiz und des Innern zu bestimmen und durch die Amtsblätter bekannt zu machen.

§. 8. Das Revisionscollegium für Landescultursachen soll aus einem Präsidenten und mindestens acht Mitgliedern bestehen. Der Präsident und sämtliche Mitglieder müssen mit der landwirthschaftlichen Gewerbslehre vertraut und die Mehrzahl derselben muss zum höheren Richteramte qualificirt sein.

Sowohl der Präsident als die Mitglieder werden von Uns ernannt; Erstere auf den Vorschlag des Staatsministeriums, Letztere auf den Vorschlag der Minister der Justiz und des Innern. Diese Minister können indessen gemeinschaftlich das Collegium, im Fall eines vorübergehenden Bedürfnisses, durch solche Hülfssarbeiter verstärken, welche die für die Mitglieder erforderliche Qualification besitzen.

§. 9. Jedes Mitglied des Revisionscollegiums hat bei den Berathungen ohne Unterschied des Gegenstandes, eine entscheidende Stimme; ein Gleiches gilt von den nach §. 8. dem Collegium zugeordneten Hülfssarbeitern. Die Stimme des Vorsitzenden giebt bei Stimmengleichheit den Ausschlag.

§. 10. Dem Revisionscollegium steht in derselben Art und Ausdehnung, wie den Generalcommissionen und Spruchcollegien erster Instanz, über alle zu seiner Cognition gelangende landwirthschaftliche Gegenstände ein selbstständiges Urtheil zu, wobei dasselbe die Gutachten der vernommenen Sachverständigen nur nach Maassgabe der darüber bestehenden allgemeinen Grundsätze zu beachten hat.

Der §. 31. der Verordn. vom 20. Juni 1817 und der §. 14. der Verordn. vom 30. Juni 1834 treten mit dem Zeitpunkt, wo das Revisionscollegium seine Wirksamkeit beginnt, ausser Anwendung.

§. 11. Das Revisionscollegium hat in Ansehung der Wahrnehmung der landespolizeilichen und staatswirthschaftlichen Interessen gleiche Befugnisse und Verpflichtungen, wie die Generalcommissionen. Dasselbe hat dagegen die auf das Vermögen der Corporationen und öffentlichen Anstalten sich beziehenden Rechte, desgleichen die dem Staate zustehenden Patronatsrechte nicht von Oberaufsichtswegen wahrzunehmen, sondern dieses den betreffenden Verwaltungsbehörden zu überlassen und Letzteren nur, wo es auf die Wahrnehmung solcher Rechte ankommt, Nachricht zu geben.

§. 12. Bei Bedenken über die Entscheidung solcher Gegenstände, welche landespolizeiliche oder staatswirthschaftliche Interessen berühren, z. B. wenn es sich um Vertheilung oder Sicherstellung von Steuern, Societäts- oder Communal-Abgaben und Lasten, um Veränderung oder Unterhaltung von Landstrassen, öffentlichen Flüssen und deren Ufer, um Vertheilung von Corporations- und Gemeindevermögen handelt, bleibt es dem Ermessen des Revisionscollegiums überlassen, zuvor, nach Anleitung des §. 102. des Anh. zur A. G. O., ein Gutachten der betreffenden Verwaltungsbehörde einzuholen.

§. 13. Berichtigungen und Ergänzungen der Instruction können auch in zweiter Instanz von der Spruchbehörde auf den mündlichen Vortrag eines Referenten angeordnet werden.

§. 14. Von dem Zeitpuncte ab, mit welchem das nach §. 7. zu errichtende Revisionscollegium in Wirksamkeit tritt, soll das gegen Erkenntnisse der General-Commissionen und Spruchcollegien bisher zulässig gewesene Rechtsmittel des Recurses an das Ministerium des Innern nicht ferner Statt finden; vielmehr sind alsdann auch diejenigen Beschwerden der Parteien, über welche jetzt von dem gedachten Ministerium im Recursverfahren zu entscheiden ist, nach Maassgabe ihres Gegenstandes, im Wege entweder der Appellation, oder des im Art. I. No. 2. u. 3. der Declarat. vom 6. April 1839 bestimmten Recurses und zwar stets durch Entscheidung des Revisionscollegiums zu erledigen.

Im Uebrigen verbleiben dem Ministerium des Innern alle bisherige aus dem Aufsichtsrechte über die Auseinandersetzungsbehörden herfliessende Befugnisse.

§. 15. Wer sich durch ein Erkenntniss erster Instanz, welches die Landabfindung oder andere in Naturalobjecten bestimmte Ausgleichungspuncte und Vorbehalte des Auseinandersetzungsplans oder den Zeitpunkt der Ausführung betrifft, für verletzt hält, kann zwar auch ferner seine Beschwerden und Anträge, entweder auf Abänderung dieser Festsetzungen oder allein auf eine Entschädigung in Capital oder Rente richten, ingleichen beiderlei Anträge alternativ und eventuell anbringen; indess ist in dem einen wie in dem andern Falle nur die Appellation oder das im Art. I. No. 2. der Declarat. vom 6. April 1839 bezeichnete Rechtsmittel des Recurses zulässig, auch kann die Verbindung beider Anträge noch während der Instruction des Rechtsmittels und,

soweit nicht die allgemeinen Prozessvorschriften eine Abweichung gestatten, mit der Wirkung Statt finden, dass jene Anträge gleichzeitig erörtert und entschieden werden müssen.

Der Richter zweiter Instanz ist jedoch an die Anträge der Parteien nicht unbedingt gebunden, sondern kann davon in den Fällen abweichen, wo die ihm obliegende Wahrnehmung des landespolizeilichen und staatswirthschaftlichen Interesses solches erforderlich macht; namentlich kann er Entschädigungen in Capital oder Rente festsetzen, wenn auch die Anträge der Parteien nur auf Gewährung von Naturalobjecten gerichtet sind. Desgleichen kann er die Erörterung von Entschädigungsansprüchen, in gleichen von Nebenpunkten, selbst wenn diese Theilnehmungsrechte betreffen, ausnahmsweise *ad separatim* verweisen.

Vorstehende Bestimmungen treten jedoch erst alsdann in Kraft, wenn das nach §. 7. zu errichtende Revisionscollegium seine Wirksamkeit begonnen hat; auch werden mit diesem Zeitpunkte die entgegenstehenden Vorschriften der §§. 48 — 50. der Verordn. vom 30. Juni 1834 hierdurch aufgehoben.

§. 16. Die Vorschrift des §. 189. der Verordn. vom 20. Juni 1817 wird dahin abgeändert, dass der Spruchrichter die erst in zweiter Instanz vorgekommenen neuen Punkte, nach Befinden, zur Separatverhandlung in erster Instanz verweisen kann.

§. 17. Die in den §§. 82 — 85. der Verordn. vom 20. Juni 1817 enthaltenen Bestimmungen in Betreff der Verhandlungen über Gegenstände von gemeinschaftlichem Interesse sind auch in der zweiten Instanz maassgebend.

§. 18. Die Instruction der zweiten Instanz kann auch einem Special-Commissarius, der nicht Justizbedienter ist, aufgetragen werden. Die entgegenstehende Vorschrift des §. 185. der Verordn. vom 20. Juni 1817. wird aufgehoben.

§. 19. Ob in dem Falle, wenn der in zweiter Instanz zugezogene Oekonomie-Commissarius von der Ansicht des in erster Instanz zugezogenen abweicht, die im §. 187. der Verordn. vom 20. Juni 1817 vorgeschriebene Verhandlung zwischen diesen beiden Oekonomie-Commissarien nothwendig sei, bleibt der Beurtheilung der Auseinandersetzungsbehörde und dem Revisionscollegium überlassen.

§. 20. Der Commissarius zweiter Instanz hat auch in denjenigen Fällen, in welchen es der Regulirung eines *Status causae et controversiae* oder seines Gutachtens nicht bedarf, eine Darstellung des Sachverhältnisses, in welcher insbesondere der Zusammenhang des Rechtsstreits mit dem Auseinandersetzungsverfahren zu erläutern ist, zu den Acten zu bringen und solche in der Regel den Parteien und zwar im Schlusstermine zur Erklärung vorzulegen.

3) der dritten Instanz;

§. 21. Hinsichtlich des Umfangs, in welchem die Vorschriften über die Rechtsmittel der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde auf Auseinandersetzungssachen Anwendung finden, ver-

bleibt es überall bei den Bestimmungen der Order vom 15. März 1834.

§. 22. Die dem Geh. Ob. Trib. zur Entscheidung über die Revision oder Nichtigkeitsbeschwerde vorzulegenden Acten sind von den Auseinandersetzungsbehörden nicht mehr, wie es §. 53. der Verordn. vom 30. Juni 1834 bestimmte, dem Ministerium des Innern sondern unmittelbar jenem Gerichtshofe einzureichen.

4) der Kosten.

§. 23. Alle bisherige den Kostenpunkt in der Appellationsinstanz betreffende Vorschriften finden künftig auch auf diejenigen Sachen Anwendung, in denen die Appellation erst in Folge gegenwärtiger Verordnung zulässig geworden ist.

Th. I. Tit. 43. §. 1. seqq. 1. a) Vergl. Ges. v. 22. Decbr. 1839, betr. die Rechtsverhältnisse der Grundbesitzer und die Ablösung der Reallasten in den Grafschaften Wittgenstein-Berleburg und Wittgenstein. G. S. 1840, S. 6. s. zu A. L. R. II. 7. §. 240 — 494.

b) Rescr. v. 7. Febr. 1840 nebst Instruct. v. 30. Novbr. 1839, betr. das Verfahren zur Ausführung der Ablösungen nach vorgedachtem Gesetze. Min. Bl. S. 50. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 291.

2. Ges. v. 18. Juni 1840, über die Rechtsverhältnisse des Grundbesitzes und über die Ablösung der Realberechtigungen in dem Fürstenthum Siegen. G. S. S. 151.

3. a) Ges. v. 18. Juni 1840, über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse im Herzogthum Westphalen. G. S. S. 153.

b) Ordnung wegen Ablösung der Reallasten im Herzogthum Westphalen, v. 18. Juni 1840. G. S. S. 156.

4. Ges. v. 4. Juli 1840, wegen Ablösung der Reallasten in den vormals Nassauischen Landestheilen und in der Stadt Wetzlar mit Gebiet. G. S. S. 195.

5. Ges. v. 18. Juli 1845, betr. die Ablösung der Dienste in denjenigen Theilen der Provinz Sachsen, in welchen die Ablösungsordn. v. 7. Juni 1821 gilt. G. S. S. 502.

6. Ges. v. 31. Octbr. 1845, betr. die Ablösung der Dienste in Schlesien. G. S. S. 682. s. zu A. L. R. II. 7. §. 240 — 494.

Th. I. Tit. 43. §. 1. seqq. 1. a) Verordn. v. 7. März 1843, wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistricte in der Provinz Westphalen. G. S. S. 109.

b) Verordn. v. 7. März 1843, wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistricte für sämtliche zum ständischen Verbands der Kur- und Neumark Brandenburg und des Markgrafthums Niederlausitz, so wie der Provinz Sachsen gehörige Landestheile. G. S. S. 125. s. zu A. L. R. I. 17. §. 311 — 361.

2. a) Verordn. v. 7. März 1843, über die Ausführung der Theilungen gemeinschaftlicher Jagddistricte in der Provinz Westphalen. G. S. S. 115.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur Ausführung der von Uns unter dem heutigen Tage erlassenen Verordnung, wegen Theilung ge-

meinschaftlicher Jagddistricte in der Provinz Westphalen nach eingeholtem Gutachten Unserer getreuen Stände dieser Provinz, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§. 1. Die Ausführung der Verordnung wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistricte wird in jedem Kreise einer besonderen Kreis-Jagdtheilungs-Commission übertragen.

§. 2. Die Kreis-Jagdtheilungs-Commission (§. 1.) soll aus einem zum Richteramt qualificirten, bei der Sache nicht betheiligten Beamten, und aus zwei jagdberechtigten Grundeigenthümern, welche auch einem benachbarten Kreise angehören können, bestehen. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen. Die Wahl der Mitglieder und deren Stellvertreter erfolgt in der Kreisversammlung nach den für die Landrathswahlen geltenden Bestimmungen. — Der Stellvertreter eines aus den Grundeigenthümern gewählten Mitgliedes darf nicht mit Letzterem in dem nämlichen Districte zur Jagd berechtigt sein, damit er bei denjenigen Specialverhandlungen fungiren kann, wo dasselbe wegen eigenen Interesses bei der Sache ausscheiden muss.

Die Bestätigung der Wahlen steht dem Ober-Präsidenten zu, jedoch in Ansehung des richterlichen Mitgliedes unter Mitwirkung des Präsidenten des Oberlandesgerichts.

Der Minister des Innern ist ermächtigt, bei Ermangelung qualificirter Jagdberechtigten ausnahmsweise auch die Erwählung anderer sachkundiger Personen zu Mitgliedern der Theilungs-Commission zu gestatten.

§. 3. Die Kreis-Jagdtheilungs-Commissionen haben in Ansehung der Theilung gemeinschaftlicher Jagddistricte im Allgemeinen gleiche Befugnisse und Verpflichtungen wie die General-Commissionen in Ansehung der Gemeinheitstheilungen; sie müssen sich jedoch bei Erlassen an die Unterbehörden der Regierungen und Oberlandesgerichte des Requisitionsstyls bedienen.

Sie stehen in disciplinarischer Beziehung unter dem Ober-Präsidenten und dem Minister des Innern.

Die Theilung sämtlicher innerhalb des Kreises befindlicher gemeinschaftlicher Jagddistricte wird unmittelbar durch die Kreiscommissionen bewirkt, und finden Specialcommissionen zu Theilung einzelner Reviere nicht Statt. Es bleibt jedoch den Kreiscommissionen unbenommen, mit solchen Geschäften, welche nicht die Mitwirkung der gesamten Commission erfordern, einzelne Mitglieder zu beauftragen.

Die Instruction streitiger Gegenstände liegt dem zum Richteramente qualificirten Mitgliede ob.

Dasselbe hat auch sämtliche Verhandlungen zu leiten und gebührt ihm der Vorsitz in der Commission.

§. 4. Die Provocation auf Theilung eines in mehreren Kreisen belegenen Jagddistricts ist bei der Theilungscommission desjenigen Kreises anzubringen, in welchem der grössere Theil desselben befindlich ist.

Competenzconflicte hat der Ober-Präsident zu entscheiden.

§. 5. Die Theilungs-Commission hat zunächst die Legitimation der Provocanten zu prüfen. Diese müssen mit dem Theilungsantrage ein Verzeichniss der Jagdberechtigten des Districts mit der Versicherung einreichen, dass ihnen mehrere Berechtigte, als darin angegeben, nicht bekannt sind.

§. 6. Ergiebt sich nach diesem Verzeichnisse (§. 5.), dass die Provocanten nicht zwei Drittel der bekannten Jagdberechtigten ausmachen, so wird die Provocation, insofern solche nicht auf Einleitung eines Theilungsverfahrens auf alleinige Kosten der Provocanten gerichtet ist, durch ein Dekret zurückgewiesen.

Im entgegengesetzten Falle ladet die Commission die bekannten Jagdberechtigten des Districts zu einem auf acht Wochen hinauszusetzenden Termin unter der Verwarnung vor, dass im Fall des Ausbleibens ihre Einwilligung in die Theilung angenommen, und diese nach den Beschlüssen der Erschienenen ausgeführt werde. Zugleich erlässt die Commission eine Edictalladung, wodurch alle diejenigen, welche bei der Theilung ein Interesse haben, zur Angabe und Nachweisung ihrer Ansprüche bei Vermeidung der Präclusion aufgefordert werden.

Die Edictalladung wird zweimal in dem Amtsblatte, den Intelligenzblättern und den Zeitungen des Regierungsbezirks, und wenn in demselben keine Zeitung erscheint, in der eines benachbarten Regierungsbezirks bekannt gemacht. Liegt ein Theil des Jagdbezirks in einem anderen Regierungsbezirke, so erfolgt die Bekanntmachung auch in den dortigen öffentlichen Blättern.

§. 7. Ein jeder Theilnehmer ist verpflichtet, in dem Anmeldungsstermine (§. 6.) persönlich zu erscheinen, und seine Berechtigung, deren Art und Umfang anzugeben, die darüber sprechenden Urkunden vorzulegen, und die sonstigen Beweismittel namhaft zu machen. Eine Vertretung durch Bevollmächtigte ist nur dann gestattet, wenn der Betheiligte durch erhebliche Ursachen an dem persönlichen Erscheinen gehindert wird, und solche sogleich bescheinigt. Die Rechte des Fiscus werden durch den betreffenden Oberförster wahrgenommen, der sich durch die Authorisation der vorgesetzten Regierung zu legitimiren hat. Die erschienenen Interessenten haben sich in diesem Termine über die Anerkennung der angemeldeten Gerechtsame im Allgemeinen zu erklären. Zugleich prüft die Theilungs-Commission die Legitimation der Provocanten und deren Bevollmächtigten, sofern solche von anderen Betheiligten bestritten wird.

Das einmal angefangene Verfahren muss ununterbrochen fortgesetzt, und darf nur dann ausgesetzt werden, wenn die Verhältnisse der Sache es erfordern. Die Interessenten müssen nicht nur in dem ihnen durch die Vorladung bezeichneten Termine, sondern auch in den folgenden Tagen, welche als Fortsetzung eines und desselben Termines betrachtet werden, ohne weitere schriftliche Aufforderung sich einfinden, bis die Commission die Verhandlung für geschlossen erklärt. Eine Prorogation der anberaumten Termine kann nur ausnahmsweise, wenn der Antrag

durch Bescheinigung erheblicher Hinderungsursachen begründet ist, bewilligt werden. Auch muss derjenige, welcher einen anderweitigen Termin veranlasst, die Kosten desselben allein tragen.

Diese Bestimmungen finden nicht bloss auf den Anmeldungs-termin, sondern auch auf alle folgende Termine Anwendung.

§. 8. Nach Beendigung des Anmeldungstermins entscheidet die Commission über die Zulässigkeit der Provocation und fasst in Ansehung aller nicht angemeldeten Ansprüche den Präclusionsbescheid ab, welcher nach Vorschrift des §. 6. öffentlich bekannt zu machen ist. Gegen die Präclusion findet die Restitution nach den Bestimmungen des dritten Abschn. Tit. 14. der A. G. O. Statt; es muss jedoch derjenige, welcher die Restitution erlangt, alle Kosten tragen, welche durch die Umänderung des bisherigen Verfahrens in Folge seines spätern Eintretens herbeigeführt werden.

§. 9. Hiernächst wird ein Instructionstermin zur Feststellung der Theilmahmerechte und der Theilungsmasse, so wie zur Erklärung der Interessenten über den Theilungsfuss, und die Ausgleichungsgrundsätze angesetzt, wozu dieselben unter dem Präjudiz, dass die Ausbleibenden an die Beschlüsse der Erschienenen gebunden sind, vorgeladen werden. Der Commission bleibt, wo die Verhältnisse es gestatten, überlassen, diese Gegenstände auch schon in dem Anmeldungstermine zu erledigen, wie ihr denn überhaupt freisteht, die verschiedenen Termine, wo es angemessen erscheint, zusammenzuziehen.

Die gegenseitigen Gerechtsame werden rücksichtlich der Nichterschienenen in dem Maasse für richtig angenommen, wie sie von den Erschienenen angegeben worden.

Die Theilhaber eines gemeinschaftlichen Interesses müssen sich, insofern von dessen Wahrnehmung gegen einen Dritten die Rede ist, den Beschlüssen der Mehrheit, welche nach der Zahl der selbstständigen Jagdberechtigungen berechnet wird, unterwerfen.

Dagegen ist zu den im §. 19. der Theilungsordnung erwähnten Beschlüssen eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der erschienenen Betheiligten erforderlich, deren Zahl in gleicher Weise, wie vorstehend berechnet wird.

Zu gänzlicher Beseitigung der Rücksicht auf Terrainverschiedenheiten, wird Einstimmigkeit aller Betheiligten erfordert.

§. 10. In dem Instructionstermin (§. 9.) haben sich die Betheiligten über den ganzen Inhalt der Anmeldungen, namentlich in Beziehung auf den Umfang der behaupteten Berechtigungen, und die Art der Ausübung bestimmt zu erklären.

Die Commission hat sich möglichst zu bemühen, die Streitigkeiten durch gütliche Einigung zu beseitigen, imgleichen über den Theilungsfuss und die Ausgleichungsgrundsätze, bei obwaltender Meinungsverschiedenheit, einen Beschluss zu Stande zu bringen. Diejenigen Punkte, über welche weder Einigung noch Beschlussnahme erfolgt, entscheidet die Commission, sofern nicht

eine weitere Instruction erforderlich ist, in dem nämlichen Termine.

§. 11. In jedem Theilungsverfahren sind, und zwar für jede Jagdart besonders, gewisse Klassen der Jagdbarkeit der verschiedenen Theile des Districts nach der äussern Beschaffenheit des Terrains festzustellen. Als Hauptklassen werden nach ihrer Werthfolge nachstehende bestimmt.

A. Für die niedere Jagd:

- 1) Aecker und Wiesen, mit Feldholzungen untermischt;
- 2) Aecker und Wiesen ohne Feldholzungen;
- 3) grosse Waldungen, überhaupt Terrain von vorherrschend waldiger Beschaffenheit;
- 4) mit starkem Haidekraut oder Post bewachsener Haide- oder Moorgrund;
- 5) Gemeindegütern, kahler Haide- oder Moorgrund, kahle Bergweide.

B. Für die mittlere Jagd:

- 1) Wald im Gebirge, und wo sich der Birkhahn findet, und zur mittleren Jagd gehört, mit starkem Haidekraut oder Post bewachsener Haide- oder Moorgrund;
- 2) Wald in der Ebene von bedeutendem Umfange;
- 3) Holzungen, welche zwar nicht zusammenhängend sind, jedoch den grösseren Theil des Terrains einnehmen;
- 4) Aecker, Wiesen, Hütungen, auch wenn sie von kleineren Holzungen durchschnitten sind, bei welchen letzteren indess ein Unterschied des Werths zu machen ist, je nachdem sie in grösserer oder geringerer Entfernung von ausgedehnten Waldungen, in denen es einen Rehstand giebt, belegen sind.

C. Für die hohe Jagd:

- 1) Wald im Gebirge;
- 2) Wald in der Ebene von bedeutendem Umfange;
- 3) Aecker, Wiesen, Hütungen, auch wenn sie mit kleineren Holzungen untermischt sind, wobei indess ebenfalls ein Unterschied des Werths zu machen ist, je nachdem sie in der Nähe grosser Waldungen, in denen es einen Roth- oder Schwarzwildstand giebt, belegen sind, oder nicht.

Das Werthverhältniss der verschiedenen Klassen unter einander ist in jedem einzelnen Falle besonders festzusetzen. An die oben angegebenen Hauptklassen ist jedoch die Theilungs-Commission nicht nothwendig gebunden, vielmehr steht ihr frei, nach Maassgabe der Oertlichkeit einzelne Klassen wegzulassen, oder auch noch andere einzuschalten.

Sie soll jedoch in allen Fällen zunächst die gütliche Einigung der Interessenten über die Klassifikation und die Werthverhältnisse der verschiedenen Klassen unter einander herbeizuführen

suchen, und nur in Entstehung einer solchen Einigung eine Festsetzung hierüber von Amtswegen treffen.

Der Commission bleibt vorbehalten, auch darüber zu entscheiden, in wiefern andere Verhältnisse, welche auf die Jagdbarkeit der verschiedenen Theile des Districts erheblich einwirken, zu berücksichtigen sind. Ob dieserhalb zuvor ein Gutachten von Sachverständigen einzuholen sei, wird ihrem Ermessen überlassen.

§. 12. Sind die Theilnahmerechte festgestellt, und über den Theilungsfuss und die Ausgleichungsgrundsätze die nöthigen Bestimmungen erfolgt, auch die streitigen Punkte nach Vorschrift der §§. 20—32. entschieden, so lässt die Commission durch einen nach den Bestimmungen der Ordre vom 28. Febr. 1829 qualificirten Feldmesser, unter Mitwirkung eines der beiden aus den jagdberechtigten Grundbesitzern gewählten Mitglieder, nach den Katasterkarten und Vermessungsregistern den zu theilenden District sowohl nach seinem Flächeninhalt, als nach dem Werthsverhältniss der einzelnen Klassen der Jagdbarkeit, imgleichen das Sollhaben eines jeden Betheiligten berechnen und den Theilungsplan aufstellen. Dem Geometer und dem Commissarius hat die Steuerbehörde Einsicht der Katasterkarten und Vermessungsregister in ihrem Geschäftslocal zu gestatten, auch auf Verlangen Copien mitzutheilen.

§. 13. Der Theilungsplan nebst den Berechnungen wird in einem eigends dazu anberaumten Termine den Betheiligten zur Erklärung vorgelegt; dieselben sind mit ihren Erinnerungen dagegen zu hören, und hiernächst diejenigen Streitpunkte, welche nicht durch gütliche Einigung sich beseitigen lassen, zur weitem Instruction und Erörterung zu stellen. Die Vorladung zu diesem Termine geschieht unter der Verwarnung, dass in Ansehung der Nichterscheinenden angenommen werde, dass sie gegen den Theilungsplan nichts einzuwenden haben, und den Beschlüssen der Erschienenen beitreten.

§. 14. Nach Beendigung des Verfahrens entwirft die Commission auf Grund der stattgehabten Verhandlungen den Theilungsrecess, der das Resultat der Theilung ausführlich ergeben, insbesondere eine genaue Beschreibung der Grenzen der den einzelnen Interessenten zu ihrer Abfindung überwiesenen privaten Jagdreviere enthalten muss.

Die Theilungs-Commission hat hierbei das landespolizeiliche Interesse wahrzunehmen; gegen die hierauf sich beziehenden Verfügungen findet nur die Beschwerde bei dem Ober-Präsidenten und in weiterer Instanz bei dem Minister des Innern Statt.

§. 15. Wird gegen den Entwurf nichts erinnert, oder sind die gemachten Erinnerungen erledigt, so erfolgt die Vollziehung des Recesses vor der Kreistheilungs-Commission. Etwaigen Ausstellungen wird, sofern deren Erledigung keine Bedenken entgegenstehen, sogleich abgeholfen, und dieses in dem mit dem Recess zu verbindenden Vollziehungsprotocoll bemerkt. Werden

Ausstellungen ungegründet befunden, so sind Diejenigen, von denen solche ausgegangen sind, darüber gehörig zu belehren. Verweigern dieselben dennoch die Vollziehung, so wird ihnen mittelst eines besonderen Resoluts, unter Anführung der Gründe, weshalb die Ausstellung nicht berücksichtigt werden könne, eine angemessene Frist unter der Verwarnung gesetzt, dass, sofern sie die Vollziehung bis dahin nicht bewirken würden, dieselbe richterlich ergänzt, und die Bestätigung des Recesses auch ohne dieselbe erfolgen werde.

Gegen dieses Resolut stehen den Betheiligten dieselben Rechtsmittel zu, wie gegen andere Entscheidungen der Commission.

§. 16. Sind die Ausstellungen gegen den Recess durch rechtskräftige Entscheidung erledigt, so bestätigt die Commission denselben, welcher dadurch die Eigenschaft einer gerichtlich bestätigten Urkunde erhält.

Nach Bestätigung des Recesses kann kein Betheiligter mit Einwendungen gegen die darin enthaltenen Bestimmungen und mit Nachforderungen für Rechte, welche Gegenstände des Theilungsverfahrens waren, weiter gehört werden.

§. 17. Sobald der Recess bestätigt worden, erfolgt die Ausführung der Theilung durch Ueberweisung der Abfindungs-Revier an die Betheiligten an Ort und Stelle, so wie Versteinung der Grenzen, so weit solche nach §. 24. der Theilungs-Ordnung erforderlich und ohne Beeinträchtigung der Grundeigenthümer ausführbar ist.

Die Ausführung ist durch das zum Richteramte qualificirte Mitglied zu bewirken, welchem überlassen bleibt, dabei eines der beiden andern Mitglieder zuzuziehen.

Die Theilungs-Commission ist ermächtigt, die Ausführung der Theilung nach Umständen auch vor Vollziehung des Recesses anzuordnen.

§. 18. Das Hauptexemplar des bestätigten Recesses wird mit dem über die Ausführung aufgenommenen Protocoll und sämtlichen Acten an den Landtag des Kreises abgeliefert und in dessen Registratur aufbewahrt.

Eine zweite Ausfertigung des Recesses mit einer beglaubigten Abschrift des Ausführungs-Protocolls wird der Regierung eingereicht und einem jeden Betheiligten ein beglaubigter Auszug über das ihm angewiesene Abfindungs-Revier zugefertigt; es steht jedoch den einzelnen Betheiligten frei, eine vollständige Ausfertigung des Recesses auf ihre Kosten zu verlangen.

§. 19. Mit der Ausführung des Recesses ist die Wirksamkeit der Commission geschlossen, und Klagen wegen Verletzung der durch den Theilungs-Recess erworbenen Rechte gehören vor den ordentlichen Richter.

§. 20. Sämtliche im Verlaufe des Theilungs-Verfahrens in Beziehung auf dessen Gegenstand entstehende Streitigkeiten entscheidet die Theilungs-Commission in erster Instanz: ihre Entscheidungen haben die Kraft richterlicher Erkenntnisse.

Bei Streitigkeiten über die Theilnahme-Rechte steht es jedoch einer jeden Partei frei, auf die Entscheidung im ordentlichen Wege Rechts anzutragen; in diesem Falle werden die von der Commission instruirten Acten an das competente Ober-Landesgericht zum Spruche abgegeben.

§. 21. Die Instruction der Streitpunkte geschieht durch das zum Richteramt qualificirte Mitglied der Commission (§. 3.). — Sofern es jedoch dabei auf practische Bekanntschaft mit dem Gegenstande ankommt, assistirt ihm eines der beiden andern Mitglieder.*

Schriftliche Deductionen sind in erster Instanz nicht zulässig.

§. 22. Im Fall des ungehorsamen Ausbleibens einer Partei auf die ergangene Vorladung kommen die Bestimmungen der A. G. O. Tit. VIII. §§. 9—12. und Tit. XIV. §§. 69—77. in Anwendung.

Das Contumacial-Verfahren findet ebenfalls Statt, wenn eine Partei ihren Bevollmächtigten mit gar keiner oder nicht zureichender Information versieht.

§. 23. In den Fällen, wo nach den Bestimmungen der §§. 20. und 24. der Theilungs-Ordnung Sachverständige zuzuziehen sind, fordert die Commission jede Partei auf, einen solchen in Vorschlag zu bringen und ernennt ihrerseits einen dritten Sachverständigen. Der Betrag der zu gewährenden Rente wird nach dem Durchschnitte der Abschätzungen festgesetzt. In den in §§. 12. und 22. vorgesehenen Fällen ernennt die Commission nach ihrem Ermessen einen oder mehrere Sachverständige.

Die Parteien sind jedoch mit ihren Einwendungen gegen die Personen der benannten Sachverständigen zu hören, über welche die Commission entscheidet.

§. 24. Die Beschlüsse der Commission werden durch Stimmenmehrheit gefasst.

§. 25. Zur Entscheidung in zweiter Instanz über die bei dem Theilungs-Verfahren entstehenden Streitigkeiten ist in jedem Regierungsbezirk eine Revisions-Commission in Jagdtheilungssachen zu bestellen, welche ausser dem Vorsitzenden, aus einem Verwaltungs- und einem Justizbeamten der vierten Rangklasse, und zweien von den Ständen auf dem Provinzial-Landtage aus den jagdberechtigten Grundbesitzern des Regierungsbezirks erwählten Mitgliedern bestehen soll.

Fällt die Wahl der Stände auf andere qualificirte Personen, so findet die Bestimmung des §. 2. mit der Maassgabe Anwendung, dass bei Uns auf Dispensation anzutragen ist.

§. 26. Die Revisions-Commissionen nehmen im Allgemeinen hinsichtlich der Jagdtheilungen dieselbe Stellung ein, wie die Revisionscollegien in Beziehung auf die Gemeinheitstheilungen. Sie sind den Ministern des Innern und der Justiz untergeordnet; Ersterer ernennt die aus den Verwaltungsbeamten, und Letzterer die aus den Justizbeamten zu bestimmenden Mitglieder.

§. 27. Die Wahlen der ständischen Mitglieder bedürfen Unserer Bestätigung. Für jedes derselben ist ein Stellvertreter zu wählen, bei welchem die in §. 2. vorgeschriebene Bedingung gleichfalls stattfindet.

Den Vorsitzenden der Revisions-Commission werden Wir auf den gemeinschaftlichen Vorschlag der Minister des Innern und der Justiz ernennen. Die Unterbehörden der Regierungen und Ober-Landesgerichte sind schuldig, in Gegenständen ihres Ressorts Aufträge der Revisions-Commissionen anzunehmen.

§. 28. Die Appellation gegen Entscheidungen der Kreistheilungs-Commission muss innerhalb sechs Wochen nach der Insinuation des Bescheides eingelegt werden.

§. 29. Die Instruction des Appellatorii wird von der Kreistheilungs-Commission bewirkt. Die Vorschriften der A. G. O. und der spätern, dieselbe erläuternden, ergänzenden oder abändernden Gesetze müssen dabei beobachtet werden. Schriftliche Deductionen sind in der zweiten Instanz zulässig.

§. 30. In denjenigen Fällen, wo nach der Theilungsordnung die Zuziehung von Sachverständigen gestattet ist, bleibt solche auch der Revisions-Commission (§. 23.) überlassen.

§. 31. Kommen in der Appellations-Instanz neue Punkte vor, welche mit andern bisher schon streitig gewesenen in Verbindung stehen, so muss auch darauf die Instruction gerichtet und darüber im Appellations-Erkenntnisse zugleich entschieden werden.

§. 32. Die Entscheidungen der Revisions-Commission erfolgen nach Stimmenmehrheit. Dieselben werden in Urtheilsform abgefasst, mit den Gründen ausgefertigt, und den Parteien durch die Kreistheilungs-Commission insinuirt.

In Fällen, wo eines der ständischen Mitglieder bei der Entscheidung betheiligt ist, beruft der Vorsitzende den Stellvertreter ein.

§. 33. Gegen die Erkenntnisse der Revisions-Commission findet nur die Nichtigkeitsbeschwerde nach den Bestimmungen der Verordn. vom 14. Decbr. 1833 Statt.

§. 34. Den Interessenten eines gemeinschaftlichen Jagddistricts steht frei, sich auch ohne Dazwischenkunft einer öffentlichen Behörde auseinanderzusetzen; jedoch muss in einem solchen Falle der abgeschlossene Recess der Kreisjagdtheilungs-Commission zur Bestätigung vorgelegt werden.

§. 35. Die Betheiligten sind verpflichtet, diejenigen Kosten, welche durch das Theilungsverfahren im Allgemeinen veranlasst werden, nach Verhältniss ihrer angemeldeten Theilmerechte vorzuschüssen. Am Schlusse desselben erfolgt die Ausgleichung nach Verhältniss der erhaltenen Abfindungen.

§. 36. Nur diejenigen, welche aus der Theilung Abfindungen zu empfangen haben, sind schuldig, zu diesen Kosten beizutragen; die Besitzer privativer Jagdreviere oder Grenznachbarn,

welche blos zur Wahrnehmung ihrer Rechte bei dem Verfahren aufgetreten sind, bleiben davon befreit.

§. 37. Diejenigen Kosten, welche durch die Instruction und Entscheidung der im Theilungsverfahren entstehenden Streitigkeiten veranlasst worden, sind mit denen des allgemeinen Theilungsverfahrens nicht zu vermischen, und werden von den streitenden Theilen allein nach den wegen der Prozesskosten bestehenden Grundsätzen getragen, welche auch für die Zahlung der Vorschüsse maassgebend sind. — Wegen Verwaltung des Kostenwesens haben die Vorsitzenden der Kreistheilungs-Commissionen, so wie der Revisions-Commissionen das Erforderliche anzuordnen. Sie bestimmen die zu leistenden Vorschüsse und ertheilen die Anweisungen auf Zahlungen aus den vorhandenen Beständen.

Beschwerden über den Kostenpunkt sind bei dem Minister des Innern anzubringen.

§. 38. Die Verhandlungen der Kreisjagdtheilungs- so wie der Revisions-Commissionen sind stempelfrei.

An Kosten werden den Betheiligten nur berechnet: die Diäten, Reisekosten und sonstigen Entschädigungen der Commissarien, Sachverständigen und Zeugen, so wie überhaupt alles dasjenige, was als baare Auslage zu betrachten ist.

§. 39. Die Commissarien, sowohl bei den Kreis- als den Revisions-Commissionen, erhalten für die Tage, an denen sie beim Zusammentritte der Commissionen oder in den ihnen besonders aufgetragenen Geschäften fungiren, Diäten. Für schriftliche Ausarbeitungen wird den Mitgliedern eine besondere Vergütung nach Verhältniss des dazu erforderlichen Zeitaufwandes und der stattfindenden Diätensätze gewährt, wobei eine Beschäftigung von sieben Stunden für einen Arbeitstag gerechnet wird.

§. 40. Die Diäten der Commissarien, sowohl bei den Kreisjagdtheilungs- als bei den Revisions-Commissionen, werden auf zwei Thaler, die des Vorsitzenden der Revisions-Commission auf drei Thaler festgesetzt.

An Reisekosten werden in den vorkommenden Fällen sämmtlichen Commissarien die in der Verordn. vom 28. Juni 1825, §§. 9 — 11. für Beamte der dritten, vierten und fünften Rangklasse bestimmten Sätze zugebilligt.

§. 41. Beide Commissionen können für alle Ausfertigungen, Copialien, so wie für die Zustellung, Insinuationsgebühren und Meilengelder oder das Porto, und überhaupt alle baare Auslagen in Anrechnung bringen.

§. 42. Den Kreisjagdtheilungs-Commissionen wird gestattet, zur Erleichterung ihrer Geschäfte in den Terminen einen Protocollführer zuzuziehen, für welchen ein Diätensatz von 20 Sgr. berechnet werden kann.

§. 43. Die Gebühren der Feldmesser werden nach den §§. 82. bis 97. des Reglements vom 29. April 1813 festgesetzt; sofern sich darin für besondere Arbeiten ein specieller Satz nicht findet, sind ihnen die daselbst §. 106. bestimmten Diäten nach Maassgabe

des erforderlichen Zeitaufwandes (§. 40.) zu gewähren. Die Diäten für die Reisetage der Feldmesser werden nach §. 103. des angeführten Reglements, und die Fuhrkosten mit 20 Sgr. für die Meile vergütigt. Wird von den Parteien auf eine Revision der Arbeiten derselben angetragen, so kommen die Bestimmungen sub 2. u. 3. §. 2. des Regulativs vom 25. April 1836 in Anwendung.

§. 44. Sachverständige erhalten täglich 1 Rthlr. 15 Sgr., welche nach dem Ermessen der Commission selbst dann auf 2 Rthlr. erhöht werden können, wenn den Sachverständigen nach ihren sonstigen Verhältnissen ein geringerer Satz zukommen würde, imgleichen Transportkosten nach den Bestimmungen der Verordn. vom 28. Juni 1825.

§. 45. Reise-, Zehrungs- und Versäumnisskosten der Zeugen werden von der Commission nach den Bestimmungen der Allgem. Geb. Taxe vom 23. Aug. 1815 festgesetzt.

§. 46. Nur diejenigen Parteien, welche nach §. 36. von der Theilnahme an den Auseinandersetzungskosten befreit sind, können in der Appellations-Instanz Reise-, Zehrungs- und Versäumnisskosten für sich oder ihre Mandatarien in Anspruch nehmen.

b) (Zu §. 7. vorstehender Verordn.) C. O. v. 14. Septbr. 1844, betr. die Vertretung der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände bei den Jagdtheilungen in Westphalen. G. S. S. 705.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 18. v. M. bestimme Ich hierdurch, dass die Vorschrift des §. 36. der Instruct. vom 30. Mai 1820, nach welcher die Domanial-Rent- oder Verwaltungsbehörden der vormals unmittelbaren Deutschen Reichsstände für diese in den daselbst bezeichneten Rechtsstreitigkeiten als Haupt- oder Nebenpartei auftreten können, ohne dazu einer besonderen Legitimation zu bedürfen, auch auf die Verhandlungen wegen der nach den beiden Verordn. vom 7. März v. J. (G. S. No. 2340. und 2341.) stattfindenden Theilungen gemeinschaftlicher Jagddistricte in der Provinz Westphalen Anwendung finden soll. — Diese Bestimmung, nach welcher sich die Vorschrift des §. 7. der zweiten jener beiden Verordnungen (No. 2341.) wegen des persönlichen Erscheinens der Betheiligten modificirt, ist durch die G. S. bekannt zu machen.

3. a) Verordn. v. 7. März 1843, über die Ausführung der Jagdgemeinschafts-Theilungen für die zum ständischen Verbande der Kur- und Neumark Brandenburg und dem Markgrathum Niederlausitz, so wie der Provinz Sachsen gehörigen Landestheile. G. S. S. 130.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. ertheilen zur Ausführung der unter dem heutigen Datum von Uns erlassenen Verordn. wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistricte für die zum ständischen Verbande der Kur- und Neumark Brandenburg, und des Markgrathums Niederlausitz, so wie der Provinz Sachsen gehörigen Landestheile nach eingeholtem Gutachten Unserer getreuen Stände beider Provinzen, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§. 1. Die Ausführung der Verordnung wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistricte wird für jeden Kreis einer besonderen Kreisjagdtheilungs-Commission übertragen.

§. 2. Die Kreisjagdtheilungs-Commission (§. 1.) soll aus einem zum Richteramt qualificirten, bei der Sache nicht betheiligten Beamten und aus zwei jagdberechtigten Grundeigenthümern, welche auch einem benachbarten Kreise angehören können, bestehen. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestellen. Die Wahl der Mitglieder und deren Stellvertreter erfolgt in der Kreisversammlung nach den für die Landrathswahlen geltenden formellen Bestimmungen, jedoch unter Theilnahme der Abgeordneten der Städte und Landgemeinden. Der Stellvertreter eines aus den Grundeigenthümern gewählten Mitgliedes darf nicht mit Letzterem in dem nämlichen Districte zur Jagd berechtigt sein, damit er bei denjenigen Specialverhandlungen fungiren kann, wo dasselbe wegen eigenen Interesses bei der Sache ausscheiden muss.

Die Bestätigung der Wahlen steht dem Ober-Präsidenten zu, jedoch in Ansehung des richterlichen Mitgliedes unter Mitwirkung des Präsidenten des Ober-Landesgerichts. Der Minister des Innern ist ermächtigt, bei Ermangelung qualificirter Jagdberechtigter ausnahmsweise auch die Erwählung anderer sachkundiger Personen zu Mitgliedern der Theilungs-Commission zu gestatten.

§. 3. Die Kreisjagdtheilungs-Commissionen haben in Ansehung der Theilung gemeinschaftlicher Jagddistricte im Allgemeinen gleiche Befugnisse und Verpflichtungen wie die General-Commissionen in Ansehung der Gemeinheits-Theilungen; sie müssen sich jedoch bei Erlassen an die Unterbehörden der Regierungen und Ober-Landesgerichte des Requisitionsstyls bedienen.

Sie stehen in disciplinarischer Beziehung unter dem Ober-Präsidenten und dem Minister des Innern.

Die Theilung sämmtlicher innerhalb des Kreises befindlicher gemeinschaftlicher Jagddistricte, wird unmittelbar durch die Kreis-Commissionen bewirkt, und finden Special-Commissionen zu Theilung einzelner Reviere nicht Statt. Es bleibt jedoch den Kreis-Commissionen unbenommen, mit solchen Geschäften, welche nicht die Mitwirkung der gesamten Commission erfordern, einzelne Mitglieder zu beauftragen. Die Instruction streitiger Gegenstände liegt dem zum Richteramte qualificirten Mitgliede ob. Dasselbe hat auch sämmtliche Verhandlungen zu leiten und gebührt ihm der Vorsitz in der Commission.

§. 4. Die Provocation auf Theilung eines in mehreren Kreisen belegenen Jagddistricts ist bei der Theilungs-Commission desjenigen Kreises anzubringen, in welchem der grösste Theil desselben liegt. Competenzconflicte hat der Ober-Präsident zu entscheiden.

§. 5. Die Theilungs-Commission hat zunächst die Legitimation der Provocanten zu prüfen. Diese müssen mit dem Theilungsantrage ein Verzeichniss der Jagdberechtigten des Districts

mit der pflichtmässigen Versicherung einreichen, dass ihnen mehrere Berechtigte, als darin angegeben, nicht bekannt sind.

§. 6. Ergiebt sich nach diesem Verhältnisse (§. 5.), dass die Provocanten nicht ein Viertel der bekannten Jagdberechtigten ausmachen, so wird die Provocation, insofern solche nicht auf Einleitung eines Theilungsverfahrens auf alleinige Kosten der Provocanten gerichtet ist, durch ein Decret zurückgewiesen. Im entgegengesetzten Falle ladet die Commission die bekannten Jagdberechtigten des Districts zu einem auf acht Wochen hinauszusetzenden Termin unter der Verwarnung vor, dass im Fall des Ausbleibens ihre Einwilligung in die Theilung angenommen, und diese nach den Beschlüssen der Erschienenen ausgeführt werde. Zugleich erlässt die Commission eine Edictalladung, wodurch alle diejenigen, welche bei der Theilung ein Interesse haben, zur Angabe und Nachweisung ihrer Ansprüche bei Vermeidung der Präclusion aufgefordert werden.

Die Edictalladung wird zweimal in dem Amtsblatte, den Intelligenzblättern und den Zeitungen des Regierungsbezirks, und wenn in demselben keine Zeitung erscheint, in der eines benachbarten Regierungsbezirks bekannt gemacht. Liegt ein Theil des Jagddistricts in einem anderen Regierungsbezirk, so erfolgt die Bekanntmachung auch in den dortigen öffentlichen Blättern.

§. 7. Ein jeder Theilnehmer ist verpflichtet, in dem Anmeldungsstermine (§. 6.) persönlich zu erscheinen, und hat seine Berechtigung, deren Art und Umfang anzugeben, die darüber sprechenden Urkunden vorzulegen und die sonstigen Beweismittel namhaft zu machen. Eine Vertretung durch Bevollmächtigte ist nur gestattet, wenn der Betheiligte durch erhebliche Ursachen an dem persönlichen Erscheinen gehindert wird, und solche sogleich bescheinigt.

Die Rechte des Fiskus werden durch den betreffenden Oberförster wahrgenommen, der sich durch die Autorisation der vorgesetzten Regierung zu legitimiren hat.

Die erschienenen Interessenten haben sich in diesem Termine über die Anerkennung der angemeldeten Gerechtsame im Allgemeinen zu erklären.

Zugleich prüft die Theilungs-Commission die Legitimation der Provocaten und deren Bevollmächtigten, sofern solche von den andern Betheiligten bestritten wird.

Das einmal angefangene Verfahren muss ununterbrochen fortgesetzt und darf nur dann ausgesetzt werden, wenn die Verhältnisse der Sache es erfordern. Die Interessenten müssen nicht nur in dem ihnen durch die Vorladung bezeichneten Termine, sondern auch an den folgenden Tagen, welche als Fortsetzung eines und desselben Termins betrachtet werden, ohne weitere schriftliche Einforderung sich einfinden, bis die Commission die Verhandlung für geschlossen erklärt. Eine Prorogation der anberaumten Termine kann nur ausnahmsweise, wenn der Antrag durch Bescheinigung erheblicher Hinderungsursachen begründet ist,

bewilligt werden. Auch muss derjenige, welcher einen anderweitigen Termin veranlasst, die Kosten desselben allein tragen.

Diese Bestimmungen finden nicht blos in Beziehung auf den Anmeldungstermin, sondern auf alle folgende Termine Anwendung.

§. 8. Nach Beendigung des Anmeldungstermins entscheidet die Commission über die Zulässigkeit der Provocation und fasst in Ansehung aller nicht angemeldeten Ansprüche den Präclusionsbescheid ab, welcher nach Vorschrift des §. 6. öffentlich bekannt zu machen ist. Gegen die Präclusion findet die Restitution nach den Bestimmungen des III. Abschn. Tit. XIV. der A. G. O. Statt: es muss jedoch derjenige, welcher die Restitution erlangt, alle Kosten tragen, welche durch die Umänderung des bisherigen Verfahrens in Folge seines späteren Eintretens herbeigeführt werden.

§. 9. Hiernächst wird ein Instructionstermin zur Feststellung der Theilmahmerechte und der Theilungsmasse, so wie zur Erklärung der Interessenten über den Theilungsfuss und die Ausgleichungsgrundsätze angesetzt, wozu dieselben unter dem Präjudiz, dass die Ausbleibenden an die Beschlüsse der Erschienenen gebunden sind, vorgeladen werden.

Der Commission bleibt, wo die Verhältnisse es gestatten, überlassen, diese Gegenstände auch schon in dem Anmeldungs-terminen zu erledigen, wie ihr denn überhaupt freisteht, die verschiedenen Termine, wo es angemessen erscheint, zusammenzuziehen.

Die gegenseitigen Gerechtsame werden rücksichtlich der Nichterschienenen in dem Maasse für richtig angenommen, wie sie von den Erschienenen angegeben worden.

Die Theilhaber eines gemeinschaftlichen Interesses müssen sich, insofern von dessen Wahrnehmung gegen einen Dritten die Rede ist, den Beschlüssen der Mehrheit, welche nach der Zahl der selbstständigen Jagdberechtigungen berechnet wird, unterwerfen.

Dagegen ist zu den im §. 19. der Theilungs-Ordnung erwähnten Beschlüssen eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der erschienenen Betheiligten erforderlich, deren Zahl in gleicher Weise wie vorstehend berechnet wird.

Zu gänzlicher Beseitigung der Rücksicht auf die Terrain-Verschiedenheiten wird Einstimmigkeit aller Betheiligten erfordert.

§. 10. In dem Instructionstermine (§. 6.) haben sich die Betheiligten über den ganzen Inhalt der Anmeldungen, namentlich in Beziehung auf den Umfang der behaupteten Berechtigung und die Art der Ausübung bestimmt zu erklären.

Die Commission hat sich möglichst zu bemühen, die Streitigkeiten durch gütliche Einigung zu beseitigen; imgleichen über den Theilungsfuss und die Ausgleichungsgrundsätze bei obwaltender Meinungsverschiedenheit einen Beschluss zu Stande zu bringen.

Diejenigen Punkte, über welche weder Einigung noch Beschlussnahme erfolgt, entscheidet die Commission, sofern nicht eine weitere Instruction erforderlich ist, in dem nämlichen Termine.

§. 11. In jedem Theilungsverfahren sind, und zwar für jede Jagdart besonders, gewisse Klassen der Jagdbarkeit der verschiedenen Theile des Districts nach der äusseren Beschaffenheit des Terrains festzustellen. Als Hauptklassen werden nach ihrer Werthfolge nachstehende bestimmt:

A. Für die niedere Jagd:

- 1) Aecker und Wiesen mit Feldholzungen untermischt,
- 2) Aecker und Wiesen ohne Feldholzungen,
- 3) grosse Waldungen, überhaupt Terrain von vorherrschend waldiger Beschaffenheit,
- 4) mit starkem Haidekraut oder Post bewachsener Haide- oder Moorgrund,
- 5) Gemeinde-Huden, kahler Haide- oder Moorgrund, kahle Bergweide.

B. Für die mittlere Jagd:

- 1) Wald im Gebirge, und wo sich der Birkhahn findet und zur mittleren Jagd gehört, mit starkem Haidekraut oder Post bewachsener Haide- oder Moorgrund,
- 2) Wald in der Ebene von bedeutendem Umfange,
- 3) Holzungen, welche zwar nicht zusammenhängend sind, jedoch den grössern Theil des Terrains einnehmen,
- 4) Aecker, Wiesen, Hütungen, auch wenn sie von kleinern Holzungen durchschnitten sind, bei welchen letzteren indess ein Unterschied des Werthes zu machen ist, je nachdem sie in grösserer oder geringerer Entfernung von ausgedehnten Waldungen, in denen es einen Rebstand giebt, belegen sind.

C. Für die hohe Jagd:

- 1) Wald im Gebirge,
- 2) Wald in der Ebene von bedeutendem Umfange,
- 3) Aecker, Wiesen, Hütungen, auch wenn sie mit kleinern Holzungen untermischt sind, wobei indess ebenfalls ein Unterschied des Werthes zu machen ist, je nachdem sie in der Nähe grosser Waldungen, in denen es einen Roth- oder Schwarzwildstand giebt, belegen sind, oder nicht.

Auf die Bodengüte ist nur dann besondere Rücksicht zu nehmen, wenn in dem zu theilenden Jagddistrict erhebliche Verschiedenheiten und zwar in grösserer Ausdehnung vorkommen, und deshalb ein ausdrücklicher Antrag gemacht wird. Es sind alsdann auch in dieser Beziehung Klassen, die aber die Zahl von dreien nicht überschreiten sollen, zu bilden.

Das Werthverhältniss der verschiedenen Klassen untereinander ist in jedem einzelnen Fall besonders festzusetzen. An die oben angegebenen Hauptklassen ist jedoch die Theilungs-

Commission nicht nothwendig gebunden; vielmehr steht ihr frei, nach Maassgabe der Oertlichkeit einzelne Klassen wegzulassen, oder auch noch andere einzuschalten. Sie soll jedoch in allen Fällen zunächst die gütliche Einigung der Interessenten über die Klassifikation und die Werthsverhältnisse der verschiedenen Klassen untereinander, sowohl in Beziehung auf die äussere Beschaffenheit des Terrains als auf die Bodengüte, wo letztere zur Sprache kommt, herbeizuführen suchen und nur in Entstehung einer solchen Einigung eine Festsetzung hierüber von Amtswegen treffen.

Der Commission bleibt vorbehalten, auch darüber zu entscheiden, inwiefern die Werthsvielfachheit die durch den Stand der Bevölkerung einer Gegend in Verhältniss anderer Theile des Districts herbeigeführt werden möchte, sowie sonstige Verschiedenheiten der einzelnen Theile des Districts, welche auf die Jagdbarkeit derselben einen bedeutenden Einfluss haben, zu berücksichtigen sind.

Ob dieserhalb zuvor ein Gutachten von Sachverständigen einzuholen sei, wird ihrem Ermessen überlassen.

§. 12. Sind die Theilnahmerechte festgestellt, und über den Theilungsfuss und die Ausgleichungsgrundsätze die nöthigen Bestimmungen erfolgt, auch die streitigen Punkte nach Vorschrift der §§. 20—32. entschieden, so lässt die Commission durch einen nach den Bestimmungen der Order vom 28. Febr. 1829 qualificirten Feldmesser unter Mitwirkung eines der beiden aus den jagdberechtigten Grundbesitzern gewählten Mitglieder, nach den Separations- und sonstigen, von ihr für glaubhaft befundenen Karten, deren Benutzung die Behörden, in deren Gewahrsam sie sich befinden, ihr auf vorgängige Requisition in ihren Geschäftslökalen zu gestatten haben, eventuell auf Grund einer vorzunehmenden generellen Vermessung (wozu in den meisten Fällen eine Messung durch Abschreiten genügen wird) den zu theilenden District sowohl nach seinem Flächen-Inhalt als nach dem Werthsverhältniss der einzelnen Klassen der Jagdbarkeit, imgleichen das Sollhaben eines jeden Betheiligten berechnen und den Theilungsplan aufstellen.

§. 13. Der Theilungsplan nebst den Berechnungen wird in einem eigends dazu anberaumten Termin den Betheiligten zur Erklärung vorgelegt; dieselben sind mit ihren Erinnerungen dagegen zu hören und hiernächst diejenigen Streitpunkte, welche nicht durch gütliche Einigung sich beseitigen lassen, von der Commission zur weiteren Instruction und Entscheidung zu stellen. Die Vorladung zu diesem Termine geschieht unter der Verwarnung, dass in Ansehung der Nichterscheinenden angenommen werde, dass sie gegen den Theilungsplan nichts einzuwenden haben, und den Beschlüssen der Erschienenen beitreten.

§. 14. Nach Beendigung des Verfahrens entwirft die Commission auf Grund der stattgehabten Verhandlungen den Theilungsrecess, der das Resultat der Theilung ausführlich ergeben,

insbesondere eine genaue Beschreibung der Grenzen der den einzelnen Interessenten zu ihrer Abfindung überwiesenen privativen Jagdreviere enthalten muss. Die Theilungs-Commission hat hierbei das landespolizeiliche Interesse wahrzunehmen, gegen die hierauf sich beziehenden Verfügungen findet nur die Beschwerde bei dem Ober-Präsidenten, und in weiterer Instanz bei dem Minister des Innern Statt.

§. 15. Wird gegen den Entwurf nichts erinnert, oder sind die gemachten Erinnerungen erledigt, so erfolgt die Vollziehung des Recesses vor der Theilungs-Commission. Etwaigen Ausstellungen wird, sofern deren Erledigung keine Bedenken entgegenstehen, sogleich abgeholfen, und dieses in dem mit dem Recess zu verbindenden Vollziehungsprotocoll bemerkt. Werden Ausstellungen ungegründet befunden, so sind diejenigen, von denen solche ausgegangen sind, darüber gehörig zu belehren. Verweigern dieselben dennoch die Vollziehung, so wird ihnen mittelst eines besonderen Resoluts unter Anführung der Gründe, weshalb die Ausstellung nicht berücksichtigt werden könne, eine angemessene Frist unter der Verwarnung gesetzt, dass sofern sie die Vollziehung bis dahin nicht bewirken würden, dieselbe richterlich ergänzt und die Bestätigung des Recesses auch ohne dieselbe erfolgen werde.

Gegen dieses Resolut stehen den Betheiligten dieselben Rechtsmittel zu, wie gegen andere Entscheidungen der Commission.

§. 16. Sind die Ausstellungen gegen den Recess durch rechtskräftige Entscheidung erledigt, so bestätigt die Commission denselben, welcher dadurch die Eigenschaft einer gerichtlich bestätigten Urkunde erhält. Nach Bestätigung des Recesses kann kein Betheiligter mit Einwendungen gegen die darin enthaltenen Bestimmungen und mit Nachforderungen für Rechte, welche Gegenstände des Theilungsverfahrens waren, weiter gehört werden.

§. 17. Sobald der Recess bestätigt worden, erfolgt die Ausführung der Theilung durch Ueberweisung der Abfindungsreviere an die Betheiligten an Ort und Stelle, sowie Versteinung der Grenzen, soweit solche nach §. 24. der Theilungsordnung erforderlich, und ohne Beeinträchtigung der Grundeigenthümer ausführbar ist. Die Ausführung ist durch das zum Richteramt qualifizierte Mitglied zu bewirken, welchem überlassen bleibt, dabei eines der beiden andern Mitglieder zuzuziehen.

Die Theilungs-Commission ist ermächtigt, die Ausführung der Theilung nach Umständen auch vor Vollziehung des Recesses anzuordnen.

§. 18. Das Hauptexemplar des bestätigten Recesses wird mit dem über die Ausführung aufgenommenen Protocoll und sämtlichen Acten an den Landrath des Kreises abgeliefert, und in dessen Registratur aufbewahrt.

Eine zweite Ausfertigung des Recesses mit einer beglaubigten Abschrift des Ausführungsprotocolls wird der Regierung eingereicht und einem jedem Betheiligten ein beglaubigter Auszug

über das ihm angewiesene Abfindungsrevier zugefertigt; es steht jedoch den einzelnen Betheiligten frei, eine vollständige Ausfertigung des Recesses auf ihre Kosten zu verlangen.

§. 19. Mit der Ausführung des Recesses ist die Wirksamkeit der Commission geschlossen, und Klagen wegen Verletzung der durch den Theilungsrecess erworbenen Rechte gehören vor den ordentlichen Richter.

§. 20. Sämmtliche im Verlaufe des Theilungsverfahrens in Beziehung auf dessen Gegenstand entstehende Streitigkeiten entscheidet die Theilungs-Commission in erster Instanz; ihre Entscheidungen haben die Kraft richterlicher Erkenntnisse.

Bei Streitigkeiten über die Theilnahmerechte steht es jedoch einer Partei frei, auf die Entscheidung im ordentlichen Wege Rechts anzutragen; in diesem Falle werden die von der Commission instruirten Acten an das competente Ober-Landesgericht zum Spruche abgegeben.

§. 21. Die Instruction der Streitpunkte geschieht durch das zum Richteramt qualificirte Mitglied der Commission (§. 3.).

Sofern es jedoch dabei auf practische Bekanntschaft mit dem Gegenstande ankommt, assistirt ihm eines der beiden andern Mitglieder.

Schriftliche Deductionen sind in erster Instanz nicht zulässig.

§. 22. Im Falle des ungehorsamen Ausbleibens einer Partei auf die ergangene Vorladung kommen die Bestimmungen der A. G. O. Tit. VIII. §§. 9—12. und Tit. XIV. §§. 69—77. in Anwendung. Das Contumacialverfahren findet ebenfalls Statt, wenn eine Partei ihren Bevollmächtigten mit gar keiner oder nicht zureichender Information versieht.

§. 23. In den Fällen, wo nach den Bestimmungen der §§. 20. und 24. der Theilungsordnung Sachverständige zuzuziehen sind, fordert die Commission jede Partei auf, einen solchen in Vorschlag zu bringen und ernennt ihrerseits einen dritten Sachverständigen. Der Betrag der zu gewährenden Rente wird nach dem Durchschnitte der Abschätzungen festgesetzt.

In den in §§. 12. und 22. vorgesehenen Fällen, ernennt die Commission nach ihrem Ermessen einen oder mehrere Sachverständige. Die Parteien sind jedoch mit ihren Einwendungen gegen die Personen der benannten Sachverständigen zu hören, über welche die Commission entscheidet.

§. 24. Die Beschlüsse der Commission werden durch Stimmenmehrheit gefasst.

§. 25. Zur Entscheidung in zweiter Instanz über die bei dem Theilungsverfahren entstehenden Streitigkeiten sollen Revisions-Commissionen in Jagd-Theilungssachen bestellt werden, deren jede ausser dem Vorsitzenden aus einem Verwaltungs- und einem Justizbeamten der vierten Rangklasse und zweien von den Ständen aus den jagdberechtigten Grundbesitzern der betreffenden Landestheile zu wählenden Mitgliedern bestehen

soll. Für jedes derselben wird ein Stellvertreter erwählt, der in Ansehung der Betheiligung bei gemeinschaftlichen Jagddistricten zu dem von ihm zu vertretenden Mitgliede in dem oben im §. 2. erwähnten Verhältnisse stehen muss.

In der Provinz Brandenburg wird eine Revisions-Commission zu Berlin für die Kurmark (mit Ausschluss der Altmark) und eine andere zu Frankfurt für die Neumark und Niederlausitz, in den Begrenzungen, welche die genannten Landestheile im Jahre 1806 hatten, errichtet. Die ständischen Mitglieder der Revisions-Commission zu Berlin werden auf dem Kurmärkischen Communal-Landtage, und von den ständischen Mitgliedern der Revisions-Commission zu Frankfurt wird das eine auf dem Neumärkischen, und das andere auf dem Niederlausitzschen Communal-Landtage gewählt.

In der Provinz Sachsen wird für jeden der Regierungsbezirke Magdeburg, Merseburg und Erfurt eine Revisions-Commission an dem Orte des Sitzes der Regierung bestellt. Von den ständischen Mitgliedern der Revisions-Commission zu Magdeburg wird das eine auf dem Provinzial-Landtage, das andere auf dem Altmärkischen Communal-Landtage; die ständischen Mitglieder der Revisions-Commission zu Merseburg und Erfurt dagegen werden auf dem Provinzial-Landtage gewählt.

Fällt die Wahl der Stände auf andere qualificirte Personen, die nicht zu den jagdberechtigten Grundbesitzern der betreffenden Landestheile gehören, so findet die Bestimmung des §. 2. mit der Maassgabe Anwendung, dass bei Uns auf Dispensation anzutragen ist.

§. 26. Die Revisions-Commissionen nehmen im Allgemeinen hinsichtlich der Jagdtheilungen dieselbe Stellung ein, wie die Revisionscollegien in Beziehung auf die Gemeinheitstheilungen. Sie sind den Ministern des Innern und der Justiz untergeordnet; Ersterer ernennt die aus den Verwaltungsbeamten, Letzterer die aus den Justizbeamten zu bestimmenden Mitglieder.

§. 27. Die Wahlen der ständischen Mitglieder bedürfen Unserer Bestätigung. Den Vorsitzenden der Revisions-Commission werden Wir auf den gemeinschaftlichen Vorschlag der Minister des Innern und der Justiz ernennen. Die Unterbehörden der Regierungen und Ober-Landesgerichte sind schuldig, in Gegenständen ihres Ressorts Aufträge der Revisions-Commissionen anzunehmen.

§. 28. Die Appellation gegen Entscheidungen der Kreistheilungs-Commission muss innerhalb sechs Wochen nach Insinuation des Bescheides eingelegt werden.

§. 29. Die Instruction des Appellatorii wird von der Kreistheilungs-Commission bewirkt. Die Vorschriften der A. G. O. und der späteren, dieselben erläuternden oder abändernden Gesetze müssen dabei beobachtet werden.

Schriftliche Deductionen sind in der zweiten Instanz zulässig.

§. 30. In denjenigen Fällen, wo nach der Theilungsordnung die Zuziehung von Sachverständigen gestattet ist, bleibt solche auch der Revisions-Commission (§. 23.) überlassen.

§. 31. Kommen in der Appellations-Instanz ganz neue Punkte vor, welche mit andern bisher schon streitig gewesenen in Verbindung stehen, so muss auch darauf die Instruction gerichtet und darüber im Appellations-Erkenntnisse zugleich entschieden werden.

§. 32. Die Entscheidungen der Revisions-Commissionen erfolgen nach Stimmenmehrheit. Dieselben werden in Urtheilsform abgefasst, mit den Gründen ausgefertigt, und den Parteien durch die Kreistheilungs-Commissionen insinuirt.

In Fällen, wo eines der ständischen Mitglieder bei der Entscheidung betheiligt ist, beruft der Vorsitzende den Stellvertreter ein.

§. 33. Gegen die Erkenntnisse der Revisions-Commissionen findet nur die Nichtigkeitsbeschwerde nach den Bestimmungen der Verordn. vom 14. Decbr. 1833 Statt.

§. 34. Den Interessenten eines gemeinschaftlichen Jagddistricts steht frei, sich auch ohne Dazwischenkunft einer öffentlichen Behörde auseinander zu setzen; jedoch muss in einem solchen Falle der abgeschlossene Recess der Kreisjagdtheilungs-Commission zur Bestätigung vorgelegt werden.

§. 35. Die Betheiligten sind verpflichtet, diejenigen Kosten, welche durch das Theilungsverfahren im Allgemeinen veranlasst werden, nach Verhältniss ihrer angemeldeten Theilnahmerechte vorzuschüssen. Am Schlusse desselben erfolgt die Ausgleichung nach Verhältniss der erhaltenen Abfindungen.

§. 36. Nur diejenigen, welche aus der Theilung Abfindungen zu empfangen haben, sind schuldig, zu diesen Kosten beizutragen; Besitzer privativer Jagdreviere oder Grenznachbarn, welche bloss zur Wahrnehmung ihrer Rechte bei dem Verfahren aufgetreten sind, bleiben davon befreit.

§. 37. Diejenigen Kosten, welche durch die Instruction und Entscheidung der im Theilungsverfahren entstehenden Streitigkeiten veranlasst werden, sind mit denen des allgemeinen Theilungsverfahrens nicht zu vermischen und werden von den streitenden Theilen allein, nach den wegen der Prozesskosten bestehenden Grundsätzen, getragen, welche auch für die Zahlung der Vorschüsse maassgebend sind.

Wegen Verwaltung des Kostenwesens haben die Vorsitzenden der Kreistheilungs-Commissionen, so wie der Revisions-Commissionen das Erforderliche anzuordnen.

Sie bestimmen die zu leistenden Vorschüsse und ertheilen die Anweisungen auf Zahlungen aus den vorhandenen Beständen.

Beschwerden über den Kostenpunkt sind bei dem Minister des Innern anzubringen.

§. 38. Die Verhandlungen der Kreisjagdtheilungs-, so wie der Revisions-Commissionen, sind stempelfrei. An Kosten werden den Betheiligten nur berechnet: die Diäten, Reisekosten und sonstigen Entschädigungen der Commissarien, Sachverständigen und Zeugen, so wie überhaupt alles dasjenige, was als baare Auslage zu betrachten ist.

§. 39. Die Commissarien, sowohl bei den Kreis- als den Revisions-Commissionen, erhalten für die Tage, an denen sie beim Zusammentritte der Commissionen oder in ihnen besonders aufgetragenen Geschäften fungiren, Diäten.

Für schriftliche Ausarbeitungen wird den Mitgliedern eine besondere Vergütung nach Verhältniss des dazu erforderlichen Zeitaufwandes und der stattfindenden Diätensätze gewährt, wobei eine Beschäftigung von sieben Stunden für einen Arbeitstag gerechnet wird.

§. 40. Die Diäten der Commissarien, sowohl bei den Kreisjagdtheilungs- als bei den Revisions-Commissionen, werden auf zwei Thaler, die des Vorsitzenden der Revisions-Commission auf drei Thaler festgesetzt.

An Reisekosten werden in vorkommenden Fällen sämtlichen Commissarien die in der Verordn. vom 28. Juni 1825, §§. 9—11. für Beamte der dritten, vierten und fünften Rangklasse bestimmten Sätze zugebilligt.

§. 41. Beide Commissionen können für alle Ausfertigungen Copialien, so wie für die Zustellung Insinuationsgebühren und Meilengelder oder das Porto, und überhaupt alle Auslagen in Anrechnung bringen.

§. 42. Den Kreisjagdtheilungs-Commissionen wird gestattet, zur Erleichterung ihrer Geschäfte in den Terminen einen Protocollführer zuzuziehen, für welchen ein Diätensatz von 20 Sgr. berechnet werden kann.

§. 43. Die Gebühren der Feldmesser werden nach den Bestimmungen der §§. 82—97. des Reglements vom 29. April 1813 festgesetzt; sofern sich darin für besondere Arbeiten ein specieller Satz nicht findet, sind ihnen die daselbst §. 106. bestimmten Diäten nach Maassgabe des erforderlichen Zeitaufwandes (§. 40.) zu gewähren. Die Diäten für die Reisetage der Feldmesser werden nach §. 103. des angeführten Reglements, und die Fuhrkosten mit 20 Sgr. für die Meile vergütet. Wird von den Parteien auf eine Revision der Arbeiten derselben angetragen, so kommen die Bestimmungen sub 2. u. 3. §. 2. des Regulativs vom 25. April 1836 in Anwendung.

§. 44. Sachverständige erhalten täglich 1 Rthlr. 15 Sgr., welche nach dem Ermessen der Commission selbst dann auf 2 Rthlr. erhöht werden können, wenn den Sachverständigen nach ihren sonstigen Verhältnissen ein geringerer Satz zukommen würde, imgleichen Reisekosten nach den Bestimmungen der Verordn. vom 28. Juni 1825.

§. 45. Reise-, Zehrungs- und Versäumnisskosten der vernommenen Zeugen werden von der Commission nach den Bestimmungen der Allgem. Geb. Taxe vom 23. Aug. 1815 festgesetzt.

§. 46. In der Appellations-Instanz können diejenigen Parteien, welche nach §. 36. von der Theilnahme an den Auseinandersetzungs-kosten befreit sind, auch Reise-, Zehrungs- und Versäumnisskosten für sich oder ihre Mandatarien in Anspruch nehmen.

b) (Zu §. 7. vorstehender Verordn.) C. O. v. 16. Mai 1845, betr. die Befugniß der Grafen zu Stolberg, sich bei den Verhandlungen nach vorstehender Verordn. durch ihre Rentkammern vertreten zu lassen. G. S. S. 439.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 30. v. M. bestimme Ich hierdurch, dass die den Grafen zu Stolberg-Stolberg und zu Stolberg-Rossla nach den Bestimmungen im §. 30. der Concessions-Urkunde vom 28. März 1836 zustehende Befugniß, sich in Rechtsstreitigkeiten mit ihren Pächtern, Abgabe- und Dienstpflichtigen durch ihre Rentkammern vertreten zu lassen, ohne dass diese dazu einer besonderen Legitimation bedürfen, auch auf die Verhandlungen wegen der nach den beiden Verordn. vom 7. März 1843 (G. S. No. 2342. und 2343.) Statt findenden Theilungen gemeinschaftlicher Jagddistricte in der Kur- und Neumark Brandenburg, im Markgrafthum Niederlausitz und in der Provinz Sachsen Anwendung finden soll. — Nicht minder will Ich dem Grafen zu Stolberg-Wernigerode die Befugniß beilegen, sich in den gedachten Verhandlungen durch seine Rentkammer vertreten zu lassen. — Diese Bestimmungen, nach welchen sich die Vorschrift des §. 7. der Verordn. über die Ausführung der Jagd-Gemeinheitstheilungen vom gedachten Tage (No. 2343.) wegen des persönlichen Erscheinens der Betheiligten modificirt, sind durch die G. S. bekannt zu machen.

Th. I. Tit. 44. §. 60. Anh. §. 302. Rescr. v. 8. Febr. 1839, betr. die Competenz der Polizeibehörden bei gewaltsamer Störung des dem Vermiether zustehenden Pfand- und Retentionsrechts. Min. Bl. S. 76. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 140.

Th. I. Tit. 44. §. 61. seqq. a) Rescr. v. 31. Jan. 1840, betr. die Frage, in wiefern ein gegen den Hauptmiether ergangenes Exmissionsurteil gegen den Aftermiether vollstreckbar ist. Min. Bl. S. 80. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 206.

b) Vergl. §. 13. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 46. §. 3. Rescr. v. 16. Aug. 1840, betr. die Einleitung einer Erbregulirung vor Entscheidung des Streits über die Gültigkeit eines Erbvertrages etc. Min. Bl. S. 282. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 176.

Th. I. Tit. 46. §. 8. Rescr. v. 31. Mai 1839, betr. die Verpflichtung und Befugniß des Erbschaftsgerichts als solchen, bei Todesfällen von Amtswegen einzuschreiten. Min. Bl. S. 201. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 380.

Th. I. Tit. 46. §. 12. Rescr. v. 18. Novbr. 1839, betr. die Anwendbarkeit des Mandats-, summarischen und Bagatellprozesses bei Streitigkeiten in Erbregulirungen. Min. Bl. S. 386. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 393.

Th. I. Tit. 47. §. 1. seqq., 46. seqq., 86. seqq.

Vergl. §. 29. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 47. §. 1. seqq. C. O. v. 19. Aug. 1835 und 23. Juni

1836, betr. die Berichtigung des Schuldenverhältnisses mehrerer Landgemeinden in Schlesien. G. S. S. 184. u. 203. (s. Bd. VII. S. 460.)

Th. I. Tit. 47. §. 14. seqq. 80. seqq. Rescr. v. 3. Septbr.

1839, betr. die Bescheinung der in der Provocation auf ein General-Moratorium angebotenen Sicherheit, durch eine Taxe. Min. Bl. S. 308. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 138.

Th. I. Tit. 47. §. 97. Rescr. v. 14. April 1840, betr. die Zulässig-

keit der Einziehung von Gerichtskosten während eines General-Moratorii. Min. Bl. S. 136. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 579.

Th. I. Tit. 48. §. 1. seqq., 18. seqq., 26. seqq.

Vergl. §. 29. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 48. §. 4. No. 1. Rescr. v. 13. Juli 1846, betr. die

Grundsätze wegen Zulassung zur Rechtswohlthat der Güterabtretung bei unverschuldetem Vermögensverfall. Min. Bl. S. 134.

Th. I. Tit. 48. §. 30. Rescr. v. 30. Novbr. 1839 nebst Bericht,

betr. den Kostenpunkt in Provocationssachen auf *cessio bonorum*. Min. Bl. S. 416. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 425.

Th. I. Tit. 49. §. 1. seqq., 7. seqq. Vergl. §. 29. der

Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 49. §. 14., 16. u. 17. Rescr. v. 8. Jan. 1839,

betr. die Begründung des Anspruchs auf Aussetzung einer Competenz. Min. Bl. S. 33. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 141.

Th. I. Tit. 49. §. 27. Rescr. v. 23. Decbr. 1842, dass die Bestim-

mung des §. 27. h. t. auch ausser dem Concurse anwendbar sei. Min. Bl. 1843, S. 11. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 573.

Th. I. Tit. 50. §. 1. seqq. Vergl. die Uebereinkunft mit Oester-

reich zur Beförderung der Rechtspflege in Fällen des Concurses, v. 12. Mai u. 16. Juni 1844. G. S. S. 165.

Th. I. Tit. 50. §. 1. seqq. Vergl. §. 29. der Verordn. v. 21. Juli

1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 50. §. 3. u. 4. Legatarien sind, gleich den Erbschafts-

gläubigern auf Concurseröffnung anzutragen berechtigt. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 8. Febr. 1840, Bd. 6. S. 114. (Vergl. §. 64. Tit. 51.)

Th. I. Tit. 50. §. 24. u. 367—376. b. Rescr. v. 15. Jan.

1844, wegen der Fristen zur Erhaltung der Vorrechte aus nebenbemerkten §§., wenn der Cridar verstorben und kein Concurse oder doch nicht sogleich, eröffnet worden ist. Min. Bl. S. 13. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 233.

Th. I. Tit. 50. §. 33. u. 60. Wenn eine Concursmasse die Umschreibung des Besitztitels eines, von dem Gemeinschuldner schon vor der Concurseröffnung erworbenen, aber noch nicht auf seinen Namen gebrachten, Grundstücks nach der Eröffnung bewirken lassen will, so ist sie auch schuldig, die Eintragung der dem Verkäufer für das creditirte Kaufgeld stipulirten Hypothek mit geschehen zu lassen. Einer solchen Operation steht der Grundsatz, dass durch die Concurseröffnung die Gesammtheit der Gläubiger ein allgemeines Pfandrecht erworben habe, nicht entgegen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 10. Septbr. 1842, Bd. 8, S. 468.

Th. I. Tit. 50. §. 40. C. O. v. 31. Jan. 1841, wegen der im Giro-Verkehr der Bank auf jeden Inhaber ausgestellten Anweisungen. G. S. S. 29.

Zur Erledigung der nach dem Berichte vom 17. v. M. entstandenen Zweifel erkläre Ich, dass die Bank, welche durch das Reglement vom 29. Octbr. 1766 zugleich als Giro-Bank gegründet worden ist, auf jeden Inhaber ausgestellte Anweisungen der Giro-Interessenten auf deren Guthaben im Giro zu acceptiren befugt sein soll, und setze zugleich fest, dass die §§. 1295. und 1296. Tit. 8. Th. 2. des A. L. R. und die darauf beruhende Bestimmung im §. 40. Tit. 50. der A. G. O. über vor eröffnetem Concurse acceptirte und nicht bezahlte Assignationen, auf diese Papiere keine Anwendung finden sollen. Zur Erleichterung des Giroverkehrs will Ich den diesfälligen Anweisungen die Stempelfreiheit bewilligen. Das Staatsministerium hat diese Order durch die G. S. bekannt zu machen.

Th. I. Tit. 50. §. 46. Anh. §. 321. Bei der Frage, welche, zwischen dem Gemeinschuldner und einem Gläubiger vor Eröffnung des Concurses ergangenen, Judicate die Mitgläubiger gegen sich gelten lassen müssen, ist zwischen den contradictorisch ergangenen Erkenntnissen, Contumacialbescheiden und Agnitions-Resolutionen kein Unterschied zu machen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 21. Mai 1842, Bd. 9, S. 464.

Th. I. Tit. 50. §. 48. seqq. Ges. v. 26. April 1835, über die Verträge zahlungsunfähiger Schuldner zum Nachtheile ihrer Gläubiger. G. S. S. 53. (Bd. VII. S. 29.) Zus. dazu s. zu A. L. R. I. 11. §. 1129 — 1133.

Th. I. Tit. 50. §. 50. Die bei Concursen geltende Bestimmung, wonach die Seitens eines Gemeinschuldners erfolgte Entsagung einer Erbschaft zum Besten seiner Verwandten, Mit- oder nachgesetzten Erben, dem Widerruf der Gläubiger gleich einer Schenkung unterliegt, findet auf erbschaftliche Liquidationsprozesse, selbst wenn der Beneficialerbe sich der Administration der Masse begeben hat, so lange keine Anwendung, als nicht die Umwandlung des erbschaftlichen Liquidationsprozesses in einen förmlichen Concurse erfolgt. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 28. Febr. 1845, Bd. 10, S. 473.

Th. I. Tit. 50. §. 53 — 55. Plen. Beschl. v. 12. Juni 1843: Die Vorschriften der §§. 53 — 55. h. t. finden auch dann Anwendung, wenn die Insolvenz des Gemeinschuldners erst durch einen mit ihm geschlossenen Vertrag entstanden ist, und der fremde Contrahent um diese Wirkung des Vertrages gewusst hat. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 9, S. 136. Min. Bl. S. 220.

Th. I. Tit. 50. §. 74. Plen. Peschl. v. 2. Juni 1840, betr. die Nichtbefugniß eines Concurs-Curators, Schenkungen oder Verträge Namens der Gläubiger ohne Vollmacht derselben zu widerrufen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 5. S. 275. s. zu A. L. R. I. 11. §. 1129 — 1133.

Th. I. Tit. 50. §. 101. a) Verordn. v. 28. Decbr. 1840, wegen Befreiung der Pfand- und Hypothekengläubiger von der Einlassung in den Concursprozess. s. zu §. 268. seqq. h. t.

b) Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 4. Juni 1842, betr. die Präclusion im Concurse. s. zu §. 142. seqq. h. t.

Th. I. Tit. 50. §. 101. 106. Anh. §. 323. Rescr. v. 1. Mai 1839, betr. die Vorladung der bekannten Concurs-Gläubiger. Min. Bl. S. 165. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 358.

Th. I. Tit. 50. §. 126., 127., 169., 174., 178. Plen. Beschl. v. 19. Septbr. 1845: I. In Concursen, und bei Unzulänglichkeit der Masse auch im erbschaftlichen Liquidationsprozess, ist der Hypothekengläubiger befugt, die Gültigkeit eines vorstehenden, von dem Grundeigenthümer bestellten und von ihm nicht bestrittenen Hypothekenrechts anzufechten. II. Auch bei dem, an die Stelle des Kaufgelder-Liquidationsprozesses durch die Verordn. v. 4. März 1834, §. 16. u. 22. getretenen, Kaufgelderbelegungsverfahren steht den nachstehenden Hypothekengläubigern frei, eben sowohl die Verität als die Rechtsgültigkeit einer vorstehenden Hypothek anzufechten. III. Dies gilt auch für die Fälle blosser Revenüenvertheilung, sei es, dass das Executionsverfahren erst bis zur Sequestration vorgeschritten, oder dass das Grundstück ein unverkäufliches sei. IV. Ueber die Gränzen des Concurses, des erbschaftlichen Liquidationsprozesses, des Kaufgelderbelegungsverfahrens, der Revenüenvertheilung und der im Ges. v. 26. April 1835 (G. S. S. 53.) vorgesehenen Fälle hinaus steht ein solches Anfechtungs- oder Widerspruchsrecht dem nacheingetragenen Gläubiger nicht zu. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 11. S. 47. Min. Bl. S. 193. u. 194.

Th. I. Tit. 50. §. 131. seqq. Vergl. §. 29. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 50. §. 142. seqq. (Zur Verordn. v. 16. Mai 1825, Bd. V. S. 375.) 1. Durch die Verordn. v. 16. Mai 1825 ist der §. 142 h. t. wegen Nachbringung der Liquidate bis zum Inrotulationstermin nicht aufgehoben.

2. Wenn ein zum Connotationstermin namentlich vorzuladender Gläubiger zwar erscheint, dennoch aber einzelne bereits bekannte Forderungen mit Stillschweigen übergeht, so muss er mit denselben in der hiernächst abzufassenden Präclusoria namentlich präcludirt werden. Ist solches unterblieben, und er bringt solche Forderungen noch vor dem Inrotulationstermin nach, so muss er damit gehört werden. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 4. Juni 1842, Bd. 9. S. 448.

Th. I. Tit. 50. §. 150. seqq. (Zur Declarat. v. 20. Jan. 1820, Bd. V. S. 375.) Plen. Beschl. v. 14. Octbr. 1839, betr. die Priorität zwischen Zinsen und Capital. s. zu §. 512. h. t.

Th. I. Tit. 50. §. 153. Die Vorschrift, dass die von einem Gläubiger vor entstandenem Concourse auf Einklagung seiner Forderung verwendeten Kosten an eben dem Orte anzusetzen sind, wo das Capital zu stehen kommt, gilt für immittirte Gläubiger, auch wenn die Immission nicht mit auf die Kosten gerichtet war. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 21. Mai 1842, Bd. 9. S. 464.

Th. I. Tit. 50. §. 156. Plen. Beschl. v. 23. Jan. 1846, dass die Vorschriften über die Compensation im Concourse auf den erbschaftlichen Liquidationsprozess nicht auszudehnen sind. Min. Bl. S. 47.

Th. I. Tit. 50. §. 166. Anh. §. 332. Rescr. v. 14. Febr. 1840, betr. die Publication der Präclusions-Erkenntnisse an die bekannten, im §. 106. h. t. bezeichneten Gläubiger, durch die Post gegen Behänd. Schein. Min. Bl. S. 91. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 225.

Th. I. Tit. 50. §. 166. u. 182. a) Rescr. v. 3. Juni 1842, wegen Vorladung zum Publicationstermin und Termin zur Regulirung des Appellatorii in Concursen. Min. Bl. S. 218. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 555.

b) Vergl. Instruct. v. 7. April 1889, No. 43., denselben Gegenstand betr. G. S. S. 133. (s. Bd. VIII. S. 390. u. 391.).

Th. I. Tit. 50. §. 169 — 192. Vergl. §. 29. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. *seqq.*

Th. I. Tit. 50. §. 268. *seqq.*, 377. *seqq.*, 491. *seqq.*, 527. u. 528. Verordn. v. 28. Decbr. 1840, betr. die Befreiung der Pfand- und Hypothekengläubiger von der Einlassung in den Conkurs und erbschaftlichen Liquidationsprozess. G. S. 1841, S. 4.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. finden Uns bewogen, zur schleunigeren Befriedigung der Pfand- und Hypothekengläubiger bei Concursen und erbschaftlichen Liquidations-Prozessen für diejenigen Provinzen Unserer Monarchie, in welchen die A. G. O. Gesetzeskraft hat, auf den Antrag Unserer Justizminister und nach erfordertem Gutachten einer von Uns aus Mitgliedern des Staatsraths ernannten Commission zu verordnen, was folgt:

Befreiung von der Einlassung in den Conkurs und erbschaftlichen Liquidations-Prozess.

§. 1. Alle Pfand- und Hypotheken-Gläubiger sollen fortan, so weit sie aus den verpfändeten Gegenständen befriedigt werden können, von der Einlassung in den Conkurs und erbschaftlichen Liquidationsprozess befreit sein. Sie sind demnach, ohne Rücksicht auf die bereits erfolgte Eröffnung des Concurses oder erbschaftlichen Liquidationsprozesses, ihre Forderungen gegen den Curator der Conkurs- oder Nachlass-Masse, so wie gegen den Beneficial-Erben besonders einzuklagen und ihre Befriedigung aus den verpfändeten Gegenständen unter folgenden näheren Bestimmungen (§§. 2 — 14.) nachzusuchen befugt.

Verfahren wegen abgesonderter Befriedigung.

1) der Pfandgläubiger.

§. 2. In Concursen und solchen erbschaftlichen Liquidationsprozessen, in welchen der Erbe den Nachlass an die Gläubiger zur gerichtlichen Verwaltung und Vertheilung überlassen hat, müssen die Gläubiger die in ihrem Besitze befindlichen Pfänder an das den Concurs oder Liquidationsprozess leitende Gericht abliefern, welches, unter Zuziehung des Curators, die Veräußerung der Pfänder und daraus die Befriedigung der Pfandgläubiger, nach Vorschrift der Prozess-Ordnung Tit. 50. §§. 381., 527. u. 528., zu bewirken hat.

Besteht das Pfand in einer Activ-Forderung oder in einem Schuldpapier, welches auf Börsen einen marktgängigen Curs hat, so kann der Pfandgläubiger verlangen, dass ihm nach den Vorschriften des Gesetzes vom 4. Juli 1822 (G. S. S. 178.) von dem Gerichte die Ermächtigung zur Einklagung und Einziehung der Forderung ertheilt, oder die Forderung oder das Schuldpapier in Zahlungsstatt übereignet werde.

§. 3. Ist der Beneficial-Erbe während des Liquidationsprozesses im Besitze des Nachlasses verblieben, so findet zur Befriedigung des Pfandgläubigers die Execution in das Pfand nach den allgemeinen Vorschriften über die Execution statt.

2) der Berg- und Schiffsgläubiger.

§. 4. Besteht der Gegenstand des Pfandrechts in einem Bergwerks-Eigenthum oder in einem Schiffe, zu dessen Verpfändung die Natural-Uebergabe an den Gläubiger gesetzlich nicht erforderlich ist (A. L. R. Th. I. Tit. 20. §. 300.), so findet dass in der Prozess-Ordnung Tit. 50. §§. 672 — 689. für den Special-Concurs über Bergwerks- und Schiffs-Eigenthum vorgeschriebene Verfahren Anwendung; dasselbe soll auch dann eintreten, wenn der Beneficial-Erbe während des erbschaftlichen Liquidationsprozesses im Besitze des Nachlasses verblieben ist. Der Antrag auf Eröffnung des gedachten Verfahrens kann in diesem Falle zugleich mit dem Antrage auf Einleitung der Subhastation des Bergwerks-Eigenthums oder Schiffes verbunden werden.

3) der Hypotheken-Gläubiger.

§. 5. Die Befriedigung der Hypotheken-Gläubiger aus den verpfändeten Immobilien (A. L. R. Th. I. Tit. 20. §. 390.) ist in einem besonderen Verfahren, nach den Vorschriften der Verordn. über die Execution in Civilsachen vom 4. März 1834, §. 25. (G. S. S. 31.), imgleichen der Verordn. über den Subhastations- und Kaufgelder Liquidationsprozess vom nämlichen Tage (G. S. S. 39.) und der dieselbe ergänzenden Verordnungen über die Subhastation der Grundstücke von geringerem Werthe, vom 2. Decbr. 1837 (G. S. S. 219.) und über das Aufgebot von Special-Massen nach erfolgter Subhastation, vom 21. Octbr. 1838 (G. S. S. 498.), zu bewirken.

§. 6. In Concursen und in solchen erbschaftlichen Liquidationsprozessen, in welchen der Erbe den Nachlass an die Gläu-

biger zur gerichtlichen Verwaltung und Vertheilung überlassen hat, kann der Antrag auf Einleitung der Subhastation und Vertheilung der Kaufgelder, so wie auf Vertheilung der während der Sequestration eingehenden Revenüen nur von dem Curator ausgehen, dieser ist aber, hierauf unverzüglich anzutragen, von Amts wegen verpflichtet. Derselbe vertritt bei diesem Verfahren zugleich die Stelle des Gemeinschuldners.

§. 7. Ist der Beneficial-Erbe während des erbschaftlichen Liquidationsprozesses im Besitze des Nachlasses verblieben, so kann die Subhastation der verpfändeten Immobilien nicht nur von dem Erben selbst, sondern auch von einem jeden Hypotheken-Gläubiger, auf den Grund eines die Execution an sich zulassenden Erkenntnisses, Zahlungs-Mandats oder Vergleiches in Antrag gebracht werden.

§. 8. Zu den Verhandlungen wegen Vertheilung der Revenüen und Kaufgelder sind auch diejenigen Gläubiger, welche auf Befriedigung aus der Immobilien-Masse vor den im Hypothekenbuche eingetragenen Gläubigern Anspruch haben, sofern sie bei den Subhastations-Acten bekannt sind, zuzuziehen und unter der Verwarnung vorzuladen, dass die Ausbleibenden ihrer Ansprüche an den Revenüen und Kaufgeldern verlustig werden. Von dem Verfahren ist den Kassen und Anstalten, welchen das Grundstück zu den in der Prozess-Ordnung Tit. 50. §§. 356. bis 359. bezeichneten Abgaben und Leistungen verpflichtet ist, jederzeit Nachricht zu geben.

Bei Landgütern darf der Termin zur Belegung und Vertheilung der Kaufgelder erst dann anberaumt werden, wenn in dem Concourse oder dem erbschaftlichen Liquidationsprozesse der Liquidationstermin abgehalten, und der Subhastationsrichter davon benachrichtigt worden ist, ob sich in diesem Termine Gläubiger gemeldet haben, welche zu den vorerwähnten gehören.

§. 9. Besitzt ein Gemeinschuldner mehrere mit denselben Hypotheken belastete Immobilien, so sind bei der Vertheilung der Revenüen und der Kaufgelder die Vorschriften der Prozess-Ordnung Tit. 50. §§. 520 — 523. zu befolgen.

§. 10. Die Hypotheken-Gläubiger können bei Vertheilung der Kaufgelder, selbst wenn dieselben zureichen sollten, am Orte ihres Kapitals nur diejenigen Zinsen fordern, zu denen sie nach §. 18. der Verordn. über den Subhastations- und Kaufgelder-Liquidationsprozess, vom 4. März 1834 für den Fall befugt sind, wenn die Kaufgelder nicht zureichen.

§. 11. Sind die Hypotheken-Gläubiger ihre Befriedigung nicht aus der Substanz der verpfändeten Immobilien, sondern nur aus deren Einkünften zu verlangen berechtigt, so ist die Vertheilung der letzten, nach Vorschrift der Verordn. über die Execution in Civilsachen vom 4. März 1834, §. 25. zu bewirken und, insofern dabei Streitigkeiten unter den Interessenten entstehen, nach Vorschrift des zweiten Absatzes im §. 17. der Verordn.

über den Subhastations- und Kaufgelder-Liquidationsprozess, vom nämlichen Tage, zu verfahren.

§. 12. Der nach Abzug der Sequestrations- und Subhastationskosten und nach Befriedigung der Realgläubiger etwa verbleibende Ueberschuss an Revenüen und Kaufgeldern fließt zur Gemeinmasse.

§. 13. Ist wegen Ausbleibens eines im Hypothekenbuche eingetragenen Gläubigers in dem Termin zur Regulirung der Vertheilung der Revenüen und Kaufgelder der Antheil desselben zum Depositum genommen worden, so muss die Ausschüttung dieser Special-Masse nach Vorschrift der Verordn. vom 21. Octbr. 1838 bewirkt werden.

§. 14. Die im Concurse oder erbschaftlichen Liquidationsprozesse entstandenen, der Gemeinmasse zur Last fallenden Communkosten dürfen zum Nachtheil der Realgläubiger weder von den Kaufgeldern, noch von den Revenüen des Grundstücks in Abzug gebracht werden.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 15. Diejenigen Pfand- und Hypotheken-Gläubiger, welchen zugleich ein persönlicher Anspruch an dem Gemeinschuldner zusteht, können, so weit sie aus dem Unterpfande nicht befriedigt werden, sich an das übrige Vermögen des Gemeinschuldners halten, sie müssen aber, wenn sie von dieser Befugniß Gebrauch machen wollen, ihre Forderungen im Concurse oder erbschaftlichen Liquidationsprozesse liquidiren. Es sind daher auch fernerhin alle Pfand- und Hypotheken-Gläubiger, nach Vorschrift der Prozess-Ordnung Tit. 50. §§. 101. u. f. und Tit. 51. §§. 85. u. f., zum Liquidationstermin vorzuladen; die im Concurse oder erbschaftlichen Liquidationsprozesse erfolgte Präclusion steht ihnen jedoch bei Verfolgung ihres Anspruchs auf Befriedigung aus den verpfändeten Gegenständen nicht entgegen.

§. 16. Die Vorschriften der gegenwärtigen Verordn. finden auch auf die vor deren Publication eröffneten Concurse und erbschaftlichen Liquidationsprozesse Anwendung, jedoch unbeschadet der durch die etwa schon erfolgte Präclusion begründeten Rechte.

Th. I. Tit. 50. §. 270. Plen. Beschl. v. 22. April 1844, betr. die Rubr. II. hypothecarisch eingetragenen Lasten. Min. Bl. S. 234. s. zu A. L. R. I. 11. §. 342.

Th. I. Tit. 50. §. 280. Der §. 280. h. t. ist aufgehoben durch §. 3. der Verordn. v. 28. März 1840, betr. die Befugniß des Beneficialerben, über Nachlassgrundstücke zu disponiren. G. S. S. 103. s. zu A. L. R. I. 9. §. 444. bis 451.

Th. I. Tit. 50. §. 357. 358. a) Declarat. der §§. 357. u. 358. h. t. über das den persönlichen Abgaben und Pflichten im Concurse eingeräumte Vorzugsrecht, v. 3. April 1838. G. S. S. 254. (s. Bd. VIII. S. 434.).

b) Rescr. v. 21. März 1842 nebst Bericht des Geh. Ob. Trib., über Auslegung der Ausdrücke „beständig fortlaufende“ und „fixirt beständige“ Abgaben. Min. Bl. S. 138. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 177.

Th. I. Tit. 50. §. 367 — 376. b. Vergl. Rescr. v. 15. Jan. 1844 zu §. 24. h. t.

Th. I. Tit. 50. §. 370., 373., 393., 512. 1. Das Privilegium der zweiten Klasse für die Liedlöhner beschränkt sich nicht auf solche Personen, welche in dem gesetzlichen Sinne für Hausofficianten oder Gesinde zu erachten sind; sondern muss auch für Bedienstete anderer Art — Handlungsgehülfen, Handwerksgesellen, Wirthschaftsbeamte, — wofern nur sonst die Bedingungen des §. 370. vorhanden sind, anerkannt werden.

2. Der Anspruch eines vor Ablauf seines Contracts von der Sequestrationsbehörde entlassenen Gutsliedlöhners auf Entschädigung wegen Nichterfüllung des Contracts gehört nicht zur zweiten Klasse, und hat keinen Vorzug vor den eingetragenen Gläubigern. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 1. März 1844, Bd. 9. S. 454.

Th. I. Tit. 50. §. 382. a. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 18. April 1840. Pfandrecht auf Früchte des Guts. Bd. 6. S. 92. s. zu A. L. R. I. 21. §. 395.

Th. I. Tit. 50. §. 387. seqq. Verordn. v. 28. Decbr. 1840, wegen der Hypotheken- und Pfandgläubiger s. zu §. 268. seqq. h. t.

Th. I. Tit. 50. §. 394. Declarat. v. 28. Juli 1838, betr. die Realrechte auf Grundstücke bei nicht eingerichtetem Hypothekenwesen. G. S. S. 428. (s. Bd. VIII. S. 514.).

Th. I. Tit. 50. §. 407., 412., 437. Alle diejenigen Hindernisse, welche einer Ehefrau bei der Beweisführung und Geltendmachung ihrer Ansprüche an das in *cridam* verfallene Vermögen ihres Ehemannes gesetzlich entgegenstehen, finden keine Anwendung, wenn sie nicht ihre uxorialischen Vorrechte in erster, vierter oder fünfter Klasse verfolgt, sondern als Darlehns- oder sonstige Gläubigerin auftritt. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 20. Mai 1842, Bd. 9. S. 464.

Th. I. Tit. 50. §. 418. Plen. Beschl. v. 9. Mai 1842: Der §. 418. Tit. 50. findet auf eine Schuldforderung an den Gemeinschuldner, welche durch Erbgangsrecht Eigenthum seiner Kinder geworden ist, keine Anwendung. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 8. S. 209: Min. Bl. S. 264.

Th. I. Tit. 50. §. 454. Das den nicht eingetragenen, jedoch gerichtlich aufgenommenen oder confirmirten Darlehns- oder anderen Schuld-Instrumenten zustehende Vorzugsrecht der sechsten Klasse im Concurse ist nicht davon abhängig, dass die Schuldinstrumente einseitige seien; wohl aber davon, dass die daraus hergeleitete Forderung in der betreffenden Urkunde selbst und allein beruhe und darin zu einem bestimmten Betrag in Zahlen ausgedrückt sei. Ansprüche, welche zwar aus gerichtlichen Verträgen, jedoch nur in Verbindung mit ausserdem hinzutretenden Handlungen oder Unterlassungen des Verpflichteten hergeleitet werden, z. B. Ansprüche auf Entschädigung oder Gewährleistung, haben jenes Vorzugsrecht nicht. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 25. Juni 1841, Bd. 7. S. 17.

Th. I. Tit. 50. §. 483 — 485. a) Wenn ein Concursgläubiger, welcher der Creditmasse entzogene Effecten entdeckt und dadurch der Masse

einen Zuwachs verschafft hat, auf Grund des ihm gesetzlich zustehenden Privilegiums die Hälfte seines, bei dem Conkurs erleidenden Ausfalls aus der Masse vorweg bezahlt verlangt: so kann er dies Vorrecht nur gegen die Mitgläubiger, nicht aber in Bezug auf die Communkosten geltend machen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 5. Septbr. 1840. Bd. 6. S. 256.

b) Wenn der Conkursgläubiger für Entdeckung verheimlichter Vermögensstücke die Belohnung durch ein Vorzugsrecht in Anspruch nimmt, so findet dieses

- 1) nur bei entdeckten Effecten im Gegensatz von Geld und Capitalien Statt;
- 2) es macht jedoch keinen Unterschied, ob die innerhalb Landes entdeckten Effecten sich beim Gemeinschuldner selbst oder bei einem Andern befunden haben;
- 3) nur bei den ausserhalb Landes geschafften Effecten ist die Belohnung an die Bedingung geknüpft, dass die Entfernung vom Gemeinschuldner selbst erfolgt sei.

Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 29. Octbr. 1842. Bd. 8. S. 473.

Th. I. Tit. 50. §. 489., 491. seqq. Plen. Beschl. v. 9. Jan. 1846: Wenn bis zur Eröffnung des Concurses der Gemeinschuldner solche Hypothekenforderungen, welche durch Zahlung, Ererbung oder auf sonstige Weise seiner Verfügung anheimgefallen sind, nicht hat löschen lassen, ohne dennoch durch Cession zu Gunsten eines Dritten über sie zu disponiren, — so gehören solche Hypothekenforderungen der *Gemeinmasse*, und können von den Gläubigern derselben in dritter Klasse liquidirt werden. Min. Bl. S. 32.

Th. I. Tit. 50. §. 512. Plen. Beschl. v. 14. Octbr. 1839: Wenn bei einem Concurse, erbschaftlichen Liquidationsprozess oder Kaufgelder-Vertheilungsverfahren die Haupt-Immobiliarmasse nicht hinreicht, das Capital und die in der dritten Klasse anzusetzenden Zinsen einer hypothekarischen Forderung vollständig zu berichtigen, so wird die Masse zuerst auf die während des Concurses laufenden Zinsen, welche aus den currenten Reventüen nicht getilgt sind, hiernächst auf die privilegierten zweijährigen Zinserrückstände und zuletzt auf den Hauptstuhl vertheilt. In dieser Folgeordnung ist auch durch die Declarat. der Vorschriften der A. G. O. wegen Berichtigung der, während des Concurses laufenden Hypothekenzinsen aus der Immobiliarmasse, vom 20. Jan. 1820 (s. Bd. V. S. 375.) nichts geändert. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 5. S. 75.

Th. I. Tit. 50. §. 530. seqq. **a)** Rescr. v. 14 Febr., 20. März u. 14. Juni 1841, betr. die im Concurse oder im erbschaftlichen Liquidationsprozess entstandenen, der Gemeinmasse zur Last fallenden, Communkosten, wenn Grundstücke zur Masse gehört haben. Min. Bl. S. 138., 143. u. 202. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 204., 208. u. 607.

b) Rescr. v. 1. Novbr. 1841, betr. die Berichtigung der Communkosten bei einem Gehaltabzugsverfahren. Min. Bl. S. 344. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 566.

Th. I. Tit. 50. §. 632. seqq. Rescr. v. 1. Febr. 1841, betr. die Anwendung der Verordn. v. 2. Decbr. 1837 (s. Bd. VIII. S. 454.) beim abgekürzten Concursverfahren. Min. Bl. S. 84. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 210.

Th. I. Tit. 50. §. 663 — 669. Unter Umständen, wo die Eröffnung eines Special-Concurses über das inländische Vermögen eines ausländischen Cridars hätte beantragt werden können, aber nicht beantragt und also auch nicht erfolgt ist, darf der von ausländischen Concurscuratoren vor inländischen Gerichten in Anspruch genommene Inländer diese seine Eigenschaft bei der Compensationsfrage nicht geltend machen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. vom 3. Juni 1843. No. 1). Bd. 9. S. 477. (No. 2. vergl. zu A. L. R. I. 16. §. 320.)

Th. I. Tit. 50. §. 663 — 671. a) Vergl. die Convention mit Oesterreich zur Beförderung der Rechtspflege in Fällen des Concurses, vom 12. Mai u. 16. Juni 1844. G. S. S. 165., wodurch die nebenbemernten §§. abgeändert werden.

b) Vergl. ferner die zu A. G. O. I. 7. §. 4. ad 3. e) citirten Conventionen zur Beförderung der Rechtspflege.

Th. I. Tit. 51. §. 2 — 50. Diese §§. sind aufgehoben durch §. 22. der Verordnung v. 4. März 1834, wegen des Subhastationsverfahrens (Bd. V. S. 412.) Zusätze zu den dafür eintretenden §§. 16 — 21. dieser Verordn. s. zu A. G. O. I. 52. §. 62 — 64.

Th. I. Tit. 51. §. 51., 52. a) Vergl. §. 15. der Verordn. vom 4. März 1834, über die Execution in Civilsachen. G. S. S. 31. (s. Bd. V. S. 159.), wonach durch die Ueberweisung etc. einer Activforderung das im Tit. 50. §. 447. bestimmte Vorzugsrecht der fünften Klasse entsteht.

b) Vergl. §. 21. derselben Verordn., wodurch §. 52. h. t. aufgehoben ist, (s. Bd. V. S. 161.)

c) C. O. v. 11. Octbr. 1846, betr. den Kostenansatz für das Prioritätsverfahren über Besoldungen, Emolumenten etc. G. S. S. 473. s. zur Geb. Taxe A. Abschn. III.

Th. I. Tit. 51. §. 51. a) Rescr. v. 19. Juli 1839, betr. die Einleitung eines Prioritätsverfahrens, wenn mehrere Gläubiger die Befriedigung aus einem verpfändeten Vermögensstücke nachsuchen. Min. Bl. S. 264. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 140.

b) Plen. Beschl. v. 3. Septbr. 1846: Zu dem im nebenbemerten §. angeordneten Verfahren über die Priorität bei einem einzelnen Executionsobjecte können solche Gläubiger, deren Forderungen noch nicht executionsfähig sind, nicht zugelassen werden. Interventionen wegen dinglicher Rechte sind dagegen nicht ausgeschlossen. Min. Bl. 1847, S. 54.

Th. I. Tit. 51. §. 53 — 98. Vergl. §. 29. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. I. Tit. 51. §. 58. Rescr. v. 8. Febr. u. 17. März 1840, betr. die Einleitung des erbschaftlichen Liquidationsprozesses auf den Antrag eines einzelnen Erben. Min. Bl. S. 59. u. 123. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 226. u. 229.

Th. I. Tit. 51. §. 64. Legatarien sind, gleich den Erbschaftsgläubigern, auf Concurs-Eröffnung anzutragen berechtigt. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 8. Febr. 1840. Bd. 6. S. 114.

Th. I. Tit. 51. §. 66. seqq. a) Rescr. v. 15. Januar 1844, wegen der Fristen zur Erhaltung der Vorrechte, wenn der Gemeinschuldner verstorben ist. s. zu A. G. O. I. 50. §. 24.

b) Plen. Beschl. v. 23. Jan. 1846: Die Vorschriften der §§. 317 — 327. Tit. 16. Th. I. A. L. R. über die Compensation in Concursen sind auf den erb-schaftlichen Liquidationsprozess nicht auszudehnen. Min. Bl. S. 47.

Th. I. Tit. 51. §. 74 — 76. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 28. Februar 1845, betr. Widerruf einer Erbesentsagung. Bd. 10. S. 473. s. zu A. G. O. I. 50. §. 50.

Th. I. Tit. 51. §. 85. seqq. Verordn. v. 28. December 1840, wegen Befreiung der Hypotheken- und Pfandgläubiger von der Einlassung in den Concurs- und erb-schaftlichen Liquidationsprozess. G. S. 1841, S. 4. s. zu A. G. O. I. 50. §. 268. seqq.

Th. I. Tit. 51. §. 91 — 93. a) Rescr. v. 6. April 1840, betr. die gesetzlichen Erfordernisse zur Aufhebung des erb-schaftlichen Liquidations-prozesses auf Antrag des Beneficialerben. Min. Bl. S. 135. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 581.

b) Rescr. v. 14. April 1840, dass der erb-schaftliche Liquidationsprozess in Folge der Erbeserklärung ohne Vorbehalt nicht ohne Einwilligung der Gläu-biger erfolgen könne, wenn der Erbe nicht in Besitz und Administration der Masse verblieben. Min. Bl. S. 152. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 583.

c) Rescr. v. 19. Juni 1843, dass der erb-schaftliche Liquidationsprozess auf Antrag des Beneficialerben, welcher im Besitz des Nachlasses verblieben ist, nach ergangener Präclusoria aufgehoben werden kann, wenn jener die Suf-fizienz anerkennt und sich zur Tilgung der angesetzten Forderungen bereit erklärt. Min. Bl. S. 171. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 459.

Th. I. Tit. 51. §. 93. u. 94. Rescr. v. 9. Octbr. 1839, betr. die gerichtliche Vertheilung der Masse im erb-schaftlichen Liquidationsprozess. Min. Bl. S. 338. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 404.

Th. I. Tit. 51. §. 99 — 106. a) Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 3. April 1840. No. 3. Eigenthumsverlust durch Präclusion. Bd. 6. S. 280. s. zu A. L. R. I. 15. §. 54.

b) Wegen des Aufgebots Behufs der Besitztitelberichtigung vergl. Zusätze zur Hyp. Ordn. Tit. IV. §. 7. seqq.

c) Rescr. v. 7. Decbr. 1841, dass die Edictal-Citation zur Ermittlung darüber, ob Erbberechtigte zu einem Erbbegräbnisse vorhanden sind, nicht zn-lässig sei. Min. Bl. 1842, S. 7. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 459.

Th. I. Tit. 51. §. 115 — 118. Anh. §. 385. I. a) Rescr. v. 10. September 1841, betr. das Aufgebot verlorener Documente. Min. Bl. S. 298. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 228.

b) Die Verordn. v. 9. Decbr. 1809, wegen Mortification der an einen ge-wissen Inhaber und wegen des öffentlichen Aufgebots der an jeden Inhaber aus-gestellten Privat-Schuldverschreibungen und Urkunden (s. Bd. V. S. 387.) findet auf hypothekarisch eingetragene Schuldinstrumente keine Anwendung. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 26. Septbr. 1840, Bd. 6. S. 338.

2. C. O. v. 3. Juli 1843, betr. das öffentliche Aufgebot verloren gegangener Hypotheken - Documente über Domainenabgaben und Inventariengelder, zum Zweck der Amortisation. G. S. S. 292. s. zu Hyp. Ordn. II. §. 277-282.

3. C. O. v. 13. Mai 1844, betr. das Aufgebot verlornen Instrumente über Ansprüche und Forderungen, welche in den beim Brande der Stadt Loslau im Jahre 1822 untergegangenen Hypothekenbüchern des Stadtgerichts zu Loslau sich eingetragen fanden. G. S. S. 116.

Da nach Ihrem Berichte vom 27. April d. J. bei dem Aufgebote verlornen Instrumente über solche Ansprüche und Forderungen, welche in den bei dem Brande der Stadt Loslau im Jahre 1822 untergegangenen Hypothekenbüchern des Stadtgerichts zu Loslau eingetragen gewesen sind, der in den §§. 275. 278. u. 283. Tit. II. Hypothekenordn. u. §. 116. Tit. 51. Th. I. A. G. O. enthaltenen Vorschrift, dass eine beglaubigte Abschrift des betreffenden Instruments vorgelegt werden solle, nicht genügt werden kann, weil auch sämtliche Ingrossationsbücher und Grundacten verbrannt sind; so bestimme Ich nach Ihrem Antrage: dass es in diesem Falle zum Zwecke des Aufgebots verlornen Instrumente (§. 115. u. folg. Tit. 51. Th. I. der A. G. O.) der Vorlegung einer beglaubigten Abschrift des zu amortisirenden Instruments nicht bedürfen, vielmehr genügen soll, wenn ausser der Beobachtung der übrigen Förmlichkeiten des Aufgebots die Forderung nach dem Inhalte des in den wiederhergestellten Hypothekenbüchern des Stadtgerichts zu Loslau befindlichen Eintragungsvermerks durch Benennung des Gläubigers und Schuldners, der Capitalsumme und des verpfändeten Grundstücks bezeichnet wird. — Sie haben diesen Befehl durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Th. I. Tit. 51. §. 117. C. O. v. 25. Octbr. 1837, wonach es einer Benachrichtigung der Königl. Hauptbank von den Aufgeboten verloren gegangener hypothekarischer oder auf jeden Inhaber lautender Instrumente ferner nicht bedarf. G. S. S. 157. (s. Bd. VIII. S. 436.)

Th. I. Tit. 51. §. 118. a) Vergl. §. 6. der Verordn. v. 21. Octbr. 1838, betr. das Aufgebot von Specialmassen nach erfolgter Subhastation. G. S. S. 493. (s. Bd. VIII. S. 457.)

b) Rescr. v. 27. Juni 1842, betr. die Ableistung des Manifestationseides beim Aufgebot von getilgten, beim Gläubiger verloren gegangenen Hypothekenobligationen, durch den Gläubiger, auch wenn der Gutsbesitzer das Aufgebot veranlasst hat. Min. Bl. S. 254. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 609.

Th. I. Tit. 51. §. 120. Anh. §. 388. a) Rescr. v. 15. Jan. 1842, betr. das Aufgebot verloren gegangener Bank-Obligationen. Min. Bl. S. 51. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 161.

b) C. O. v. 7. Febr. 1845, betr. das öffentliche Aufgebot der aus den Jahren 1765 — 1810 herrührenden Ansprüche an die Bank. G. S. S. 97. s. zu §. 169. seqq. h. t.

Th. I. Tit. 51. §. 120 — 140. I. a) Vergl. das schlesische Landschafts-Reglem. v. 9. u. 15. Juli 1770, insbesondere Cap. IV. §. 33-40. (v. R. Samml. Bd. XI. S. 89. 151.)

b) Verordn. v. 8. Juni 1835, wegen Einrichtung des Königl. Creditinstituts für Schlesien, §. 50., betr. das Aufgebot und die Amortisation der ausgegebenen Pfandbriefe. G. S. S. 101. (s. Bd. VII. S. 48.)

c) α) C. O. v. 20. Mai 1839, betr. die Convertirung und Einlösung der Schlesischen Pfandbriefe. G. S. S. 169. (s. Bd. VIII. S. 446.)

β) Rescr. v. 7. Juni 1839, nebst Anlage, betr. die Convertirung der Schlesischen Pfandbriefe. Min. Bl. S. 202. v. K. Jahrb. Bd. 53. S. 450.

d) C. O. v. 6. August 1840, betr. das abgeänderte Verfahren zur Herbeischaffung aufgekündigter Schlesischer Pfandbriefe. G. S. S. 235.

Nachdem die Convertirung der Schlesischen Pfandbriefe in Folge der Bestimmungen des Erlasses vom 20. Mai v. J. vollständig ausgeführt worden ist, und die Aufkündigung und Einziehung Schlesischer Pfandbriefe nunmehr in einen regelmässigen Gang kommt, so setze Ich auf die am 5. Mai d. J. erfolgte Berathung des engern Ausschusses der Schlesischen Landschaft und auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 20. Mai d. J. hierdurch fest, dass das Verfahren zur Herbeischaffung aufgekündigter Pfandbriefe nicht weiter nach der Order vom 7. September 1830, zur Ausführung gebracht werden soll, verordne Statt dessen vielmehr, dass:

1) alle von der Landschaft ausgehende Kündigungen Schlesischer Pfandbriefe zur Einlösung gegen baares Geld oder gegen andere Pfandbriefe auf Kosten der Landschaft öffentlich bekannt gemacht werden sollen, und zwar ohne Unterschied der Fälle, es mögen solche im Privat-Interesse bepfandbriefter Gutsbesitzer, oder im allgemeinen Interesse der Landschaft geschehen. Diese Bekanntmaccung muss mindestens acht Tage vor demjenigen Zinstermine, welcher dem zur Einlösung der aufzukündigenden Pfandbriefe bestimmten Termine vorangeht, durch Einrückung in die Anzeiger der Schlesischen Regierungs-Amtsblätter und durch Aushängung in den sämtlichen landschaftlichen Kassen, so wie an den Börsen zu Breslau und Berlin erfolgen und selbige muss die Aufforderung an die Pfandbrief-Inhaber enthalten, dass sie die aufgekündigten Pfandbriefe nebst den dazu gehörigen Zins-Recognitionen, wenn dergleichen ertheilt sind, in dem bevorstehenden nächsten Zinszahlungs-terminen, bei Vermeidung eines auf ihre Kosten zu veranlassenden öffentlichen Aufgebots an die Landschaft einliefern. Ob und in welchen anderen öffentlichen Blättern die Insertion noch zu bewirken sein möchte, bleibt dem Ermessen der landschaftlichen Behörden überlassen.

2) Ausser dieser öffentlichen Bekanntmachung muss in dem Zinstermine, welcher dem zur Einlösung der Pfandbriefe

bestimmten Termine zunächst vorangeht, dem Inhaber des zur Zinserhebung präsentirten Pfandbriefes, oder der zu diesem Zweck präsentirten Zinsrecognition, die Kündigung schriftlich bekannt gemacht werden. Wird der Pfandbrief selbst — weil er mit einer Zinsrecognition nicht versehen ist — zur Zinserhebung präsentirt, so ist derselbe bei der Kündigung gegen eine zu ertheilende Einziehungs-Recognition sofort zurück zu behalten. Wird aber eine blosse Zins-Recognition präsentirt, so ist dieselbe, nachdem darauf die erfolgte Kündigung des Pfandbriefes vermerkt worden, dem Präsentanten zwar einstweilen zurück zu reichen, es ist aber in der schriftlichen Kündigungs-Bekanntmachung der Präsentant zugleich anzufordern, den gekündigten Pfandbrief mit der zugehörigen Zinsrecognition unverzüglich an das landschaftliche Depositorium abzuliefern, mit der Warnung, dass der Inhaber, wenn er den Pfandbrief nicht innerhalb 6 Wochen von dem Anfange der eben laufenden Zinszahlung (resp. vom 25. Juni oder 28. Decbr.) angerechnet einreichen sollte, mit seinem Realrechte auf die im Pfandbriefe ausgedrückte Special-Hypothek werde präcludirt, der Pfandbrief in Ansehung dieser Special-Hypothek für vernichtet erklärt, dies im Landschaftsregister und im Hypotheken-Buche vermerkt, und der Inhaber mit seinen Ansprüchen auf Zahlung des Pfandbriefwerthes nur an die Landschaft werde verwiesen werden, und dass die Landschaft, wenn der aufgekündigte Pfandbrief gegen einen andern Pfandbrief umgetauscht wird, den Ersatz-Pfandbrief auf Gefahr und Kosten des Inhabers des aufgekündigten Pfandbriefes zu ihrem Depositorium nehmen, aus den zunächst fällig werdenden Zinsen aber die Kosten des Aufgebots decken — wenn er aber auf Baarzahlung gekündigt ist, den baaren Capitalsbetrag nach Bestreitung der Kosten des Aufgebots, ebenfalls auf Gefahr und Kosten des Gläubigers, zu ihrem Depositorium bringen werde.

Ist die besondere Bekanntmachung der Kündigung an den Präsentanten des Pfandbriefes oder der Zinsrecognition innerhalb der ersten sechs Wochen desjenigen Zins-Termine, welcher dem Fälligkeitstermine des gekündigten Pfandbriefes vorhergeht, unterblieben, so muss dieselbe in den nächstfolgenden Zins-Termin nachgeholt werden. Zum Beweise der besonderen Bekanntmachung der Kündigung an den Präsentanten des Pfandbriefes oder der Zinsrecognition genügt eine von den landschaftlichen Beamten auf den Grund ihrer Bücher und Acten auszustellende Bescheinigung.

Wenn der, dem Präsentanten der Zinsrecognition gekündigte Pfandbrief demnächst mit dieser eingeliefert wird, so ist darüber ebenfalls Recognition zu ertheilen.

3) Dem Inhaber der Einziehungs-Recognition (1. und 2.) wird gegen deren Aushändigung im nächsten Zins- als dem Ver-

fall-Termine, die Capital-Valuta nebst den alsdann fälligen Zinsen ohne weitere Prüfung seiner Legitimation berichtet, was in der Einziehungs-Recognition jedesmal auszudrücken ist.

4) Wird ein von der Landschaft zur baaren Einlösung gekündigter Pfandbrief nicht sechs Wochen vor der zu Johanni oder zu Weihnachten eintretenden Verfallzeit, also für den Johannitermin nicht bis zum 15. Mai, so wie für den Weihnachtstermin nicht bis zum 15. Novbr. eingereicht und hierdurch ein Verzug in der rechtzeitigen Zahlung herbeigeführt, so hat der Gläubiger sich den hieraus entstehenden Zinsverlust selbst beizumessen.

5) Auf einen solchen Pfandbrief kann überall keine Zahlung geleistet werden, so lange die dazu gehörige Zinsrecognition nicht mit eingereicht, oder, wenn sie abhänden gekommen, vorher amortisirt worden ist.

6) Kann die nach der Bestimmung zu 2. zu erlassende besondere Bekanntmachung nicht stattfinden, weil der Pfandbrief oder die zu einem solchen ertheilte Zinsrecognition nicht präsentirt wird, und der Inhaber des Pfandbriefs nicht sonst bekannt ist, so muss sofort, und spätestens innerhalb vier Wochen nach dem Schlusse des Zinstermins, die Kündigung zum nächstfolgenden Zins- als dem ursprünglichen Verfall-Termin, durch öffentliche Bekanntmachung und zwar wiederum mit der zu 2. bestimmten Verwarnung wiederholt werden. Kommt alsdann der Pfandbrief bis zum Präsentationstermine nicht zum Vorschein, so setzt die General-Landschafts-Direction die Präclusion fest, auf deren Grund die Löschung im Hypothekenbuche erfolgt, sobald der Gutsbesitzer oder die landschaftliche Behörde solche fordert.

7) Reicht der bekannte Inhaber eines abzulösenden Pfandbriefes, ungeachtet der erfolgten öffentlichen und besonderen Bekanntmachung (No 1. 2. und 6.) den ihm gekündigten Pfandbrief in dem zur Einlösung bestimmten Termine nicht ein, so wird nach den unter No. 2. und 6. enthaltenen Bestimmungen verfahren.

8) Kann die Zahlung eines auf Baarzahlung gekündigten Pfandbriefes darum nicht erfolgen, weil dieser oder die dazu gehörige Zinsrecognition nicht eingereicht worden ist (No. 4. und 5.) so hat der Gläubiger für die nächsten drei Monate nach eingetretenem Zahlungstermine überall keinen Anspruch auf Zinsen und demnächst einen solchen nur nach dem überhaupt üblichen Pfandbrief-Zinssatz von resp. $3\frac{1}{2}$ oder $3\frac{1}{3}$ pCt.

Auch bleibt es der Landschaft überlassen, den Capitalbetrag für Rechnung des Gläubigers nach dem Tagescourse in $3\frac{1}{2}$ oder $3\frac{1}{3}$ procentige Pfandbriefe umzusetzen, und dieselben mit dem etwanigen baaren Ueberschusse zu ihrem Depositorium zu nehmen.

9) Hat der Gläubiger den gekündigten Pfandbrief und die etwa dazu gehörige Zinsrecognition zwar eingereicht, er findet

sich aber zur Empfangnahme der Valuta zu rechter Zeit nicht ein, so ist die Landschaft ermächtigt, das nicht erhobene Capital noch sechs Wochen nach dem Schlusse des Zinstermins, in welchem die Zahlung erfolgen sollte, zinslos an sich zu behalten, sodann aber dasselbe, wie im Fall zu 8., entweder selbst nach dem üblichen Pfandbriefzinsätze zu verzinsen, oder nach dem Tagescourse in $3\frac{1}{2}$ oder $3\frac{1}{3}$ procentige Pfandbriefe umzusetzen und dieselben mit dem etwanigen baaren Ueberschusse zu ihrem Depositorium zu nehmen.

10) Die über das Kündigungsverfahren bisher bestandenen abweichenden Vorschriften des Schlesischen Creditreglements vom 9. u. 15. Juli 1770 im Capitel 7. des Thls. III., so wie der Erlasse vom 7. Septbr. 1830 u. 20. Mai 1839 im Art. III. No. 7. werden hierdurch aufgehoben.

Ich beauftrage Sie, diese Order durch die G. S. bekannt zu machen.

e) C. O. v. 6. Aug. 1840, betr. das rechtliche Verhältniss der Schlesischen Pfandbriefe zu den hierzu besonders ausgefertigten Zinsrecognitionen. G. S. S. 230.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 8. Juli d. J. will Ich, um das rechtliche Verhältniss der Schlesischen Pfandbriefe zu den hierzu besonders ausgefertigten Zinsrecognitionen äusserlich erkennbar zu machen und den Pfandbriefbesitzer für den Fall des Verlustes oder der unrechtmässigen Entfremdung der Zinsrecognition in den Stand zu setzen, seine Rechte gegen den unrechtmässigen Inhaber der letzteren geltend zu machen, unter Bestätigung des vom engern Ausschusse der Landschaft am 2. Mai d. J. gefassten Beschlusses hierdurch bestimmen, dass in den Zinsrecognitionen ausdrücklich bemerkt werde:

„dass die Zahlung der in der Recognition ausgedrückten Zinsen zwar an jeden Inhaber derselben, jedoch nur so lange erfolgen wird, als dagegen von Seiten des Besitzers des Pfandbriefes kein Widerspruch erhoben worden.“

Zur Erledigung eines solchen von dem Pfandbriefbesitzer erhobenen Widerspruchs soll nachstehendes Verfahren stattfinden. Will der Inhaber eines mit einer Zinsrecognition versehenen Pfandbriefes die Entrichtung der Zinsen an den Präsentanten der Recognition verhindern, so muss er unter Vorlegung des Pfandbriefes einen Widerspruch und die Gründe desselben bei der Schlesischen General-Landschaftsdirection anzeigen, welche sämtliche ihr untergeordnete Fürstenthums-Landschaften davon sofort zu benachrichtigen hat. Die Landschaft, bei welcher die Zinsrecognition präsentirt wird, hat dieselbe anzuhalten, den Besitzer des Pfandbriefes hiervon zu unterrichten und im Fall der Präsentant nicht sofort in die Aushändigung der Recognition und der fälligen Zinsen an den Besitzer des Pfandbriefes willigt, die Interessenten zur Verfolgung ihrer Rechte an das Gericht, zu

dessen Realjurisdiction das bepfandbriefte Gut gehört zu verweisen. Die Landschaft ist befugt, die angehaltene Recognition nebst den inne behaltenen Zinsen zum gerichtlichen Depositum abzuliefern, wenn sie aber beides im eigenen Gewahrsam behalten will, verpflichtet, die in der Zwischenzeit sich aufammelnden Zinsbestände, auf Antrag und Kosten der Interessenten, durch Ankauf von Pfandbriefen oder bei der Bank nutzbar zu belegen. Sie haben diesen Erlass, wodurch übrigens in den bestehenden Vorschriften über das Verfahren bei Amortisation verlornen Pfandbriefs-Zinsrecognitionen nichts geändert wird durch die G. S. zur Publication zu bringen.

f) C. O. v. 31. März 1843, betr. die Ermächtigung des Creditinstituts für Schlesien, die ferner zu bewilligenden Pfandbriefe B. zu $3\frac{1}{2}$ pCt. jährlicher Zinsen auszufertigen, die jährliche Amortisation derselben jedoch auf $1\frac{1}{4}$ pCt. zu erhöhen. G. S. S. 185.

Mit den von Ihnen in dem gemeinschaftlichen Berichte vom 14. d. M. ausgeführten Gründen einverstanden, will Ich nach Ihrem Antrage hierdurch Meine Genehmigung dazu ertheilen, dass das Credit-Institut für Schlesien von jetzt ab, die den Rittergutsbesitzern von Schlesien und der Oberlausitz in Gemässheit der Verordn. vom 8. Juni 1835 und der Order vom 28. Decbr. desselben Jahres zu bewilligenden Pfandbriefe B. nicht mehr zu 4, sondern nur zu $3\frac{1}{2}$ pCt. jährlicher Zinsen ausfertigt, dass dagegen zum Zwecke der rascheren Tilgung dieser Pfandbriefe das von den nach §. 28. der Verordn. von den Pfandbriefsschuldnern jährlich zu zahlenden 5 pCt. nach Abzug der Zinsen von $3\frac{1}{2}$ pCt.

und
des zur Bestreitung der Verwaltungskosten
zu benutzenden $\frac{1}{4}$ pCt.
mithin von $3\frac{3}{4}$ pCt.
verbleibende $1\frac{1}{4}$ pCt.

nebst den davon aufkommenden Zinsen gänzlich zur Amortisation verwendet, übrigens aber die Verordn. vom 8. Juni 1835 in allen Punkten aufrecht erhalten werde. — Ich ermächtige das Credit-Institut für Schlesien bei neuen Darlehnsbewilligungen von Pfandbriefen B. nach dieser, die §§. 9. 28. und 55. jener Verordnung modificirenden Bestimmung zu verfahren, und überlasse Ihnen, diese Order durch die G. S. bekannt zu machen.

g) C. O. v. 11. Juli 1845, betr. die Ermächtigung des Creditinstituts für Schlesien, die ferner zu bewilligenden Pfandbriefe B. nach der Wahl des Antragenden entweder zu 4 oder zu $3\frac{1}{2}$ pCt. jährlicher Zinsen auszufertigen. G. S. S. 487.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 3. v. M. ermächtige Ich das Credit-Institut für Schlesien, die von demselben zu bewilligenden Pfandbriefe B. nach der Wahl des Antragenden, entweder der Verordn. vom 8. Juni 1835 (G. S. No. 1619.) §§. 9.

und 28. gemäss, zu 4 pCt., oder Meiner Order vom 31. März 1843 (G. S. No. 2352.) gemäss, zu $3\frac{1}{2}$ pCt. jährlicher Zinsen auszufertigen, wobei Ich zugleich bestimme, dass in dem Falle des §. 22. jener Verordn. nur die zu 4 pCt. Zinsen ausgefertigten Pfandbriefe B. von dem Credit-Institute eigenthümlich übernommen werden sollen. Diese Meine Order ist durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

h) C. O. v. 4. Jan. 1845, betr. das Aufgebots- und Amortisationsverfahren für solche Schlesische Pfandbriefe, welche während der gesetzlichen Verjährungsfrist nicht zum Vorschein gekommen sind. G. S. S. 99.

Auf Ihren Bericht vom 7. v. M. bestimme Ich hierdurch zur Beseitigung entstandener Zweifel, dass bei dem, nach §. 40. Cap. 4. Th. III. des Schlesischen Landschaftsreglements vom 9. Juli 1770 zu veranlassenden Aufgebots- und Amortisationsverfahren über solche Pfandbriefe, welche während der gesetzlichen Verjährungsfrist nicht zum Vorschein gekommen, die Vorschriften der §§. 110 — 119. Tit. 51. Th. I. der A. G. O. in Anwendung zu bringen sind. Es soll jedoch hierbei der Ableistung des, im §. 114. am angeführten Orte der G. O. vorgeschriebenen Diligenzeides von Seiten der das Aufgebot extrahirenden General-Landschaftsdirection nicht bedürfen, sondern nach erfolgtem Aufgebot zur Abfassung des gerichtlichen Präclusionserkenntnisses genügen, wenn die General-Landschaftsdirection amtlich bescheinigt, dass der Pfandbrief innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfrist nicht zum Vorschein gekommen, dass während dieser Frist und bis zum Präclusivtermine von Niemandem ein Anspruch an den Pfandbrief angemeldet worden, und der etwanige Inhaber des Pfandbriefes unbekannt sei. Diese Bestimmungen sind durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

2. **a)** Vergl. C. O. v. 5. Jan. 1842, betr. die Ausbringung eines Präclusiv-Termins zur Einlösung der ältern Kur- und Neumärkischen Zinscoupons und Zinsscheine. G. S. S. 32.

b) Die Verordnungen wegen Convertirung der Kur- und Neumärkischen Pfandbriefe sind in der G. S. nicht akgedruckt.

3. **a)** C. O. v. 10. Decembr. 1837, wegen Convertirung und Amortisation der Pommerschen Pfandbriefe. G. S. S. 171. (s. Bd. VIII. S. 436.)

b) C. O. v. 11. Juli 1838, betr. die Form und Wirkung der Kündigung Pommerscher Pfandbriefe und die Emission der Zinscoupons. G. S. S. 365. (s. Bd. VIII. S. 438.)

c) (Zu No. 11. vorgedachter C. O.) C. O. v. 28. März 1845, wegen der zu den Pommerschen Pfandbriefen für den Zeitraum von 5 Jahren auszugebenden Zinscoupons und Talons. G. S. S. 238.

Aus Ihrem Berichte vom 10. d. M. habe Ich gesehen, dass die durch Meine Order vom 11. Juli 1838 (G. S. S. 365.) unter 11. ertheilten Vorschriften wegen der von 4 zu 4 Jahren auszugebenden Zinscoupons zu den Pommerschen Pfandbriefen und

wegen Aushändigung neuer Coupons-Serien an den Inhaber des letzten Coupons (Stichcoupons) in der Ausführung zu Missständen Anlass gegeben haben; Ich will daher nach dem Antrage des im vorigen Jahre versammelt gewesenen engeren Ausschusses der Pommerschen Landschaft hierdurch genehmigen:

- 1) dass die neuen Coupons-Serien, anstatt von 4 zu 4 Jahren, künftig von 5 zu 5 Jahren ausgegeben werden;
- 2) dass die neue Coupons-Serie fortan nicht mehr dem Inhaber des letzten Coupons (Stichcoupons), sondern dem Präsentanten des zu diesem Zweck besonders mit der Coupons Serie auszugebenden Talons auszuhändigen ist, wenn nicht der Inhaber des Pfandbriefes Protest dagegen eingelegt hat, und
- 3) dass die Bestimmungen, welche Meine Order v. 11. Juli 1838 unter 11. in Ansehung der bisherigen Stichcoupons enthält, auf die an deren Stelle tretenden Talons Anwendung finden.

Diese Meine Order ist durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

4. a) C. O. v. 21. Decbr. 1837, betr. die Convertirung und Einlösung der Ostpreussischen Pfandbriefe. G. S. S. 223. (s. Bd. VIII. S. 441.)

b) C. O. v. 24. Febr. 1838, betr. die Convertirung und Amortisation der Westpreussischen Pfandbriefe. G. S. S. 94. (s. Bd. VIII. S. 442.)

c) α) C. O. v. 18. Octbr. 1837, betr. das Verfahren bei Ausreichung neuer Zinscoupons der Ostpreussischen Pfandbriefe. G. S. S. 155. (s. Bd. VIII. S. 444.)

β) C. O. v. 11. Juli 1838, betr. die Form und Wirkung der Kündigung Ost- und Westpreussischer Pfandbriefe, und die Emission der Zinscoupons. G. S. S. 368. (s. Bd. VIII. S. 445.)

d) α) C. O. v. 15. Decbr. 1843, wegen Herabsetzung der von den Pfandbriefschuldern der Ostpreussischen Landschaft zu zahlenden Beiträge von $4\frac{1}{2}$ pCt. auf 4 pCt. G. S. 1844, S. 49.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 28. v. M. will Ich nach dem Beschlusse des, im Jahre 1841 versammelt gewesenen General-Landtages der Ostpreussischen Landschaft unter Aufhebung der Bestimmung zu 6. der Order vom 21. Decbr. 1837, die Herabsetzung der von den Pfandbriefschuldern der genannten Landschaft zu zahlenden Beiträge von $4\frac{1}{2}$ pCt. auf 4 pCt. vom Johannis-Termine d. J. an, mit der Maassgabe genehmigen, dass das nach Berichtigung der Zinsen übrigbleibende $\frac{1}{2}$ pCt., soweit dieses zur Bestreitung der Administrationskosten nicht erforderlich ist, zur Bildung eines eigenthümlichen Fonds der Landschaft so lange verwendet werde, bis solcher den Betrag von 800,000 Rthlr. durch dessen Zinsen die Administrationskosten vollständig gedeckt werden können, erreicht haben wird. Von diesem Zeitpunkte an, welcher nach angelegter Berechnung mit dem Ende des Jahres 1856 eintreten wird, soll das alsdann zur vollen Dis-

position verbleibende $\frac{1}{2}$ pCt. nach den zu seiner Zeit zu erlassenden näheren Bestimmungen zur Amortisation der Pfandbriefe verwendet werden. Diese Order ist durch die G. S. bekannt zu machen.

β) C. O. v. 13. Decbr. 1844, wegen Herabsetzung der von den Pfandbriefschuldern der Westpreussischen Landschaft zu zahlenden Beiträge von $4\frac{1}{2}$ pCt. auf 4 pCt. G. S. 1845. S. 1.

Auf Ihren Bericht vom 23. v. M. will Ich mit Rücksicht auf die Beschlüsse des in diesem Jahre versammelt gewesenen General-Landtages der Westpreussischen Landschaft hierdurch genehmigen, dass die von den Pfandbriefs-Schuldnern dieser Landschaft zu zahlenden Beiträge, welche durch die Order vom 24. Febr. 1838 auf $4\frac{3}{4}$ pCt. bestimmt, demnächst aber durch die Order vom 7. Novbr. 1841 auf $4\frac{1}{2}$ pCt. ermässigt worden sind, weiter auf 4 pCt., und zwar vom Johannisterrn d. J. an, diesen Termin mit eingeschlossen, herabgesetzt werden. Das von diesen Beiträgen nach Berichtigung der Pfandbriefszinsen übrig bleibende $\frac{1}{2}$ pCt. ist, so weit dieses zur Bestreitung der Administrationskosten nicht erforderlich ist, so lange zu dem eigenthümlichen Fonds der Landschaft zu verwenden, bis solcher den Betrag von 800,000 Rthlr. erreicht haben wird, durch dessen Zinsen alsdann die Administrationskosten vollständig gedeckt werden können. Von diesem Zeitpunkte an, welcher zu Weihnachten 1859 eintreten wird, soll das gedachte $\frac{1}{2}$ pCt. nach den zu seiner Zeit zu erlassenden Bestimmungen zur Amortisation der Pfandbriefe verwendet werden. Dieser Mein Befehl ist durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

5. a) Die Landschaftliche Credit-Ordnung für das Grossherzogthum Posen, v. 15. Decbr. 1821. s. G. S. S. 218 — 296.

b) Verordn. v. 15. April 1842, über die Erweiterung des, nach der landschaftlichen Creditordnung v. 15. Decbr. 1821, bestehenden Posenschen landschaftlichen Creditvereins. G. S. S. 180.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem die im Jahre 1836 Statt gehabte General-Versammlung des Posenschen landschaftlichen Creditvereins den Wunsch zu erkennen gegeben, den Beitritt zu demselben auch noch nachträglich denjenigen Gutsbesitzern, welche von demselben nach der Vorschrift des §. 23. der Creditordnung v. 15. Decbr. 1821 ausgeschlossen waren, zu gestatten; Wir auch, nach Anhörung Unseres Staatsministeriums, diesem Wunsche in Gnaden Statt zu geben geruht haben, und hierauf die General-Versammlung vom Jahre 1840 über den Gegenstand die verfassungsmässige Berathung und Beschlussnahme gehalten hat, so verordnen Wir nunmehr hierdurch Folgendes:

§. 1. Den Besitzern adlicher Güter im Grossherzogthum Posen, welche dem bestehenden landschaftlichen Creditvereine bis zum Schluss dieses Systems noch nicht beigetreten sind, oder

vor der Publication dieser Verordnung durch Löschung ihrer ganzen Pfandbriefschuld bereits aus demselben wieder ausgeschieden waren, wird der Beitritt zu demselben innerhalb fünf Jahren, vom Tage der Publication dieser Verordnung an gerechnet, hiermit an noch gestattet.

§. 2. Wer im Laufe dieser fünfjährigen Frist seinen Beitritt nicht erklärt, so wie derjenige, der nicht vor Ablauf derselben und nicht längstens bis zum darauf folgenden Weihnachtstermine die Hindernisse welche der Bewilligung und Eintragung der Pfandbriefe entgegenstehen, wenigstens soweit zu beseitigen vermag, dass nach einer darüber besonders beizubringenden Bescheinigung der Hypotheken-Behörde der Hypothekenbuch-Zustand des Gutes zur Eintragung von Pfandbriefen vollständig vorbereitet ist, bleibt für immer von der Theilnahme an dem Verbands ausgeschlossen und findet eine Ausnahme hiervon nur allein für den Fall Statt, wenn der Beitretende zwar den vorstehenden Erfordernissen genügt hat, aber dennoch die Ausfertigung und Eintragung der Pfandbriefe lediglich deshalb, weil das Taxgeschäft noch nicht beendigt worden, binnen der festgesetzten obigen Frist noch nicht hat Statt finden können.

§. 3. Die landschaftliche Creditordnung für das Grossherzogthum Posen vom 15. Decbr. 1821, nebst deren späteren Declarationen, soweit nicht durch die gegenwärtige Verordnung Abänderungen derselben angeordnet werden, findet auch auf die von den Neubeitretenden aufzunehmenden Pfandbrief-Darlehen Anwendung.

§. 4. Sämmtliche zum Creditvereine bereits verbundene Gutsbesitzer leisten gemeinschaftlich mit den Neubeitretenden Bürgschaft für die neuen zu bewilligenden Pfandbrief-Darlehen in demselben Umfange, wie dieselbe in der Creditordnung vom 15. Decbr. 1821 §. 2. zu b. verordnet ist.

§. 5. Die neuen Pfandbriefe werden dem Inhaber mit Drei und ein halb vom Hundert in halbjährigen Fristen verzinset und können von ihm der Landschaft nicht gekündigt werden.

§. 6. Der Schuldner verzinset dagegen die auf sein Gut aufgenommenen Pfandbriefe von dem Tage der Ausfertigung derselben ab, mit Fünf vom Hundert und zahlt zugleich jährlich $\frac{1}{4}$ pCt. des Capitals zur Bestreitung der Verwaltungskosten.

§. 7. Die Neubeitretenden werden Theilnehmer und Mit-eigenthümer an den bereits aufgesammelten Ueberschüssen des eigenthümlichen Fonds des schon bestehenden Vereins; sie sind aber verpflichtet, von Weinachten 1827 ab, bis zu dem Weihnachtstermine nach Bekanntmachung dieser Verordnung für jedes Jahr Ein Achtel pCt. des von ihnen aufzunehmenden Pfandbriefs-Capitals in diesen Fonds in $3\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefen nachzahlen, welcher Betrag sogleich bei Aushändigung der Pfandbriefe zurückgehalten wird.

§. 8. Die neuen Pfandbriefe werden nach dem in der Beilage A. enthaltenen Schema auf Pergament mit besonders dazu

gestochenen Platten in lateinischen Buchstaben in zwei Halbscheiden, die eine in Deutscher, die andere in Polnischer Sprache abgedruckt. Sie werden in Summen von 1000 Rthlr., 500 Rthlr., 200 Rthlr., 100 Rthlr., 40 Rthlr. und 20 Rthlr. ausgefertigt und zum Unterschiede von den älteren 4procentigen Posener Pfandbriefen mit dem besonders aufzudruckenden, von einem eigenen Rand umschlossenen Vermerk:

„Dieser Pfandbrief trägt $3\frac{1}{2}$ pCt. Zinsen und kann von dem Inhaber nicht gekündigt werden.

„Posen, den

„Die General-Landschafts-Direction.“

versehen.

Die denselben beizufügenden fünfjährigen 10 Stück Zins-Coupons, nebst einem dabei befindlichen Talon, werden auf hellgelbes Papier gedruckt.

§. 9. Nach Ablauf des zehnten Coupons erhält der Inhaber gegen Rückgabe des Talons unentgeltlich einen neuen Zinsbogen auf anderweitige fünf Jahre, wenn nicht etwa ein Dritter als Inhaber des Pfandbriefs Einspruch dagegen gethan hat.

§. 10. Die Drei ein halb procentigen Pfandbriefe sind, ebenso wie die älteren vierprocentigen Posener Pfandbriefe, einer fortlaufenden planmässigen Tilgung unterworfen, welche nach dem beiliegenden Tilgungs-Plan auf 35 Jahre berechnet ist. — Die nach Abzug der den Pfandbrief-Inhabern zu zahlenden $3\frac{1}{2}$ pCt. Zinsen verbleibenden $1\frac{1}{2}$ pCt., mit den davon jährlich aufkommenden Zwischenzinsen bilden das zur Tilgung zu verwendende Capital.

Die planmässige Tilgung der neuen $3\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefe nimmt mit dem nächsten Weihnachtstermine, nach Publication dieser Verordnung ihren Anfang. Diejenigen Gutsbesitzer, welche später Pfandbrief-Darlehen erhalten, sind demnach verpflichtet, den Tilgungs-Beitrag nebst den Zwischenzinsen von dem eben gedachten Termine ab nachzuzahlen.

§. 11. Die zum Tilgungsfonds einzuziehenden $3\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefe werden, ohne Unterschied, ob sie im Curse unter oder über dem Nennwerth stehen, jederzeit durch Verloosung herbeigeschafft, und den Inhabern zum Nennwerth ausgezahlt.

Bei der Verloosung wird dasselbe Verfahren beobachtet, welches in dem 15. Cap. der Creditordnung und durch die Order vom 11. Febr. 1833 vorgeschrieben ist. Diese Verloosung muss jedoch besonders bewirkt und kann mit der Verloosung der vierprocentigen Pfandbriefe nicht cumulirt werden.

§. 12. Die Auszahlung der Valuta der zur Einziehung für den Tilgungsfonds bestimmten Pfandbriefe erfolgt nach Ablauf einer sechsmonatlichen Aufkündigungsfrist, 8 Tage nach dem geschlossenen Zinsenzahlungstermine, nach dem Nennwerth.

§. 13. Bei der Aufkündigung der $3\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefe wird in allen Fällen folgendes Verfahren beobachtet:

Art. 1. Alle von der Landschaft ausgehende Kündigungen Posenscher $3\frac{1}{2}$ procentiger Pfandbriefe zur Einlösung gegen baares Geld oder gegen andere Pfandbriefe — nach §. 10. der Creditordn. von 1821 — werden öffentlich bekannt gemacht, und zwar ohne Unterschied der Fälle, ob solche im Privatinteresse bepfandbriefter Gutsbesitzer oder im allgemeinen Interesse der Landschaft geschehen. Diese Bekanntmachung muss noch mindestens acht Tage vor demjenigen Zinstermine, welcher dem zur Einlösung der aufzukündigenden Pfandbriefe bestimmten Termine vorangeht, erfolgen, an die Pfandbriefs-Inhaber die Aufforderung zur Einlieferung der aufgekündigten Pfandbriefe mit den dazu gehörigen Zins-Coupons in dem bevorstehenden nächsten Zahlungstermine zur Vermeidung eines öffentlichen Aufgebots auf ihre Kosten enthalten, und wird durch Einrückung in die Zeitungen und Intelligenzblätter des Grossherzogthums Posen, in die Anzeiger der Posenschen und Bromberger Regierungs-Amtsblätter, ausserdem aber durch Einrückung in eine Berliner und eine Breslauer Zeitung, sowie durch Aushängung in den sämtlichen landschaftlichen Cassen und an den Börsen von Breslau und Berlin bewirkt. Ob und in welchen anderen öffentlichen Blättern die Insertion sonst noch zu bewirken sein möchte, bleibt dem Ermessen der landschaftlichen Behörden überlassen.

Zugleich wird dieser Bekanntmachung jedesmal am Schlusse ein vollständiges Verzeichniss aller derjenigen Pfandbriefe, welche schon in früheren Terminen aufgekündigt, aber von den Inhabern bis dahin bei der Landschaft noch nicht eingeliefert und abgehoben sind, mit der Erinnerung an die Inhaber dieser Pfandbriefe zur endlichen Einreichung derselben und Abhebung der Capitalien dafür beigefügt.

Art. 2. Werden in dem Zinstermine die Pfandbriefe präsentirt, so werden sie sogleich angehalten. Ueber die Einlieferung werden dem Präsentanten Recognitionen ertheilt, gegen deren Aushändigung dem Inhaber derselben, ohne weitere Prüfung seiner Legitimation, im nächsten Zinstermine der Capitalbetrag nebst den alsdann fälligen Zinsen berichtet wird, was jedesmal in denselben auszudrücken ist.

Eine gleiche Recognition wird einem jeden Pfandbrief-Inhaber, welcher seinen aufgekündigten Pfandbrief vor dem Verfalltermine einliefert, gegen dessen Aushändigung ertheilt.

Art. 3. Werden die noch nicht fälligen Zins-Coupons zu den gekündigten Pfandbriefen nicht mit abgeliefert, so hindert dies zwar die Capitalzahlung nicht, die Landschaft bringt jedoch hierauf den Geldbetrag der Coupons in Abzug, um ihn geeigneten Falls an die Präsentanten derselben zahlen zu können.

Art. 4. Sollten auf die nach Art. 1. erlassene öffentliche Bekanntmachung die aufgekündigten Pfandbriefe in dem statt-

gehabten Zinszahlungs-Termine, der Aufforderung ungeachtet, und auch nicht weiter nachher bei der Landschaft eingeliefert werden, so erfolgt alsdann, und zwar jedesmal in der Ersten Hälfte des vierten Monats des laufenden Halbjahres, mithin der Monate resp. April und October, eine wiederholte öffentliche Bekanntmachung dieser zum nächsten Zinstermine nach Art. 1. aufgekündigten und noch nicht eingelieferten Pfandbriefe in gleicher Art, wie nach Art. 1., jedoch nunmehr mit der Verwarnung, dass, wenn der Inhaber den Pfandbrief auch nicht im Laufe des bevorstehenden Zinszahlungs-Termins zur Erhebung des Capitals der Landschaft einliefert, er mit seinem Realrechte auf die in dem ihm aufgekündigten Pfandbriefe ausgedrückte Special-Hypothek werde präcludirt und mit seinen Ansprüchen auf den Pfandbriefwerth nur an die Landschaft werde verwiesen werden, und dass die Landschaft, wenn der Pfandbrief gegen einen andern Pfandbrief umgetauscht wird, den Ersatz-Pfandbrief mit dazu gehörigen Zins-Coupons auf Gefahr und Kosten des Inhabers des aufgekündigten Pfandbriefs zu ihrem Depositorium nehmen, aus den zunächst fällig werdenden Zinsen aber die Kosten des Aufgebots decken — wenn er dagegen auf Baarzahlung gekündigt ist, — den baaren Capitalbetrag nach Bestreitung der Kosten des Aufgebots, ebenfalls auf Gefahr und Kosten des Gläubigers zu ihrem Depositorium bringen werde.

Kommt alsdann der Pfandbrief bis zum Präsentations-Termine nicht zum Vorschein, so setzt die General-Landschafts-Direction die Präclusion des Pfandbrief-Inhabers mit seinem Realrecht auf die im Pfandbriefe ausgedrückte Special-Hypothek fest und nimmt die vorhandene Valuta für den aufgekündigten Pfandbrief zu ihrem Depositorium.

Art. 5. Kann die Zahlung eines auf Baarzahlung gekündigten Pfandbriefes darum nicht erfolgen, weil dieser zu gehöriger Zeit nicht eingereicht worden ist (Art. 1. u. 4.), so hat der Gläubiger für die nächsten drei Monate nach eingetretenem Zahlungs-Termine überall keinen Anspruch auf Zinsen und demnächst einen solchen nur nach dem Zinssatze von $3\frac{1}{2}$ pCt. Auch bleibt es der Landschaft überlassen, den Capital-Betrag für Rechnung des Gläubigers nach dem Tagescurs in $3\frac{1}{2}$ procentige Pfandbriefe umzusetzen und dieselben mit dem etwanigen baaren Ueberschusse zu ihrem Depositorium zu nehmen.

Art. 6. Hat der Gläubiger den gekündigten Pfandbrief und die dazu gehörigen Zins-Coupons zwar eingereicht, er findet sich aber zur Empfangnahme der Valuta zu rechter Zeit nicht ein, so ist die Landschaft ermächtigt, das nicht erhobene Capital überhaupt drei Monate lang, vom Anfang des Verfall-Termins an gerechnet, zinslos an sich zu behalten, sodann aber dasselbe, wie im Fall des Art. 5., ent-

weder selbst nach dem Zinssatz von $3\frac{1}{2}$ pCt. zu verzinsen oder nach dem Tagescurs in $3\frac{1}{2}$ procentige Pfandbriefe umzusetzen, und dieselben mit dem etwanigen baaren Ueberschusse zu ihrem Depositorium zu nehmen.

Art. 7. Auch der nach Art. 4. zu erlassenden zweiten öffentlichen Bekanntmachung wird am Schlusse wiederum dieselbe Erinnerung wegen der bis dahin aus den früheren Kündigungen noch rückständigen Pfandbriefe, unter gleicher Aufnahme des vollständigen Verzeichnisses derselben, ebenso wie es bei der jedesmaligen ersten Bekanntmachung nach Art. 1. geschehen, beigefügt.

§. 14. Jedem Gutsbesitzer, mag sein Gut mit 4procentigen oder $3\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefen beliehen sein, steht es frei, durch Einzahlung eines höheren Tilgungs - Betrages seine Pfandbrief-Schuld früher, als dies durch die planmässige Tilgung geschehen würde, abzulösen; er ist alsdann aber verpflichtet, den offerirten höheren Beitrag ohne Verminderung oder Erhöhung bis zur völligen Tilgung seiner Pfandbrief-Schuld zu zahlen und durch hypothekarische Eintragung sicher zu stellen.

Ebenso verbleibt es auch bei der Vorschrift des §. 14. der Creditordn. vom Jahre 1821., wonach es den Gutsbesitzern freisteht, unter den hier näher angegebenen Bestimmungen auch im Laufe der planmässigen Tilgungszeit die auf ihren Gütern eingetragenen Pfandbriefe ganz oder theilweise abzulösen. Rücksichtlich der $3\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefe findet dies jedoch mit der Maassgabe statt, dass auch diese Abzahlungen — wie bei den Einlösungen für den Tilgungsfonds der $3\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefe — immer nur durch Baarzahlung des vollen Nennwerths, mögen die Pfandbriefe an der Börse über oder unter demselben stehen, erfolgen können, und Hinsichts ihrer das Kündigungs-Verfahren ebenfalls nach den Vorschriften des §. 13. dieser Verordnung erfolgt.

Wer aber, es sei durch Einzahlung eines höheren Tilgungs-Betrages oder durch Zahlung des ganzen Rest-Betrages seiner Pfandbrief-Schuld, dieselbe auf einmal ablöst, und dadurch aus dem Verbande ausscheidet, ehe durch die planmässige Tilgung die gesammten Pfandbriefe des Posenschen Credit-Systems abgelöst sind, verliert alle Ansprüche an die Ueberschüsse des eigenthümlichen Fonds auf Höhe desjenigen Pfandbrief-Betrages, mit welchem er vor Beendigung der planmässigen Tilgung aus dem Verbande ausgeschieden ist.

§. 15. Vom Tage der Publication der gegenwärtigen Verordnung an sollen von dem Posener Credit-Vereine gar keine 4procentige Pfandbriefe ferner bewilligt werden; wenn aber einem Gutsbesitzer, dessen Gut mit 4procentigen Pfandbriefen beliehen ist, noch ein nachträgliches Pfandbriefs-Darlehn zusteht, so müssen die auszufertigenden Pfandbriefe, nach den Bestimmungen der gegenwärtigen Verordnung, wonach sie dem Inhaber nur

$3\frac{1}{2}$ pCt. Zinsen gewähren und von ihm nicht gekündigt werden können, ausgefertigt werden, und treten diejenigen Gutsbesitzer, welche solche nachträgliche $3\frac{1}{2}$ procentige Darlehne erhalten, Rücksichts dieser in die zweite Serie des Credit-Vereins.

§. 16. Auch soll es jedem Mitgliede des schon bestehenden Vereins gestattet sein, noch im Laufe von fünf Jahren, von Publication dieser Verordnung an gerechnet, auf Revision der Taxe seines Guts nach den neuen Tax-Grundsätzen der inzwischen für den Posenschen Credit-Verein ergangenen revidirten Tax-Ordnung vom 6. Juli und 3. Octbr. 1840 anzutragen. In sofern alsdann durch diese Tax-Revision ein höherer Gutswerth, als die frühere Darlehns-Taxe ergiebt, ermittelt wird, so soll ihm auf sein Verlangen ein nachträgliches Pfandbriefs-Darlehn bis zum Betrage der Hälfte der revidirten Taxe, jedoch nur in $3\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefen, bewilligt werden. Wenn aber durch die Revision der Taxe ein minderer Werth des Guts ermittelt wird, als durch die frühere Darlehns-Taxe festgestellt worden, so soll der Gutsbesitzer alsdann verpflichtet sein, denjenigen Theil der eingetragenen 4procentigen Pfandbriefe, welcher den Betrag der Hälfte der revidirten Taxe übersteigt, sofort abzulösen.

Dagegen ist es keinem der dem Credit-Vereine schon beigetretenen Gutsbesitzer gestattet, sein 4procentiges Pfandbrief-Darlehn mit Zuhülfenahme des dafür schon angesammelten Amortisations-Bestandes abzulösen und statt dessen ein neues $3\frac{1}{2}$ procentiges Pfandbrief-Darlehn nach dieser Verordnung aufzunehmen.

Wohl aber soll es ihnen nachgelassen sein, ein solches auf Höhe desjenigen Theils ihrer 4procentigen Pfandbriefe aufzunehmen, für welchen der Tilgungsbetrag in dem Tilgungsfonds noch nicht angesammelt ist, wenn sie denselben vorher aus eigenen Mitteln und ohne Zuhülfenahme des schon angesammelten Amortisations-Bestandes ablösen.

Nach Ablauf von fünf Jahren und dem dann eintretenden völligen Schluss des $3\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbrief-Systems finden Anträge auf Revisionen der Taxen und Bewilligungen nachträglicher Darlehne nicht ferner statt; auch soll alsdann in den Fällen, wo ein Gutsbesitzer noch nicht bis auf die Hälfte seiner Darlehns-Taxe Pfandbriefe aufgenommen, eine nachträgliche Pfandbrief-Bewilligung, wie sie der §. 24. der Credit-Ordnung gestattet, nicht ferner stattfinden, sondern das System mit dem Ablauf der fünf Jahre für alle Gutsbesitzer völlig und unabänderlich geschlossen sein.

§. 17. Ueber die Art der Theilnahme der neu zutretenden Mitglieder des Vereins, so wie über die Grundsätze, nach welchen, bei dem Ausscheiden der Mitglieder des älteren Verbandes, die Auseinandersetzung zwischen beiden Serien erfolgen soll, entscheiden die Bestimmungen der General-Versammlung der älteren Mitglieder des Vereins, vorbehaltlich der Bestätigung derselben durch das Ministerium des Innern und der Polizei.

6. **a)** C. O. v. 20. März 1839, betr. das Verfahren bei der Ausreichung neuer Zinscoupons von Berliner oder andern Stadtoptionen. G. S. S. 153. (s. Bd. VIII. S. 449.)

b) Vergl. **α)** Privilegium v. 4. April 1845, wegen anderweiter Ausfertigung auf den Inhaber lautender Berliner Stadtoptionen zum Betrage von 1,500000 Thalern. G. S. S. 239.

β) Desgl. einige ähnliche Privilegien s. zu A. L. R. I. 11. §. 730—737.

γ) Privilegium v. 8. Juni 1846, wegen Emission auf den Inhaber lautender Optionen über eine Anleihe der Stadt Düsseldorf von 300,000 Thalern. G. S. S. 230.

δ) Desgl. v. 28. Juni 1846, Demminer Kreisoptionen zum weitem Betrage von 50,000 Thalern. G. S. S. 334.

c) Reglement v. 12. Decbr. 1838, betr. die Einrichtung des Sparkassenwesens, §. 15., betr. das Aufgebot verlornen Sparkassenbücher. G. S. 1839, S. 5. (s. Bd. VIII. S. 33.)

d) C. O. v. 24. Novbr. 1843, betr. die Amortisation der zinsbaren Capital-Kriegsschuld der Stadt Elbing. G. S. 1844, S. 41.

Th. I. Tit. 51. §. 144. C. O. v. 25. Octbr. 1837, wonach es der Benachrichtigung an die Bank nicht mehr bedarf. G. S. S. 157. (s. Bd. VIII. S. 436.)

Th. I. Tit. 51. §. 146. seqq. Anh. §. 390. Rescr. v. 11. Jan. 1839, dass bei dem Aufgebote unbekannter Erben der Nachlasscurator vor dem Zuschlage des Nachlasses an den Fiscus den Diligenzeid leisten muss. Min. Bl. S. 58. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 150.

Th. I. Tit. 51. §. 157. seqq. a) Verordn. v. 11. Mai 1839, über das Verfahren bei der Subhastation Pommerscher Lehngüter. G. S. S. 167. (s. Bd. VIII. S. 451.)

b) Ges. v. 15. Febr. 1840, betr. die Errichtung von Familienschlüssen bei Familienfideicommissen und Lehnen. G. S. S. 20. s. zu A. L. R. II. 4. §. 39. seqq.

c) Ges. v. 15. Febr. 1840, betr. die Familienfideicommissen, fideicommissarischen Substitutionen und Familienstiftungen im Herzogthum Schlesien und in der Grafschaft Glatz. G. S. S. 25. s. zu A. L. R. II. 4. §. 21. seqq.

Th. I. Tit. 51. §. 169. seqq. Anh. §. 391—393.

1. **a)** C. O. v. 7. Septbr. 1836, betr. das Aufgebot der bei den Patrimonialgerichten vorhandenen unbekannten Depositarmassen, desgleichen die Einrückung der Bekanntmachung in die Amtsblätter. v. K. Jhrb. Bd. 48. S. 227. (s. Bd. VIII. S. 450.)

b) Rescr. v. 30. März 1842 u. 13. Juni 1842, betr. die Geschäftsverbindung der Gerichtsbehörden mit der Justiz-Officianten-Wittwenkasse. Min. Bl. S. 141. u. 224. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 274. seqq.

c) C. O. v. 31. Aug. 1840, betr. die Ablieferung der in den Depositalkassen der Berggerichte befindlichen, zum öffentlichen Aufgebot sich qualificirenden Gelder an die Knappschaftskasse des resp. Berggerichts-Districts. Min. Bl. S. 306.

Ich genehmige nach Ihrem Antrage vom 18. Mai d. J., dass die in den Depositenkassen der Berggerichte befindlichen, zum öffentlichen Aufgebote sich qualificirenden und nach den bisherigen Bestimmungen der allgemeinen Justiz-Officianten-Wittwenkasse zu überweisenden Gelder fernerhin nicht mehr an diese Kasse, sondern an die Knappschaftskasse der betreffenden Berggerichts-Districte abgeliefert werden können, jedoch nur mit Vorbehalt der fiscalischen Ansprüche auf herrenlose Verlassenschaften und unter der Bedingung, dass die Bergwerks-Verwaltung für den Fall etwaniger Reclamationen die Vertretung übernimmt. Eine Erstattung der bisher an die allgemeine Justiz-Officianten-Wittwenkasse etwa schon abgelieferten Depositalgelder ist nicht erforderlich.

2. **a)** C. O. v. 4. März 1835, betr. die Kosten des Aufgebots unbekannter Kassengläubiger Behufs der Rückgabe der Amtscautionen. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 205. (s. Bd. VII. S. 475.)

b) Wegen des Beamten-Cautionswesens vergl. Zusätze zu A. L. R. II. 10. §. 83.

3. Vergl. Rescr. v. 11. Septbr. 1841, nebst Reglement v. 28. Jan. 1841, über das Kassenwesen bei den Truppen, insbesondere §. 30. des letzteren. Min. Bl. S. 286. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 207.

4. C. O. v. 7. Febr. 1845, betr. das öffentliche Aufgebot der aus den Jahren 1765. bis 1810. herrührenden Ansprüche an die Bank. G. S. S. 97.

Um die Rechnungen aus dem älteren Geschäftsverkehr der Bank zum Abschlusse zu bringen, bestimme Ich auf den Bericht des Staatsministeriums vom 29. v. M., dass zur Anmeldung aller Ansprüche aus dem Geschäftsverkehr der Hauptbank und deren Provinzialcomtoirs von ihrer Gründung im Jahre 1765 bis zum Ablaufe des Jahres 1810, insbesondere aus den in diesem Zeitraume ausgestellten Bankobligationen, Interimsscheinen, Pfandscheinen, Banknoten, Bankkassenscheinen und ähnlichen Papieren, von dem Kammergericht ein öffentliches Aufgebot mit einer sechsmonatlichen Präclusivfrist und mit der Warnung erlassen werde, dass, wenn bis zum Ablaufe des danach zu bestimmenden Termins die schriftliche Anmeldung entweder bei dem Kammergericht, oder bei dem Hauptbankdirectorium zu Berlin, oder bei dem Bankdirectorium zu Breslau, oder bei einem der Bankcomtoire zu Königsberg in Preussen, zu Danzig, zu Stettin, zu Magdeburg, zu Münster oder zu Cöln nicht erfolgen sollte, alle nicht angemeldete Ansprüche aus dem oben bezeichneten Geschäftsverkehr mit der Bank gänzlich erloschen sein sollen, und zwar ohne Unterschied, ob die Anmeldung schon früher irgendwo erfolgt war oder nicht. Das Aufgebot ist durch die Amtsblätter sämtlicher Regierungen und durch das Intelligenzblatt zu Berlin, so wie auch durch diejenigen Berliner und Provinzial-Zeitungen, welche das Kammergericht dazu für besonders geeignet findet, bekannt zu machen, und in jedes dieser Blätter drei Mal, von

zwei zu zwei Monaten dergestalt einzurücken, dass von der letzten Einrückung an, bis zum Präclusivtermine noch zwei Monate frei bleiben. Das Hauptbankdirectorium zu Berlin, das Bankdirectorium zu Breslau und die oben genannten Provinzialbankcomtoirs sind verpflichtet, sogleich nach Ablauf des Präclusivtermins dem Kammergericht amtlich anzuzeigen, ob und welche Anmeldungen bei denselben eingegangen sind; erst nach Eingang dieser Anzeigen ist das Präclusionserkenntniss von dem Kammergericht abzufassen. Die gegenwärtige Order, wegen deren Ausführung Sie, die Staatsminister Rother und Uhden, das Weitere zu verfügen haben, ist durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Th. I. Tit. 51. §. 181. Anh. §. 394. Vergl. §. 60. des Ges. v. 23. Jan. 1838, betr. die Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen. G. S. S. 78. (s. Bd. VIII. S. 250.)

Th. I. Tit. 52. §. 1. seqq. a) Verordn. v. 11. Mai 1839, über das Verfahren bei Subhastation Pommerscher Lehngüter. G. S. S. 167. (s. Bd. VIII. S. 451.)

b) Verordn. v. 10. April 1841, über die Subhastation von Realberechtigungen in der Provinz Westphalen und in den Kreisen Rees und Duisburg. G. S. S. 76.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. finden Uns durch den Antrag Unserer getreuen Stände der Provinz Westphalen und der zur Rheinprovinz gehörigen Kreise Rees und Duisburg bewogen, über die Zulassung der Subhastation von Realberechtigungen in den genannten Landestheilen nach dem Vorschlage Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths zu verordnen, was folgt:

§. 1. Die nothwendige Subhastation mit ihren Wirkungen soll künftig auch bei Realberechtigungen gestattet sein, ohne Unterschied, ob sie Geldrenten oder Naturalleistungen zum Gegenstande haben. Ausgenommen bleiben nur diejenigen Berechtigungen, welche nach der Ablösungsordnung vom 13. Juli 1829, §. 3. u. 5. No. 5. (G. S. S. 65.) von der Ablösung ausgeschlossen sind.

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 4. Juli 1822, §§. 1. u. 10. (G. S. S. 178.) werden rücksichtlich derjenigen Geldrenten, welche keiner Aufkündigung unterworfen sind, hierdurch aufgehoben.

§. 2. Ist die Berechtigung in das Hypothekenbuch des verpflichteten Grundstücks nicht eingetragen, so genügt es, wenn vor Einleitung der Subhastation von dem Extrahenten derselben ein glaubhaftes Anerkenntniss des Besitzers des verpflichteten Grundstücks beigebracht wird. Mangelt es an diesem Anerkenntnisse, so kann der Extrahent verlangen, dass der Richter ihn ermächtige, gegen den Besitzer auf Feststellung der Berechtigung

zu klagen. Das Urtheil vertritt alsdann die Stelle des Anerkennnisses.

§. 3. Realberechtigungen, welche Zubehör eines Grundstücks sind (§§. 125. und 128. Tit. 2. Th. I. des A. L. R.) können für sich allein nur dann zur Subhastation gestellt werden, wenn sie von dem berechtigten Gute getrennt werden dürfen, und die Trennung bewirkt, oder doch vollständig vorbereitet ist.

§. 4. Bei der Subhastation kommen unter den in gegenwärtiger Verordn. enthaltenen näheren Bestimmungen zur Anwendung die Vorschriften der A. G. O. Th. I. Tit. 52. der Verordn. über den Subhastations- und Kaufgelder-Liquidationsprozess vom 4. März 1834 (G. S. S. 39.), der Verordn. über die Subhastation von Grundstücken minderen Werths vom 2. Decbr. 1837 (G. S. S. 219.), und der Verordn. über das Aufgebot von Specialmassen vom 21. Octbr. 1838 (G. S. S. 498.).

§. 5. Die Subhastation der Berechtigung gehört vor das Gericht des verpflichteten Grundstücks, und wenn über die Berechtigung ein besonderes Hypothekenfolium angelegt ist, vor das Gericht, bei welchem das Hypothekenbuch geführt wird.

§. 6. Der bei Bestimmung des Verfahrens (Verordn. vom 4. März 1834 §. 8. und Verordn. vom 2. Decbr. 1837) zum Grunde zu legende Werth wird durch den fünf und zwanzigfachen Betrag einer Jahresleistung festgestellt und diese Jahresleistung in folgender Art berechnet:

- a) bei festen Getreideabgaben nach den, im §. 49. der Ablösungsordnung vom 13. Juli 1829 (G. S. S. 65.) vorgeschriebenen Durchschnittspreisen;
- b) bei andern festen Naturalabgaben nach den in den §§. 54. bis 56. vorgeschriebenen Preisen;
- c) bei Diensten nach den im §. 85. erwähnten Normal- und Durchschnitts-Preisen, und zwar dort, wo der §. 84. gilt, nach der litt. b. daselbst bestimmten Schätzung, jedoch unter Anführung des nach litt. a. sich ergebenden Werthes und
- d) bei Zehnten von Boden-Erzeugnissen nach dem Katastral-Rohrertrage des verpflichteten Grundstücks.

Den Werth von zufälligen Rechten, d. h. solchen, bei denen entweder der Zeitpunkt der Entrichtung oder der Umfang des Gegenstandes der Leistung, oder beides zugleich unbestimmt ist, hat das Gericht mit Rücksicht auf die Vorschriften der Ablösungsordnung nach eigenem gutachtlichen Ermessen zu veranschlagen und bei Einleitung der Subhastation durch eine Verfügung, gegen welche kein Recurs zulässig ist, zu bestimmen.

Ausserdem soll aber nicht nur ein vollständiger Hypothekenschein des Grundstücks, auf welchem die Realberechtigung eingetragen ist, oder das nach §. 2. ausgestellte glaubhafte Anerkennniss, sondern auch zur näheren Information der Kauflustigen, eine vollständige Beschreibung der zur Subhastation ge-

stellten Berechtigungen, ihrem Grunde, Gegenstande und Umfange nach, als die Stelle der Taxe vertretend, zu den Acten gebracht werden.

§. 7. Von dem anberaumten Bietungstermine sind nach Vorschrift des §. 9. der Verordn. vom 4. März 1834 alle Subhastations-Interessenten insbesondere sowohl der Realberechtigte, als auch der Verpflichtete, und die auf die Realberechtigung subinscribirten Gläubiger zur Wahrnehmung ihrer Rechte in Kenntniss zu setzen.

Auch muss, wenn die zu subhastirende Realberechtigung noch nicht eingetragen ist, das im §. 7. der Verordn. vom 4. März 1834 vorgeschriebene Aufgebot der Realprätendenten mit der Subhastation verbunden werden.

§. 8. Wegen Anwendung der Verordnungen vom 4. März 1834, vom 2. Decbr. 1837 und vom 21. Octbr. 1838 auf die nach gegenwärtiger Verordnung einzuleitenden Subhastationen, desgleichen wegen Benutzung des Katasters zur Veranschlagung der Zehnten, wird Unser Justizminister die Gerichte mit näherer Instruction versehen.

c) Instruct. v. 21. Octbr. 1841, wegen des Verfahrens nach vorstehender Verordn. Min. Bl. S. 329. v. K. Jhrb. B. 58. S. 531.

Th. I. Tit. 52. §. 1. seqq. (Zu §. 1. der Verordn. v. 4. März 1834, Bd. V. S. 407.)

1. a) C. O. v. 14. April 1840, enthaltend die Bestimmung, dass Begräbnissplätze dem bürgerlichen Verkehr entzogen sind. Min. Bl. S. 143.

Auf Ihren Bericht vom 26. v. M. autorisire Ich Sie, das von dem Land- und Stadtgericht zu N. verfügte Subhastations-Verfahren über das dem A. zu N. gehörige Familien-Begräbniss aufzuheben, da Begräbnissplätze überhaupt dem bürgerlichen Verkehr entzogen sind.

b) C. O. v. 26. Octbr. 1840, betr. die Unstatthaftigkeit der Subhastation von Synagogen und Begräbnissplätzen. Min. Bl. S. 340.

Ich finde, im Einverständniss mit den in Ihrem Berichte vom 9. d. M. entwickelten Gründen, die Beschwerde der Judenschaft zu N. durchaus gerechtfertigt, und ermächtige Sie deshalb, die Aufhebung der vom dortigen Stadtgericht verfügten unstatthaften Subhastation der Synagoge und des Begräbnissplatzes der Supplicanten zu verfügen.

2. Rescr. v. 9. Decbr. 1839, betr. die Einleitung einer Subhastation im Wege der Execution nach Ablauf der im Mandat gestellten Frist. Min. Bl. S. 423. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 395.

Th. I. Tit. 52. §. 5—8. (Zu §. 2. der Verordn. vom 4. März 1834.)

1. (Zu §. 2. No. 2.) a) Verordn. v. 28. März 1840, über die Befugnisse der Beneficialerben. G. S. S. 103. s. zu A. L. R. I. 9. §. 444 — 451.

b) Rescr. v. 30. Septbr. 1842, betr. die Befugniss des Beneficialerben, die nothwendige Subhastation eines Nachlassgrundstücks in Antrag zu bringen. Min. Bl. S. 322. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 321.

2. (Zu §. 2. No. 3.) a) Rescr. v. 31. Jan. 1839 und 30. Mai 1840, betr. die Zulässigkeit der Subhastation eines gemeinschaftlichen Grundstücks auf Antrag eines Miteigenthümers, zum Zweck der Auseinandersetzung. Min. Bl. S. 65. u. 196. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 144., Bd. 55. S. 593.

b) C. O. v. 20. Mai 1840 und Rescr. v. 26. ej., betr. das Verfahren und die Wirkung der auf Antrag eines Miteigenthümers eingeleiteten Subhastationen, rücksichtlich der Pacht- und Miethsverhältnisse. Min. Bl. S. 188. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 592. s. zu A. L. R. I. 21. §. 350. seqq.

c) Rescr. v. 20. Novbr. 1842, betr. die Subhastation auf Antrag von Erben, deren Legitimation noch nicht formell festgestellt ist. Min. Bl. S. 370. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 579.

d) Verordn. v. 11. Aug. 1843, betr. die zum Zweck der Auseinandersetzung eingeleiteten Subhastationen. G. S. S. 323.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben Uns bewogen gefunden, eine Abänderung der Vorschrift §. 2. No. 3. der Verordn. vom 4. März 1834 über den Subhastations- und Kaufgelder-Liquidationsprozess eintreten zu lassen, und verordnen demnach auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths und nach Anhörung Unserer getreuen Stände, was folgt:

§. 1. Die nach §. 2. No. 3. der Verordn. vom 4. März 1834 auf den Antrag eines Miteigenthümers zum Zweck der Auseinandersetzung eingeleitete Subhastation hat die Wirkungen einer nothwendigen Subhastation nur gegen die Miteigenthümer, nicht aber gegen Pächter, Miether, eingetragene Gläubiger und andere Realberechtigte, deren Zuziehung bei dem Verfahren es daher nicht bedarf.

§. 2. Haften jedoch auf dem Antheil eines Miteigenthümers, gegen welchen zum Zweck der Auseinandersetzung auf Subhastation angetragen wird, Hypothekenschulden oder andere Reallasten, für welche der Antheil des Extrahenten der Subhastation nicht mit verhaftet ist, so treten in Beziehung auf jene Schulden und Lasten die Wirkungen der nothwendigen Subhastation wie gegen den Miteigenthümer selbst ein.

Die Inhaber solcher Hypotheken- und Realrechte sind rücksichtlich des ihnen verpfändeten Antheils und der darauf fallenden Kaufgelder-Rate nach den Vorschriften der Verordn. vom 4. März 1834 zu behandeln.

Th. I. Tit. 52. §. 9. C. O. v. 22. April und Rescr. v. 2. Mai 1840, wonach der Justizminister ermächtigt ist, für die nothwendige oder freiwillige Subhastation mehrerer abgesondert besessenen, unter verschiedenen Gerichtsbarkeiten liegenden Grundstücke und Güter desselben Besitzers, auf den Antrag der Interessenten Ein Gericht zum gemeinschaftlichen Gerichtsstande zu bestimmen, wenn die Realgläubiger darin willigen. Min. Bl. S. 166. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 590.

Th. I. Tit. 52. §. 9. u. 10. (Zu §. 3. der Verordn. v. 4. März 1834.) Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 19. Aug. 1843. Subhastation von Grundstücken, deren Hypothekenblatt noch nicht eingerichtet ist. Bd. 9. S. 276. s. zu A. L. R. I. 20. §. 404.

Th. I. Tit. 52. §. 29. (Zu §. 6. der Verordn. v. 4. März 1834.)

a) Rescr. v. 14. Febr. 1840, betr. die Feststellung des Werths von Erbpachtsgerechtigkeiten in den Taxinstrumenten und Subhastationspatenten. Min. Bl. S. 68. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 234.

b) Rescr. v. 6. Juni 1840, betr. die Angabe der Anfangsstunde des Licitationstermins in den Subhastationspatenten. Min. Bl. S. 223. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 588.

c) Rescr. v. 17. März 1841, betr. die Fassung des Patents bei Subhastation mehrerer auf einem Hypothekenfolio eingetragenen sogenannten Wandeläcker. Min. Bl. S. 146. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 212.

Th. I. Tit. 52. §. 29. (Zu §. 7. der Verordn. v. 4. März 1834.)

Rescr. v. 23. Juli 1840, betr. die Zulässigkeit der nothwendigen Subhastation, wenn der Besitztitel für den Schuldner nicht berichtigt ist. Min. Bl. S. 263. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 182.

Th. I. Tit. 52. §. 30—32. u. 65. Anh. §. 397—399.

(Zu §. 8. der Verordn. v. 4. März 1834.) **I. a)** Verordn. v. 2. Decbr. 1837, betr. die Subhastation der Grundstücke von geringerem Werthe. G. S. S. 219. (s. Bd. VIII. S. 454.)

b) Rescr. v. 18. Febr. 1839, betr. den Aushang der Subhastationspatente bei Grundstücken von geringerem Werthe. Min. Bl. S. 90. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 145.

2. Rescr. v. 1. März 1842, betr. den Aushang der Subhastationspatente an der Gerichtsstelle bei Patrimonialgerichten. Min. Bl. S. 83. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 193.

3. a) C. O. v. 3. Octbr. 1836, betr. die Ausdehnung der C. O. v. 12. Aug. 1834, wegen Wegfallens der Bekanntmachung der Subhastationspatente durch die Intelligenzblätter, wenn in dem betreffenden Regierungsbezirk ein solches nicht erscheint, auf den Regierungsbezirk Erfurt. G. S. S. 304. (s. Bd. VII. S. 481.)

b) C. O. v. 7. Octbr. 1838, betr. die Aufhebung des Intelligenzblatts für die Provinz Schlesien, an dessen Stelle die Anzeiger der Regierungs-Amtsblätter treten sollen. G. S. S. 497. (s. Bd. VIII. S. 346.)

Th. I. Tit. 52. §. 34. 35. Anh. §. 401—403. (Zu

§. 9. der Verordn. v. 4. März 1834.) **I. a)** Rescr. v. 7. Jan. 1839, betr. das Verfahren in Bezug auf die zur Perception kommenden resp. ausfallenden Hypothekengläubiger und die darüber ausgestellten Documente. Min. Bl. S. 35. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 146.

b) Rescr. v. 3. Jan. 1839, betr. die Löschung der bei der Subhastation ausgefallenen Hypothekenforderungen des Adjudicatars. Min. Bl. S. 32. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 185.

2. Rescr. v. 22. Juli 1840, betr. das Verfahren bei der Vorladung fiscalischer Stationen in Subhastationssachen. Min. Bl. S. 254. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 181.

Th. I. Tit. 52. §. 37. (Zu §. 10. der Verordn. v. 4. März 1834.) Rescr. v. 16. Mai 1839 nebst Anlage, betr. die Unzulässigkeit der Abhaltung von Subhastationsterminen bloss am Nachmittage des bestimmten Tages. Min. Bl. S. 189. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 361.

Th. I. Tit. 52. §. 40 — 45. Anh. §. 406. (Zu §. 11. u. 12. der Verordn. v. 4. März 1834.) **a)** Plen. Beschl. v. 9. Mai 1842: Nach §. 11. u. 13. der Subhastations-Ordnung v. 4. März 1834 muss der Gläubiger, wenn er mit seiner auf dem Grundstück eingetragenen Forderung Caution bestellen will, im Termin selbst nicht nur die desfallsige Erklärung abgeben, sondern auch gleichzeitig die über diese Forderung sprechenden Urkunden übergeben. Eine Nachbringung der letztern nach dem Schluss des Bietungstermins findet nicht Statt. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 8. S. 215. Min. Bl. 1842, S. 263.

b) Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 11. Octbr. 1841, wegen der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Adjudicationsbescheide. Bd. 7. S. 164. s. zu A. G. O. I. 16. §. 1 — 11. zu Art. 2. der Declarat. v. 6. April 1839.

Th. I. Tit. 52. §. 47. (Zu §. 13. der Verordn. v. 4. März 1834.) **a)** Plen. Beschl. v. 16. Aug. 1841: Die Verabredung, durch welche sich Jemand bei einer gerichtlichen oder andern öffentlichen Subhastation oder Versteigerung von einem Andern gegen ein Abstandsgeld versprechen lässt, ihn nicht überbieten zu wollen, giebt dem Eigenthümer der Sache oder dessen Gläubigern, zu deren Befriedigung der Verkauf veranlasst worden, nicht das Recht, die Aufhebung des Zuschlages und die Fortsetzung des Licitationsverfahrens zu verlangen, sondern nur einen Entschädigungsanspruch nach der Verordn. v. 14. Juli 1797. (s. Bd. I. S. 114.) Min. Bl. S. 356. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 7. S. 114.

b) Wenn sämmtliche, im Bietungstermin erschienene Subhastations-Interessenten einstimmig dem vom Meistbietenden verlangten Zuschlage widersprechen und auf Ansetzung eines neuen Bietungstermins antragen, so muss die letztere erfolgen, ohne dass die Bestellung einer Caution erforderlich wäre. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 3. Octbr. 1840, Bd. 6. S. 269.

c) Zur Begründung des Widerspruchs gegen den Zuschlag bei nothwendigen Subhastationen genügt die blosse Deposition des zehnten Theils des Gebots als Caution nur unter der ausdrücklichen Erklärung, für das Gebot, allen Nachtheil, und die Kosten haften zu wollen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 9. Octbr. 1844, Bd. 10. S. 486.

Th. I. Tit. 52. §. 48. *seqq.* u. §. 13. *seqq.* C. O. v. 7. Juli 1845, betr. die Bepfandbriefung der nur bedingt mit Rittergutsqualität beliehenen Güter und die Subhastation derselben. G. S. S. 515.

Aus Ihrem Berichte vom 3. v. M. habe Ich ersehen, dass die Bepfandbriefung solcher Güter, welche nach den für neue Verleihungen der Eigenschaft eines landtagsfähigen Ritterguts bestehenden Grundsätzen diese Eigenschaft nur auf so lange verliehen

worden ist, als das Gut sich im Besitze des Eigenthümers, zu dessen Gunsten die Verleihung erfolgt ist, und seiner ehelichen Nachkommen befindet, und der Bestand desselben keine Verminderung erleidet, in dieser Beschränkung der Rittergutseigenschaft nach den landschaftlichen Creditordnungen mehrerer Provinzen ein Hinderniss findet. — Zur Beseitigung dieses Hindernisses bestimme Ich hierdurch, dass diejenigen der gedachten Güter, welche in den landschaftlichen Creditverband der Provinz aufgenommen worden sind, in dem Falle, wenn die Landtagsfähigkeit derselben in Folge der erwähnten Beschränkung erlöscht, die Eigenschaft adeliger Güter, und namentlich den exemten Gerichtsstand, noch so lange als sie im landschaftlichen Creditverbande sich befinden, behalten, und bei Subhastation derselben die Vorschriften im §. 48. Tit. 52. Th. I. der A. G. O., Anwendung finden sollen; doch darf auf dergleichen Güter, nachdem ihre Eigenschaft als landtagsfähige Rittergüter erloschen ist, ein neues Pfandbriefs-Darlehn nicht bewilligt werden.

Diese Bestimmungen sind durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Th. I. Tit. 52. §. 55. 56. (Zu §. 14. der Verordn. v. 4. März 1834.) Rescr. v. 5. April 1839, betr. das Verfahren bei einer Fortsetzung der Subhastation. Min. Bl. S. 130. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 360.

Th. I. Tit. 52. §. 60. Anh. §. 407. a) Vergl. Declarat. v. 6. April 1839 Art. 2. u. Instruct. v. 7. April §. 21., betr. die Zulässigkeit der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Adjudicationserkenntnisse. (s. Bd. VIII. S. 366. u. 382.), und dazu Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 11. Octbr. 1841, Bd. 7. S. 164. s. zu A. G. O. I. 16. §. 1 — 11. zu Art. 2. der Decl.

b) Vergl. §. 29. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

c) Wenn der Adjudicatar wirkliche Pertinentien des subhastirten Grundstücks nicht gegen den vorigen, sondern gegen einen dritten Besitzer in Anspruch nimmt, so kann auch von dem Letzteren dieser Anspruch durch den Einwand, dass die Pertinentien in der Taxe nicht mit abgeschätzt seien, nicht abgewendet werden. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 3. April 1840, Bd. 6. S. 279.

Th. I. Tit. 52. §. 61. a) Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 25. Jan. 1840, betr. die Lasten und Abgaben eines subhastirten Grundstücks. Bd. 6. S. 178. s. zu A. L. R. I. 11. §. 183.

b) Rescr. v. 24. April 1839, betr. die Berücksichtigung der auf dem Grundstück haftenden beständigen Lasten und Abgaben bei der Subhastation. Min. Bl. S. 162. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 369.

Th. I. Tit. 52. §. 62—64. Anh. §. 408. Plen. Beschl. v. 7. Juni 1841, dass bei einer auf Antrag eines Miteigenthümers eingeleiteten nothwendigen Subhastation die Wirkungen einer solchen eintreten, und sich nicht blos auf die in nebenbemerkten §§. erwähnten Verhältnisse beschränken. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 7. S. 101. Min. Bl. S. 352.

Th. I. Tit. 52. §. 62 — 64. (Zu §. 17. der Verordn. v. 4. März 1834.) 1. **a)** Rescr. v. 22. Juni 1839 nebst Anlage, betr. die Unzulässigkeit schriftlicher Liquidationsberichte im Kaufgelderbelegungsverfahren. Min. Bl. S. 224. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 372.

b) Vergl. C. O. v. 11. Decbr. 1841, betr. den Zahlungstermin der Kaufgelder bei Subhastationen in der Rheinprovinz. G. S. 1842, S. 15.

2. **a)** Rescr. v. 23. Febr. 1839, betr. die Erörterung eines Streits über die Verität einer Hypothekenforderung. Min. Bl. S. 111. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 148.

b) Rescr. v. 15. Juni 1839, betr. die Befugniss des Hypothekengläubigers zur Anfechtung einer ihm vorstehenden Hypothek beim Kaufgelderbelegungsverfahren. Min. Bl. S. 239. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 440.

c) Plen. Beschl. v. 19. Septbr. 1845, denselben Gegenstand betr. s. zu A. G. O. I. 50. §. 126.

d) Das in der Concursordnung (§. 370. seqq.) gewissen uneingetragenen Gutsgläubigern eingeräumte Vorrecht vor den Hypothekarien greift auch ausserhalb des Concurses in dem blossen Kaufgelderbelegungsverfahren Platz. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 1. März 1844, Bd. 9. S. 453.

e) Vergl. §. 29. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

3. **a)** Verordn. v. 21. Octbr. 1838, betr. das Aufgebot von Specialmassen nach erfolgter Subhastation. G. S. S. 498. (s. Bd. VIII. S. 457.)

b) Rescr. v. 6. Jan. 1841, betr. die Aussetzung der Auszahlung einer Specialmasse bis zur Entscheidung der gegen die ergangenen Erkenntnisse eingelegten Nichtigkeitsbeschwerde. Min. Bl. S. 43. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 213.

c) Rescr. v. 18. Octbr. 1841, betr. das Verfahren Behufs Ausschüttung der Specialmassen. Min. Bl. S. 342. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 536.

4. Vergl. wegen des Einflusses der Kaufgelderbelegungsverhandlungen bei nothwendigen Subhastationen auf die persönliche Verbindlichkeit des ersten Schuldners die Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 9. März 1844, Bd. 10. S. 152. zu A. L. R. I. 20. §. 43.

Th. I. Tit. 52. §. 62 — 64. Anh. §. 408. (Zu §. 20. der Verordn. v. 4. März 1834.) **a)** Rescr. v. 21. April 1839 nebst Bericht, betr. die Zulässigkeit der Execution in das Mobiliarvermögen wegen rückständiger Kaufgelder neben der Resubhastation. Min. Bl. S. 152. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 364.

b) Rescr. v. 2. Aug. 1839, dass vor Einleitung einer Resubhastation der Adjudicator durch ein Mandat zur Zahlung der Kaufgelder aufzufordern ist. Min. Bl. S. 285. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 141.

Th. I. Tit. 52. §. 66. seqq. **a)** Verordn. v. 6. April 1839, betr. das Verfahren bei freiwilligen Subhastationen. G. S. S. 125. (s. Bd. VIII. S. 461.).

b) Instruct. v. 20. Mal 1839 zu vorgedachter Verordn. Min. Bl. S. 190. (s. Bd. VIII. S. 462.).

Th. I. Tit. 52. §. 74. Rescr. v. 15. Febr. 1841, betr. die Förmlichkeiten bei Veräußerung von Pupillengütern durch freiwillige Subhastation. Min. Bl. S. 101. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 162.

Th. II. Tit. 1. §. 2. seqq. a) Ges. v. 11. Juli 1845, über die Form einiger Rechtsgeschäfte. G. S. S. 495.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben die bestehenden Vorschriften über die Form der Rechtsgeschäfte einer Revision unterwerfen lassen, und verordnen auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths für diejenigen Theile Unserer Monarchie, in denen das A. L. R. und die A. G. O. Gesetzskraft haben, was folgt:

§. 1. Bei folgenden Rechtsgeschäften soll die bisher vorgeschriebene Mitwirkung der Gerichte nicht mehr erforderlich sein, sondern zur Gültigkeit dieser Geschäfte die für Verträge im Allgemeinen vorgeschriebene Form genügen:

- a) bei den Altentheils- oder Auszugsverträgen (§§. 603. u. 604. Tit. 11. Th. I. des A. L. R., und §. 6. No. 3. Tit. 1. Th. II. der A. G. O.);
- b) bei Vergleichen über künftige Verpflegungsgelder (§. 413. Tit. 16. Th. I. des A. L. R. und §. 6. No. 6. Tit. 1. Th. II. der A. G. O.);
- c) bei Erbschaftskäufen (§. 473. Tit. 11. Th. I. des A. L. R. und §. 9. No. 2. Tit. 1. Th. II. der A. G. O.);
- d) bei Verkäufen künftiger Sachen, wenn der Kaufpreis die Summe von 100 Thalern übersteigt (§. 583. Tit. 11. Th. I. des A. L. R. und §. 9. No. 3. Tit. 1. Th. II. der A. G. O.);
- e) bei der Einwilligung zur Versicherung auf das Leben eines Dritten (§. 1973. Tit. 8. Th. II. des A. L. R.).

§. 2. Folgende Rechtsgeschäfte können fortan auch von einem Notar aufgenommen werden:

- a) Wechselproteste bei trockenen Wechseln (§. 1206. Tit. 8. Th. II. des A. L. R.);
- b) Vollmachten zur Erhebung von Sachen und Geldern bei Gericht. Der §. 116. Tit. 13. Th. I. des A. L. R. wird aufgehoben, dagegen bleibt der §. 571. Tit. 12. Th. I. des A. L. R., wonach ein gerichtlich niedergelegtes Testament oder Codizill nur an einen gerichtlich bestellten Bevollmächtigten zurückgegeben werden darf, in Kraft.

b) Ges. v. 11. Juli 1845, betr. die Aufnahme von Notariatsurkunden. s. zu A. G. O. III. 7. §. 45. seqq.

Th. II. Tit. 1. §. 3. a) Ges. v. 3. Jan. 1845, betr. die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen. (G. S. S. 25.) §. 2. u. 3., wonach Verträge über Zertheilungen und Abzweigungen von Grundstücken vor dem Hypothekenrichter oder dessen Commissar, resp. dem Kreis-Justizrath abgeschlossen werden müssen. s. zu Hyp. Ordn. II. §. 91.

b) (Zu §. 7. u. 8. vorgedachten Gesetzes.) Rescr. v. 23. Juni 1846, dass beglaubte stempelfreie Abschrift jedes Parcellirungs-Vertrages sogleich bei dessen Ausfertigung dem betreffenden Landrath oder Magistrat, event. auch der Hypothekenbehörde mitzutheilen ist. Min. Bl. S. 123.

Th. II. Tit. 1. §. 3. No. 2. a) Declarat. v. 22. Juli 1840, betr. die Form der Erbzinsverträge (bloss schriftliche, nicht gerichtliche Abfassung nöthig). G. S. S. 226. s. zu A. L. R. I. 18. §. 691.

b) Vergl. Rescr. v. 11. Octbr. 1834, 4. Febr. 1839 und 28. Juni 1839, dass die von ausländischen Gerichten oder Notaren aufgenommenen Verträge nur nach einer Recognition vor einem inländischen Gerichte oder Notar eintragungsfähig sind. Min. Bl. 1839, S. 82. u. 243. v. K. Jhrb. Bd. 52. S. 179. u. 430.

Th. II. Tit. 1. §. 3. Anh. §. 415. a) Rescr. v. 23. Juli 1840, betr. die Beglaubigung der Erklärungen, welche Vorsteher von Kirchen, Schulen und Armenanstalten in Hypothekenangelegenheiten abgeben. Min. Bl. S. 261.

b) Rescr. v. 3. Septbr. 1841, betr. das Verfahren bei Incurssetzung Westpreussischer Pfandbriefe. Min. Bl. S. 282. erledigt durch:

c) Ges. v. 4. Mai 1843, über die Umschreibung ausser Curs gesetzter oder zum Umlauf unbrauchbar gewordener, unter öffentlicher Autorität auf jeden Inhaber ausgefertigter Papiere (G. S. S. 177.) und Ges. *de eod.* über das Wiederincurssetzen solcher Papiere. G. S. S. 179. s. zu A. L. R. I. 15. §. 47 — 51.

Th. II. Tit. 1. §. 6. No. 1. Anh. §. 416. a) Ges. v. 20. März 1837, betr. die Errichtung und Bekanntmachung der Verträge wegen Einführung und Ausschliessung der ehelichen Gütergemeinschaft. G. S. S. 63. (s. Bd. VIII. S. 76.).

b) Rescr. v. 29. Novbr. 1841, betr. das Verfahren bei Ausschliessung der Gütergemeinschaft. Min. Bl. S. 374. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 455.

Th. II. Tit. 1. §. 6. No. 2. Vergl. Ges. v. 15. Febr. 1840, über die Familienschlüsse bei Familienfideicommissen, Familienstiftungen und Lehnen, insbesondere §. 20. u. 21. G. S. S. 20. s. zu A. L. R. II. 4. §. 39. seqq.

Th. II. Tit. 1. §. 6. No. 3. u. 6. Nach §. 1. des Gesetzes v. 11. Juli 1845 genügen für Altentheilsverträge und Vergleiche über künftige Verpflegungsgelder die für Verträge im Allgemeinen vorgeschriebenen Formen. s. zu §. 2. seqq. h. t.

Th. II. Tit. 1. §. 9. No. 2. u. 3. Nach §. 1. des Gesetzes v. 11. Juli 1845 genügen auch für Erbschaftskäufe und Verkäufe künftiger Sachen über 100 Rthlr. die für Verträge im Allgemeinen vorgeschriebenen Formen. s. zu §. 2. seqq. h. t.

Th. II. Tit. 1. §. 9. No. 4. Vergl. Plen. Beschl. v. 24. Febr. 1840, betr. die Form bei unentgeltlichen Entsagungen. Entsch. Bd. 5. S. 261. s. zu A. L. R. I. 16. §. 393.

Th. II. Tit. 2. §. 1. seqq. Vergl. Ges. v. 11. Juli 1845, betr. die Aufnahme von Notariats-Instrumenten. s. zu A. G. O. III. 7. §. 45. seqq.

Th. II. Tit. 2. §. 3. Rescr. v. 13. Juli 1843, dass für die Auf- und Annahme letztwilliger Verordnungen, wie für alle sonstigen Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Ernennung beständiger Deputirten zulässig ist. Min. Bl. S. 191. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 129.

Th. II. Tit. 2. §. 6. Declarat. v. 24. März 1839, betr. die Ernennung des Protocollführers bei einer Deputation zur Auf- und Annahme von Testamenten. G. S. S. 155. (s. Bd. VIII. S. 50.)

Th. II. Tit. 2. §. 7. Rescr. v. 19. Jan. 1839, betr. die Competenz der Inquisitoriate zur Aufnahme der in Untersuchungen vorkommenden Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Min. Bl. S. 63. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 205.

Th. II. Tit. 2. §. 7. u. 10. a) Rescr. v. 31. März 1841, betr. die Verpflichtung eines jeden Gerichts, die Aufnahme eines letzten Willens ausserhalb seines Gerichtssprengels in schleunigen Fällen auch dann vorzunehmen, wenn die Dringlichkeit der Umstände nicht bescheinigt ist. Min. Bl. S. 147. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 132.

b) Rescr. v. 12. Juli 1843, betr. die Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit hinsichtlich des Ortes, insbesondere bei Patrimonialgerichten. Min. Bl. S. 195. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 190.

Th. II. Tit. 2. §. 8. a) Vergl. Rescr. v. 9. März 1842 nebst Instruction für die Dorfgerichte bei den von ihnen vorzunehmenden gerichtlichen Verhandlungen, insbesondere §. 29 — 58.; eingeführt in den Bezirken der Ober-Landesgerichte zu Naumburg und Halberstadt und des Kammergerichts. Min. Bl. S. 115 — 136. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 242. seqq.

b) Rescr. v. 9. Jan. 1843 zu §. 39. u. 54. vorgedachter Instruct. Min. Bl. S. 20. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 73.

Th. II. Tit. 2. §. 14. u. 44. seqq. Anh. §. 423. Wenn die Verhandlung mit einem Analphabeten von Einem Richter allein, ohne Zuziehung einer zweiten Gerichtsperson oder zweier Schöppen, aufgenommen wird, so ist die Vorlesung des Protocolls in Gegenwart der Partei und des zuzuziehenden Schreibezeugen dergestalt nothwendig, dass in deren Ermangelung die Verhandlung für gültig nicht gelten kann. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 14. Jan. 1843, Bd. 9. S. 488.

Th. II. Tit. 2. §. 15. Rescr. v. 23. Juni 1840, betr. die von Auscultatoren aufgenommenen Actus der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Min. Bl. S. 235. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 595.

Th. II. Tit. 2. §. 17. u. 37. Anh. §. 422. a) C. O. v. 8. Octbr. 1837, dass bei gerichtlichen Verhandlungen mit Analphabeten ein gerichtlich vereideter Dollmetscher die Stelle des Unterschriftszeugen vertreten kann. G. S. S. 154. (s. Bd. VIII. S. 6.)

b) Ges. v. 11. Mai 1843, über die bei gerichtlichen Verhandlungen mit Wenden zu beobachtenden Formen. G. S. S. 183. s. zu A. L. R. I. 5. §. 178. Anh. §. 5.

Th. II. Tit. 3. §. 1. seqq. Anh. §. 426. a) Instruct. v. 12. Juni 1835, wegen Benachrichtigung der hypothekarischen Gläubiger bei Veräußerung von Grundstücken und Einreichung beglaubigter Abschriften der Verträge zu den Grundacten. (s. Bd. 7. S. 708.)

b) Rescr. v. 12. Novbr. 1841, betr. die Benachrichtigung der Hypothekengläubiger vor der Uebergabe. Min. Bl. S. 350. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 578.

c) Rescr. v. 11. Jan. 1842, betr. die Einreichung einer Abschrift von Verträgen zu den Hypothekenacten. Min. Bl. S. 26. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 322.

d) Vergl. auch Zusätze zu A. G. O. II. 1. §. 3.

Th. II. Tit. 3. §. 4. seqq. Rescr. v. 11. April 1841, betr. die von Tauben und zugleich blinden Personen abzuschliessenden Verträge. Min. Bl. S. 151. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 569.

Th. II. Tit. 3. §. 11. Rescr. v. 24. Juli 1839, betr. die Berücksichtigung der Sicherstellung des Altentheils bei Ueberlassungsverträgen bäuerlicher Grundstücke. Min. Bl. S. 282. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 174.

Th. II. Tit. 3. §. 19. Vergl. Zusätze zu A. G. O. II. 1. §. 6. No. 1., wegen der Verträge über Gütergemeinschaft.

Th. II. Tit. 4. §. 1. seqq. Declarat. des §. 95. Tit. 12. Th. I. des A. L. R., betr. die dorfgerichtlichen Testamente v. 10. Juli 1846. G. S. S. 263.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. Zur Beseitigung der Zweifel, welche über die Auslegung des §. 95. Tit. 12. Th. I. des A. L. R., in Verbindung mit §. 139. a. a. O. und §. 33. des Anh. zum A. L. R., obwalten, declariren Wir, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, die gedachte Vorschrift dahin:

dass zwar den Dorfgerichten die Verpflichtung obliegt, ein von ihnen auf- oder angenommenes Testament oder Codizill dem Gerichtshalter, wenigstens durch eines ihrer Mitglieder persönlich einzuhändigen, jedoch die Rechtsbeständigkeit des Testaments oder Codizills von dieser persönlichen Einhändigung desselben an den Gerichtshalter nicht abhängig ist.

Th. II. Tit. 4. §. 4. seqq. a) Declarat. v. 24. März 1839, betr. die Ernennung des Protocollführers bei einer Deputation zur Auf- oder Annahme von Testamenten. G. S. S. 155. (s. Bd. VIII. S. 50.)

b) Rescr. v. 31. Aug. 1839, betr. die Zulassung vereideter Schreiber der Patrimonialrichter als Protocollführer bei der Auf- und Annahme letztwilliger Verfügungen. Min. Bl. S. 307. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 142.

c) Rescr. v. 13. Juli 1843, dass für die Auf- und Annahme letztwilliger Verfügungen die Ernennung beständiger Deputirten zulässig ist. Min. Bl. S. 191. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 129.

Th. II. Tit. 4. §. 10. Anh. §. 430. C. O. v. 22. Mai 1842, betr. die Publication der länger als 56 Jahre deponirten Testamente. G. S. S. 201. s. zu A. L. R. I. 12. §. 218. seqq.

Th. II. Tit. 4. §. 15. Anh. §. 431. Rescr. v. 16. Aug. 1840, dass Erbverträge unter Eheleuten auf deren Verlangen unversiegelt bei den Acten bleiben können. Min. Bl. S. 283. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 176.

Th. II. Tit. 5. §. 4. seqq. Rescr. v. 31. Mai 1839, betr. die Verpflichtung resp. Befugniss der Gerichte zu gerichtlichen Nachlassregulirungen von Amtswegen. Min. Bl. S. 201. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 380.

Th. II. Tit. 5. §. 6. a) Vergl. §. 37. u. 38. des Gesetzes v. 11. Juli 1845, über die Aufnahme von Notariats-Urkunden. s. zu A. G. O. III. 7. §. 45. seqq.

b) C. O. v. 14. Juli 1843, wonach die Vorschrift des §. 6. h. t. auch bei Sterbefällen öffentlicher Beamten in der Rheinprovinz gilt. G. S. S. 321.

Th. II. Tit. 5. §. 17. Anh. §. 435. C. O. v. 8. Jan. 1841, wegen Aufhebung der Vorschrift des Anh. §. 435. zur A. G. O. G. S. S. 16.

Auf Ihren Antrag vom 22. Decbr. v. J. setze Ich die, der jetzigen Einrichtung der Armee nicht entsprechende Vorschrift, §. 435. des Anh. zur A. G. O. ausser Kraft. Sie haben diese Order durch die G. S. bekannt zu machen.

Th. II. Tit. 5. §. 19. Vergl. Instruct. für die Dorfgerichte zu A. G. O. II. 2. §. 8.

Th. II. Tit. 5. §. 23. Rescr. v. 8. Juni 1839, betr. die von der nächsten Umgebung eines Verstorbenen zu erstattende Todesanzeige. Min. Bl. S. 208. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 382.

Th. II. Tit. 5. §. 26. seqq., 40. seqq. a) Rescr. v. 27. Mai 1840 nebst Anlage und Rescr. v. 22. Juli 1840 nebst Anlage, betr. die Ablieferung der Ordens - Insignien an die General - Ordens - Commission. Min. Bl. S. 195. u. 252. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 620., Bd. 56. S. 189.

b) Rescr. v. 25. Mai 1841, betr. die Ablieferung der Besitzzeugnisse über Orden und Ehrenzeichen nach dem Tode des Inhabers an die General - Ordens - Commission. Min. Bl. S. 186. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 645.

c) Rescr. v. 18. Febr. 1842, desgleichen der Dienstauszeichnung für die Landwehr. Min. Bl. S. 66. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 251.

Th. II. Tit. 6. §. 3. seqq. Anh. §. 437. 1. Rescr. v. 8. Febr. 1840, betr. das Verfahren bei Aufnahme gerichtlicher Taxen. Min. Bl. S. 71. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 233.

2. a) Ges. v. 15. Juni 1840, über die Abschätzung der Grundstücke von geringerem Werthe. G. S. S. 131.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur Vereinfachung des Verfahrens bei gerichtlichen Abschätzungen der Grundstücke von geringerem Werthe für diejenigen Provinzen Unserer Monarchie, in welchen die A. G. O. Gesetzeskraft hat, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, was folgt:

§. 1. Das im §. 437. des Anh. zur A. G. O. zugelassene Abschätzungsverfahren findet, ohne Unterschied, zu welchem Zwecke die Taxe aufgenommen werden soll, auf Grundstücke aller Art Anwendung, deren Werth nach Inhalt des Hypothekenbuches, der Erwerbsdocumente oder anderer unverdächtiger Angaben den Betrag von fünfhundert Thalern nicht übersteigt. Bei städtischen Grundstücken sind zu der Abschätzung sachkundige Einwohner des Orts zu wählen.

§. 2. Die Abschätzung ist jedoch durch geprüfte und vereidete Taxatoren zu bewirken, wenn sämtliche Betheiligte darauf antragen, oder das Gericht keine der in dem angeführten §. 437. und im §. 1. dieses Gesetzes bezeichneten Personen für geeignet hält.

§. 3. Die Sachverständigen (§§. 1. u. 2.) werden über die Abschätzung zum Protocolle vernommen; sind dieselben als Taxatoren ein für allemal vereidet, so steht ihnen frei, die Taxe schriftlich einzureichen, welche mit der Versicherung der Richtigkeit an Eidesstatt versehen sein muss.

§. 4. Die Taxe muss eine genaue Beschreibung des Grundstücks enthalten (A. G. O. im II. Th., 6. Tit., §. 9. No. 3. §. 14. bis 16.), ohne dass es einer ins Einzelne gehenden Veranschlagung bedarf.

§. 5. Eine nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes aufgenommene Taxe ist auch dann gültig, wenn der dadurch ermittelte Werth fünfhundert Thaler übersteigen sollte.

b) Vergl. Rescr. v. 9. März 1842 nebst Instruct. für die Dorfgerichte §. 88. seqq. eingeführt in den Bezirken der Ober-Landesgerichte zu Naumburg und Halberstadt und des Kammergerichts. Min. Bl. S. 115—136. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 242. seqq.

c) Rescr. v. 14. April 1841, betr. einige Bedenken bei Anwendung des Ges. v. 15. Juni 1840. Min. Bl. S. 152. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 612.

d) C. O. v. 7. Aug. 1846, wonach ein für allemal vereidete Boniteurs bei den einzelnen Bonitirungen in der Kur- und Neumark nur auf ihren geleisteten Sachverständigeneid zu verweisen sind. Min. Bl. S. 170.

Th. II. Tit. 6. §. 12. u. 13. 1. a) C. O. v. 29. Septbr. 1835, betr. das Verfahren bei den gerichtlich aufzunehmenden Taxen adeliger Güter im Grossherzogthum Posen. G. S. S. 223. (s. Bd. VII. S. 515.)

b) Instruct. v. 21. Decbr. 1835, denselben Gegenstand betr. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 522. (s. Bd. VII. S. 515.)

2. a) C. O. v. 31. Juli 1840, wegen Anwendung einer revidirten Taxordnung für die zu dem landschaftlichen Credit-Verein im Grossherzogthum Posen gehörigen Güter statt der bisherigen, nebst der revidirten Taxordnung selbst, v. 6. Juli und 3. Octbr. 1840. s. G. S. S. 263. bis 294.

b) C. O. v. 30. Novbr. 1840, betr. die Anwendung der vorgedachten revidirten Taxordnung bei der Aufnahme gerichtlicher Taxen von den Rittergütern im Grossherzogthum Posen. G. S. 1841, S. 1.

Nachdem durch Meine Order vom 31. Juli d. J. an die Stelle der bisherigen Taxgrundsätze für den landschaftlichen Creditverein des Grossherzogthums Posen vom Jahre 1821, die „Revidirte Taxordnung“ für die zu diesem Vereine gehörigen Güter vom 6. Juli d. J. getreten und fortan in allen Fällen zur Anwendung gebracht werden soll, so bestimme Ich hiermit auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 5. Novbr. d. J. unter Abänderung und Ergänzung der Verordn. vom 8. Jan. 1831 über die Maassgaben, unter welchen die Taxationsgrundsätze der Posenschen Landschaft bei Aufnahme gerichtlicher Taxen der Rittergüter im Grossherzogthum Posen anzuwenden sind, dass auch bei der Aufnahme gerichtlicher Taxen von den Rittergütern im Grossherzogthum Posen, jedoch wiederum mit Ausnahme derjenigen, welche noch zum Westpreussischen landschaftlichen Verbands gehören, die von Ihnen, dem Minister des Innern und der Polizei, unter dem 3. Octbr. d. J. genehmigte „Revidirte Taxordnung für die zu dem landschaftlichen Creditverein im Grossherzogthum Posen gehörigen Güter“, (G. S. No. 18) mit den dazu gehörigen „Revidirten Special-Taxgrundsätzen“, jedoch unter den nachfolgenden Maassgaben zur Anwendung kommen soll:

§. 1. Forstnutzungen werden nicht nach den im §. 68. der „Revidirten Taxordnung“ vom 6. Juli d. J. bestimmten Normalsätzen, sondern nach allgemeinen forstwissenschaftlichen Grundsätzen veranschlagt, und müssen hierzu jedesmal vermessen sein (§. 1. a. a. O.).

Nach jenen Grundsätzen wird auch bei Veranschlagung der Räumen und Blößen (zu vergleichen §§. 69. u. 74. a. a. O.) in gleichen bei derjenigen der Verwaltungs- und Holzschlagungskosten (§. 72. a. a. O.) verfahren. Im Uebrigen kommen die in den §§. 67., 70 — 72., 74. und folgenden gedachten Taxgrundsätze in Anwendung.

§. 2. Das zur Bewirthschaftung des Gutes erforderliche Inventarium kommt insofern in Betracht, als dasselbe, so weit es vorhanden ist, als Zubehör des Gutes vorausgesetzt wird, und, insofern es daran fehlt, verhältnissmässige Abzüge gemacht werden. Demgemäss finden die im §. 9. No. 7. u. 8. der Revidirten Taxordnung bestimmten Abzüge nur wegen des fehlenden Theils des erforderlichen Inventariums Statt.

§. 3. Der ermittelte Reinertrag der Güter wird nicht, wie es rücksichtlich der Amortisationsbeträge der bepfandbrieften Güter bei den Credittaxen des landschaftlichen Vereines im §. 10. a. a. O. bestimmt ist, im zwanzigfachen, sondern im fünf und zwanzigfachen Betrage zu Capital berechnet.

§. 4. Haben die herrschaftlichen Wohngebäude und Schmuckanlagen einen höheren Bauwerth, als nach den Normalsätzen §. 80. a. a. O. wahrgenommen wird, so kommt solcher über diese Sätze hinaus in dem Maasse zur Taxe, als darauf unter besonderen Lokalverhältnissen nach dem Ermessen der Schätzungs-Commissarien bei Käufen von den Concurrenten Rücksicht genommen

zu werden pflegt. Ob und wie hoch diese Gebäude in der Feuersocietät versichert sind, kommt dabei nicht in Betracht, wohl aber sind die Unterhaltungskosten in Anschlag und verhältnissmässig in Abzug zu bringen.

§. 5. Auch die Ehrenrechte und andere bei dem Gute vorhandenen Realitäten, welche nach §. 12. oder sonst, weil sie keinen wirklichen Ertrag gewähren, bei der landschaftlichen Credit-taxen nicht in Anschlag kommen, müssen doch mit dem landüblichen Satze, oder in Ermangelung desselben von den Schätzungs-Commissarien nach dem Werthe, den man im gemeinen Leben darauf zu legen pflegt, der Taxe zugesetzt werden.

Diese Meine Order haben Sie durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

c) Verordn. v. 3. Aug. 1845, betr. eine Abänderung des §. 1. vorstehender C. O. G. S. S. 594.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen, nach Anhörung Unserer getreuen Stände der Provinz Posen, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, dass bei Anwendung der Bestimmungen im §. 1. der Order vom 30. Novbr. 1840 (G. S. 1841, S. 1.) auf den §. 71. der revidirten Taxordnung für die zu dem landschaftlichen Creditvereine im Grossherzogthum Posen gehörigen Güter vom 6. Juli und 3. Octbr. 1840 (G. S. 1840, S. 263.), welcher sich bei Subhastations- und anderen gerichtlichen Taxen als zweckmässig nicht bewährt hat, nicht weiter Rücksicht genommen werden soll.

Th. II. Tit. 6. §. 14. Verordn. v. 22. März 1844, betr. die Erbtheilungstaxen bäuerlicher Nahrungen in Westpreussen. G. S. S. 70.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen in Berücksichtigung des Uns von den getreuen Ständen der Provinz Preussen vorgetragenen Wunsches, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt: In denjenigen Theilen der Provinz Preussen, in welchen das Ostpreussische Provinzialrecht keine Gesetzeskraft hat, soll fortan bei Aufnahme aller Erbtheilungstaxen bäuerlicher und solcher Grundstücke, deren Besitzer im Stande der Landgemeinden vertreten werden, der Reinertrag mit Sechs vom Hundert zu Capital verrechnet werden.

Th. II. Tit. 6. §. 15. a) Rescr. v. 17. Aug. 1841, betr. die Abschätzung städtischer Grundstücke. Min. Bl. S. 256. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 161.

b) Rescr. v. 9. Septbr. 1841 nebst Anlage, betr. die Qualifikation zur Aufnahme einer gerichtlichen Taxe von städtischen Grundstücken. Min. Bl. S. 303. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 162.

c) Rescr. v. 19. Jan. 1842, betr. das Verfahren bei Abschätzung städtischer Häuser. Min. Bl. S. 42. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 196.

Th. II. Tit. 6. §. 17. Rescr. v. 14. Febr. 1840, betr. die Feststellung des Werths der Erbpachtsgerechtigkeiten in den Taxinstrumenten. Min. Bl. S. 68. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 234.

Th. III. Tit. 1. §. 1. a) Vergl. C. O. v. 17. Decbr. 1838, betr. die veränderte Verwaltung des Justizministeriums, wegen Besetzung der Justizstellen. G. S. 1839, S. 15. (s. Bd. VIII. S. 147.)

b) C. O. v. 24. Aug. 1837, betr. die Befugnis des Justiz-Ministers zur Ertheilung von Geschäfts-Instructionen. G. S. S. 143. (s. Bd. VIII. S. 499.)

Th. III. Tit. 1. §. 1. seqq. a) C. O. v. 5. Jan. 1840, betr. den Titel und die Unterschrift der Schlesischen Ober-Landesgerichte. Min. Bl. S. 31.

Auf Ihren Bericht v. 20. v. M. genehmige Ich nach Ihrem Antrage, dass die drei Schlesischen Ober-Landesgerichte gleich den übrigen Ober-Landesgerichten sich bei ihren Ausfertigungen und Unterschriften wie auf ihren Siegeln nur des Titels „Königliches Ober-Landesgericht“, mit Hinweglassung der Bezeichnung ihrer Gerichtsbezirke, bedienen.

b) Rescr. v. 11. Mai 1839, betr. die Bekanntmachung der bei den Gerichtsbehörden stattgefundenen Personalveränderungen durch die Amtsblätter. Min. Bl. S. 168. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 386.

c) C. O. v. 18. Juli 1843 und Rescr. v. 24. ej., wonach die Beamten sich von allen Manifestationen fern zu halten haben, welche mit der dem Gesetze schuldigen Achtung und der Würde der Regierung in Widerspruch treten möchten. Min. Bl. S. 186. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 233.

d) C. O. v. 13. Juli 1839, wegen Uebernahme von Nebenämtern durch Staatsbeamte. G. S. S. 504. (s. Bd. VIII. S. 142.)

e) Wegen des Cautionswesens der Beamten s. zu A. L. R. II. 10. §. 83.

f) Ges. v. 29. März 1844, betr. das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte. G. S. S. 77. s. zur A. G. O. I. 35. §. 34. No. 5.

g) Verordn. v. 29. März 1844, betr. das bei Pensionirungen zu beobachtende Verfahren. G. S. S. 90. s. zu A. L. R. II. 10. §. 94. seqq.

Th. III. Tit. 1. §. 1. seqq. a) Geschäfts-Instruction für das Tribunal zu Königsberg v. 10. Septbr. 1840. Min. Bl. S. 319 — 321. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 190.

b) Zusätze wegen der Kompetenzverhältnisse des Tribunals zu Königsberg, des Kammergerichts etc. s. zu A. G. O. I. Einl. §. 1.

c) Geschäfts-Reglement für das Oberlandesgericht zu Bromberg v. 1. Decbr. 1843. Min. Bl. S. 39. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 243.

d) Rescr. v. 25. Novbr. 1842, betr. die Competenz der Gerichts-Commissionen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Frankfurt. Min. Bl. S. 379. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 591.

e) Rescr. v. 12. Mai 1846 nebst Instruct. v. 24. April 1846, für die Gerichts-Commissionen im Departement des Oberlandesgerichts zu Paderborn. Min. Bl. S. 90 — 96.

Th. III. Tit. 1. §. 1. seqq. (Zur Verordn. v. 30. Novbr. 1833 und C. O. v. 18. Jan. 1834, Bd. 5. S. 439. u. 443.)

1. Die nach der Verordn. v. 30. Novbr. 1833 angestellten Kreis-Justizräthe sind zur Einleitung von Mandatsklagen und zu Executions-Vollstreckungen, namentlich zur Einleitung von Subhastationen, Aufnahme von Taxen und Abhaltung von Licitationsterminen nur auf den Grund specieller Aufträge der Oberlandesgerichte befugt. — Die Abfassung von Adjudications-Erkenntnissen kann ihnen gültigerweise nicht aufgetragen werden. Entsch. des Geb. Ob. Trib. v. 27. April 1844, Bd. 10. S. 480.

2. a) Rescr. v. 9. Novbr. 1839, dass die Kreis-Justizräthe zur Aufnahme von Schuld- und Pfandverschreibungen nicht eximirter Personen nicht befugt sind. Min. Bl. S. 378. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 413.

b) Rescr. v. 21. Juni 1841, betr. die Nicht-Competenz der Kreis-Justizräthe zur Instruction und Aburtelung von Injuriensachen gegen Eximirte. Min. Bl. S. 210. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 588.

3. a) Rescr. v. 17. Febr. 1841, betr. die Verpflichtung der Kreis-Justizräthe, die ihnen übertragenen gerichtlichen Geschäfte in eigener Person zu verrichten. Min. Bl. S. 103. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 214.

b) Rescr. v. 8. Aug. 1843, betr. die von den Kreis-Justizräthen an die Obergerichte zu erstattenden Anzeigen von Todesfällen eximirter Personen. Min. Bl. S. 215. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 193.

4. Rescr. v. 14. Novbr. 1840, betr. die Competenz der Kreis-Justizräthe zur Instruction und Entscheidung von Bagatellprozessen. Min. Bl. S. 364. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 520.

5. Rescr. v. 13. Novbr. 1843, betr. die Asservate der Kreis-Justizräthe. Min. Bl. S. 292. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 504.

6. a) Rescr. v. 17. Mai 1844, Wirksamkeit der Kreis-Justizräthe bei Executions-Vollstreckungen. Min. Bl. S. 121. v. K. Jhrb. Bd. 93. S. 488.

b) C. O. v. 15. Novbr. 1845, wegen Erweiterung der Befugnisse der Kreis-Justizräthe zur Vollstreckung der Execution. G. S. S. 747.

Auf Ihre Berichte v. 2. Aug. und 30. Octbr. d. J. bestimme ich zur Erledigung entstandener Zweifel, dass den nach der Verordn. vom 30. Novbr. 1833 angestellten Kreis-Justizräthen auch ohne besonderen Auftrag in folgenden Fällen die Vollstreckung der Execution zustehen soll: 1) In den nach §. 4. No. 4. litt. a. b. c. e. und f. der Verordn. vom 30. Novbr. 1833 von ihnen eingeleiteten und durch Contumacialverfahren, Vergleich oder Entscheidung beendigten Prozessen, wenn die Parteien sich deshalb an sie wenden; 2) wegen ihrer eigenen Gebühren und Auslagen, jedoch nur nach vorgängiger Festsetzung durch das vorgesetzte Obergericht; 3) wegen der durch ihre executivischen Maassregeln selbst entstehenden Kosten und Auslagen, auch wenn sie das Obergericht vorher nicht festgesetzt hat. — Die vorstehenden Bestimmungen sind durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

7. **a)** Vergl. §. 2. des Gesetzes v. 3. Jan. 1845, betr. die Zertheilung von Grundstücken. G. S. S. 25., wonach der betreffende Kreis-Justizrath zur Aufnahme von Parcellirungs-Verträgen über Grundstücke, deren Hypothekenbuch vom Obergericht geführt wird, befugt ist. s. zu Hyp. Ordn. II. §. 91.

b) Rescr. v. 1. Juni 1846, betr. die Ausfertigung der von den Kreis-Justizräthen aufgenommenen Parcellirungs-Verträge durch das betreffende Obergericht. Min. Bl. S. 114.

8. Wegen der Gebühren der Kreis-Justizräthe vergl. zu Geb. Taxe A. Abschn. IV. No. 21.

Th. III. Tit. 1. §. 9. u. 10. a) C. O. v. 24. Octbr. 1838, betr. die Befugnisse des Richters zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bei gerichtlichen Verhandlungen. G. S. S. 504. (s. Bd. VIII. S. 468.)

b) Rescr. v. 23. Octbr. 1839, betr. die Maassregeln gegen Ruhestörer bei den mündlichen Verhandlungen im Bagatellprozesse. Min. Bl. S. 355. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 397.

Th. III. Tit. 1. §. 12. seqq. Vergl. §. 34—37. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen, die Beschwerdesachen betreffend. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. III. Tit. 1. §. 14. Anh. §. 440. u. 29. Rescr. v. 18. Juni 1840, betr. die Unzulässigkeit von Rechtsschriften, welche von andern Personen als Justiz-Commissarien verfasst sind. Min. Bl. S. 207. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 559.

Th. III. Tit. 1. §. 15. Anh. §. 442. 443. C. O. v. 25. Mai 1836, dass nur die Ministerien befugt sind, die Bestrafung unbedeutsamer Querulanten durch ein blosses Decret zu verfügen. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 572. (s. Bd. VIII. S. 469.)

Th. III. Tit. 1. §. 23. a) Rescr. v. 5. Juni 1840, betr. die Regresspflichtigkeit des Richters. Min. Bl. S. 216. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 544.

b) Ges. v. 29. März 1844, betr. das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte, insbesondere §. 40. seqq. G. S. S. 77. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34. No. 5.

Th. III. Tit. 1. §. 52. Rescr. v. 15. Decbr. 1840, betr. die Zulässigkeit der Termine in Bagatellsachen während der Gerichtsferien. Min. Bl. 1841, S. 4. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 487.

Th. III. Tit. 2. §. 1. C. O. v. 30. Septbr. 1836, betr. den Rang und die Uniform der Directoren grosser Untergerichte. G. S. S. 303. (s. Bd. VII. S. 569.)

Th. III. Tit. 2. §. 3—5. Rescr. v. 30. März 1843, betr. die Bestellung der Commissarien für Bagatellsachen. Min. Bl. S. 95. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 114.

Th. III. Tit. 2. §. 16. Rescr. v. 12. Decbr. 1840 nebst Anlage, betr. die Art des Abstimmens Behufs der Urteilsfindung. Min. Bl. 1841, S. 18. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 489.

Th. III. Tit. 2. §. 43. Anh. §. 445. a) C. O. v. 10. Febr. 1835, betr. die Verpflichtung der Beamten, welche in eine andere Amtswirk-samkeit treten. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 471. (s. Bd. VII. S. 145.)

b) C. O. v. 17. Juli und Rescr. v. 28. Juli 1834, dass von den Beamten ein besonderer Huldigungseid ausser dem Diensteide nicht zu leisten ist. v. K. Jhrb. Bd. 44. S. 105. (s. Bd. VII. S. 522.)

Th. III. Tit. 3. §. 18. C. O. v. 21. Novbr. 1835, betr. die Amts-verschwiegenheit der Beamten. G. S. S. 237. (s. Bd. VII. S. 213.)

Th. III. Tit. 3. §. 21. C. O. v. 29. Mai 1835, dass die den Par-teien zugeordneten Assistenten keiner Vollmacht bedürfen. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 430. (s. Bd. VII. S. 302.)

Th. III. Tit. 3. §. 22. seqq. Rescr. v. 1. Jan. 1840, betr. die pünktliche Abhaltung der angesetzten gerichtlichen Termine. Min. Bl. S. 23. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 192.

Th. III. Tit. 3. §. 37. seqq. Rescr. v. 24. Juni und 16. Aug. 1841, betr. die Beaufsichtigung der überjährigen Rechtssachen. Min. Bl. S. 211. u. 262. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 637., Bd. 58. S. 164.

Th. III. Tit. 3. §. 44. seqq. a) Rescr. v. 25. Novbr. 1840 und 4. März 1841, betr. die Form der an den Justizminister zu erstattenden Berichte, hinsichtlich des Wohnorts der Betheiligten. Min. Bl. 1840, S. 381., 1841, S. 112. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 528., Bd. 57. S. 236.

b) Rescr. v. 8. Mai 1841, betr. die Form und Vollziehung der zu erstatten-den Berichte. Min. Bl. S. 165. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 631.

c) Rescr. v. 28. Septbr. 1841, betr. das Verfahren bei Berichterstattung über Immediatgesuche um Aufhebung fiscalischer Ansprüche. Min. Bl. S. 326. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 129.

d) Rescr. v. 10. Novbr. 1841, betr. die Verhütung von Beschädigungen der an den König und den Justizminister gelangenden Berichte und Urkunden. Min. Bl. S. 350. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 547.

Th. III. Tit. 3. §. 56. 57. (Zu §. 44. der Instruct. v. 7. April 1839, Bd. VIII. S. 391.) Mittheilung zweier gutachtlicher Berichte über die Anfertigung der Relationen in zweiter Instanz. Min. Bl. 1845, S. 114 — 120.

Th. III. Tit. 3. §. 62. 1. a) Rescr. v. 14. Novbr. 1842, betr. das volle Votum der etatsmässigen Assessoren bei den Obergerichten. Min. Bl. S. 369. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 595.

b) Rescr. v. 25. Novbr. 1839, betr. das Stimmrecht der bei den Untergerichten beschäftigten richterlichen Hülfсарbeiter. Min. Bl. S. 399.

c) Rescr. v. 16. Jan. 1843, betr. das Stimmrecht der bei den Untergerich-ten beschäftigten ausseretatsmässigen Assessoren. Min. Bl. S. 19. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 124.

2. a) Rescr. v. 23. Aug. 1839, mit Staats-Ministerial-Beschluss v. 17. ej., betr. die Einholung des Heirathsconsenses Seitens der Beamten. Min. Bl. S. 302. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 146.

b) Rescr. v. 16. Juni 1840, betr. den Einkauf bei der allgem. Wittwen-Verpflegungsanstalt. Min. Bl. S. 204. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 598.

Th. III. Tit. 3. §. 63. Anh. §. 447. C. O. v. 10. Febr. 1835, betr. die Verpflichtung der Beamten, welche in eine andere Amtswirk-samkeit treten. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 471. (s. Bd. VII. S. 145.)

Th. III. Tit. 4. §. 1. Anh. §. 448. 1. a) C. O. v. 16. Aug. 1834, betr. die Zulassung der Candidaten zur Staatsprüfung, wenn die-selben an Studentenverbindungen Theil genommen haben. v. K. Jhrb. Bd. 44. S. 108. (s. Bd. VII. S. 525.)

b) Vergl. wegen Verbots des Besuchs gewisser ausländischer Universitäten resp. Aufhebung desselben die Zusätze zu A. L. R. II. 12. §. 129.

c) Vergl. ebendasselbst C. O. v. 30. Juni 1841, betr. die Verpflichtung diesseitiger Unterthanen, eine Zeitlang auf einer Landes-Universität zu stu-diren. G. S. S. 139.

2. a) Rescr. v. 31. Mai 1844, betr. die Nichtzulassung der im letzten Se-mester des academischen Studiums relegirten oder consilirten Studenten zur ersten juristischen Prüfung. Min. Bl. S. 129. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 493.

b) Rescr. v. 16. Novbr. 1844, betr. die Collegia, deren Besuch Behufs der Zulassung zur ersten juristischen Prüfung nachgewiesen sein muss. Min. Bl. S. 251.

c) Rescr. v. 1. Juli 1846, dass Behufs Zulassung zur ersten juristischen Prüfung von Ostern 1847 ab der Nachweis erfordert werden soll, dass der Candidat wenigstens ein allgemeines staatswissenschaftliches Collegium gehört hat. Min. Bl. S. 130.

d) Rescr. v. 6. Jan. 1840, betr. die Dispensation derjenigen von der Aus-cultator-Prüfung, welche auf einer inländischen Universität zu Doctoren der Rechte promovirt sind. Min. Bl. S. 24. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 240.

Th. III. Tit. 4. §. 2. a) Rescr. v. 24. Jan. 1843, das Schulden-machen der Justizbeamten betr. Min. Bl. S. 22. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 122.

b) Rescr. v. 23. Febr. 1843, dass vorgedachtes Rescr. auch auf Justiz-Commissarien anzuwenden. Min. Bl. S. 62. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 124.

c) Rescr. v. 19. April 1843, dass die Bestimmungen des gedachten Rescr. sich nicht auf Honorar-Rückstände beziehen. Min. Bl. S. 106. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 461.

Th. III. Tit. 4. §. 3. seqq. Anh. §. 450. seqq. Rescr. v. 6. u. 20. Mai 1840, betr. die juristischen Prüfungen und die Zulassung zum dritten Examen. Min. Bl. S. 218. u. 221. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 599. seqq.

Th. III. Tit. 4. §. 6 — 8. a) Rescr. v. 17. Aug. 1841 nebst In-struction von Paderborn, betr. die Ausbildung der Auscultatoren bei den Unter-gerichten. Min. Bl. S. 257. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 167.

b) Rescr. v. 23. Juni 1840, betr. die Aufnahme von Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch Auscultatoren. Min. Bl. S. 235. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 595.

Th. III. Tit. 4. §. 9. seqq. a) Rescr. v. 4. Jan. 1842, betr. die Prüfung der Referendarien. Min. Bl. S. 12. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 252.

b) Rescr. v. 27. April 1846, wegen Beschleunigung der Berichte über die von den Auscultatoren bestandene Referendariats-Prüfung. Min. Bl. S. 86.

c) Rescr. v. 26. Jan. 1843, betr. die Versetzung der Referendarien. Min. Bl. S. 23. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 126.

d) Rescr. v. 18. Novbr. und 24. Decbr. 1842, betr. die nachgesuchte Entlassung der Auscultatoren und Referendarien durch die Obergerichts-Präsidien, auch unter Vorbehalt des Wiedereintritts. Min. Bl. 1842, S. 369., 1843, S. 6. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 677. u. 599.

e) Rescr. v. 30. Octbr. 1842, betr. die Beschäftigung der Referendarien bei Untergerichten. Min. Bl. S. 360. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 596.

f) C. O. v. 5. Mai 1838, betr. die Erfordernisse zur Anstellung als Auditeur. v. K. Jhrb. Bd. 51. S. 395. (s. Bd. VIII. S. 472.)

g) C. O. v. 11. Febr. 1837, betr. die Beschäftigung der Auditeure bei Civilgerichten. v. K. Jhrb. Bd. 49. S. 221. (s. Bd. VIII. S. 471.)

Th. III. Tit. 4. §. 12. u. 18. Ges. v. 29. März 1844, betr. das gerichtliche und Disciplinarstrafverfahren gegen Beamte, §. 60. in Betreff der Auscultatoren und Referendarien. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34. No. 5.

Th. III. Tit. 4. §. 21. seqq. a) Rescr. v. 6. Mai u. 20. Juni 1840, betr. die juristischen Prüfungen und die Zulassung zur dritten Prüfung. Min. Bl. S. 218. u. 223. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 599. seqq.

b) Rescr. v. 1. Aug. 1840, betr. die Zulassung zum dritten Examen. Min. Bl. S. 270. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 188.

c) Rescr. v. 2. Juni 1841, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 199. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 640.

d) Rescr. v. 18. April 1842, betr. die Einrichtung der bei der Meldung zum dritten Examen einzureichenden Instructionen - Verzeichnisse, nebst Schema. Min. Bl. S. 159. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 557.

e) Rescr. v. 9. April 1846, betr. die Abstellung der Verzögerungen bei der dritten juristischen Prüfung. Min. Bl. S. 79.

f) α) C. O. v. 14. März 1840, betr. die nachträgliche Prüfung altländischer Obergerichts - Assessoren Behufs der Qualification für Rheinische höhere Justizstellen. Min. Bl. S. 131.

Unter den Mir in Ihrem Berichte vom 25. v. M. angezeigten Umständen will Ich gestatten, dass diejenigen Assessoren, welche die dritte Prüfung bei der Immediat-Justiz-Examinations-Commission für die altländischen Provinzen gut bestanden haben, im Falle sie später die Qualification für Rheinische höhere Justizstellen erwerben wollen, die erforderliche nachträgliche Prüfung vor einer aus Mitgliedern des Appellationshofes und der General-Procuratur zu Cöln gebildeten Prüfungs-Commission ablegen können.

β) Rescr. hiezu v. 31. März 1840. Min. Bl. S. 130. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 334.

Th. III. Tit. 5. §. 1. seqq. 1. In Betreff der Anstellungsbe-
rechtigung und des Gnadengehalts der Militair-Invaliden und 12 Jahre gedien-
ten Unterofficiere s. die Zusätze zu A. L. R. II. 10. §. 64. seqq.

2. **a)** Rescr. v. 10. April 1840, betr. die Beschränkung der Anträge auf
Bewilligung der Anstellungsfähigkeit. Min. Bl. S. 139. v. K. Jhrb. Bd. 55.
S. 619.

b) Rescr. v. 26. Novbr. 1841, betr. die Anstellung gerichtlicher Subaltern-
beamten auf Probe. Min. Bl. S. 363. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 542.

c) Rescr. v. 8. März 1842, betr. die bei Anstellung der Subalternen anzu-
wendende Vorsicht. Min. Bl. S. 97. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 255.

d) C. O. v. 11. Novbr. 1842, betr. die Anstellung der Subalternen in
Neuvorpommern. Min. Bl. S. 378. s. zu A. L. R. II. 10. §. 70 — 71.

e) Rescr. v. 7. Juni 1843 und Rescr. v. 20. Juni 1844, betr. die Anstel-
lung der Subalternen durch die Präsidenten, und das dabei zu beobachtende
Verfahren. Min. Bl. 1843, S. 154., 1844, S. 156. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 479.
Bd. 63. S. 496.

f) C. O. v. 10. Mai 1844, betr. die Erweiterung der Befugnisse der Chef-
Präsidenten zur Anstellung der Subalternen bei den Ober- und Untergerichten.
G. S. S. 115. s. zu A. L. R. II. 10. §. 70 — 71.

g) Rescr. v. 19. Aug. 1844, betr. die Bestätigung der Deposital-Mandaten-
Buchführer durch die Präsidenten. Min. Bl. S. 191.

h) C. O. v. 28. Novbr. 1838, betr. die Unzulässigkeit der Annahme der
Civil-Supernumerarien vor vollendetem 24. Lebensjahre. v. K. Jhrb. Bd. 52.
S. 507. (s. Bd. VIII. S. 473.)

i) Vergl. Rescr. v. 26. Juni 1835 nebst Anlage, betr. die Prüfung und
Qualification zum Subalterndienst. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 477. (s. Bd. VII.
S. 544.)

3. Wegen des Cautionswesens der Beamten vergl. Zusätze zu A. L. R. II.
10. §. 83.

4. C. O. v. 24. Juli 1837, betr. die Fortzahlung der Diäten an die zur
Landwehr einberufenen Diätarien. v. K. Jhrb. Bd. 50. S. 136. (s. Bd. VIII.
S. 474.)

5. **a)** C. O. v. 15. Septbr. 1842, betr. die den Unterbeamten der Unter-
gerichte und der gerichtlichen Gefangenanstalten zu bewilligenden Kleidergel-
der. Min. Bl. S. 328.

Ich will zwar auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 6.
v. M. Ihnen, dem Justizminister, die Befugniss ertheilen, den bei
den Königl. Untergerichten und gerichtlichen Gefangenanstalten
angestellten Unterbeamten, deren Einkommen den Betrag von
200 Thalern nicht übersteigt, nach Erforderniss jährlich einen
Beitrag bis zu 10 Thaler zu Amtskleidern aus den etatsmässigen
Fonds der Gerichte zu sächlichen Ausgaben und *ad extraor-*
dinaria zu bewilligen, erwarte jedoch, dass Sie dabei vorzugs-
weise nur die mit 120 Thalern bis 150 Thalern besoldeten Unter-
bedienten berücksichtigen werden. Auch ist der Betrag der jähr-
lich verausgabten Kleidergelder nach Ablauf jedes Jahres anzu-

zeigen, indem Ich Mir vorbehalten muss, zu diesem Zweck nach Befinden ein durch sämtliche Bewilligungen nicht zu überschreitendes Maximum festzusetzen.

b) Rescr. v. 17. Octbr. 1842 zu vorstehender C. O. Min. Bl. S. 327. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 602.

Th. III. Tit. 5. §. 1. seqq. a) Rescr. v. 9. Novbr. 1839, betr. die Befugniss der gerichtlichen Auctionscommissarien zur Uebernahme aussergerichtlicher Auctionen. Min. Bl. S. 365. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 420.

b) Rescr. v. 21. Juni 1845 nebst Gebührentaxe für die gerichtlichen und aussergerichtlichen Auctions - Commissarien. Min. Bl. S. 120.

Th. III. Tit. 5. §. 27. Rescr. v. 20. März 1840, betr. die Präsentation der eingehenden Schriften. Min. Bl. S. 114. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 235.

Th. III. Tit. 5. §. 56. In Betreff der Besetzung der Kanzleidiätarienstellen und Annahme der Lohnschreiber s. zu Kanzl. Regl. §. 155. seqq.

Th. III. Tit. 5. §. 72., 86. u. 93. Wegen Berechtigung der Militair - Invaliden zu Boten - Stellen s. zu A. L. R. II. 10. §. 64. seqq.

Th. III. Tit. 7. §. 7. 1. a) Rescr. v. 20. Febr. 1839, 18. Juni 1840 und 22. März 1843, in Betreff der Befugniss der Justiz - Commissarien zur Anfertigung von Rechtsschriften etc. Min. Bl. 1839, S. 90., 1840, S. 207., 1843, S. 96. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 153., Bd. 55. S. 559. u. Bd. 61. S. 127. erledigt durch:

b) Verordn. v. 21. Juli 1843, über die Befugniss der Justiz-Commissarien zur Anfertigung und Legalisirung von Rechtsschriften aller Art. G. S. S. 295.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen über die Befugniss der Justiz-Commissarien zur Anfertigung und Legalisirung von Rechtsschriften, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten einer aus Mitgliedern des Staatsraths ernannten Commission für diejenigen Provinzen Unserer Monarchie, in welchen die A. G. O. Gesetzeskraft hat, was folgt:

§. 1. Jeder Justiz-Commissarius soll fortan, ohne Einschränkung auf einen Gerichtsbezirk, befugt sein, Vorstellungen, Eingaben und Schriften aller Art, welche in Prozess- oder andern Rechtsangelegenheiten einem Gerichte einzureichen sind, für Andere anzufertigen oder zu legalisiren.

§. 2. Ist der Justiz-Commissarius bei dem Gerichte, welchem die Schrift eingereicht werden soll, nicht angestellt, so muss derselbe ausser dem Datum und der Namensunterschrift sein Dienstsiegel beifügen.

§. 3. Justiz-Commissarien, welche diese Vorschrift nicht beobachten, verfallen in eine Ordnungsstrafe.

§. 4. Die Partei, welche sich eines bei dem competenten Gericht nicht angestellten Justiz-Commissarius zur Anfertigung oder Legalisirung von Rechtsschriften bedient, kann die Erstattung der dafür gezahlten Gebühren und Auslagen von dem zur

Kostentragung verpflichteten Gegentheil nur in so weit fordern, als dadurch keine Vermehrung der Kosten entstanden ist.

§. 5. Die Ordnungsstrafen, welche ein Justiz-Commissarius aus Veranlassung der von ihm angefertigten oder legalisirten Rechtsschriften in dem §. 3. gedachten Falle, so wie aus andern Gründen verwirkt hat, kann das Gericht, bei welchem die Rechtschrift eingereicht worden, auch dann festsetzen, wenn der Justiz-Commissarius bei demselben nicht angestellt ist.

2. a) Rescr. v. 24. Aug. 1839, betr. die Verstattung der Obergerichts-Justiz-Commissarien zur Vertretung des Appellanten im Appellations-Recht-fertigungstermin bei dem Untergerichte ihres Wohnorts. Min. Bl. S. 302. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 121.

b) Rescr. v. 11. Febr. 1842, betr. die Praxis der Justiz-Commissarien bei den Kreis-Justizräthen. Min. Bl. S. 66. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 190.

3. Vergl. auch Verordn. v. 21. Juli 1846, betr. das Verfahren in Civilprozessen. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. III. Tit. 7. §. 12. seqq. Rescr. v. 23. Febr. 1843, dass das Rescr. v. 24. Jan. 1843 (Min. Bl. S. 22.), wegen Schuldenmachens der Justizbeamten, auch auf Justiz-Commissarien Anwendung finde. Min. Bl. S. 62. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 124.

Th. III. Tit. 7. §. 17. ad III. Die Stellung des Justiz-Commissarius als öffentlichen Beamten hindert nicht, ihn, der ihn beauftragenden Partei gegenüber, als deren Bevollmächtigten anzusehen. — Die Manual-Acten eines Justiz-Commissarius sind als eine Sammlung von Schriften und Urkunden, die für die Partei als Eigenthümerin des Geschäfts in den Händen des Justiz-Commissarius aufbewahrt wird, mithin nicht als dessen Eigenthum anzusehen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 12. April 1844, Bd. 10. S. 136.

Th. III. Tit. 7. §. 24. a) C. O. v. 23. Septbr. 1838, über das Verfahren bei unfreiwilliger Dienstentlassung der Justiz-Commissarien. G. S. S. 495. (s. Bd. VIII. S. 475.) aufgehoben durch:

b) Ges. v. 29. März 1844, betr. das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte. G. S. S. 77. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34. No. 5.

c) Rescr. v. 22. Jan. 1843, betr. die Amts-Suspension der Justiz-Commissarien und Notarien. Min. Bl. S. 27. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 173.

d) Verordn. v. 30. April 1847, betr. die Bildung eines Ehrenrathes unter den Justiz-Commissarien, Advocaten und Notarien. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34. No. 4.

Th. III. Tit. 7. §. 27. seqq. a) Rescr. v. 14. Juni 1837, betr. die Buchführung der Justiz-Commissarien über die ihnen gezahlten Vorschüsse und Asservate, und die Revision ihrer Rechnungsbücher. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 414.

b) Rescr. v. 3. April 1840, betr. die von den Justiz-Commissarien zu führenden Depositälbücher nebst Formular. Min. Bl. S. 120. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 611.

c) Rescr. v. 1. Aug. 1843, über verschiedene Punkte der Geschäfte und Gebühren der Justiz-Commissarien und Notarien. Min. Bl. S. 206. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 222.

Th. III. Tit. 7. §. 44. Rescr. v. 7. Decbr. 1843, betr. die Festsetzung und Einziehung von Gebühren der Official-Mandatäre armer Parteien. Min. Bl. S. 303. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 492.

Th. III. Tit. 7. §. 46. a) Rescr. v. 13. Mai 1843, über die Aufnahme der Altentheilsverträge von gewissen Gütern in Preussen. Min. Bl. S. 136. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 405. erledigt durch:

b) Ges. v. 11. Juli 1845, über die Form einiger Rechtsgeschäfte. G. S. S. 495. s. zu A. G. O. II. 1. §. 2. seqq.

Th. III. Tit. 7. §. 48. seqq. a) Ges. v. 9. Juli 1841, über die Aufnahme von Notariatsurkunden in fremden Sprachen. G. S. S. 129. aufgehoben durch:

b) Ges. v. 11. Juli 1845, über das Verfahren bei Aufnahme von Notariats-Instrumenten. G. S. S. 487.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben die Vorschriften über das bei Aufnahme von Notariatsinstrumenten zu beobachtende Verfahren einer Revision unterwerfen lassen, und verordnen auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths für diejenigen Theile Unserer Monarchie, in welchen die A. G. O. Gesetzeskraft hat, was folgt:

§. 1. Die Notare dürfen innerhalb der Grenzen ihres Amtsbezirks Niemandem ihren Dienst verweigern, vorbehaltlich der nachfolgenden Beschränkungen.

§. 2. Sie dürfen keine Verhandlung aufnehmen, deren Inhalt gegen ein Strafgesetz verstösst.

§. 3. Ist der Inhalt der aufzunehmenden Verhandlungen von der Art, dass das Geschäft, ohne gerade strafbar zu sein, dennoch verboten oder ungültig ist, so ist es die Pflicht des Notars, die Betheiligten hierüber zu belehren, und wenn sie dennoch bei ihrem Vorsatze bestehen, in der alsdann unweigerlich aufzunehmenden Verhandlung von der ihnen gegebenen Belehrung und ihrer hierauf gemachten Erklärung ausdrückliche Meldung zu thun.

§. 4. Der Notar ist zur Belehrung der Interessenten und zur ausdrücklichen Erwähnung dieser Belehrung verpflichtet, wenn er wahrnimmt, dass auch nur ein Interessent entweder zu dem beabsichtigten Geschäft gänzlich unfähig oder nicht im Stande ist, die rechtlichen Folgen des Geschäfts zu übersehen.

§. 5. Kein Notar darf eine Verhandlung aufnehmen, bei welcher er selbst, oder seine Frau, oder einer von seinen oder seiner Frau Verwandten oder Verschwägerten in auf- und absteigender Linie, oder in der Seitenlinie bis zum Grade des Oheims oder Neffen einschliesslich, betheiligt sind, oder worin eine Verfügung zu Gunsten einer der genannten Personen getroffen wird.

§. 6. In prozessualischen Angelegenheiten, in welchen der Notar einem der Betheiligten als Justizcommissarius bedient ist, oder bedient gewesen ist, so wie in den Angelegenheiten einer Partei, deren Generalmandatar der Notar ist, darf derselbe keine Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit aufnehmen.

§. 7. Zu jeder Verhandlung hat der Notar entweder einen zweiten Notar oder zwei Zeugen zuzuziehen, in deren Gegenwart die Vorlesung der Verhandlung und die Beifügung der Unterschrift, oder des Handzeichens derjenigen Interessenten, welche nicht schreiben können, erfolgen muss.

Die Zeugen müssen dem Notar von Person bekannte Inländer, männlichen Geschlechts, volljährig und des Lesens und Schreibens kundig sein.

Unfähig, als Zeugen zu dienen, sind:

- 1) Taube, Stumme und gerichtlich für Verschwender erklärte Personen;
- 2) diejenigen, welche wegen irgend eines Verbrechens Zuchthausstrafe erlitten haben, oder wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs, Untreue, Fälschung oder Eidesbruchs zu irgend einer Strafe verurtheilt worden sind;
- 3) diejenigen, welche für unfähig erklärt worden, einen nothwendigen Eid zu leisten;
- 4) diejenigen, denen in der Gemeinde, in welcher sie ihren Wohnsitz haben, das Gemeinde- oder Stimmrecht in Gemässheit der Städte- oder Landgemeindeordnungen wegen Unwürdigkeit versagt oder entzogen ist;
- 5) diejenigen, welche eines öffentlichen Amtes entsetzt worden sind.

§. 8. Die Bestimmungen des §. 5. finden auch auf den zweiten Notar und die Zeugen Anwendung.

Auch darf der Notar mit den Instrumentszeugen oder mit dem zugezogenen zweiten Notar in dem im §. 5. angegebenen Grade nicht verwandt oder verschwägert sein.

§. 9. Die Dienstboten und Gehülfen der Betheiligten und Notare, namentlich die Privatschreiber der Notare, dürfen bei den Verhandlungen nicht als Zeugen zugezogen werden.

§. 10. Die von den Notaren aufzunehmenden Protocolle müssen nothwendig enthalten:

- 1) den Namen und Wohnort des Notars oder der Notare;
- 2) den Namen, Stand und Wohnort der zugezogenen Instrumentszeugen und derjenigen Zeugen, durch deren Angabe sich der Notar von der Identität ihm nicht bekannter Personen versichert hat;
- 3) die Namen, den Stand und Wohnort der Interessenten;
- 4) den Ort, das Jahr, den Monat und Tag, an welchem die Verhandlung aufgenommen ist;
- 5) die Versicherung, dass dem Notar, so wie dem zugezogenen zweiten Notar oder den Instrumentszeugen, keines der

Verhältnisse entgegensteht, welche von der Theilnahme an der Verhandlung nach §§. 5 — 9. ausschliessen.

§. 11. Hat ein Tauber oder ein Stummer eine Erklärung abzugeben, so muss die Beobachtung der in den §§. 4. und 5. Tit. 3. Th. II. der A. G. O. vorgeschriebenen Formen aus dem Protocolle hervorgehen.

§. 12. Die Protocolle müssen deutlich, ohne Abkürzungen, Lücken und Durchstreichungen geschrieben, Zusätze oder Abänderungen aber, welche nach aufgenommener Verhandlung nothwendig werden sollten, am Rande geschrieben, und eben so wie das Protocoll selbst von den Interessenten unterzeichnet werden. Summen und Zahlen müssen mit Buchstaben geschrieben werden.

§. 13. Das Protocoll muss in Gegenwart des zugezogenen zweiten Notars oder der Zeugen laut vorgelesen und hiernächst von den Interessenten unterschrieben werden.

Personen, welche nicht schreiben können, haben ihr Handzeichen beizufügen, bei welchem der Notar oder einer der Zeugen bemerkt, wer dasselbe gemacht hat. Der Zuziehung besonderer Beistände bedarf es nicht.

§. 14. Das Protocoll schliesst mit dem Attest:

- 1) dass die vorstehende Verhandlung, so wie sie niedergeschrieben, stattgefunden hat;
- 2) dass sie in Gegenwart des Notars und des zugezogenen zweiten Notars oder der Zeugen den Betheiligten vorgelesen und von ihnen genehmigt;
- 3) dass sie von den Betheiligten eigenhändig unterzeichnet, oder weshalb dies unterblieben und statt der Unterschrift ein Handzeichen beigefügt ist.

§. 15. Die solchergestalt geschlossene Verhandlung ist von den Notaren und Zeugen eigenhändig mit Vor- und Zunamen zu unterschreiben.

§. 16. Die Urschrift dieser Verhandlung bleibt in den Händen des Notars. Die Betheiligten erhalten Ausfertigungen derselben; zu diesem Zwecke ist eine wortgetreue Abschrift der Verhandlung mit allen Unterschriften anzufertigen und darunter folgender Vermerk zu setzen:

Vorstehende in das Register unter No. Jahr eingetragene Verhandlung wird hiermit für N. N. ausgefertigt.

Sind mehrere Exemplare ausgefertigt, so wird dies hier beigefügt. Unter diesen Vermerk muss der Ort, das Jahr, der Monat und Tag der erfolgten Ausfertigung gesetzt, das Notariatssiegel, welches zugleich die Schnur, wodurch mehrere Bogen mit einander zu verbinden sind, enthalten muss, beigedrückt, und diese Ausfertigung von dem Notar eigenhändig mit Beifügung seines Amtstitels unterzeichnet werden.

§. 17. Wie viel Exemplare der Verhandlung anzufertigen sind, hängt von den Anträgen der Parteien ab. Der Notar ist dafür verantwortlich, dass sämtliche Exemplare genau mit ein-

ander übereinstimmen, und dass auf der Urschrift, so wie auf jedem Exemplare der Ausfertigung (§. 16.) bemerkt wird, wie oft die Verhandlung ausgefertigt und wem jedes Exemplar zugestellt worden.

Fernere Ausfertigungen, so wie beglaubigte Abschriften oder Auszüge darf der Notar an Niemand ausser den Betheiligten, deren Erben oder Rechtsnachfolgern geben.

§. 18. Wird von einem der Betheiligten, deren Erben oder Rechtsnachfolgern eine anderweitige Ausfertigung erbeten, sei es, dass sie keine erhalten haben, oder dass sie einer neuen Ausfertigung bedürfen, so muss, wie im Falle des §. 17., der Name des Empfängers und der Tag der Verabfolgung auf der Urschrift vermerkt und in der Ausfertigungsklausel (§. 16.) der Grund, weshalb die neue Ausfertigung ertheilt ist, angegeben werden.

§. 19. Die Notare sind verpflichtet, über die Verhandlungen, bei denen sie mitgewirkt haben, Verschwiegenheit zu beobachten.

§. 20. Bei den bestehenden Vorschriften, welche die Notare verpflichten, den Gerichten oder anderen Behörden beglaubigte Abschriften der Urkunden mitzutheilen oder davon Kenntniss zu geben, verbleibt es auch fernerhin.

§. 21. Wollen die Interessenten nur die Unterschrift eines von ihnen vollzogenen Instruments anerkennen, so ist der Notar weder schuldig, noch befugt, von dem Inhalt des Instruments Kenntniss zu nehmen.

In diesem Falle wird das über die Recognition der Unterschriften aufzunehmende Protocoll, welches den in dieser Verordnung gegebenen Vorschriften entsprechen muss, unter die zu recognoscirenden Unterschriften geschrieben.

Dieses Protocoll vertritt zugleich die in anderen Fällen nach §. 16. zu gebende Ausfertigung; der Notar hat sein Amtssiegel der Unterschrift, welche nach §. 15. erfolgt, beizufügen, und daselbst zugleich die Nummer des Registers, unter welcher die Verhandlung eingetragen ist, zu vermerken.

In den Händen des Notars bleibt nur der Eintragungsvermerk im Register zurück.

§. 22. Wenn nicht blos die Unterschrift, sondern auch der Inhalt einer Urkunde anerkannt werden soll (*A. G. O. Th. I. Tit. 10. §. 125.*), so wird die Urkunde in Gegenwart der Zeugen oder des zweiten Notars vorgelesen und, nachdem sie anerkannt worden, der im Verwahr des Notars verbleibenden Urschrift der Verhandlung angeheftet und mit derselben ausgefertigt.

§. 23. In Ansehung der Formen der Wechselproteste und Vidimationen bleibt es bei den bestehenden Gesetzen.

§. 24. Wenn die Interessenten oder auch nur Einer derselben sich in deutscher Sprache auszudrücken nicht im Stande sind, so muss die Aufnahme der Verhandlung jederzeit in deutscher Sprache und in derjenigen Sprache erfolgen, in welcher die Betheiligten sich auszudrücken im Stande sind.

§. 25. Sind der Notar und die beiden Zeugen, oder wenn keine Zeugen zugezogen sind, beide Notare der fremden Sprache, worin die Betheiligten sich auszudrücken im Stande sind, mächtig, so erfolgt die Aufnahme und Vollziehung des Protocolls in beiden Sprachen, ohne dass es der Zuziehung eines Dollmetschers bedarf.

§. 26. Ist aber auch nur eine der bei Aufnahme der Verhandlung mitwirkenden Personen der fremden Sprache nicht mächtig, so muss ein Dollmetscher zugezogen werden, welchen die Partheien selbst wählen oder durch den Notar wählen lassen.

§. 27. Sind bei dem Geschäft mehrere Personen, welche sich nur in fremder Sprache ausdrücken können, betheiligt, und ist die Sprache derselben verschieden, so ist für jede Sprache ein besonderer Dollmetscher nöthig; es soll jedoch die Zuziehung eines Dollmetschers genügen, wenn dieser die Sprachen sämtlicher Betheiligten versteht.

§. 28. Der Dollmetscher muss als solcher vor Gericht vereidigt sein; den Betheiligten steht jedoch frei, sich über einen unvereideten Dollmetscher zu vereinigen.

§. 29. Der Dollmetscher muss die Eigenschaften eines gültigen Instrumentszeugen haben (§§. 7., 8. und 9.). Das Verbot des §. 5. findet auch auf sein Verhältniss zu dem zugezogenen zweiten Notar oder den Instrumentszeugen Anwendung.

§. 30. Der Notar erforscht die Willensmeinung der Partheien durch den Dollmetscher, nimmt die Verhandlung in der deutschen Sprache auf, lässt solche den Betheiligten durch den Dollmetscher in ihrer Sprache vortragen und von dem Dollmetscher mit den Partheien unterzeichnen. Der Dollmetscher kann auch, wenn die der deutschen Sprache nicht mächtige Person des Lesens und Schreibens unkundig ist, deren Handzeichen nach §. 13. attestiren.

Der in deutscher Sprache aufgenommenen Verhandlung wird eine von dem Dollmetscher verfasste Uebersetzung in der fremden Sprache beigefügt, die von denselben Personen zu unterzeichnen ist, welche die deutsche Verhandlung unterzeichnet haben.

§. 31. Das Protocoll muss ausser demjenigen, was nach §. 10. erforderlich ist, enthalten:

- 1) den Namen, Stand und Wohnort des Dollmetschers;
- 2) die Bemerkung, dass derselbe gerichtlich vereidigt ist, oder dass die Partheien sich über die Zuziehung eines unvereidigten Dolmetschers vereinigt haben, und dass dem Dollmetscher keines der Verhältnisse entgegensteht, welche nach §§. 7. bis 9. und 29. von der Theilnahme an der Verhandlung ausschliessen;
- 3) in dem Falle, wenn bei Partheien verschiedener Sprachen nur Ein Dollmetscher zugezogen worden, die Bemerkung, dass dieser die Sprachen sämtlicher Partheien versteht;
- 4) im Falle des §. 25. die Bemerkung, dass sämtliche bei Aufnahme der Verhandlung mitwirkende Personen der fremden Sprache mächtig sind.

§. 32. Das unter das Protocoll nach §. 14. zu setzende Attest muss ausser den daselbst No. 2. gedachten Personen auch des zugezogenen Dollmetschers erwähnen; dasselbe wird der deutschen Verhandlung, sowie der Uebersetzung, in deutscher Sprache beigefügt und nach §. 15. unter beiden Exemplaren unterzeichnet.

§. 33. Bei den Ausfertigungen werden Urschrift und Uebersetzung entweder nach einander oder in nebeneinander fortlaufenden Spalten geschrieben, so dass sich der in deutscher Sprache beizufügende Ausfertigungsvermerk (§. 16.) zugleich auf Urschrift und Uebersetzung bezieht.

§. 34. Im Grossherzogthum Posen bleibt es rücksichtlich des Attestes §. 32. und des Vermerks §. 33. bei der besonderen Vorschrift des §. IX. der Verordn. vom 16. Juni 1834. (G. S. S. 75).

§. 35. Es ist unstatthaft, die Notariatsurkunden blos in der deutschen Sprache aufzunehmen und auszufertigen, selbst wenn die des Deutschen unkundige Parthei das Eine oder das Andere ausdrücklich verlangen sollte.

§. 36. Jeder Notar ist verpflichtet, ein von dem Vorstande des Untergerichts seines Wohnortes paginirtes und mit dessen Handzuge versehenes Register zu führen, und in die verschiedenen Colonnen desselben jede von ihm aufgenommene Verhandlung nach der Zeitfolge unter fortlaufenden Nummern, das Datum, die Natur und Beschaffenheit des Geschäfts, den Namen, Stand und Wohnort der Betheiligten einzutragen.

In dem Register darf nichts radirt und zwischen die Linien eingeschaltet werden.

Auf jeder Ausfertigung wird die Nummer vermerkt, unter welcher die Verhandlung in das Register eingetragen ist.

§. 37. Bei dem Ausscheiden, dem Tode oder der Versetzung eines Notars in einen andern Amtsbezirk hat das Untergericht, in dessen Bezirk der Notar seinen Wohnsitz hatte, alle das Amt desselben betreffenden Papiere (Urschriften, Register u. s. w.) nebst dem Dienstsiegel an sich zu nehmen und aufzubewahren. Dem vorgesetzten Obergerichte ist hiervon Anzeige zu machen.

§. 38. Das Gericht, bei welchem nach der Bestimmung des §. 37. die amtlichen Papiere des Notars aufbewahrt werden, ist befugt, Ausfertigungen daraus unter seinem Siegel und seiner Unterschrift zu ertheilen.

Dabei ist der Grund, weshalb die Ausfertigung von dem Gerichte ertheilt wird, anzuführen und die Vorschrift des §. 18. zu beobachten.

§. 39. Wird ein Notar vom Amte suspendirt, so hängt es von der Bestimmung des Obergerichts ab, ob schon während der Suspension sämtliche Papiere an das betreffende Gericht abgegeben, oder diesem nur das Register nebst dem Notariatsiegel ausgeliefert, und die einzelnen Urschriften, von welchen Ausfertigungen verlangt werden, vorgelegt werden sollen, um in Stelle des suspendirten Notars die Ausfertigungen zu ertheilen.

§. 40. Die von Notaren innerhalb ihrer Competenz und mit Beobachtung der wesentlichen Förmlichkeiten aufgenommenen Urkunden, die Urschriften wie die Ausfertigungen, haben dieselbe Beweiskraft und Glaubwürdigkeit, wie die gerichtlich aufgenommenen Protocolle und Ausfertigungen.

§. 41. Als wesentliche Förmlichkeiten sind die in den §§. 10. 11. 13. 14. 15. 21. 22. 24 — 27. 30 — 33. 35. enthaltenen Bestimmungen anzusehen.

§. 42. Die Verletzung dieser wesentlichen Förmlichkeiten hat zur Folge, dass das Instrument nicht die Kraft einer Notariatsurkunde hat.

§. 43. Verletzungen der Vorschriften dieser Verordnung, so wie anderer das Notariat betreffender gesetzlicher Bestimmungen, sind an dem Notar, vorbehaltlich der Entschädigungsansprüche der Interessenten, wenn die Sache nicht zur Einleitung einer peinlichen Untersuchung angethan ist, nach Vorschrift des Gesetzes vom 29. März 1844 im Wege des Disciplinar-Strafverfahrens zu ahnden. Dabei kann wegen Verletzung des §. 2. nach Umständen auch schon im ersten Falle die Entfernung aus dem Amte ausgesprochen werden.

§. 44. Die Obergerichte haben von Zeit zu Zeit die Geschäftsführung jedes in ihrem Departement angestellten Notars revidiren zu lassen. Die Notare sind schuldig, den Commissarien sämtliche Urkunden und Register zur Einsicht vorzulegen.

§. 45. Alle den Bestimmungen dieser Verordn. entgegenstehende gesetzliche Vorschriften, insbesondere die §§. 49 — 77. Tit. 7. Th. III. der A. G. O. und das Ges. vom 9. Juli 1841 (G. S. S. 129), werden aufgehoben; dagegen behält es bei allen anderen hier nicht abgeänderten Bestimmungen über Anstellung, Rechte und Pflichten der Notare sein Bewenden.

§. 46. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1. Jan. 1846 in Kraft. Alle vor diesem Tage aufgenommene Notariatsurkunden werden lediglich nach den bisherigen Gesetzen beurtheilt und können insbesondere deshalb, weil abweichend von der Vorschrift des §. 9. dieser Verordnung Privatschreiber oder Gehülfen der Notare als Instrumentszeugen zugelassen sind, nicht als ungültig angefochten werden.

Th. III. Tit. 7. §. 49. a) Den über Verträge mit Analphabeten aufgenommenen Notariatsprotocollen, wobei die Hinsichts der Unterschrift der Analphabeten gesetzlich angeordnete Form beobachtet worden, kann die rechtliche Wirkung schriftlicher Punctionen nicht um deshalb abgesprochen werden, weil die Ausfertigung der Notariatsurkunde nicht erfolgt ist. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 31. Juli 1840, Bd. 6. S. 300. erledigt durch:

b) §. 40. des Gesetzes v. 11. Juli 1845. s. oben zu §. 48. seqq.

Th. III. Tit. 7. §. 95. seqq. a) Rescr. v. 14. Jan. 1839, betr. die Aufbewahrung der Notariatsacten. Min. Bl. S. 43. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 156.

b) Vergl. auch §. 37 — 39. des Ges. v. 11. Juli 1845 zu §. 48. seqq. h. t.

Th. III. Tit. 7. §. 116. seqq. a) Rescr. v. 7. Febr. 1840, betr. die Frage, bei welchem Gerichte die Gebühren der Justiz-Commissarien und Notarien festzusetzen sind. Min. Bl. S. 70. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 255.

b) Rescr. v. 8. Mai 1840, desgl. in zweiter Instanz im summarischen Prozesse. Min. Bl. S. 164. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 569.

c) Rescr. v. 15. April 1839, betr. die Verbindlichkeit zur Erstattung der Mandatariengebühren. Min. Bl. S. 136. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 407.

d) Rescr. v. 27. April 1840 und 3. Febr. 1841, betr. die Zulässigkeit von Gebühren der Justizcommissarien für Einklagung ihrer Deserviten. Min. Bl. 1840, S. 144., 1841, S. 88. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 635., Bd. 57. S. 256.

e) Rescr. v. 30. Juli 1840, betr. die den Justizcommissarien zustehende Wahl, ihre Gebühren beim persönlichen Richter oder beim Richter, vor welchem die Sache geschwebt hat, einzuklagen. Min. Bl. S. 275. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 169.

f) Rescr. v. 9. Febr. 1843, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 113.

g) Rescr. v. 16. Novbr. 1839, betr. die Zulässigkeit des Mandatsprozesses wegen Defensionsgebühren. Min. Bl. S. 380. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 392.

h) Rescr. v. 10. April 1843, betr. die Zulässigkeit des Mandatsprozesses wegen Gebührenforderungen der Justizcommissarien, denen die Vertretung verbin- derter oder verstorbener Collegen von Obergerichtswegen übertragen ist. Min. Bl. S. 110. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 449.

i) Rescr. v. 28. Mai 1843, betr. das Verfahren bei Einklagung von Gebühren der Justizcommissarien und Notarien, wonach deren Festsetzung bei ausser- prozessualischen Angelegenheiten nicht nothwendig und die Einklagung dann im summarischen oder Bagatellprozess zulässig ist. Min. Bl. S. 143. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 451.

Th. III. Tit. 8. §. 4. seqq. a) Vergl. die Zusätze wegen Verwaltung der Patrimonialgerichte etc. zu A. L. R. II. 17. §. 76. seqq., 93. seqq.

b) Rescr. v. 30. März 1843, wegen Bestellung der Commissarien für Bagatellsachen. Min. Bl. S. 95. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 114.

Th. III. Tit. 8. §. 7. seqq. a) Rescr. v. 25. Novbr. 1839, betr. das Stimmrecht der bei den Untergerichten beschäftigten richterlichen Hilfsarbeiter. Min. Bl. S. 399.

b) Rescr. v. 16. Jan. 1843, betr. das Stimmrecht der bei den Untergerichten beschäftigten ausseretatsmässigen Assessoren. Min. Bl. S. 19. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 124.

c) Vergl. C. O. v. 2. Aug. 1841, betr. die Bearbeitung der vor die Kreisgerichte in Neuorpommern und Rügen gehörigen Rechtssachen. Min. Bl. S. 267. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 157.

Th. III. Tit. 8. §. 14. Rescr. v. 30. Juni 1841, betr. die Nichtbe- fugniss der Pupillencollegien, die Vormundschaft über Eximirte einem Unter- gericht zu delegiren. Min. Bl. S. 220. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 582.

Th. III. Tit. 8. §. 15. seqq. Vergl. in Betreff der Beschwerde- sachen §§. 34—37. der Verordn. v. 21. Juli 1846, über das Verfahren in Civilprozessen. G. S. S. 291. s. zu A. G. O. I. 28. §. 1. seqq.

Th. III. Tit. 8. §. 16. seqq. Rescr. v. 16. April 1845, dass Revisionen für jedes Untergericht in der Regel mindestens alle drei Jahre einmal an Ort und Stelle zu veranlassen sind. Min. Bl. S. 76.

Th. III. Tit. 8. §. 40. C. O. v. 26. Septbr. 1838, betr. die durch die Justizvisationen bei Patrimonialgerichten entstehenden Kosten. G. S. S. 496. (s. Bd. VIII. S. 476.)

Registr. u. Kanzl. Regl. §. 1. seqq. 1. Geschäfts-Reglement für die Subalternen-Bureaus der Königl. Gerichte v. 3. Aug. 1841. Min. Bl. S. 292. und Beilage S. 1 — 48. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 175.

2. a) (Zu §. 3. u. 27. vorgedachten Reglem.) Rescr. v. 2. Decbr. 1842, betr. das Kanzlei-Director-Amt bei den collegialisch formirten Untergerichten. Min. Bl. S. 383. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 599.

b) (Zu §. 15. des Reglem.) α) Rescr. v. 27. Decbr. 1843, betr. die Anlegung der Acten im Mandats-, summarischen und Bagatellprozess. Min. Bl. 1844, S. 3. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 476.

β) Rescr. v. 15. Decbr. 1843, wegen Anfertigung eines vollständigen Rotulus in allen zur Entsch. des Geh. Ob. Trib. gelangenden Sachen. Min. Bl. 1844, S. 6. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 473.

c) Rescr. v. 7. Decbr. 1841, betr. die Einführung des gedachten Reglements beim Oberlandesgericht zu Paderborn. Min. Bl. S. 367. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 546.

d) Rescr. v. 2. April 1842, desgl. beim Oberlandesgericht zu Münster und dessen Untergerichten. Min. Bl. S. 143. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 564.

Regist. u. Kanzl. Regl. §. 17. seqq., 47. seqq.

a) Rescr. v. 14. Jan. 1839 und 30. Octbr. 1840, betr. die Aufbewahrung der Protocollbücher der Schiedsmänner, der Notariatsacten und der Kirchenbuch-Duplicate in den Gerichts-Registraturen. Min. Bl. 1839, S. 43., 1840, S. 344. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 156. und Bd. 56. S. 468.

b) Rescr. v. 25. Mai 1839, betr. die Aufbewahrung der Criminalreperitorien. Min. Bl. S. 199. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 491.

c) α) Rescr. v. 20. Juni 1839, betr. die Wahrnehmung des Stempel-Interesses bei der Kassation der Acten. Min. Bl. S. 219. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 421.

β) Rescr. v. 9. Mai 1842, betr. die Revision der zu kassirenden Acten wegen der niedergeschlagenen Stempel. Min. Bl. S. 196. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 596.

γ) Rescr. v. 16. Octbr. 1844, betr. die Kassation der Stempel-Revisions-Acten bei den Gerichten und Notarien in 10 Jahren nach Erledigung der Defecte. Min. Bl. S. 273. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 523.

d) Rescr. v. 14. Decbr. 1840, betr. die jährliche Berichterstattung an den Justizminister wegen des stattgefundenen Actenverkaufs. Min. Bl. S. 402. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 523.

Regist. u. Kanzl. Regl. §. 83 — 86. Rescr. v. 20. März 1840, betr. die Präsentation der eingehenden Schriftstücke. Min. Bl. S. 114. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 235.

Registr. u. Kanzl. Regl. §. 155. seqq. a) C. O. v. 15. Jan. 1835, betr. die Annahme der Lohnschreiber. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 231. (s. Bd. VII. S. 574.)

b) Rescr. v. 14. Novbr. 1839, betr. das Verfahren bei Annahme der gerichtlichen Lohnschreiber. Min. Bl. S. 384. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 421.

c) Rescr. v. 15. März 1841, betr. die vorzugsweise Berechtigung zur Anstellung im Kanzleidienst. Min. Bl. S. 127. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 228.

d) Rescr. v. 5. Febr. 1844, betr. die Annahme und Remuneration der aus dem Einkommen der Kanzlei- und andern Subaltern-Beamten zu remunerirenden Lohnschreiber bei den Königl. Untergerichten. Min. Bl. S. 42.

e) C. O. v. 10. Juni 1844, betr. die Beschäftigung derjenigen Civil-Pensionaire, welche ihre Anstellung im Civildienste durch frühere Militairdienste erworben haben, als Lohnschreiber. Min. Bl. S. 168.

Ich genehmige auf den Bericht des Staatsministeriums vom 24. v. M., dass diejenigen Civil-Pensionaire, welche ihre Anstellung im Civildienste durch frühere Militairdienste erworben haben, als Lohnschreiber gegen Copialien bei den Behörden beschäftigt werden können; die Ansprüche der versorgungsberechtigten Unterofficiere, Freiwilligen und Militair-Invaliden auf etatsmässige Kanzlistenstellen und auf die, bei den Gerichtsbehörden durch die Order vom 8. Decbr. 1833 angeordneten Kanzleidiätarienstellen dürfen aber hiedurch in keiner Weise geschmälert werden. Ich überlasse dem Staatsministerium, hienach das Weitere zu verfügen.

f) In Betreff der Anstellungsberechtigung der Militair-Invaliden etc. s. zu A. L. R. II. 10. §. 64. seqq.

g) Rescr. v. 29. Mai 1843, betr. die Vereidigung aller zu dienstlichen Verrichtungen, zu ihrer Ausbildung, zur Aushülfe oder zur Probe angenommenen Personen. Min. Bl. S. 143. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 481.

h) Rescr. v. 27. Aug. 1844, betr. die Einwirkung der Gerichts-Dirigenten auf die Annahme und Remuneration tüchtiger Kanzleigehülfen. Min. Bl. S. 195. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 256.

i) Vergl. Rescr. v. 29. Juli 1846, betr. die Uebertragung von Subalternstellen an anstellungsberechtigte jüdische Unterofficiere. Min. Bl. S. 140.

Registr. u. Kanzl. Regl. §. 226. seqq. a) Rescr. v. 11. Novbr. 1842, betr. das Stempelwesen bei den Gerichten, bei welchen die Kassen-Instruction v. 1. Jan. 1835 gilt. Min. Bl. S. 366. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 658.

b) Rescr. v. 14. Aug. 1843 und 9. Decbr. 1844, betr. die Berechnung und Erstattung des vor dem Verbrauch verdorbenen Stempelpapiers. Min. Bl. 1843, S. 216., 1844, S. 274. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 231., Bd. 64. S. 524.

c) Rescr. v. 28. Juni 1846, nebst Formular zu der Berechnung der gerichtlichen Stempelvertheiler über den Debit von Stempelpapier zu den gerichtlichen Verhandlungen. Min. Bl. S. 127.

Geschäftstabellen u. Listen. 1. a) Rescr. v. 17. Septbr. 1839, betr. die einzureichenden Uebersichten der seit mehr als 3 Jahren anhängigen Rechtssachen, und die Nachweisung des Ab- und Zugangs der Beamten. Min. Bl. S. 314. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 151.

b) Rescr. v. 22. April 1839 nebst Anlage, betr. die Anfertigung der Criminal-Geschäftstabellen für das Oberlandesgericht zu Halberstadt. Min. Bl. S. 157. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 483.

c) Rescr. v. 10. und 27. Novbr. 1840, betr. die Anfertigung der Beilagen zu den einzureichenden Jahresberichten. Min. Bl. S. 357. u. 382. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 523. u. S. 527.

d) Rescr. v. 8. Jan. 1842, betr. die von den Gerichts-Commissionen einzureichenden monatlichen Geschäfts-Uebersichten. Min. Bl. S. 24. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 242.

e) Rescr. v. 10. März 1842, betr. einige Modificationen der Erlasse über die einzureichenden Geschäftstabellen. Min. Bl. S. 97. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 244.

f) Rescr. v. 22. April 1842, betr. die Eintragung der Nichtigkeitsbeschwerdesachen in die Geschäftstabellen. Min. Bl. S. 170. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 556.

2. a) Rescr. v. 31. Octbr. 1842, Zusammenstellung der an die Obergerichte und an den Justizminister einzureichenden Geschäftstabellen, nebst Formularen. Min. Bl. S. 338. seqq. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 610. seqq.

b) Rescr. v. 16. Novbr. 1846, betr. die Anfertigung der Hauptübersichten der Geschäfte, und der Civil- und Criminaltabellen. Min. Bl. S. 215.

c) Rescr. v. 26. Septbr. 1842, Erleichterung der Gerichte bei Führung der Erbschaftsstempel-Tabellen nebst Zusammenstellung der Vorschriften wegen des Erbschaftsstempels. Min. Bl. S. 324. seqq. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 342. seqq.

d) Rescr. v. 17. Octbr. 1842, betr. die Einsendung der Nachrichten für die Redaction des Handbuchs über den Preuss. Hof und Staat. Min. Bl. S. 362.

e) Rescr. v. 24. Febr. und 31. Mai 1844, enthaltend Zusätze zum Rescr. v. 31. Octbr. 1842 (ad a.). Min. Bl. S. 59. u. 129. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 237. u. S. 487.

3. Rescr. v. 16. April 1845, wegen Vereinfachung der einzureichenden Geschäfts-Uebersichten und Tabellen. Min. Bl. S. 75.

Geschäftslokale u. deren Unterhaltung. 1. a) Rescr. v. 25. Jan. 1839 und 24. Septbr. 1842, betr. die Verwendung und Verrechnung der Baugelder für Justizlokalien. Min. Bl. 1839, S. 57., 1842, S. 314. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 167., Bd. 60. S. 347.

b) Rescr. v. 6. Febr. 1841, 30. März 1841, 18. Aug. 1842 und 9. März 1843, betr. die Kosten für Reparaturen und Utensilien der Gefängnisse und Gerichtslocalien. Min. Bl. 1841, S. 70. u. 136., 1842, S. 292., 1843, S. 67. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 291. u. 292, Bd. 60. S. 348. und Bd. 61. S. 140.

c) Rescr. v. 9. März 1843, dass bei Bauten und Reparaturen die Revision der Bezirksbaubeamten nicht erforderlich ist, wenn die Kosten nicht 20 Thaler erreichen. Min. Bl. S. 68. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 140.

d) Rescr. v. 7. Juli 1843, dass bei Anträgen auf Genehmigung eines Baues das vollständige Bedürfniss gehörig zu erwägen, damit Nachforderungen vermieden werden. Min. Bl. S. 187. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 213.

e) Rescr. v. 30. Mai 1845, betr. die Kosten für Utensilien und Reparaturen in den Gefängnissen und Geschäftslokalien der Gerichte, die frühern Erlasse umfassend. Min. Bl. S. 99.

f) Rescr. v. 5. Novbr. 1846, betr. den Wegfall der Verabfolgung freien Bauholzes aus Staatsforsten bei öffentlichen Bauten. Min. Bl. S. 192.

2. Rescr. v. 2. April 1842, betr. die Berechnung der Ersparungen von Justiz-Bau-Fonds unter 1 Thaler. Min. Bl. S. 153. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 590.

3. C. O. v. 28. Octbr. 1842, dass zu jeder Veräußerung eines dem Justiz-Fiscus gehörigen Grundstücks die Genehmigung des Königs einzuholen ist. Min. Bl. S. 359. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 563.

4. Rescr. v. 12. Febr. 1844 nebst Anlage, betr. die Verpflichtung der Stadtgemeinden zur Anlegung und Unterhaltung der Justiz-Gefängnisse und Hofräume. Min. Bl. S. 46. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 287.

5. C. O. v. 16. Septbr. 1842, wegen Erleichterung der Patrimonialgerichtsherrn Hinsichts der Gefängnisse und Depositaelasse. G. S. S. 249. so wie sonstige Verordnungen wegen der Patrimonialgerichte. s. zu A. L. R. II. 17. §. 93. seqq.

Geschäftsformulare u. Drucksachen. Rescr. v. 11. März 1837 und 26. März 1842, betr. die portofreie Versendung der gedruckten oder lithographirten gerichtlichen Geschäfts-Formulare an die aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichte. Min. Bl. S. 111. u. 112. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 273.

Etats der Behörden. **a)** C. O. v. 19. Juni 1836, betr. die Weglassung der Goldcolonne bei den Besoldungen der Beamten in den Etats. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 576. (s. Bd. VIII. S. 137.)

b) Rescr. v. 12. Novbr. 1840, betr. die Zahlung des Goldantheils bei den Besoldungen. Min. Bl. S. 361. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 531.

Sächliche Fonds. **a)** Rescr. v. 18. Aug. 1842, dass, wenn Ueberschreitungen der sächlichen Ausgabe-Fonds nothwendig erscheinen, deshalb an den Justiz-Minister zu berichten ist. Min. Bl. S. 292. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 348.

b) Rescr. v. 23. Mai 1839, betr. die Verminderung der Ausgaben für Schreibmaterialien. Min. Bl. S. 198. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 400.

c) Rescr. v. 7. Septbr. 1840, betr. die Bewilligung von Pauschquantis für Bureau-Bedürfnisse der Untergerichte. Min. Bl. S. 302. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 205.

d) Rescr. v. 21. März 1840, betr. die Anschaffung von Büchern für die gerichtlichen Bibliotheken. Min. Bl. S. 119. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 250.

e) Rescr. v. 3. Febr. 1843 nebst Formularen, über die Berechnung der sächlichen Ausgaben bei den Königl. Gerichten. Min. Bl. S. 34. seqq. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 141. seqq.

f) Rescr. v. 9. Novbr. 1843, betr. die Führung der Inventarien über die vorhandenen Utensilien und Bücher bei Königl. Gerichten. Min. Bl. S. 276. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 485.

g) Rescr. v. 9. Septbr. 1845, dass die in nicht zahlbaren Sachen erwachsenden Auslagen an Botenlohn und Bestellgeld für postamtliche Insinuationen in Civilsachen auf die sächlichen Fonds anzuweisen sind. Min. Bl. S. 185.

Kassenverwaltung. 1. a) Rescr. v. 27. Aug. 1842, betr. den Debit der Kassen-Instruction für die Gerichte im Grossherzogthum Posen v. 1. Jan. 1835 etc. Min. Bl. S. 300.

b) Rescr. v. 13. Jan. und 12. März 1842, betr. einige Modificationen der Posener Kassen-Instruction v. 1. Jan. 1835. Min. Bl. 1842, S. 30. u. 100. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 257. seqq.

c) (Zu §. 15. der gedachten Instruct.) Rescr. v. 13. Septbr. 1842 nebst Anlage, betr. die Kosteneinzahlung bei der Insinuation gerichtlicher Verfügungen. Min. Bl. S. 310. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 355.

d) (Zu §. 94. der Instruct.) Rescr. v. 17. Octbr. 1843, betr. das Verfahren bei Vereinnahmung der Kosten, welche bei den Gerichts-Commissionen eingezahlt worden. Min. Bl. S. 260 v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 483.

2. a) Regulativ v. 31. Decbr. 1839, betr. die Verwaltung der Sportelkassen bei den Patrimonialgerichten, nebst Formularen. Min. Bl. 1840, S. 10. seqq. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 429.

b) Rescr. v. 31. März 1843, betr. die Kosten der Uebergabe von Patrimonialgerichten an den neuen Richter. Min. Bl. S. 92. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 97.

3. a) Rescr. v. 1. Juni 1843 nebst Anlagen, betr. verschiedene Punkte des Gebührenwesens. Min. Bl. S. 147. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 491.

b) Rescr. v. 15. Jan. und 14. Febr. 1839, betr. die Verrechnung der Urteilsgebühren etc. der Spruchbehörden. Min. Bl. S. 54. u. 81. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 162. u. 165.

c) Rescr. v. 24. Juli 1840, betr. die Festsetzung und Verrechnung der Kosten in Untersuchungssachen. Min. Bl. S. 252. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 274.

d) Rescr. v. 23. Juni und 26. Octbr. 1842, betr. die Verrechnung der gerichtlichen Kosten der Spruchbehörden bei den Gerichten, vor welchen die Instruction geschwebt hat. Min. Bl. S. 229. u. 334. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 589., Bd. 60. S. 657.

e) Rescr. v. 23. Septbr. 1843, betr. die Kosten in der Recursinstanz. Min. Bl. S. 234. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 217.

f) Rescr. v. 19. Febr. 1843, betr. den Kostenansatz in Prozessen, die theils im ordentlichen Verfahren, theils nach der Verordn. v. 1. Juni 1833 geführt sind. Min. Bl. S. 62. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 151.

4. a) C. O. v. 31. Octbr. 1841, betr. die Behandlung der Kosten und Auslagen in Requisitions- und Auftragsachen zwischen den Königl. Gerichten, soweit bei ihnen die A. G. O. gilt. Min. Bl. S. 346.

Auf Ihren Bericht vom 14. v. M. ermächtige Ich Sie, vom 1. Jan. k. J. ab die Einrichtung zu treffen, dass bei allen Re-

quisitionen und Aufträgen zwischen Gerichten, die aus Staatsfonds unterhalten werden, nur diejenigen Nebenkosten, welche, wie z. B. Zeugengebühren, Diäten, Calculaturgebühren, nicht zu Staatskassen fließen, den requirirten oder beauftragten Gerichten erstattet, alle übrigen Kosten aber von diesen Gerichten zwar liquidirt, aber lediglich bei den requirirenden oder beauftragenden Gerichten verrechnet und eingezogen werden, insofern nicht mit der Erledigung eines Auftrags oder einer Requisition, z. B. bei Executionen, Auszahlung von Geldern etc. die Einziehung der dafür zu zahlenden Gebühren verbunden werden kann. Diejenigen Beamten, welche noch Ansprüche auf Sportelantheile, Copialien, Insinuationsgebühren, Meilengelder und dergl. haben, und durch diese Einrichtung dergleichen Emolumente in Requisitions- und Auftragssachen verlieren, sind dadurch zu entschädigen, dass in allen Sachen, in welchen das Gericht, bei welchen sie angestellt sind, als Hauptgericht erscheint, die betreffenden Emolumente aus den Verhandlungen der von demselben requirirten Gerichte für sie in Ansatz gebracht werden.

Sie haben hienach die Gerichtsbehörden mit angemessener Anweisung zu versehen und durch diese dafür zu sorgen, dass der Ansatz von Porto und Stempelauslagen bei den requirirten oder beauftragten Gerichten möglichst vermieden werde.

b) Rescr. v. 11. Novbr. 1841, zur Ausführung vorstehender C. O. Min. Bl. S. 346. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 549.

c) Rescr. v. 11. Febr. 1843, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 53. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 151.

5. Rescr. v. 28. Aug. 1839, betr. die wegen nachliquidirter Kosten und Stempel zu erlassenden Zahlungsaufforderungen. Min. Bl. S. 303. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 167.

6. a) Rescr. v. 18. Febr. 1840, betr. die Controlirung der Vorschusszahlungen und Ausgabebelege bei den gerichtlichen Salarien- und Depositalkassen. Min. Bl. S. 91. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 252.

b) Rescr. v. 5. Febr. 1843, betr. die Zahlung von Schwurzeugengebühren, erst nach Einziehung vom Debenten. Min. Bl. S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 156.

c) Rescr. v. 20. Jan. 1846 nebst Anlage, betr. die Aufhebung der abgesonderten Verwaltung der Kostenvorschüsse, und deren künftige Verrechnung und Controlirung. Min. Bl. S. 22. seqq.

d) Rescr. v. 25. Mai 1846, betr. die von den Obergerichts-Salarienkassen für Rechnung der Bureau-Kasse des Justiz-Ministerii vorschussweise zu leistenden Zahlungen. Min. Bl. S. 107.

e) Rescr. v. 31. Mai 1844 nebst Reglement des Staatsministerii v. 7. ej., betr. die Vernichtung der Belege bereits berichtiger Rechnungen bei allen Königl. Kassen. Min. Bl. S. 133.

7. a) C. O. v. 23. Septbr. 1843, betr. die Ablieferung von Vorschuss-Beständen der gerichtlichen Salarienkassen, und die Niederschlagung geringfügiger Kostenbeträge. Min. Bl. S. 250.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 28. Aug. d. J. will Ich hiedurch genehmigen:

1) dass die bei den Salarienkas sen der Königl. Gerichte nach Beendigung einer Rechtsangelegenheit und Berichtigung der Kosten noch etwa übrig bleibenden Vorschussbestände

a) in allen Fällen, wenn die Empfänger unbekannt oder ihrem Aufenthalte nach nicht ohne grosse Schwierigkeiten zu ermitteln sind, ohne Unterschied des Betrages,

b) in den Fällen, wenn die betreffende Partei zwar bekannt ist, der Betrag aber keinen vollen Thaler erreicht, und die Partei entweder der, zur Erhebung des Bestandes an sie zu erlassenden Aufforderung binnen drei Monaten nicht genügt, oder die, mit der Uebersendung des Bestandes an sie verbundenen Kosten mit dem Betrage des Bestandes in einem Missverhältniss stehen würden, auch nicht zu erwarten ist, dass für dieselbe Partei noch Kosten erwachsen werden,

an die bei den Obergerichten verwalteten und durch die Order vom 5. Septbr. 1835 gegründeten Fonds zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kinder verstorbener Justizbeamten abgeliefert werden, jedoch mit dem Vorbehalte, dass den Parteien, ohne Beschränkung auf eine gewisse Zeit, das Recht verbleibt, die Zurückzahlung der abgelieferten Beträge zu fordern, und

2) dass geringfügige Kostenbeträge entfernt wohnender Parteien unter dem Betrage von Einem Thaler, wenn deren Einziehung nur mit unverhältnissmässigen Ausgaben für die Partei erfolgen kann, niedergeschlagen werden.

Sie, der Justizminister, haben demgemäss die Gerichtsbehörden mit Anweisung zu versehen.

b) Rescr. v. 14. Octbr. 1843, betr. die Ausführung vorstehender C. O. Min. Bl. S. 251. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 482.

8. Rescr. v. 18. Febr. 1846, dass künftig von den Gerichten, welche erblose Verlassenschaftsmassen an die betreffenden Verwaltungskassen abliefern, nur ein Attest des Inhalts beizufügen ist: dass nach Lage der betreffenden Acten zu der übersandten Masse nicht mehr, als in Einnahme nachgewiesen, eingezogen und abgeliefert worden, und dass auch bisher nicht mehr habe eingezogen und abgeliefert werden können. Min. Bl. S. 54.

9. a) Rescr. v. 29. April 1839, betr. die zinsbare Belegung der Salarienkassenbestände bei Untergerichten. Min. Bl. S. 164. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 390.

b) Rescr. v. 4. Aug. 1841 und 1. Juli 1842, betr. die Nachweisung der zinsbar belegten Bestände der Salarienkassen. Min. Bl. 1841, S. 247. 1842, S. 247. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 213., Bd. 60. S. 346.

10. a) Rescr. v. 25. Mai 1839, betr. die Controlirung der vorläufig niedergeschlagenen und ausser Ansatz gelassenen Kosten. Min. Bl. S. 194. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 392.

b) C. O. v. 12. April 1844, betr. die Anwendung der kürzern Verjährungsfristen auf alte Sportelreste. Min. Bl. S. 118.

Einverstanden mit den in Ihrem Berichte vom 30. v. M. entwickelten Ansichten über die Anwendung der Gesetze wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen vom 31. März 1838 und 18. Juni 1840 auf alte Sportelreste, will Ich Sie autorisiren, die Königl. Gerichte anzuweisen:

- 1) dass sie im Laufe d. J. alle alten Sportelreste einer sorgfältigen Prüfung unterwerfen, und wenn sie die Ueberzeugung gewinnen, dass deren nochmalige Einforderung keinen Erfolg verspricht, dieselben definitiv niederschlagen;
- 2) dass sie diese Prüfung künftig allemal im vierten Jahre des Rückstandes wiederholen, und
- 3) dass sie endlich auf die einmal definitiv niedergeschlagenen Sportelreste künftig in keiner Weise wieder zurückgehen.

c) Rescr. v. 9. Mai 1844, zu vorstehender C. O. Min. Bl. S. 118. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 513.

d) Rescr. v. 16. Jan. 1846, betr. die Beschränkung der vorläufigen Niederschlagung von Sportelresten. Min. Bl. S. 20.

e) Rescr. v. 9. Jan. 1846, betr. die Justification der Sportel-Einnabmereste in den Rechnungen der gerichtlichen Salarienkassen.

11. Rescr. v. 26. Juni und 11. Septbr. 1844, betr. die Aufstellung der Jahresrechnungs-Uebersichten bei den gerichtlichen Salarienkassen. Min. Bl. S. 159. u. 202. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 502., Bd. 64. S. 274.

12. Rescr. v. 10. März 1841, betr. den Geldverkehr zwischen den gerichtlichen Salarienkassen und den Kassen der General-Commissionen. Min. Bl. S. 120. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 233.

Kassenrevisionen. 1. **a)** Instruct. v. 6. Jan. 1834, betr. das Verfahren bei Kassenrevisionen. v. K. Jhrb. Bd. 43. S. 151. (s. Bd. VII. S. 598.)

b) Instruct. v. 1. Juli 1842, betr. die Revisionen der Salarien- und Deposittalkassen. Min. Bl. S. 234. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 327.

2. **a)** Rescr. v. 20. Juli 1843, wegen Verfolgung von Regressansprüchen an Kassenrendanten. Min. Bl. S. 258. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 216.

b) Ges. v. 24. Jan. 1844, betr. die Festsetzung und den Ersatz der bei Kassen- und andern Verwaltungen vorkommenden Defecte. G. S. S. 52. s. zu A. L. R. II. 10. §. 88. seqq.

Geldversendungen. **a)** Rescr. v. 24. März 1840 nebst Anlage, betr. die Ausstellung von Quittungen bei Geldversendungen zwischen Königl. Kassen. Min. Bl. S. 116. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 257.

b) Rescr. v. 5. Juni 1839, betr. die den Postämtern auszustellenden Quittungen über die bei den Gerichten eingehenden Gelder. Min. Bl. S. 207. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 398.

c) Rescr. v. 27. Novbr. 1841 und 21. Febr. 1842, betr. das Verfahren zur Verhütung von Unterschleifen bei Geldversendungen. Min. Bl. 1841, S. 355., 1842, S. 80. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 563., Bd. 59. S. 272.

d) Rescr. v. 24. Octbr. 1845, betr. die Controlirung der Postscheine und Quittungen bei der Kassenverwaltung. Min. Bl. S. 209.

Portosachen. 1. **a)** C. O. v. 17. März 1839, betr. die Einziehung des Porto's für unfrankirte Vorstellungen an Gerichtsbehörden. G. S. S. 101. (s. Bd. VIII. S. 288.)

b) Rescr. v. 9. April 1839, betr. die Anwendung der vorgedachten C. O. Min. Bl. S. 128. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 398.

2. Rescr. v. 23. Novbr. 1841, betr. die Controlirung des bei den gerichtlichen Salarienkassen zu verausgabenden Porto's für eingehende Sachen. Min. Bl. S. 361. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 557.

3. Rescr. v. 2. Decbr. 1842, betr. die Notirung des reservirten Porto's. Min. Bl. S. 380. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 656.

4. Rescr. v. 9. Septbr. 1845, dass die in nicht zahlbaren Sachen erwachsenen Auslagen für postamtliche Insinuationen in Civilsachen auf die sächlichen Fonds anzuweisen sind. Min. Bl. S. 185.

Portofreiheit. **a)** Vergl. die Uebersicht der bei der gerichtlichen Correspondenz vorkommenden gewöhnlichen portofreien Rubriken, als Beilage M. zum Geschäfts-Reglement v. 3. Aug. 1841, S. 43. der Beilage zu No. 40. des Min. Bl.

b) Wegen der Kosten-, Porto- und Stempelfreiheit bei Requisitionen vergl. Zusätze zu A. G. O. I. 7. §. 4. seqq.

c) Rescr. v. 16. Novbr. 1841, betr. die Portofreiheit der Correspondenz zwischen den Land- und Stadtgerichten und den Gerichts-Commissionen. Min. Bl. S. 355. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 556.

d) Rescr. v. 26. März 1842, betr. das Verfahren bei der portofreien Uebersendung der Geschäftsformulare. Min. Bl. S. 111. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 273.

e) α) Rescr. v. 20. Juli 1842, betr. das Porto bei Bestellung von Amtssiegeln. Min. Bl. S. 259. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 359.

β) Rescr. v. 20. Octbr. 1843, betr. den Preis der Amtssiegel. Min. Bl. S. 268. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 478.

Criminal - Ordnung.

Publications-Patent. 1. C. O. v. 29. März 1837, betr. die Anwendung der Preuss. Gesetze in den Orten, welche bei Gränzregulirungen als Gebietstheile der Monarchie anerkannt oder in Folge eines Austausches an dieselbe abgetreten worden. G. S. S. 71. (s. Bd. VIII. S. 1.)

2. a) C. O. v. 25. Octbr. 1835, betr. die Untersuchung und Bestrafung der Widersetzlichkeiten und Beleidigungen gegen Wachen und im Dienst begriffene Militairpersonen in den Rheinprovinzen. G. S. S. 227. (s. Bd. VII. S. 217.)

b) C. O. v. 24. Aug. 1837, betr. die Anwendung des fiscalischen Untersuchungsverfahrens in den Rheinprovinzen und in Neuvorpommern bei den in den Verordnungen v. 6. März 1821, 2. Aug. 1834 und 25. Octbr. 1835 bezeichneten Vergehen. G. S. S. 144. (s. Bd. VIII. S. 423.)

c) Verordn. v. 18. Febr. 1842, wegen Abänderung der Vorschriften der C. O. v. 6. März 1821 und 2. Aug. 1834, über die Untersuchung und Bestrafung der Vergehen gegen den Staat und der Beamten in der Rheinprovinz. G. S. S. 86. (s. zu A. L. R. II. 20. §. 91. seqq.)

d) Verordn. v. 6. April 1846, betr. das Verfahren bei Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults im Bezirk des Appellationsgerichtshofs zu Cöln. G. S. S. 156.

3. Verordn. v. 18. Mai 1839, betr. die Criminalgerichts - Verfassung und das Untersuchungsverfahren in Neuvorpommern und Rügen. G. S. S. 207. (s. Bd. VIII. S. 482.)

Einleitung §. 12. 1. a) Die Zusätze zu dem Gesetze v. 7. Juni 1821, wegen Untersuchung und Bestrafung des Holzdiebstahls. G. S. S. 89. (Bd. IV. S. 649.) s. zu A. L. R. II. 20. §. 1141. seqq.

b) Rescr. v. 21. Juni 1842, betr. das Verfahren in Untersuchungen wegen Holzdiebstahls, wenn der Einwand der Holzberechtigung gemacht wird. Min. Bl. S. 228. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 634.

c) Rescr. v. 9. Decbr. 1839, dass die Denuncianten in Holzdiebstahlsachen, die sie betreffenden Protocolle zu unterschreiben haben. Min. Bl. S. 424. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 396.

d) Rescr. v. 10. Octbr. 1840, betr. die Abfassung der Protocolle in Holzdiebstahlsachen. Min. Bl. S. 331. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 605.

e) Rescr. v. 14. Mai 1842, betr. die Einziehung der Geldstrafen bei Holzdiebstählen. Min. Bl. S. 207. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 632.

2. Vergl. die Zusätze zur A. G. O. I. 35. §. 34. u. 35., insbesondere Ges. v. 29. März 1844, über das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte. (G. S. S. 77.) s. zu A. G. O. I. 35. §. 34. No. 5.

3. **a)** Regulativ v. 7. Juni 1844, betr. das Verfahren bei Chausseepolizei- und Chausseegeld-Uebertretungen. G. S. S. 167. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34. Anh. §. 243.

b) Rescr. v. 12. Juli 1844, betr. die Verpflichtung der Gerichtsbehörden in Zoll- und Steuer-Defraudationssachen auf Requisition der Zoll- und Steuerbehörde die unberichtigt gebliebenen Gefälle einzuziehen. Min. Bl. S. 169. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 287.

4. **a)** Instruct. für das Criminalgericht zu Berlin v. 20. Octbr. 1839. Min. Bl. S. 346 — 348. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 506.

b) C. O. v. 20. Juni 1842, betr. eine Modification des §. 1. vorgedachter Instruct., wodurch verschiedene Vergehen der Competenz des Criminalgerichts zu Berlin überwiesen werden. Min. Bl. S. 258. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 621.

c) Rescr. v. 8. Septbr. 1840 nebst C. O. v. 31. Aug. ej., betr. eine Modification des §. 2. vorgedachter Instruction. Min. Bl. S. 307. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 268.

d) Rescr. v. 29. März 1841, betr. die theilweise Anwendung der vorgedachten Instruction bei andern Gerichten. Min. Bl. S. 146. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 283. und C. O. v. 24. März 1841, denselben Gegenstand betreffend. G. S. 1844, S. 453.

Auf Ihren Bericht vom 4. d. M. genehmige Ich, dass die in Meiner Order vom 31. Aug. v. J. für das hiesige Criminalgericht gegebene Bestimmung, nach welcher Untersuchungen,

- 1) welche polizeimässig geführt werden,
- 2) wegen Vergehen, die mit leichter körperlicher Züchtigung, höchstens vierwöchentlicher Gefängnisstrafe oder fünfzig Thaler Geldbusse oder mit einer willkürlichen Strafe zu ahnden sind,

an ein für allemal bestimmte Commissarien des Gerichts überwiesen werden und das Erkenntniss erster Instanz auf mündlichen Vortrag des Inquirenten von einer aus drei Mitgliedern bestehenden Abtheilung des Gerichts abgefasst wird, bei allen collegialisch formirten Gerichten zur Anwendung gebracht werde.

e) Rescr. v. 29. Mai 1841, betr. die Anwendung des in der C. O. v. 24. März 1841 vorgeschriebenen summarischen Verfahrens auf solche Vergehen, welche im Wege der fiscalischen Untersuchung zu ahnden sind. Min. Bl. S. 195. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 670. erledigt durch:

f) Rescr. v. 9. Aug. 1842 nebst C. O. v. 30. Juli ej., wonach das summarische Untersuchungsverfahren auf solche Vergehen nicht anzuwenden ist, welche im Wege der fiscalischen Untersuchung nach den bestehenden Gesetzen zu ahnden sind. Min. Bl. S. 291. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 317.

g) Rescr. v. 16. Jan. 1844, betr. das summarische Untersuchungsverfahren. Min. Bl. S. 31. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 277.

h) C. O. v. 5. Aug. 1844, über das mit dem Angeschuldigten abzuhaltende Schlussverhör im summarischen Untersuchungsverfahren. G. S. S. 453.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 20. v. M. und nach dessen Antrage bestimme Ich hierdurch, dass in den Untersuchungen wegen geringerer Vergehen, bei welchen nach Meiner Order vom 24. März 1841 ein abgekürztes Verfahren eintritt, das Schlussverhör mit dem Angeschuldigten vor der versammelten Deputation des Gerichts, welche in erster Instanz das Erkenntniss abzufassen hat, abgehalten werden soll. Ich ermächtige jedoch den Justizminister, Ausnahmen hiervon zu gestatten, wenn diese Anordnung bei einzelnen Gerichten wegen besonderer Verhältnisse nicht füglich zur Ausführung gebracht werden kann. — Diese Bestimmungen sind mit Meiner Order vom 24. März 1841 durch die G. S. bekannt zu machen.

i) Rescr. v. 26. Mai 1845, betr. die Abhaltung des Schlusstermins in summarischen Untersuchungen bei Patrimonialgerichten. Min. Bl. S. 107.

5. a) Ges. v. 17. Juli 1846, betr. das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen. G. S. S. 267.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. Schon seit Unserem Regierungsantritt ist Unsere Absicht dahin gerichtet gewesen, zur Herbeiführung einer der Würde des Richteramts entsprechenden, schleunigen und doch gesicherten Rechtspflege die Vorschriften der Crim. Ordn. vom 11. Decbr. 1805 und der A. G. O. Th. I. Tit. 35. Abschn. 2. einer Umgestaltung zu unterwerfen und ein mündliches Verfahren vor dem erkennenden Richter in Unsere Provinzen, in welchen das A. L. R. gilt, einzuführen. Bei den umfassenden Vorarbeiten, welche die endlichen Bestimmungen hierüber und insbesondere die jedenfalls nöthige sorgfältige Berücksichtigung der bestehenden Gerichtsverfassung erfordern, haben Wir beschlossen, ein solches Verfahren zunächst nur bei den Gerichten in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin, deren Verfassung hierbei keine Schwierigkeit entgegenstellt, anzuordnen. Wir bestimmen demgemäss, nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsministeriums und einer von Uns aus Mitgliedern des Staats-Raths ernannten Commission, was folgt:

Erster Titel.

Von dem Verfahren bei Untersuchung der Verbrechen.

§. 1. Die Vorschriften dieses Titels sind bei allen wegen Verbrechen zu verhängenden Untersuchungen anzuwenden, deren Einleitung und Führung dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zusteht.

I. Allgemeine Vorschriften.

1. Staats - Anwalte und deren Verhältniss zu der Polizeibehörde und den Gerichten.

§. 2. Bei dem Kammergericht, so wie bei dem Criminalgericht, und zwar bei jedem für die zu dessen Competenz gehörenden, im §. 1. gedachten Untersuchungssachen, soll ein Staatsanwalt aus der Zahl der zum höheren Richteramte befähigten Beamten bestellt werden, dessen Amt es ist, bei allen Verbrechen, mit Ausnahme der im §. 24. bezeichneten leichten Verbrechen, die Ermittlung der Thäter herbeizuführen und diese vor Gericht zu verfolgen.

Jedem Staatsanwalte sind, so weit das Bedürfniss es erfordert, Gehülfen beizuordnen, die unter seiner Aufsicht stehen und seinen Anweisungen Folge leisten müssen, überall aber, wo sie für ihn auftreten, zu allen Functionen desselben berechtigt sind.

Welchen Beamten die Verfolgung der leichten Verbrechen obliegt, ist im §. 25. bestimmt.

§. 3. Die Staatsanwälte und deren Gehülfen gehören nicht zu den richterlichen Beamten; sie sind in ihrer Amtsführung nicht der Aufsicht der Gerichte, sondern der des Justizministers unterworfen und müssen den Anweisungen desselben Folge leisten.

Die Ernennung der Staatsanwälte erfolgt durch Uns auf den Antrag des Justizministers.

Die Gehülfen werden den Staatsanwälten vom Justizminister beigeordnet und können von demselben aus dieser Stellung zu jeder Zeit wieder abberufen werden.

§. 4. Das Polizeipräsidium und dessen Beamte bleiben, wie bisher, verpflichtet, den Verbrechen jeder Art nachzuforschen und alle keinen Aufschub gestattenden vorbereitenden Anordnungen zur Aufklärung der Sache und Festmachung des Thäters zu treffen. Sie haben aber die von ihnen aufgenommenen Verhandlungen dem betreffenden Staatsanwalte zur weiteren Veranlassung zu übersenden, auch den Requisitionen desselben wegen Einleitung oder Vervollständigung solcher polizeilichen Voruntersuchungen, oder wegen Verfolgung oder Verhaftung verdächtiger Personen Folge zu leisten.

Von jeder wegen eines Verbrechens vorgenommenen Verhaftung ist die Polizeibehörde dem betreffenden Staatsanwalt binnen 24 Stunden Anzeige zu machen verpflichtet.

§. 5. Die Gerichte sollen bei Einleitung und Führung der Untersuchungen nicht ferner von Amtswegen, sondern nur auf Antrag des Staatsanwalts einschreiten; sie sind aber verpflichtet, von allen amtlich zu ihrer Kenntniss kommenden Verbrechen dem Staatsanwalte sogleich Mittheilung zu machen, auch den von demselben an sie gerichteten Anträgen wegen Feststellung des Thatbestandes und wegen sonst erforderlicher Ermittlungen zu genügen und zu deren Erledigung, wenn es nöthig ist, einen Untersuchungsrichter zu ernennen.

Waltet Gefahr im Verzuge ob, so hat das Gericht auch ohne Antrag des Staatsanwalts alle diejenigen Ermittlungen, Verhaftungen oder Anordnungen vorzunehmen, welche nothwendig sind, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten. Die Verhandlungen hierüber sind aber demnächst dem Staatsanwalte mitzutheilen.

§. 6. Dem Staatsanwalt legt sein Amt die Pflicht auf, darüber zu wachen, dass bei dem Strafverfahren den gesetzlichen Vorschriften überall genügt werde. Er hat daher nicht bloss darauf zu achten, dass kein Schuldiger der Strafe entgehe, sondern auch darauf, dass Niemand schuldlos verfolgt werde.

§. 7. Untersuchungsverhandlungen, Verhaftungen oder Beschlagnahmen hat der Staatsanwalt nicht selbst vorzunehmen, sondern solche nach den Umständen entweder bei der Polizeibehörde, oder bei dem betreffenden Gerichte zu beantragen; er ist jedoch befugt, allen polizeilichen und gerichtlichen Verhandlungen, welche Gegenstände seines Geschäftskreises betreffen, beizuwohnen, und mit dem Beamten, welcher die Verhandlung zu führen hat, in unmittelbare Verbindung zu treten, und seine Anträge und Mittheilungen zur Förderung des Zwecks der Untersuchung an diesen Beamten zu richten.

§. 8. Dem Staatsanwalt steht die Einsicht aller polizeilichen und gerichtlichen Acten, welche sich auf einen zu seinem Geschäftskreise gehörenden Gegenstand beziehen, jederzeit frei. Auch gehört es zum Berufe desselben, den Unvollständigkeiten, Verzögerungen oder sonstigen Unregelmässigkeiten, welche er in den Untersuchungen wahrnimmt, durch Anträge bei der vorgesetzten Behörde des die Untersuchung führenden Beamten, Abhülfe zu schaffen.

§. 9. Wegen Amtsverbrechen darf der Staatsanwalt nur auf Grund eines Antrages der vorgesetzten Dienstbehörde des anzuklagenden Beamten (§§. 5. u. f. des Gesetzes vom 29. März 1844) einschreiten.

Einem solchen Antrage aber muss der Staatsanwalt stets genügen, und die Anklage dem Gerichte zur Beschlussnahme selbst dann einreichen, wenn seine Ansicht über die Begründung der Anklage von der Dienstbehörde abweicht. Auch ist er verpflichtet, gegen die gerichtlichen Entscheidungen in Sachen dieser Art Rechtsmittel einzulegen, wenn die Dienstbehörde ihn hierzu auffordert.

§. 10. Verbrechen, deren Bestrafung die Gesetze von dem Antrage einer Privatperson abhängig machen, darf der Staatsanwalt nur dann vor Gericht verfolgen, wenn hierauf von jener Person angetragen worden ist. Doch ist er sowohl in diesen Fällen, als auch dann, wenn bei Verbrechen anderer Art die Betheiligten sich an ihn wegen Veranlassung der Untersuchung wenden, befugt, die gerichtliche Verfolgung zu verweigern, wenn er dieselbe für gesetzlich nicht begründet erachtet.

Ueber Beschwerden wegen solcher Weigerungen hat der Justizminister zu entscheiden.

§. 11. Die Gerichte sind an die Anträge des Staatsanwalts nicht dergestalt gebunden, dass sie nur darüber, ob solche in der angebrachten Art begründet seien, zu entscheiden hätten; sie sind vielmehr verpflichtet, die That, deren Untersuchung und Bestrafung der Staatsanwalt beantragt hat, ihrer Beurtheilung zu unterwerfen, und wenn sie hierbei finden, dass diese That zwar eine strafbare ist, allein gegen ein anderes Strafgesetz, als das von dem Staatsanwalt bezeichnete verstösst, so liegt ihnen ob, demgemäss was Rechtens zu beschliessen.

§. 12. So lange das Gericht die förmliche Eröffnung einer Untersuchung noch nicht beschlossen hat, kann der Staatsanwalt von der Anklage Abstand nehmen, und es ist, wenn er dies erklärt, jedes weitere Verfahren einzustellen. Ist aber die förmliche Untersuchung einmal beschlossen, so muss dieselbe durch ein Urtheil beendet werden.

§. 13. Gegen einen Beschluss des Gerichts, durch welchen der Antrag auf Eröffnung einer Untersuchung zurückgewiesen wird, steht dem Staatsanwalte innerhalb einer zehntägigen präclusivischen Frist, welche mit dem Ablauf des Tages beginnt, an dem die Mittheilung des Bescheides erfolgt ist, die Beschwerde an das Appellationsgericht offen. Bei der Entscheidung dieses Gerichts muss es verbleiben.

§. 14. Sowohl während der gerichtlichen Voruntersuchung, als während des ganzen Laues der gerichtlichen Untersuchung, steht dem Gerichte die Beschlussnahme über die Verhaftung oder Freilassung des Angeklagten zu.

2. Mündliches Verfahren vor dem erkennenden Gericht.

§. 15. Der Fällung des Urtheils soll ein mündliches Verfahren vor dem erkennenden Gericht vorhergehen, bei welchem der Staatsanwalt und der Angeklagte zu hören, die Beweisaufnahme vorzunehmen und die Vertheidigung des Angeklagten mündlich zu führen ist.

§. 16. Der Angeklagte kann in allen Fällen des Beistandes eines Vertheidigers sich bedienen, hat aber nur in den Untersuchungen wegen der in den §§. 39. u. 64. bezeichneten Verbrechen das Recht, zu verlangen, dass ihm ein Vertheidiger von Amtswegen bestellt werde.

§. 17. Zu dem mündlichen Verfahren haben, ausser den dabei betheiligten Personen, alle Justizbeamte, insbesondere auch die Justizcommissarien, Referendarien und Auscultatoren Zutritt. Alle bei der Sache nicht betheiligten Personen müssen sich aber entfernen, wenn der Angeklagte darauf anträgt, oder das Gericht dies aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit für angemessen erachtet. (C. O. v. 7. April 1847 s. unten S. 264.)

3) Ausschluss der Zwangsmittel gegen den Angeklagten.

§. 18. Zwangsmittel jeder Art, durch welche der Angeklagte zu irgend einer Erklärung genöthigt werden soll, sind unzulässig.

4) Beweis und Urtheil.

§. 19. Die bestehenden gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren bei Aufnahme der Beweise, insbesondere auch darüber, welche Personen als Zeugen vernommen und vereidet werden dürfen, bleiben ferner maassgebend.

Dagegen treten die bisherigen positiven Regeln über die Wirkungen der Beweise ausser Anwendung. Der erkennende Richter hat fortan nach genauer Prüfung aller Beweise, für die Anklage und Vertheidigung, nach seiner freien, aus dem Inbegriff der vor ihm erfolgten Verhandlungen geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden: ob der Angeklagte schuldig, oder nicht schuldig, oder ob derselbe von der Anklage zu entbinden sei. Er ist aber verpflichtet, die Gründe, welche ihn dabei geleitet haben, in dem Urtheil anzugeben.

Auf vorläufige Lossprechung (Freisprechung von der Instanz) soll nicht mehr erkannt werden.

§. 20. Der für schuldig Erklärte ist zur vollen gesetzlichen Strafe zu verurtheilen.

Wenn jedoch im Gesetz Todesstrafe oder lebenswierige Freiheitsstrafe angedroht ist, so ist das Gericht ermächtigt, in denjenigen Fällen, in welchen gegen den für schuldig Erklärten ein nach den bisherigen positiven Regeln der Criminal-Ordnung für vollständig zu erachtender Beweis nicht geführt ist, anstatt der Todesstrafe auf lebenswierige oder zeitige Freiheitsstrafe, anstatt der lebenswierigen Freiheitsstrafe aber auf zeitige Freiheitsstrafe zu erkennen.

§. 21. Einer besondern Belehrung des Verurtheilten über die ihm zustehenden Rechtsmittel bedarf es nicht.

§. 22. Der für nicht schuldig Erklärte darf wegen derselben Handlung nicht wieder unter Anklage gestellt werden.

Gegen denjenigen aber, welcher nur von der Anklage entbunden wird, ist eine Erneuerung der Anklage, in sofern sie durch Anführung neuer Thatfachen oder Beweismittel begründet wird, so lange zulässig, als nicht bereits Verjährung eingetreten ist.

Unter eben diesen Bedingungen ist eine Erneuerung der Anklage gestattet, wenn die frühere Anklage vom Staatsanwalte zurückgenommen oder dessen Antrag auf Eröffnung der Untersuchung vom Gericht zurückgewiesen worden ist.

§. 23. Eine Bestätigung des richterlichen Urtheils durch den Justizminister findet nicht ferner Statt.

II. Besondere Vorschriften.

A. Verfahren erster Instanz

1. bei leichten Verbrechen.

§. 24. Die Untersuchung und die Entscheidung erster Instanz in Ansehung derjenigen Verbrechen, welche in den Gesetzen mit

Geldbusse bis zu 50 Thalern,
oder
Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen,
oder
körperlicher Züchtigung,
oder mit mehreren dieser Strafen zugleich bedroht sind, erfolgt durch commissarisch dazu bestellte Einzelrichter.

Die Competenz dieser Richter tritt auch dann ein, wenn neben diesen Strafen zugleich auf Ehrenstrafen zu erkennen ist.

Ausgeschlossen von der Competenz der Einzelrichter bleiben jedoch die Fälle, in welchen entweder zugleich auf den Verlust des Adels, eines Amtes, Titels, einer Würde, oder des Rechts zum selbstständigen Gewerbebetrieb zu erkennen ist, oder in welchen die Verurtheilung für den Verbrecher den Verlust der Standeschaft, der Gerichtsbarkeit, des Patronats oder Bürgerrechts nach den gesetzlichen Bestimmungen unbedingt zur Folge hat.

§. 25. Die Geschäfte des Staatsanwalts werden bei den Untersuchungen dieser Art (§. 24.) von Polizeibeamten verwaltet, welche der Polizeipräsident commissarisch hierzu ernennt, und über deren Amtsführung derselbe die Aufsicht zu führen hat. Ueber Beschwerden aber, die gegen diese Beamten wegen verweigerter Erhebung von Anklagen geführt werden, hat auch in diesen Fällen der Justizminister zu entscheiden (§. 10.).

Im Uebrigen findet Alles, was über die Pflichten und Befugnisse der Staatsanwälte, über deren Verhältniss zu den Gerichten, sowie über die Nothwendigkeit ihrer Zuziehung bei der Verhandlung vor dem erkennenden Richter bestimmt ist, auch auf diese Polizeianwälte Anwendung.

§. 26. Die Anklage kann schriftlich oder mündlich angebracht werden.

§. 27. Wird dem Richter beim Eingange der Anklage zugleich der Angeklagte vorgeführt, und gesteht derselbe die ihm angeschuldigte That, oder sind die Beweismittel für die Anklage und Vertheidigung zur Hand, so hat der Richter in der Regel auf der Stelle die Untersuchung zu führen und das Urtheil zu fällen.

Ist der Angeklagte verhaftet, so muss dessen Vorführung beim Eingange der Anklage sofort geschehen.

§. 28. Kann im Falle des §. 27. das Urtheil nicht sogleich gefällt werden, der Angeklagte ist aber verhaftet, so muss derselbe zugleich über die zu seiner Vertheidigung dienenden Beweismittel vernommen, und hierauf zum mündlichen Verfahren und zur Entscheidung der Sache ein möglichst naher Termin anberaumt werden, zu welchem die beiderseits vorgeschlagenen Zeugen vorzuladen sind.

§. 29. Kann der Angeklagte nicht sofort vorgeführt werden, so ist derselbe zum mündlichen Verfahren durch eine schriftliche Verfügung vorzuladen, welche die Thatfachen des ihm an-

geschuldigten Vergehens angeben, und die Aufforderung enthalten muss:

zur festgesetzten Stunde zu erscheinen, und die zu seiner Vertheidigung dienenden Beweismittel mit zur Stelle zu bringen, oder solche dem Richter so zeitig vor dem Termine anzuzeigen, dass sie noch zu demselben herbeigeschafft werden können.

Zugleich ist dem Angeklagten die Warnung zu stellen, dass im Falle seines Ausbleibens mit der Untersuchung und Entscheidung *in contumaciam* verfahren werden solle.

§. 30. Nur auf Grund bescheinigter erheblicher Hindernisse kann dem Antrage des Angeklagten auf Ansetzung eines neuen Termins Statt gegeben werden.

§. 31. In Ansehung der Vorladung der Zeugen bewendet es bei den Vorschriften der Criminalordnung. Der Richter ist indessen befugt, auch die einem andern persönlichen Gerichtsstande unterworfenen Zeugen, falls dieselben nicht zum Militairstande gehören, zum Erscheinen bei dem mündlichen Verfahren anzuhalten.

§. 32. In dem Termine (§§. 27. 29.) wird, nachdem die Anklage durch den Polizeianwalt vorgetragen und der Angeklagte darüber vernommen worden, mit der Beweisaufnahme, so weit dies erforderlich ist, verfahren, der Polizeianwalt mit seinen Anträgen, so wie der Angeklagte mit seiner Vertheidigung gehört, und alsdann das Urtheil gefällt und mit den Gründen verkündet.

Der Richter ist jedoch befugt, wenn er noch eine weitere Aufklärung der Sache, insbesondere die Aufnahme von Beweisen für erforderlich hält, welche erst bei der mündlichen Verhandlung zur Sprache gekommen sind, die Fällung des Urtheils auszusetzen, und einen Termin zur Fortsetzung des Verfahrens zu bestimmen.

§. 33. Erscheint der Angeklagte, der gehörig erfolgten Vorladung ungeachtet, in dem Termine nicht, oder verweigert er in demselben, über die Anklage sich zu erklären, so wird *in contumaciam* der Beweis aufgenommen, und nach Anhörung des Polizeianwalts so wie des für den Angeklagten etwa aufgetretenen Vertheidigers, das Urtheil gefällt und verkündet.

Dem ausgebliebenen Angeklagten ist das Urtheil in Ausfertigung zuzustellen.

§. 34. Hat eine Beweisaufnahme durch Einnehmung des Augenscheins an Ort und Stelle Statt gefunden, so muss das darüber aufgenommene Protocoll bei dem mündlichen Verfahren vorgelesen werden.

§. 35. Zeugen, die nicht vorgeladen worden, allein in der Nähe befindlich sind, kann der Richter sogleich durch den Gerichtsdienner gestellen lassen.

Dasselbe gilt von gehörig vorgeladenen, aber ausgebliebenen Zeugen. Hat ein solcher Zeuge sein Ausbleiben nicht im Voraus entschuldigt, so kann gegen ihn von dem Gericht ohne weiteres

Verfahren eine Geldbusse bis zu 20 Thalern oder eine Gefängnissstrafe bis zu acht Tagen, und die Verpflichtung zur Tragung aller Kosten festgesetzt werden, welche durch die von ihm verursachte Ansetzung eines neuen Termins entstehen. Die Niederschlagung dieser Strafe und die Entbindung von der Kostentragung ist von dem Gericht nur dann zu bewilligen, wenn der Zeuge binnen 14 Tagen nach Zustellung der Strafverfügung sein Ausbleiben genügend entschuldigt.

§. 36. Kann bei dem mündlichen Verfahren die Vernehmung eines Zeugen wegen Krankheit, Alterschwäche, grosser Entfernung oder anderer unabwendbaren Hindernisse nicht erfolgen, so ist solche anderweit zu bewirken, und in diesen Fällen, sowie alsdann, wenn ein schon zuvor gerichtlich vernommener Zeuge inzwischen verstorben ist, das Vernehmungsprotocoll bei dem mündlichen Verfahren vorzulesen. Doch kann der Richter, wenn die Beseitigung jenes Hindernisses möglich ist, und er die Abhörung des Zeugen zur Aufklärung der Sache für nothwendig hält, die Vertagung des Verfahrens und die Vorladung des Zeugen dazu beschliessen.

§. 37. Findet der Richter bei Beurtheilung der That des Angeklagten, dass solche ein Verbrechen enthält, dessen gesetzliche Strafe seine richterliche Competenz überschreitet, so hat er die Sache an das competente Gericht abzugeben.

§. 38. Ueber den Hergang im Termine wird von einem vereideten Gerichtsschreiber ein Protocoll aufgenommen, welches den wesentlichen Inhalt der Erklärungen des Anklägers, des Angeklagten und der Zeugen enthalten muss, und in welchem zugleich das abgefasste Urtheil mit dessen Gründen niederzuschreiben ist. Der Richter und der Gerichtsschreiber haben dieses Protocoll zu vollziehen.

2. bei schweren Verbrechen.

§. 39. Die Untersuchung und die Entscheidung erster Instanz erfolgt durch Gerichtsdeputationen, welche aus drei Mitgliedern bestehen, in Ansehung

- 1) derjenigen im §. 24. bezeichneten Verbrechen, welche in der Schlussbestimmung desselben von der Competenz der Einzelrichter ausgeschlossen worden sind;
- 2) derjenigen Verbrechen, welche in den Gesetzen mit Geldbusse, deren höchstes Maass 50 Thaler übersteigt, oder Freiheitsstrafe, deren höchstes Maass sechs Wochen, jedoch nicht drei Jahre übersteigt, oder mit diesen beiden Strafen zugleich bedroht sind, auch wenn sie noch ausserdem den Verlust von Ehren- oder andern Rechten gesetzlich zur Folge haben;
- 3) des zweiten und dritten grossen gemeinen, oder unter erschwerenden Umständen begangenen, und des ersten gewaltsamen Diebstahls.

Die Beschlüsse dieser Gerichts-Deputationen werden, auch wenn es auf Fällung des Urtheils ankommt, durch Stimmenmehrheit gefasst.

§. 40. Zur förmlichen Eröffnung der Untersuchung gegen eine bestimmte Person ist in den Fällen des §. 39. erforderlich:

- 1) eine vom Staatsanwalt abzufassende Anklageschrift, welche enthalten muss: den Namen des Angeklagten, eine Darstellung der ihm zur Last gelegten That, die Beweismittel dafür, insbesondere die Namen der Belastungszeugen, deren Abhörnung der Staatsanwalt verlangt, und die Bezeichnung des Verbrechens, dessen der Angeklagte beschuldigt wird;
- 2) ein, auf Grund dieser Anklageschrift, die Eröffnung der Untersuchung anordnender Beschluss der Gerichtsdeputation, in welchem der Name des Angeklagten und das ihm angeschuldigte Verbrechen zu bezeichnen sind.

§. 41. Die Berathung und Beschlussnahme der Gerichtsdeputation darüber, ob auf die Anklage die Untersuchung zu eröffnen sei, erfolgt ohne Beisein des Staatsanwalts.

Erachtet die Deputation die Eröffnung der Untersuchung für nicht zulässig, so hat sie in dem Beschlusse hierüber, wenn der Angeschuldigte verhaftet ist, zugleich dessen Freilassung zu verordnen.

§. 42. Findet die Deputation die Sache noch nicht hinreichend vorbereitet, um über die förmliche Eröffnung der Untersuchung zu entscheiden, so hat sie die Punkte, in Ansehung deren es noch einer näheren Aufklärung bedarf, in dem abzufassenden Beschlusse zu bezeichnen, und diesen Beschluss dem Staatsanwalte zur Erledigung zuzustellen.

§. 43. Hält der Staatsanwalt zur Begründung oder Vervollständigung der Anklage eine gerichtliche Voruntersuchung für nöthig, so hat auf seinen Antrag das Gericht einen Untersuchungsrichter zu ernennen.

§. 44. Der Untersuchungsrichter hat bei der Voruntersuchung alle in der Criminalordnung für den Inquirenten gegebenen Vorschriften, insbesondere auch die wegen Zuziehung eines vereideten Protocollführers, zu beachten.

§. 45. Der Zweck der Voruntersuchung ist: die Existenz und Natur des angezeigten Verbrechens, sowie die Person des Thäters und die zu seiner Ueberführung dienenden Beweismittel so weit zu erforschen und festzustellen, als dies zur Begründung einer Anklage und zur Vorbereitung der mündlichen Haupt-Untersuchung erforderlich erscheint. Der Untersuchungsrichter hat daher seine Nachforschungen nicht weiter auszudehnen, als dieser Zweck es nothwendig macht.

§. 46. Ob und welche Zeugen in der Voruntersuchung zu vereidigen sind, bleibt dem Ermessen des Untersuchungsrichters überlassen.

§. 47. Auch der Beschuldigte kann in der Voruntersuchung, wenn dies zur Aufklärung des Sachverhältnisses zweckmässig erscheint, vernommen werden. Ist derselbe verhaftet, so muss seine Vernehmung stets erfolgen.

§. 48. Die Zulassung eines Vertheidigers in der Voruntersuchung ist unstatthaft.

§. 49. Nach Abschliessung der Voruntersuchung legt der Untersuchungsrichter die Acten dem Staatsanwalte zur Stellung der nöthigen Anträge vor.

Nimmt der Staatsanwalt hierbei von der weiteren Verfolgung der Sache Abstand, so ist die Zurücklegung der Acten, und, wenn der Beschuldigte verhaftet ist, dessen Freilassung zu verfügen.

Erachtet der Staatsanwalt aber die förmliche Einleitung der Untersuchung für begründet, so hat er die Anklageschrift (§. 40. No. 1.) einzureichen, über welche alsdann die Gerichtsdeputation Beschluss fasst (§. 40. No. 2. §. 41.).

§. 50. Wird die Eröffnung der Untersuchung beschlossen, so hat die Gerichtsdeputation zugleich einen Termin zum mündlichen Verfahren zu bestimmen.

§. 51. Ist der Angeklagte verhaftet, so wird ihm die Anklageschrift nebst dem Beschluss (§. 40.) vorgelesen, und er darüber vernommen,

ob und welche Beweismittel zu seiner Vertheidigung er herbeigeschafft, insbesondere welche Zeugen er vorgeladen zu sehen verlange?

Kann der Angeklagte sich hierüber nicht auf der Stelle erklären, so ist ihm eine angemessene Frist dazu zu bestimmen.

§. 52. Hat der verhaftete Angeklagte einen Vertheidiger, so ist diesem eine Abschrift der Anklage und des Beschlusses mitzutheilen.

§. 53. Ist der Angeklagte nicht verhaftet, so wird derselbe unter Mittheilung einer Abschrift der Anklageschrift und des Beschlusses (§. 40.) auf die im §. 29. bestimmte Weise schriftlich vorgeladen.

§. 54. Als Zeugen werden, ohne Rücksicht darauf ob sie schon in der Voruntersuchung vernommen sind oder nicht, alle diejenigen vorgeladen, deren Abhörung der Staatsanwalt oder der Angeklagte ausdrücklich beantragt hat, oder das Gericht für erforderlich erachtet.

Dem Angeklagten ist bei seiner im §. 51. bestimmten Vernehmung, oder in der schriftlichen Vorladung (§. 53.) bekannt zu machen, welche Zeugen auf Antrag des Staatsanwalts oder nach dem Beschluss des Gerichts zum Termin vorgeladen sind.

Dem Staatsanwalt sind diejenigen Zeugen namhaft zu machen, deren Vorladung auf Verlangen des Angeklagten und nach dem Beschluss des Gerichts verfügt worden ist.

§. 55. In der Zwischenzeit bis zum Termine ist dem verhafteten Angeklagten, wenn er einen Vertheidiger hat, verstattet, sich mit demselben zu besprechen, und zwar ohne Beisein einer Gerichtsperson, wenn der Vertheidiger ein in Eid und Pflicht stehender Justizbeamter ist. Auch sollen während der gedachten Zeit dem Vertheidiger, der Angeklagte möge verhaftet sein oder nicht, die Untersuchungsacten auf Verlangen in der Gerichtsregistratur zur Einsicht vorgelegt werden; eine Verabfolgung derselben an den Vertheidiger ist nicht zulässig.

§. 56. Bei dem mündlichen Verfahren kommen auch in den Sachen der hier in Rede stehenden Art die Vorschriften der §§. 30 — 38. zur Anwendung, soweit nicht in den nachfolgenden §§. 57 — 63. ein Anderes bestimmt ist.

§. 57. Die Leitung der Verhandlung, insbesondere das Verhör des Angeklagten und der Zeugen, gebührt dem Vorsitzenden der Gerichtsdeputation, welcher jedoch hierbei auf die Meinung der beisitzenden Richter, sowie auf die Anträge des Staatsanwalts, des Angeklagten und dessen Vertheidigers Rücksicht zu nehmen hat.

§. 58. Die schon in der Voruntersuchung eidlich vernommenen Zeugen werden bei ihrer nochmaligen Abhörung nicht aufs neue vereidet, sondern auf den geleisteten Eid verwiesen.

§. 59. Erscheint der gehörig vorgeladene Angeklagte in dem Termine nicht, so kann das Gericht, wenn dasselbe aus besonderen Gründen die Anwendung des im §. 33. vorgeschriebenen Contumacialverfahrens nicht für angemessen hält, bei Vertagung der Sache zu einem andern Termin die Vorführung oder Verhaftung des Angeklagten anordnen.

§. 60. Die Berathung der Gerichtsdeputation über das Urtheil erfolgt ohne Beisein anderer Personen.

§. 61. Findet das Gericht bei Beurtheilung der That des Angeklagten, dass solche ein Verbrechen geringerer Art enthält, als derjenigen, welche seiner Competenz zunächst überwiesen ist, so hat dasselbe dennoch das Urtheil zu fällen.

§. 62. Kann die Berathung (§. 60.) nicht an demselben Tage beendet, oder das Urtheil mit den Gründen nicht sogleich abgefasst werden, so hat das Gericht zur Verkündung des Urtheils einen neuen Termin zu bestimmen, der jedoch nicht über acht Tage hinausgeschoben werden darf.

§. 63. In dem Terminsprotocoll (§. 38.) sind auch die Abänderungen oder Zusätze anzugeben, welche in den Aussagen der schon in der Voruntersuchung vernommenen Zeugen, bei deren nochmaliger Vernehmung im mündlichen Verfahren hervortreten.

Die Niederschreibung des Urtheils und der Gründe desselben in das Terminsprotocoll findet in Sachen der hier in Rede stehenden Art nicht Statt; vielmehr ist das Urtheil besonders abzufassen und nur die geschehene Verkündung in dem Protocolle zu vermerken.

3. bei besonders schweren Verbrechen.

§. 64. Bei der Untersuchung und der Entscheidung erster Instanz in Ansehung

1) derjenigen Verbrechen, welche in den Gesetzen mit einer härteren Strafe als dreijähriger Freiheitsstrafe bedroht sind, und welche nicht zu den im §. 39. No. 3. bezeichneten gehören,

2) aller Amtsverbrechen

sind die Vorschriften der §§. 40. bis 63. ebenfalls anzuwenden, so weit nicht in den nachstehenden §§. 65. bis 71. ein Anderes bestimmt ist.

§. 65. Dem mündlichen Verfahren vor dem erkennenden Gericht muss bei diesen Verbrechen stets eine gerichtliche Voruntersuchung (§§. 44. bis 49.) vorhergehen, in welcher der Angeklagte zu hören ist.

§. 66. Erklärt der Staatsanwalt nach dem Schlusse der Voruntersuchung, dass er die förmliche Anklage erheben wolle, und beantragt er demgemäss, den Beschuldigten in den Anklagezustand zu versetzen: so ist über diesen Antrag von einer aus drei Mitgliedern bestehenden Gerichtsdeputation ein Beschluss zu fassen, welcher dem Staatsanwalte so wie dem Beschuldigten zu eröffnen ist.

§. 67. Hält die Gerichtsdeputation vor ihrer Beschlussnahme eine Ergänzung der Voruntersuchung für nothwendig, so beauftragt sie hiermit den Untersuchungsrichter, der nach Erledigung des Auftrages die Acten wiederum dem Staatsanwalte zu der Erklärung vorzulegen hat, ob er bei seinem früheren Antrage beharren oder denselben ändern wolle.

§. 68. Spricht dagegen der Beschluss (§. 66.) die Versetzung in den Anklagezustand aus, so ist darin zugleich dem Staatsanwalte aufzugeben, binnen einer Frist, welche in der Regel auf nicht länger als acht Tage zu bestimmen ist, eine Anklageschrift einzureichen.

§. 69. Ist das Verbrechen in dem Gesetze mit einer höheren als zehnjährigen Freiheitsstrafe bedroht, so muss dem Angeklagten ein Vertheidiger, falls er einen solchen nicht selbst erwählt hat, von Amtswegen bestellt werden.

§. 70. Die mündliche Untersuchung und die Entscheidung erster Instanz erfolgt vor einer Abtheilung des Gerichts, welche aus sechs Mitgliedern, und, wenn das Verbrechen im Gesetz mit lebenswüthiger Freiheitsstrafe oder mit Todesstrafe bedroht ist, aus acht Mitgliedern bestehen soll.

Bei allen Beschlüssen dieser Gerichtsabtheilung, insbesondere auch bei Fällung des Urtheils, entscheidet Stimmenmehrheit. Sind die Stimmen gleich getheilt, so gilt die mildere Meinung.

§. 71. Bei dem Beginn des mündlichen Verfahrens wird die Anklageschrift durch den Gerichtsschreiber vorgelesen.

B. Verfahren in zweiter Instanz.

§. 72. Gegen jedes in erster Instanz ergangene Urtheil ist sowohl der Angeklagte als der Staatsanwalt, innerhalb einer präclusivischen Frist von 10 Tagen das Rechtsmittel der Appellation einzulegen berechtigt.

§. 73. Die zehntägige Appellationsfrist beginnt mit dem Ablauf des Tages, an welchem das erste Urtheil verkündet worden ist. In denjenigen Fällen aber, in welchen die Verkündung des Urtheils in Abwesenheit des Angeklagten geschehen ist, nimmt die Appellationsfrist für denselben erst mit dem Ablaufe desjenigen Tages ihren Anfang, an welchem ihm die Ausfertigung des Urtheils behändigt wurde.

§. 74. Die Appellation ist bei dem Gerichte der ersten Instanz entweder mündlich zum Protocoll, oder schriftlich anzumelden.

§. 75. Die Angabe der Beschwerden, so wie deren Rechtfertigung, und die Anführung neuer Thatfachen oder Beweismittel können gleichzeitig mit der Appellationsanmeldung erfolgen, müssen aber, wenn dies unterblieben ist, innerhalb der auf den Tag dieser Anmeldung nächstfolgenden zehn Tage geschehen. Das Gericht ist jedoch ermächtigt, diese Frist auf Antrag des Appellanten den Umständen nach angemessen zu verlängern.

§. 76. Die Appellationsschriften (§§. 74. 75.) werden dem Appellanten mit der Aufforderung mitgetheilt, binnen einer Frist von 10 Tagen anzuzeigen, ob und welche neue Thatfachen oder Beweismittel er seinerseits anzuführen habe.

Hat der Staatsanwalt appellirt, und ist der Angeklagte verhaftet, so wird diesem der Inhalt der Appellationsschriften vorgelesen und die ebengedachte Aufforderung zum Protocoll bekannt gemacht; hat er einen Vertheidiger, so ist diesem auf Verlangen Abschrift der Appellationsschriften zuzustellen.

§. 77. Die Appellation des Staatsanwalts begründet für den Angeklagten das Recht der Anschliessung hinsichtlich aller Theile des Erkenntnisses, gegen welche die Appellationsbeschwerden gerichtet sind.

Will der Angeklagte von diesem Rechte Gebrauch machen, so muss er dies innerhalb der nächsten 10 Tage, nachdem ihm die Beschwerden des Staatsanwalts bekannt gemacht worden sind (§. 76.), bei dem Gericht erster Instanz mündlich zum Protocoll oder schriftlich anmelden, auch noch innerhalb derselben Frist die Rechtfertigung der Anschliessung und die neuen Thatfachen oder Beweismittel, welche er anzuführen hat, anbringen.

Eine Verlängerung der Frist zur Anmeldung der Anschliessung ist unzulässig; ob solche zur Rechtfertigung der rechtzeitig angemeldeten Anschliessung zu ertheilen sei, bleibt dem Ermessen des Gerichts überlassen.

§. 78. Von der Anmeldung und Rechtfertigung der Anschliessung ist der Staatsanwalt auf die in §. 76. bezeichnete Weise in Kenntniss zu setzen.

§. 79. Weist das Gericht erster Instanz die Appellation oder die Anschliessung an dieselbe als nicht rechtzeitig angemeldet zurück, so kann der Zurückgewiesene hierüber innerhalb einer zehntägigen präclusivischen Frist, welche mit dem Ablaufe des Tages, an welchem ihm die zurückweisende Verfügung bekannt gemacht wurde, beginnt, bei dem Appellationsgericht Beschwerde führen. Bei der Entscheidung dieses Gerichts muss es bewenden.

§. 80. Die Verhandlung und Entscheidung zweiter Instanz erfolgt

bei den leichten Verbrechen (§. 24.)

vor einer aus drei Mitgliedern bestehenden Deputation des Criminalsenats des Kammergerichts,

in allen anderen Fällen aber vor einer Abtheilung des Ober-Appellationssenats des Kammergerichts, welche

bei den schweren Verbrechen (§. 39.)

aus sechs Mitgliedern,

bei den besonders schweren Verbrechen (§. 64.)

aus acht Mitgliedern, und bei Verbrechen, welche im Gesetz mit lebenswärtiger Freiheitsstrafe oder mit Todesstrafe bedroht sind, aus zehn Mitgliedern bestehen muss.

Die in den §§. 39. und 70. über die Abstimmung in erster Instanz vorgeschriebenen Regeln gelten auch für die zweite Instanz.

§. 81. Demjenigen Staatsanwalte, zu dessen Geschäftskreise eine Sache in der ersten Instanz gehört, liegt der Betrieb derselben auch in der zweiten Instanz ob.

Ist jedoch die Appellation gegen das Erkenntniss eines Einzelrichters eingelegt, so hat, nachdem die Sache an die Deputation des Criminalsenats des Kammergerichts (§. 80.) gelangt ist, der bei diesem Gericht bestellte Staatsanwalt den weiteren Betrieb zu besorgen.

§. 82. Nachdem die Acten bei dem Gerichte zweiter Instanz eingegangen sind, bestimmt dasselbe einen Termin zum mündlichen Verfahren, und ladet dazu den Angeklagten und diejenigen Zeugen vor, deren Abhörung nach der Vorschrift im §. 85. erforderlich erscheint.

Der Staatsanwalt ist von dem Termine ebenfalls in Kenntniss zu setzen.

§. 83. Ist der Angeklagte verhaftet, so wird ihm die Vorladung zum Protocoll bekannt gemacht.

Ist derselbe nicht verhaftet, so geschieht seine Vorladung schriftlich mit der Warnung,

dass wenn er nicht zur bestimmten Stunde erscheinen würde, mit der Uutersuchung und Entscheidung *in contumaciam* verfahren werden solle.

§. 84. Dem Angeklagten steht es frei, in dem Termine durch einen Vertheidiger sich vertreten zu lassen. Erachtet aber das Appellationsgericht das persönliche Erscheinen des Angeklagten für nothwendig, so kann es die Vorladung oder Vorführung desselben anordnen.

§. 85. In der Appellationsinstanz sind, der Regel nach, nur die neu vorgeschlagenen Beweismittel, und diese auch nur dann aufzunehmen, wenn sie geeignet erscheinen, solche von dem Richter erster Instanz für erwiesen angenommenen Thatsachen, welche auf die rechtliche Beurtheilung von Einfluss sind, als unrichtig darzustellen. Dem Appellationsgericht steht jedoch frei, in erster Instanz aufgenommene Beweismittel von Neuem aufzunehmen, und namentlich das Zeugenverhör ganz oder zum Theil vor sich wiederholen zu lassen, wenn es dieses wegen wesentlicher Bedenken für nothwendig hält, die sich bei Prüfung des Urtheils erster Instanz gegen die Richtigkeit der darin als feststehend angenommenen Thatsachen ergeben.

§. 86. Bei dem mündlichen Verfahren, dessen Leitung dem Vorsitzenden gebührt (§. 57.), trägt zuerst ein aus der Zahl der Gerichtsmitglieder zu ernennender Referent eine Darstellung der bis dahin Statt gehabten Verhandlungen vor.

Hierauf wird der Appellant mit seinen Beschwerden, der Appellat mit seiner Gegenerklärung, und nach der Beweisaufnahme, wenn eine solche erforderlich ist, der Staatsanwalt mit seinen Anträgen, in allen Fällen aber zuletzt der Angeklagte und dessen Vertheidiger gehört, und hierauf das Urtheil gefällt.

Hat sowohl der Staatsanwalt, als der Angeklagte appellirt, so wird über beide Appellationen zugleich entschieden.

In allen übrigen Beziehungen kommen bei dem mündlichen Verfahren zweiter Instanz die für die erste Instanz ertheilten Vorschriften ebenfalls zur Anwendung.

C. Verfahren in dritter Instanz.

§. 87. Das auf das Rechtsmittel der Appellation ergangene Urtheil zweiter Instanz ist rechtskräftig, wenn dadurch das Urtheil erster Instanz durchweg bestätigt, oder die Appellation für unstatthaft erklärt wird.

Weicht aber die Entscheidung der zweiten Instanz von der ersten ganz oder theilweise ab, so steht dem Angeklagten, soweit das Urtheil erster Instanz zum Nachtheil desselben geändert worden, dem Staatsanwalte aber, soweit eine Abänderung des Urtheils erster Instanz zu Gunsten des Angeklagten Statt gefunden hat, binnen einer präclusivischen Frist von zehn Tagen das Rechtsmittel der Revision zu. Diese Frist beginnt mit dem Ablaufe des Tages, an welchem das Appellationsurtheil verkündet oder behändigt worden ist (§. 73.).

§. 88. Die Revision findet wegen der Entscheidung des Kostenpunktes nur in sofern Statt, als dieses Rechtsmittel in der Hauptsache zulässig ist, und wegen dieser zugleich eingelegt wird.

§. 89. In den Untersuchungen wegen leichter Verbrechen (§. 24.) ist nur der beim Kammergericht bestellte Staatsanwalt die Revision einzulegen befugt.

§. 90. Die Revision muss von dem Staatsanwalte bei dem Gerichte erster Instanz schriftlich unter Angabe der Beschwerdepunkte angebracht werden.

Dem Angeklagten ist gestattet, seine Revisionsbeschwerde entweder gleich bei Verkündung des Urtheils zweiter Instanz, oder bei dem Gerichte erster Instanz zu Protocoll zu erklären. Er kann dies aber auch in einer bei dem Richter erster Instanz einzureichenden Schrift thun, doch muss diese von einem zum Richteramte befähigten Rechtsverständigen unterzeichnet sein.

§. 91. Die Entscheidung des Appellationsgerichts darüber, ob und in wie weit die in der Untersuchung zur Sprache gekommenen Thatfachen für erwiesen anzunehmen sind oder nicht, kann in der dritten Instanz nicht mehr angefochten werden.

§. 92. Das Gericht erster Instanz prüft, ob die Anbringung der Revision in der vorgeschriebenen Form rechtzeitig erfolgt und das Rechtsmittel seinem Gegenstande nach zulässig ist, theilt, wenn beides der Fall ist, die Beschwerde des Angeklagten dem Staatsanwalte, die des Staatsanwaltes dem Angeklagten und dessen Vertheidiger, zur Gegenerklärung innerhalb einer zehntägigen präclusivischen Frist in Abschrift mit, und sendet nach Ablauf dieser Frist die Acten unter Benachrichtigung der Parteien an das Geheime Ober-Tribunal.

§. 93. Die Gegenerklärung (§. 92.) muss in derselben Form wie die Revisionsbeschwerde (§. 90.) angebracht werden.

§. 94. Weist das Gericht erster Instanz die Revision als unzulässig zurück, so kann der Zurückgewiesene hierüber innerhalb einer zehntägigen präclusivischen Frist, welche mit dem Ablaufe des Tages, an dem ihm die zurückweisende Verfügung bekannt gemacht wurde, bei dem Revisionsgericht Beschwerde führen.

§. 95. Die Entscheidung über die Revision erfolgt bei einem aus zehn Mitgliedern bestehenden Senate des Geheimen Ober-Tribunals, auf den schriftlichen Vortrag eines Referenten, dem jedoch ein Correferent beigeordnet werden muss, wenn in erster oder in zweiter Instanz auf eine zehnjährige Freiheitsstrafe oder auf eine noch härtere Strafe erkannt ist.

Die im §. 70. über die Abstimmung in erster Instanz vorgeschriebene Regel gilt auch für die dritte Instanz.

§. 96. Erachtet das Revisionsgericht die Beschwerde für begründet, so hat es das Urtheil zweiter Instanz abzuändern; doch darf diese Abänderung nicht weiter gehen, als das Urtheil zweiter Instanz von dem der ersten abweicht.

§. 97. Das Revisionsurtheil ist in Ausfertigungen dem Gerichte erster Instanz zur Verkündung oder Behändigung an den Angeklagten und den Staatsanwalt zu übersenden.

D. Rechtsmittel der Restitution.

§. 98. Gegen ein rechtskräftiges Urtheil kann der Angeklagte zu jeder Zeit, der Staatsanwalt aber nur so lange, als das Verbrechen noch nicht verjährt ist, das Rechtsmittel der Restitution einwenden, wenn er darzuthun vermag, dass das Urtheil auf eine falsche Urkunde oder auf die Aussage eines meineidigen Zeugen gegründet ist.

§. 99. Das Restitutionsgesuch muss bei dem Gerichte derjenigen Instanz eingereicht werden, in welcher zuerst die Urkunde oder das Zeugniß, deren Falschheit behauptet wird, vorgebracht sind.

§. 100. Kann derjenige, welcher die Fälschung oder den Meineid begangen haben soll, noch belangt werden, so muss das angeblich von ihm verübte Verbrechen durch eine gegen ihn zu veranlassende gerichtliche Untersuchung erst rechtskräftig festgestellt werden, bevor dem Restitutionsgesuche Statt gegeben werden kann.

In anderen Fällen ist das von dem Angeklagten eingereichte Restitutionsgesuch zunächst dem Staatsanwalte mitzutheilen, um, wenn es ihm erforderlich erscheint, eine gerichtliche Voruntersuchung über die zur Begründung der Restitution angeführten Thatsachen zu veranlassen, und alsdann das Gesuch mit seiner Erklärung darüber wieder vorzulegen.

§. 101. Wird das Restitutionsgesuch von dem Gerichte als unbegründet zurückgewiesen, so steht dem Imploranten frei, innerhalb der nächsten 10 Tage nach dem Empfange des Bescheides bei dem Gerichte der höheren Instanz Beschwerde zu führen. Eine weitere Beschwerdeführung ist unzulässig.

§. 102. Erachtet das Gericht das Restitutionsgesuch für begründet, so hat es sofort das mündliche Verfahren über die Sache zu erneuern, und unter Aufhebung seines frühern Urtheils ein neues zu fällen, gegen welches die gewöhnlichen Rechtsmittel in den noch offen stehenden Instanzen zulässig sind.

E. Folgen der Einlegung der Rechtsmittel auf die Haft des Angeklagten.

§. 103. Durch Einlegung eines Rechtsmittels von Seiten des Staatsanwalts darf die Freilassung des in Haft befindlichen Angeklagten, wenn das Urtheil eine Freiheitsstrafe gegen ihn nicht verhängt hat, niemals verzögert werden.

§. 104. Ist der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt, so hält das vom Staatsanwalte gegen das Urtheil eingelegte Rechtsmittel den Antritt der Strafe nicht auf.

§. 105. Die Einlegung der Appellation von Seiten des Angeklagten hält die Vollstreckung der Strafe auf. Eine vorläufige Abführung des zu einer Freiheitsstrafe Verurtheilten nach der Strafanstalt findet, selbst mit dessen Einwilligung, nicht ferner Statt. Das Gericht ist jedoch befugt und verpflichtet, die erforderlichen Sicherungsmassregeln gegen den Verurtheilten zu treffen.

Die Einlegung der Revision von Seiten des Angeklagten hält die Strafvollstreckung nur so weit auf, als das Appellationsurtheil noch nicht rechtskräftig ist.

F. Aufhebung des Rechtsmittels der Aggravation.

§. 106. Das bestehende Rechtsmittel der Aggravation findet in den nach diesem Gesetze behandelten Untersuchungssachen nicht ferner Statt.

G. Verfahren gegen flüchtige und abwesende Verbrecher.

§. 107. Das in den §§. 577. bis 587. der Criminalordnung vorgeschriebene Contumazialverfahren gegen flüchtige und abwesende Verbrecher findet auch ferner Anwendung.

H. Von den Kosten.

§. 108. Mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einer Strafe, sie möge in der ersten oder einer späteren Instanz erfolgen, ist zugleich die Verurtheilung desselben in alle Kosten des Verfahrens auszusprechen. Wird dagegen der Angeklagte für nicht schuldig erklärt, oder von der Anklage entbunden, so hat derselbe die Kosten des Verfahrens nicht zu tragen, und er ist von der Verpflichtung hierzu, wenn ihm dieselbe durch ein Urtheil früherer Instanz auferlegt worden war, freizusprechen.

Die Kosten eines ohne Erfolg eingelegten Rechtsmittels fallen demjenigen zur Last, welcher dasselbe eingelegt hat. Ist dies der Staatsanwalt, so werden die Kosten niedergeschlagen.

Eine Erstattung aufgewendeter aussergerichtlicher Kosten findet nicht Statt.

§. 109. Verlangt der Angeklagte eine Ausfertigung des Urtheils, so ist ihm diese, wenn das Urtheil auf Strafe lautet, auf seine Kosten, sonst aber kostenfrei zu ertheilen. Unvermögenden Verurtheilten ist die Mittheilung einer Urtheilsausfertigung nicht zu versagen, wenn sie derselben zur Einlegung eines Rechtsmittels bedürfen.

I. Ausgenommene Verbrechen.

§. 110. In dem Verfahren wegen Holzdiebstahls, Steuerdefraudationen, Injurien und Disciplinarsachen gegen Beamte, wird durch die Vorschriften dieses Gesetzes nichts geändert.

Dagegen finden diese Vorschriften auf alle Untersuchungen wegen der gegen Beamte bei Ausübung ihres Amtes oder in Beziehung auf dasselbe verübten Injurien Anwendung.

Zweiter Titel.

Von dem Verfahren bei Untersuchung der Polizeivergehen.

§. 111. Die Vorschriften dieses Titels sind bei allen wegen Polizeivergehen zu verhängenden Untersuchungen anzuwenden, deren Einleitung und Führung dem Polizeipräsidium bisher zustand.

§. 112. Die Verwaltung dieser Polizeigerichtsbarkeit (§. 111.) soll nicht ferner von dem Polizeipräsidium, sondern in erster Instanz von einzelnen Polizeirichtern geführt werden, welche das

Kammergericht commissarisch zu diesem Geschäfte zu ernennen und zu beaufsichtigen hat.

§. 113. Die Verfolgung der Uebertreter der Polizeistrafgesetze vor Gericht soll durch Polizeianwälte geschehen, in Ansehung deren Ernennung, Beaufsichtigung, Befugnisse und Obliegenheiten die im ersten Titel §. 25. enthaltenen Bestimmungen gleichfalls gelten.

§. 114. Die in Ansehung der Verbrechen ertheilten allgemeinen Vorschriften des ersten Titels über das mündliche Verfahren vor dem erkennenden Gericht (§§. 15. bis 17.), die Ausschliessung der Zwangsmittel gegen den Angeklagten (§. 18.), so wie über den Beweis und das Urtheil (§§. 19. bis 22.) finden auch bei Polizeivergehen Anwendung.

1. Ordentliches Verfahren.

§. 115. Bei der Untersuchung und der Entscheidung erster Instanz ist von den Polizeirichtern in der Regel dasselbe Verfahren anzuwenden, welches in den §§. 26. bis 38. in Ansehung der leichten Verbrechen vorgeschrieben ist.

Dem Angeschuldigten steht jedoch frei, sich bei den Verhandlungen, sowohl in dieser als in der folgenden Instanz, durch einen Bevollmächtigten aus der Zahl der Justizcommissarien auf seine Kosten vertreten zu lassen.

§. 116. Gegen das Urtheil erster Instanz ist sowohl der Angeschuldigte, als der Polizeianwalt, innerhalb einer zehntägigen präclusivischen Frist, deren Anfang nach der im §. 73. wegen der Appellationsfrist gegebenen Vorschrift zu bestimmen ist, das Rechtsmittel des Recurses einzulegen berechtigt.

§. 117. Der Recurs kann auf neue Beweismittel über bereits angeführte Thatumstände nicht gegründet werden, auf neue Thatumstände aber nur in soweit, als dieselben bei der Anführung zugleich bescheinigt werden.

§. 118. Die Anbringung des Recurses muss bei dem Polizeirichter mündlich zum Protocoll oder schriftlich geschehen. Eine besondere Frist zur Rechtfertigung des Recurses ist nicht zu gestatten.

§. 119. Die Entscheidung über den Recurs gebührt derselben, aus drei Mitgliedern bestehenden, Deputation des Criminalsenats des Kammergerichts, welche nach §. 80. in zweiter Instanz über die leichten Verbrechen (§. 24.) zu erkennen hat.

§. 120. Findet die Deputation (§. 119.), dass der Recurs nicht zulässig, oder, wenn dabei nur auf die Verhandlungen der ersten Instanz Bezug genommen ist, nicht gegründet sei, so weist sie den Recurrenten durch eine Verfügung zurück, gegen welche ein weiteres Rechtsmittel nicht gestattet ist.

§. 121. In allen anderen Fällen (§. 120.) bestimmt die Deputation, unter abschriftlicher Mittheilung der Recursschrift an die Gegenpartei, einen Termin zum mündlichen Verfahren, bei welchem die Vorschriften der §§. 81. bis 86. beziehungsweise zur

Anwendung kommen. Gegen das auf den Recurs abgefasste Urtheil findet ein weiteres Rechtsmittel nicht statt.

2. Mandats - Verfahren.

§. 122. Beruht die Anklage wegen eines Polizeivergehens auf der Anzeige eines Beamten, welcher die That aus eigener amtlicher Wahrnehmung bekundet, und wird nicht etwa der Angeschuldigte dem Polizeirichter zugleich vorgeführt, in welchem Falle stets das ordentliche Verfahren nach §§. 115. u. f. eintreten muss: so setzt der Polizeirichter auf Grund der Anklage die Strafe fest und macht sie dem Angeschuldigten durch eine schriftliche Verfügung mit dem Bedeuten bekannt,

dass, wenn er durch diese Straffestsetzung sich beschwert finden sollte, er zur Ausführung seiner Vertheidigung sich in einem, sogleich in der Verfügung, und zwar auf mindestens 10 Tagen hinaus, zu bestimmenden Termine vor den Polizeirichter zu stellen, im Falle seines Nichterscheins in diesem Termine aber die Vollstreckung der Strafe zu gewärtigen habe.

§. 123. In dieser Verfügung (§. 122.) muss angegeben sein:

- 1) die Beschaffenheit des Vergehens, so wie die Zeit und der Ort seiner Verübung;
- 2) der Name des Beamten, welcher das Vergehen angezeigt hat, und
- 3) die Straffestsetzung unter Anführung der Strafvorschrift, auf welche dieselbe sich gründet.

Die Verfügung muss zugleich für den Fall, wenn der Angeschuldigte bei der Straffestsetzung sich nicht beruhigen zu können glaubt, die Aufforderung an denselben enthalten,

die zu seiner Vertheidigung dienenden Beweismittel in dem anberaumten Termine mitzubringen, oder solche dem Richter so zeitig vor dem Termine anzuzeigen, dass sie noch zu demselben herbeigeschafft werden können.

§. 124. Erscheint der Angeschuldigte in dem Termine persönlich oder durch einen zulässigen Bevollmächtigten, so ist nach Vorschrift der §§. 115. bis 121. zu verfahren; erscheint er nicht, so hat der Richter einen Vermerk hierüber aufzunehmen.

§. 125. Der Angeschuldigte kann auf Restitution antragen, wenn er durch unabwendbare Umstände verhindert worden ist, persönlich in dem Termine zu erscheinen. Das Restitutionsgesuch muss binnen zehn Tagen nach dem Termine bei dem Polizeirichter angebracht werden, und die Angabe der Hinderungsgründe mit der erforderlichen Bescheinigung enthalten. Auf unbescheinigte Hinderungsgründe darf der Richter keine Rücksicht nehmen. Erst nach Ablauf dieser Frist ist die Strafe zu vollstrecken.

§. 126. Findet der Polizeirichter das Restitutionsgesuch begründet, so ist ein naher Termin zur Verhandlung der Sache anzuberaumen und nach den Vorschriften der §§. 115. bis 121.

zu verfahren. Bleibt der Angeschuldigte in diesem Termin abermals aus, so ist die Strafe, ohne weitere Zulassung irgend eines Rechtsmittels, zur Vollstreckung zu bringen.

§. 127. Findet der Richter das Restitutionsgesuch nicht begründet, so weist er dasselbe durch eine Resolution zurück, gegen welche dem Angeschuldigten die Beschwerde an die im §. 119. bezeichnete Deputation offen steht; diese Beschwerde muss aber binnen 24 Stunden nach Zustellung der Resolution bei dem Polizeirichter angebracht werden. Wird von der Deputation für die Zulassung der Restitution entschieden, so geht die Sache zur Verhandlung in erster Instanz an den Polizeirichter zurück.

§. 128. Zur Entscheidung über das Restitutionsgesuch und über die Beschwerde gegen die dasselbe zurückweisende Resolution bedarf es der vorgängigen Anhörung des Polizeianwalts nicht.

3. Von den Kosten.

§. 129. Wegen der Kosten des polizeigerichtlichen Untersuchungsverfahrens finden die Vorschriften des §. 108. ebenfalls Anwendung.

Dritter Titel.

Gemeinsame Bestimmungen.

§. 130. Die Vorschriften der C. O. vom 24. Octbr. 1838 (G. S. S. 504.) über die Befugnisse des Richters zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bei gerichtlichen Verhandlungen kommen auch bei dem in dem gegenwärtigen Gesetze angeordneten Strafverfahren mit der Maassgabe zur Anwendung, dass die nach No. 5. jener Order den Gerichtsdeputationen im Civilprozeesse zustehende Befugniss, gegen Ruhestörer sofort eine Ordnungsstrafe von einem bis zu fünf Thalern, oder von 6 bis zu 24 stündigem Gefängniss zu beschliessen und vollstrecken zu lassen, auch den Gerichtsdeputationen und Gerichtsabtheilungen beim Strafverfahren zustehen soll.

§. 131. Die Vorschriften der Crim. Ordn. v. 11. Decbr. 1805 und des zweiten Abschnitts des Tit. 35. Th. I. der A. G. O. treten in soweit ausser Anwendung, als sie mit den Vorschriften des vorliegenden Gesetzes nicht vereinbar sind.

§. 132. Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Octbr. dieses Jahres in Kraft.

§. 133. Alle beim Eintritt dieses Zeitpunkts (§. 132.) anhängige Sachen, in denen die Untersuchung erster Instanz mit Einschluss der Vertheidigung bereits geschlossen ist, sollen noch nach den bisherigen Vorschriften durch alle nach denselben zulässigen Instanzen zu Ende geführt werden. In den übrigen anhängigen Untersuchungen ist das Verfahren nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes umzuleiten.

b) C. O. v. 7. April 1847, betr. die Oeffentlichkeit der nach dem Gesetz v. 17. Juli 1846 zu führenden Untersuchungen. G. S. S. 130.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. finden Uns veranlasst, für die nach dem Gesetze vom 17. Juli 1846 (G. S. S. 267.) zu führenden Untersuchungen eine dem wahren Bedürfniss entsprechende Oeffentlichkeit einzuführen, und verordnen demnach, unter Aufhebung des §. 17. des gedachten Gesetzes, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

§ 1. Der Zutritt zu den mündlichen Verhandlungen in den nach dem Gesetze vom 17. Juli 1846 zu führenden Untersuchungen soll fortan allen Männern gestattet sein; zurückzuweisen sind jedoch diejenigen, welche das Recht, die Nationalcocarde zu tragen, verloren haben, sowie diejenigen, deren äussere Erscheinung von der Art ist, dass eine Verletzung des Anstandes bei den Verhandlungen zu besorgen steht.

§. 2. Alle bei der Sache nicht betheiligte Personen müssen sich jedoch daun entfernen, wenn das Gericht dies aus Gründen des öffentlichen Wohls oder der Sittlichkeit für angemessen erachtet. Das Gericht hat hierbei besonders den Antrag des Staatsanwalts zu berücksichtigen.

Tit. I. §. 13. seqq. a) Verordn. v. 18. Mai 1839, betr. die Criminalgerichtsverfassung und das Untersuchungsverfahren in Neuvorpommern und Rügen. G. S. S. 207. (s. Bd. VIII. S. 482.)

b) Wegen Competenz der Berggerichte in Strafsachen vergl. Zusätze zu A. G. O. I. 2. §. 130. und Rescr. v. 6. Juli 1844, wonach den Königl. Bergämtern nur eine Disciplinargewalt, keine Criminalgerichtsbarkeit zusteht. Min. Bl. S. 166.

c) C. O. v. 3. Decbr. 1841, betr. die Competenzverhältnisse zwischen den Senaten des Kammergerichts und bei den Obergerichten der Provinz Preussen, in Untersuchungen wegen Diebstahls und Raubes. G. S. S. 336.

In den Orders über die Feststellung der Competenz-Verhältnisse zwischen den Senaten des Kammergerichts und bei den Obergerichten in der Provinz Preussen, vom 22. Decbr. 1838 (G. S. 1839 S. 25—28.), ist in denjenigen Untersuchungen wegen zweiten gewaltsamen oder vierten gemeinen Diebstahls und wegen Raubes, in welchen ein Untergericht in erster Instanz erkannt hat, die Abfassung des Erkenntnisses zweiter Instanz beziehungsweise dem Ober-Appellationssenat des Kammergerichts und dem Tribunal zu Königsberg vorbehalten worden. Ich will auf Ihren Bericht vom 14. v. M. diese Bestimmung hiermit aufheben, und in Untersuchungen wegen der erwähnten Verbrechen die in den gedachten Orders unter Lit. c. gegebene Competenz-Bestimmung gleichfalls Anwendung finden lassen. In bereits zum Spruch in zweiter Instanz vorliegenden Sachen ist von demjenigen Gericht, bei welchem sie vorgelegt sind, zu erkennen. Sie haben hiernach die betreffenden Gerichte mit Anweisung zu versehen, und diesen Erlass durch die G. S. bekannt zu machen.

d) Die vorerwähnte C. O. v. 22. December 1838 s. Bd. VIII. S. 326. u. 327.

e) C. O. v. 29. April 1842, betr. die Erweiterung der Competenz der Untergerichte in Untersuchungssachen wegen Defraudation landesherrlicher Gefälle und gegen Finanzgesetze überhaupt. G. S. S. 116. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34. No. 2.

Tit. I. §. 17—19. a) C. O. v. 17. Novbr. 1835, betr. die Criminalgerichtsbarkeit von Gerichtscommissarien bei Untergerichten. G. S. S. 236. (s. Bd. VII. S. 615.)

b) C. O. v. 28. Aug. 1846, betr. die Auslegung des §. 19. der Crim. Ordn. Min. Bl. S. 155.

Aus den in Ihrem Berichte vom 8. d. Mts. entwickelten Gründen finde Ich es unbedenklich, dass die Bestimmung im §. 19. der Criminal-Ordnung, nach welcher den der Inquisitorats-Einrichtung beigetretenen Untergerichten die Untersuchung und die Abfassung des Erkenntnisses erster Instanz in solchen Sachen zusteht, in denen Gefängnisstrafe nicht über vier Wochen stattfindet, auch dann anzuwenden ist, wenn die Strafe des Vergehens in Gefängniss oder Strafarbeit von jener Dauer besteht.

Tit. I. §. 20. Declarat. v. 21. Decbr. 1846, betr. die Verpflichtung zur Tragung der Kosten in den Fällen des §. 20. der Crim. Ordn. G. S. 1847, S. 45.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur Beseitigung der Zweifel, welche über die Verpflichtung zur Tragung der Kosten in den Fällen des §. 20. der Crim. Ord. vom 11. Decbr. 1805 obwalten, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, was folgt:

Wenn ein Civilgericht in einer Criminalsache, in Folge der nach §. 20. der Crim. Ordn. ihm obliegenden Pflicht, vorläufig einschreitet, so fallen die dadurch entstehenden baaren Auslagen nicht der Civilgerichts-Obrigkeit, sondern derjenigen Criminalgerichts-Obrigkeit zur Last, welche in dieser Criminalsache überhaupt zur Tragung der Kosten subsidiarisch verpflichtet ist.

Auf Grund der gegenwärtigen Declaration sollen weder Rückforderungen bereits geleisteter Zahlungen, noch Nachforderungen gestattet sein.

Tit. I. §. 20. Wegen Competenz der Berggerichte, so wie des Justitiarius des Hofmarschallamts zu Berlin in Strafsachen vergl. die Zusätze zu A. G. O. I. 2. §. 130.

Tit. I. §. 24. Vergl. C. O. v. 3. Decbr. 1841 nebst Rescr. v. 10. ej. u. C. O. v. 6. April 1842 nebst Beilage, betr. die Competenz zur Entscheidung in II. Instanz auf ein, von einem incompetenten Gerichte in I. Instanz abgefasstes, Erkenntniss. Min. Bl. 1841, S. 372., 1842, S. 167—170.; v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 589., Bd. 59. S. 633.

Tit. I. §. 25. seqq. 1) C. O. v. 16. September 1842, betr. die Erleichterung der Patrimonialgerichtsherrn in Beziehung auf die Einrichtung der Gefängnisse und Depositallage. G. S. S. 249. s. zu A. L. R. II. 17. §. 93 seqq.

2. a) Instruct. für die Inspectoren, Aufseher und Wärter der gerichtlichen Gefangen-Anstalten, v. 24. Octbr. 1837, und C. O. v. 14. Juli 1839 zu §. 23. der Instruction, betr. die Verwendung des Arbeitsertrages der Gefangenen. Min. Bl. 1839, S. 270. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 207.

b) Rescr. v. 3. August 1839, nebst Anlage, betr. die Genehmigung einer Instruction des Oberlandesgerichts zu Arnberg über Beschäftigung der Gefangenen etc. Min. Bl. S. 295 — 300. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 227. seqq.

c) C. O. v. 28. Decbr. 1840, nach welcher der Antheil am Arbeitsverdienst der Gefangenen in den Straf- und Gefangenanstalten niemals von deren Gläubiger in Beschlag genommen werden darf. G. S. 1841, S. 52.

Ich bestimme nach dem Antrage des Staatsministerii vom 22. Octbr. d. J. dass derjenige Antheil am Arbeitsverdienst, welcher in den Straf- und Gefängnisanstalten grundsätzlich den Sträflingen und Gefangenen während der Dauer ihrer Strafzeit oder Haft zufließt, niemals für deren Gläubiger ein Gegenstand des Arrestschlags oder der Beschlagnahme im Wege der Execution sein soll.

d) Rescr. v. 8. Juni 1846, enthaltend die Bestimmungen über Verwendung des Arbeitsverdienstes der gerichtlichen Gefangenen v. 1. Jan. 1844 ab. Min. Bl. S. 115.

3. Instruct. v. 11. März 1839 und Rescr. v. 26. April 1839, über den Waffengebrauch der Aufsichtsbeamten bei den unter gerichtlicher Aufsicht stehenden Gefangenanstalten. Min. Bl. S. 114. und 157. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 197. u. 471.

4. In Betreff der Bauten u. Reparaturen von Gefängnissen s. zu A. G. O.: „Gerichtslocale“ etc.

Tit. I. §. 28. Rescr. v. 31. März 1844, betr. die obergerichtliche Bestätigung der Verträge über die Beköstigung der Gefangenen u. dgl. Min. Bl. S. 97. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 291.

Tit. I. §. 31. Rescr. v. 6. Aug. 1841, betr. die Remuneration der Medicinalpersonen für Behandlung der Gefangenen. Min. Bl. S. 255. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 265.

Tit. I. §. 58. seqq. C. O. v. 5. Mai 1839 und 6. März 1841, wegen der Geschäftssprachen im Grossherzogthum Posen s. zu A. G. O. Einl. §. 1.

Tit. I. §. 76. Vergl. Zusätze zu §. 25. seqq.

Tit. I. §. 78. 1. a) C. O. v. 25. April 1837, betr. die Straf-Juridictionsverhältnisse der Feuerwerks-Abtheilung. v. K. Jhrb. Bd. 49. S. 521. (s. Bd. VIII. S. 493.)

b) C. O. v. 28. Octbr. 1837, betr. den Militairgerichtsstand der bei dem Telegraphencorps angestellten Personen. G. S. S. 158. (s. Bd. VIII. S. 494.)

c) Rescr. v. 17. Novbr. 1842, betr. den Militairgerichtsstand der Mitglieder der Militair-Intendanturen in Criminal- und Injuriensachen. Min. Bl. S. 367. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 669.

2. **a)** C. O. v. 20. Aug. 1836, betr. die Fortsetzung einer gegen einen Militairpflichtigen schwebenden Untersuchung nach erfolgter Einstellung im Militair. G. S. S. 228. (s. Bd. VII. S. 625.)

b) C. O. v. 17. Juli 1837, betr. die Umwandlung der von Civilgerichten gegen gemeine Soldaten vor ihrer Einstellung erkannten Gefängnisstrafe in Militairarrest. G. S. S. 130. (s. Bd. VIII. S. 494.)

c) C. O. v. 11. April 1839, wegen Aufhebung der Strafe der Einstellung in die Festungs-Strafsection gegen die der Civilgerichtsbarkeit unterworfenen, im Militairverbände befindlichen Individuen. G. S. S. 205. (s. Bd. VIII. S. 312.)

d) Rescr. v. 1. Octbr. 1839, wegen des Zeitpunkts der Anweudung vorgedachter C. O., insbesondere in den Provinzen Pommern, Westphalen und Rheinprovinz seit 1. Jan. 1840. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 504.

e) Rescr. v. 27. Juli 1839, wonach die gegen beurlaubte Landwehrmänner zu erkennenden Strafen, welche drei Monate nicht übersteigen, in Gefängnisstrafe festzusetzen sind. Min. Bl. S. 284. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 202.; eingeschränkt durch Rescr. v. 1. Juni 1844. Min. Bl. S. 130. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 539.

3. **a)** C. O. v. 26. Octbr. 1835, betr. das Forum der Militairpersonen bei Verbrechen wider die Verfassung und die öffentliche Ordnung. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 577. (s. Bd. VII. S. 620.)

b) C. O. v. 5. Octbr. 1839, betr. das Forum der Untersuchung und Bestrafung der Herausforderungen und Zweikämpfe beurlaubter Landwehrofficiere. G. S. S. 328. (s. Bd. VIII. S. 318.)

4. **a)** C. O. v. 26. Octbr. 1835 u. 30. Octbr. 1837, betr. das Verfahren bei Perhorrescenzgesuchen der zur Untersuchung gezogenen Officiere. (s. Bd. VII. S. 627. u. Bd. VIII. S. 495.)

b) C. O. v. 12. Aug. 1837, betr. die Stimmzählung bei den Kriegs- und Standesgerichten. v. K. Jhrb. Bd. 50. S. 228. (s. Bd. VIII. S. 496.)

Tit. I. §. 78. 79. 1. Die neueren Strafgesetze und Verordnungen in Betreff des Militairs s. im Anhang zu A. L. R. II. 20.

2. Zusammenstellung der Vorschriften, welche die Civilgerichte in Strafrechtssachen aus Rücksicht auf die Militairverhältnisse zu befolgen haben. Beilage zum Min. Bl. 1847, No. 7.

Tit. I. §. 79. **a)** C. O. v. 15. Mai 1835, betr. das Verfahren in geringfügigen Injuriensachen gegen Militairpersonen. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 536. (s. Bd. VII. S. 438.)

b) C. O. v. 22. Octbr. 1836, über die Zulässigkeit der II. Instanz und die Regulirung des Kostenpunkts in den gegen Militairpersonen wegen Beleidigung von Civilpersonen eingeleiteten Untersuchungen. G. S. S. 307. (s. Bd. VII. S. 629.)

c) C. O. v. 1. März 1844, über die Strafe der Beleidigungen zwischen Militair- und Civilpersonen. G. S. S. 69. s. zu A. L. R. II. 20. §. 643.

Tit. I. §. 80. und §. 77. No. 4. 1. a) Verordn. v. 17. Aug. 1835 zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und der dem Gesetze schuldigen Achtung. G. S. S. 170. (s. Bd. VII. S. 208.)

b) Verordn. v. 30. Septbr. 1836, über das Verfahren bei Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults. G. S. S. 301. (s. Bd. VII. S. 621.)

c) C. O. v. 25. April 1835, betr. die Bestellung des Kammergerichts zum ausschliesslichen Gerichtshofe wegen aller Verbrechen und Vergehungen wider die Verfassung, die öffentliche Ruhe und Ordnung. G. S. S. 47. (s. Bd. VII. S. 618.)

d) C. O. v. 26. Octbr. 1835, betr. die Anwendung der C. O. v. 25. April 1835 auf Militairpersonen. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 577. (s. Bd. VII. S. 620.)

2. a) Vergl. §. 33 — 37. des Zollstrafgesetzes v. 23. Jan. 1838, G. S. S. 78, wegen Untersuchung der Zollvergehen durch die Zollbehörde resp. die Untersuchungsrichter des Haupt-Zoll- oder Steueramts. (s. Bd. VIII. S. 246.) und wegen der Rechtsmittel vergl. Verordn. v. 11. Juni 1838. G. S. S. 377. (s. Bd. VIII. S. 427.)

b) Rescr. v. 20. Juni 1843, dass die Führung der Untersuchung bei Concurrenz eines Steuervergehens mit einem gemeinen Verbrechen den ordentlichen Criminalgerichten zu überlassen, welche dann ersteres in besonderen Acten zu verhandeln haben. Min. Bl. S. 179. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 517.

3. Das Oberlandesgericht zu Stettin ist mit der Untersuchung und Aburteilung der Verbrechen gegen die Verordnung v. 8. Juli 1844, wegen Bestrafung des Handels mit Negersclaven (G. S. S. 402.) nach §. 13. ders. beauftragt. s. zu A. L. R. II. 20. §. 108. seqq.

Tit. I. §. 85. Vergl. die durch C. O. v. 3. Febr. 1844 genehmigte Instruction für die Wachen hinsichtlich der von ihnen vorzunehmenden Verhaftungen, v. 14. Jan. 1844. Min. Bl. S. 98. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 539.

Tit. I. §. 96 — 98. 1. Vergl. die allg. Verfügung v. 16. Septbr. 1844. wegen der Erlasse nach dem Auslande. Min. Bl. S. 207 — 215.

2. Patent v. 28. Octbr. 1836, betr. die wegen Auslieferung der politischen Verbrecher u. s. w. gefassten Bundesbeschlüsse. G. S. S. 309. (s. Bd. VII. S. 631.)

3. Vergl. die Conventionen wegen gegenseitiger Auslieferung resp. Verfolgung flüchtiger Verbrecher:

a) mit Belgien v. 29. Juli 1836. G. S. S. 222.

Rescr. v. 15. Novbr. 1844, wegen des Transports von Verbrechern durch Belgien. Min. Bl. S. 242.

b) mit dem Grossherzogthum Hessen v. 10. April 1841. G. S. S. 67.

Rescr. v. 23. Aug. 1841, wegen Erläuterung dieser Convention. Min. Bl. S. 263.

c) mit dem Grossherzogthum Luxemburg v. 11. März 1844. G. S. S. 233. u. 236.

d) mit Frankreich v. 21. Juni u. 20. Aug. 1845. G. S. S. 579.

e) mit Russland und Polen, Cartel-Convention v. $\frac{20}{8}$. Mai 1844. G. S. S. 195 — 214.

α) Zum Art. 20. dieser Convention:

C.O. v. 27. Septbr. 1844, betr. die Bestrafung der, der Convention zuwider erfolgenden Verheimlichung oder Fortschaffung von Deserteurs, reclamirten Militairpflichtigen und zur Auslieferung geeigneten Verbrechern. G. S. S. 660.

Auf Ihren Bericht vom 2. d. M. setze Ich nach Ihrem Antrage fest, dass derjenige, welcher der Bestimmung im Art. 20. der Cartelconvention mit Russland vom $\frac{20}{8}$. Mai d. J. zuwider einen Deserteur, einen bereits reclamirten Militairpflichtigen oder einen zur Auslieferung geeigneten Verbrecher verbirgt oder demselben nach anderen entfernten Gegenden forthilft, um ihn auf diese Weise der Auslieferung zu entziehen, mit der im §. 35. Tit. 20. Th. II. des A. L. R. verordneten Strafe belegt werden soll. Diese Bestimmung ist durch die G. S. bekannt zu machen.

β) Rescr. v. 15. Juli und 12. Aug. 1844, betr. die Ausführung und den Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Cartelconvention. (1. Aug. 1844 bis 1856.) Min. Bl. S. 170. u. 186. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 297. u. 298.

γ) Rescr. v. 22. Novbr. 1844 nebst Anlage, betr. einige Veränderungen in den Benennungen der Gerichte im Königreich Polen. Min. Bl. S. 255. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 498.

f) Vergl. die frühere Cartel-Conventionen. Bd. V. S. 362. seqq.

4. Vergl. ferner die Conventionen wegen gegenseitiger Beförderung der Rechtspflege:

a) mit der Fürstl. Reuss-Plauenschen Regierung (jüngere Linie) v. 5. Juli 1834. G. S. S. 129.

b) mit der Fürstl. Reuss-Plauenschen Regierung (ältere Linie) v. 25. November 1845. G. S. S. 819.

c) mit dem Königreich Sachsen v. 14. Octbr. 1839. G. S. S. 353.

d) mit Schwarzburg-Rudolstadt v. 12. Aug. 1840. G. S. S. 239.

e) mit Schwarzburg-Sondershausen v. 18. Novbr. 1843. G. S. 1844, S. 1.

f) mit Anhalt-Bernburg v. 9. Septbr. 1840. G. S. S. 250.

g) mit Braunschweig v. 4. Decbr. 1841. G. S. 1842, S. 1.

5. Rescr. v. 28. Decbr. 1846, betr. die Convention mit den Niederlanden v. 7. Juni 1823 (G. S. S. 153.), wegen der baaren Auslagen in Untersuchungssachen. Min. Bl. S. 242.

6. a) Bekanntmachung v. 25. Novbr. 1845, betr. das Uebereinkommen mit dem Grossherzogthum Oldenburg wegen Verhaftung und Auslieferung desertirter Matrosen durch die Consular-Agenten. Min. Bl. S. 217.

b) Vergl. wegen ähnlicher Bestimmungen die Handels- und Schiffahrtsverträge zu A. L. R. II. 15. §. 80. (S. 616.)

7. Vergl. die zu A. L. R. II. 14. §. 1. seqq. (S. 580. seqq.) citirten Staatsverträge wegen der Zoll- und Steuerverhältnisse, desgl. die Uebereinkunft zwischen dem Deutschen Zoll- und Handelsvereine und Belgien, wegen Unterdrückung des Schleichhandels, vom 26. Juni 1846. G. S. 1847, S. 5.

8. **a)** Uebereinkunft mit Oesterreich zur Verhütung der Forst-, Jagd-, Fisch- und Feld-Frevel an den Landesgränzen, v. 21. März 1842. G. S. S. 112.

b) Conventionen wegen gegenseitiger Verhütung und Bestrafung der Forstfrevel:

α) mit Braunschweig v. 25. Jan. 1839. G. S. S. 108.

β) mit Anhalt-Bernburg v. 5. Septbr. 1839. G. S. S. 252.

γ) mit Waldeck. Nachträgliche Erklärung darüber v. 27. Octbr. 1846. G. S. S. 464.

c) Rescr. v. 13. Octbr. 1844, betr. die Einziehung der gegen hiesige Unterthanen erkannten Strafen für Forstfrevel in den benachbarten fremdherrlichen Waldungen. Min. Bl. S. 231. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 539.

9. Conventionen wegen gegenseitiger Uebernahme der Vagabonden und Ausgewiesenen:

a) mit Braunschweig v. 4. Octbr. 1839. G. S. S. 272. Rescr. v. 27. Novbr. 1841, betr. die Auslegung dieser Convention. Min. Bl. S. 371. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 587.

b) mit Waldeck v. 12. Decbr. 1839. G. S. 1840, S. 83.

c) mit Anhalt-Cöthen v. 24. Juli 1839. G. S. 1841, S. 87.

d) mit dem Grossherzogthum Hessen v. 19. Febr. 1840, G. S. S. 26.

e) mit Baiern v. 16. März 1840. G. S. S. 105.

f) mit dem Kurfürstenthum Hessen v. 26. Mai 1840. G. S. S. 146.

g) mit Oldenburg v. 18. Novbr. 1840. G. S. S. 366.

h) mit Würtemberg v. 5. Decbr. 1845. G. S. S. 779.

10. Rescr. v. 19. Juni 1841, betr. die Auslieferung ausländischer, eines betrüglichen Bankeruts in ihrem Vaterlande beschuldigter Personen. Min. Bl. S. 210. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 684.

11. **a)** Vergl. das Münz-Kartel der zum Zollvereine verbundenen Staaten, v. 21. Octbr. 1845. G. S. 1846, S. 478 — 481.

b) C. O. v. 26. Septbr. 1846, betr. den in den Preussischen Strafgesetzen gemachten Unterschied bei Verbrechen und Vergehen gegen das diesseitige oder fremdherrliche Münzregal. G. S. S. 477.

Unter Bezugnahme auf das zwischen den Staaten des Zollvereins am 21. Octbr. 1845 abgeschlossene Münzkartel und zur Erfüllung der nach den Artikeln 1. u. 4. desselben übernommenen Verpflichtungen, bestimme Ich auf Ihren Antrag in dem Berichte v. 7. d. M., dass für die Dauer des gedachten Münzkartels in Beziehung auf diejenigen Staaten, mit welchen letzteres abgeschlossen ist, der in den Preussischen Strafgesetzen gemachte

Unterschied zwischen inländischem und ausländischem geprägten und Papiergelde, sowie zwischen inländischen und ausländischen Papieren der im Artikel 4. des Münzkartels bezeichneten Art wegfallen und ein gegen das Münzregal eines der vorgedachten Staaten gerichtetes oder an den bezeichneten Papieren eines dieser Staaten begangenes Verbrechen oder Vergehen eines diesseitigen Angehörigen eben so bestraft werden soll, als wenn dasselbe gegen das diesseitige Münzregal gerichtet oder an inländischen gleichartigen Papieren begangen wäre. Dieser Mein Befehl ist gleichzeitig mit dem Münzkartel vom 21. Octbr. 1845 durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Tit. I. §. 99. seqq. 1. **a)** Min. Verordn. wegen Einreichung der Uebersichten und Tabellen über den Zustand der Justizverwaltung, insbesondere in Untersuchungssachen (den Gerichten in besondern Abdrücken mitgetheilt).

b) Vergl. C. O. v. 24. Aug. 1837, betr. die Befugniss des Justizministers zum Erlasse von Geschäfts-Instructionen. G. S. S. 143. (s. Bd. VIII. S. 499.)

2. Rescr. v. 25. Mai 1839, dass die in Untersuchungssachen zu führenden Repertorien und Register nicht kassirt werden dürfen. Min. Bl. S. 199. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 491.

3. **a)** Rescr. v. 31. Octbr. 1842, Zusammenstellung der einzureichenden Uebersichten und Tabellen über den Zustand der Justizverwaltung. Min. Bl. S. 338. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 610.

b) Rescr. v. 16. April 1845, wegen Vereinfachung und Erleichterung bei Einreichung der Geschäftstabellen und Uebersichten. Min. Bl. S. 75.

4. C. O. v. 24. Decbr. 1836, betr. die Entbindung der Strafanstalten von Einreichung der Gefangenlisten an das Justizministerium. v. K. Jhrb. Bd. 48. S. 521. (s. Bd. VIII. S. 499.)

Tit. II. §. 106. seqq., 120. seqq. Vergl. das Ges. v. 17. Juli 1846, betr. das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen. G. S. S. 267. s. zu Einleit. §. 12. No. 5.

Tit. II. §. 140. seqq. Vergl. **a)** Instruction für die Gränzaufsichtsbeamten über den Waffengebrauch v. 6. Juli 1835. v. K. Jhrb. Bd. 50. S. 613.;

b) die zu A. L. R. II. 20. §. 320. aufgeführten Gesetze und Instructionen wegen des Waffengebrauchs der Forst- und Jagdbeamten.

c) Ges. v. 20. März 1837, über den Waffengebrauch des Militairs. G. S. S. 60. (s. Bd. VIII. S. 313.)

d) Instruct. v. 11. März 1839, über den Waffengebrauch der gerichtlichen Gefängniss-Aufsichtsbeamten. Min. Bl. S. 114. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 197.

Tit. II. §. 141. Rescr. v. 19. Octbr. 1822, wie die Gutachten der Aerzte und Medicinalpersonen von den Gerichten geprüft werden sollen. v. K. Jhrb. Bd. 40. S. 510.

Tit. II. §. 147. seqq., 156. seqq., 162. seqq. a) Regulativ v. 21. Octbr. 1844, über das Verfahren bei Obductionen, bekannt gemacht mittelst Rescr. v. 17. März 1845. Min. Bl. S. 54 — 59.

b) Rescr. v. 6. März 1840, betr. die Mittheilung einer Abschrift der Obductionsprotocolle und Berichte an die Königl. Regierung. Min. Bl. S. 99. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 322.

Tit. II. §. 177. Rescr. v. 23. Juli 1839, betr. die Einholung von Gutachten der wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, an welches letztere die Anträge zu richten sind. Min. Bl. S. 267. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 200.

Tit. II. §. 198. a) Rescr. v. 21. Febr. 1844 und 25. Novbr. 1846, betr. das Verfahren der Gerichte bei Beschlagnahme falscher Münzen. Min. Bl. 1844, S. 51., 1846, S. 208.

b) Vergl. das Münzkartel der Zollvereins-Staaten v. 21. Octbr. 1845, nebst C. O. dazu v. 26. Septbr. 1846. G. S. S. 477. s. oben zu §. 96. seqq. unter No. 11.

Tit. II. §. 208 — 211. Rescr. v. 30. Juni 1844 mit Bezug auf eine C. O. v. 24. ej., wonach die Verhaftung von Zeugen bei einem Duell in Zukunft unterbleiben soll. Min. Bl. S. 162. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 538.

Tit. II. §. 216. Rescr. v. 16. Decbr. 1839 und 15. Juni 1841, betr. die Benachrichtigung des Kreis-Landraths von der Einleitung und dem Ausfalle der Untersuchungen gegen alle zum Militairdienste Verpflichtete. Min. Bl. 1840, S. 18., 1841, S. 207. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 505., Bd. 57. S. 673.

Tit. II. §. 218. seqq. 1. a) Ges. v. 29. März 1844, betr. das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte. G. S. S. 77. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34. No. 5.

b) C. O. v. 5. Novbr. 1843 und 26. Septbr. 1845, betr. die Strafe der Cassation von Beamten. s. zu A. L. R. II. 20, §. 338. seqq. (S. 677.)

2. Rescr. v. 22. Jan. 1843, betr. die Amts Suspension der Justizcommissarien und Notarien. Min. Bl. S. 27. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 173.

3. a) C. O. v. 3. Juni 1838, betr. die Nichtverhaftung suspendirter Beamten für die Mehrkosten ihrer Stellvertretung, welche aus dem gesetzlich inne zu behaltenden Theile des Gehalts nicht gedeckt werden können. v. K. Jhrb. Bd. 51. S. 441. (s. Bd. VIII. S. 500.)

b) Rescr. v. 18. Febr. 1839, betr. die Kosten der Stellvertretung eines suspendirten Beamten, welcher für diese Kosten Caution geleistet hat. Min. Bl. S. 89. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 209.

c) C. O. v. 20. Novbr. 1838, betr. die Erstattung des einem suspendirten Beamten in Abzug gebrachten Gehalts, bei erfolgter Freisprechung. v. K. Jhrb. Bd. 52. S. 633. (s. Bd. VIII. S. 501.)

Tit. II. §. 237. Vergl. Ges. v. 20. März 1837, über den Waffengebrauch des Militairs gegen flüchtige Arrestanten. G. S. S. 60. (s. Bd. VIII. S. 313.) und Ges. v. 31. März 1837, über den Waffengebrauch der Forst-

und Jagdbeamten gegen flüchtige Holz- und Wilddiebe. G. S. S. 65. (s. Bd. VIII. S. 307.), desgl. die Instruct. v. 11. März 1839, über den Waffengebrauch der gerichtlichen Gefängnis-Aufsichtsbeamten. Min. Bl. S. 114. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 197.

Tit. II. §. 244. Vergl. die zu Tit. I. §. 96. seqq. aufgeführten Conventionen mit auswärtigen Staaten.

Tit. II. §. 261. a) Rescr. v. 26. Febr. und 22. April 1839 nebst Instruct. des Ober-Landesgerichts zu Breslau und zu Halberstadt wegen Anlegung der Repertorien über die in Untersuchung gewesenen Personen. Min. Bl. S. 91. u. 159. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 206. u. 483.

b) Rescr. v. 25. Mai 1839, dass die in Untersuchungssachen zu führenden Repertorien und Register nicht kassirt werden dürfen. Min. Bl. S. 199. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 491.

Tit. II. §. 280. Wegen der Gemüthsuntersuchungen vergl. die Zusätze zu A. G. O. I. 38. §. 6. seqq.

Tit. II. §. 311. seqq. a) C. O. v. 18. Juli 1844, betr. die allgemeine Verpflichtung zur eidlichen Vernehmung als Zeuge in ehrengerichtlichen Untersuchungssachen. G. S. S. 299. und

b) Allerh. Verordn. über die Ehrengerichte v. 20. Juli 1843. G. S. 1844, S. 299. s. im Anhang zu A. L. R. II. 20. (S. 707. u. 721.)

Tit. II. §. 319. Rescr. v. 15. Octbr. 1846, dass der Richter den Zeugen bei Vorlegung der Generalfragen vorzuhalten habe, dass der zu leistende Eid sich auch auf diese Antworten beziehe. Min. Bl. S. 183.

Tit. II. §. 333. Verordn. v. 28. Juni 1844, wegen Abänderung der Eidesformeln. G. S. S. 249. s. zu A. G. O. I. 10. §. 202.

Tit. II. §. 334. C. O. v. 8. Aug. 1835, betr. die Bekräftigungsformel bei Eiden der Katholiken. G. S. S. 182. (s. Bd. VII. S. 317.)

Tit. II. §. 335. No. 1. Vergl. C. O. v. 5. Decbr. 1845, betr. die Eidesleistung fürstlicher Personen in Prozessen und Untersuchungssachen in Neuvorpommern und im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein. G. S. S. 830. s. zu A. G. O. I. 10. §. 203.

Tit. II. §. 335. No. 4. C. O. v. 19. Novbr. 1836, betr. die Entbindung der Philipponen von der Eidesleistung, und Rescr. v. 28. Jan. 1837, betr. die Betheurungsform bei den Philipponen. v. K. Jhrb. Bd. 49. S. 175. (s. Bd. VIII. S. 347.)

Tit. II. §. 357. seqq. a) Ges. v. 31. März 1837, betr. die Bestrafung der Widersetzlichkeiten bei Forst- und Jagdverbrechen in Betreff der Glaubwürdigkeit der Denuncianten und Zeugen.

b) Ges. v. 31. März 1837, über den Waffengebrauch der Forst- und Jagdbeamten, §. 10., wonach gegen den Forst- und Jagdbeamten, welcher des Missbrauchs der Waffen beschuldigt wird, die Angaben des Verletzten, der Theilnehmer an dem Holz- oder Walddiebstahl, an der Forst- oder Jagdcontravention und solcher Personen, welche schon wegen Widersetzlichkeit gegen

Forst- und Jagdbeamte oder wegen Wilddiebstahls zu einer Strafe, oder wegen Holzdiebstahls und Forstcontraventionen zu einer Criminalstrafe verurtheilt worden, für sich allein keinen zur Anwendung einer Strafe hinreichenden Beweis begründen. s. zu A. L. R. II. 20. §. 320. (s. Bd. VIII. S. 306. 7.)

c) Ges. v. 20. März 1837, über den Waffengebrauch des Militairs, §. 10., wonach die Angaben derjenigen, welche irgend einer Theilnahme an dem, was das Einschreiten der Militairgewalt herbeigeführt hat, schuldig oder verdächtig sind, für sich allein keinen zur Anwendung einer Strafe hinreichenden Beweis für den Missbrauch der Waffengewalt gewähren. s. zu A. L. R. II. 20. §. 463. (s. Bd. VIII. S. 313.)

d) S. auch die weitem Zusätze zu diesen Gesetzen zu den ebenerwähnten §§. des Tit. 20. Th. II. des A. L. R. (S. 675. u. 680. Bd. IX.)

e) Ges. v. 8. April 1847, betr. die Glaubwürdigkeit der zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung commandirten Militairpersonen. G. S. S. 196.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, mit Ausschluss des Appellationsgerichtshofes zu Cöln, was folgt:

Militairpersonen, welche als Schildwachen, Patrouillen oder in anderer Eigenschaft zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung commandirt sind, und Beleidigungen, Widersetzlichkeiten oder andere Gesetzübertretungen, welche während dieser Dienstleistung verübt werden, zur Anzeige bringen, verlieren in den dieserhalb eingeleiteten Untersuchungen, aus dem Grunde allein, weil sie die Anzeige gemacht haben, oder bei dem Vorfalle selbst beleidigt oder verletzt worden sind, nicht die Eigenschaft vollgültiger Zeugen.

Tit. II. §. 361. seqq., 394—414. Ges. v. 17. Juli 1846, betr. das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen. G. S. S. 267. s. oben zu Einl. §. 12. unter No. 5.

Tit. II. §. 418. seqq. 1. a) C. O. v. 24. März 1841, betr. das Untersuchungsverfahren bei geringern Vergehen und die theilweise Anwendung der Instruction für das Criminalgericht zu Berlin v. 20. Octbr. 1839, bei andern Gerichten. G. S. 1844, S. 453.

b) C. O. v. 5. Aug. 1844, über das mit dem Angeschuldigten abzuhaltende Schlussverhör im summarischen Untersuchungsverfahren. G. S. S. 453.

c) Rescr. v. 26. Mai 1845, betr. die Abhaltung des Schlusstermins in summarischen Untersuchungssachen bei Patrimonialgerichten. Min. Bl. S. 107. s. oben zu Einl. §. 12. unter No. 4.

2. Ges. v. 17. Juli 1846, betr. das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen. G. S. S. 267. s. oben zu Einl. §. 12. unter No. 5.

Tit. III. §. 433. seqq. Vergl. §. 5. seqq. der Verordn. v. 30. Septbr. 1836, über das Verfahren bei Untersuchungen wegen Aufruhr und Tumults. G. S. S. 301. (s. Bd. VII. S. 621.)

Tit. IV. §. 469. seqq. Vergl. das Ges. v. 17. Juli 1846, über das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen. G. S. S. 267. s. zu Einl. §. 12. unter No. 5.

Tit. IV. §. 471. 482. Vergl. §. 8. u. 10. der Verordn. v. 30. Septbr. 1836, über das Verfahren bei Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults. G. S. S. 301. (s. Bd. VII. S. 621.)

Tit. IV. §. 502. seqq. Rescr. v. 22. Septbr. 1839, betr. die auch in Criminalsachen über die Entscheidungen zu führenden Sitzungsprotocolle. Min. Bl. S. 326. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 201.

Tit. IV. §. 507. Rescr. v. 17. Decbr. 1846, betr. die Fassung der Straferkenntnisse, welche die Degradation von Militair-Invaliden unter Be-lassung des Militair-Gnadengehalts aussprechen. Min. Bl. S. 234.

Tit. IV. §. 508. seqq. 529. a) Verordn. v. 12. Septbr. 1841, betr. die Aufhebung der in dem §. 201. Tit. 20. Th. II. A. L. R. und §. 508. der Crim. Ordn. über Untersuchungen wegen Majestätsbeleidigung enthaltenen Bestimmungen. G. S. S. 289. s. zu A. L. R. II. 20. §. 201. (S. 670.)

b) Rescr. v. 21. Decbr. 1846, betr. die Allerhöchste Bestätigung der auf den Verlust der Officiercharge lautenden gerichtlichen Erkenntnisse. Min. Bl. S. 236.

Tit. IV. §. 509. a) Vergl. Ges. v. 29. März 1844, über das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte. G. S. S. 77. s. zu A. G. O. I. 35. §. 34. unter No. 5.

b) Rescr. v. 5. Aug. 1841, dass die Straferkenntnisse gegen die den Regierungen untergeordneten Beamten stets den Regierungen abschriftlich mitzu-theilen. Min. Bl. S. 254. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 261.

c) Rescr. v. 8. Jan. 1842, betr. die unmittelbare Einsendung der in Criminal-Untersuchungen wider Beamte ergangenen Erkenntnisse an den Departementschef. Min. Bl. S. 17. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 337.

d) Rescr. v. 12. Decbr. 1843 und 17. Jan. 1844, Mittheilung der Erkenntnisse wider Beamte an den Departementschef und die Regierungen. Min. Bl. 1843, S. 304., 1844, S. 32. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 515., Bd. 63. S. 278.

e) Rescr. v. 1. Febr. 1842, betr. die Mittheilung der Straferkenntnisse gegen Intendantur-Beamte an die Intendanten. Min. Bl. S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 338.

f) Rescr. v. 4. Septbr. 1841, betr. die Mittheilung der Straferkenntnisse gegen beurlaubte Landwehrmänner an die Militairbehörde. Min. Bl. S. 283. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 263.

g) Rescr. v. 26. März 1842, betr. die vollständige Mittheilung der Straferkenntnisse wider die zu militairischer Festungsstrafe Verurtheilten an den Commandeur. Min. Bl. S. 115. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 339.

h) Rescr. v. 4. Juni und 2. Juli 1842, dass alle Straferkenntnisse gegen beurlaubte Landwehr-Officiere und alle auf Festungsstrafe lautende Erkenntnisse gegen Unterofficiere und gemeine Soldaten der Landwehr, Kriegs-reservisten und Trainsoldaten den Militairbehörden mit Beifügung der

Entscheidungsgründe mitzutheilen sind; bei andern Straferkenntnissen gegen beurlaubte Reserve- und Landwehr-Mannschaften aber in der Regel die Mittheilung des blossen Tenors des Urteils genügt. Min. Bl. S. 211. u. 247. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 639. u. 640.

i) Rescr. v. 4. April 1840, betr. die Seitens des Militairbefehlshabers zu machende Benachrichtigung an die Disciplinar-Amtsbehörde von der militairischen Bestrafung eines Landwehrofficiers, welcher zugleich Civil- oder Militair-Beamter ist. Min. Bl. S. 143. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 661.

Tit. IV. §. 512. 513. a) C. O. v. 17. Novbr. 1835, betr. die Criminalgerichtsbarkeit der Untergerichts-Commissionen. G. S. S. 236. (s. Bd. VII. S. 615.)

b) Vergl. wegen der Competenzverhältnisse die Zus. zu Tit. I. §. 13. seqq. und §. 17 — 19.

c) Rescr. v. 5. Juli 1841, betr. die wörtliche Aufnahme der allegirten Gesetzesstellen in die einzusendenden Straferkenntnisse und Actenextracte. Min. Bl. S. 221. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 261.

Tit. IV. §. 514. u. 530. Rescr. v. 9. Febr. 1839, betr. die Form der Actenauszüge. Min. Bl. S. 66. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 204.

Tit. IV. §. 515. Rescr. v. 18. Jan. 1844, dass dem Angeschuldigten auf Verlangen Abschrift der Erkenntnisse mit Entscheidungsgründen ertheilt werden könne, wenn davon kein Missbrauch zu besorgen. Min. Bl. S. 27. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 279.

Tit. V. §. 517. C. O. v. 22. Octbr. 1836, betr. die Unzulässigkeit der zweiten Instanz in den gegen Militairpersonen wegen Beleidigung von Civilpersonen eingeleiteten Untersuchungen. G. S. S. 236. (s. Bd. VII. S. 629.)

Tit. V. §. 517. seqq. a) Rescr. v. 23. April 1841, betr. die Benachrichtigung der vorgesetzten Dienstbehörde von der Einlegung des Rechtsmittels in Untersuchungssachen wider Verwaltungsbeamte. Min. Bl. S. 154. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 666.

b) Wegen des Rechtsmittels der Aggravation vergl. die Zusätze zu A. G. O. I. 35. §. 97. seqq.

Tit. V. §. 518. seqq. Vergl. §. 72. seqq. des Gesetzes v. 17. Juli 1846, über das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen. G. S. S. 267. s. oben zu Einl. §. 12. unter No. 5.

Tit. V. §. 525. seqq. a) C. O. v. 22. Decbr. 1838, wegen der Competenzverhältnisse in Untersuchungssachen beim Kammergericht und den Obergerichten der Provinz Preussen. G. S. 1839, S. 25. u. 26. (s. Bd. VIII. S. 326. u. 327.)

b) C. O. v. 3. Decbr. 1841, denselben Gegenstand in Betreff der Untersuchungen wegen Diebstahls und Raubes betreffend. G. S. S. 336. s. oben zu Tit. I. §. 13.

c) Vergl. C. O. v. 3. Decbr. 1841 nebst Rescr. v. 10. ej. und C. O. v. 6. April 1842 nebst Beilage, betr. die Competenz zur Entscheidung in zweiter

Instanz auf ein, von einem incompetenten Gerichte in erster Instanz abgefasstes Erkenntniss. Min. Bl. 1841, S. 372., 1842, S. 167—170. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 589., Bd. 59. S. 633.

Tit. V. §. 529. u. 530. a) Rescr. v. 19. April 1840, betr. die Einreichung der Criminal-Erkenntnisse zweiter Instanz zur Bestätigung durch den Justizminister. Min. Bl. S. 145. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 663.

b) Rescr. v. 9. Febr. 1839, betr. die Form der Actenauszüge. Min. Bl. S. 66. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 204.

Tit. V. §. 531. u. 532. Vergl. die §§. 87. seqq. des Gesetzes v. 17. Juli 1846, über das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen, wonach auch eine dritte Instanz zulässig ist. G. S. S. 267. s. oben zu Einl. §. 12. unter No. 5.

Tit. VI. §. 536. seqq. 1. Wegen der Begnadigungsgesuche und der in deren Folge stattfindenden Aussetzung der Strafvollstreckung s. die Zus. zu §. 590. seqq.

2. C. O. v. 17. Novbr. 1838, betr. die Ausstellung der ärztlichen Atteste über den Gesundheitszustand der Gefangenen. G. S. S. 544. (s. Bd. VIII. S. 504.)

3. a) C. O. v. 18. Jan. 1835, betr. die Aussetzung der von Militairgerichten erkannten Arreststrafen aus dienstlichen Rücksichten. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 290. (s. Bd. VII. S. 643.)

b) C. O. v. 29. Septbr. 1836, dass die Vollstreckung der Strafe des militairischen Mittelarrests über die Dauer von sechs Wochen nicht ohne Unterbrechung geschehen soll. v. K. Jhrb. Bd. 48. S. 286. (s. Bd. VIII. S. 312.)

c) C. O. v. 8. Jan. 1842, betr. die Vollstreckung der von Civilgerichten gegen Landwehr-Officiere erkannten Gefängnisstrafen. Min. Bl. S. 40.

Da nach Ihrem Berichte vom 30. v. M. die Gefängnisstrafen, welche von Civilgerichten gegen Landwehr-Officiere erkannt worden sind, nicht überall in geeigneten, für die höhern Stände bestimmten, Gefängnissen vollstreckt werden können, so genehmige Ich auf Ihren Antrag, dass in dergleichen Fällen die von Civilgerichten gegen Landwehr-Officiere erkannten Gefängnisstrafen in Militair-Arrest-Anstalten, in welchen Gefängnisse für arretirte Officiere vorhanden sind, vollstreckt werden können.

d) Rescr. v. 29. Jan. 1842 zu vorstehender C. O., wonach Militair-Arrest-Lokale, welche sich zur Aufnahme von Officieren eignen, nur in den Divisions-Stabsquartieren und in den Städten, wo Gouvernements und Kommandanturen bestehen, vorhanden sind. Min. Bl. S. 40. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 342.

e) Vergl. übrigens die Zusätze zu A. L. R. II. 20. §. 463. in Betreff der Militairpersonen. (S. 679.)

Tit. VI. §. 545. Rescr. v. 4. Febr. 1839 und 29. Decbr. 1842 nebst C. O. v. 19. Decbr. 1842, wonach die Bewilligung der Begleitung eines Missethätters zum Richtplatze in jedem einzelnen Falle der Allerhöchsten Bestim-

mung vorbehalten ist. Min. Bl. 1839, S. 74., 1843, S. 2. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 204., Bd. 60. S. 373.

Tit. VI. §. 556. seqq. 1. a) C. O. v. 14. Juli 1834, betr. die Vollstreckung der Zuchthausstrafe unter sechs Monaten in Gefängnissen, über sechs Monaten in Festungen, wenn die Zuchthäuser überfüllt sind. v. K. Jhrb. Bd. 44. S. 143. (s. Bd. VII. S. 643.)

b) C. O. v. 20. April 1839, betr. die Vollstreckung erkannter Zuchthausstrafen unter sechs Monaten in den Gefängnissen auch in dem Falle, wenn wegen Entfernung des Zuchthauses unverhältnissmässige Kosten entstehen würden. Min. Bl. S. 150. s. zu A. L. R. II. 20. §. 85. seqq. (S. 647.)

c) Vergl. C. O. v. 13. Juli 1838 nebst Anlage, betr. die Aufnahme von Sträflingen in das Arbeitshaus und die Besserungsanstalt zu Berlin. v. K. Jhrb. Bd. 52. S. 235.

d) Rescr. v. 20. Jan. 1847, betr. die Aufnahme jugendlicher Verbrecher in die an einigen Orten bestehenden Anstalten zur Erziehung und Besserung verwahrloster Kinder. Min. Bl. S. 28.

2. Rescr. v. 27. Mai 1840, betr. den Zeitpunkt, von welchem ab die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe zu rechnen ist. Min. Bl. S. 190. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 664.

Tit. VI. §. 557—560. 1. a) Rescr. v. 15. Juni 1841, betr. die Unzulässigkeit der vorläufigen Ablieferung beurlaubter Landwehrmänner, deren Ausstossung oder Entlassung aus dem Militairverhältnisse vorauszusetzen ist, an den Strafort. Min. Bl. S. 207. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 674.

b) Rescr. v. 19. März 1842, wonach, wenn gegen Personen im Militairverbande neben Degradation auf Einstellung in eine Festungsstrafabtheilung erkannt ist, die Ablieferung vor der Rechtskraft des Urtheils nicht erfolgen darf. Min. Bl. S. 150. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 340.

c) C. O. v. 11. April 1839 und Rescr. v. 27. Juli und 1. Octbr. 1839, wegen Aufhebung der Einstellung in Festungsstrafsectionen. s. zu A. L. R. II. 20. §. 463. (S. 679.)

2. Vergl. wegen der Folgen der Einlegung eines Rechtsmittels auf die Haft des Angeschuldigten die §§. 103. seqq. des Gesetzes v. 17. Juli 1846, über das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen. G. S. S. 267. s. zu Einl. §. 12. unter No. 5.

Tit. VI. §. 562. a) Rescr. v. 13. März 1843, betr. die Befolgung des §. 562. der Crim. Ordn. Min. Bl. S. 68.

Hiedurch hat der Justizminister angeordnet:

- 1) die Publication jedes Criminal-Urtels zweiter Instanz wird von dem Referenten gleich bei der Abfassung des Urteils angeordnet;
- 2) demselben Referenten liegt die Befolgung des §. 562. der Crim. Ordn. ob;
- 3) er und der Dirigent des erkennenden Senats sind dafür persönlich verantwortlich und haften dem zur Ungebühr Verhafteten für jeden Verzug;

4) der Dirigent hat nicht nur für die Beschleunigung der Criminal-, insbesondere der Haft-Sachen zu sorgen, sondern auch die Anordnung zu treffen, dass in einem Falle, da die Entlassung des Sträflings sofort erfolgen muss, der Befehl hiezu binnen 24 Stunden, vom Tage des beschlossenen Erkenntnisses an gerechnet, an die Direction der Strafanstalt abgeht.

5) Jede Zuwiderhandlung wird von Aufsichtswegen streng geahndet und die dem Verletzten gebührende Entschädigung sofort festgesetzt werden.

b) Rescr. v. 18. April 1843, dass die Gerichte erster Instanz, wenn sie nach Einreichung der Acten zum zweiten Spruch einen Verurtheilten zur Strafanstalt vorläufig abliefern, den Richter zweiter Instanz hievon sofort benachrichtigen müssen. Min. Bl. S. 111. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 243.

c) C. O. v. 3. Juli 1843, betr. die Befolgung des §. 562. der Crim. Ordn. Min. Bl. S. 194.

Auf Ihren Bericht vom 13. v. M. trage Ich kein Bedenken, die allgemeine Verfügung vom 13. März d. J., die Befolgung des §. 562. der Crim. Ordn. betreffend, hiedurch zu genehmigen; damit aber nicht auf Grund der Bestimmung unter No. 4. jener Verfügung die Entlassung eines Angeschuldigten verfügt wird, dessen fernere Verhaftung durch inzwischen eingetretene neue Umstände nothwendig gemacht wird, so sind nach Ihrem Vorschlage die Untersuchungsbehörden anzuweisen, von dem Eintritte solcher Umstände den Spruchrichter sofort in Kenntniss zu setzen. Eines Erlasses in Gesetzesform bedarf es hierüber nicht, da die Vorschriften der Crim. Ordn., welche durch die angeführte Verfügung eine Modification erleiden, bloss den Geschäftsgang bei den Behörden betreffen.

Tit. VI. §. 563. seqq. a) Rescr. v. 12. Juli 1841, betr. die Feststellung der Absendungsfähigkeit der zu den Strafsectionen abzuliefernden Militair-Sträflinge. Min. Bl. S. 227. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 264.

b) Rescr. v. 30. Novbr. 1846, betr. die Untersuchung des Gesundheitszustandes der zur Abbüßung von Festungsarreststrafen an die Königl. Festungs-Commandanturen abzuliefernden Personen. Min. Bl. S. 222.

c) Rescr. v. 10. Juni 1839, enthaltend die nähern Bestimmungen wegen Ablieferung kranker und arbeitsunfähiger Verbrecher zu den Strafanstalten. Min. Bl. S. 209. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 499.

d) C. O. v. 22. Decbr. 1842, betr. die Unterbringung der zu Festungs-Arrest verurtheilten Personen. Min. Bl. S. 26.

Da es in neuerer Zeit öfter vorgekommen ist, dass Festungsgefangene während ihres Arrestes unerlaubte Verbindungen nach Aussen unterhalten haben, so sollen in Zukunft solche Individuen, welche zu Festungs-Arrest verurtheilt worden und nach den obwaltenden Umständen verdächtig sind, dass sie einen unerlaubten Verkehr nach Aussen zu unterhalten suchen werden, unter Aus-

schliessung der Festung Spandau, nur nach folgenden Festungen geschickt werden, als: Weichselmünde, Graudenz, Stettin, Magdeburg, Silberberg, Glatz, Neisse, Cosel, Wesel und Ehrenbreitstein.

e) Rescr. v. 25. Juni 1846, dass die Transporte von Verbrechern und Vagabonden so einzurichten, dass letztere während eines Sonn- oder Festtages nicht unterwegs zu sein brauchen. Min. Bl. S. 127.

Tit. VI. §. 568. Bericht v. 6. und C. O. v. 7. Febr. 1834, betr. die Befugniss des Justiz- und des Kriegsministers, Festungsarrestanten einen Urlaub zu ertheilen. v. K. Jhrb. Bd. 44. S. 144. (s. Bd. VII. S. 205.)

Tit. VI. §. 569. seqq. a) Rescr. v. 17. Juli 1839 nebst Anlage, betr. die Vollstreckung der Detention bis zum Erwerbs-Nachweise, in Polizei-Gefangen-Anstalten. Min. Bl. S. 262. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 203.

b) Rescr. v. 24. Febr. 1845, dass Anträge wegen Entlassung der bis zur Begnadigung eingesperrten Sträflinge durch Vermittelung der Obergerichte an den Justizminister zu richten sind. Min. Bl. S. 42.

Tit. VI. §. 572. a) C. O. v. 25. Mai 1835, betr. den Transport der Ausländer, welche im Inlande Verbrechen begangen haben, über die Gränze. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 543. (s. Bd. VII. S. 644.)

b) Vergl. die Conventionen mit auswärtigen Staaten, wegen gegenseitiger Uebernahme der Ausgewiesenen; s. zu §. 96. seqq.

c) C. O. v. 19. Jan. 1837, betr. die Vollstreckung der Strafe der Ortsverweisung. v. K. Jhrb. Bd. 49. S. 276. (s. Bd. VIII. S. 506.)

Tit. VI. §. 574. Vergl. Verordn. v. 30. Septbr. 1836, betr. die Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults, §. 14., betr. die öffentliche Bekanntmachung der desshalb erkannten Strafe. G. S. S. 301. (s. Bd. VII. S. 621.)

Tit. VI. §. 575. a) C. O. v. 20. Aug. 1836, betr. die Fortsetzung einer gegen einen Militairpflichtigen schwebenden Untersuchung, nachdem der Angeschuldigte zum Militairdienste eingestellt ist. G. S. S. 228. (s. Bd. VII. S. 625.)

b) C. O. v. 17. Juli 1837, betr. die Umwandlung der von Civilgerichten gegen gemeine Soldaten vor ihrer Einstellung erkannten Gefängnisstrafe in Militairarrest. G. S. S. 130. (s. Bd. VIII. S. 494.)

c) C. O. v. 11. April 1839, Rescr. v. 27. Juli und 1. Octbr. 1839, wegen der Einstellung in Festungsstrafsectionen s. zu §. 78. der Crim. Ordn.

Tit. VI. §. 576. a) C. O. v. 30. April 1837, betr. die Ueberweisung der gegen Justizbediente festgesetzten Geldstrafen an den Unterstützungsfonds für Kinder verstorbener Justizbeamten. G. S. S. 75. (s. Bd. VIII. S. 149.)

b) Rescr. v. 23. Novbr. 1839, betr. die Frage, ob eine vom Verurtheilten gezahlte Summe auf die Geldstrafe oder auf die Kosten zu verrechnen sei. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 514.

Tit. VII. §. 577. a) Vergl. Ges. v. 23. Jan. 1838, betr. die Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen, §. 60., Verfahren gegen unbekannte Defraudanten. G. S. S. 78. (s. Bd. VIII. S. 250.)

b) C. O. v. 25. Novbr. 1842, betr. die anderweite Verwendung der Zollstrafen und des Erlöses aus Confiscation. G. S. 1843, S. 169. s. zu A. L. R. II. 14. §. 1. seqq. (S. 582.), dort auch weitere Zusätze.

Tit. VIII. §. 590. 1. C. O. v. 31. Jan. 1836, betr. die Begnadigungsgesuche der zum Tode verurtheilten Verbrecher und die Aussetzung der Strafvollstreckung wegen solcher Gesuche. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 382. (s. Bd. VIII. S. 507.)

2. **a)** Allerhöchst genehmigte Instruction v. 30. Juni 1834, betr. das Verfahren bei Begnadigungsgesuchen und Gesuchen um Aussetzung, Theilung und Umwandlung erkannter Strafen. v. K. Jhrb. Bd. 43. S. 642. (s. Bd. VI. S. 28.)

b) (Zu §. 4. u. 5. dieser Instruction.) C. O. v. 14. Aug. 1846, betr. die Behandlung der Gesuche um Aussetzung oder Unterbrechung rechtskräftig erkannter Strafen. Min. Bl. S. 151.

Auf Ihren Bericht vom 18. Juni d. J. will Ich die Bestimmungen der §§. 4. u. 5. der Instruct. vom 30. Juni 1834 für diejenigen Landestheile, in welchen die A. Crim. Ordn. gilt, dahin modificiren, dass Gesuche um Aussetzung oder Unterbrechung rechtskräftig erkannter Strafen:

- a) wenn das Gesuch auf eine in der Person des Verurtheilten eingetretenen Veränderung der im §. 4. jener Instruction bezeichneten Art gestützt ist, und die nachgesuchte Frist den Zeitraum von vier Wochen nicht übersteigt, von derjenigen Gerichtsbehörde, welcher die Vollstreckung des Urtheils obliegt, ohne Anfrage beim Obergericht,
- b) wenn das Gesuch durch eins der im §. 5. der gedachten Instruction bezeichneten Verhältnisse veranlasst wird, und die nachgesuchte Frist den Zeitraum von vier Wochen nicht übersteigt, von dem betreffenden Obergerichte ohne Anfrage beim Justizminister, nach pflichtmässigem Ermessen bewilligt werden können.

Ich überlasse Ihnen, die Gerichtsbehörden hiernach mit Anweisung zu versehen.

c) C. O. v. 29. Aug. 1838, betr. das Verfahren bei Begnadigungsgesuchen rechtskräftig verurtheilter Verbrecher. v. K. Jhrb. Bd. 52. S. 233. (s. Bd. VIII. S. 508.)

d) C. O. v. 8. Novbr. 1835, betr. die Remission der Immediat-Begnadigungsgesuche und die Berichterstattung über solche. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 582. (s. Bd. VII. S. 641.)

e) a) C. O. v. 30. April 1838, dass Begnadigungsgesuche von Sträflingen, welche von der Direction der Strafanstalt wegen Mangels guter Führung nicht befürwortet wird, vom Justizminister ohne Weiteres zurückzuweisen. v. K. Jhrb. Bd. 51. S. 443. (s. Bd. VIII. S. 509.)

β) Rescr. v. 5. Jan. 1841, über die Zulässigkeit der von Strafgefangenen beabsichtigten Begnadigungsgesuche. Min. Bl. S. 31. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 284.

f) (Zu §. 6. seqq. der Instruct. v. 30. Juni 1834.) **α)** Rescr. v. 22. April 1843, betr. die Umwandlung einer erkannten Strafart, im Fall der Unmöglichkeit ihrer Vollstreckung, in eine ganz andere Strafart. Min. Bl. S. 123. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 521.

β) C. O. v. 17. Novbr. 1838, betr. die Ausstellung der ärztlichen Atteste über den Gesundheitszustand der Gefangenen. G. S. S. 544. (s. Bd. VIII. S. 504.)

3. a) C. O. v. 19. März 1834, betr. die Ermächtigung des Justizministers zur Ermässigung der Strafen in Untersuchungssachen wegen Entwendung von Gegenständen im Werthe unter einem Thaler von nicht unter Aufsicht und Verwahrung stehenden Orten. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 216. (s. Bd. VII. S. 645.)

b) C. O. v. 16. Aug. 1834, betr. die Befugniss des Justizministers, die gegen Quärlanten durch ein Decret festgesetzten Strafen, niederzuschlagen. v. K. Jhrb. Bd. 44. S. 102. (s. Bd. VII. S. 520.)

c) C. O. v. 7. Febr. 1834, betr. die Befugniss des Justiz- und des Kriegsministers, Festungsarrestanten einen Urlaub zu ertheilen. v. K. Jhrb. Bd. 44. S. 144. (s. Bd. VII. S. 205.)

4. C. O. v. 3. Decbr. 1828 und 22. Jan. 1829, betr. die Befugniss des Generalpostmeisters, die wegen Postcontraventionen erkannten Strafen zu erlassen. v. K. Jhrb. Bd. 50. S. 230. (s. Bd. VIII. S. 509.)

5. a) Rescr. v. 28. Mai und 7. Juni 1839 nebst Anlage, betr. das Ressortverhältniss bei Anträgen auf Wiederverleihung der Nationalcocarde, der Dienstauszeichnung und Kriegsdenkmünze, bei den Verwaltungsbehörden. Min. Bl. S. 207. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 461.

b) C. O. v. 17. März 1839, betr. die mit der Zurückversetzung in die erste Klasse des Soldatenstandes verbundene Wiederverleihung der Nationalcocarde und militairischen Abzeichen. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 193. (s. Bd. IX. S. 648.)

Tit. VIII. §. 590. seqq. **1.** Vergl. Amnestie-Order v. 11. Novbr. 1839 und Rescr. v. 12. ej., aus Veranlassung des 300 jährigen Reformationsfestes. Min. Bl. S. 360. Beilage. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 497 — 502. (mit den Declarationen dazu.)

2. a) Allerhöchste Amnestie-Order v. 10. Aug. und 10. Septbr. 1840. s. Beilage zu No. 38. Min. Bl. hinter S. 300. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 258. seqq.

b) Declarationen hiezu:

α) C. O. v. 24. Octbr. 1840, wegen mehrerer Punkte. Min. Bl. S. 333. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 600.

β) Rescr. v. 20. Novbr. 1840, wegen der Kosten. Min. Bl. S. 391. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 602.

γ) C. O. v. 14. Decbr. 1840, wegen Niederschlagung der Kosten. Min. Bl. 1841, S. 2. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 602.

δ) C. O. v. 26. Decbr. 1840, wegen Rückgewähr der Nationalcocarde an die begnadigten politischen Verbrecher. Min. Bl. 1841, S. 62. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 275.

ε) Rescr. v. 7. April 1841, betr. die Erstattung des Holzwerths von Seiten der begnadigten Holzdiebe. Min. Bl. S. 150. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 672.

Tit. VIII. §. 600. seqq. C. O. v. 20. Juni 1835, betr. die Verjährung des Holzdiebstahls. G. S. S. 135. (s. Bd. VII. S. 219.)

Tit. IX. §. 605. C. O. v. 22. Octbr. 1836, betr. die Regulirung des Kostenpunkts in den gegen Militairpersonen wegen Beleidigung von Civilpersonen eingeleiteten Untersuchungen. G. S. S. 307. (s. Bd. VII. S. 629.)

Tit. IX. §. 609. seqq. a) Rescr. v. 6. Decbr. 1839, dass bei gänzlicher Freisprechung des Angeschuldigten die Sitz- und Atzungskosten von der Gerichtsobrigkeit getragen werden müssen. Min. Bl. S. 427. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 517.

b) Vergl. §. 108. des Gesetzes v. 17. Juli 1846, über. das Verfahren in den beim Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin eingeleiteten Untersuchungen. G. S. S. 267. s. oben zu Einl. §. 12. No. 5.

Tit. IX. §. 618. Verordn. v. 17. Febr. 1838, betr. die Sportelfreiheit der Militairpersonen in Prozessen und Untersuchungen. G. S. S. 193. (s. Bd. VIII. S. 395.)

Tit. IX. §. 619. a) Wenn in einer Criminalsache ein Mitschuldiger aus seiner solidarischen Verhaftung für die Gesamtkosten, mehr als seinen Antheil bezahlt hat, so ist derselbe wohlbefugt, sich deshalb an denjenigen Mitschuldigen zu regressiren, für den er gezahlt hat. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 31. Decbr. 1842, Bd. 8. S. 238.

b) Rescr. v. 7. Mai 1841, betr. die solidarische Verhaftung für die Kosten bei vorläufiger Freisprechung. Min. Bl. S. 165. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 677.

Tit. IX. §. 621. Rescr. v. 7. Mai 1839, betr. den Kostenpunkt in Untersuchungen bei eingelegtem Rechtsmittel der Aggravation. Min. Bl. S. 166. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 502.

Tit. IX. §. 622. seqq. Vergl. Rescr. v. 16. Novbr. 1839 nebst Anweisung des Oberlandesgerichts zu Naumburg, wegen Aufstellung der Verlagsliquidationen in unvermögenden Untersuchungssachen. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 519.

Tit. IX. §. 623. seqq. 1. a) Rescr. v. 10. Juni 1839, betr. das Verfahren bei Ermittlung und Feststellung der Verpflichtung, Untersuchungskosten subsidiarisch zu übertragen. Min. Bl. S. 208. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 501.

b) Rescr. v. 23. Novbr. 1839, betr. die subsidiarische Verpflichtung zur Tragung der Untersuchungskosten, wenn der Angeschuldigte seinen Wohnsitz in einer andern Provinz hat. Min. Bl. S. 396. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 518.

2. a) C. O. v. 15. April 1842, betr. das mit einzelnen Städten wegen Befreiung von den Kosten der Criminalgerichtsbarkeit zu treffende Abkommen, und die Aufhebung der unter No. 4. der Anmerkungen zur Gebührentaxe in Criminaluntersuchungen gedachten Verpflichtung der Gerichtsobrigkeiten, die Gebühren und Copialien für Urtheile, Gutachten und Bestätigungs-Rescripte zu tragen. Min. Bl. S. 208. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 645.

b) Rescr. v. 25. Juni, 5. Juli u. 5. Octbr. 1842, betr. die Auslegung der vorgedachten C. O. Min. Bl. 1842, S. 229, 248. u. 326. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 646., Bd. 60. S. 451. u. S. 676.

c) Rescr. v. 29. Mai 1844, betr. die Uebernahme der von der Stadtgemeinde Berlin bisher getragenen Lasten der Gerichtsbarkeit Seitens des Criminalfonds. Min. Bl. S. 126. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 547.

d) Rescr. v. 3. Decbr. 1846, betr. das mit einzelnen Städten wegen deren Befreiung von der Last der Gefängniss - Unterhaltung zu schliessende Abkommen. Min. Bl. S. 222.

3. a) Regulativ v. 10. Novbr. 1844 und Rescr. v. 12. Juli 1845, betr. die Verwaltung des Criminalkosten - Fonds bei Königl. Gerichten. Min. Bl. 1845, S. 148 — 156.

b) Rescr. v. 9. Septbr. 1845, dass auf den Criminalfonds die in nicht zahlbaren Sachen erwachsenen Auslagen an Botenlohn und Bestellgeld für postamtliche Insinuationen anzuweisen sind. Min. Bl. S. 185.

c) Rescr. v. 8. Jan. 1844, dass die Kosten in Untersuchungssachen wider unvermögende Frauen und Kinder der Soldaten in Invaliden-Compagnien auf den Criminalfonds zu übernehmen sind. Min. Bl. S. 15. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 289.

d) Rescr. v. 15. Jan. 1839, betr. die Verrechnung der gerichtlichen Kosten der Spruchbehörden in Criminal- und fiscalischen Untersuchungssachen. Min. Bl. S. 53. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 162.

e) Rescr. v. 20. Febr. 1844, betr. die Verrechnung der Kosten in Untersuchungen über die Todesart eines Selbstmörders. Min. Bl. S. 51. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 290.

4. a) C. O. v. 6. Novbr. 1836, betr. die Kosten der Strafvollstreckung in fiscalischen Untersuchungen. v. K. Jhrb. Bd. 48. S. 524. (s. Bd. VIII. S. 426.)

b) C. O. v. 28. Juli 1836, betr. die Tragung der unerlässlichen Kosten in polizeilichen Untersuchungen. G. S. S. 218. (s. Bd. VII. S. 649.)

Tit. IX. §. 634. Vergl. die zu §. 96 — 98. aufgeführten Conventionen mit auswärtigen Staaten.

Tit. IX. §. 636. C. O. v. 3. Febr. 1843, wegen unentgeltlicher Insertion der Steckbriefe u. dgl. in die Amtsblätter oder deren Anzeiger. Min. Bl. S. 70.

Ich genehmige auf Ihren Bericht vom 2. v. Mts., dass alle Steckbriefe in unvermögenden Untersuchungssachen, namentlich auch die von nicht fiscalischen Behörden erlassenen, so wie alle in Beziehung auf dieselben erforderlichen Bekanntmachungen, sofern in der bisherigen Art bescheinigt wird, dass die Schuld des Entweichens keinem Dritten zur Last fällt, ferner auch alle Bekanntmachungen wegen präsumtiv gestohlener oder als verdächtig angehaltener Sachen, in die Amtsblätter oder deren Anzeiger unentgeltlich inserirt werden können.

Tit. IX. §. 638. Rescr. v. 20. April 1839, betr. die Unzulässigkeit des Verkaufs confiscirter sogenannter Hasenschleifen. Min. Bl. S. 147. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 498.

Crim. Gebührenrentaxe ad A. a) Rescr. v. 11. Juni 1839, betr. die Remuneration der Forstrichter in Forstdefraudationssachen. Min. Bl. S. 214. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 493.

b) Rescr. v. 24. Juli 1840, betr. die Festsetzung und Verrechnung der bei Inquisitoriaten und Steueruntersuchungsrichtern entstandenen Untersuchungskosten. Min. Bl. S. 252. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 274.

c) Rescr. v. 6. Aug. 1841, betr. die Remuneration der Medicinalpersonen für gerichtliche Geschäfte und Behandlung der Gefangenen. Min. Bl. S. 255. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 265.

d) Rescr. v. 2. Juli 1840, betr. den Kostensatz in fiscalischen Untersuchungen wegen Steuervergehen. Min. Bl. S. 236. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 273.

Crim. Gebührenrentaxe A. No. S. u. 9. a) C. O. v. 12. Mai 1836, betr. die Diäten und Reisekosten der bei den Untergerichten angestellten Obergerichts-Assessoren und Titularräthe. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 581. (s. Bd. VIII. S. 542.)

b) Rescr. v. 8. Decbr. 1842, betr. die Diäten der bei Inquisitoriaten angestellten Obergerichts-Assessoren. Min. Bl. S. 383. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 654.

c) Rescr. v. 7. März 1839, betr. das Verfahren bei Aufstellung und Justification der aus Staatsfonds zu berichtigenden Diäten und Reisekosten. Min. Bl. S. 115. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 160.

d) Rescr. v. 10. Juni 1840, betr. die Reisekosten und Diäten bei Localgeschäften innerhalb $\frac{1}{4}$ Meile vom Gerichtssitze, desgl. die Berechnung der Meilenzahl bei Vergütung der Reisekosten der Beamten. Min. Bl. S. 197. und 198. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 630.

e) Rescr. v. 5. Juni 1839 und 17. Juni 1841, betr. den Ansatz von Stationstrinkgeldern bei Dienstreisen der Beamten. Min. Bl. 1839, S. 212., 1841, S. 208. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 418. u. Bd. 57. S. 649.

f) Rescr. v. 6. Febr. und 7. April 1840, nebst C. O. v. 31. März 1840, wegen der Reisekosten mehrerer Mit-Commissarien. Min. Bl. S. 60. u. 122. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 254. u. 632. s. zu Geb. Taxen v. 23. August 1815 Abschn. IV. No. 21.

g) Rescr. v. 8. Decbr. 1842, betr. die Fuhrgelder bei gemeinschaftlichen Reisen mehrerer Beamten. Min. Bl. S. 382. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 654.

h) Rescr. v. 7. u. 16. Juli 1839, betr. die Reisekosten und Diäten der Steuer-Untersuchungsrichter. Min. Bl. S. 258. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 206.

Crim. Gebührenrentaxe ad C. a) Rescr. v. 15. April 1839, betr. die Festsetzung des Werthstempels in Untersuchungssachen und die Verwendung der davon zu erhebenden Tantième. Min. Bl. 138. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 507.

b) Rescr. v. 17. Mai 1845, nebst Beilage, betr. die Aufhebung der Tantième von 25 pCt. für Liquidation und Einziehung der Stempel in Untersuchungssachen. Min. Bl. S. 91.

Crim. Gebührenrentaxe ad E. Rescr. v. 15. Jan. 1840, betr. die Gebühren der Justizcommissarien in fiscalischen Untersuchungen wegen Injurien. Min. Bl. S. 31. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 320.

Crim. Gebührentaxe. Allgem. Anmerkungen 4.

C. O. v. 15. April u. Rescr. v. 5. Juli 1842, wonach die in No. 2. u. 3. der Anmerk. 4. bezeichneten Kosten nicht mehr als baare Auslagen angesehen und daher von den subsidiarisch verpflichteten Gerichtsobrigkeiten und Städten nicht mehr getragen werden sollen. Min. Bl. S. 208. u. 248. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 645. u. Bd. 60. S. 451.

Crim. Gebührentaxe. Allgem. Anmerk. 4. seqq.

a) Regulativ v. 10. Nov. 1844 u. Rescr. v. 12. Juli 1845, über die Verwaltung des Criminalkosten-Fonds bei den Königl. Gerichtsbehörden Min. Bl. 1845, S. 148 — 156.

b) Rescr. v. 31. März 1844, betr. die Genehmigung der Verträge über Beköstigung der Gefangenen u. dgl. durch die Obergerichte. Min. Bl. S. 97. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 291.

c) Rescr. v. 8. Juni 1846, betr. die Verwendung des Arbeitsverdienstes der gerichtlichen Gefangenen. Min. Bl. 115.

Crim. Gebührentaxe. Allgem. Anmerk. 10.

a) Rescr. v. 18. Febr. 1840, betr. die Porto-Freiheit resp. -Pflichtigkeit der Correspondenz und Geldsendungen in unvermögenden Untersuchungssachen. Min. Bl. S. 83. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 324.

b) Rescr. v. 31. Decbr. 1841, betr. die Justification der unentgeltlich erfolgten Insertionen von Steckbriefen in die Amtsblätter. Min. Bl. 1842, S. 11.

Hypotheken - Ordnung.

Einleitung. (Zum Patent v. 4. April 1818, wegen Wiederherstellung des Hypothekenwesens im Grossherzogthum Posen. (s. Bd. VI. S. 49.)

Instruct. des Ministers v. 8. Septbr. 1840, als Nachtrag zur Instruct. v. 27. April 1818. (s. diese Gräff etc. Ergänzungen und Erläuterungen der Preuss. Rechtsbücher Bd. 4. S. 412.) Min. Bl. 1840, S. 298. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 232.

Einleitung. (Zur Verordn. v. 16. Juni 1820, wegen Einrichtung des Hypothekenwesens im Herzogthum Sachsen. s. Bd. VI. S. 53.)

C. O. v. 13. Juli 1836, betr. die Bekanntmachung der Hypothekentabellen im Herzogthum Sachsen. v. K. Jhrb. Bd. 48. S. 274. (s. Bd. VIII. S. 513.)

Einleitung. (Zur Verordn. v. 31. März 1834, wegen Einrichtung des Hypothekenwesens im Herzogthum Westphalen. s. Bd. VI. S. 61.)

1. **a)** Instruct. v. 19. April 1834 zur Ausführung vorgedachter Verordn. im Bezirke des Hofgerichts zu Arnberg. v. K. Jhrb. Bd. 43. S. 622. (s. Bd. VII. S. 666.)

b) Verordn. v. 22. März 1844, wegen eines allgemeinen Aufrufs der im §. 20. der vorgedachten Verordn. bezeichneten Realberechtigten. G. S. S. 71.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. Nachdem die Einrichtung des Hypothekenwesens in dem Herzogthum Westphalen, dem Fürstenthum Siegen, den Aemtern Burbach und Neuenkirchen und den Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg in Folge der Verordn. vom 31. März 1834 so weit vorgeschritten ist, dass die im §. 20. jener Verordn. bezeichneten Realrechte zum grössten Theile ausgemittelt und sichergestellt sind, und demnach zweckmässig befunden worden, an die Stelle der im §. 21. a. a. O. vorgeschriebenen besonderen Bekanntmachungen ein allgemeines Aufgebot treten zu lassen; so verordnen Wir auf den Antrag Unseres Staatsministeriums für die vorgenannten Landestheile, was folgt:

§. 1. Alle Realberechtigte, welche vermöge eines schon vor dem 1. Decbr. 1825 entstandenen Rechtstitels aus einem Grundstück gewisse, zu bestimmten Zeiten wiederkehrende, nach §. 49. Tit. 1. der Hyp. Ordn. in die zweite Rubrik des Hypothekenbuchs gehörende Hebungen zu beziehen haben, werden, sofern sie bisher weder

- a) von der, durch die Besitzer des belasteten Grundstücks nach §. 20. der Verordn. vom 31. März 1834 erfolgten Anzeige ihrer Rechte in Kenntniss gesetzt worden, oder ihre Rechte selbst angemeldet haben; noch
 - b) in Gemässheit des §. 21. jener Verordn. zur Anmeldung aufgerufen sind,
- hierdurch aufgefordert:

ihre Ansprüche innerhalb dreier Monate, vom Tage der Gesetzeskraft dieser Verordnung an gerechnet bei dem competenten Hypothekenrichter anzumelden.

In diesen Anmeldungen sind die verpflichteten Grundstücke so zu bezeichnen, wie sie im Katasterflurbuche aufgeführt sind.

§. 2. Wer dieser Aufforderung nicht genügt, verfällt in die Nachtheile, welche der §. 15. jener Verordn. vom 31. März 1834 ausspricht.

Er behält hiernach zwar:

- a) seine Rechte gegen die Person seines Schuldners oder dessen Erben und kann sich auch an das ihm verhaftete Grundstück halten, insofern dasselbe noch in den Händen dieses Schuldners oder dessen Erben sich befindet;

geht aber

- b) in Beziehung auf alle übrige Realberechtigte, deren Hypotheken und andere Realansprüche eingetragen worden sind, seiner Vorzugsrechte verlustig;

verliert

- c) in Beziehung auf jeden Dritten, der nach der Anlegung des Hypothekenbuchs und im redlichen Glauben an die Richtigkeit desselben das Grundstück selbst erworben hat, sein Realrecht,

und haftet endlich

- d) für jeden mit dem Document späterhin gemachten Missbrauch und für jeden hierdurch und aus der Nichtbefolgung der an ihn ergangenen Aufforderung entstehenden Schaden.

§. 3. Bei der Besitztitelberichtigung ist wegen Feststellung und Eintragung der im §. 1. bezeichneten Realrechte nach §. 13. No. 1., §. 17. und §. 22. der Verordn. vom 31. März 1834 zu verfahren. Bestreitet der Besitzer einen zwar rechtzeitig angemeldeten, aber noch nicht bescheinigten Anspruch, so ist der Anmeldende vor Anlegung des Hypothekenfolios erst zu vernehmen, wie er sein Recht zu bescheinigen im Stande sei.

§. 4. Wer sein Recht bereits angemeldet hat, braucht zwar die Anmeldung (§. 1.) nicht zu wiederholen, er ist jedoch ver-

bunden, auf besondere Anforderung des Gerichts in einer von diesem zu bestimmenden Frist bei Vermeidung der im §. 2. bestimmten Nachtheile die Katasterbezeichnung des verpflichteten Grundstücks anzugeben, wenn solche in der früheren Anmeldung nicht enthalten war.

§. 5. Die Vorschriften der Verordn. vom 31. März 1834 §§. 20. u. 21. werden hierdurch aufgehoben; ist aber die im §. 21. jener Verordn. vorgeschriebene Bekanntmachung bereits erfolgt oder schon verfügt worden, so sind in diesen Fällen noch die Vorschriften des angeführten §. 21. anzuwenden.

2. a) Instruct. v. 7. April 1838, über das Verfahren bei den in den Grundkatastern fortzuschreibenden Besitzveränderungen in Westphalen. v. K. Jhrb. Bd. 51. S. 431.

b) C. O. v. 7. Aug. 1839 und Rescr. v. 30. ej., dass den beim Kataster beschäftigten Beamten die Behufs der Fortführung der Kataster erforderlichen Nachrichten unentgeltlich mitzutheilen sind. Min. Bl. S. 306. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 177.

c) Rescr. v. 13. Jan. 1840, betr. die Bezeichnung der Nachbargrundstücke in den Katasterauszügen. Min. Bl. S. 34. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 290.

d) C. O. v. 16. Juli 1840, betr. die Verbindung des Hypothekenwesens mit dem Kataster und die Beschaffung von Abschriften des Flurbuches für die Hypothekenbehörden in der Provinz Westphalen. Min. Bl. S. 250.

Auf Ihren Bericht vom 26. Mai d. J. will Ich genehmigen, dass die im §. 5. der Verordn. wegen Einrichtung des Hypothekenwesens im Oberlandesgerichts-Departement Arnsberg vom 31. März 1834 enthaltene Bestimmung auch in den Bezirken der übrigen Westphälischen Oberlandesgerichte dahin zur Ausführung gebracht werden soll, dass die Gerichte angewiesen werden, sich die Abschriften der Flurbücher, so weit sie sich noch nicht in deren Besitz befinden, allmählig nach Maassgabe des Bedürfnisses, auf Kosten der betreffenden Salarienstellen aus dem Copialienfonds oder dem Fonds zu sächlichen Ausgaben, zu verschaffen, damit sie das Hypothekenbuch so wie die Registratur danach ordnen.

e) Instruct. v. 30. Jan. 1842 zur Ausführung vorstehender C. O. Min. Bl. S. 67. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 292.

f) Rescr. v. 23. Juli 1840, betr. einige Punkte des Hypothekenwesens in Westphalen. Min. Bl. S. 261. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 231.

3. a) Verordn. v. 28. Febr. 1845, betr. die Einrichtung des Berghypothekenwesens in dem Herzogthum Westphalen etc. G. S. S. 100.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. Im §. 3. der Verordn. vom 31. März 1834 wegen Einrichtung des Hypothekenwesens in dem Herzogthum Westphalen, dem Fürstenthum Siegen mit den Aemtern Burbach und Neuenkirchen (Freien- und Hückenschen Grund) und den Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berle-

burg, und im §. 7. des Reglements für das zu Siegen errichtete Berggericht vom 13. Juli 1837 sind besondere Bestimmungen über die Einrichtung des Berghypothekenwesens vorbehalten worden.

Wir verordnen nunmehr zur Erledigung dieses Vorbehalts auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, was folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die allgemeine Hypothekenordnung vom 20. Decbr. 1783 und die darauf Bezug habenden spätern gesetzlichen Vorschriften, sollen in den, im Eingange dieser Verordnung genannten Landestheilen auf Gegenstände des verliehenen Bergwerkseigenthums unter nachstehenden nähern Bestimmungen Anwendung erhalten.

§. 2. Die Führung des Berggegen- und Hypothekenbuchs liegt dem Bergamt zu Siegen ob; der Bergrichter bearbeitet aber die Hypothekensachen dergestalt selbstständig, dass nur die Mandate an den Berggegenschreiber und die Ausfertigung der Gewähr- und Hypothekenscheine unter der Unterschrift des Bergamts ergehen.

Die Aufsicht über die Führung des Berggegen- und Hypothekenbuchs steht dem Oberlandesgericht zu Arnsberg und dem Oberbergamt zu Bonn gemeinschaftlich zu.

§. 3. Das Berggegen- und Hypothekenbuch ist bestimmt für das im Bergamts-Bezirk Siegen verliehene Bergwerks-Eigenthum, namentlich:

- 1) die Bergwerke im engeren Sinne, d. h. die zur Gewinnung eines Minerals in bestimmten Gränzen angewiesenen Räume, Gruben, deren Gebäude unter und über Tage;
- 2) die Erbstollengerechtigkeit;
- 3) die Bergwasser, Wassergefälle und Wasserleitungen;
- 4) die Poch-, Wasch- und sonstigen Aufbereitungsanstalten mit den zu ihrem Betriebe erforderlichen Grundflächen und Gebäuden auf der Oberfläche, diese Anstalten mögen in Folge der Verleihung für sich oder in Verbindung mit Gruben bestehen;
- 5) die gemeinschaftlichen (A. L. R. Th. II. Tit. 16. §. 85. folgd.) und insbesondere die nach Vorschrift der Hütten- und Hammer-Ordnung vom 25. Jan. 1830 unter Staatsaufsicht im Zunftverbände besessenen gewerkschaftlichen Hüttenwerke im Lande Siegen. Zu den Hüttenwerken ist auch der Hüttenplatz mit den darauf stehenden Gebäuden zu rechnen.

Die Grundstücke und Gebäude, welche zu dem unter No. 1. bis 5. bezeichneten Bergwerkseigenthum gehören, sind jedoch nur dann in das Berggegenbuch einzutragen, wenn der Beliehene sie eigenthümlich oder zu Erbzins- und Erbpachtrechten erworben hat.

§. 4. Ueber andere, als die im §. 3. erwähnten Besitzungen der Gewerkschaften, auch wenn diese Besitzungen mittelbar zum

Bergbau oder Hüttenbetrieb dienen, z. B. Productenniederlagen, Magazinräume und Gebäude, Beamten- und Arbeiterwohnungen, verbleibt die Führung des Hypothekenbuchs den ordentlichen Gerichten.

Dasselbe gilt von den im Bezirke des Bergamts zu Siegen befindlichen Salinen- und Hammerwerken.

§. 5. Die Eintragung in das Berggegenbuch erfolgt nach der allgemeinen gesetzlichen Eintheilung eines jeden Bergwerkseigenthums in 128 Kuxe. Sie kann jedoch für die Gegenstände des bereits verliehenen Bergwerkseigenthums nach derjenigen Eintheilung stattfinden, nach welcher das Bergwerkseigenthum zur Zeit rechtmässig besessen worden, insofern sich die Eintheilung in 128 Kuxe ohne Beeinträchtigung des Besitzes der Theilnehmer oder der Rechte eines Dritten nicht bewirken lässt.

Bei der Eintragung der in dem Fürstenthum Siegen und in den Aemtern Burbach und Neuenkirchen bestehenden Hüttenwerke soll die in der Hütten- und Hammer-Ordnung vom 25. Jan. 1830 bestimmte Eintheilung des Theilnahmerechts am Hüttenbetriebe nach Tagen und Stunden unverändert bleiben.

II. Berichtigung des Besitztitels.

§. 6. Jeder Besitzer von verliehenem Bergwerkseigenthum (§§. 7. u. 8.) ist verpflichtet, seinen Besitztitel zu berichtigen, und soll dazu von Amtswegen angehalten werden.

§. 7. Eine jede Gewerkschaft hat die Verpflichtung:

- 1) ihr Bergwerkseigenthum (das generelle Eigenthum) unter Einreichung einer genauen Beschreibung desselben nachzuweisen;
- 2) die Grundstücke, welche nach §. 3. zur Eintragung in das Berggegenbuch geeignet sind, nach dem Katasterflurbuch zu bezeichnen und einen Auszug darüber aus der Grundsteuermutterrolle vorzulegen.

§. 8. Zur Eintragung des generellen Bergwerkseigenthums genügt, insofern dasselbe am Tage der Verkündung dieser Verordnung bereits erworben war, das Attest der Bergverwaltungsbehörde über die seit 10 Jahren erfolgte Bezahlung der Recessgelder oder der sonst üblichen bergrechtlichen Gefälle an den Staat.

Ist von Grundstücken, welche nach §. 3. in das Berggegen- und Hypothekenbuch aufzunehmen sind, das Folium im Hypothekenbuche des Richters der Sache bereits angelegt worden, so muss deren Aufnahme die Extabulation bei diesem Hypothekenbuche nach §. 22. Tit. 1. der Hypothekenordnung vorangehen. Ist noch kein Folium angelegt worden, so muss der Besitztitel, sofern er sich nicht etwa aus der Verleihungsurkunde ergibt, bei dem Bergamte nach den Vorschriften der Verordn. vom 31. März 1834 bescheinigt werden.

Die bei dem Richter der Sache angemeldeten oder bereits eingetragenen Hypothekenforderungen und sonstigen Realrechte

Realrechte sind bei Berichtigung des Besitztitels von Amtswegen in das Berggegen- und Hypothekenbuch einzutragen.

§. 9. Bei den alten Zechen- und Hüttenwerken, d. h. solchen, welche am Tage der Verkündung dieser Verordnung bereits eintragungsfähiges Bergwerks-Eigenthum sind, ist jeder Besitzer eines ideellen Antheils verpflichtet:

- 1) die Grösse seines Antheils genau anzuzeigen;
- 2) seinen Vorbesitzer zu benennen;
- 3) den Rechtsgrund anzugeben, vermöge dessen das Eigenthum von dem Vorbesitzer auf ihn übergegangen ist, und
- 4) alle darauf Bezug habende Documente und Beweismittel vorzulegen und anzugeben.

§. 10. Zur Eintragung des Besitztitels des sich meldenden Besitzers genügt es:

- 1) wenn derselbe die vor der Verkündung dieser Verordnung erfolgte Aufnahme in die Gewerkschaft oder auch nur die Ausübung von Theilnehmungsrechten, durch an Eidesstatt zu vernehmende Zeugen, durch Atteste öffentlicher Behörden oder durch beglaubigte oder sonst unverdächtige Privatdocumente bescheinigt;
- 2) wenn derselbe in gleicher Art bescheinigt, dass er vor dem Tage der Verkündung dieser Verordnung das Eigenthum aus einem, zur Erlangung desselben an sich geschickten, wenn auch in der Form mangelhaften Titel erworben hat. Sollte der hierdurch geführte Nachweis mangelhaft sein, so kann nach richterlichem Ermessen die Eintragung des Besitztitels gegen die von dem Besitzer abgegebene Versicherung an Eidesstatt, dass ihm kein gleich oder näher Berechtigter bekannt sei, erfolgen.

§. 11. In allen Fällen, der Besitzer mag vor oder nach der Verkündung dieser Verordnung erworben haben, soll der Besitztitel berichtigt werden:

- 1) wenn der Besitzer in dem bei dem vormaligen Berggerichte zu Eslohe geführten Berggegenbuche bereits eingetragen war;
- 2) wenn derselbe das Bergwerkseigenthum in einer Subhastation erstanden oder darüber ein Präclusionserkenntniss ausgebracht hat;
- 3) wenn derselbe für sich und seinen unmittelbaren Vorbesitzer einen, der Form und dem Inhalte nach gültigen Titel nachweist;
- 4) wenn derselbe zwar nur für sich einen, der Form und dem Inhalte nach gültigen Titel beibringt, zugleich aber durch an Eidesstatt zu vernehmende Zeugen, durch Atteste öffentlicher Behörden, oder durch beglaubigte oder sonst unverdächtige Privatdocumente bescheinigt, dass er und beziehungsweise sein Vorbesitzer sich in den letzten fünf Jahren in der ruhigen und ungestörten Ausübung des Rechts befunden haben. Auch genügt es zu dieser Bescheinigung,

wenn Jemand in den letzten fünf Jahren in den sogenannten Anschnitten als Gewerke aufgeführt ist.

§. 12. Kann der Besitztitel auf vorstehend bezeichnete Art (§§. 10. u. 11.) nicht nachgewiesen werden, der sich meldende Besitzer ist aber entweder:

1) von den, mindestens zur Hälfte an dem Werke betheiligten Gewerken,

oder

2) von den Lehnträgern, den Deputirten oder den Hütten-
schulzen

als Mitgewerke anerkannt worden, so soll die Eintragung für ihn, auf Grund dieses Anerkennnisses, gegen die Versicherung an Eidesstatt, dass ihm kein gleich oder besser Berechtigter zu dem in Anspruch genommenen Bergantheile bekannt sei, bewirkt werden.

§. 13. Bergwerke und Hütten oder Antheile an Bergwerken und Hütten, welche der Staat für eigene Rechnung betreibt, können, insofern sie nicht aus einem Privatrechtstitel erworben sind, in welchem Falle es bei den Vorschriften des §§. 10 — 12. verbleibt, auf den Grund einer Bescheinigung der vorgesetzten Bergverwaltungsbehörde, dass der Staat sich im „Betriebe für eigene Rechnung befinde“, für denselben in das Berggegenbuch eingetragen werden.

§. 14. Bei Berichtigung des Besitztittels auf den Grund des Erbrechts ist, wenn der Vorbesitzer in das bei dem Berggericht zu Eslohe geführte Berggegenbuch eingetragen war, oder aus Gewährung der Bergbehörde oder aus den Anschnitten sich ergibt, und der Erbfall vor dem Tage der Verkündung dieser Verordnung Statt gehabt hat, keine förmliche Erbeslegitimation erforderlich, sondern es genügt der Nachweis der ein gesetzliches Erbfolgerecht begründenden Verwandtschaft und die von dem Besitzer abgegebene Versicherung an Eidesstatt, dass ihm keine nähere oder gleich nahe Erben bekannt seien.

§. 15. Widersprüche gegen die Eintragung des solcherge-
stalt (§§. 10 — 14) legitimirten Besitzers können die Eintragung selbst nicht hindern, sondern begründen nur, insoweit sie bescheinigt sind, die Eintragung einer Protestation, und unterliegen demnächst der richterlichen Entscheidung.

§. 16. Antheile, auf welche Niemand einen begründeten Anspruch macht, werden sämtlichen Gewerken gleichmässig zugeschrieben.

§. 17. Da der Besitztitel der nach §. 3. in das Berggegen- und Hypothekenbuch gehörenden Gegenstände für die Besitzer von Amtswegen berichtet werden soll, so werden alle diejenigen, welche verneinen, dass ihnen entweder als Eigenthümern oder aus einem Lehnverhältnisse, einer Substitution, oder sonst einem, das Eigenthum oder die freie Disposition der Besitzer beschränkenden Grunde, oder als Realberechtigten der II. Rubrik Rechte, die zur Eintragung in die Hypothekenbücher geeignet sind, zu-

stehen, hierdurch aufgefordert, solche zeitig bei der Hypothekenbehörde anzumelden.

Es wird denselben hierzu eine Frist bis zum 1. Juli 1845 bewilligt.

Nach Ablauf derselben muss die Hypothekenbehörde den Vorschriften der §§. 7—16. gemäss mit der Berichtigung des Besitztitels vorschreiten, und Jeder der die Anmeldung seiner Realansprüche versäumt, hat es sich selbst beizumessen, wenn bis zur Nachholung seiner Anmeldung der eingetragene Besitzer in allen mit dritten Personen über das Bergwerkseigenthum geschlossenen oder zu schliessenden Verhandlungen, nach Vorschrift des A. L. R. Th. I. Tit. 10. §. 7. u. f. für den wahren Eigenthümer desselben angesehen wird.

III. Eintragung der Hypotheken und Realrechte.

§. 18. Bei Anlegung des Berggegen- und Hypothekenbuchs sollen von Amtswegen berücksichtigt werden:

- 1) alle Hypotheken, über deren Anmeldung in Folge des im §. 22. des Patents vom 21. Juni 1825 und der Order vom 4. Febr. 1828, geschehenen Aufrufs gerichtliche Recognitionen ertheilt worden sind,
- 2) sämtliche, nach §§. 8—11 des Patents vom 21. Juni 1825 seit dem 1. Decbr. 1825 entstandene Realrechte.

§. 19. Es ist dabei in nachstehender Art zu verfahren:

- 1) bei jeder Besitztitelberichtigung muss der Realschuldenzustand:
 - a) durch Vernehmung des Besitzers,
 - b) durch Extracte aus den bisher geführten Registern über die angemeldeten Realrechte und Hypotheken, und
 - c) durch Einsicht der denselben zum Grunde liegenden Anmeldungen und Documente festgestellt werden.
- 2) Jeder auf diese Weise ermittelte Realberechtigte und Hypothekengläubiger ist aufzufordern, die ihm ertheilte Recognition mit dem dazu gehörigen Documente zur Eintragung in das Berggegenbuch einzureichen.

Auch Erben, Cessionarien, Pfandinhaber und andere Be-theiligte erhalten eine solche specielle Aufforderung, wenn ihr Rechtsanspruch zu den Grundacten angezeigt worden ist.

§. 20. Alle Inhaber von Recognitionen, welche ihre Rechtsansprüche zu den Grundacten nicht angezeigt haben, werden hierdurch aufgefordert, spätestens bis zum 1. Juli 1845 die Anmeldung nachzuholen.

§. 21. Wer der ergangenen Aufforderung (§§. 19. u. 20.) nicht genügt, behält zwar:

- a) seine Rechte gegen die Person seines Schuldners oder dessen Erben und kann sich auch an das ihm verhaftete Bergwerkseigenthum halten, insofern solches noch in den Händen dieses Schuldners oder dessen Erben sich befindet; er geht aber

b) in Beziehung auf alle übrige Realberechtigte, deren Hypotheken- und andere Realansprüche eingetragen worden, seiner Vorzugsrechte verlustig; verliert

c) in Beziehung auf jeden Dritten, der im redlichen Glauben an die Richtigkeit des Berggegen- und Hypothekenbuchs nach der Anlegung des letzteren das Bergwerkseigenthum erworben hat, sein Realrecht, und haltet endlich

d) für jeden mit dem Document späterhin gemachten Missbrauch und für jeden hierdurch und aus der Nichtbefolgung der an ihn ergangenen Aufforderung entstehenden Schaden.

§. 22. Jeder zur Einreichung der ertheilten Recognition aufgeforderte Real-Berechtigte, ist verpflichtet, das Bergwerkseigenthum, auf welches sein Recht eingetragen werden soll, genau anzugeben.

Waltet gegen die Identität desselben mit dem im Document verpfändeten kein Zweifel ob, oder erkennt der Besitzer diese Identität an, so begründet die erhaltene Recognition einen Anspruch auf Eintragung des Rechts selbst.

Entstehen Zweifel über die Identität, die sich nicht sofort beseitigen lassen, die Identität aber ist wahrscheinlich, so wird dadurch jedenfalls die Eintragung einer Protestation begründet.

Eine mangelhafte oder vorläufige Recognition über zwar bescheinigte, aber nicht sofort liquid zu machende Realansprüche begründet ebenfalls einen Anspruch auf die Eintragung einer Protestation zur Erhaltung des Vorrechts.

§. 23. Allen vor dem 1. Decbr. 1825 entstandenen, binnen der vorgeschriebenen Frist angemeldeten Realrechten gebührt bei der Eintragung die Priorität vor den später erworbenen, mit Vorbehalt der näheren Bestimmung ihrer Rangverhältnisse unter sich, welche festzustellen oder im Fall eines Streits durch richterliche Entscheidung feststellen zu lassen, den Interessenten überlassen bleibt. Die seit dem 1. Decbr. 1825 entstandenen Realrechte werden nach der Zeitfolge ihrer Anmeldung eingetragen.

§. 24. Realforderungen, die bei einer Subhastation, einem Konkurs- oder Liquidationsprozess ausgefallen, präkludirt oder durch Zahlung getilgt sind, werden nicht weiter berücksichtigt.

Behauptet der Besitzer, dass das Realrecht auf andere Weise aufgehoben worden sei, so muss er diese Aufhebung sofort darthun. Kann er dies nicht, so ist die Eintragung der Forderung und zugleich in der Colonne „Cessionen“ die Eintragung des Widerspruchs, sofern derselbe bescheinigt ist, zu bewirken.

§. 25. Allen Inhabern bereits angemeldeter Titel zu Hypotheken- und Realrechten, welche ungewiss darüber sind, ob die von ihnen angemeldeten Titel auch wirklich in die Hypothekenregister aufgenommen worden sind, und daher besorgen, bei der nach §. 18. u. f. vorzunehmenden Feststellung des Schuldenzustandes unbeachtet zu bleiben, bleibt es überlassen, sich die Hypothekenregister vorlegen zu lassen, und erforderlichen Falls die Nachtragung in dieselben oder die Ertheilung vollständiger Re-

kognitionen anderweit in Antrag zu bringen. Auch steht es ihnen frei, durch schriftliche Eingaben sich die Berücksichtigung bei der Anlegung des Foliums zu sichern. Es muss jedoch diese Eingabe enthalten;

eine genaue Bezeichnung des verhältneten Bergwerkseigenthums,

die Namen der gegenwärtigen Besitzer desselben,

die Angabe des Titels und des Datums der früheren Anmeldung;

endlich muss derselben eine Abschrift der erhaltenen Rekognition beigelegt werden.

§. 26. Bei allen die erste Regulirung des Berggegen- und Hypothekenbuchs, namentlich auch die Feststellung des Schuldenzustandes betreffenden Verhandlungen, genügt die Vernehmung des Ehemannes, und es kann nach dessen Erklärung die Eintragung erfolgen, wenn auch das Bergwerkseigenthum zum gemeinschaftlichen Vermögen der Eheleute oder zum eingebrachten Vermögen der Frau gehört.

Wollen Verwandte in auf- oder absteigender Linie, Schwiegereltern, Schwiegerkinder und Geschwister einander vertreten, so ist zu ihrer Legitimation eine aussergerichtliche, nur vom Pfarrer oder Ortsvorstande beglaubigte Vollmacht des Vertretenen hinreichend. In allen diesen Fällen ist den solchergestalt Vertretenen der Gewährschein unmittelbar zuzustellen.

IV. Verfahren bei künftigen Besitz - Veränderungen bei vor angelegtem Folium.

§. 27. Bis zur wirklichen Anlegung des Foliums kann vom Tage der Verkündung dieser Verordn. an, ein Realrecht an Bergwerkseigenthum auch nach Vorschrift der Verordn. vom 16. Juni 1820 erworben werden.

Nach Anlegung des Foliums treten statt der obigen Bestimmungen die Hypothekenordnung und die darauf Bezug habenden späteren gesetzlichen Vorschriften in volle Kraft.

V. Anlegung des Foliums für neue Zechen und Hüttenwerke.

§. 28. Bei Anlegung des Hypothekenfoliums für neue Zechen und Hüttenwerke ist die Legitimation der Interessenten nach §. 265. Tit. 16. Th. II. des A. L. R. zu beurtheilen.

§. 29. Zur Erleichterung der Interessenten wird den Verhandlungen, welche zur Eintragung der bisher erworbenen Eigenthums-, Hypotheken- und Realrechte in das neu anzulegende Berggegenbuch erforderlich sein werden, die Stempelfreiheit bewilligt, und soll ausserdem eine von Unsern Ministern der Finanzen und der Justiz zu bestimmende Ermässigung der in der Gebührentaxe vom 23. Aug. 1815 bestimmten Gebührensätze eintreten.

b) Instruct. v. 21. März 1845, zur Ausführung vorstehender Verordnung. Min. Bl. S. 78 — 84.

Einleitung u. Tit. I. §. 1. seqq. (Zur Verordn. v. 16. Juni 1820. s. Bd. VI. S. 69.)

a) C. O. v. 28. Juli 1838, betr. die Declarat. der Verordn. v. 16. Juni 1820, wegen Erwerbung und Ausübung der Realrechte auf Grundstücke bei nicht vollständig eingerichtetem Hypothekenwesen. G. S. S. 428. (s. Bd. VIII. S. 514.)

b) Rescr. v. 12. Decbr. 1840 und 31. Jan. 1842 nebst Gutachten des Geh. Ob. Trib., betr. die Ertheilung besonderer Recognitionsatteste über angemeldete Realrechte in Westphalen. Min. Bl. 1841, S. 26., 1842, S. 44. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 590., Bd. 59. S. 321.

c) Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 19. Aug. 1843, Rechtsverhältnisse bei noch nicht vollendetem Hypothekenbuche. Entsch. Bd. 9. S. 276. s. zu A. L. R. I. 20. §. 404. seqq.

Tit. I. §. 7. a) Ges. v. 11. Juli 1845, über die Lehns- und Successions-Register in Altvorpommern und Hinterpommern. G. S. S. 474.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen über die Einrichtung der Lehns- und Successionsregister in Altvorpommern und Hinterpommern nach Anhörung unserer getreuen Stände der Provinz Pommern, so wie der von den lehntragenden Familien in Hinterpommern gewählten Deputirten, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, was folgt:

§. 1. Die von Unserem Oberlandesgerichte in Stettin, als Lehnscurie für Altvorpommern und Hinterpommern, über die lehntragenden Familien und deren Lehnsbesitzungen gehaltenen Huldigungs- und Successionsregister sollen in verbesserter Form unter dem Namen:

Lehns- und Successionsregister für Altvorpommern und Hinterpommern fortgeführt werden.

§. 2. Die Register werden für die Hinterpommerschen Lehne nach dem Schema unter A., und für die Altvorpommerschen Lehne nach dem Schema unter B. angelegt, und in festgebundenen Büchern geführt.

§. 3. Sämmtliche Besitzer Altvorpommerscher und Hinterpommerscher Lehne, so wie die Agnaten und Mitbelehnten, welche zu solchen Lehnen, sie mögen in Grundstücken, Gerechtigkeiten oder Capitalien bestehen, vermöge des Lehnsverbandes Besitzrechte, Successionsrechte, oder Einlösungsrechte haben oder künftig erwerben, sind verpflichtet, die Eintragung in die neu angelegten Lehns- und Successionsregister nachzusuchen.

§. 4. Der Anmeldende hat bei dem Gesuch um Eintragung in die neuen Register die Lehengüter und Gerechtsame, auf welche Lehns- und Successionsrechte behauptet werden, vollständig und bestimmt, mit Angabe des Kreises, in welchem die Güter liegen, anzuzeigen, durch beizubringende Lehnbriefe oder andere Urkunden die angemeldeten Rechte zu bescheinigen, insbesondere seine Abkunft von einem Mitgliede der lehntragenden Familie durch

Geburts- und Taufscheine, oder auf andere glaubhafte Weise nachzuweisen.

Von dieser Verpflichtung sind auch diejenigen nicht entbunden, welche bereits in den bisher geführten Huldigungs- und Successionsregistern eingetragen sind, denselben ist jedoch gestattet, bei der Anmeldung auf die etwa früher der Lehncurie überreichten Beweisstücke Bezug zu nehmen.

§. 5. Findet die Lehnscurie die beigebrachte Bescheinigung (§. 4). nicht zureichend, so erfolgt die Eintragung in die Lehns- und Successionsregister mit Vorbehalt des näheren Nachweises. Gleichzeitig ist von der Lehnscurie eine angemessene, nicht über Ein Jahr hinausreichende Frist zu bestimmen, innerhalb deren der Nachweis beigebracht werden muss. Geschieht das letztere nicht, so können die mit Vorbehalt eingetragenen Lehnrechte auf den Antrag eines jeden Betheiligten wieder gelöscht werden.

Ueber die Eintragung, sie mag mit oder ohne Vorbehalt erfolgen, wird dem Anmeldenden eine Recognition ertheilt.

§. 6. Für Söhne, deren Vater in das Lehns- und Successionsregister eingetragen ist, tritt die Verpflichtung, ihre Eintragung bewirken zu lassen, erst mit dem Tode des Vaters ein.

Sind dieselben alsdann noch minderjährig, so ist die Eintragung durch ihren Vormund oder Curator nachzusuchen.

§. 7. Verfügungen über Lehngüter, Gerechtigkeiten und sonstige Gegenstände des Lehns, können nur von solchen Agnaten und Mitbelehnnten angefochten werden, die zu der Zeit, als die streitige Verfügung vorgenommen wurde, in die Lehns- und Successionsregister bereits eingetragen waren.

§. 8. Es können demnach Agnaten und Lehnberechtigte, deren Recht zu der Zeit, als die streitige Verfügung über das Lehn getroffen wurde, dem Dritten, welcher mit dem Lehnbesitzer die Verhandlung vornahm, aus dem Lehns- und Successionsregister nicht bekannt sein konnte, von ihren Rechten zum Nachtheil des Dritten keinen Gebrauch machen, auch wenn die Lehnfolge demnächst auf sie gelangt, oder sie vermöge des Relutions-, Revocations- und Vorkaufsrechts, des *beneficii taxae* oder einer anderen in der Lehnverfassung beruhenden Befugnis, das Lehn an sich bringen könnten.

§. 9. Doch bleibt ihnen, wegen des dadurch für sie entstehenden Nachtheils, in sofern ihnen nach den Grundsätzen des Pommerschen Lehnrechts deshalb überhaupt ein Anspruch zusteht, der Regress an das übrige Vermögen des Lehnbesitzers, welcher die nachtheilige Verfügung getroffen hat, vorbehalten.

§. 10. Die im §. 8. zu Gunsten eines Dritten gegebenen Bestimmungen finden auch zu Gunsten solcher Mitglieder der lehntragenden Familie, welche Lehne

- 1) durch Kauf oder einen anderen lästigen Vertrag, oder
- 2) durch eine Revocationsklage oder einen anderen im Lehnrechte sich gründenden Titel,

erwerben, in soweit Anwendung, als es sich um die Ausschließung des näheren oder gleich nahen Rechts anderer Agnaten und Mitbelehnten auf das durch ein Mitglied der lehntragenden Familie erworbene Lehn handelt.

§. 11. In allen den Fällen, in denen nach allgemeinen gesetzlichen Vorschriften die im Hypothekenbuche eingetragenen Lehnsinteressenten zu einem Rechtsgeschäft zugezogen werden müssen, genügt bei Pommerschen Lehnen vom 1. Jan. 1848 an die Zuziehung der in die Lehns- und Successionsregister eingetragenen Lehnberechtigten.

Von demselben Zeitpunkte ab bedarf es bei dem in dem Gesetze vom 28. Novbr. 1826 (G. S. S. 120.) gestatteten Aufgebote der Agnaten bei Veräußerung Pommerscher Lehne an Familienglieder, sowie bei nothwendigen Subhastationen Pommerscher Lehne zur Ausübung der Lehnrechte, nur noch der Vorladung der aus den Lehns- und Successionsregistern ersichtlichen Lehnberechtigten und des Aufgebots der ihrem Wohnorte nach unbekannten Agnaten, sowie der Realprätendenten.

Dem Verfahren wird ein aus dem Lehns- und Successionsregister ertheiltes Attest über die Lehnberechtigten zum Grunde gelegt; die im §. 2. der Verordn. vom 1. Mai 1839 (G. S. S. 167.) vorgeschriebene Vernehmung eines Geschlechtsetters ist daher in der Folge nicht mehr erforderlich.

Im Uebrigen bewendet es bei den Vorschriften des Gesetzes vom 28. Novbr. 1826 und der Verordn. v. 1. Mai 1839.

§. 12. Erloschene Rechte, sie mögen durch das Ausscheiden eines Guts oder eines Berechtigten aus dem Lehnsverbande oder durch Aufhebung besonderer Gerechtsame aufhören, werden auf gehörig geführten Nachweis in den Registern gelöscht. Von der Löschung ist demjenigen, dessen Rechte sie betrifft, oder seinen Nachkommen, wenn solche bekannt sind, sowie den Besitzern des Gutes, an welchem dem Ausscheidenden die gelöschten Rechte zustanden, Nachricht zu geben.

§. 13. Auf Grund der Lehns- und Successionsregister sind auf Verlangen den Mitgliedern der lehntragenden Familie, sowie Jedem, welcher ein Interesse dazu bescheinigt, Lehnsatteste auszufertigen.

§. 14. Die Folgen, welche in den §§. 7., 8., 9. und 10. an die unterlassene Eintragung der Lehns- und Successionsrechte geknüpft sind, treten erst mit dem 1. Jan. 1848 in Wirksamkeit; bis dahin haben daher diejenigen Lehnberechtigten, welche diesen Folgen in Ansehung der, ohne ihre Zuziehung, vor jenem Zeitpunkte getroffenen Verfügungen entgehen wollen, die Eintragung ihrer Lehns- und Successionsrechte nachzusuchen.

§. 15. Zur Erleichterung der Interessenten wollen Wir in Beziehung aller Verhandlungen, welche durch die bis zum 1. Jan. 1848 nachgesuchte Eintragung der Lehns- und Successionsrechte erforderlich werden, die Stempel und Gebührenfreiheit gewähren, diese Stempelfreiheit auch auf diejenigen Urkunden ausdehnen,

welche Behufs der Bescheinigung der Lehnrechte beizubringen sind. Die Lehnsinteressenten sollen nur zu den unvermeidlichen baaren Auslagen einen Beitrag leisten, welcher für den Besitzer eines Lehnguts auf 4 Rthlr. und, wenn sich mehrere Güter in einer Hand befinden, für jedes weitere Gut noch ausserdem auf 1 Rthlr., für jeden Agnaten und Mitbelehnten aber auf 1 Rthlr. hierdurch festgesetzt wird.

In Ansehung der Stempel- und Sportelpflichtigkeit derjenigen Verhandlungen, welche durch die nach dem 1. Jan. 1848 nachgesuchte Eintragung der Lehns- und Successionsrechte veranlasst werden, verbleibt es bei den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften.

§. 16. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf solche in Altvorpommern oder Hinterpommern belegenen Lehne keine Anwendung, welche nach anderen als Pommerschen Lehnrechten und Gewohnheiten zu beurtheilen sind.

A.

(Titelblatt.)

Die Familie derer von N. N. hat

I. Folgende Güter und Gerechtigkeiten als Lehne angesprochen:

1.	2.	3.	4.	5.	6.
Lau- fende N ^o .	Name des Guts oder der Gerechtsame.	Kreis, in welchem das Gut belegen.	Eigenschaft, ob das Gut Alt- oder Neulehn sei.	Bemerkungen und Protestationen.	Löschungen.
1.	Wussow	Kr. Naugard	Altlehn		Zufolge Familienbeschlusses vom 184 . allodificirt, und gelöscht <i>ex decreto</i> vom ten 184 . .
2.	N. N.	Kr. Stolpe	Altlehn	Zufolge Protocols vom ten 184 . ist dieses Gut von N. N. als Allodium bean- sprucht. Eingetragen <i>ex de- creto</i> vom ten	Die zu No. 2. eingetragene Protestation ist gelöscht <i>ex de- creto</i> vom ten 184 .
3.	Das auf dem im Departement des Oberlandesgerichts zu Cöslin belegenden Rittergute N. N. eingetragene Lehn- stamm - Capital von 11,000 Rthlr.				

II. Darauf sind folgende Agnaten, Mitbelehnte und Gesamthänder angemeldet und eingetragen:

1.	2.	3.	4.		5.	6.	7.
Lau- fende No.	Name des Lehn- berechtigten und seines Vaters.	Character und Wohnort des Lehn- berechtigten.	Lehnstücke in Hinterpomern, welche der Lehnberechtigte besitzt,		Datum der Ein- tragung.	Bemerkungen und Protestationen.	Löschungen.
			oder auf welche ihm Lehn-, Successions- und Einlösungsrechte zustehen.				
1.	<i>Carl Philipp von N. N.</i>	Major a. D. in <i>N. N.</i>	1) Börsdorf (Kreis <i>N. N.</i>) 2) 10,000 <i>Thl.</i> Lehnstamm, eingetragen auf dem Rittergute <i>Quitzebel.</i>	Die Güter <i>War- sow</i> und <i>Bentz</i> im <i>Stolper</i> Kreise.	Den 2 ^{ten} Aug. 184 . .	Es ist die Legiti- mität der Abköm- linge des Obrist- Lieutenants <i>Carl Ludwig von N. N.</i> laut Protocols vom ten . . . 184 . . bestritten. Eingetragen <i>eodem.</i>	Die Protestation ist auf Grund des rechtskräftigen Er- kenntnisses vom ten . . . 184 . gelöscht, <i>ex decreto</i> vom ten . . . 184 .

b) Declarat. v. 11. Juli 1845, betr. die Errichtung von Familienschlüssen für Altvorpommersche und Hinterpommersche Lehne. G. S. S. 482. s. zu A. L. R. I. 18. §. 228. seqq. (S. 154.)

Tit. I. §. 8. Rescr. v. 9. Aug. 1839, betr. die Unstatthaftigkeit der Anlegung besonderer Folien über ideelle Antheile von Grundstücken. Min. Bl. S. 288. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 172.

Tit. I. §. 14. a) Rescr. v. 19. März 1840 nebst Anlage, betr. das Fortbestehen der Apothekenprivilegien als Realrechte, welche in das Hypothekenbuch eingetragen und verpfändet werden können. Min. Bl. S. 113. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 274.

b) Rescr. v. 3. Septbr. 1842, betr. die Eintragung von Schiffsmühlen im Hypothekenbuch. Min. Bl. S. 303. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 392.

Tit. I. §. 17. seqq. a) Ges. v. 25. Aprill 1835, betr. die Real-Jurisdiction über veräußerte Theile eines eximirten Landguts. G. S. S. 51. (s. Bd. VII. S. 296.)

b) Rescr. v. 19. Mai 1841, betr. den Gerichtsstand der unter unmittelbarer Verwaltung einer fiscalischen Behörde stehenden Grundstücke. Min. Bl. S. 184. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 586.

c) Rescr. v. 24. Septbr. 1841, betr. den Gerichtsstand der ausser dem Jurisdictionsbereich des Hauptgutes belegenen Pertinenzstücke eines Ritterguts. Min. Bl. S. 306. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 225.

Tit. I. §. 33. 34. a) Rescr. v. 23. Octbr. 1839, betr. die nähere Bezeichnung der zu einem Grundstücke gehörigen Pertinentien auf dem Titelblatte. Min. Bl. S. 352. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 453.

b) Rescr. v. 19. Mai 1840, betr. die Bezeichnung der einzelnen Gutsbestandtheile auf dem Titelblatte des Hypothekenfoliums in Westphalen. Min. Bl. S. 183. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 647.

Tit. I. §. 36. seqq. Wegen des Hypothekenwesens der Domainen und Forsten s. zu Tit. II. §. 59. seqq.

Tit. I. §. 38. Wegen des Verfahrens bei Parcellirungen s. zu Tit. II. §. 91.

Tit. I. §. 43. Rescr. v. 14. Juni 1844, dass bei Eintragung des Erwerbspreises eines Grundstücks der Werth des Inventarii nicht mitzurechnen ist. Min. Bl. S. 146. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 526.

Tit. I. §. 48. u. 49. a) Rescr. v. 3. Decbr. 1841, betr. die Kosten der Eintragung von Domanalabgaben auf Antrag fiscalischer Behörden. Min. Bl. S. 366. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 582.

b) Plev. Beschl. v. 9. Jan. 1843: Der von den Besitzern allodificirter Lehngüter in dem ehemaligen Königreich Westphalen und im Grossherzogthum Berg gesetzlich an den früheren Lehnsherrn zu entrichtende Allodificationszins gehört nicht zu denjenigen beständigen gemeinen Lasten und Abgaben, die nach Vorschrift der Allgem. Hyp. Ordn. §. 48. keiner Eintragung bedürfen. Entsch. des Geb. Ob. Trib. Bd. 8. S. 161.

c) Rescr. v. 5. April 1842, betr. die Eintragung der erfolgten Ablösung einer im Hypothekenbuche nicht vermerkten Reallast. Min. Bl. S. 166. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 608.

d) Rescr. v. 21. Octbr. 1842, über die Unzulässigkeit einer hypothekarischen Eintragung dahin: dass der Besitzer ohne Genehmigung eines Andern keine Realansprüche dritter Personen ferner eintragen lassen dürfe. Min. Bl. S. 331. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 665.

Tit. I. §. 54. Rescr. v. 12. Decbr. 1840 nebst Anlage, betr. die hypothekarische Eintragung der auf einem Grundstücke haftenden Realservituten. Min. Bl. S. 399. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 583.

Tit. I. §. 60. a) Vergl. in Betreff des Verfahrens bei Ausfertigung und Eintragung der Pfandbriefe die ritterschaftlichen Creditreglements:

für Schlesien v. 9. u. 15. Juli 1770 (v. R. XI. S. 89.); desgl. Verordn. v. 8. Juni 1835, wegen Einrichtung des Königl. Creditinstituts für Schlesien und C. O. v. 28. Decbr. 1835, wegen Anwendung derselben auf die Oberlausitz. G. S. 1835, S. 101., 1836, S. 7. (s. Bd. VII. S. 48. u. 77.)

für die Kur- und Neumark v. 14. Juni 1777 (v. R. XI. S. 268.) und Nachtrag v. 2. April 1784. (v. R. XII. S. 198.)

für Pommern v. 13. März 1781. (v. R. XII. S. 1.)

für Westpreussen v. 19. April 1787. (v. R. XII. S. 248.)

für Ostpreussen v. 16. Febr. 1788 und 24. Decbr. 1808. (v. R. XII. S. 474.)

für Posen v. 15. Decbr. 1821. (G. S. S. 218.)

b) Verordn. v. 15. April 1842, betr. die Erweiterung des nach der Creditordnung für Posen bestehenden Posenschen landschaftlichen Creditvereins (G. S. S. 180.) so wie weitere Zusätze in Betreff der Pfandbriefe. s. zu A. G. O. I. 51. §. 120. seqq.

Tit. II. §. 7. seqq. Instruction v. 10. Juni 1835, betr. die Aufnahme und Präsentation der zur hypothekarischen Eintragung bestimmten Urkunden. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 508. (s. Bd. VII. S. 704.)

Tit. II. §. 11. seqq. (Zu §. 10. u. 62. der Verordn. v. 30. Juni 1834. s. Bd. V. S. 332.)

a) Declaration v. 30. Juli 1842, betr. die Competenz der Auseinandersetzungsbehörden hinsichtlich der Verwendung der Ablöscapitalien. G. S. S. 245.

b) C. O. v. 18. Decbr. 1841, betr. die Gültigkeit und executorische Kraft der von den Generalcommissionen und übrigen Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Recesse. G. S. 1842, S. 17. s. zu A. G. O. I. 43. §. 1. seqq.

c) Rescr. v. 20. April 1841, betr. das Verfahren, wenn derjenige, welcher den von der Generalcommission bestätigten Recess vollzogen hat, zur Zeit der Eintragung desselben in das Hypothekenbuch nicht mehr titulirter Besitzer ist. Min. Bl. S. 153. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 663.

d) Rescr. v. 5. Juni und 5. Octbr. 1839, betr. die Anträge der Auseinandersetzungsbehörden zu mehreren Vormundschafts- oder Hypothekenacten

in einem Collectivschreiben. Min. Bl. S. 335. u. 336. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 480., Bd. 54. S. 478.

e) Rescr. v. 14. März 1843, betr. die Fassung der Recesse in Separations- und Ablösungssachen und der Requisitionen wegen Eintragung derselben. Min. Bl. S. 83. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 168.

Tit. II. §. 16. seqq. a) Rescr. v. 18. Juli 1834 und 12. April 1844, betr. die Legitimation der Justizcommissarien zur Nachsuchung von Ingrossationen. Min. Bl. 1844, S. 93. u. 94. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 522.

b) Rescr. v. 1. Febr. 1841, betr. die Legitimation der Domainen-Aemter, Namens des Fiscus Anträge auf hypothekarische Eintragungen und Löschungen zu stellen. Min. Bl. S. 83. v. K. Jhrb. Bd. 67. S. 270.

Tit. II. §. 30. Rescr. v. 9. Febr. 1840, betr. die Rangordnung angemeldeter Hypothekengläubiger. Min. Bl. S. 66. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 283.

Tit. II. §. 33., 37., 46. Rescr. v. 25. Septbr. 1840, betr. die ohne Ertheilung eines Hypothekenscheins zulässige Registrirung der erfolgten Eintragung auf dem Documente. Min. Bl. S. 319. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 238.

Tit. II. §. 49. seqq. 1. (Zu C. O. v. 31. Octbr. 1831, Bd. VI. S. 76.) Der Uebergang des Eigenthums von Bergantheilen ist bei deren mittelbaren Erwerbung von der Zuschreibung im Berggegenbuch abhängig. Die Vorschriften der Allerh. C. O. v. 31. Octbr. 1831 sind auf Bergantheile nicht anwendbar. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 27. Febr. 1844, Bd. 10. S. 114.

2. (Zur C. O. v. 6. Octbr. 1833, Bd. VI. S. 77.) a) Rescr. v. 19. Aug. 1840, betr. die Bedingungen des Zwanges zur Berichtigung des Besitztitels. Min. Bl. S. 284. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 218.

b) Rescr. v. 27. Aug. 1840, betr. das Verfahren, wenn in Auseinandersetzungssachen von Seiten der Generalcommission oder eines Specialcommissarius auf Berichtigung des Besitztitels angetragen wird. Min. Bl. S. 303. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 219.

c) Vergl. §. 6. des Ges. v. 3. Jan. 1845, wegen Zertheilung der Grundstücke etc. (G. S. S. 25.) in Betreff des Zwanges zur Berichtigung des Besitztitels gegen Erwerber von Trennstücken. s. zu Hyp. Ordn. II. §. 91.

d) Vergl. §. 5. des Gesetzes zur Erleichterung des Verfahrens bei Berichtigung des Besitztitels, v. 7. März 1845 (G. S. S. 161.), in Betreff der Befugniß der Hypothekenbehörden, im Fall der zwangweisen Berichtigung des Besitztitels einen Anwalt für den Gutsbesitzer zu bestellen, welcher diese zu betreiben hat. s. zu Hyp. Ordn. II. §. 58. seqq.

e) Rescr. v. 16. März 1842, betr. das Zusammenwirken der Regulirungs- und Hypothekenbehörden für Feststellung der Besitzverhältnisse von Grundstücken, namentlich von Wandeläckern, welche durch die Gemeinheitstheilung betroffen werden. Min. Bl. S. 184. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 597.

Tit. II. §. 49. seqq. a) Ministerial-Instruction v. 12. Juni 1835, wegen Benachrichtigung der hypothekarischen Gläubiger bei Veräußerungen von Grundstücken. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 510. (s. Bd. VII. S. 708.)

b) Rescr. v. 12. Novbr. 1841 nebst Anlage, betr. die Benachrichtigung der hypothekarischen Gläubiger von erfolgten Veräusserungen sogleich nach Abschluss des Vertrages. Min. Bl. S. 350. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 578.

c) Rescr. v. 11. Jan. 1842, betr. die zu den Hypothekenacten einzureichenden beglaubten Abschriften stempelpflichtiger Verhandlungen. Min. Bl. S. 26. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 322.

Tit. II. §. 58. seqq. **a)** C. O. v. 9. Mai 1839, betr. die Berichtigung des Besitztitels auf Grund der Verjährung etc. (G. S. S. 163.) s. zu Hyp. Ordn. IV. §. 7. seqq. (Bd. VIII. S. 527.)

b) Ges. v. 7. März 1845, zur Erleichterung des Verfahrens bei Berichtigung des Besitztitels. G. S. S. 160.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur Erleichterung der Berichtigung des Besitztitels bei Grundstücken, welche bereits in das Hypothekenbuch eingetragen sind, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, für alle Provinzen der Monarchie, in welchen das A. L. R. und die Hyp. Ordn. Gesetzeskraft haben, was folgt:

§. 1. Das in der Order vom 9. Mai 1839 unter I. No. 2. für den Fall der Anlegung neuer Hypothekenfolien gestattete Aufgebot soll auch alsdann zulässig sein, wenn der Besitzer eines bereits in das Hypothekenbuch eingetragenen Grundstücks sein Recht von einem Andern als dem zuletzt eingetragenen Besitzer herleitet, oder bei der Herleitung seines Rechts von diesem Besitzer nachweist, dass derselbe gestorben oder rechtskräftig für todt erklärt worden ist.

§. 2. Zur Begründung des Antrages, das Aufgebot (§. 1.) zu erlassen, muss der Besitzer ausser dem in der Order vom 9. Mai 1839 unter I. No. 2. vorgeschriebenen Nachweise entweder die Urkunde, durch welche der zuletzt eingetragene Besitzer das Grundstück veräussert hat, oder dessen Einwilligung in die beantragte Umschreibung des Besitztitels in beglaubter Form beibringen, oder den Beweis führen, dass der zuletzt eingetragene Besitzer vor länger als einem Jahre gestorben oder rechtskräftig für todt erklärt worden ist.

§. 3. Sind von dem Extrahenten Eigenthumsprätendenten angezeigt worden, welche aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlich sind, so muss denselben der zur Anmeldung der Ansprüche anberaumte Termin, sofern ihr Aufenthalt bekannt ist, durch besondere Erlasse, sonst aber durch namentliche Aufforderung in der Edictalladung (§§. 100. u. f. Tit. 51. der Prozessordnung) mit der Verwarnung bekannt gemacht werden, dass, wenn sie sich nicht spätestens im Termine melden und ihr Widerspruchsrecht bescheinigen, die Eintragung des Besitztitels für den Extrahenten erfolgen werde, und ihnen überlassen bleibe, ihre Ansprüche in einem besonderen Prozesse zu verfolgen.

§. 4. Nach rechtskräftig erfolgter Präclusion der nicht erschienenen, und nach Beseitigung des Widerspruchs der erschie-

nenen Eigenthumsprätendenten ist die Berichtigung des Besitztittels für den Extrahenten auf dessen Antrag zu bewirken, ohne dass es der Eintragung der Vorbesitzer bedarf.

Es werden jedoch durch diese Präclusion diejenigen Hindernisse der Eintragung des Besitztittels nicht beseitigt, welche sich aus der zweiten Rubrik des Hypothekenbuchs ergeben.

§. 5. In den Fällen, in welchen ein Grundbesitzer zur Berichtigung seines Besitztittels nach Maassgabe der Order v. 6. Octbr. 1833 angehalten werden muss, ist die Hypotheken-Behörde ermächtigt, einen Anwalt zu bestellen, welcher auf Kosten des Verpflichteten das Aufgebot in Antrag bringt und die Berichtigung des Besitztittels betreibt.

Tit. II. §. 59. a) Rescr. v. 27. Octbr. 1840, betr. den, vor Berichtigung des Besitztittels eines Erbzins- oder Erbpachtsgrundstücks von dem neuen Erwerber, durch Beibringung des Consenses des Obereigenthümers oder Erbverpächters, zu führenden Nachweis der Besitzfähigkeit. Min. Bl. S. 342. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 562.

b) Rescr. v. 31. Decbr. 1840, betr. die Berichtigung des Besitztittels geduldeter Kirchengesellschaften von den zu ihren gottesdienstlichen Zusammenkünften bestimmten Grundstücken. Min. Bl. 1841, S. 34. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 555.

Tit. II. §. 59. seqq. 1. a) Instruct. v. 16. Jani 1835 nebst Anlage, betr. das Verfahren rücksichtlich des Hypothekenwesens der Domainen und Forsten in den alten Provinzen. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 512. (s. Bd. VII. S. 712.)

b) Instruct. v. 1. Juli 1835, desgl. in den neu und wiedererworbenen Provinzen. v. K. Jhrb. Bd. 45. S. 529. (s. Bd. VII. S. 725.)

c) C. O. v. 30. Septbr. 1836, betr. die Abtretung von Domanialeigenthum für Betriebszwecke der Post oder Bergwerksverwaltung. v. K. Jhrb. Bd. 48. S. 272. (s. Bd. VIII. S. 264.)

d) Rescr. v. 31. Juli 1839 und 2. Octbr. 1840, betr. die prioritätische Eintragung der Ablösungscapitalien für die auf Domainengrundstücken haftenden Lasten, und der zu solchen Ablösungen vorgeliehenen Capitalien. Min. Bl. 1839, S. 280, 1840, S. 330. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 180., Bd. 56. S. 578.

e) C. O. v. 8. Aug. 1818 und 3. Jan. 1839, betr. die Ablösung des Obereigenthums von fiscalischen Erbzins- oder Erbpacht-Grundstücken. Min. Bl. 1839, S. 187. s. zu A. L. R. II. 14. §. 16. seqq. (S. 599. Bd. IX.)

f) Rescr. v. 16. Mai 1839, dass die Abschliessung solcher Verträge, wodurch das *dominium directum* von Domainengrundstücken, nach erfolgter Ablösung des Canons, übertragen werden soll, den Regierungen selbstständig zusteht. Min. Bl. S. 187. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 438.

2. C. O. v. 21. Febr. 1845, betr. die Berichtigung des Besitztittels von den Seitens des Fiscus angekauften Grundstücken. Min. Bl. S. 70.

Aus den in Ihrem Bericht vom 6. d. M. entwickelten Gründen bestimme Ich, dass bei Ankäufen von Grundstücken Seitens des Fiscus ein von dem betreffenden Verwaltungs-Chef in be-

weisender Form genehmigter Kaufcontract zur Berichtigung des Besitztitels genügt, ohne dass es der Vorlegung einer den Ankauf genehmigenden besondern Order bedarf.

Tit. II. §. 60. Rescr. v. 11. Octbr. 1834 und 4. Febr. u. 28. Juni 1839, betr. die Eintragungsfähigkeit der vor ausländischen Gerichten oder Notarien aufgenommenen Verträge über hiesige Grundstücke. Min. Bl. 1839, S. 82. u. 243. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 179. u. 425.

Tit. II. §. 63. Rescr. v. 14. Febr. 1842, betr. den Zeitpunkt, wann die Ableistung des Homagialeides durch die Erwerber von Rittergütern zu veranlassen. Min. Bl. S. 79. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 288.

Tit. II. §. 72—75. a) Ges. v. 28. März 1840, betr. die Befugnisse der Beneficialerben. G. S. S. 103. s. zu A. L. R. I 9. §. 444. (S. 98. Bd. IX.)

b) Rescr. v. 4. Jan. 1841, betr. die kostenfreie Löschung der in die Hypothekenbücher eingetragenen Beschränkungen der Beneficialerben. Min. Bl. S. 30. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 259.

c) Rescr. v. 7. Decbr. 1840, betr. die Legitimationsführung der Erben eines Ausländers zum Besitze eines hiesigen Grundstücks. Min. Bl. 1841, S. 71.

Tit. II. §. 73. u. 74. Realberechtigte, welche die, zur Anmeldung ihrer Ansprüche bei dem Hypothekenrichter in den neu oder wiedererworbenen Landestheilen gesetzlich vorgeschriebene, Präclusivfrist versäumt haben, können späterhin die Eintragung ihrer Rechte auf das belastete Grundstück, und zwar auf den ganzen Umfang desselben, auch dann noch fordern, wenn das Grundstück in den Händen solcher Erben des ursprünglich Verpflichteten befindlich ist, die es bei der Auseinandersetzung mit ihren Miterben gegen anderweitige Abfindung derselben übernommen haben. Entsch. des Geb. Ob. Trib. v. 17. Decbr. 1841, Bd. 7. S. 271. (Vergl. die verschiedenen Hypothekenpatente Bd. VI. S. 45, 49., 53. u. 61.)

Tit. II. §. 79. u. 80. a) Rescr. v. 24. Septbr. 1841, betr. die bei Regulirung des Hypothekenbuchs von Amtswegen einzutragenden Beschränkungen. Min. Bl. 1841, S. 296. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 226.

b) Rescr. v. 1. Octbr. 1842, betr. die Eintragung des Miteigenthums der Ehefrauen bei gesetzlicher Gütergemeinschaft. Min. Bl. S. 318. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 557.

c) Rescr. v. 24. Juli 1839, betr. die Eintragung eines Altentheils und des sogenannten Ein- und Ausgangsrechts bei bäuerlichen Grundstücken. Min. Bl. S. 283. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 174.

Tit. II. §. 83. seqq. a) Rescr. v. 11. Jan. 1842, betr. die Eintragung von persönlichen oder subjectiv-dinglichen Realberechtigungen. Min. Bl. S. 18. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 308.

b) Rescr. v. 28. Novbr. 1842, betr. die Eintragung der von Hauseigenthümern übernommenen polizeilichen Beschränkungen. Min. Bl. S. 374. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 660.

Tit. II. §. 91. 1. a) Rescr. v. 18. Novbr. 1838 und 13. Jan. 1839, betr. die Abschreibung der von einem Rittergute veräußerten Parcellen, und

die Berichtigung des Besitztittels für dieselben im Hypothekenbuche des Untergerichts. Min. Bl. S. 41. u. 42. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 181. u. 184.

b) Rescr. v. 25. Novbr. 1839, dass die in Folge einer gutsherrlich-bäuerlichen Regulirung von einem Rittergute abgeschriebenen und demnächst von dem Gutsherrn wieder erworbenen bäuerlichen Grundstücke dem Rittergute zugeschrieben werden können. Min. Bl. S. 399. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 454.

c) Rescr. v. 20. Jan. 1840, betr. die Abschreibung veräußerter Parzellen, deren Erwerb nicht besonders nachgewiesen ist, vom Hauptgute. Min. Bl. S. 57. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 265.

d) Rescr. v. 2. Febr., 24. März, 3. Novbr. und 25. Decbr. 1840, betr. die Abschreibung einer Parzelle von dem Hypothekenblatt des inmittelst veräußerten Hauptgutes, und die bei Anlegung eines besonderen Foliums für die Parzelle auf die Gläubiger des Hauptgutes zu nehmende Rücksicht. Min. Bl. 1840, S. 46., 127., 363., 1841, S. 29. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 267. 272., Bd. 56. S. 572., 575.

e) Rescr. v. 26. Juli und 20. Octbr. 1840, betr. das Verfahren bei Abschreibung der von einem eximirten Landgute abgetrennten Bestandtheile. Min. Bl. S. 262. u. 354. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 228. u. 567.

f) Rescr. v. 6. Aug. und 19. Octbr. 1840, betr. das Verhältniss der Hauptguts gläubiger zu abgetrennten Parzellen oder Pertinentien. Min. Bl. S. 278. u. 352. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 223. u. 569.

g) Rescr. v. 14. Mai 1844, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 113. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 527.

h) Rescr. v. 3. Juli 1840, betr. das bei Abschreibung einer in Erbpacht ausgethanen Parzelle vom Hauptgute zu beobachtende Verfahren. Min. Bl. S. 237. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 225.

i) Rescr. v. 2. Jan. 1841, betr. das Verfahren bei Abschreibung der, vom Hauptgute durch Veräußerung zu Eigenthum oder Erbzins abgetrennten Parzellen, und die Form der desfallsigen Verträge. Min. Bl. S. 37. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 252.

2. **a)** Ges. v. 13. April 1841, über den erleichterten Austausch einzelner Parzellen von Grundstücken. G. S. S. 79.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen, um den Austausch einzelner Parzellen von Grundstücken im Interesse der Landeskultur zu erleichtern, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, für diejenigen Landestheile, in welchen das A. L. R. und die Hyp. Ordn. Gesetzeskraft haben, was folgt:

§. 1. Jeder Grundeigenthümer ist befugt, einzelne Gutsparzellen gegen andere Grundstücke auch ohne Einwilligung der Hypothekengläubiger und anderen Realberechtigten zu vertauschen, wenn dazu bei einem bepfandbrieften Gute die Credit-Direction, bei einem andern Gute die Provinzial-Behörde, welche die Auseinandersetzungs-Angelegenheiten leitet, die Genehmigung ertheilt.

§. 2. Diese Genehmigung darf nur unter folgenden Bedingungen ertheilt werden:

- 1) die abzutretende Parzele muss, im Verhältniss zu dem Gute, von welchem sie abgetrennt werden soll, von geringem Umfange sein.
- 2) der Tausch muss dem Gute, für welches die Genehmigung nachgesucht wird, durch den besseren Zusammenhang des einzutauschenden Grundstücks mit dem Gute, Vorthail bringen;
- 3) wenn der abgeschätzte Werth der abzutretenden Parzele mehr beträgt, als der Werth des einzutauschenden Grundstücks, so darf der Ueberschuss höchstens den fünften Theil des Werthes der abzutretenden Parzele erreichen, und es muss die zur Ausgleichung herauszuzahlende Summe zur Sicherheit der Berechtigten gerichtlich deponirt werden.

§. 3. Sind diese Bedingungen bei dem einen der beiden Güter, zwischen welchen der Austausch bewirkt werden soll, vorhanden, bei dem andern aber nicht, so ist nur bei jenem das gegenwärtige Gesetz anzuwenden, für das andere bleibt es bei den allgemeinen Gesetzen, nach welchen die Einwilligung der einzelnen Realberechtigten erforderlich ist.

§. 4. Die abgetretene Parzele scheidet aus dem Realverbande des Guts, zu welchem solche bis dahin gehört hat, aus, und das eingetauschte Grundstück tritt in Beziehung auf die Hypothekengläubiger und anderen Realberechtigten an die Stelle der abgetretenen Parzele.

Die genehmigende Behörde (§. 1.) hat von dem Austausche der Hypothekenbehörde beider Grundstücke Anzeige zu machen.

§. 5. Wenn das Gut, für welches ein solcher Austausch beabsichtigt wird, in einem Lehn- oder Fideicommiss-Verbande steht, so ist auf die Wahrung der Rechte der Lehn- und Fideicommissfolger nicht das gegenwärtige Gesetz, sondern das Gesetz über Familienschlüsse vom 15. Febr. 1840, §. 15. (G. S. S. 20.) anzuwenden.

b) Rescr. v. 23. Octbr. 1841, betr. die Befugniss der Regierungen zur Ertheilung des Consenses bei Austauschungen einzelner Parcellen nicht bepfandbriefter Güter. Min. Bl. S. 332. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 577.

c) Rescr. v. 11. Mai 1844, nähere Bestimmungen über denselben Gegenstand enthaltend. Min. Bl. S. 152. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 531.

3. a) Rescr. v. 22. Septbr. 1839, betr. das Verfahren bei Dismembrationen. Min. Bl. S. 328. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 178.

b) Rescr. v. 14. Octbr. 1839, betr. das Verfahren bei Parcellirung von Grundstücken in Berlin. Min. Bl. S. 339. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 455.

c) Rescr. v. 30. Decbr. 1841 u. 8. Decbr. 1842, betr. die Parcellirungsbefugniss der Eigenthümer, Erbzinsleute und Erbpächter. Min. Bl. 1842, S. 10. u. 387. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 575., Bd. 60. S. 556.

- d) Rescr. v. 14. März 1842, nebst Anlage, betr. die Vertheilung der Abgaben bei Parcellirungen. Min. Bl. S. 103. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 289. und
 e) Rescr. v. 1. Febr. 1843, betr. die Subhastation der Parcellen eines Bauerguts vor Vertheilung der Abgaben. Min. Bl. S. 32. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 120.

erledigt durch:

4. a) Gesetz v. 3. Jan. 1845, betr. die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen. G. S. S. 25.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen zur Beseitigung der Uebelstände, welche aus der Zerstückelung von Grundstücken und aus der Gründung neuer Ansiedelungen ohne gleichzeitige Regulirung der Abgaben- und Communalverhältnisse entstehen, nach Anhörung Unserer getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, für die Provinzen Preussen, Brandenburg und Pommern, jedoch mit Ausschluss von Neu-Vorpommern, sowie für die Provinzen Schlesien, Posen und Sachsen, was folgt:

§. 1. Dem gegenwärtigen Gesetze sind alle Arten von Grundstücken unterworfen, mit Ausnahme der Gebäude, Bauplätze, Hofstellen und Gärten innerhalb einer Stadt oder Vorstadt.

I. Zertheilung von Grundstücken.

§. 2. Wenn durch Kauf-, Erbzins-, Erbpacht oder andere Veräußerungsverträge Grundstücke zertheilt, von einem Grundstück einzelne Theile abgezweigt, oder Grundstücke, welche Zubehör eines andern Grundstücks sind, von diesem abgetrennt werden sollen, so muss der Vertrag vor demjenigen Gericht, welches das Hypothekenbuch des Grundstücks zu führen hat, oder vor einem Commissarius dieses Gerichts geschlossen werden.

Zur Aufnahme von Verträgen dieser Art über Grundstücke, deren Hypothekenbuch von einem Obergericht geführt wird, ist auch der betreffende Kreis-Justizrath ermächtigt. In denjenigen Obergerichtsbezirken, wo Kreis-Justizräthe nicht vorhanden sind, hat das Obergericht für jeden Kreis zur Aufnahme solcher Verträge einen Commissarius ein- für allemal zu bestellen.

§. 3. Sind die Vorschriften des §. 2. nicht beobachtet, so ist der Vertrag nichtig und hat demnach auch unter den Contrahenten keine rechtliche Wirkung.

§. 4. Die Aufnahme des Vertrages (§. 2.) darf erst dann erfolgen, wenn der Veräußernde entweder

- 1) seinen Besitztitel in das Hypothekenbuch hat eintragen lassen, oder
- 2) schon ein Jahr lang sich im Besitz des Grundstücks befindet, und bei Aufnahme des Vertrages gleichzeitig die Berichtigung seines Besitztitels beantragt.

Der Hypothekenrichter hat alsdann diese Berichtigung für den Veräußernden erforderlichen Falls nach der Vorschrift der Order vom 6. Octbr. 1833 (G. S. 1833, S. 124.) zu betreiben.

§. 5. Die Bestimmungen der §§. 2 — 4. finden keine Anwendung

- 1) bei Grundstücken, welche sich im landesherrlichen oder fiscalischen Besitze, oder unter unmittelbarer Verwaltung der Staatsbehörden, ingleichen bei solchen Grundstücken, welche sich im Besitze einer Kirche, Pfarre oder einer andern geistlichen Stiftung, sowie einer Schule oder Armenanstalt befinden;
- 2) bei den ausserhalb einer Stadt oder Vorstadt (§. 1.), auf der städtischen Feldmark gelegenen Grundstücken;
- 3) bei Theilung von Grundstücken zwischen Miterben oder solchen Miteigenthümern, deren Gemeinschaft sich nicht auf Vertrag gründet;
- 4) bei Ueberlassung einzelner Theile von Grundstücken Seitens der Eltern an ihre Kinder oder weitere Abkömmlinge;
- 5) bei Grundstücken, welche einer Expropriation, zum Zweck der Anlage von Chausseen, Eisenbahnen, Kanälen u. s. w. unterworfen sind, ohne Unterschied, ob die Veräusserung selbst durch Expropriation oder durch freien Vertrag bewirkt wird;
- 6) bei Theilungen von Grundstücken, welche durch eine gutherrlich-bäuerliche Regulirung, eine Ablösung von Diensten, Natural- und Geldleistungen, oder eine Gemeinheitstheilung veranlasst werden, oder bei Gelegenheit solcher Geschäfte (§. 8. der Verordn. vom 30. Juni 1834) vorkommen.

§. 6. Jeder Erwerber eines Trennstücks (§. 2.) ist verpflichtet, seinen Besitztitel berichtigen zu lassen. Wer dieser Verpflichtung nicht genügt, ist dazu von Amtswegen in dem durch die Order vom 6. Octbr. 1833 (G. S. 1833, S. 124.) vorgeschriebenen Wege anzuhalten.

Diese Bestimmung findet auch auf die Erwerber von Trennstücken in den im §. 5. bezeichneten Fällen Anwendung.

Ausgenommen hiervon bleiben jedoch Fiscus, Kirchen, Pfarren, geistliche Stiftungen, Schulen und Armenanstalten, so wie diejenigen, welche in den Fällen des §. 5. No. 5. Trennstücke erworben haben.

§. 7. Die Abschreibung der Trennstücke im Hypothekenbuche, so wie deren Uebertragung auf ein anderes Folium und die Berichtigung des Besitztitels für den Trennstückserwerber, darf in allen Fällen erst dann geschehen, wenn zuvor:

- 1) die auf dem dismembrirten Grundstück haftenden, oder in Rücksicht auf dessen Besitz zu entrichtenden Abgaben und Leistungen, welche die Natur öffentlicher Lasten haben, einschliesslich der aus dem Gemeinde-, Kirchen-, Pfarr- oder Schulverbände entspringenden oder sonstigen Korporations- oder Societätslasten (§. 9. a. bis f.) definitiv oder interimistisch vertheilt (§§. 20. u. 23.) und die das Grundstück betreffenden und auf dessen Besitz sich gründenden

Communal- und Societätsverhältnisse definitiv oder interimsistisch regulirt sind;

- 2) der Vorschrift des §. 91. Tit. 2. der Hypothekenordnung genügt ist, wonach vom Hypothekenrichter wegen eines mit den eingetragenen Realberechtigten und Hypothekengläubigern zu vermittelnden Regulativs verhandelt werden muss.

§. 8. Die Regulirung der im §. 7. zu 1. bezeichneten Verhältnisse liegt dem Landrathe und für die Feldmarken derjenigen Städte, welche keinem Kreise angehören, dem Magistrate ob, jedoch unbeschadet der in einzelnen Landestheilen den ständischen Behörden zustehenden Steuerregulirung.

Der Landrath ist befugt, die Regulirungsverhandlung der Ortsobrigkeit zu übertragen.

In Ansehung der Theilungen von Grundstücken, welche bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen, Gemeinheitstheilungen oder Ablösungen vorkommen, verbleibt die Regulirung der im §. 7. zu 1. und 2. bezeichneten Verhältnisse den Auseinandersetzungsbehörden nach Maassgabe der darüber bestehenden Vorschriften.

§. 9. Bei Regulirung der im §. 7. No. 1. bezeichneten Verhältnisse sind ausser den Contrahenten auch die sonst dabei Betheiligten mit ihren Erklärungen zu hören, insbesondere

- a) die Gutsherrschaft, sofern ihr Gerichtsbarkeit oder das Recht zur Polizeiverwaltung zusteht,
- b) die Kirche,
- c) die Pfarre,
- d) die Schule,
- e) die Gemeinde,
- f) die sonst dabei betheiligten, unter Aufsicht des Staats stehenden Institute oder Gesellschaften, z. B. Deichverbände.

Das hinsichtlich der Steuervertheilung obwaltende Interesse des Staats und ständischer Kassen ist von den das Regulirungsgeschäft leitenden Behörden von Amtswegen wahrzunehmen.

§. 10. Die von dem Landrathe oder in seinem Auftrage von der Ortsobrigkeit, ingleichen die von dem Magistrate (§. 8.) aufgenommenen Regulirungs-Protocolle haben die Beweiskraft öffentlicher aussergerichtlicher Urkunden, sofern bei ihnen diejenige Form beobachtet worden, welche in dem §. 129. Tit. 10. Th. I. der A. G. O., in den §§. 68. bis 74. des Anhangs zu derselben und in der Order vom 20. Juni 1816 (G. S. 1816, S. 203.) vorgeschrieben ist.

§. 11. Die Vertheilung der Grundsteuern erfolgt nach den darüber bestehenden Grundsätzen; durch Verabredungen der Parteien kann darin nichts geändert werden.

§. 12. Geld- und Naturalabgaben, so wie andere Leistungen, sind auf die einzelnen Theile des Grundstücks nach deren Ertragswerth oder Flächenraum verhältnissmässig zu vertheilen. Die Vertheilung nach dem Ertragswerthe muss jedoch unbedingt eintreten, wenn bei einer Vertheilung nach dem Flächenraum die

nachhaltige Leistung der Theilabgaben nicht genügend gesichert sein würde.

§. 13. Sollte bei einer Vertheilung von Hand- oder Spanndiensten oder anderen in Handlungen bestehenden Leistungen nach dem im §. 12. bestimmten Verhältnisse die nachhaltige Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht genügend gesichert sein, so müssen die Besitzer der einzelnen Theile des Grundstücks — vorbehaltlich der unter ihnen zu treffenden Ausgleichung — jeder anderen als nothwendig sich ergebenden Vertheilungsart sich unterwerfen. In solchem Falle kann die ganze Verpflichtung selbst einem Theilstücke ausschliesslich auferlegt werden.

Dies muss geschehen, wenn die Dienste oder Leistungen ihrer Natur nach untheilbar sind.

§. 14. Kann die nachhaltige Erfüllung der Verpflichtung zu Diensten oder anderen Leistungen (§. 13.) weder durch eine Vertheilung auf die einzelnen Theilstücke, noch dadurch gesichert werden, dass die Verpflichtung einem der Theilstücke ausschliesslich auferlegt wird, so muss die Verpflichtung in Dienste oder Leistungen anderer Art, oder in eine Geldabgabe verwandelt und deren Vertheilung nach der Vorschrift des §. 12. bewirkt werden.

Was nach diesen Bestimmungen von den Besitzern der einzelnen Theilstücke geleistet werden muss, ist zur Beschaffung der wegfallenden Dienste oder Leistungen zu verwenden. Sind die Dienste oder Leistungen nur dann zu beschaffen, wenn sie von den übrigen gemeinsam Verpflichteten übernommen werden, so können diese hierzu gegen Ueberweisung des von den Besitzern der Theilstücke zu leistenden Ersatzes angehalten werden.

§. 15. Sollte in dem am Schlusse des §. 14. erwähnten Falle die Theilung von Grundstücken auf den Zustand der Gesammtheit der Pflichtigen einen solchen Einfluss äussern, dass das bisherige Leistungsverhältniss ohne Beeinträchtigung der wirthschaftlichen Verhältnisse der Pflichtigen nicht fortbestehen kann, so ist alsdann die Art und Weise neu zu ordnen, wie die Dienste künftig zu leisten oder statt derselben Geldabgaben einzuführen sind.

§. 16. Wird ein Grundstück getheilt, mit dessen Besitz die Verwaltung des Schulzen- oder Dorfrichteramtes verbunden ist, so ist nach den Umständen zu ermessen, ob die Verwaltung dieses Amtes mit dem Besitz eines der Theile des Grundstücks verbunden bleiben kann.

Ist dies nicht zulässig, so muss ein auskömmliches Schulzengehalt in Grundstücken oder in Geld festgesetzt und der Geldbeitrag nach Vorschrift des §. 12. vertheilt und für die hypothekarische Sicherstellung gesorgt werden.

§. 17. Abgaben und Leistungen, welche nach der Ortsverfassung von dem Besitzer eines jeden Grundstücks, ohne Rücksicht auf die Grösse und Art desselben, zu tragen sind, hat jeder Erwerber eines Theilstücks zu übernehmen.

§. 18. Verabredungen der Betheiligten über die Regulirung der in den §§. 12—17. erwähnten öffentlichen Abgaben, Leistungen und Verhältnisse können von der Behörde bestätigt werden, insofern solche der Verfassung nicht entgegen sind und die nachhaltige Entrichtung gesichert ist.

§. 19. Die Behörde entwirft, nachdem sie sich über die Sachlage vollständig unterrichtet hat, einen Plan zur Regulirung der im §. 7. No. 1. bezeichneten Verhältnisse.

Ueber diesen Plan sind sämtliche Betheiligte mit ihrer Erklärung zu hören. In Ansehung derjenigen, welche sich auf die Mittheilung des Planes binnen einer Frist von längstens vier Wochen nicht erklären, wird angenommen, dass sie gegen den Plan nichts einzuwenden haben.

Der Regulierungsplan ist demnächst mittelst gutachtlichen Berichts des Landraths oder Magistrats der Regierung zur Bestätigung einzureichen.

§. 20. Ergeben sich bei der Regulirung Streitigkeiten über die öffentlichen Abgaben und Leistungen oder über die Gemeinde- und Corporationsverhältnisse, so sind solche, wenn sie zur Erörterung im Rechtswege geeignet sind, zur Entscheidung der Gerichte zu verweisen; eignen sich aber dieselben zur Feststellung im Verwaltungswege, so entscheidet darüber die Regierung. Diese ist in beiden Fällen befugt, ein sofort vollstreckbares Interimisticum festzusetzen, gegen welches ein Recurs nicht stattfindet.

§. 21. Die Regierung ist ermächtigt, in den zu ihrer Competenz gehörenden Streitigkeiten, wenn sie es nach den Umständen für angemessen erachtet, ein schiedsrichterliches Verfahren nach Massgabe der Verordnung vom 30. Juni 1834 §§. 31—34. und der Instruction vom 12. Octbr. 1835 eintreten zu lassen.

§. 22. Gegen die definitive Entscheidung der Regierung und gegen den von derselben bestätigten Vertheilungsplan ist ein Recurs an das Ministerium des Innern zulässig; dieser muss jedoch binnen sechs Wochen und von Seiten des Fiskus, so wie der demselben durch Art. XIII. der Declaration vom 6. April 1839 (G. S. 1839, S. 126.) gleichgestellten Personen, binnen zwölf Wochen, von dem Tage nach Zustellung der Entscheidung oder des Vertheilungsplanes an gerechnet, eingelegt werden.

Die erste Entscheidung oder der Vertheilungsplan kann, des eingewandten Recurses ungeachtet, einstweilen in Vollzug gesetzt werden.

§. 23. Der von der Regierung bestätigte oder durch Recursentscheidung des Ministeriums des Innern festgesetzte Regulierungsplan hat die Wirkung einer gerichtlich bestätigten und vollstreckbaren Urkunde.

§. 24. Erst nach erfolgter definitiver (§. 23.) oder interimistischer (§. 20.) Regulirung ist der Erwerber eines Trennstücks befugt, die mit demselben verbundenen ständischen, Gemeinde- und anderen Corporationsrechte auszuüben. So lange eine solche

Regulirung nicht erfolgt ist, bleiben alle Theilstücke für sämtliche Abgaben und Leistungen solidarisch verhaftet, welche dem ganzen Grundstück oblagen, oder in Rücksicht auf dessen Besitz entrichtet werden mussten.

II. Gründung neuer Ansiedelungen.

§. 25. Wenn:

- 1) auf einem unbewohnten Grundstück, welches nicht zu einem anderen bereits bewohnten Grundstück gehört, Wohngebäude errichtet werden sollen, oder
 - 2) ein solches Grundstück, auf dem sich bereits Wohngebäude befinden, vom Hauptgute abgetrennt und nicht einem anderen schon bewohnten Grundstück zugeschlagen wird,
- so müssen nach Anhörung der Betheiligten (§. 9.) auch diejenigen Verhältnisse (§. 7. No. 1.) festgestellt werden, welche aus der Gründung einer neuen Ansiedlung in Beziehung auf die Gerichts- und Polizeiobrigkeit, den Gemeinde-, Kirchen- und Schulverband oder andere dergleichen Verbände entspringen.

In dem zu 1. gedachten Falle muss diese Regulirung der Aushändigung des Bauconsenses, in dem Falle zu 2. der Abschreibung des Trennstücks und der Berichtigung des Besitztitels für den Erwerber vorausgehen.

§. 26. Für diese Regulirung (§. 25.) sind ausser den in den §§. 8—24. enthaltenen Vorschriften noch folgende Bestimmungen maassgebend:

- 1) die Besitzer und Bewohner der Ansiedlung haben in Beziehung auf den Gerichts-, Polizei-, Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Gemeindeverband, welchem sie angehören, oder nach den Gesetzen zu überweisen sind, alle diejenigen Abgaben und Leistungen zu übernehmen, welche nach der Verfassung oder Ortsobservanz solchen Mitgliedern der Gemeinde obliegen, denen sie nach Massgabe ihrer Besitz- und sonstigen Verhältnisse beizuzählen sind;
- 2) die neuen Ansiedler müssen, wenn durch ihren Hinzutritt dem Gemeinde-, Kirchen-, Schul- oder sonstigen Verbands besondere Unkosten oder Lasten entstehen, auch diese tragen.

§. 27. Die Gründung einer neuen Ansiedlung (§. 25. No. 1.) innerhalb einer städtischen oder ländlichen Feldmark kann untersagt werden, wenn davon Gefahr für das Gemeinwesen zu besorgen und die polizeiliche Beaufsichtigung mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden ist. Dies ist besonders in dem Falle anzunehmen, wenn die neue Ansiedlung von andern bewohnten Orten erheblich entfernt, oder sonst unpassend belegen ist, und zugleich ihrem Besitzer die Mittel nicht gewährt, sich davon als Ackerwirth, als Gärtner oder vermittelt eines mit dem Grundstück zu verbindenden Gewerbebetriebes, z. B. durch Anlage eines Mühlenwerks, einer Fabrik oder eines Holzplatzes selbstständig zu ernähren.

Insonderheit ist notorisch unvernünftigen oder bescholtenen Personen in solchem Falle die Ansiedlung in der Regel zu versagen.

§. 28. In den Fällen des §. 27. hat die Behörde zu erwägen, ob durch die neue Ansiedlung die benachbarten Gemeinden, Forst- und Gutsbesitzer benachtheiligt werden können. In diesem Falle sind dieselben vor Gestattung der Ansiedlung mit ihrer Erklärung zu hören.

§. 29. Ueber die Gestattung oder Versagung der neuen Ansiedlung hat auch in dem Falle, wenn von der Ortsobrigkeit, der Gemeinde oder den Nachbarn derselben widersprochen wird, der Landrath oder der Magistrat (§. 8.) zu entscheiden. Gegen diese Entscheidung steht den Betheiligten innerhalb einer zehntägigen Frist der Recurs an die Regierung, und zwar mit suspensiver Wirkung offen. Eine weitere Berufung findet dagegen nicht Statt.

§. 30. Wer ohne solche Genehmigung (§. 29.) eine neue Ansiedlung (§. 25. No. 1.) gründet, kann von der Behörde zur Wegschaffung derselben angehalten werden.

§. 31. Wer eine Colonie auf seinem Grundstücke anlegen und dasselbe zu diesem Zweck zerstückeln will, hat vor der Ausführung einen Plan dem Landrath vorzulegen und darin nachzuweisen, in welcher Weise die Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse der neuen Ortschaft, sowie deren Verhältnisse zur Gerichts- und Polizeiverwaltung angemessen geordnet und sichergestellt werden sollen.

§. 32. Der Landrath hat diesen Plan (§. 31.) mit seinem Gutachten der Regierung zur Genehmigung einzureichen.

Sollen der neuen Ortschaft Corporationsrechte verliehen werden, so ist hierzu die landesherrliche Genehmigung erforderlich.

III. Kosten.

§. 33. Alle Verhandlungen der Polizei- und Verwaltungsbehörden in Parcellirungs- und Ansiedlungssachen, einschliesslich der Verhandlungen der vom Landrath mit der Regulirung beauftragten Ortsobrigkeit, sind, ohne Unterschied des Gegenstandes, stempel- und gebührenfrei. Wegen der Diäten und Reisekosten der bei den Verhandlungen zugezogenen Sachverständigen oder anderen Beamten, zu deren Beruf das Geschäft nicht schon gehört (§. 8.) kommen die §§. 2. und 3. des Kostenregulativs vom 25. April 1836 (G. S. 1836, S. 181.) zur Anwendung.

b) Declaration v. 7. August 1846, betr. die Anwendung des §. 2. des Gesetzes v. 3. Jan. 1845, über die Zertheilung von Grundstücken und neuen Ansiedlungen. G. S. S. 395.

Auf Ihren Bericht vom 21. Juli d. J. bestimme Ich, zur Beseitigung der über die Anwendung des §. 2. des Gesetzes, betreffend die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedlungen, v. 3. Jan. 1845 (G. S. S. 25.) entstandenen Zweifel, dass in allen Fällen, in welchen nach §. 2. dieses Gesetzes bei einem der daselbst bezeichneten Verträge die Wirksamkeit meh-

rerer Gerichte als Hypothekenbuch führender Behörden eintritt, jedes dieser Gerichte zur Aufnahme des Vertrages befugt sein soll. Dasjenige Gericht, vor welchem, oder vor dessen Commissarius die Aufnahme des Vertrages erfolgt, hat alsdann den übrigen betheiligten Gerichten von dem abgeschlossenen Vertrage Mittheilung zu machen. Diese Bestimmungen sind durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

c) Rescr. v. 23. Juni 1846, dass eine beglaubte stempelfreie Abschrift jedes Parcellirungs-Vertrages sogleich bei dessen Ausfertigung dem betreffenden Landrathe oder Magistrate, so wie auch der Hypothekenbehörde mitzutheilen ist. Min. Bl. S. 123.

Tit. II. §. 104. seqq. Rescr. v. 21. Septbr. 1839. betr. die Unzulässigkeit der prioritätischen Verpfändung der Hauptgüter Behufs der Bestreitung der in Folge der Regulirung entstandenen Einrichtungskosten. Min. Bl. S. 320. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 181.

Tit. II. §. 112. seqq. a) Rescr. v. 16. März 1842, betr. das Verfahren bei Eintragungen von Gemeinheitstheilungs-Recessen, insbesondere für sogenannte Wandeläcker. Min. Bl. S. 184. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 597.

b) Rescr. v. 14. März 1843, betr. die Fassung der Requisitionen um Eintragung der Recesse in Separations- und Ablösungssachen. Min. Bl. S. 83. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 68.

c) C. O. v. 27. Juni und Rescr. v. 22. Octbr. 1843, wonach in allen Fällen, in welchen vom Fiscus Grundstücke zum vollen Eigenthume unter dem Bedinge der Consenses-Einholung bei Veräusserungen verliehen sind, diese Bedingung als erlassen anzusehen, in das Hypothekenbuch nicht einzutragen, auch wo solches früher geschehen, von Amtswegen zu löschen ist. Min. Bl. S. 258. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 501.

Tit. II. §. 132. a) Rescr. v. 1. März und 6. Novbr. 1840 nebst Gutachten des Geh. Ob. Trib. in Betreff der Unzulässigkeit der Verpfändung eines ideellen Antheils an einem der ehelichen Gütergemeinschaft unterworfenen Grundstücke Seitens des einen Ehegatten. Min. Bl. S. 106. u. 369. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 162. u. 455.

b) Die Einwilligung der in Gütergemeinschaft lebenden Ehefrau in eine vom Ehemanne vorgenommene Veräusserung eines Grundstücks ist wirkungslos, wenn dieselbe nicht schriftlich geschehen ist. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 27. Septbr. 1844, Bd. 10. S. 170.

Tit. II. §. 132—134. a) Rescr. v. 26. Novbr. 1840, betr. die Befugniss des Fideicommissbesizers und Fideicommissfolgers, die Revenüen des Fideicommisses auf die Dauer seiner Besitzzeit zu verpfänden. Min. Bl. S. 393. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 464.

b) Verordn. v. 29. Decbr. 1843, betr. die Aufhebung der Beschränkung in Verschuldung der Bauergüter. G. S. 1844, S. 17. s. zu A. L. R. II. 7. §. 240. seqq. (S. 243. Bd. IX.)

Tit. II. §. 177. a) Rescr. v. 15. Juni 1840, betr. die Eintragung einer Protestation wegen nicht erhaltener Valuta. Min. Bl. S. 224. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 653.

b) Rescr. v. 28. Septbr. 1840, betr. die Eintragung von Einwendungen gegen hypothekarische Forderungen. Min. Bl. S. 322. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 241.

Tit. II. §. 182. seqq. a) Vergl. C. O. v. 6. Mai 1836, betr. die Wirkung der executorischen Maassregeln der Regierungen innerhalb der Grenzen ihrer Executionsbefugniss. G. S. S. 194. (s. Bd. VII. S. 154.)

b) Rescr. v. 9. Octbr. 1840, betr. die Zulässigkeit der Eintragung einer rückständigen Forderung von sogenannten Markgroschen auf den Grund einer Executionsverfügung der Verwaltungsbehörde. Min. Bl. S. 327. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 589.

Tit. II. §. 215. seqq. a) Rescr. v. 6. März 1840, dass zur Eintragung einer Cession die Beibringung einer ausdrücklichen Acceptation Seitens des Cessionars nicht erforderlich sei. Min. Bl. S. 96. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 287.

b) Rescr. v. 19. Jan. 1842, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 42. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 196.

Tit. II. §. 241. seqq. a) Vergl. Verordn. v. 29. Decbr. 1843, betr. die Aufhebung der §§. 29. u. 54. des Edicts v. 14. Septbr. 1811, wegen der Verschuldungsbeschränkung der Bauergüter (G. S. 1844, S. 17.), §. 2., wonach die bisher eingetragenen Verschuldungsbeschränkungen im Hypothekenbuche von Amtswegen zu löschen sind, die Löschung der eingetragenen Normaltaxe aber nur auf den Antrag des Besitzers geschehen soll. s. zu A. L. R. II. 7. §. 240. seqq. (S. 243. Bd. IX.)

b) Rescr. v. 20. Novbr. 1840, betr. die Form der Vollmacht einer Innung zur Bewilligung der Löschung einer eingetragenen Forderung. Min. Bl. S. 391. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 596.

Tit. II. §. 261. Wegen der Befugniss des Gutsbesitzers, über bezahlte Schuldposten anderweit zu verfügen vergl. Zusätze zu A. L. R. I. 16. §. 484. Anh. §. 52. (S. 139. Bd. IX.)

Tit. II. §. 262. seqq., 273. seqq. a) Rescr. v. 18. Jan. 1840 und 30. Octbr. 1841, betr. die Löschung eingetragener Altentheile, Wohnungs-, Gebrauchs-, Niessbrauchs- und Lebtags-Rechte nach dem Tode des Berechtigten. Min. Bl. 1840, S. 38., 1841, S. 343. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 289., Bd. 58. S. 580.

b) Rescr. v. 5. April 1839, betr. die Zulässigkeit der Löschung amortisirter Pfandbriefe auf Grund einer von der landschaftlichen Behörde beglaubigten Abschrift des Amortisationsurteils. Min. Bl. S. 131. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 442.

c) C. O. v. 19. Jan. 1843, betr. die Löschung gewisser Vermerke im Hypothekenbuche von Grundstücken in Südproussen. Min. Bl. S. 27.

Ich bin aus den in Ihrem Berichte vom 20. v. M. entwickelten Gründen damit einverstanden, dass die Bestimmung der Rescripte vom 19. Decbr. 1796 und 24. Febr. 1800, nach welcher die von der Krone verschenkten Güter in Südproussen nicht an Eingeborne des ehemaligen Polens veräussert werden sollten,

durch die Gesetzgebung des vormaligen Herzogthums Warschau aufgehoben worden und durch die Wiedereinführung der Preussischen Gesetze nicht wieder hergestellt ist. Ich genehmige demnach, dass alle auf Grund jener Rescripte in den Hypothekenbüchern eingetragenen Vermerke von Amtswegen gelöscht werden.

Tit. II. §. 266. u. 267. a) Rescr. v. 3. Jan. 1839, dass die bei einer nothwendigen Subhastation ausgefallenen, dem Adjudicator zustehenden Hypothekenforderungen gelöscht werden müssen. Min. Bl. S. 32. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 185.

b) Ein in das Hypothekenbuch eingetragenes Wohnungsrecht gehört nicht zu denjenigen Forderungen, deren Löschung der Adjudicator bei einer nothwendigen Subhastation nach Belegung der Kaufgelder zu fordern befugt ist. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 25. Jan. 1840, Bd. 6. S. 178.

c) Vergl. über denselben Gegenstand das Rescr. v. 24. April 1839. Min. Bl. S. 162. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 369.

Tit. II. §. 277 — 282. a) C. O. v. 3. Juli 1843, betr. das öffentliche Aufgebot verloren gegangener Hypothekendocumente über Domainenabgaben und Inventariengelder zum Zweck der Amortisation. G. S. S. 292.

Aus dem Berichte des Staatsministeriums vom 8. v. M. habe Ich ersehen, dass in neuerer Zeit mehrmals ganze Registraturen der Verwaltungsbehörden mit den darin aufbewahrten Hypothekendocumenten über Domainenabgaben und Inventariencapitalien durch Brand zerstört, und dadurch die Nothwendigkeit herbeigeführt worden, zum Behuf der Amortisation dieser Documente das in der Allg. Hyp. Ordn. Tit. 2. §§. 277 — 282., und in der A. G. O. Th. I. Tit. 51. §§. 115 — 118. vorgeschriebene, mit bedeutenden Kosten und Weiterungen verbundene Aufgebotsverfahren einzuleiten. Da nach den bestehenden Einrichtungen eine unbefugte Disposition über dergleichen bei den Behörden aufbewahrte Documente, welche im Falle des Verlustes derselben ein Aufgebot nöthig machte, nicht stattfinden kann, so will Ich nach dem Antrage des Staatsministeriums hierdurch Folgendes bestimmen:

1) sind Hypothekendocumente über Domainenabgaben und Inventarien-Capitalien bei den Behörden verloren gegangen, so soll es zur Amortisation derselben des erwähnten Aufgebotsverfahrens nicht weiter bedürfen, zu diesem Zwecke vielmehr genügen, wenn von der betreffenden Regierung der im A. L. R. Th. I. Tit. 16. §§. 126. u. f. vorgeschriebene Mortificationsschein und zugleich ein Attest darüber ausgestellt wird, dass über die Forderung, welche Gegenstand des Documents ist, zu Gunsten eines Dritten nicht verfügt worden sei;

2) auf Grund dieses Mortificationsscheins und Attestes können in Stelle der verlorenen Documente mit Einwilligung des Schuldners neue ausgefertigt, imgleichen die bereits abgelösten Domainenabgaben und bezahlten Inventariencapitalien,

wenn zugleich die Ablösungsurkunde oder Quittung in vorschriftsmässiger Form beigebracht wird, im Hypothekenbuche gelöscht werden.

b) C. O. v. 13. Mai 1844, betr. das Aufgebot verloren gegangener Hypothekendocumente beim Stadtgericht zu Loslau. G. S. S. 116. s. zu A. G. O. I. 51. §. 115. seqq.

Tit. II. §. 289. u. 290. Plen. Beschl. v. 30. Mai 1842: Eine im Wege des (nachher für justificirt erkannten) Arrestes wegen einer persönlichen Anforderung eingetragene Protestation *de non amplius intabulando* hat die Wirkung, dass ein erst später auf eben dieses Grundstück eingetragener Gläubiger bei eintretender Unzulänglichkeit der zur Hypothek verschriebenen Sache zum Nachtheile des Arrestanten von seinem Hypothekenrechte keinen Gebrauch machen kann. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 8. S. 57. Min. Bl. S. 300.

Tit. II. §. 298. Eine im Wege des Arrestes gegen den eingetragenen Besitzer im Hypothekenbuche eingetragene *protestatio de non amplius disponendo* hat keine Wirkung gegen den wahren Eigenthümer, der das Grundstück schon vor der Arresteintragung erworben und übertragen erhalten, aber bis dahin seinen Besitztitel noch nicht hat berichtigen lassen. Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 8. Juni 1844, Bd. 10. S. 160.

Tit. II. §. 299. Rescr. v. 20. März 1840, betr. das formelle Verfahren bei Umschreibung von Protestationen in wirkliche Hypotheken. Min. Bl. S. 126. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 285.

Tit. IV. §. 1. seqq. a) Vergl. die Bestimmungen wegen Einrichtung des Hypothekenwesens im Grossherzogthum Posen, im Herzogthum Sachsen und in Westphalen. s. zu Einleitung.

b) C. O. v. 28. Juli 1838, betr. die Declarat. der Verordn. v. 16. Juni 1820, wegen Erwerbung und Ausübung der Realrechte auf Grundstücke bei nicht vollständig eingerichteten Hypothekenwesens. G. S. S. 428. (s. Bd. VIII. S. 514.)

c) Rescr. v. 12. Decbr. 1840 und 31. Jan. 1842 nebst Gutachten des Geh. Ob. Trib., betr. die Ertheilung besonderer Recognitionsatteste über angemeldete Realrechte in Westphalen. Min. Bl. 1841, S. 26., 1842, S. 44. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 590., Bd. 59. S. 321.

d) Rescr. v. 16. Jan. 1840, dass zur Erhaltung der Grundgerechtigkeiten in den wiedererworbenen Provinzen deren Anmeldung bei Einrichtung des Hypothekenwesens nicht erforderlich. Min. Bl. S. 35. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 282.

Tit. IV. §. 3. a) C. O. v. 29. Juni 1835, betr. die Wiederherstellung der bei dem Brande der Stadt Steinau in Schlesien vernichteten Hypothekenbücher und Grundacten. G. S. S. 166. (s. Bd. VII. S. 759.)

b) C. O. v. 13. Juni 1837, wegen Wiederherstellung der bei dem Brande der Stadt Goldapp und der Stadt Lyck vernichteten Grundacten und Hypothekenbücher. G. S. S. 109. (s. Bd. VIII. S. 523.)

c) C. O. v. 20. Juli 1837, betr. denselben Gegenstand in Ansehung der Stadt Seidenberg. G. S. S. 130. (s. Bd. VIII. S. 525.)

d) C. O. v. 13. Mai 1844, betr. das Aufgebot verloren gegangener Hypothekendocumente beim Stadtgericht zu Loslau. G. S. S. 116. s. zu A. G. O. I. 51. §. 115. seqq.

e) C. O. v. 11. Juli 1845, betr. die Wiederherstellung der beim Brande des Gerichtsgebäudes zu Medebach vernichteten Grund-Acten und Documente. G. S. S. 501.

Da bei dem am 25. Mai v. J. stattgehabten Brande der Stadt Medebach ein grosser Theil der Grundacten des dortigen Land- und Stadtgerichts über Grundstücke, deren Hypothekenbuch noch nicht vollständig regulirt war und mehrere Hypothekeninstrumente verloren gegangen, in solchem Falle aber nach §. 3. Tit. 4. der Hyp. Ordn. besondere Anweisungen erforderlich sind, so bestimme Ich auf Ihren Bericht vom 1. d. M., was folgt:

- 1) alle diejenigen, welchen auf solche der Gerichtsbarkeit des Land- und Stadtgerichts zu Medebach unterworfenen Grundstücke und Gerechtigkeiten, in Hinsicht deren die Grundacten vernichtet sind, Eigenthums-, Hypotheken- und andere Realrechte oder Ansprüche zustehen, sollen, auf den Antrag der Besitzer, sowie jedes anderen Betheiligten, durch eine in die Amts- und Intelligenzblätter dreimal (monatlich einmal) einzurückende und an der Gerichtsstelle auszuhängende Vorladung öffentlich aufgefordert werden, ihre Rechte oder Ansprüche innerhalb einer dreimonatlichen Frist, deren Ablauf dem Tage nach bestimmt zu bezeichnen ist, bei dem genannten Land- und Stadtgerichte anzumelden und nachzuweisen;
- 2) wer dieser Aufforderung keine Folge leistet, behält zwar seine Rechte gegen die Person des Schuldners und dessen Erben, er kann sich auch an das ihm verhaftete Grundstück halten, so lange sich solches noch in den Händen seines Schuldners oder dessen Erben befindet; er verliert aber, soweit der Schuldner das Recht oder den Anspruch nicht selbst zur Eintragung angemeldet, oder, wenn der Richter aus anderen Documenten davon Kenntniss erhielt, solche nicht anerkannt und deren Eintragung bewilligt hat: a) sein Realrecht in Beziehung auf jeden Dritten, der im redlichen Glauben an die Richtigkeit des Hypothekenbuchs, nach dessen Einrichtung das Grundstück oder die Gerechtigkeit erwirbt, b) sein Vorzugsrecht in Beziehung auf alle übrige Realberechtigten, deren Hypotheken- oder andere Realansprüche vor dem seinigen angemeldet und demnächst zur Eintragung geeignet befunden worden sind; — derselbe haftet zugleich für jeden von seinem Documente später gemachten Missbrauch und den dadurch und aus der Nichtbefolgung der an ihn ergangenen Aufforderung entstandenen Schaden. Diese Folgen sind in der öffentlichen Aufforderung zu 1. den Ausbleibenden anzukündigen;
- 3) die Interessenten sollen bei diesem Aufgebote und bei der Wiederherstellung der Grundacten und der verbrannten

Documente von allen Gerichtskosten und Stempelgebühren befreit sein;

- 4) ist ein Aufgebot über ein Grundstück nach den Vorschriften zu 1. und 2. erfolgt, so bedarf es zur Amortisation der, dieses Grundstück betreffenden, auf einen gewissen Inhaber lautenden und mit Recognitionen versehenen Hypothekeninstrumente, welche vor dem Erlasse jenes Aufgebots verloren gegangen sind, eines besonderen Aufgebots nicht; es soll vielmehr die Quittung, oder, soweit der Anspruch noch besteht, der Mortificationsschein des Berechtigten die Stelle des Präclusionserkenntnisses vertreten;
- 5) bei nothwendigen Subhastationen, welche gegenwärtig und bis zur erfolgten Einrichtung des Hypothekenbuchs eingeleitet werden, hat das Land- und Stadtgericht zu Medebach die Aufnahme der Taxe und den Bietungstermin nur denjenigen Hypothekengläubigern und Realberechtigten besonders bekannt zu machen, deren Rechte bis zur Einleitung der Subhastation bei den neu angelegten Hypothekenacten angemeldet worden sind. Allen andern, dem Gericht noch nicht wieder bekannt gewordenen Hypothekengläubigern und Realberechtigten, sowie allen sonst vorhandenen unbekannten Realprätendenten ist in dem öffentlichen Subhastationspatente die Warnung zu stellen, dass beim Ausbleiben im Bietungstermine der Zuschlag und die Vertheilung der Kaufgelder erfolgen werde, ohne Rücksicht auf die Rechte und Ansprüche der Ausbleibenden an das Grundstück, mit denen dieselben demnächst nicht weiter gehört werden würden.

Sie haben diesen Meinen Befehl durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Tit. IV. §. 7. seqq. 1. a) C. O. v. 9. Mai 1839, betr. das Verfahren bei der Regulirung des Hypothekenwesens. G. S. S. 163. (s. Bd. VIII. S. 527.)

b) Rescr. v. 24. Juni und 23. Septbr. 1839, betr. die Berichtigung des Besitztitels auf Grund zehnjährigen Besitzes. Min. Bl. S. 225. u. 329. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 433., Bd. 54. S. 173.

c) Rescr. v. 14. Febr. 1840, betr. die Bescheinigung des Besitzstandes bei der ersten Besitztitelberichtigung. Min. Bl. S. 68. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 263.

d) Rescr. v. 19. u. 21. Mai 1840, betr. die Berichtigung des Besitztitels auf Grund der Verjährung. Min. Bl. S. 188. u. 189. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 643. u. 646. Vergl. jedoch den Plen. Beschl. v. 15. Febr. 1841, Erfordernisse der Ersitzung. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 6. S. 410. s. zu A. L. R. I. 9. §. 579. (S. 104. Bd. IX.)

e) Rescr. v. 12. März 1840, betr. die erste Besitztitelberichtigung auf einen unter mehreren Miterben. Min. Bl. S. 108. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 264.

f) Rescr. v. 8. Septbr. 1840, betr. die Unzulässigkeit der ersten Besitztitelberichtigung auf Grund blosser Privat-Urkunden. Min. Bl. S. 307. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 220.

2. Vergl. Ges. v. 7. März 1845, zur Erleichterung des Verfahrens bei Berichtigung des Besitztitels, G. S. S. 160. s. zu Hyp. Ordn. II. §. 58. seqq.

Tit. IV. §. 42. Regulat. v. 25. April 1836, betr. die Kosten der gutherrlichen Regulirungen etc. §. 9. in Betreff der Kosten der Eintragungen und Löschungen in den Hypothekenbüchern. G. S. S. 181. s. zur Geb. Taxe D., wo auch weitere Zusätze.

Depositall-Ordnung.

Tit. I. §. 7—10. C. O. v. 16. Septbr. 1842, betr. die Einrichtung der Depositallgelasse und der Gefängnisse bei den Patrimonialgerichten. G. S. S. 249. s. zu A. L. R. II. 17. §. 93. seqq. (Bd. IX. S. 625.)

Tit. I. §. 27. Vergl. §. 2. b. des Gesetzes v. 11. Juli 1845, über die Form einiger Rechtsgeschäfte (G. S. S. 495.) wonach Vollmachten zur Erhebung von Sachen und Geldern bei Gericht auch vor einem Notar aufgenommen werden können. s. z. A. G. O. II. 1. §. 2.

Tit. I. §. 32. seqq. 41. 1. **a)** Vergl. Abschn. VII. der Verordn. v. 8. Juni 1835, betr. die Belegung der Depositallgelder bei dem Königl. Credit-Institute für Schlesien. G. S. S. 101. (s. Bd. VII. S. 70.)

b) Rescr. v. 2. April u. 25. Mai 1839, betr. den Ankauf von Pfandbriefen für die Generaldepositorien. Min. Bl. S. 126. u. 200. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 445. u. 447.

c) Die Verordn. wegen Convertirung und Kündigung der Pfandbriefe etc. s. zur A. G. O. I. 51. §. 120. seqq.

d) C. O. v. 27. Mai 1838, betr. die Annahme convertirter Pfandbriefe, Obligationen der Preuss. Engl. Anleihe und Kur- und Neumärkischer ständischer Obligationen als depositalmässige Sicherheit. G. S. S. 280. (s. Bd. VIII. S. 529.)

2. **a)** C. O. v. 4. Mai 1839, über die Belegung kleiner Depositallmassen bei Sparkassen. Min. Bl. S. 179.

Indem Ich Ihnen in der Anlage die in Folge Ihres Berichts vom 31. März c. an den Magistrat zu Trebnitz erlassene Order abschriftlich zufertige, überlasse Ich Ihnen, nicht nur das O. L. G. in Breslau, sondern auch die übrigen Oberlandesgerichte im Allgemeinen dahin anzuweisen, dass bei allen Sparkassen, deren Statut nach Massgabe des Reglements v. 12. Decembr. v. J. von dem betreffenden Ober-Präsidenten bestätigt worden, fortan die Belegung der kleinen Depositall-Massen zulässig sei, ohne dass es Seitens der Oberlandesgerichte einer weiteren Prüfung der Sicherheit der Sparkassen bedürfe.

b) Das Reglement v. 12. Decbr. 1838, betr. die Einrichtung des Sparkassenwesens. G. S. 1839, S. 5. s. Bd. VIII. S. 28.

3. a) C. O. v. 16. Septbr. 1842, betr. die depositalmässige Sicherheit der vom Staate übernommenen Provinzial-Schulden. G. S. S. 249.

Da die, nach der Verordn. vom 17. Jan. 1820 (G. S. S. 9.) und der Order vom 2. Novbr. 1822 (G. S. S. 229.) vom Staate übernommenen provinziellen Staatsschulden in Betreff der Staatsgarantie sämmtlich den Staatsschuldscheinen gleichgestellt sind, so bestimme Ich auf den Antrag des Staatsministeriums vom 27. v. M., dass die Order vom 3. Mai 1821 (G. S. S. 46.) betr. die Annahme der Staatsschuldscheine als depositalmässige Sicherheit, auch auf Obligationen über diese provinziellen Staatsschulden Anwendung finden soll. Diese Order ist durch die G. S. bekannt zu machen.

b) C. O. v. 27. März 1842, betr. die Umwandlung der Staatsschuldscheine und die Herabsetzung der Zinsen derselben von 4 auf $3\frac{1}{2}$ pCt. G. S. S. 105. s. zu A. L. R. II. 13. §. 14. (S. 550.)

c) Rescr. v. 23. Febr. 1842 nebst Beilage, wegen des Austausches der in den Gerichtsdepositorien befindlichen Staatsschuldscheine nach der vorgedachten C. O. Min. Bl. S. 163. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 618.

d) Rescr. v. 7. März 1844, betr. die Anlegung von Ablösungsgeldern in Staatsschuldscheinen auf Antrag der Generalcommissionen. Min. Bl. S. 63. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 265.

4. a) C. O. v. 22. Decbr. 1843, betr. die Annahme der garantirten Eisenbahnactien als pupillen- und depositalmässige Sicherheit. G. S. 1844, S. 45.

Nachdem Ich durch Meine Order vom 22. Novbr. d. J. angeordnet habe, dass die Ausführung der von den vereinigten ständischen Ausschüssen für ein dringendes Bedürfniss erachteten, umfassenden Eisenbahnverbindungen auch durch Uebernahme einer Garantie für die Zinsen der Anlagecapitalien von Seiten des Staats befördert werden solle, bestimme Ich auf den Antrag des Staatsministeriums vom 5. d. M., dass die Order vom 3. Mai 1821 (G. S. S. 46.), betreffend die Annahme der Staatsschuldscheine als pupillen- und depositalmässige Sicherheit, auch auf diejenigen Eisenbahnactien oder Eisenbahnobligationen Anwendung finden soll, für welche bis zur Rückzahlung der darin angelegten Capitalien die Zinsen vom Staate unbedingt garantirt worden sind, oder künftig garantirt werden. Beträgt jedoch der vom Staate garantirte Zinssatz bei der einen oder andern Eisenbahn weniger als Drei und ein halb Procent, so dürfen Gelder der Pflegebefohlenen in dergleichen Eisenbahnactien oder Obligationen nur mit Genehmigung der dem Vormundschaftsgerichte vorgesetzten Behörde angelegt werden. Die gegenwärtige Order ist durch die G. S. bekannt zu machen.

b) Rescr. v. 22. Decbr. 1843, betr. die Actien solcher Eisenbahnen, welche zum Theil inländische sind, zum Theil das Ausland berühren. Min. Bl. 1844. S. 7. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 440.

5. Wegen des Verkehrs mit der Bank s. die Zusätze zu Dep. Ordn. II. §. 209. seqq.

Tit. I. §. 42. seqq. 1. a) Rescr. v. 1. Aug. u. 27. Septbr. 1839, C. O. v. 24. Novbr. u. Rescr. v. 5. Decbr. 1839, betr. die Prüfung der Sicherheit bei hypothekarischer Ausleihung von Depositalgeldern. Min. Bl. S. 266., 331., 418. seqq. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 188., 191., 482 — 493.

b) Rescr. v. 3. Febr. 1840, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 81. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 305. erledigt durch:

2. a) C. O. v. 28. Juli 1842, betr. die Ausleihung von Depositalgeldern. Min. Bl. S. 316.

Das Staats-Ministerium erhält in der Anlage das Gutachten, welches der Staatsrath über den von demselben mittelst Berichts vom 3. März d. J. eingereichten Entwurf einer Verordnung, betreffend die Grundsätze bei hypothekarischer Sicherstellung von Deposital- und Mündel-Vermögen, erstattet hat. Ich erkläre Mich mit diesem Gutachten einverstanden und bestimme demnach mit Aufhebung der Order vom 24. Novbr. 1839, dass in Ansehung der Sicherheit, auf welche bei Anlegung von Deposital- und Mündel-Vermögen gegen Hypothek zu achten ist, bei den Vorschriften der Depositalordnung Tit. I. §§. 45 — 47. und beziehungsweise des A. L. R. Th. II. Tit. 18. §§. 471. und 472. und Anhang §. 160. sein Bewenden behalten soll. — Die Gerichtsbehörden sind demgemäss mit Anweisung zu versehen und hierbei nach dem Antrage des Staatsraths auf die Vorschriften des A. L. R. Th. I. Tit. 21. §. 214. u. A. G. O. Th. I. Tit. 50. §. 382. b. besonders aufmerksam zu machen, nach welchen bei Ausleihung auf Erbpachtsgrundstücke vorzügliche Vorsicht anzuwenden ist. Gleiche Vorsicht ist den Gerichten in den Landestheilen des ehemaligen Königreichs Westphalen, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des die Rechtsverhältnisse des Grundbesitzes etc. in diesen Landestheilen betreffenden Gesetzes vom 21. April 1825, §§. 35. und 36., bei Ausleihung von Geldern auf solche Grundstücke, welche nach den Vorschriften jenes noch einem Ober-Eigenthümer unterworfen sind, anzuempfehlen.

b) Rescr. v. 26. Septbr. 1842, zu vorstehender C. O., wegen der anzuwendenden Vorsicht in Betreff der Ausleihung auf Erbpachtsgrundstücke. Min. Bl. S. 315.

c) Rescr. v. 6. Juni 1840, betr. die Sicherstellung der Special-Deposital-Capitalien bei Ausleihung auf Rustical-Grundstücke. Min. Bl. S. 224. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 547.

Tit. I. §. 47. C. O. v. 30. Juni 1845 u. Rescr. v. 12. Aug. 1845, wonach die Vorschrift des §. 47. der Depositalordnung nur auf die Ausleihung von Geldern aus dem General-Depositorium zu beziehen ist. Min. Bl. S. 168. 169.

Tit. I. §. 47. u. 59. Wenn bei der Bewilligung von Darlehen aus dem General-Depositorium in der Beurtheilung der Sicherheit gefehlt worden, so ist die Vertretungsverbindlichkeit jedes einzelnen Mitgliedes des Gerichts für einen Ausfall an den ausgeliehenen Geldern durch ein für die An-

nehmlichkeit der Sicherheit schriftlich abgegebenes Votum bedingt. Ist die vorgeschriebene schriftliche Abstimmung unterblieben, so sind die einzelnen Mitglieder*) nicht verhaftet. *Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 15. Juni 1840, Bd. 6. S. 103.*

Tit. I. §. 49. a) C. O. v. 27. Mai 1838, wegen Bestimmung des Zinssatzes bei Ausleihung der Pupillengelder an Privatpersonen. *G. S. S. 280. (s. Bd. VIII. S. 529.)*

b) C. O. v. 11. April 1839, betr. den Zinsfuss für die aus den Depositorien bei der Bank belegten Gelder. *G. S. S. 161. (s. Bd. VIII. S. 532.)*

c) Ges. v. 6. Novbr. 1841, betr. den Zinsfuss bei Ausleihung von Geldern der Pflegebefohlenen an Privatpersonen. *G. S. S. 294.*

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. haben Uns auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, bewogen gefunden, die Vorschriften des A. L. R. Th. II. Tit. 18. §. 490. und der Dep. Ordn. Tit. I. §. 49. in Verfolg der in der Order vom 27. Mai 1838 unter 3. getroffenen Bestimmung dahin allgemein abzuändern,

dass zur Ausleihung von Geldern der Pflegebefohlenen an Privat-Personen die Genehmigung der, dem Vormundschaftsgerichte vorgesetzten Behörde nur dann erforderlich sein soll, wenn die Ausleihung zu niedrigeren Zinsen, als zu drei und ein Halb vom Hundert geschieht.

Tit. I. §. 54—59. a) C. O. v. 11. Aug. 1838, betr. das einzuleitende Verfahren zum Ersatze des durch Vernachlässigung der gesetzlichen Vorschriften bei den Depositorien entstandenen Schadens. *G. S. S. 432. (s. Bd. VIII. S. 530.)*

b) Rescr. v. 14. April 1839, betr. das Verfahren zum Ersatze des bei Depositional-Asservaten entstandenen Schadens. *Min. Bl. S. 184. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 458.*

Tit. II. §. 11. seqq. Die General-Depositorien der Gerichte sind als solche dritten Personen gegenüber, welche mit ihnen in Rechtsangelegenheiten verwickelt sind, Recht zu nehmen schuldig, und dürfen die Letzteren an die einzelnen betheiligten Massen nicht verwiesen werden. Die General-Depositorien werden durch die Gerichte, denen sie angehören, oder durch die ihnen von denselben zu bestellenden Assistenten vertreten. *Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 14. Jan. 1843, Bd. 9. S. 488.*

Tit. II. §. 33. a) Rescr. v. 4. Jan. 1842, betr. die Unzulässigkeit der Annahme fremder Geldmünzen bei den Depositorien. *Min. Bl. S. 22. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 324.*

b) C. O. v. 9. Juni 1847., betr. die Beseitigung der Zweifel über die Auslegung des §. 33. der Bankordnung v. 5. Octbr. 1846 wegen Annahme der Notten der Preuss. Bank bei öffentlichen Kassen. *G. S. S. 238.*

*) abgesehen von dem Dirigenten und Decernenten, vergl. §. 127. seqq. Tit. II. der Dep. Ordn. und §. 131., 132. seqq. II. 10. A. L. R.

Es ist durch das Staatsministerium zu Meiner Kenntniss gekommen, dass über die Auslegung des §. 33. der Bankordnung vom 5. Octbr. v. J., wegen Annahme der Noten der Preussischen Bank bei öffentlichen Kassen, neuerlich Zweifel sich kund gegeben haben. Zur Beseitigung dieser Zweifel will Ich, nach dem Antrage des Staatsministeriums, hierdurch erklären, dass sämtliche öffentliche Kassen, zu denen in dieser Beziehung auch die gerichtlichen Deposital-Kassen gerechnet werden sollen, unter allen Umständen verpflichtet sind, die Noten der Preussischen Bank für den vollen Betrag, auf welchen dieselben lauten, in Zahlung anzunehmen.

Dieser Mein Befehl ist durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Tit. II. §. 49. seqq. Rescr. v. 25. Mai 1839, betr. die Expedition der Depositalmandate etc. Min. Bl. 199. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 499.

Tit. II. §. 109. seqq. a) Asservaten-Instruction v. 31. März 1837 für die Obergerichte und collegialisch formirten Untergerichte desgl. v. 31. März 1837 für die nicht collegialischen Untergerichte, republicirt mit den Abänderungen durch Rescr. v. 25. Aug. 1841. Min. Bl. S. 268., 272. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 233., 243.

b) Rescr. v. 19. Septbr. 1840, betr. die Annahme und Auszahlung von Geldern, welche bei einem Gerichte zu einer bestehenden Depositalmasse eingesandt werden. Min. Bl. S. 312. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 255.

c) Rescr. v. 13. Novbr. 1843, betr. die Asservate der Kreis-Justizräthe. Min. Bl. S. 292. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 504.

Tit. II. §. 110., 111. Rescr. v. 5. Juni 1839. betr. die den Postämtern auszustellenden Quittungen über die mit der Post eingehenden Gelder. Min. Bl. S. 207. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 398.

Tit. II. §. 124. seqq. a) Rescr. v. 24. März 1840 nebst Anlage, betr. die Ausstellung der Quittungen bei Geldversendungen zwischen Königl. Kassen. Min. Bl. S. 115. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 258.

b) Rescr. v. 9. Decbr. 1840, wegen Vereinfachung der Deposital-Verwaltung hinsichtlich der auf jeden Inhaber lautenden Instrumente. Min. Bl. 1841, S. 3. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 597.

Tit. II. §. 130., 131. a) Vergl. §. 2. b. des Gesetzes v. 11. Juli 1845, über die Form einiger Rechtsgeschäfte (G. S. S. 495.), wonach zur Erhebung von Geldern oder Sachen bei Gericht eine notarielle Vollmacht genügend ist. s. zu A. G. O. II. 1. §. 2.

b) Rescr. v. 4. Mai 1839, betr. die Form der in der Rheinprovinz und in Neuvorpommern ausgestellten Vollmachten zur Erhebung deponirter Gelder. Min. Bl. S. 183. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 457.

Tit. II. §. 182. seqq. C. O. v. 26. Mai 1839, betr. die aus gerichtlichen Depositorien an einen Deputirten, einen auswärtigen Commissarius oder ein auswärtiges Gericht zu leistenden Zahlungen. Min. Bl. S. 206.

Auf Ihren Bericht vom 29. v. M. genehmige Ich die von Ihnen getroffene Anordnung, nach welcher in den Fällen, wo Zahlungen aus den gerichtlichen Depositorien nicht unmittelbar an die Interessenten in dem Depositat-Gelasse erfolgen können, sondern durch einen Deputirten, einen auswärtigen Commissarius oder durch ein auswärtiges Gericht zu bewirken sind, in den Anweisungen an die Depositorien nur der Deputirte, der auswärtige Commissarius oder das auswärtige Gericht als Empfänger bezeichnet und nur die Quittung dieser letztern als Ausgabe-Belag bei der Depositat-Kassen-Verwaltung erfordert werden soll, die Verhandlungen des Deputirten, des auswärtigen Commissarius oder des auswärtigen Gerichts aber zu den Acten des committirenden Gerichts zu bringen und von diesem letztern durch den Decernenten, allenfalls mit Hülfe der Calculatur oder des Depositat-Rendanten selbst, genau zu prüfen und zu controliren sind.

Tit. II. §. 191. seqq. C. O. v. 22. März 1837, wegen Modification der Vorschriften über das Verfahren bei Transferirungen und hinsichtlich der Zulassung von Depositat-Asservaten. G. S. S. 32. (s. Bd. VIII. S. 531.)

Tit. II. §. 206. seqq. Vergl. die Zusätze zu Tit. I. §. 32. seqq.

Tit. II. §. 209. seqq. 1. Rescr. v. 11. März 1845, wodurch das Zusammenwerfen kleiner Massen unter 10 Thaler, zur Belegung bei der Bank zum Besten der Sportelkasse, auch für Patrimonialgerichte gestattet wird. Min. Bl. S. 71.

2. a) C. O. v. 28. Octbr. 1835, betr. die Wiederherstellung des Verkehrs mit der Bank. G. S. S. 235. (s. Bd. VII. S. 755.)

b) Rescr. v. 6. Aug. 1842, betr. den Geschäftsverkehr mit der Bank wegen Erhebung der Zinsen von den für die Gerichte ausgestellten Bankobligationen. Min. Bl. S. 263. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 445.

c) Rescr. v. 12. Aug. 1839, betr. die zinsbare Belegung der Ablösungsgelder minorennen Interessenten. Min. Bl. S. 292. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 186.

d) Rescr. v. 13. April 1843, wegen Annahme der Friedrichsd'ors bei der Bank zu $5\frac{2}{3}$ Thlr. Cour. Min. Bl. S. 100. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 512.

e) C. O. v. 11. April 1845, dass Belegungen bei der Bank nur in Courant und nicht in Friedrichsd'or zulässig sind. G. S. S. 165.

Auf Ihren Antrag vom 29. März d. J. bestimme Ich, zur Vereinfachung des Rechnungswesens bei der Bank, dass eine Belegung von Capitalien in Friedrichsd'or bei derselben künftig nicht mehr stattfinden, sondern nach den folgenden Vorschriften verfahren werden soll:

1) die Bank soll vom 1. Mai d. J. ab nur gehalten sein, Courantcapitalien zur Belegung anzunehmen;

2) die nach den bestehenden Gesetzen zur Belegung bei der Bank bestimmten Capitalien in Friedrichsd'or sind daher vor der Belegung entweder bei der Bank, oder auf anderem Wege in Courant umzusetzen. Die Bank wird diesen

Umsatz durch Annahme der Friedrichsd'or nach dem Tagescours ohne besondere Kosten bewirken;

- 3) die Bank ist ermächtigt, die bis jetzt bei ihr in Friedrichsd'or belegten Capitalien zur Rückzahlung mit sechsmonatlicher Frist zu kündigen und hat, wenn der Gläubiger den Umsatz dieser Capitalien in Courant verlangt, denselben in der ad 2. bezeichneten Weise auszuführen.

Sie haben diese Order durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

3. C. O. v. 11. April 1839, betr. den Zinsfuss für die aus den Depositorien bei der Bank belegten Gelder. G. S. S. 161. (s. Bd. VIII. S. 532.)

4. Vergl. die Bankordnung v. 5. Octbr. 1846, §§. 21 — 28., betr. den Depositenverkehr der Bank. G. S. S. 435. seqq.

(Extract.)

Depositenverkehr.

§. 21. In den Landestheilen, wo das A. L. R. Gesetzeskraft hat, verbleibt es sowohl hinsichtlich der Verpflichtung der Gerichts- und Vormundschaftsbehörden und der Verwalter von Kirchen, Schulen, Hospitälern und andern milden Stiftungen und öffentlichen Anstalten, die müssig liegenden Gelder bei der Bank zu belegen, als auch hinsichtlich der Verpflichtung der Bank, solche bei ihr belegte Gelder zu verzinsen, bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Ebenso verbleibt es hinsichtlich dieser Belegungen bei der von Unseren Vorfahren in der Regierung unterm 18. Juli 1768 und unterm 31. März 1769 übernommenen, in der Verordn. vom 3. April 1815 wiederholt bestätigten Specialgarantie.

§. 22. Wegen der Verzinsung der aus den Depositorien der Gerichte und Vormundschaftsbehörden bei der Bank belegten Capitalien, behält es bei den Bestimmungen der Order vom 11. April 1839 (G. S. S. 161.) sein Bewenden.

§. 23. Die Capitalien der Kirchen, Schulen und anderen frommen und milden Stiftungen sind von der Bank mit Zwei und ein halb Prozent, die von anderen öffentlichen Stiftungen und Anstalten angelegten Capitalien (§. 21.) dagegen mit Zwei Prozent auch fernerhin zu verzinsen.

§. 24. Die, den Geldern der Kirchen, Schulen, frommen und milden Stiftungen, imgleichen den Pupillengeldern, welche bei der Bank belegt werden, bisher zugestandene Portofreiheit wird denselben im bisherigen Umfange belassen.

§. 25. Nur in Ansehung der §. 21. gedachten Behörden und Personen hat die Bank eine Verpflichtung, zinsbare Belegungen anzunehmen, jedoch nur in Beträgen von mindestens Fünfzig Thalern, und auch nur in solchen Summen, welche durch Zehn theilbar sind.

§. 26. Der in den §§. 22. u. 23. festgesetzte Zinsfuss kann ohne Zustimmung der Bank-Antheils-Eigner nicht erhöht werden.

Dagegen behalten Wir Uns jede andere Veränderung in den Vorschriften, welche die Belegung, Annahme und Verzinsung der Capitalien der §. 21. gedachten Gelder bei der Bank betreffen, insonderheit die gänzliche oder theilweise Ausdehnung der im §. 21. gedachten Verpflichtung, sowie der entsprechenden Verpflichtung der Bank (§. 25.) auf die Landestheile, in welchen das A. L. R. keine Gesetzeskraft hat, hiermit ausdrücklich vor.

§. 27. In andern, als in den §§. 21. u. 26. bezeichneten Fällen ist die Bank zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet, Capitalien zur verzinsbaren und unverzinsbaren Belegung und unter den von ihr besonders festzusetzenden Bedingungen anzunehmen und darüber Obligationen auszustellen, für welche jedoch der Staat fernerhin keine Garantie leistet. Für alle künftige derartige Belegungen tritt somit die Verordn. vom 1. Novbr. 1768., sowie die Verordn. vom 3. April 1815 ausser Kraft.

§. 28. Die Bank ist befugt, in den Obligationen über die bei ihr belegten Capitalien die Bedingung zu stellen, dass sie berechtigt, aber nicht verpflichtet sein soll, die Legitimation des Inhabers der Obligation zu prüfen.

Tit. II. §. 271. seqq. a) Rescr. v. 2. April und 25. Mai 1839, betr. den Ankauf von Pfandbriefen für die Generaldepositorien. Min. Bl. S. 126., 200. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 445. u. 447.

b) C. O. v. 27. Mai 1838., betr. die Annahme convertirter Pfandbriefe als depositalmässige Sicherheit. G. S. S. 280. (s. Bd. VIII. S. 529.)

c) Vergl. die Verordnungen wegen Convertirung der Pfandbriefe in den verschiedenen Provinzen und die Ausreichung der Zinscoupons zu denselben. s. zu A. G. O. I. 51. §. 120. seqq.

Tit. II. §. 299. seqq., §. 322. seqq. Rescr. v. 25. Mai 1839, betr. die Führung der Pfandbriefslisten und die Vertheilung der Pfandbriefszinsen. Min. Bl. S. 199, v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 449.

Tit. II. §. 331. seqq. a) C. O. v. 27. Mai 1838, No. 3. betr. die Bestimmung des Zinssatzes bei Ausleihung von Depositalgeldern an Privatpersonen. G. S. S. 280. (s. Bd. VIII. S. 530.)

b) C. O. v. 6. Novbr. 1841, betr. den Zinsfuss bei Ausleihung von Geldern der Pflegebefohlenen an Privatpersonen. G. S. S. 294. s. zu Tit. I. §. 49.

c) Vergl. Zusätze zu Tit. I. §. 42. seqq., wegen Prüfung der Sicherheit bei hypothekarischer Ausleihung von Depositalgeldern.

Tit. II. §. 385. seqq. Rescr. v. 6. Juli 1841, betr. die Einrichtung des Manuals über Specialmassen. Min. Bl. S. 254. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 232.

Tit. II. §. 405. seqq., 426. seqq. a) C. O. v. 29. Decbr. 1838, betr. die Remuneration der Calculatur-Beamten für die Geschäfte bei der Depositalkassen-Verwaltung. Min. Bl. 1839, S. 19.

Ich autorisire Sie auf den Bericht v. 9. v. M., denjenigen Calculatur-Beamten bei den aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichten, welchen für die Besorgung der Calculatur-Arbeiten in

Official- und Armensachen kein fixirtes Gehalt ausgesetzt ist, für die Revision der Depositalkassenrechnung und für die Verrichtung aller übrigen, bei der Depositalkassen-Verwaltung vorkommenden Calculatur-Arbeiten eine nach dem Umfange dieser Arbeiten zu bestimmende, jedoch auf ein Maximum von 10 Thalern jährlich zu beschränkende Remuneration aus den aufkommenden Depositalkassegebühren und Zins-Ueberschüssen zu bewilligen und aus den Depositalkassen zahlen zu lassen.

b) Rescr. v. 10. Aug. u. 30. Decbr. 1839, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. 1839, S. 287., 1840, S. 19. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 192. u. 493.

Tit. III. §. 8. u. 17. C. O. v. 5. Decbr. 1838., betr. die Remuneration der aus den Gewerbtreibenden gewählten Depositalkuratoren. v. K. Jhrb. Bd. 52. S. 625. (s. Bd. VIII. S. 533.)

Tit. III. §. 16. a) C. O. v. 22. März 1837, betr. die Zulassung von Asservaten bei Untergerichten. G. S. S. 32. (s. Bd. VIII. S. 531.)

b) Asservaten-Instruction v. 31. März 1837 für die nicht collegialischen Untergerichte, republicirt mit den Abänderungen durch Rescr. v. 25. Aug. 1841. Min. Bl. S. 272. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 243.

Tit. III. §. 27. seqq. a) C. O. v. 23. Juli 1835, betr. die Depositalkassenverwaltung bei den Patrimonialgerichten. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 162. (s. Bd. VII. S. 765.)

b) Rescr. v. 27. Decbr. 1841, betr. die Einrichtung des Depositalkasses bei kleinen Patrimonialgerichten. Min. Bl. 1842, S. 4., erledigt durch:

c) C. O. v. 16. Septbr. 1842, betr. die Einrichtung der Depositalkasse und Gefängnisse bei den Patrimonialgerichten. G. S. S. 249. s. zu A. L. R. II. 17. §. 93. seqq. (Bd. IX. S. 625.)

d) Rescr. v. 29. Octbr. 1842, betr. die Depositalkassenverwaltung bei den Patrimonialgerichten im Falle einer Sequestration oder Subhastation des Gutes und beim Eintreten einer höheren Verschuldung desselben. Min. Bl. S. 335. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 571.

Stempel - Gesetz.

Stempelgesetz §. 3. Littr. a. u. c. Rescr. v. 14. Jan. 1839, betr. die Stempelpflichtigkeit von Verhandlungen über eine mehr als 50 Thaler betragende Nachlassmasse, wobei majorennen mit unvermögenden minorennen Erben concurriren. Min. Bl. S. 55. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 176.

Stempelgesetz §. 3. Littr. b. u. c. Vergl. wegen Verleihung der Sportelfreiheit die Zusätze zu A. G. O. I. 23. §. 46. Anh. §. 146. und zu Einl. A. Geb. Taxe.

Stempelgesetz §. 3. Littr. e. a) Rescr. v. 6. Juli 1839 nebst Anlage, betr. die Stempel - Freiheit resp. Pflichtigkeit polizeilicher Verhandlungen in Bau-, Vorfluths- und Militair-Angelegenheiten. Min. Bl. S. 242. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 168.

b) Rescr. v. 11. Septbr. 1839, betr. die Stempelfreiheit der Verhandlungen über Ableistung des Homogialeides. Min. Bl. S. 311. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 170.

c) C. O. v. 24. April 1841, betr. die Stempelfreiheit der Gesuche und Verhandlungen wegen Befreiung von den Landwehrübungen. G. S. S. 93.

Ich bin mit der in dem Berichte des Staatsministeriums vom 3. d. M. vorgetragenen Ansicht einverstanden, und will daher die Stempelfreiheit, welche im Gesetze vom 7. März 1822 §. 3. Littr. e. allen Verhandlungen und Zeugnissen wegen Eintritts in den Kriegsdienst zugesichert ist, auch den Gesuchen und Verhandlungen wegen Befreiung von den Landwehrübungen bewilligen. Das Staatsministerium hat hiernach das Erforderliche anzuordnen und die Bescheidung des Magistrats zu Berlin auf die beifolgende Eingabe vom 2. Decbr. 1839 zu veranlassen.

Stempelgesetz §. 3. Littr. g. C. O. v. 14. Febr. 1839, betr. die Stempelfreiheit der Verhandlungen über Entschädigungsgelder für die Aufhebung der gewerblichen Abgaben in den Mediatstädten der Provinz Posen. G. S. S. 105. (s. Bd. VIII. S. 94.)

Stempelgesetz §. 3. Littr. g. Vergl. §. 33. des Gesetzes v. 3. Jan. 1845, wegen Stempelfreiheit der Verhandlungen der Polizei- und Verwaltungsbehörden in Parcellirungs- und Ansiedlungssachen. (G. S. S. 25.) s. zu Hyp. Ordn. II. §. 91, unter No. 4.

Stempelgesetz §. 3. Littr. i. a) C. O. v. 8. Aug. 1836, betr. die Stempelfreiheit der Vermächtnisse an den Verein zur Versorgung der Armen mit Brennholz in Berlin. v. K. Jhrb. Bd. 48. S. 262. (s. Bd. VIII. S. 535.)

b) Vergl. C. O. v. 23. Febr. 1839, betr. die Stempelfreiheit der Auszüge aus Katasterbüchern und Karten in den Rheinlanden und Westphalen. Min. Bl. S. 125. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 175.

c) Rescr. v. 21. April und 2. Mai 1839, betr. den Umfang der den Eisenbahnunternehmungen bewilligten Sportel- und Stempelfreiheit. Min. Bl. S. 165. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 423.

d) Rescr. v. 13. Juli 1845, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 137.

e) C. O. v. 18. Aug. 1841, betr. die Sportel- und Stempelfreiheit der Gutsherrschaften so wie der Stadt- und Landgemeinden in Armen- Angelegenheiten. G. S. S. 288. s. zu A. G. O. I. 23. §. 46. Anh. §. 146.

f) Rescr. v. 28. Febr. 1842, betr. die Stempelfreiheit der Atteste, welche zu Versicherung der Pensionen bei der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungskasse erforderlich sind. Min. Bl. S. 110. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 251.

g) Vergl. wegen Bewilligung der Stempelfreiheit an verschiedene Gesellschaften die Zusätze zu A. L. L. R. II. 6. §. 22. u. 26.

Stempelgesetz §. 3. Schluss. a) Rescr. v. 20. Novbr. 1843, betr. die genaue Befolgung der Bestimmungen in nebenbemerkter Gesetzstelle hinsichtlich der Verträge mit fiscalischen Behörden. Min. Bl. S. 292. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 499.

b) C. O. v. 23. Decbr. 1842, betr. die Ausdehnung der C. O. v. 28. Octbr. 1836 (s. Bd. VII. S. 772.) auf Verträge, welche zwischen Staatsbehörden und Privatpersonen abgeschlossen werden. G. S. 1843, S. 21. s. zu §. 22. des Stempelgesetzes.

Stempelgesetz §. 5. Rescr. v. 11. Decbr. 1839, betr. die Anwendung des Werthstempels bei Gutsübertragungen von Ascendenten an ihre in ehelicher Gütergemeinschaft lebenden weiblichen Descendenten. Min. Bl. 1840, S. 150. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 260.

Stempelgesetz §. 9. u. 16. a) Rescr. v. 26. Septbr. 1842, betr. die Erleichterung der Gerichte bei Führung der Erbschaftsstempeltabellen nebst Zusammenstellung der Vorschriften über das Erbschaftsstempelwesen. Min. Bl. S. 324. nebst Beilage. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 362.

b) (Zu §. 9. littr. d. der vorgedachten Zusammenstellung.) Rescr. v. 23. Septbr. 1846, betr. die Werthsermittlung der zu einem Nachlass gehörigen Immobilien, behufs Festsetzung des Erbschaftsstempels. Min. Bl. S. 167.

c) Vergl. auch zum Tarif: Erbschaften.

Stempelgesetz §. 10. (Zu C. O. v. 24. Decbr. 1834 s. Bd. VI. S. 151.) **a)** C. O. v. 21. Juni 1844, betr. die Aufhebung des Werthstempels für die Uebernahme von Nachlassgegenständen bei Auseinandersetzungen zwischen mehreren Erben. G. S. S. 253.

Da der gesteigerte Ertrag der Stempelsteuer eine Erleichterung der Erbschafts-Theilungen gestattet, so bestimme Ich — in Berücksichtigung des, von den Ständen der Rheinprovinz und sonst vielfach ausgesprochenen Wunsches — auf den Antrag des Staatsministeriums und unter Aufhebung der Order vom 24. Decbr. 1834 (G. S. 1835, S. 3.), dass Kauf- und Tausch-Verhandlungen, welche zwischen den Theilnehmern an einer Erbschaft zum Zwecke der Theilung der zu letzterer gehörigen Gegenstände abgeschlossen werden, einer Stempelabgabe fortan nicht mehr unterliegen sollen.

Diese Bestimmung findet jedoch auf die vor Publication derselben bereits abgeschlossenen Kauf- und Tauschverhandlungen keine Anwendung; letztere sind vielmehr nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen zu behandeln.

Der gegenwärtige Erlass ist durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

b) Rescr. v. 10. Novbr. 1845, betr. den Werthstempel für die Uebnahme von Gegenständen Seitens des überlebenden Ehegatten bei der Theilung des gütergemeinschaftlichen Vermögens. Min. Bl. S. 213.

c) Rescr. v. 5. Juni 1846, betr. die Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen über den Ankauf von erbschaftlichen Grundstücken durch Miterben im Wege der freiwilligen Subhastation. Min. Bl. S. 123.

Stempelgesetz §. 12. Rescr. v. 12. Juli 1841, betr. das Verfahren beim Ansatz und Verbrauch der Stempel in der Executionsinstanz. Min. Bl. S. 246. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 219.

Stempelgesetz §. 21. seqq. **a)** Rescr. v. 19. Octbr. 1839, betr. die Strafe des Missbrauchs stempelfrei ertheilter Atteste. Min. Bl. S. 400. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 451.

b) C. O. v. 24. Mai 1844, betr. die Verwandlung der Stempelstrafen in Freiheitsstrafen. G. S. S. 238.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 13. d. M. erkläre Ich Mich mit dem, wegen Verwandlung der Stempelstrafen in Freiheitsstrafen bisher beobachteten Verfahren dahin einverstanden:

dass eine solche Verwandlung in den Fällen, wenn der Verpflichtete zur Zahlung der Geldbusse unvermögend ist, der Regel nach nicht stattfinden soll.

Eine Ausnahme hiervon tritt jedoch ein bei Stempelstrafen gegen Verleger oder Vertheiler von Zeitungen oder Kalendern. Auch behält es bei den, in der Verordn. vom 16. Juni 1838 (G. S. S. 370.) §§. 25—34. wegen der Karten-Stempelcontraventionen getroffenen Bestimmungen, so wie in Ansehung der Beamten, die sich bei ihrer Dienstverwaltung einer Verletzung des Stempelgesetzes schuldig machen, bei den hierüber bestehenden allgemeinen Vorschriften sein Bewenden.

Dieser Mein Befehl ist durch die G. S. zur allgemeinen Kenntniss zu bringen.

c) Rescr. v. 5. Novbr. 1846, betr. die Festsetzung von Stempelstrafen gegen Notare und das Recursverfahren dagegen. Min. Bl. S. 191.

Stempelgesetz §. 22. a) C. O. v. 28. Octbr. 1836, betr. die Abänderung des §. 22. des Stempelgesetzes rücksichtlich der gegen Beamte festzusetzenden Stempelstrafen. G. S. S. 308. (s. Bd. VII. S. 772.)

b) C. O. v. 23. Decbr. 1842, betr. die Ausdehnung der mildernden Bestimmungen der Ordre v. 28. Octbr. 1836 zu dem §. 22. des Stempelgesetzes v. 7. März 1822 auf Verträge, welche zwischen einer unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbehörde und einer Privatperson abgeschlossen sind. G. S. 1843, S. 21.

Nachdem durch die Order vom 28. Octbr. 1836 die Vorschriften des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 §. 22. dahin gemildert worden sind, dass die Stempelstrafe, welche ein Beamter wegen unterlassener Verwendung des tarifmässigen Stempels zu einer Amtsverhandlung verwirkt hat, nicht mehr von dem Besitzer oder Producenten der Verhandlung eingefordert, sondern unmittelbar von dem schuldigen Beamten eingezogen, und Letzterer, sofern nicht das Vergehen wegen einer damit zusammen treffenden anderweitigen Verletzung der Amtspflicht eine höhere Strafe nach sich zieht, nur mit einer Ordnungsstrafe belegt werden soll, will Ich auf den Bericht des Staatsministeriums vom 12. d. M. die mildernden Bestimmungen dieser Order auch auf Verträge ausdehnen, welche zwischen einer unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbehörde und einer Privatperson abgeschlossen sind. Es soll demnach, wenn zu einem solchen Vertrage der tarifmässige Stempel nicht verwendet worden, die bei dem Vertrage betheiligte Privatperson, desgleichen jeder andere Besitzer oder Producent der darüber aufgenommenen Verhandlung mit Strafe verschont bleiben, der Beamte dagegen, welcher den Vertrag im Auftrage oder Namens der Behörde geschlossen hat, in eine, nach den Bestimmungen der Order vom 28. Octbr. 1836 festzusetzende Strafe verfallen. Hat jedoch die Privatperson, mit welcher der Vertrag geschlossen worden, erweislich wider besseres Wissen veranlasst, oder nachgegeben, dass zu demselben ein Stempel gar nicht, oder ein geringerer als der tarifmässige Stempel verwendet worden, so tritt neben der den Beamten treffenden Strafe gegen die Privatperson die ordentliche Stempelstrafe nach den Bestimmungen des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 ein. Der Steuer-Verwaltung verbleibt in allen Fällen die Befugniss, den fehlenden Stempel von dem Producenten der Verhandlung einzuziehen, unter Vorbehalt der dem letztern gegen dritte Personen oder Behörden zustehenden Regress-Ansprüche. Diese Bestimmungen sind durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Stempelgesetz §. 30. seqq. a) Rescr. v. 31. Juli 1845, betr. die Abwicklung der bei den Stempel-Revisionen gezogenen Defecte. Min. Bl. S. 156. u 157.

b) Rescr. v. 18. Mai 1846 nebst den Rescr. v. 2. Decbr. 1831 und 18. Mai 1832, betr. das Verfahren bei Differenzen der Gerichtsbehörden oder Notare mit den Provinzial-Steuerbehörden über die Auslegung des Stempelgesetzes. Min. Bl. S. 103.

Stempelgesetz §. 31. u. 32. **a)** Rescr. v. 10. Septbr. 1844, betr. das Verfahren bei Bestrafung der Stempelcontraventionen. Min. Bl. S. 198. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 283.

b) Rescr. v. 13. April 1840, betr. die Erfordernisse vierteljährlicher Auszüge aus den Stempel-Straflisten. Min. Bl. S. 139. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 640.

Stempelgesetz §. 33. Rescr. v. 9. Decbr. 1839, betr. den Denunciantenantheil bei Erbschaftsstempelstrafen. Min. Bl. 1840, S. 30. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 450.

Stempelgesetz §. 34. **a)** Rescr. v. 10. April 1839, betr. die Einforderung von Grund- und Testaments-Acten behufs Verification von Stempel-Restitutions-Liquidationen. Min. Bl. S. 140. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 419.

b) Rescr. v. 20. Juni 1839, betr. die Wahrnehmung des Stempelinteresses bei der Cassation von Acten. Min. Bl. S. 219. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 421.

Stempelgesetz §. 35. seqq. Rescr. v. 24. März 1840 nebst Anlage, betr. die Aufhebung der Zwangszahlung von Kassenanweisungen bei Uebersendung von Stempelgeldern von einer Königl. Kasse an die andere. Min. Bl. S. 115. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 257.

Stempelgesetz §. 36. Rescr. v. 15. Decbr. 1840 nebst Anlage, betr. die Zahlung einer Tantième an gerichtliche Stempelvertheiler. Min. Bl. 1840, S. 4. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 547.

Stempelgesetz §. 39. Rescr. v. 29. Febr. 1840, betr. die Unzulässigkeit der weitem Benutzung der vor dem Verbrauch verdorbenen Stempelmaterialien. Min. Bl. S. 96. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 259.

Stempeltarif. Erbschaften. **a)** Verordn. v. 16. Septbr. 1837, betr. den in Neuvorpommern von der statutarischen Erbportion der Ehegatten zu entrichtenden Erbschaftsstempel. G. S. S. 145. (s. Bd. VIII. S. 537.)

b) Rescr. v. 24. Jan. 1839, betr. den Erbschaftsstempel bei kinderlosen Ehen nach Münsterscher Gütergemeinschaft. Min. Bl. S. 65. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 177.

c) Rescr. v. 25. Novbr. 1839, betr. die Erbschaftsstempelpflichtigkeit des den Vätern an dem mütterlichen Vermögen ihrer Kinder über die Dauer der väterlichen Gewalt hinaus vermachten Niessbrauchs. Min. Bl. S. 429. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 445.

d) Rescr. v. 18. Decbr. 1841, betr. die Verpflichtung zur Entrichtung des Erbschaftsstempels, wenn der Erbe erst nach Ablauf der Ueberlegungsfrist der Erbschaft entsagt. Min. Bl. S. 375.

e) Rescr. v. 10. Juni 1844 nebst Beilage, wonach bei Zuwendungen über 300 Thaler von Herrschaften an Dienstboten letztere 300 Thaler freibehalten und den Stempel nur vom Ueberschiessenden zu zahlen haben. Min. Bl. S. 145. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 521.

f) C. O. v. 29. Septbr. 1840, wodurch der Gesellschaft der evangelischen Mission unter den Heiden Erbschaftsstempelfreiheit gewährt ist. Min. Bl. 1844, S. 92.

g) Vergl. auch Zusätze zu §. 9. u. 10. des Stempelgesetzes.

Stempeltarif. Erbschafts Kauf. Rescr. v. 2. Febr. 1842, betr. den Stempel zu Erbschaftskäufen. Min. Bl. S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 282.

Stempeltarif. Erkenntnisse. 1. a) Rescr. v. 13. Juli 1840, betr. den Stempelansatz in sogenannten cumulirten Bagatellsachen. Min. Bl. S. 253. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 215.

b) Rescr. v. 27. Mai 1843, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 142. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 505.

2. a) Rescr. v. 20. März 1841, betr. das Wegfallen des Werthstempels in Concurs- und Liquidationsprozessen in Betreff der Immobiliarmasse. Min. Bl. S. 142. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 208.

b) Rescr. v. 10. März 1843, betr. den in Miethsprozessen wegen Immission oder Exmission der Miether anzusetzenden Stempel. Min. Bl. S. 74. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 159.

c) Rescr. v. 24. April 1843, betr. den Stempel zu Alimentationserkenntnissen, welche in oder ausser Ehescheidungsprozessen zwischen Eheleuten ergehen. Min. Bl. S. 107. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 509.

d) Verordn. v. 21. Juli 1843, betr. die Grundsätze, nach welcher der Streitgegenstand bei Civilprozessen zu berechnen ist. s. zu A. G. O. I. 14. §. 3.

Stempeltarif. Fideicommiss-Stiftungen. a) C. O. v. 18. Juli 1845, in Betreff der Stempelsteuer für die Errichtung von Fideicommiss- und Familien-Stiftungen. G. S. S. 506.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 5. d. M. will Ich zur Erläuterung und Ergänzung der in dem Tarife zum Stempelgesetze vom 7. März 1822 unter den Worten:

„Fideicommiss-Stiftungen“

enthaltenen Vorschrift hierdurch Folgendes bestimmen:

1) Fideicommiss-Stiftungen — ohne Unterschied, ob sie zu Gunsten der Anverwandten des Stifters oder anderer Personen errichtet werden — unterliegen der Stempelsteuer von drei vom Hundert des Gesamtwerths der denselben gewidmeten Gegenstände ohne Abzug der etwanigen Schulden;

2) der Stempel ist zu der Urkunde, durch welche die Stiftung errichtet wird, zu verwenden, ohne Rücksicht darauf, ob zu der Stiftung eine Bestätigung erforderlich ist oder nicht;

- 3) bei Stiftungen unter Lebendigen ist der Stempel in der durch §. 12. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 vorgeschriebenen Frist, bei Stiftungen von Todeswegen aber innerhalb des für die Lösung des Erbschafts-Stempels vorgeschriebenen Zeitraums beizubringen. Bei Stiftungen von Todeswegen sind die Inhaber der Erbschaft für die Entrichtung der Stempelsteuer, ebenso, wie nach §. 16. jenes Gesetzes für die Entrichtung der Erbschafts-Stempelsteuer, alle für einen und einer für alle verhaftet;
- 4) die Bestimmungen unter 1. bis 3. sind auch auf Familienstiftungen anzuwenden.

Das Staatsministerium hat diesen Erlass durch die G. S. bekannt zu machen.

b) Rescr. v. 25. Septbr. 1842, betr. die jährlichen Nachweisungen der Bestätigungsstempel zu Familien-Fideicommissen und Stiftungen. Min. Bl. S. 314. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 360.

Stempeltarif. Inventarien. Rescr. v. 12. Octbr. 1841, betr. die Stempelpflichtigkeit resp. Freiheit der zu Theilungen benutzten Inventarien und der Ausfertigungen der Theilungsrecesse in unvernünftigen Vormundschaften. Min. Bl. S. 327. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 571.

Stempeltarif. Kaufverträge, Lieferungsverträge. 1. a) Rescr. v. 22. April 1841, betr. die Stempelfreiheit der beim Verkauf von Rusticalstellen vorbehaltenen Altentheile. Min. Bl. S. 182. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 661.

b) Rescr. v. 2. Febr. 1842, betr. den Stempel zu Erbschaftskäufen. Min. Bl. S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 282.

c) Rescr. v. 26. Febr. 1842, betr. den Stempel zu Verträgen über die Aufhebung eines Kaufvertrags. Min. Bl. S. 96. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 284.

d) Rescr. v. 12. März 1842, betr. die Anrechnung der vom Käufer übernommenen Leistungen, behufs Feststellung des stempelpflichtigen Kaufwerths. Min. Bl. S. 108. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 285.

2. a) Plen. Beschl. v. 2. Septbr. 1839: Doppelt ausgestellte sogenannte Schlussscheine über die Lieferung von Staatsschuldpapieren, von denen das eine, Seitens des Käufers unterschriebene, Exemplar dem Verkäufer, das andere, Seitens des Verkäufers unterschriebene Exemplar, dem Käufer eingehändigt worden, unterliegen der für Lieferungs- und Kaufverträge über bewegliche Sachen vorgeschriebenen Stempelsteuer von einem Drittheil Prozent des vertragsmässigen Kaufpreises. Entsch. des Geh. Ob. Trib. Bd. 5. S. 30. Min. Bl. S. 316.

b) Rescr. v. 15. Juni 1840, betr. den Stempel zu Lieferungsverträgen. Min. Bl. S. 202. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 637.

Stempeltarif. Lehrverträge. C. O. v. 3. Octbr. 1845, betr. den zu Lehrcontracten erforderlichen Stempel. G. S. S. 680.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 23. v. M. will Ich die Steuer von solchen Lehrcontracten, in welchen entweder

gar kein Lehrgeld, oder ein Lehrgeld von weniger als 50 Rthlr. ausbedungen ist, auf 5 Silbergroschen für jedes Exemplar ermässigen. Diese Order ist durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Stempeltarif. Majorennitäts-Erklärungen. Rescr. v. 21. Jan. 1842, betr. die Stempelpflichtigkeit der mit der Wirkung der Majorennitäts-Erklärung erfolgenden Emancipation minderjähriger Söhne. Min. Bl. S. 51. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 287.

Stempeltarif. Protocolle. Rescr. v. 8. Febr. 1839, betr. die Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen wegen Feststellung der Todesart aufgefundenen todter Personen. Min. Bl. S. 88. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 212.

Stempeltarif. Quittungen. a) Rescr. v. 16. Octbr. 1839, betr. den Stempel zu Quittungen in gerichtlichen Protocollen. Min. Bl. S. 345. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 443.

b) Rescr. v. 11. Novbr. 1839 nebst Anlage, betr. den Stempel zu Quittungen über fixirte Diäten. Min. Bl. S. 360. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 444.

c) Rescr. v. 11. und 29. Septbr. 1841, betr. den Stempel von Quittungen über Gehaltszulagen. Min. Bl. S. 295. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 221.

Stempeltarif. Subhastationsprozesse. a) Rescr. v. 16. Juli 1840, betr. den Stempelansatz bei Subhastationen in Gebietstheilen, wo noch gemeines Recht gilt. Min. Bl. S. 246. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 215.

b) Rescr. v. 8. März 1843, betr. die Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen in Subhastationsprozessen, bei Gehalt- und Pensions-Abzügen, den Revenüen sequestrirter Güter zu Recognitionsattesten der Vollmachten im Auslande. Min. Bl. S. 79. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 160.

Stempeltarif. Vergleiche. a) C. O. v. 16. Jan. 1840, betr. die Ergänzung der Stempeltarif-Position „Vergleiche“ und die Stempelfreiheit der Vergleichsverhandlungen der Schiedsmänner und der Friedensrichter. G. S. S. 18.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 31. v. M. setze Ich zur Ergänzung der Stempeltarif-Position „Vergleiche“ und zur näheren Bestimmung der Stempelfreiheit, welche für die Vergleichsacte der Friedensrichter in der Rheinprovinz und für die Vergleichsverhandlungen der Schiedsmänner bewilligt worden ist, Nachstehendes fest:

1) schriftliche, sowohl gerichtliche als aussergerichtliche, Vergleiche über nicht rechtshängige Sachen sind der Stempelsteuer nach der Vorschrift, die in der Stempeltarif-Position „Vergleiche“ für schriftliche aussergerichtliche Vergleiche über rechtshängige Sachen ertheilt wird, gleichfalls unterworfen;

2) bei Anwendung dieser Vorschrift treten folgende nähere Bestimmungen ein:

a) ist der Vergleich über ein Geschäft abgeschlossen worden, welches blos mündlich oder durch Correspondenz

oder in einer anderen die Stempelverwendung nicht bedingenden Form zu Stande gekommen ist, und hätte für dieses Geschäft, wenn darüber eine schriftliche Verhandlung aufgenommen wäre, ein höherer als der bei Verträgen im Allgemeinen stattfindende Stempel entrichtet werden müssen, so ist zu dem Vergleiche, in sofern dadurch das Geschäft im Wesentlichen aufrecht erhalten wird, dieser höhere Stempel zu verwenden;

b) wird durch den Vergleich zugleich ein anderweitiges Rechtsgeschäft begründet, welches, wenn es nicht in Vergleichsform zu Stande gekommen wäre, einem höheren, als dem bei Verträgen im Allgemeinen vorgeschriebenen Stempel unterworfen sein würde, so tritt bei dem Vergleiche dieser höhere Stempel ein. Insonderheit ist, wenn für die streitigen Ansprüche als Gegenleistung das Eigenthum einer Sache abgetreten, ein Erbzins-, ein Erbpachts-, ein Pacht- oder Miethsrecht eingeräumt, eine Leibrente versprochen wird etc., zu dem Vergleiche der für Kauf-, Erbzins-, Erbpachts-, Pacht- oder Mieths-, Leibrenten- etc. Verträge bestimmte Stempel, sofern er höher ist, als der allgemeine Vertragsstempel, zu verwenden, und bei Festsetzung desselben der Werth der Gegenleistung zum Grunde zu legen. In gleicher Art findet, wenn zur Sicherstellung der Vergleichssumme eine Hypothek bestellt wird, der für hypothekarische Schuldverschreibungen vorgeschriebene Stempel Anwendung. Dagegen muss, wenn ein Dritter, welcher zu den ursprünglichen Contrahenten nicht gehört, in der über den Vergleich aufgenommenen Verhandlung stempelpflichtige Erklärungen abgibt, z. B. eine Bürgschaft übernimmt, der dazu erforderliche Stempel neben dem zu dem Vergleich beizubringenden unbedingt verwendet werden;

3) in Ansehung der Stempelpflichtigkeit gerichtlicher Vergleiche über rechtshängige Sachen verbleibt es bei den bestehenden Vorschriften; sollte jedoch in Anwendung der unter 2. littr. a. und b. dieses Erlasses getroffenen Bestimmungen ein höherer Stempel eintreten, als nach dem dritten Absatze der Stempeltarif-Position „Prozess“ erforderlich ist, so muss dieser höhere Stempel entrichtet werden.

4) die Stempelfreiheit, welche für die Vergleichsacte der Friedensrichter in der Rheinprovinz durch die Verordn. vom 17. Aug. 1835 und für die Vergleichsverhandlungen der Schiedsmänner bewilligt worden ist, beschränkt sich auf die nach dem dritten Absatze der Stempeltarif-Position „Prozesse“ zu entrichtenden Stempel und darf nicht dazu dienen, den Parteien stempelfreie Documente über an sich stempelpflichtige Geschäfte zu verschaffen. Sie findet daher in den unter 2. littr. a. und b. erwähnten Fällen keine

Anwendung, dergestalt, dass wenn nach den daselbst getroffenen Bestimmungen auch kein höherer als der allgemeine Vertragsstempel begründet sein würde, dennoch dieser letztere zu dem Vergleiche verwendet werden muss.

Dieser Erlass ist durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

b) Instruct. v. 28. April 1840, betr. die Verwendung von Stempeln zu schiedsmännischen Vergleichen. Min. Bl. S. 266. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 194.

c) Rescr. v. 31. Juli 1841, betr. die Unzulässigkeit von Kosten für die gerichtliche Einziehung von Stempeln zu schiedsmännischen Vergleichen. Min. Bl. S. 252. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 218.

Stempeltarif. Vollmachten. Rescr. v. 8. März 1843, betr. den Stempel zu Recognitionsattesten der im Auslande ausgestellten Vollmachten. Min. Bl. S. 79. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 160.

Gebühren - Taxen.

A. Gebühren - Taxe für die Gerichte

vom 23. August 1815.

Einleitung §. 2. Vergl. wegen der Sportelbefreiungen die Zusätze zu A. G. O. I. 23. §. 46. Aph. §. 146., und in Betreff verschiedener Gesellschaften zu A. L. R. II. 6. §. 22., 26.

Einleitung §. 2. No. 5. C. O. v. 16. Febr. 1841, betr. die Gebühren - Freiheit der Bürgerrettungs - Institute (s. S. 68. d. Bd.)

Einleitung §. 2. No. 14. a) Rescr. v. 25. Novbr. u. 31. Decbr. 1840, betr. den Kostenansatz in unvermögenden Vormundschaftssachen. Min. Bl. 1840, S. 393. 1841, S. 14. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 535., 536.

b) Gesetz v. 1846, betr. die Stempel- und Gerichtskosten in Vormundschaften und Curatelen. G. S. 1847. S. 3.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen wegen der Stempel- und Gerichtskosten in denjenigen Vormundschafts- und Curatelsachen, die nicht schon nach den bestehenden Gesetzen kostenfrei bearbeitet werden müssen, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach Anhörung Unserer getreuen Stände, und nach vernommenem Gutachten einer aus Mitgliedern des Staatsraths ernannten Commission, für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, was folgt:

§. 1. In Vormundschafts- und Curatelsachen sollen künftig alle Verhandlungen, welche zum inneren Geschäftsverkehr zwischen den vormundschaftlichen Gerichten und den Pflegebefohlenen oder deren Vormündern und Curatoren gehören, insbesondere für Anzeigen, Berichte und Vernehmungen der Pflegebefohlenen, der Vormünder und Curatoren oder ihrer Stellvertreter, für Legung, Abnahme und Decharge der Rechnungen, sowie für Verfügungen der vormundschaftlichen Gerichte, dieselben mögen die Person des Bevormundeten oder dessen Vermögen betreffen, weder Stempel- noch Gerichtsgebühren erhoben werden.

§. 2. Dagegen verbleibt es bei der bisherigen Stempel- und Kostenpflichtigkeit aller der Verhandlungen, die auch in Bezie-

hung auf dritte Personen, ausser dem Vormunde, Curator und Pflegebefohlenen, von rechtlicher Wirkung sein sollen, und insbesondere aller in beweisender Form ausgefertigten Urkunden, von denen der Vormund oder Curator gegen dritte Personen oder Behörden Gebrauch machen soll, imgleichen aller Verhandlungen, welche die Siegelung, Inventur, Abschätzung, Sicherstellung, Ermittlung des Vermögens und die Erbregulirung betreffen, und nicht in Anzeigen des Vormundes oder Curators und in Erlassen an ihn bestehen, die sein Verhalten bei diesen Verhandlungen leiten sollen.

§. 3. Die Stempel- und Gebührenfreiheit (§. 1.) erstreckt sich auch auf die Depositalextrakte der Gerichte oder die Atteste der Königlichen Bank über die Annahme von Geldern und andern Vermögensstücken, sowie auf die Quittungen über die Auslieferung solcher Gelder und Vermögensstücke, insofern die Einnahme oder Ausgabe nur einen Act der Verwahrung oder Verwaltung des Vermögens ausmacht und nicht als Tilgung von Verbindlichkeiten in Beziehung auf dritte Personen zu bezeichnen ist. Die von den Vormündern oder Curatoren zur Belegung ihrer Rechnungen beizubringenden Privatquittungen sind stempelfrei.

§. 4. Die Kostenfreiheit der in den §§. 1. und 3. bezeichneten Verhandlungen erstreckt sich nicht auf baare Auslagen, Calculaturgebühren, Copialien, imgleichen auf solche Gebühren, welche einem Beamten als Emolumente angewiesen sind.

Im Bezirk des Rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Cöln sind jedoch die Copialien (Gerichtsschreiber-Gebühren) nur in soweit einzuziehen, als sie ein Emolument der Gerichtsschreiber sind. Der zu den Staatskassen fließende Antheil bleibt ausser Ansatz.

§. 5. Die vorstehenden Bestimmungen kommen in allen Fällen zur Anwendung, in denen die Gerichtsgebühren und Stempel noch nicht eingezogen, oder die für Stempel eingezogenen Beträge zu deren Ankaufe noch nicht verwendet worden sind.

§. 6. Auf Vormundschaften und Curatelen über Abwesende, über unbekannte Interessenten, über Verschwender und zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilte Verbrecher, imgleichen auf Curatelen über Fideicommisses und Familienstiftungen, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung.

Einleitung S. 4. a) In Betreff der Gebühren bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen, Gemeintheilungen und Ablösungen. s. Geb. Taxe sub D.

b) Rescr. v. 30. Novbr. 1839, betr. den Kostenpunkt bei Provocationen auf *Cessio bonorum*. Min. Bl. S. 416. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 425.

Einleitung S. 6. a) Rescr. v. 17. April 1839, betr. den Kostenansatz im processualischen Verfahren bei verändertem Klageobjecte. Min. Bl. S. 153, v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 401.

b) Rescr. v. 19. April 1839, betr. den Kostenansatz in Sequestrations-
sachen. Min. Bl. S. 145. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 405.

c) Rescr. v. 17. Septbr. 1839, betr. den Kostenansatz bei Nachlassregu-
lirungen. Min. Bl. S. 312. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 158.

d) Rescr. v. 19. Febr. 1843, betr. den Kostenansatz in Processen die
theils in *ordinario* theils nach der Verordn. v. 1. Juni 1833 instruiert sind. Min.
Bl. S. 62. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 151.

Einleitung §. 6—8. a) Verordnung v. 21. Juli 1843, über die
Grundsätze, wonach der Werth des Streitgegenstandes in Civilprocessen zu be-
rechnen. G. S. S. 297. s. zu A. G. O. I. 14. §. 3.

b) Rescr. v. 15. Mai 1844, betr. die Auslegung des §. 8. der vorgedachten
Verordnung. Min. Bl. S. 120. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 16.

Einleitung §. 10. a) Rescr. v. 8. Decbr. 1838, nebst Anlage betr.
die Kosteneinziehung in Sachen, welche durch Verfügung beendet werden. Min.
Bl. 1839, S. 66. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 169.

b) Rescr. v. 18. Mai 1843, dass an Orten, wo keine Gerichtsbehörden
sind, die Magistrate für die auf Requisition in Vertretung derselben vorgenom-
menen Handlungen, z. B. für Aushänge und Attestirung derselben, die vom Ge-
richt zu liquidirenden Gebühren dafür fordern können, wenn solche von den
Parteien eingezogen werden können. Min. Bl. S. 141. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 502.

Abschn. I. Oberger. No. 15. u. 19.

- - Unterger. No. 16. u. 20. Rescr. v. 8. März
1843, betr. den Gebühren- und Stempelansatz, wenn die Appellation wegen
fehlender *summa appellabilis* verworfen wird. Min. Bl. S. 67. v. K. Jhrb.
Bd. 61. S. 158.

**Abschn. III. C. O. v. 11. Octbr. 1846, betr. den Ansatz der gericht-
lichen Kosten für das in den §§. 16. seqq. der Verordn. v. 4. März 1834 vor-
geschriebene Prioritätsverfahren in der Executionsinstanz zwischen mehreren
Gläubigern über die in Beschlag genommenen laufenden Besoldungen, Dienst-
emolumente etc. G. S. S. 473.**

Zur Beseitigung der Zweifel, welche bei den Gerichtsbehör-
den über den Ansatz der gerichtlichen Kosten für das in den
§§. 16. u. f. der Verordn. v. 4. März 1834 vorgeschriebene Prio-
ritätsverfahren in der Executionsinstanz zwischen mehreren Gläu-
bigern über die auf ihren Antrag in Beschlag genommenen lau-
fenden Besoldungen, Dienstemolumente, Wartegelder, Pensionen,
Fideicommiss- oder Lehnstnutzungen und andere an die Person
des Schuldners gebundene Einkünfte entstanden sind, bestimme
Ich, nach Ihrem Vorschlage, was folgt:

1) Statt der Gebühren für die einzelnen gerichtlichen Geschäfte,
so weit solche die Einziehung der Activmasse, die Annahme,
Verwaltung und Herausgabe der zum gerichtlichen Depo-
situm gekommenen Gelder, die Notirung der daraus zu be-
friedigenden Gläubiger, die Verhandlungen mit dem Gemein-
schuldner und die alljährlich zu veranlassende Distribution
der Masse umfassen, sind nachstehende Procentsätze von

der jährlich zu vertheilenden Masse zu berechnen und aus derselben zu entnehmen, und zwar:

von einem Betrage der Masse bis 50 Thlr. incl. 5 pCt.
von dem höheren Betrage der Masse - 500 - - 4 -

- - - - - 1000 - - 3 -

- - - - - 2000 - - 2 -

- - - - - 5000 - - 1 -

von dem Betrage derselben über 5000 - - $\frac{1}{2}$ -

das angefangene Hundert immer für voll berechnet.

2) Neben diesen Procentgeldern können nur noch Schreib- und Calculaturgebühren, sowie alle baare Auslagen der Gerichte angesetzt und aus der Masse erhoben werden. Wenn jedoch die jährlich zu vertheilende Masse den Betrag von 50 Rthlr. nicht übersteigt, so dürfen aus der Masse neben den Procentgeldern weder Schreib- noch Calculaturgebühren entnommen werden; vielmehr sind die nach dem Umfange der vorgekommenen Calculaturarbeiten vorgekommenen Calculaturgebühren aus den zu erhebenden Procentgeldern zu berichtigen.

3) Für das Verfahren über die von einzelnen Gläubigern gegen den Distributionsplan gemachten Ausstellungen und über die deshalb angelegten Specialmassen, sowie ferner für die dem Prioritätsverfahren vorhergehenden und bei demselben entstehenden Specialprocesse in der ersten, wie in den höheren Instanzen und für alle zum eigentlichen Prioritätsverfahren nicht gehörenden gerichtlichen Geschäfte, sind die Gerichtsgebühren und sonst zulässigen Kosten nach allgemeinen Bestimmungen besonders zu berechnen und von dem Extrahenten oder von der zur Tragung der Kosten verurtheilten Partei einzuziehen.

Abschn. IV. Oberger. No. 9.

- - - Unterger. No. 7. a) Rescr. v. 26. April 1841,

betr. die Remuneration der gerichtlichen Auctions-Commissarien im Bezirk des O. L. G. zu Paderborn. Min. Bl. S. 163.

b) Gebührentaxe für die Auctions - Commissarien v. 21. Juni 1845. Min. Bl. S. 120 — 122.

Abschn. IV. Oberger. No. 12.

- - - Unterger. No. 11. a) C. O. v. 21. Octb. 1835.

betr. die Zulässigkeit der Dolmetscher-Gebühren. v. K. Jhrb. Bd. 46. S. 558, (s. Bd. VII. S. 795.)

b) C. O. v. 14. Aug. 1846, wegen Nichterhebung von Dolmetschergebühren und Uebersetzungskosten bei den Verhandlungen in denjenigen Landestheilen, in deren Bezirk eine andere Sprache als die Deutsche gebräuchlich ist. Min. Bl. 207.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 20. v. M. bestimme Ich hierdurch, dass bei den aus Staatsfonds unterhaltenen Gerichtsbehörden, in deren Bezirk eine andere Sprache als die

Deutsche gebräuchlich ist, den Parteien für Uebersetzungen aus jener Sprache keine Kosten, für Verhandlungen mit den nur jener Sprache kundigen Personen keine Dolmetscher-Gebühren und auch die Reise- und Zehrungskosten für die zu Verhandlungen mit solchen Personen zugezogenen Dolmetscher nur in den Fällen, in denen die Parteien die Reisekosten und Diäten der Gerichtsbeamten zu tragen haben, berechnet werden sollen. — Dass in dem Bezirke einer Gerichtsbehörde eine andere als die Deutsche Sprache gebräuchlich sei, ist alsdann anzunehmen, wenn in demselben ein oder mehrere Orte sich befinden, wo Gottesdienst oder Schulunterricht in jener andern Sprache gehalten wird.

c) Rescr. v. 30. November 1846, wegen Ausführung vorstehender C. O. Min. Bl. S. 207.

Abschn. IV. Oberger. No. 12., 28., 32. u. 38.
- - Unterger. No. 11., 26., 29. u. 36.

a) Verordn. v. 29. März 1844, über die Gebühren der Sachverständigen und Zeugen bei gerichtlichen Geschäften. G. S. S. 73.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. etc. verordnen über die Gebühren der Sachverständigen und Zeugen, so wie über die Reise- und Versäumnisskosten der Parteien bei gerichtlichen Geschäften, für diejenigen Landestheile, in welchen die allgemeinen Gebühren-Taxen vom 23. Aug. 1815 Gesetzeskraft haben, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. Die Sachverständigen erhalten, sofern nicht für gewisse Klassen derselben, als Medicinal-Personen, Vermessungs-Beamte, Oeconomie-Commissarien etc. die Gebühren durch besondere Verordnungen festgesetzt sind, bei gerichtlichen Geschäften für jeden Tag funfzehn Silbergroschen bis zwei Thaler Gebühren; sie haben jedoch nur auf drei Fünftel dieses Gebühren-Satzes Anspruch, wenn das Geschäft nicht über sechs Stunden gedauert hat.

Die Höhe der Gebühren ist in jedem einzelnen Falle mit Rücksicht auf die Erwerbs- und die übrigen Verhältnisse der Sachverständigen, und die örtlichen Preise der Lebensbedürfnisse zu ermessen.

§. 2. Werden Sachverständige zu einem Geschäfte ausserhalb ihres Wohnortes an einem von letzterem mehr als eine Viertel-Meile entfernten Orte zugezogen, so erhalten sie, statt der Gebühren, Diäten und Reisekosten nach folgenden Sätzen:

- 1) die Diäten werden auf zwanzig Silbergroschen bis drei Thaler für jeden Tag bestimmt, in den Fällen aber, wenn das Geschäft mit Einschluss der Reise nicht über sechs Stunden gedauert hat, auf drei Fünftel dieses Satzes ermässigt.
- 2) An Reisekosten werden fünf Silbergroschen bis Ein Thaler für jede Meile vergütet.

- 3) Die Reisekosten werden für die Hin- und Rückreise besonders berechnet.

Beträgt die Entfernung weniger als Eine Meile, so wird diese für voll angenommen; bei grösseren Entfernungen werden die Reisekosten nach Viertel-Meilen vergütigt.

- 4) Die Höhe der Diäten und Reisekosten ist in jedem einzelnen Falle mit Rücksicht auf die Erwerbs- und die übrigen Verhältnisse des Sachverständigen und die örtlichen Preise der Lebensbedürfnisse und der Transportmittel zu ermessen.
- 5) Neben der zu 1—4. bestimmten Vergütung findet ein Ersatz der Kosten für Wohnung, Bedienung, Wagenmiethe, Trink-, Wege- und Brückengelder und andere Auslagen nicht statt; sollte jedoch der Sachverständige in besonderen Fällen nachzuweisen im Stande sein, dass ihm durch die Reise grössere Kosten verursacht worden und diese wirklich nothwendig gewesen sind, so müssen ihm solche vollständig vergütet werden.
- 6) Werden Staatsbeamte als Sachverständige zugezogen, so erhalten sie diejenige Vergütung an Diäten und Reisekosten, welche ihnen bei Reisen in Dienstangelegenheiten reglements-mässig zukommt.

§. 3. Erfolgt die Zuziehung eines Sachverständigen bei einem Geschäft ausserhalb seines Wohnortes, jedoch an einem von letzterem nicht über eine Viertel-Meile entfernten Orte, so finden keine Diäten und Reisekosten, sondern nur die im §. 1. bestimmten Gebühren statt.

Doch können Sachverständige, wenn sie in einem solchen Falle sich eines Fuhrwerks zu bedienen, durch Krankheit, Gebrechen oder andere Umstände genöthigt sind, oder auf dem Wege zu dem Orte ihrer Vernehmung Brücken- und Fährgelder zu zahlen oder andere Auslagen zu machen haben, die Erstattung dieser Kosten verlangen; sie müssen aber die Verwendung und die Nothwendigkeit derselben nachweisen.

§. 4. Für schriftliche Gutachten, Pläne, Zeichnungen und ähnliche Ausarbeitungen mit Einschluss der etwanigen Reinschriften sind den Sachverständigen zwanzig Silbergroschen bis zwei Thaler zu vergüten.

Für weitläufige oder schwierige Arbeiten ist diese Vergütung nach Verhältniss der zur Anfertigung erforderlichen Zeit angemessen zu erhöhen.

§. 5. Die Vorschriften der §§. 1—4. finden auch bei Abschätzungen beweglicher und unbeweglicher Sachen mit folgenden näheren Bestimmungen Anwendung:

1) dem Taxator werden an Gebühren vergütet:

- a) für die Abschätzung von Mobilien und anderer Gegenstände, zu deren Taxation keine besondere technische Kenntnisse erforderlich sind, wenn der Werth der abgeschätzten Sachen zusammen die Summe von 20 Thlrn. nicht übersteigt 5 Sgr.

- bei einem höheren Werthe bis zu 50 Thlrn.
einschliesslich 10 Sgr.
- b) für die Abschätzung von Gold, Silber und
Juwelen bis zu 20 Thlrn an Werth 10 Sgr.
bei einem höheren Werthe bis zu 50 Thlrn.
einschliesslich 15 Sgr.
- 2) Beträgt der Werth der abgeschätzten Sachen mehr als
50 Thlr., so sind die Gebühren des Taxators nach den Be-
stimmungen des §. 1. festzusetzen.
- 3) Nach eben diesen Bestimmungen (§. 1.) sind auch die Ge-
bühren für die Abschätzung von Kunstsachen, Büchern,
Landkarten, Kupferstichen, Gemälden und anderen Gegen-
ständen, zu deren Taxation besondere technische Kenntnisse
erforderlich sind, und zwar ohne Rücksicht auf den Werth
derselben, zu berechnen.

§. 6. Nach den Vorschriften der §§. 1—4. sind auch die
Gebühren der Dolmetscher zu liquidiren, sofern solche als
baare Auslage von den Parteien erhoben werden dürfen. Für
schriftliche Uebersetzungen, welche nicht sofort im Termine er-
folgen (§. 1.), sowie für die Revision und Attestirung von Ueber-
setzungen, sind den Dolmetschern die im §. 4. bestimmten Ge-
bühren zu bewilligen. Die Reisekosten und Diäten der Dolmet-
scher sind nach §. 2. No. 1—6. festzusetzen.

§. 7. Zeugen, welche an ihrem Wohnort oder an einem
von demselben nicht über eine Viertel-Meile entfernten Orte bei
gerichtlichen Geschäften zugezogen oder vernommen werden,
können dafür keine Vergütung verlangen.

Doch findet die Vorschrift des §. 3. auch bei Zeugen An-
wendung.

§. 8. Sind die Zeugen niedern Standes, und ernähren sie
sich durch Tagearbeit, Handwerk oder Gewerbe, so soll ihnen
auf ihren Antrag für jede Stunde Versäumniss eine Entschädigung
von Einem bis drei Silbergroschen, auch ohne besonderen Nach-
weis, bewilligt und dabei die angefangene Stunde für voll an-
gerechnet werden.

Die Höhe der Versäumnisskosten ist in jedem einzelnen Falle
mit Rücksicht auf den muthmasslichen Erwerb des Zeugen und
die örtlichen Verhältnisse zu bestimmen.

§. 9. Erfolgt die Zuziehung oder Vernehmung der Zeugen
an einem mehr als eine Viertel-Meile von ihrem Wohnort ent-
fernten Orte, so sind ihnen an Reisekosten mit Einschluss der
Versäumniss- und Zehrungskosten drei Silbergroschen bis Ein
Thaler für jede Meile zu vergüten.

Bei Berechnung der Reisekosten finden die für die Sachver-
ständigen im §. 2. No. 3—6. gegebenen Bestimmungen Anwendung.

§. 10. Nach den Bestimmungen der §§. 7—9. sind auch die
Reise- und Versäumnisskosten der Parteien zu liquidiren.

§. 11. Die Vorschriften der allgemeinen Gebühren-Taxen
vom 23. August 1815,

- a) für die Landes-Justiz-Collegien, Abschn. IV. No. 12. 28. 32. und 38.,
- b) für die Land- und Stadtgerichte in grossen Städten, und
- c) für sämtliche Untergerichte Abschn. IV. No. 11., 26., 29. und 36., so wie die späteren hierauf bezüglichen Bestimmungen und die bisher in einigen Provinzen und in Berlin zur Anwendung gekommenen besonderen Verordnungen über die Gebühren der Taxatoren, werden hierdurch aufgehoben.

§. 12. Die Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung finden auf frühere Fälle keine Anwendung, auch wenn die Gebühren, Reise- und Versäumnisskosten erst nach der Publication dieser Verordnung zur Festsetzung gelangen.

b) (Zu §. 1. u. 4. vorstehender Verordn.) C. O. v. 27. Juni 1845, betr. die Gebühren der Revisoren kaufmännischer Bücher zu Berlin für ihre Zuziehung bei gerichtlichen Geschäften. G. S. S. 440.

Nach Ihrem Antrage vom 11. d. M. genehmige Ich hierdurch, dass den Revisoren kaufmännischer Bücher zu Berlin, wenn sie in dieser Eigenschaft bei gerichtlichen Geschäften zugezogen werden, statt der in den §§. 1. und 4. der Verordn. vom 29. März 1844 vorgeschriebenen Gebührensätze, in Zukunft folgende Vergütung:

- a) Zwei Thaler bis Zwei Thaler Zwanzig Silbergroschen für jeden Tag;
- b) ebensoviel für schriftliche Gutachten und Arbeiten für jeden Tag, an welchem sie mindestens fünf Stunden gearbeitet haben und ausserdem
- c) die Copialien mit $2\frac{1}{2}$ Sgr. für jeden Bogen gewährt werden sollen.

Diese Bestimmungen sind durch die G. S. zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

c) (Zu §. 2. No. 6. vorstehender Verordn.) Rescr. v. 7. Jan. 1842 und 2. Jan. 1846, betr. die Gebühren und Fuhrkosten der Oeconomie-Commissarien in gerichtlichen Angelegenheiten. Min. Bl. 1842, S. 16., 1846, S. 12. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 280.

d) C. O. v. 17. Jan. 1844, betr. die Diäten und Reisekosten der Sachverständigen bei Bewässerungsanlagen. G. S. S. 61. s. zu A. L. R. I. 8. §. 96. seqq. (S. 44. Bd. IX.)

Abschn. IV. Oberger. No. 14.

- - **Untenger. No. 13.** a) Rescr. v. 30. Septbr. 1841, betr. die Gebühren der bei Eidesleistungen der Juden mitwirkenden Personen. Min. Bl. S. 304. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 216.

b) Rescr. v. 5. Febr. 1843, betr. die Zahlung von Schwurzeugengebühren. Min. Bl. S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 156.

Abschn. IV. Oberger. No. 21.

- - **Untenger. No. 19.** 1. a) C. O. v. 12. Mai 1836, betr. die Diäten und Reisekosten der bei den Untergerichten angestellt-

ten Obergerichts - Assessoren und Titular - Rätthe. v. K. Jhrb. Bd. 47. S. 581. (s. Bd. VIII. S. 542. u. 543.)

b) Rescr. v. 8. Decbr. 1842, dass Obergerichts - Assessoren bei Inquisitoriaten, wenn sie nicht etwa zu Criminalrichtern oder Inquisitoren ernannt sind, nicht 2 Rthlr. Diäten und Extrapostsätze zustehen. Min. Bl. S. 383. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 654.

c) Rescr. v. 31. Octbr. 1842, betr. die Zulässigkeit von Commissionsgebühren der Referendarien bei Untergerichten. Min. Bl. S. 336. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 660.

d) Rescr. v. 19. Septbr. 1844 nebst C. O. v. 6. ej., betr. die Commissions-Gebühren der Auscultatoren, Referendarien und unbesoldeten Assessoren bei Untergerichten in mittlern und kleinen Städten. Min. Bl. S. 218. v. K. Jhrb. Bd. 64. S. 261.

e) Rescr. v. 6. Febr. 1839, betr. die Gebühren der Kreis - Justizrätthe für Geschäfte ausserhalb ihres Amtlokals oder Wohnorts. Min. Bl. S. 74. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 174.

f) Rescr. v. 14. Aug. 1843, betr. die Diäten der Bureau-Gehülfen bei auswärtigen Geschäften. Min. Bl. S. 219., erledigt durch:

g) Rescr. v. 12. Octbr. 1845, wodurch den Civilsupernumerarien bei commissarischen auswärtigen Geschäften von kurzer Dauer 1 Rthlr. Diäten bewilligt werden. Min. Bl. S. 201.

2. **a)** Rescr. v. 20. Decbr. 1842, betr. die Beziehung der Gerichtsgebühren in Sachen, welche einzelnen Beamten übertragen sind, desgl. Rescr. v. 8. Aug. und 8. Octbr. 1843, wegen Unterscheidung von Requisitions- und Auftragsachen hiebei. Min. Bl. 1843, S. 15., 212. u. 255. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 649., Bd. 62. S. 220. u. 494.

b) Rescr. v. 16. Febr. 1845, über die Nichtberechtigung der mit fixirten Diäten angestellten Beamten zu Gebühren für Geschäfte am Gerichtsorte. Min. Bl. S. 40.

3. **a)** Rescr. v. 7. März 1839, betr. das Verfahren bei Aufstellung und Rechtfertigung der aus Staatsfonds zu berichtigenden Diäten und Reisekosten. Min. Bl. S. 115. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 160.

b) Rescr. v. 13. Novbr. 1843, betr. die Liquidation und Zahlungsanweisung von Commissionsgebühren. Min. Bl. S. 277. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 495.

4. **a)** Rescr. v. 10. Juni 1840, betr. die Reisekosten und Diäten bei Lokalgeschäften innerhalb $\frac{1}{4}$ Meile vom Gerichtssitze, und die Berechnung der Meilenzahl bei Vergütungen der Reisekosten. Min. Bl. S. 197. u. 198. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 629. u. 630.

b) Rescr. v. 6. Febr. und 7. April 1840, betr. die Reisekosten mehrerer Commissarien bei demselben Geschäfte. Min. Bl. S. 60. u. 122. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 254. u. 631.

c) C. O. v. 31. März 1840, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 123.

Ich genehmige nach dem Antrage des Staatsministeriums vom 13. v. M., dass in den Fällen, wo mehrere Commissarien bei einem Geschäfte concurriren und die Mit-Commissarien nach der schriftlichen Erklärung des Haupt-Commissarius mit diesem gemeinschaftlich zu reisen behindert worden sind, den ersteren,

ohne weitere Bescheinigung des wirklich vorgekommenen Reiseaufwandes, die vorschriftsmässige Reisevergütung, und zwar wenn sie zur Reise mit Extrapost berechtigt sind, nach dem Regulativ vom 28. Juni 1825, sonst aber mit einem Pauschquantum von 15 Sgr. für die Meile gewährt werden kann. Ich überlasse dem Staatsministerium, diese Bestimmung zur Kenntniss der Behörden zu bringen, wozu es jedoch einer Publication durch die G. S. nicht bedarf.

c) (Zu §. 12. der Verordn. v. 28. Juni 1825. s. Bd. VI. S. 192.) C. O. v. 30. Juli 1842, betr. die Vergütung der Reisekosten für commissarische Dienstgeschäfte der nicht zum Reisen mit Extrapost berechtigten Beamten. G. S. S. 247.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 5. d. M. will Ich den §. 12. der Verordn. vom 28. Juni 1825 wegen Vergütung der Diäten und Reisekosten für commissarische Geschäfte in Königl. Dienst-Angelegenheiten dahin abändern, dass die Beamten, welche nicht zum Reisen mit Extrapost berechtigt sind, befugt sein sollen, in allen Fällen ohne Rücksicht darauf, ob zwischen den zu bereisenden Ortschaften eine Fahrpost-Verbindung besteht, und ob davon zu dem Zweck der Reise Gebrauch gemacht werden kann oder nicht, ein Pauschquantum von Funfzehn Silbergroschen für die Meile als Reise-Vergütung zu liquidiren. Das Staatsministerium hat diese Order durch die G. S. bekannt zu machen.

d) Rescr. v. 8. Decbr. 1842 und 14. Novbr. 1843, denselben Gegenstand betr., insbesondere für mehrere Commissarien. Min. Bl. 1842, S. 382., 1843, S. 295. v. K. Jhrb. Bd. 60. S. 654., Bd. 62. S. 496.

e) Rescr. v. 10. Octbr. 1841, betr. die Diäten und Reisekosten der zur Vertretung oder Hilfsleistung an Untergerichte deputirten Obergerichts-Assessoren. Min. Bl. S. 306. v. K. Jhrb. Bd. 58. S. 565.

f) Rescr. v. 9. Mai 1844, betr. die Entschädigung der als gerichtliche Hilfsboten etc. temporair beschäftigten Militair-Versorgungsberechtigten für Reisen nach und von dem Orte der commissarischen Beschäftigung. Min. Bl. S. 117. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 518.

g) α) Rescr. v. 5. Juni 1839 und 17. Juni 1841, betr. den Anspruch der nicht zu Extrapost berechtigten Beamten auf Stationsgelder, falls sie die erweislich ausgelegten Reisekosten liquidiren. Min. Bl. 1839, S. 212., 1841, S. 208. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 418., Bd. 57. S. 649.

β) C. O. v. 5. Decbr. 1845, betr. die Bewilligung eines Pauschquantums zur Deckung von Trinkgeldern und andern Nebenausgaben bei Dienstreisen der gerichtlichen Commissarien, zu welchen von den Parteien ein Fuhrwerk gestellt worden ist. Min. Bl. 1846, S. 3.

Auf Ihren Bericht vom 25. v. M. genehmige Ich, dass den gerichtlichen Commissarien bei Dienstreisen in Parteisachen, zu welchen ihnen von den Parteien ein Fuhrwerk gestellt worden ist, zur Deckung von Trinkgeldern und andern, durch Beläge nicht wohl zu justificirenden Neben-Ausgaben ein Pauschquantum

von 20 Sgr. für die Station von 2 Meilen, wenn sie zur Reise mit Extrapost berechtigt sind, und von 5 Sgr. für die Station von 2 Meilen, wenn sie dies Recht nicht haben, bewilligt werde.

Abschn. IV. Oberger. No. 28. u. 32.

- - **Unterber. No. 26. u. 29.** Wegen der Gebühren etc. der Zeugen und Sachverständigen vergl. Zusätze oben zu No. 12. (11.) dieses Abschn.

Abschn. IV. Oberger. No. 37. b.

- - **Unterber. No. 35. b.** C. O. v. 11. Septbr. 1846, betr. die Gebühren der Geistlichen für die von ihnen nach der Verordn. v. 28. Juni 1844 anzustellenden Sühneversuche in Ehescheidungs-Sachen. Min. Bl. S. 178.

Auf den Bericht vom 20. v. M. erkläre Ich Mich damit einverstanden, dass die Geistlichen für die nach der Verordn. vom 28. Juni 1844 von ihnen anzustellenden Sühne-Versuche in Ehescheidungssachen, gleichviel ob solche die Sühne zur Folge haben oder nicht, fortan keine Gebühren mehr zu fordern haben sollen, und überlasse Ihnen, den Staatsministern Eichhorn und Uhden, hienach das Weitere in Ihren Ressorts zu verfügen.

Abschn. IV. Oberger. No. 39.

- - **Unterber. No. 37.** Rescr. v. 22. Decbr. 1840, betr. die Gebühren der Commissarien für die Ausarbeitung von Tax-Instrumenten. Min. Bl. 1841, S. 51. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 539.

Abschn. IV. Oberger. No. 46.

- - **Unterber. No. 44.** Rescr. v. 27. Febr. 1844, betr. den Gebührenansatz für Zeugenvernehmungen in summarischen Prozessen. Min. Bl. S. 55. u. 56. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 254.

Abschn. V. Oberger. No. 10.

- - **Unterber. No. 9.** Rescr. v. 18. Octbr. 1843, über die Unzulässigkeit des Ansatzes von Zählgeldern. Min. Bl. S. 262. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 487.

Abschn. V. Oberger. No. 20.

- - **Unterber. No. 19.** Rescr. v. 1. Novbr. 1840, betr. einige Zweifel über die Anwendung der Gebührentaxe, namentlich in Betreff der Gebühren für den Depositatverkehr. Min. Bl. S. 355. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 542.

Abschn. V. Oberger. No. 42. A.

- - **Unterber. No. 39. A.** Rescr. v. 3. Juni 1842, wonach für hypothekarische Eintragungen rückständiger Kosten aus Auseinandersetzungssachen, wenn jene auf Antrag der Generalcommission erfolgt, von den Gerichten keine Gebühren, sondern nur Copialien und baare Auslagen angesetzt werden sollen. Min. Bl. S. 218. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 595.

Abschn. V. Oberger. No. 42. B.

- - **Unterber. No. 39. B. a)** Rescr. v. 15. Octbr. 1839, betr. den Gebührenansatz für mehrere in derselben Verfügung angeordnete Eintragungen und Löschungen. Min. Bl. S. 344. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 481.

b) Rescr. v. 1. März 1842, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 80. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 323.

Abschn. V. Oberger. No. 51.

- - **Unterger. No. 47.** In Betreff der Commissionsgebühren, Diäten und Reisekosten s. zu Abschn. IV. No. 21. (19.)

Abschn. V. Oberger. No. 86. C.

- - **Unterger. No. 80. C.** Rescr. v. 15. Aug. 1840, betr. die Commissionsgebühren für Auf- und Annahme letztwilliger Verfügungen. Min. Bl. S. 279. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 154.

Abschn. V. Oberger. No. 89.

- - **Unterger. No. 83.** a) C. O. v. 16. Jan. 1840, betr. den Kostenansatz bei Volljährigkeitserklärungen, Entlassung eines Sohnes aus der väterlichen Gewalt und bei Legitimation unehelicher Kinder. G. S. S. 17.

Auf Ihren Bericht vom 30. Decbr. v. J. bestimme Ich hierdurch:

1) dass die in der Allgem. Geb. Taxe für die Landes-Justizcollegien am 23. Aug. 1815 Abschn. V. No. 89. bei Volljährigkeitserklärungen vorgeschriebenen Gebührensätze und Prozentgelder nicht weiter erhoben werden sollen. Statt derselben haben die Obergerichte vom 1. Jan. 1840 ab, sowohl für die im A. L. R. Th. II. Tit. 18. §. 713—717. erwähnten verschiedenen Fälle der Volljährigkeitserklärung, als auch für die Th. II. Tit. 2. §. 214. seqq. eben daselbst gedachte Entlassung eines Sohnes aus der väterlichen Gewalt, folgende Gebühren in Ansatz zu bringen:

- a) für die bei einem Obergerichte erfolgte Volljährigkeitserklärung und deren Bekanntmachungen ausser den Stempeln überhaupt nach dem Stande und Vermögen des zu Majorennisirenden 5 bis 10 Rthlr., und
- b) für die etwa abgehaltenen Termine die in der Allgem. Geb. Taxe, Abschn. 5. No. 85. vorgeschriebenen Terminsgebühren.

Auf die bereits vor dem 1. Jan. 1840 festgesetzten Gebühren findet diese Bestimmung keine Anwendung, vielmehr sind dieselben der Festsetzung gemäss von den Parteien einzuziehen.

2) dass vom 1. Jan. 1840 ab in sämtlichen Provinzen mit Einschluss der Rheinprovinz an Taxgebühren für die Legitimationen unehelicher nicht adliger Kinder, deren Patente von dem Justizminister ausgefertigt und vollzogen werden, ausser den Stempeln, je nach dem Stande und Vermögen des Vaters 5 bis 10 Rthlr. Courant erhoben werden sollen.

Sie haben diese Order durch die G. S. bekannt zu machen.

b) Rescr. v. 1. Mai 1840 zu No. 2. der vorstehenden C. O. Min. Bl. S. 155. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 622.

c) Rescr. v. 6. April 1843, wegen Ansetzung von Taxen für Vorladungen, Copialien etc. neben dem nach der C. O. v. 16. Jan. 1840 bestimmten Pauschquantum. Min. Bl. S. 98. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 500.

Abschn. V. Oberger. No. 100.

- - **Untergger. No. 93.** Ges. v. 23. Decbr. 1846, betr. die Stempel- und Gerichts-Kosten in Vormundschaftssachen und Curatelen. G. S. 1847, S. 3. s. oben zu Einl. §. 2. No. 14.

B. Gebührentaxe der Gerichte für den Mandats-, summarischen und Bagatellprozess, vom 9. October 1833.

(s. Bd. VI. S. 200.)

Abschn. I. a) Rescr. v. 20. Febr. 1839, betr. die Taxpflichtigkeit der im Mandatsprozesse an den Kläger zu erlassenden Notificatorien. Min. Bl. S. 94. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 106.

b) Rescr. v. 6. April 1843, betr. den Kostenansatz im Mandats- und Bagatellprozess. Min. Bl. S. 97. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 498.

Abschn. II. a) Rescr. v. 20. April 1839, betr. den Kostenansatz in fiscalischen Untersuchungen wegen Injurien. Min. Bl. S. 156. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 497.

b) Rescr. v. 13. März 1841 und 17. Novbr. 1842, betr. die Anwendung der Gebührentaxe von 1833 auf fiscale Untersuchungen wegen Injurien. Min. Bl. 1841, S. 125., 1842, S. 368. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 289., Bd. 60. S. 669.

Abschn. II. No. 4. Rescr. v. 10. Juni 1840, betr. die Gebührensätze der Gerichte und Justizcommissarien für den Klagebeantwortungstermin im summarischen Prozess. Min. Bl. S. 197.

Abschn. II. No. 6. u. 11. Rescr. v. 27. Febr. 1844, betr. die Kosten für Zeugenvernehmungen im summar. Process. Min. Bl. S. 55. v. K. Jb. Bd. 63, S. 254.

Abschn. II. No. 7. Rescr. v. 8. März 1843, über den Gebühren- und Stempelansatz, wenn die Appellation wegen fehlender *summa appellabilis* verworfen wird. Min. Bl. S. 67. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 158.

Abschn. II. No. 8. Rescr. v. 7. Febr. und 21. März 1843, betr. die Kosten für Publication der Erkenntnisse in Injuriensachen. Min. Bl. S. 40. u. 91. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 153. u. 155.

Abschn. II. Anmerk. 1. Rescr. v. 4. März 1844, betr. die Auslegung dieser Anmerkung. Min. Bl. S. 63. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 253.

Abschn. III. a) Rescr. v. 6. April 1843, betr. den Kostenansatz in Bagatell- und Mandatsprozessen. Min. Bl. S. 97. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 497.

b) Rescr. v. 30. Septbr. 1838 und 15. Mai 1840, betr. den Kostenansatz in sogenannten cumulirten Bagatellsachen. Min. Bl. S. 174. v. K. Jhrb. Bd. 52. S. 484., Bd. 55. S. 626.

c) Rescr. v. 6. Juli 1839, 17. März und 23. Septbr. 1843, betr. den Gebührenansatz in Recurssachen. Min. Bl. 1839, S. 251., 1843, S. 90. u. 234. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 157., Bd. 61. S. 116. und Bd. 62. S. 217.

d) Rescr. v. 20. Juni 1840, betr. den Antheil der auf Copialien angewiesenen Beamten an dem Pauschquantum in Recurssachen. Min. Bl. S. 232.

e) Rescr. v. 27. Octbr. 1843, betr. den Ansatz von Schreibgebühren für Kostenzahlungsmandate in Sachen, wo nur ein Pauschquantum angesetzt wird. Min. Bl. S. 271.

f) Rescr. v. 5. Juni 1841, betr. den Ansatz des Pauschquantums in Bagatellsachen bei Reassumption des Prozesses. Min. Bl. S. 200. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 655.

Abschn. III. No. 3. a) Rescr. v. 16. April 1839, betr. den Gebührenansatz für die Immission eines Gläubigers in Gehaltsabzüge seines Schuldners bei Bagatellobjecten. Min. Bl. S. 144. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 405.

b) Rescr. v. 25. Jan. und 14. Febr. 1841, betr. die Executionsgebühren in Bagatellsachen. Min. Bl. S. 55. u. 91. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 239. u. 242.

c) C. O. v. 16. Mai 1845, betr. die Verrechnung der Gebühren - Pauschquantum in den Fällen, in welchen die Vollstreckung einer Execution wegen eines Bagatellobjects einem Kreis-Justizrath übertragen worden ist. Min. Bl. S. 106.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 28. v. M. will Ich für die Fälle, in welchen die Vollstreckung einer Execution wegen eines Bagatellobjects von einem Obergericht einem Kreisjustizrath übertragen worden ist, hiedurch genehmigen, dass die dabei nach No. 3. a. und b. des III. Abschn. der Geb. Taxe vom 9. Octbr. 1833 zu liquirirenden Pauschquantum in Zukunft dem Kreis-Justizrath allein überlassen werden, wogegen die von demselben nach dem letzten Absatze unter No. 4. des bezeichneten Abschnitts jener Geb. Taxe bisher als baare Auslagen bezogenen Meilengelder, Schreib- und Executions-Gebühren in Wegfall kommen und die von dem Kreis-Justizrath zuzuziehenden, bisher aus diesen Gebühren remunerirten, Subaltern-Beamten nunmehr von ihm aus jenen Pauschquantis zu entschädigen sind. — Demgemäss haben die Obergerichte in Zukunft bei den Executions-Aufträgen wegen Bagatellobjecte dem betreffenden Kreis-Justizrath auch die, die Vollstreckung der Execution vorbereitenden, Verfügungen, soweit dies nach Lage der Sache zulässig ist, und nicht besondere Umstände eine unmittelbare Verfügung des Obergerichts erheischen, zu übertragen.

d) Rescr. v. 3. Juni 1845 zur Ausführung vorstehender C. O. Min. Bl. S. 206.

e) Rescr. v. 25. Juni 1842, betr. das Verfahren in Betreff der Kosten in Requisitionssachen wegen Executionsvollstreckung. Min. Bl. S. 251. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 586.

C. Gebührentaxe für die Justiz-Commissarien, vom 23. August 1815 und 9. October 1833.

Einleitung S. 1. Rescr. v. 15. Jan. 1840, betr. die Gebühren der Justizcommissarien in den wegen Injurien eingeleiteten fiscalischen Untersuchungen. Min. Bl. S. 31. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 320.

Einleitung §. 2—5. a) C. O. v. 7. Juli 1839, betr. die Gebühren der Justiz-Commissarien in Gemeintheilungen, Ablösungen und andern Auseinandersetzungen. Min. Bl. S. 283.

Ich erkläre Mich mit der nach Ihrem Bericht vom 8. v. M. bisher befolgten Ansicht einverstanden, dass die Gebühren der Justiz-Commissarien, welche bei Gemeintheilungen, Ablösungen und andern Auseinandersetzungen als Bevollmächtigte oder Beistände der Interessenten zugezogen werden, nur dann, wenn die Verhandlungen und Geschäfte sich auf im prozessualischen Verfahren zu erörternde Streitpunkte beziehen, nach dem ersten, die Gebühren in Civilprozessen betreffenden, in allen übrigen aber nach dem dritten Abschnitte der Geb. Taxe vom 23. Aug. 1815 festzusetzen sind. Hienach erledigt sich auch die Beschwerde des Justiz-Commissarius G. zu N., da sub No. 36. des dritten Abschnitts ausdrücklich bestimmt ist, dass Justiz-Commissarien bei den ausserhalb ihres Wohnorts vorzunehmenden Geschäften nur die Wahl haben, ob sie die dafür bestimmten Gebühren, oder statt derselben Diäten und zwar nach No. 37. ausschliesslich des Fuhrlohns, Postgelds und anderer baaren Auslagen, in Ansatz bringen wollen, und die Festsetzung des ersten Abschnitts der Geb. Taxe bei dieser ausdrücklichen Bestimmung nicht analogisch angewendet werden könne.

b) Rescr. v. 30. Juli 1839, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 282. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 167.

c) Rescr. v. 1. Aug. 1843, über verschiedene Gebührensätze und Geschäfte der Justiz-Commissarien und Notarien. Min. Bl. S. 206 — 208. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 222.

d) Rescr. v. 19. Octbr. 1843, betr. die Copialien von Festungsdecreten. Min. Bl. S. 262. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 491.

e) Rescr. v. 9. Juni 1843, wegen Berechnung der Copialien für stossweise zu schreibende Abschriften. Min. Bl. S. 155. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 504.

f) Rescr. v. 7. Septbr. 1843, wonach das vorgedachte Rescript bei Liquidationen nach der Geb. Taxe v. 9. Octbr. 1833 nicht Anwendung findet, sondern für jeden Bogen $2\frac{1}{2}$ Sgr. Copialien passiren. Min. Bl. S. 230. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 229.

g) Rescr. v. 7. Febr. 1840, betr. die Frage, bei welchem Gerichte die Gebühren und Auslagen der Justiz-Commissarien festzusetzen sind. Min. Bl. S. 70. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 255.

h) Rescr. v. 8. Mai 1840, denselben Gegenstand in summarischen Prozessen zweiter Instanz betr. Min. Bl. S. 164. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 569.

i) Rescr. v. 9. Febr. 1843, betr. die Frage, bei welchem Gericht die Mandatsklage wegen der Gebühren etc. anzustellen. Min. Bl. S. 52. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 113.

k) Rescr. v. 22. Febr. 1844, dass die Gebühren der Justiz-Commissarien sich nach dem Gerichte richten, bei welchem der Prozess schwebt. Min. Bl. S. 58. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 258.

Einleitung §. 6. Rescr. v. 14. Juni 1839, betr. die Buchführung der Justiz-Commissarien über die ihnen gezahlten Vorschüsse. Min. Bl. S. 210. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 414.

Einleitung §. 7. Rescr. v. 28. Mai 1843, betr. das Verfahren bei Einklagung von Notariats-Gebühren, wonach es deren Festsetzung auch nach Publication der Verordn. v. 1. Juni 1833 nur dann bedarf, wenn es die Parteien verlangen. Min. Bl. S. 143. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 451.

Einleitung §. 8. Rescr. v. 4. Aug. 1845 nebst Entsch. des Geh. Ob. Trib. v. 20. Juni 1845, über den Begriff des strafbaren Abforderns ungerechtfertigter Gebührensätze, namentlich für Immediatgesuche. Min. Bl. S. 141. bis 145.

Abschn. I. No. 4. a) Rescr. v. 10. Juni 1840, betr. die Gebühren der Justiz-Commissarien und der Gerichte für den Klagebeantwortungstermin im summarischen Prozess. Min. Bl. S. 197. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 630.

b) Rescr. v. 18. Febr. 1843, betr. die Procura-Gebühren der Justiz-Commissarien in summarischen Prozessen zweiter Instanz. Min. Bl. S. 61. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 157.

c) (Abschn. IV. No. 3. der Geb. Taxe von 1833.) Rescr. v. 11. April 1843, betr. die Mandatariengebühren für den Termin zur mündlichen Verhandlung. Min. Bl. S. 108. v. K. Jhrb. Bd. 61. S. 503.

Abschn. I. No. 5. Rescr. v. 1. Mai 1839 und 2. Jan. 1841, betr. die Zulässigkeit von Schwurzeugen-Gebühren in Injurien- resp. in Bagatellsachen. Min. Bl. 1839, S. 179., 1841, S. 16. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 496., Bd. 57., S. 244.

Abschn. I. No. 10. Rescr. v. 11. Mai 1839, betr. die Zulässigkeit der Gebühren für Mittheilung des Erkenntnisses. Min. Bl. S. 188. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 412.

Abschn. I. No. 14. a) Rescr. v. 3. Jan. 1839, betr. die Gebühren für Appellationsberichte, welche keine Nova enthalten. Min. Bl. S. 31. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 173.

b) Rescr. v. 4. Febr. 1841, betr. die Mandatariengebühren für Appellationsrechtfertigungstermine. Min. Bl. S. 89. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 247.

c) Rescr. v. 12. Decbr. 1840, betr. die Mandatariengebühren in summarischen Processen II. Instanz, wenn auf mündliche Verhandlung verzichtet ist. Min. Bl. S. 401. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 546.

Abschn. I. No. 17. u. 22. a) Rescr. v. 7. Juli 1840, betr. die Gebühren der Justiz-Commissarien in der Executionsinstanz in Bagatellsachen. Min. Bl. S. 240. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 212.

b) Rescr. v. 4. Septbr. 1843, betr. die Gebühren in Bagatellsachen für Justiz-Commissarien, welche den Prozess nur theilweise geführt haben. Min. Bl. S. 227. v. K. Jhrb. Bd. 62. S. 228.

Abschn. I. Allg. Anmerk. 1. a) Rescr. v. 27. April 1840, betr. die Zulässigkeit von Gebühren der Justiz-Commissarien für Einklagung ihrer Gebühren und Auslagen. Min. Bl. S. 144. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 635.

b) Rescr. v. 3. Febr. 1841, denselben Gegenstand betr. Min. Bl. S. 88. v. K. Jhrb. Bd. 57. S. 246.

Abschn. I. Allg. Anmerk. 2. Rescr. v. 15. April 1839, betr. die Erstattungs-Verbindlichkeit für Mandatariengebühren. Min. Bl. S. 136. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 407.

Abschn. II. No. 21. Rescr. v. 4. Jan. 1844, betr. die Gebühren der Justiz - Commissarien in Concursprocessen. Min. Bl. S. 12. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 260.

Abschn. III. No. 13. u. 15. a) Rescr. v. 1. November 1840 No. 8., dass der Satz bei Vollziehung des Contracts auch bei mehreren Exemplaren nur einfach genommen werden darf. Min. Bl. S. 355. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 542.

b) Rescr. v. 1. Novbr. 1840, betr. die Notariatsgebühren für Aufnahme einseitiger Erklärungen, und die Höhe der Gebühren der Instrumentszeugen. Min. Bl. S. 346. v. K. Jhrb. Bd. 56. S. 545.

Abschn. III. No. 30. Rescr. v. 14. April 1840, betr. die von den Justiz - Commissarien und den Notarien für die Ausarbeitung eines Inventarii zuliquidirenden Gebührensätze. Min. Bl. S. 140. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 636.

D. Gebührentaxe für die zum Ressort der General - Commissionen gehörigen Angelegenheiten.

(s. Bd. VI. S. 214. seqq.)

1. a) Regulativ v. 25. April 1836, betr. die Kosten der Geschäfte, die zum Ressort der General-Commissionen, ingleichen der zweiten Abtheilung des Innern bei den Regierungen der Provinz Preussen gehören. G. S. S. 181. (s. Bd. VII. S. 829.)

b) Instruction der General-Commissionen in Beziehung auf das vorgedachte Kostenregulativ, v. 16. Juni 1836. G. S. S. 187. (s. Bd. VII. S. 835.)

c) (zu §. 9. No. 5. des Regulativs.) Rescr. v. 28. Febr. 1844 nebst Beilage, wonach allen gerichtlichen Verhandlungen und Verfügungen über die in Auseinandersetzungssachen zum gerichtlichen Depositum eingezahlten Gelder etc. die Gebühren - und Stempelfreiheit zusteht, und dabei nur baare Auslagen incl. Copialien einzuziehen sind. Min. Bl. S. 62. v. K. Jhrb. Bd. 63. S. 261.

d) Rescr. v. 2. Febr. 1839, betr. die Beitragspflicht zur Zahlung der Ablösungs-Recesse in das Hypothekenbuch. Min. Bl. S. 73. v. K. Jhrb. Bd. 53. S. 188.

e) Rescr. v. 9. Mai 1840., betr. die Kosten für gerichtliche Vollziehung der Ablösungs-Recesse bei den von den Regierungen geleiteten Auseinandersetzungen. Min. Bl. S. 171. v. K. Jhrb. Bd. 55. S. 623.

f) Rescr. v. 3. Juni 1842, betr. die Gebühren - und Stempelfreiheit hypothekarischer Eintragungen von Regulirungskosten auf Antrag der Auseinandersetzungsbehörden. Min. Bl. S. 217. v. K. Jhrb. Bd. 59. S. 595.

2. C. O. v. 7. Juli 1839 u. Rescr. v. 30. ej. betr. die Gebühren der Justiz-Commissarien in Gemeintheilungen, Ablösungen und andern Auseinandersetzungen. Min. Bl. S. 282. u. 283. v. K. Jhrb. Bd. 54. S. 163., 167. (s. o. zur Geb. Taxe C. Einl. §. 2. seqq.)

E.

C. O. v. 26. Juli 1847, über die Anwendung der bestehenden Sporteltaxen auf die neueren Prozessverordnungen. G. S. S. 321.

Auf Ihren gemeinschaftlichen Bericht vom 22. Juni d. J. bestimme Ich über die Anwendung der bestehenden Sporteltaxen auf die neuern Prozessverordnungen, was folgt:

1) Die Sporteltaxe vom 9. October 1833. mit ihren Ergänzungen und Erläuterungen findet sowohl für Gerichte als Justizcommissarien überall Anwendung, wo der Verordnung vom 21. Juli 1846. zufolge, das im Titel II. der Verordnung vom 1. Juni 1833. und in den diesen Titel ergänzenden späteren Bestimmungen vorgeschriebene Verfahren eintritt. Dasselbe gilt von dem in der Verordnung vom 28. Juni 1844. für Ehesachen bestimmten Verfahren.

Dagegen bleiben in den übrigen im §. 29. der Verordnung vom 21. Juli 1846. bezeichneten besonderen Prozessarten, insoweit für dieselben die früheren Prozessvorschriften beibehalten sind, die Bestimmungen der Gebührentaxen vom 23. August 1815. auch ferner in Kraft.

2) Für Repliken und Dupliken, welche nicht sofort im Klagebeantwortungs-Termine von den Parteien aufgenommen werden — §. 7. der Verordnung vom 21. Juli 1846. — haben die Gerichte und Justizcommissarien dieselben Gebühren zu fordern, wie für Klagen und Klagebeantwortungen.

Wenn Klagebeantwortungen, Repliken oder Dupliken von Justizcommissarien erst in den dazu anberaumten Terminen überreicht werden, und in diesen Terminen sonst nichts zur Sache verhandelt wird, so können die Justizcommissarien nur für die gedachten Prozessschriften und nicht daneben auch für die Termine Gebühren fordern.

3) Der Gebührensatz Nr. 4. Abschnitt 2. der Gebührentaxe vom 9. October 1833. kann zwar auch dann liquidirt werden, wenn in dem Termine ein Contumacialprotocoll aufgenommen wird, fällt aber weg, wenn darin eine schriftliche Klagebeantwortung (§. 3. der Verordnung vom 21. Juli 1846.) überreicht und mit keiner Partei weiter verhandelt ist.

4) Bei Rechtsstreitigkeiten im abgekürzten Verfahren — §. 13. a. a. O. — sind für den zur mündlichen Beantwortung und zugleich zur weiteren Verhandlung bestimmten Termin die Kosten Nr. 6. Abschnitt 2. der Gebührentaxe vom 9. October 1833. zu entrichten.

Justizcommissarien erhalten für eine schriftliche Beantwortung auch in diesen Sachen die Gebührensätze wie im gewöhnlichen Verfahren.

5) Bei commissarischen Erörterungen — §. 14. der Verordnung vom 21. Juli 1846. — kommen sowohl für Gerichte, als für Justizcommissarien, die Kosten nach den Gebühren-

taxen vom 23. August 1815. Nr. 42. (40.) Abschnitt 4. und beziehungsweise Nr. 19. Abschnitt 1. für jeden Termin zum Ansatz.

- 6) In Bagatellsachen, welche nach §. 28. der Verordnung vom 21. Juli 1846. durch ein Mandat ohne Widerspruch erledigt werden, sind die Kosten nach Abschnitt 1. der Gebührentaxe vom 9. October 1833. zu entrichten.
- 7) Für eine fortgesetzte mündliche Verhandlung, die wegen Weitläufigkeit der Sache oder zum Zweck von Beweisaufnahmen vor dem erkennenden Richter hat erfolgen müssen, sind die Justizcommissarien dieselben Gebühren, wie die Gerichte Nr. 11. Abschnitt 2. der Gebührentaxe vom 9. October 1833. zu liquidiren befugt.
- 8) In Beschwerdesachen kommen bei den Gerichten für Aufnahme von Beschwerden die Sätze Nr. 2. Abschnitt 5. der Gebührentaxe vom 23. August 1815. und für die Bescheide die Sätze Nr. 2. Abschnitt 2. der Gebührentaxe vom 9. October 1833. dagegen bei den Justizcommissarien für Anfertigung der Beschwerden die Sätze Nr. 8. Abschnitt 1. der Gebührentaxe vom 23. August 1815. zur Anwendung.
- 9) Justizcommissarien erhalten für die Unterzeichnung von Schriftsätzen in der Regel die Hälfte der für Anfertigung derselben bestimmten Gebühren, jedoch kann der Betrag nach dem Maasse der Mühwaltung bis zu den vollen Sätzen erhöht werden.

Chronologisches Repertorium

der

Gesetze, Staatsverträge und Rescripte.

(Die am Schlusse der Inhaltsangabe bemerkten Zahlen geben den Band und die Seitenzahl des Werkes an.)

Vor 1839.

24. Decbr. 1816. *Verordn.* Verwaltung der Gemeindeforsten in Westphalen, Sachsen und der Rheinprovinz. IX. 208.
8. August 1818. *C. O.* Ablösung des Obereigenthums bei fiscalischen Erbzins- und Erbpachtsgrundstücken. IX. 599.
7. August 1821. *C. O.* Niessbrauch an Königl. Pathengeschenken. IX. 187.
19. Octbr. 1822. *R.* wie die Gutachten der Medicinalpersonen von Gerichten geprüft werden sollen. X. 271.
25. Februar 1824. *C. O.* Grundeigenthum der Mennoniten. IX. 30.
4. August 1832. *C. O.* Zahlungen in fremden Münzsorten. IX. 137.
23. Januar 1833. *Statuten* der ritterschaftlichen Privatbank in Pommern. IX. 162.
2. August 1834. *C. O.* Strafgesetze und Verfahren in der Rheinprovinz bei Staatsverbrechen und Dienstvergehen. IX. 676.
11. Octbr. 1834. *R.* Eintragungsfähigkeit im Auslande errichteter Verträge. X. 310.
28. Februar 1837. *Statut* für die rheinische ritterbürtige Ritterschaft. IX. 414.
1. Mai 1837. *Plen. Beschl.* Haftung der Miterben vor der Theilung. IX. 98.
8. August 1837. *C. O.* Nichtanwendung der Gesindeordnung auf die Verhältnisse der Instleute in Preussen. IX. 200.

9. Octbr. 1837. *Plen. Beschl.* Austreiben des Viehes in Posen. IX. 12.
24. Octbr. 1837. *Instr.* für die Gefängnissaufseher. X. 266.
18. Decbr. 1837. *Plen. Beschl.* Hypothekenbestellung des eingetragenen Besitzers. IX. 108.
24. Decbr. 1837. *C. O.* Strafgesetze für mittelbare Staatsbeamte. IX. 678.
8. Januar. 1838. *Plen. Beschl.* Verjährung bei Schuldforderungen. IX. 100.
7. Februar 1838. *Matrikel* des rheinischen ritterbürtigen Adels. IX. 414.
5. März 1838. *R.* Verkauf baufälliger Häuser. IX. 31.
12. März 1838. *Plen. Beschl.* Pfandrecht des Vermiethers. IX. 170.
5. Juni 1838. *Plen. Beschl.* Nichtigkeitsbeschwerde. X. 63.
27. August 1838. *Plen. Beschl.* Verjährung bei Grundgerechtigkeiten. IX. 172.
8. Septbr. 1838. *R.* Umwandlung der Geldstrafen bei Zoll- und Steuervergehen. X. 125.
12. Novbr. 1838. *Plen. Beschl.* Rechtsverhältnisse der Hausofficianten. IX. 200.
12. Novbr. 1838. *Plen. Beschl.* Rechte der Mahlzähler in Münster. IX. 254.
12. Novbr. 1838. *Plen. Beschl.* Berichtigung von Mängeln in Prozessvollmachten. X. 36.
18. Novbr. 1838. *R.* Abschreibungen von Rittergütern. X. 310.
20. Novbr. 1838. *C. O.* Kosten in Steuer-Untersuchungen. X. 125.
22. Novbr. 1838. *R.* Abschreibung von Ritterguts-Parcellen. X. 310.
7. Decbr. 1838. *R.* Acceptation einer Prioritäts-Bewilligung. IX. 168.
8. Decbr. 1838. *R.* Kostenansatz in Sachen, welche durch Verfügung beendet werden. X. 348.
11. Decbr. 1838. *R.* Abkommen mit Würtemberg wegen Einziehung der Kosten. X. 73.
16. Decbr. 1838. *R.* Legitimation und Substitutions-Befugniss der Mandatare. X. 92.
17. Decbr. 1838. *Plen. Beschl.* Heimfallsrecht im Bergischen. IX. 251.
22. Decbr. 1838. *R.* Zueignung verschossener Eisenmunition. IX. 45.
28. Decbr. 1838. *R.* Herausgabe des Justiz-Ministerial-Blattes. IX. 17.
29. Decbr. 1838. *C. O.* Remuneration der Calculatoren bei der Depositalverwaltung. X. 334.

1839.

(Die in der Gesetzsammlung enthaltenen Verordnungen aus dem Jahre 1839 sind bereits im Register zum VIII. Bande nachgewiesen.)

3. Jan. *R.* Mandatariengebühren für Appellationsberichte. X. 361.
3. — — Löschung ausgefallener Hypotheken bei der Subhastation. X. 203.
3. — *C. O.* Domainenverkauf durch die Regierungen. IX. 599.
7. — *R.* Abkommen mit Würtemberg wegen der Kosten. X. 73.
7. — — Behandlung der Hypotheken bei Subhastationen. X. 203.
8. — — Zulässigkeit des *beneficium competentiae*. X. 171.
9. — — Beglaubigung der in Russland ausgestellten Urkunden. X. 44.
11. — — Pflichttheil der Kinder aus geschiedenen Ehen. IX. 179.
11. — — Diligenzeit beim Aufgebot unbekannter Erben. X. 197.
12. — — Ueberhebung von Militair-Gnadengehalten. IX. 417.
13. — — Abschreibung von Rittergütern. X. 310.
14. — — Aufbewahrung der Notariatsacten und Kirchenbücher. X. 232.
14. — — Stempelpflichtigkeit bei Nachlassregulirungen. X. 336.
15. — — Berechnung der Criminal-Urtelsgebühren. X. 284.
19. — — Aufnahme von Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei Inquisitoriaten. X. 209.
21. — *Handelsvertrag* mit den Niederlanden. IX. 581.
21. — *R.* Verfahren über den Zuschlag gefundener Sachen. IX. 45.
23. — — Sicherstellung des Vermögens der Kinder bei Auswanderungen. IX. 630.
24. — — Erbschaftsstempel bei Münsterscher Gütergemeinschaft. X. 340.
25. — — Verwendung und Verrechnung der Baugelder. X. 234.
28. — — Bäuerliche Erbfolge in Westphalen. IX. 251.
29. — — Rückzahlung der Amtscautionen. IX. 433.
31. — — Subhastationen zur Auseinandersetzung. X. 202.
2. Febr. — Kosten der Ablösungs-Recesse. X. 362.
3. — *C. O.* Auswärtige Lotterien. IX. 671.

1839.

4. Febr. **R.** Eintragungsfähigkeit ausländischer Urkunden. IX. 109., X. 310.
4. — — Vollstreckung der Todesurtheile und Begleitung zum Richtplatze durch Seelsorger. X. 277.
6. — — Gebühren der Kreisjustizräthe. X. 354.
8. — — Competenz der Polizei bei Retentionen des Vermiethers. X. 170.
8. — — Stempelpflichtigkeit in Todesermittelungssachen. X. 343.
9. — — Execution in das Gnadengehalt. X. 77.
9. — — Form der Actenauszüge. X. 276.
12. — — Sachsen-Weimarsche Verordnung gegen den Nachdruck. IX. 124.
14. — — Verrechnung der Urteilsgebühren. X. 236.
15. — — Recurs gegen zurückweisende Verfügungen in Bagatellsachen. X. 95.
18. — — Aushang der Subhastationspatente. X. 203.
18. — — Kosten der Stellvertretung eines Beamten. X. 272.
18. — **Plen. Beschl.** Gewerbebetrieb im Umherziehen. IX. 597.
18. — **Plen. Beschl.** Entstehung der ehelichen Gütergemeinschaft nach lübischem Recht. IX. 182.
20. — **R.** Prozesspraxis der Justizcommissarien. X. 222.
20. — — Insinuation an mehrere Verklagte. X. 82.
23. — — Niederschlagung und Erstattung gerichtlicher Kosten; Kaufgelderbelegungsverfahren. X. 206.
23. — **C. O.** Stempelfreiheit der Auszüge aus Grundsteuerkatastern. X. 337.
25. — **R.** Recursinstanz im Mandatsprozess. X. 82.
28. — — Umwandlung der Geld- in Freiheitsstrafen. X. 125.
1. März — Insinuation in fiscalischen Civilprozessen. X. 40.
3. — — Degradation mittelbarer Staatsbeamten. IX. 677.
4. — — Aufnahme in Irrenanstalten. X. 129.
4. — — Forstarbeiten in Holzdiebstahlssachen. IX. 689.
4. — — Feststellung der Vaterschaft unehelicher Kinder. IX. 189.
5. — — Tragung uneinziehbarer Kosten in Steueruntersuchungen. X. 126.
7. — — Kündigungsklagen bei Schuldforderungen. X. 95.
7. — — Diäten- und Fuhrkosten-Liquidationen. X. 354.

1839.

9. März. *R.* Summarischer Prozess in einfachen Pachtsachen. X. 92.
10. — — — — — Verpflegung unehelicher Kinder. IX. 189.
11. — — — — — *Instr.* Waffengebrauch der Gefängnisbeamten. X. 266.
11. — — — — — *Plen. Beschl.* Verjährung der Verzugszinsen. IX. 134.
12. — — — — — *R.* Insinuation gerichtlicher Verfügungen durch die Post. X. 40.
12. — — — — — Publication und Ausfertigung von Erkenntnissen X. 51.
15. — — — — — Aufnahme von Erbzinsverträgen. IX. 159.
17. — — — — — *C. O.* Wiederverleihung der Nationalcocarde bei Zurückversetzung in die erste Soldatenklasse. IX. 648.
18. — — — — — *R.* Feststellung der Vaterschaft unehelicher Kinder. IX. 189.
20. — — — — — Bestrafung von Verläumdungen in Begnadigungsgesuchen. IX. 671.
22. — — — — — Aufnahme von Altentheils-Verträgen. IX. 115.
23. — — — — — Verfahren bei Prozessen katholischer Institute. X. 37.
27. — — — — — *C. O.* Verpflichtungen der Feuerversicherungs-Societäten. IX. 411.
31. — — — — — Verlust der Officier-Charge. IX. 649.
2. April. *R.* Ankauf von Pfandbriefen für die General-Depositorien. X. 327.
5. — — — — — Fortsetzung eines Subhastationsverfahrens. X. 205.
5. — — — — — Löschung amortisirter Pfandbriefe. X. 321.
6. — — — — — *C. O.* Protocolle über die Spruchsitzungen. X. 66.
8. — — — — — *R.* Strafe des dritten Diebstahls von Militairpersonen. IX. 679.
8. — — — — — Eidesleistungen der Vormünder. X. 48.
8. — — — — — *Plen. Beschl.* Einwand der Compensation in zweiter Instanz. X. 58.
8. — — — — — Geltung des preuss. Landrechts von 1721. IX. 1.
9. — — — — — *R.* Porto für unfrankirte Eingaben. IX. 618.
10. — — — — — Verification von Stempel-Restitutions-Liquidationen. X. 340.
11. — — — — — Angabe des Fundaments bei Klagen aus schiedsmännischen Vergleichen. X. 35.
14. — — — — — Verfolgung der Depositaleschädigungen. X. 330.
15. — — — — — Erstattung der Mandatariengebühren. X. 231.
15. — — — — — Werthstempel in Untersuchungssachen, Tantième. X. 285.

1839.

16. April. *R.* Rechtskraft von Urtheilen wegen Todeserklärung. X. 129.
16. — *—* — Gebühren für Immission in Gehaltsabzüge. X. 359.
16. — *C. O.* Prozesse der Berliner Lebensversicherungsgesellschaft. X. 27.
17. — *R.* Kostenansatz bei verändertem Klageobject. X. 347.
19. — — Kostenansatz bei Sequestrationen. X. 348.
20. — — Reposition der Acten in Steueruntersuchungen. X. 128.
20. — — Verbot des Verkaufs sogenannter Hasenschleifen. X. 284.
20. — *C. O.* Vollstreckung von Zuchthausstrafen in Gefängnissen. IX. 647.
20. — *R.* Insinuation der Urtheile an Streitgenossen. X. 51.
20. — — Kostenansatz in Injurien-Untersuchungen. X. 126.
21. — — Execution wegen rückständiger Kaufgelder. X. 206.
21. — — Stempel- und Sportelfreiheit der Eisenbahnen. X. 337.
24. — — Heimfallsrecht bei paderborner Meiergütern. IX. 250.
24. — — Lasten und Abgaben bei nothwendigen Subhastationen. IX. 109.
27. — — Amtssiegel bei Königl. Gerichten. IX. 493.
29. — — Salarienkassen-Bestände der Untergerichte. X. 238.
29. — *Plen. Beschl.* Eigenschaft der Prästanda eines Bauer-guts. IX. 20.
29. — — Osnabrücksche Eigenthumsordnung. IX. 254.
1. Mai. — Vernehmung von Defensionalzeugen in Zoll- und Steuer-Defraudationssachen. X. 99.
1. — — Vorladung bekannter Concursgläubiger. X. 173.
1. — — Gebühren der Schwurzeugen in Injuriensachen. X. 361.
2. — — Stempel- und Sportelfreiheit der Eisenbahnen. X. 337.
4. — — Vollmachten der Notarien in der Rheinprovinz. IX. 129.
4. — *C. O.* Belegung kleiner Depositalmassen bei Sparkassen. X. 327.
5. — — Geschäftssprache im Grossherzogthum Posen. X. 22.
7. — *R.* Kostenpunkt in Untersuchungssachen bei eingelegter Aggravation. X. 283.
8. — — Vertretung Minderjähriger bei Fideicommisscuratorien. IX. 198.

1839.

11. Mai. *R.* Gebühren der Justizcommissarien. X. 361.
11. — *Plen. Beschl.* Verjährung von Verzugszinsen. IX. 118.
15. — *C. O.* Bestätigung der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn. IX. 610.
16. — *R.* Erwerbung von Domainengrundstücken durch Erbpächter derselben. IX. 160.
16. — — Anberaumung der Subhastationstermine. X. 204.
16. — *C. O.* Gerichtsstand der sogenannten Mediatstädte. X. 26.
20. — *Instr.* bei freiwilligen Subhastationen. X. 206.
22. — *R.* Entwendung von Waldproducten. IX. 690.
23. — — Verbrauch der Schreibmaterialien. X. 235.
25. — — Controlirung ausser Ansatz gebliebener Kosten. X. 238.
25. — — Aufbewahrung der Criminal-Repertorien. X. 271.
25. — — Depositat-Verwaltung. X. 331.
25. — — Ankauf von Pfandbriefen für die Generaldepositorien. X. 327.
26. — *C. O.* Zahlungen aus gerichtlichen Depositorien. X. 332.
27. — *Plen. Beschl.* Schäden an einer in Erbpacht verliehenen Sache. IX. 28.
27. — — Hypothek des Eigenthümers. IX. 140.
27. — — Nichtigkeitsbeschwerden städtischer Deputationen. X. 64.
28. — *R.* Wiederverleihung der Nationalcocarde. X. 282.
31. — — Einleitung von gerichtlichen Nachlassregulirungen. IX. 99.
2. Juni. — — Erkenntnisse wegen Durchhelfung der Deserteure. IX. 653.
3. — — Rechtsmittel in fiscalischen Steuer-Untersuchungen. X. 126.
5. — — Quittungen an die Postämter. X. 239.
5. — — Bewilligung von Stationsgeldern. X. 355.
5. — — Prorogationsgesuche in summarischen Prozessen. X. 93.
5. — — Gnadengehalt der Invaliden. IX. 417.
5. — — Collectivschreiben der Generalcommissionen in Hypothekensachen. X. 144.
7. — — Ressortverhältniss bei Anträgen auf Wiederverleihung der Nationalcocarde. X. 282.
8. — — Anzeigen von Todesfällen an die Gerichte. X. 211.

1839.

10. Juni. *R.* Subsidiarische Tragung der Untersuchungskosten. X. 283.
10. — — Ablieferung von Gefangenen in die Strafanstalten. X. 279.
11. — — Remuneration der Forstrichter. X. 285.
11. — — Recurs in Bagatellsachen. X. 80.
13. — — Execution aus Auseinandersetzungs-Recessen. X. 142.
14. — — Buchführung der Justizcommissarien über erhaltene Vorschüsse. X. 360.
15. — — Anfechtung vorstehender hypothekarischer Forderungen bei Kaufgelderbelegungen. X. 206.
16. — — Verfahren in Injuriensachen. X. 97.
17. — — Detention der wegen Veruntreuung verurtheilten Beamten. IX. 679.
20. — — Cassation von Acten, Stempelinteresse. X. 232.
20. — — Geschäftsgang in berggerichtlichen Angelegenheiten. X. 27.
22. — — Liquidationsberichte im Kaufgelderbelegungstermin. X. 206.
22. — — Requisitionen nach der Rheinprovinz. X. 38.
22. — *C. O.* Prozesse der Stadtverordneten. IX. 338.
24. — *R.* Regulirung des Hypothekenwesens. X. 325.
24. — — Revision und Nichtigkeitsbeschwerde. X. 60.
28. — — Eintragungsfähigkeit ausländischer Urkunden. IX. 109., X. 310.
28. — *Instr.* Verfahren gegen verhaftete Steuer-Contravenienten. X. 99.
2. Juli. *R.* Titulatur des Grafen v. Schönburg-Glauchau. X. 38.
3. — — Execution gegen dritte Besitzer von Grundstücken. X. 72.
6. — — Erledigung von Zweifeln über Stempelpflichtigkeit. X. 336.
6. — — Gebührenansatz in Recurssachen. X. 80.
6. — — Execution in Activforderungen. X. 76.
6. — — Mindensches Anerbenrecht. IX. 250.
7. — — Diäten und Reisekosten der Steueruntersuchungsrichter. X. 285.
7. — *C. O.* Gebühren der Justizcommissarien bei Ablösungen. X. 360.
14. — — Verwendung des Ertrags der Arbeiten Gefangener. X. 266.

1839.

15. Juli. *C. O.* Remuneration für interimistische Verwaltung von Patrimonialgerichten durch Königl. Gerichte. IX. 625.
16. — *R.* Fiscalische Untersuchungen gegen Beamte. X. 127.
17. — — Detention bis zum Nachweis ehrlichen Erwerbs. X. 280.
18. — — Execution gegen Beneficialerben. X. 72.
19. — — zur *C. O.* v. 15. ej. (s. d.) IX. 625.
19. — — Prioritätsverfahren, Rechte des Vermiethers. IX. 170., X. 180.
23. — — Gebührenfreie Bestätigung der Justitiariatscontracte. X. 68.
23. — — Gutachten der wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen. X. 272.
24. — — Altentheil, Leibzucht, sogenanntes Ein- und Ausgangsrecht. X. 210.
26. — — Rechte der Grundeigenthümer auf den Bürgersteig. IX. 32.
27. — — Freiheitsstrafen gegen beurlaubte Landwehrmänner. X. 267.
27. — *Instr.* Zeitpunkt des Erlöschens der Reichsgerichte. IX. 13.
29. — *R.* Sterbekassenverein der Justizbeamten in Posen. IX. 207.
30. — — Gebühren der Justizcommissarien bei Ablösungen. X. 360.
31. — — Ablösung der auf Domainen haftenden Lasten. IX. 167.
31. — *Handelsvertrag* mit Griechenland. IX. 581.
1. Aug. *R.* Ausleihung von Depositalgeldern. X. 329.
2. — — Resubhastation von Grundstücken. X. 206.
3. — — Appellationsrechtfertigung im summarischen Prozess. X. 93.
3. — — Beschäftigung der Gefangenen, *Instr.* des Oberlandesgerichts zu Arnsberg. X. 266.
7. — *C. O.* Mittheilung von Nachrichten zur Fortführung der Kataster. X. 289.
9. — *R.* Anlegung eines gemeinschaftlichen Hypotheken-Foliums bei ideellen Antheilen. X. 305.
10. — — Remuneration für Calculaturarbeiten bei Depositorien. X. 335.
12. — *C. O.* Verwaltung der Stadtgemeinde-Forsten. IX. 211.

1839.

12. Aug. *R.* Ablösungsgelder minorennen Lehnghutsbesitzer. X. 332.
12. — *C. O.* Fähigkeit zur Errichtung von Familienfideicommissen. IX. 198.
17. — *Staats-Min. Beschl.* Einholung des Consenses zur Verheirathung Seitens der Beamten. IX. 180.
24. — *R.* Competenz des Oberappellationssenats des Kammergerichts. X. 127.
24. — — Umfang der Praxis der Obergerichts-Justizcommissarien. X. 79.
26. — *Plen. Beschl.* Befugnisse der Stromschiffer wegen der Fracht. IX. 409.
26. — — Aufsuchen von Waarenbestellungen im Umherreisen. IX. 597.
26. — — Nichtigkeitsbeschwerde-Verfahren. X. 65.
26. — *Plen. Beschl.* Widerspruchsrecht der Windmüller gegen die Errichtung von Gebäuden. IX. 619.
28. — *R.* Zahlungsaufforderungen bei Nachliquidationen. X. 237.
30. — — Mittheilung von Nachrichten zur Erhaltung der Kataster. X. 289.
31. — — Aufnahme letztwilliger Verfügungen. X. 210.
31. — — Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Hausofficianten. IX. 200.
2. Septbr. *Plen. Beschl.* Recht des Verleihers bei der Schankgerechtigkeit. IX. 178.
2. — — Stempelsatz der Schlussscheine über die Lieferung von Staatsschuldpapieren und Gültigkeit der Verträge. IX. 22., X. 342.
2. — — Vernichtung eines auf mehrere Gründe gestützten Erkenntnisses. (S. Min. Bl. S. 316.)
3. — *R.* Besetzung höherer Subalternstellen. IX. 416.
3. — — Provocation auf Generalmoratorium. X. 171.
5. — — Erstattung der Auslagen der Officialmandatare. X. 67.
6. — — Prüfung ausländischer Urkunden. X. 44.
9. — *Circular.* Insinuation durch vereidete Postboten. X. 40.
11. — *R.* Stempelpflichtigkeit der Verhandlungen über Ableistung des Homagialeides. X. 336.
12. — — Widersetzlichkeiten bei Forst- und Jagdverbrechen. X. 100.

1839.

17. Septbr. *R.* Kosten bei Nachlassregulirungen. X. 348.
17. — — Uebersichten wegen 3jähriger Prozesse etc. X. 234.
18. — — Uebergabe von Patrimonialgerichten. IX. 625.
20. — — nebst Beilage. Insinuation durch die Post. X. 40.
20. — *C. O.* Fiscalische Untersuchungen wegen Injurien im
ostrheinischen Theil des Regierungsbezirks Coblenz.
IX. 681.
21. — *R.* Verpfändungen für Einrichtungskosten. IX. 167.
u. 244.
21. — — Relationen bei den Revisions-Collegien. X. 143.
22. — — Spruchsitzungs-Protocolle in Criminalsachen. X.
275.
22. — — Verfahren bei Dismembrationen. X. 312.
23. — — Besitztitelberichtigung auf Grund 10jährigen Be-
sitzes. X. 325.
26. — — Erlöschen der Competenz der Reichsgerichte. IX. 13.
27. — — Ausleihung von Depositalgeldern. X. 329.
28. — — Anstellung der Mandatsklage vor der Verfallzeit.
X. 81.
30. — — Zustand der Justiz-Officianten-Wittwenkasse. IX.
456.
1. Octbr. — Aufhebung der Einstellung in die Strafsectionen.
X. 267.
4. — — Vollstreckung der Executionen. X. 74.
4. — — Entsagungen und Antretungen von Erbschaften ohne
Vorbehalt durch den Vater. IX. 98.
5. — — Collectivschreiben der Ablösungsbehörden wegen
obervormundschaftlicher Autorisation. X. 144.
9. — — Vertheilung erbschaftlicher Liquidationsmassen. X.
181.
12. — — Hypothekenrecht des Eigenthümers. IX. 139.
13. — — Veräußerung von Grundstücken Minderjähriger.
IX. 188.
14. — — Parcellirungen von Grundstücken in Berlin. X. 312.
14. — *Convention* mit Sachsen zur Beförderung der Rechts-
pflege. IX. 19.
14. — *Plen. Beschl.* Vertragsmässiger Mühlenzwang des Müh-
lenverkäufers. IX. 177.
14. — — Hypothekenzinsen bei eintretender Insufficienz. X.
179.
14. — — Alimentation unehelicher Soldatenkinder. IX. 186.

1839.

15. Octbr. *R.* Gebühren für mehrere Eintragungen aus einer Verfügung. X. 356.
16. — — Recurse in Bagatellsachen. X. 80.
16. — — Stempelpflichtigkeit von Quittungen. X. 343.
19. — — Missbrauch stempelfrei ertheilter Atteste. X. 338.
20. — *Dienst-Instr.* für das Criminalgericht zu Berlin. X. 242.
21. — *R.* Anwendung der §§. 556., 585 — 592. Tit. 18. Th. II. A. L. R. in Orten, wo lübisches Recht gilt. IX. 188.
22. — *Genehmigungsurkunde* über Zusatzartikel der Wesserschiffahrtsacte. IX. 616.
23. — *R.* Bezeichnung der Grundstücke auf dem Titelblatt. X. 305.
23. — — Ordnungsmassregeln bei Prozessen. X. 217.
26. — — Rechtsmittel gegen Contumacialentscheidungen in Bagatellsachen. X. 80.
30. — — Nichterwähnung des administrativen Interimisticums in den Erkenntnissformeln. X. 50.
1. Novbr. — Vorladung zum Appell. Termin. X. 53.
5. — *C. O.* Städteordnung an Pleschen verliehen. IX. 345.
7. — *R.* Cumulation der Strafen. (S. Min. Bl. S. 362.)
9. — — Anträge wegen gemeinschaftlichen Gerichtsstandes. X. 33.
9. — — Beaufsichtigung der Auctionscommissarien. X. 222.
9. — — Form und Gebrauch der Amtssiegel. IX. 493.
9. — — Competenz der Kreisjustizräthe. X. 216.
11. — — Dispensation vom öffentlichen Verkauf der Pupillengüter. IX. 633.
11. — — Stempel zu Quittungen über fixirte Diäten. X. 343.
11. — *C. O.* Begnadigung aus Veranlassung des Reformationsfestes. X. 282.
14. — *R.* Anstellung der Lohnschreiber. X. 233.
14. — — Competenzverhältnisse des Tribunals zu Königsberg. X. I.
14. — — Requisitionen der Gerichtsbehörden. X. 38.
16. — *Verordn.* Jagdgerechtigkeiten in vormaligen französischen Landestheilen. IX. 252.
16. — *R.* Einziehung der Defensionsgebühren. X. 231.
18. — — Anwendbarkeit der *Verordn.* vom 1. Juni 1833. bei Streitigkeiten in Erbregulirungen. X. 170.
18. — — Execution gegen einen Naturalbesitzer. X. 72

1839.

20. Novbr. *R.* Strafe wiederholter Steuervergehen. IX. 673.
21. — *C. O.* Verhältnisse der Juden im Grossherzogthum Posen. IX. 18.
23. — *R.* Correspondenz mit der preuss. Militairbehörde in Mainz. X. 38.
23. — — Subsidiäre Verpflichtung für Untersuchungskosten. X. 283.
23. — *C. O.* Berechnung der Dienstjahre bei Pensionirungen. IX. 453.
24. — — Ausleihung von Depositalgeldern. X. 329.
25. — *R.* Hypothekenregulirung der Bauergüter. X. 311.
25. — — Stimmrecht der Hülfсарbeiter bei Untergerichten. X. 218.
25. — — Erbschaftsstempel-Pflichtigkeit. X. 340.
28. — *Verordn.* Allodification von Bauerlehen in Westphalen. IX. 157.
30. — *R.* Kosten bei Provocationen auf cessio bonorum. X. 171.
30. — *Instruction* zur Ausführung des Gesetzes vom 22. Decbr. 1839 wegen Ablösung der Reallasten in den Grafschaften Wittgenstein. IX. 283.
1. Decbr. *R.* Appellable Summen. X. 53.
3. — — Insinuationen durch die Post. X. 40.
5. — — Ausleihung von Depositalgeldern. X. 329.
6. — — Sitz- und Atzungskosten im Fall völliger Freisprechung. X. 283.
9. — — Mandatsprozess, Subhastation, Holzdiebstahlssachen, Abhaltung der Sitzungen, Vertretung der Justiz-Commissarien. X. 82. u. 241.
9. — *Plen. Beschl.* Revocationsrecht pommerscher Lehnagnaten. IX. 156.
9. — — Unterbrechung der Servituten-Verjährung durch die Gemeinheitstheilungsordnung. IX. 171.
9. — — Fensterrecht. IX. 44.
9. — *R.* Denuncianten-Antheil von Erbschaftsstempelstrafe. X. 340.
10. — *C. O.* Beitragspflicht zu Kirchenbauten im Glogauer Bezirk. IX. 465.
11. — *R.* Unzulässigkeit von Mandataren vor Schiedsmännern. X. 35.
11. — — Stempelpflichtigkeit von Schenkungsverträgen. X. 337.

1839.

16. Decbr. *R.* Untersuchung gegen ausgetretene Militairpflichtige. X. 272.
16. — *Plen. Beschl.* Rechtsmittel bei Vergleichen in Cultursachen. X. 61.
16. — — Widerwille als Ehescheidungsgrund. IX. 185.
19. — *R.* Löschung hypothekarischer Forderungen. IX. 168.
22. — *Gesetz.* Rechtsverhältnisse der Grundbesitzer und dgl. in den Grafschaften Wittgenstein. IX. 274.
28. — *R.* Aufbewahrung reponirter Steueruntersuchungs-Acten. X. 128.
30. — — Remuneration der Calculatoren in Depositalsachen. X. 335.
31. — *Regulativ.* Verwaltung der Sportelcassen bei Patrimonialgerichten. X. 236.
31. — *Instr.* wegen Beaufsichtigung der Privatschulen. IX. 473.

1840.

1. Jan. *R.* Pünktliche Abhaltung der Termine. X. 218.
3. — — Untersuchungen wegen Gemüthszustandes, Abschriften. X. 129.
5. — *C. O.* Titel der Schlesischen Oberlandesgerichte. X. 215.
5. — — Ueberladung der Rheinschiffe, Strafen. IX. 615.
6. — *R.* Dispensation der Dr. juris von der Auscultatorprüfung. X. 219.
8. — — Feierliche Form bei Eidesleistungen. X. 50.
13. — — Fortschreibung der Veränderungen im Grundsteuerkataster. X. 289.
15. — — Gebühren der Justiz-Commissarien in Injurien-Untersuchungen. X. 359.
15. — — Handel mit Schiesspulver. IX. 683.
16. — —, dass zur Erhaltung der Grundgerechtigkeiten in den wiedererworbenen Provinzen deren Anmeldung beim Hypothekenrichter nicht erforderlich. IX. 173.
16. — *C. O.* Kostenansatz bei Volljährigkeitserklärungen, Entlassung aus väterlicher Gewalt und Legitimation unehelicher Kinder. X. 357.
16. — — Stempel für Vergleiche der Schiedsmänner etc. X. 343.
18. — *R.* Löschung von Altentheilen u. dgl. nach dem Tode des Berechtigten. X. 321.

1840.

19. Jan. *R.* Recommandirte Sendungen in's Ausland. X. 40.
 20. — — Abschreibung veräusserter Parcellen. X. 311.
 21. — — Bestimmungen über die äussern Rechte der Preuss. Rentenversicherungsanstalt. IX. 116.
 24. — — Anbringung neuer Beweismittel in summario. X. 94.
 25. — — Beschälen der Bäume. IX. 690.
 27. — — Verfahren bei Milderungsgesuchen in Injuriensachen. X. 98.
 31. — — Ableistung des Manifestationseides bei Executionen. X. 76.
 31. — — Exmission eines Afermiethers bei erkannter Exmission des Hauptmiethers. IX. 169.
 2. Febr. — Abschreibung von Parcellen. X. 311.
 3. — — über die Befugnisse der Gerichte bei Aufnahme gemüthskranker Personen in Irrenanstalten. X. 129.
 3. — — Ausleihung von Depositalgeldern. X. 329.
 5. — *C. O.* Beschränkung der Zahl jüdischer Stadtverordneten. IX. 345.
 6. — *R.* Reisekosten mehrerer Beamten zu demselben Geschäft. X. 354.
 7. — — Ablösung der gutsherrlichen Prästationen in den Grafschaften Wittgenstein. IX. 283.
 7. — — Festsetzung der Mandatariengebühren. X. 231.
 7. — — Disposition des Vaters über Vermögen der Kinder. IX. 187.
 8. — *C. O.* Verhältnisse der Juden in Posen. IX. 18.
 8. — — Publication kreis- und localpolizeilicher Verordnungen. IX. 16.
 8. — *R.* Eröffnung des erbschaftlichen Liquidationsprozesses auf Antrag eines Erben. X. 180.
 8. — — Verfahren bei Aufnahme gerichtlicher Taxen. X. 211.
 9. — — Rangordnung angemeldeter Hypothekenforderungen. IX. 165.
 11. — — Tragung der Kosten bei Ehescheidungen. IX. 185.
 14. — — Bescheinigung des Besitzstandes zu Besitztitelberichtigungen. X. 325.
 14. — — Publication der Präclusionsurteil in Concursen. X. 51.
 14. — — Subhastationspatente und Taxen bei Erbpachtsgerechtigkeiten. X. 203.

1840.

15. Febr. *Gesetz* über Familienschlüsse bei Familienfideicommissen, Familienstiftungen und Lehen. IX. 193.
15. — *Gesetz*, die Familienfideicommissen, fideicommissarische Substitutionen und Familienstiftungen in Schlesien und Grafschaft Glatz betr. IX. 191.
18. — *R.* Rechtsmittel gegen Erkenntnisse über Gegenstände bis zu 50 Thlr. X. 53.
18. — — Portopflichtigkeit in unvermögenden Untersuchungen. X. 286.
18. — — Controlirung der Vorschusszahlungen und Beläge. X. 237.
21. — — Verpflichtung der Patrone zur Lieferung von Materialien für Kirchen und Pfarrbauten. IX. 465.
23. — *Feuersocietäts-Reglement* für die Städte Altpommerns ausser Stettin. IX. 410.
23. — *Verordn.* wegen Ausführung vorstehenden Reglements und Auflösung früherer Societäten. IX. 410.
24. — *Plen. Beschl.* Vertretung der Schlesischen Grundbesitzer für die Rusticalonera. IX. 244.
24. — — Form unentgeltlicher Entsagungen. IX. 139.
28. — *R.* Verkauf verpfändeter Sachen zur Befriedigung des Gläubigers. IX. 162.
29. — — Unzulässigkeit der Benutzung verdorbenen Stempelpapiers. X. 340.
29. — — Persönliches Erscheinen des Appellanten zum Appellations-Rechtfertigungstermine im summarischen Prozesse. X. 94.
29. — *C. O.* mit dem Tarif zur Erhebung des Chausseegel-des auf den Staatschausseen. IX. 605.
1. März. *R.* Verpfändung des ideellen Antheils eines Ehegatten an einem Grundstück, bei ehelicher Gütergemeinschaft. IX. 182.
5. — — Sicherstellung der mit fideicommissarischer Substitution belasteten Vermächtnisse. IX. 127.
5. — — Verfahren bei Executionen auf Unterlassungen. X. 73.
6. — — Eintragung von Cessionen in's Hypothekenbuch. IX. 111.
6. — — Mittheilung von Obductionsverhandlungen an die Regierungen. X. 272.
6. — — Untersuchung der von Staatsbeamten im Amte verübten Injurien. X. 98.
11. — — Anstellung der Militair-Versorgungsberechtigten. IX. 416.

1840.

12. März. *R.* Regulirung des Hypothekenwesens. X. 325.
14. — — Anwendbarkeit von Erlassen der Obergerichte auf die Gerichte anderer Departements. IX. 17.
14. — *C. O.* Declaration der §§. 14. u. 15. des Mahl- und Schlachtsteuergesetzes in Betreff des Kartoffelmehls. IX. 594.
14. — — Zuerkennung von Festungs- und Zuchthausstrafe. IX. 647.
14. — — Nachträgliche Prüfung der Assessoren aus den älteren Provinzen zur Anstellung in Rheinpreussen. X. 220.
16. — *R.* Geldversendungen zwischen Königlichen Kassen, Zwangszahlung von Kassenanweisungen. IX. 134.
17. — — Eröffnung des erbschaftlichen Liquidationsprozesses auf Antrag eines Erben. X. 180.
19. — — Apotheker-Privilegien als Realrechte. IX. 395.
20. — — Präsentation eingehender Schriftstücke. X. 222.
20. — — Umschreibung von Protestationen in Hypotheken. X. 323.
20. — — Competenz der Gerichte zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten aus den Regulirungen etc. X. 141.
21. — — Organisations-Veränderungen bei Untergerichten. IX. 625.
21. — — Nichtverhaftung getrennter Parzellen und Pertinentien für später eingetragene Schulden des Hauptguts. IX. 166.
21. — *Verordn.* Controlabgabe von den zur Zuckerbereitung zu verwendenden Runkelrüben. IX. 584.
21. — *R.* Anschaffung von Büchern für die gerichtlichen Bibliotheken. X. 235.
24. — — Geldversendungen zwischen Königlichen Kassen. Zwangszahlung von Kassenanweisungen. X. 239.
24. — — Formelles Verfahren bei Parzellenabschreibungen. X. 311.
28. — — Competenz der Gerichte über die Verpflichtung zur Räumung eines Grabens oder Wasserzuges. IX. 32.
28. — *Verordn.* über das Rechtsmittel der Restitution gegen Purificationsresolutionen. X. 58.
28. — — Befugniss des Beneficialerben, über Nachlass-Grundstücke und Gerechtigkeiten wie über die beweglichen Sachen zu verfügen. IX. 98.

1840.

29. März. *Ministerialerklärung* über ein Gesetz in dem Fürstenthum Waldeck wegen Zulässigkeit des Arrestprocesses gegen Ausländer. G. S. S. 118.
31. — *C. O.* Reisekosten von Mit-Commissarien. X. 354.
31. — — Erhebung der Gerichtssporteln der Patrimonialgerichte, Meilengelder. IX. 627.
31. — *R.* Nachträgliche Prüfung von Assessoren für Rheinische Stellen. X. 220.
3. April. — Depositälbücher der Justizcommissarien. X. 360.
4. — *C. O.* Einreichung der Nichtigkeitsbeschwerden durch solche Vertreter der Parteien, die nicht Justizcommissarien sind. X. 64.
6. — *R.* Aufhebung des erbschaftl. Liquidationsprocesses. X. 181.
7. — — Reisekosten der Mitcommissarien. X. 354.
8. — *C. O.* Bestrafung des vierten Holzdiebstahls. IX. 690.
10. — *R.* Anstellung von Subalternen. X. 221.
10. — — Gerichtsstand bei Negatorienklagen. X. 27.
12. — *C. O.* Radfelgenbreite für Kunststrassen. IX. 604.
13. — *R.* Auszüge aus den Stempelstraflisten. X. 340.
14. — — Einziehung von Kosten während der Instruction und Dauer des Generalmoratoriums. X. 171.
14. — *C. O.* Bestimmung in Betreff der Begräbnissplätze. X. 201.
14. — *R.* Gebühren für Ausarbeitung eines Inventarii. X. 362.
14. — — Verfahren bei disciplinarischer Bestrafung eines Beamten und Landwehrofficiers. X. 276.
14. — — Sicherstellung auszuleihender Mündelgelder. IX. 632.
14. — — Aufhebung des erbschaftl. Liquidationsprocesses. X. 181.
16. — — Verhandlungen mit Personen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind. IX. 23.
18. — — Befugniss der Gerichte zu selbstständiger Entscheidung. — Verpflegung etc. unehelicher Kinder. IX. 19. u. X. 50.
19. — — Einreichung von Criminalerkenntnissen zur Bestätigung. X. 277.
22. — — Verwandlung der einem Fideicommissgute zustehenden Dienste in Geldrente. IX. 244.
22. — — Auslegung der §§. 1075 u. 1085 — 1087. Tit. 8. Th. II. A. L. R. IX. 403.

1840.

22. April. *C. O.* Gemeinschaftlicher Gerichtsstand für nothwendige und freiwillige Subhastationen. X. 202.
24. — *R.* Rechtliche Wirkung des Arrestschlags. X. 96.
25. — *Minist. Erklärung* wegen Aufhebung des Abschosses und Abfahrthsgeldes zwischen den ausserdeutschen Provinzen und Frankfurt. IX. 630.
27. — *R.* Gebühren der Justiz-Commissarien für Einklagung der Deserviten. X. 231.
27. — *Plen. Beschl.* Urtheile in Zeugenaussagen. X. 63.
27. — — Schärfgetreide der Schmiede. IX. 21.
28. — *R.* Gerichtssporteln der Patrimonialgerichte etc. IX. 627.
28. — *Instr.* Verwendung von Stempeln zu schiedsmännischen Vergleichen. X. 345.
1. Mai. *R.* Gebühren für Legitimation unehelicher Kinder. X. 357.
1. — — Unzulässigkeit des Personalarrests als Executionsmittel zur Löschung von Dispositionsbeschränkungen. X. 73.
2. — — Gemeinschaftlicher Gerichtsstand bei Subhastationen. X. 202.
4. — — Befugnisse der Pflichttheilsberechtigten. IX. 141.
4. — *C. O.* wegen Wiedereinziehung von Porto bei den Verwaltungsbehörden. IX. 618.
6. — *R.* Anordnungen für die juristischen Prüfungen. X. 219.
8. — — Festsetzung der Mandatariengebühren II. Instanz. X. 231.
9. — — Kosten für gerichtliche Vollziehung von Ablösungsrecessen der Regierungen. X. 362.
9. — — Einführung der kürzeren Verjährungsfristen. IX. 100.
13. — *Verordn.* Verkehr mit ausländischen Papieren. IX. 112.
13. — — Verbindlichkeit zur Anwendung gestempelter Masse und Gewichte. IX. 24.
15. — *R.* Kostenansatz in cumulirten Bagatellsachen. X. 358.
15. — — Contumacialverfahren in Bagatellsachen. X. 95.
16. — — Zuerkennung von Festungs- und Zuchthausstrafe. IX. 647.
18. — — Einlegung der Appellation bei Purificationsresolutionen. X. 51.
18. — — Befugniss der Oeconomie-Commissarien, Recesse mit Schreibensunkundigen aufzunehmen. IX. 22.

1840.

18. Mai. *Plen. Beschl.* Verjährung gegen den Fiscus in Westpreussen. IX. 104.
18. — *Plen. Beschl.* Fünftelabzug in Westphalen. IX. 250.
19. — *R.* Titelblatt im Hypothekenbuch. X. 305.
19. — — Besitztitelberichtigung auf Grund der Verjährung. X. 325.
20. — *C. O.* Wirkung der nothwendigen, von Miteigenthümern veranlassten Subhastationen. X. 202.
21. — — Befugniss der Corpsjäger zum Waffengebrauch und ihre Glaubwürdigkeit. IX. 675.
21. — *R.* Berichtigung des Besitztitels von Erbpachts-Grundstücken auf Grund der Verjährung. X. 325.
23. — — Unterschrift der Regierungs-Verfügungen und Urkunden. IX. 444.
25. — — Einkauf der Curanden bei der Preuss. Rentenversicherungsanstalt. IX. 632.
26. — — zur C. O. vom 20. Mai betr. das Subhastationsverfahren. X. 202.
27. — — Berechnung der Strafzeit. X. 278.
27. — — Ablieferung der Ordenszeichen. X. 211.
29. — *Verordn.* Befugniss des Adels in den ehemaligen Palatinaten Marienburg, Pomerellen und Culm und im Lauenburg-Bütowschen Kreise, über Immobilien von Todes wegen zu verfügen. IX. 414.
30. — *R.* Verfahren bei nothwendigen Subhastationen zur Auseinandersetzung. X. 202.
2. Juni *Plen. Beschl.* Verlust der Pension städtischer Beamten. IX. 339.
2. — — Berechtigung zum Branntweinbrennen auf dem Lande. IX. 347.
2. — — Schenkungswiderruf durch den Concurscurator. IX. 126.
2. — — Theilungsgrundsätze bei bestandener Gütergemeinschaft im Grossh. Posen. IX. 183.
5. — *R.* Unzulässigkeit der Observation an Stelle des Personalarrests. X. 78.
5. — — Regresspflichtigkeit des Richters. X. 217.
6. — — Rechtliche Wirkungen des Arrestschlags. X. 96.
6. — — Form der Subhastationspatente. X. 208.
6. — — Sicherstellung der Specialdeposital-Capitalien auf Rusticalgrundstücken. X. 329.

1840.

10. Juni. *R.* Reisekosten und Diäten bei Geschäften innerhalb $\frac{1}{4}$ Meile vom Wohnorte. X. 354.
10. — — Gebühren für Klagebeantwortungstermine. X. 361.
10. — — Antheil der Kanzleibeamten an den Gebühren in Recurssachen. X. 359.
12. — — Gerichtsstand der Bürgermeister in Westphalen. X. 25.
15. — — Stempel zu Lieferungsverträgen. X. 342.
15. — *Gesetz* über Abschätzung der Grundstücke von geringerem Werthe. X. 211.
15. — *R.* Eintragung einer Protestation wegen nicht erhaltener Valuta. IX. 117.
16. — — Einkauf bei der allg. Wittwenverpflegungs-Anstalt. X. 219.
18. — — Unzulässigkeit der von Nicht-Justiz-Commissarien abgefassten Rechtsschriften. X. 217.
18. — *Gesetz* über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben. IX. 105.
18. — — Ueber die Rechtsverhältnisse des Grundbesitzes und Ablösung der Realberechtigungen im Fürstenthum Siegen. IX. 283.
18. — — über die den Grundbesitz betreffenden Rechtsverhältnisse in Westphalen. IX. 244.
18. — *Ordnung* wegen Ablösung der Reallasten im Herzogthum Westphalen. IX. 285.
20. — *R.* Anordnungen für die juristischen Prüfungen. X. 219.
23. — — Aufnahme von Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch Auscultatoren. X. 209.
23. — *C. O.* Rev. Städte-Ordn. an Zirke verliehen. IX. 345.
26. — *R.* Vernehmung der dem Finanzministerium untergeordneten Baubeamten und der technischen Deputation für Gewerbe in Prozessen. X. 42.
26. — *C. O.* Bestätigung der Berlin-Frankfurter Eisenbahngesellschaft. IX. 610.
27. — *Verord.* Vereinigung der Generalcommission zu Soladin mit der Regierung zu Frankfurt. X. 139.
30. — *R.* Erhöhung der Amtscationen. IX. 432.
2. Juli. — Kostenansatz in fiscal. Untersuchungen wegen Steuervergehen. X. 285.
3. — — Vermeidung von Subhastationen Behufs Beitreibung von Holzdiebstahlsstrafen. IX. 689.

1840.

3. Juli *R.* Abschreibung vererbpachteter Parzellen. X. 311.
3. — *Bekanntm.* Auslegung des §. 52. Tit. 16. Th. I. A. L. R. IX. 134.
4. — *Gesetz.* Ablösung der Reallasten in den vormals nassauischen Landestheilen nebst Wetzlar. IX. 311.
4. — — zum Schutz der Waarenbezeichnungen. IX. 693.
4. — — Befugniss zum Uebersetzen vom linken zum rechten Rheinufer. IX. 614.
6. — *Minist. Bekanntm.* Uebereinkunft mit Hamburg u. Bremen wegen gegenseitiger Verkehrererleichterungen. IX. 580.
6. — *Revidirte Taxordnung* für die zum landwirthschaftlichen Creditverein im Grossh. Posen gehörigen Güter. X. 212. (s. G. S. S. 263.)
6. — *R.* Legitimation zur Erbesentsagung. IX. 98.
7. — — Gebühren der Justiz-Commissarien in der Executionsinstanz. X. 361.
9. — *C. O.* Rechtsverhältnisse der Mennoniten. IX. 30.
13. — *R.* Stempelansatz in cumulirten Bagatellsachen. X. 341.
16. — *C. O.* Verbindung des Hypothekenwesens mit dem Kataster in Westphalen. X. 289.
16. — — Stempel- und Sportelfreiheit der Land-Feuer-Societäten der Mark u. Niederlausitz. X. 68.
17. — *R.* Requisitionen wegen Eximirter. X. 39.
18. — — Unzulässigkeit von Gebühren für Unterschriftsbeistände. X. 43.
18. — — Abwendung des Personalarrests durch Verweisung auf ausstehende Forderungen. X. 78.
22. — *Decl.* Form der Erbzinsverträge. IX. 159.
22. — *R.* Ablieferung der Ordenszeichen. X. 211.
22. — — Verfahren in Subhastationssachen. X. 204.
22. — — Tragung baarer Auslagen in Blödsinnigkeitserklärungssachen bei Patrim.-Gerichten. X. 129.
23. — — Beglaubigung von Erklärungen der Kirchenvorsteher etc. in Hypothekensachen. X. 208.
23. — — Hypothekenwesen in Westphalen. X. 289.
23. — — Abfassung von Zuschlagbescheiden. X. 203.
24. — — Aufgebot von Nachlassmassen pro fisco. IX. 620.
24. — — Untersuchungskosten. X. 285.
24. — — Insinuation in der Wohnung eines Abwesenden. X. 39.

1840.

24. Juli. *R.* Befugniss der Mandatare zu Executionsanträgen. X. 36.
25. — *C. O.* Annahme von Nebenämtern durch Beamte. XI. 432.
26. — *R.* Abschreibungen von eximirten Landgütern. X. 311.
30. — — Anstellung der Mandatsklagen wegen Gebühren. X. 231.
31. — — Disposition des Besitzers über eine eingetragene Caution nach deren Erlöschung. IX. 139.
31. — *C. O.* zur Taxordnung vom 6. Juli. X. 212.
1. August. *R.* Zulassung zur dritten Prüfung. X. 220.
3. — — Executionsweise Uebereignung hypothekarischer Forderungen des Exequendus an den Executionsucher. X. 75.
6. — — Abschreibung von Parcellen. IX. 166.
6. — *C. O.* Rechtliches Verhältniss der schlesischen Pfandbriefe zu den Zinsrecognitionen. X. 186.
6. — — Verfahren zur Herbeischaffung gekündigter schlesischer Pfandbriefe. X. 183.
10. — *C. O.* Begnadigung politischer Verbrecher. X. 282.
12. — *Minist. Erkl.* Uebereinkunft mit Schwarzburg-Rudolstadt wegen der Gerichtsbarkeitsverhältnisse. IX. 19.
15. — *R.* Commissionsgebühren bei letztwilligen Verordnungen. X. 357.
15. — — Requisitionen mit badenschen Gerichten. X. 39.
16. — — Einleitung einer Erbregulirung, Siegelungen der Erbverträge. IX. 128. u. X. 211.
17. — *Plen. Beschl.* Rechtsmittel wegen Wiederverheirathung eines schuldigen Ehegatten. IX. 185.
17. — — Berechnung des Streitgegenstandes bei jährlichen Prästationen. X. 54.
19. — *R.* Vollstreckung von Executionen in der Rheinprovinz auf Antrag altländischer Gerichte. X. 72.
19. — — Anmeldung von Realrechten, Besitztitelberichtigung. X. 307.
21. — — Erbrecht der Ascendenten in den Nachlass abgefundener Kinder in Westphalen. IX. 189.
22. — — Ehefrauen in gerichtlichen Angelegenheiten. IX. 180.
24. — *Plen. Beschl.* Fiscalische Verzugszinsen bei *condictio indebiti*. IX. 117.

1840.

24. August. *Plen. Beschl.* Succumbenzstrafe beim Zusammentreffen der Revision mit der Nichtigkeitsbeschwerde. X. 65.
24. — — Berechtigung der Justizcommissarien zur Anfertigung von Nichtigkeitsbeschwerden. X. 64.
25. — *R.* Annahme von Nebenämtern Seitens mittelbarer Staatsbeamten. IX. 432.
26. — — Begründung der Einreden im Mandatsprocesse. X. 82.
26. — — Pensions-Zwölftelabzug bei Anstellungen. IX. 453.
27. — — Provocationen der Special-Commissarien auf Besitztitelberichtigung. X. 307.
29. — — Requisitionen mit luxemburger Behörden. X. 39.
31. — *C. O.* Instanzenzug bei Injurien gegen Eximirte im Bezirk des Kammergerichts. X. 97.
31. — — Ablieferung der aufzubietenden Gelder aus den Kassen der Berggerichte. X. 197.
31. — — betr. die Dienstinstruction für das Criminalgericht zu Berlin, summar. Untersuchung. X. 242.
1. Septbr. *C. O.* Strafen frevelhaften Leugnens. IX. 70.
7. — *R.* Pauschquanta für Bureaubedürfnisse bei Untergerichten. 10. 235.
8. — *Instr.* Hypothekenwesen im Grossh. Posen. X. 287.
8. — — zu §. 2. der Instr. für das Criminalgericht zu Berlin. X. 242.
8. — — Besitztitelberichtigung auf Grund von Privatdocumenten. X. 326.
9. — *R.* Strafen frevelhaften Leugnens. X. 70.
9. — — Versendung der Urtelsausfertigungen der Revisionscollegien. X. 143.
9. — *Minist. Erkl.* Uebereinkunft mit Anhalt-Bernburg über die Gerichtsbarkeitsverhältnisse. IX. 19. (G.S.S. 250.)
10. — *C. O.* Begnadigungen in Veranlassung der Huldigung. X. 282.
10. — *Geschäftsinstr.* für das Tribunal zu Königsberg. X. 215.
14. — *R.* Disposition des Besitzers über bezahlte Hypotheken. IX. 139.
17. — — Ertheilung von Erbeslegitimationsattesten. IX. 99.
17. — *C. O.* Versendung von entzündlichen und ätzenden Stoffen auf dem Rhein, Strafen der Uebertretungen. IX. 615.

1840.

19. Septbr. *R.* Annahme und Auszahlung übersandter Gelder. X. 331.
23. — *Privil.* zur Ausgabe von Stettiner Stadtoptionen. IX. 116.
25. — *R.* Zahlungsbefehl in Bagatellsachen. X. 73.
25. — — Registrirung der Eintragung auf einem Documente ohne Ertheilung eines Hyp. Scheins. X. 307.
28. — — Eintragung von Einwendungen gegen Hyp. Forderungen. IX. 166.
29. — *C. O.* Erbschaftstempelfreiheit der Zuwendungen an die Gesellschaft der evangelischen Mission unter den Heiden. X. 341.
2. Octbr. *R.* Eintragung der Ablösungs-Capitalien. IX. 599.
5. — — Vertretung des Militair-Fiscus in Festungs-Bausachen. X. 98.
9. — — Vertretung einer Partei durch den Oheim. IX. 129.
9. — — Eintragung einer rückständigen Forderung vom sog. Markgroschen. X. 321.
10. — — Geldstrafen wegen Defraudirung des Rheinzolls auf gemeinschaftlichen Stromstrecken. IX. 615.
10. — — Verfahren bei Untersuch. wegen Holzdiebstahls. X. 241.
- $\frac{10}{22}$. — *Handelsvertrag* der Zollvereinsstaaten mit der Ottomanischen Pforte. IX. 581.
12. — *Privil.* Anleihe der Rheinischen Eisenbahngesellschaft. IX. 116.
12. — *C. O.* Bestät. des Statuts der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft. IX. 610.
12. — *Plen. Beschl.* Gemessenheit der Baudienste in Westphalen. IX. 250.
13. — *R.* Processcautionen der Ausländer. X. 66.
17. — — Aufhebung einer wegen Blödsinns eingeleiteten Curatel. X. 129.
19. — — Rechte der Hypoth. Gläubiger auf Pertinenzen. IX. 166.
19. — *Plen. Beschl.* Einwendungen in der Executionsinstanz. X. 62.
19. — — *Condictio indebiti* gegen Gläubiger einer erbschaftl. Liquidationsmasse. IX. 138.
19. — — Lübisches Nachbarrecht. IX. 346.
20. — *R.* Zahlung von Verzugszinsen des Fiscus. IX. 117.
20. — — Abschreibung vererbpachteter Parzellen. X. 311.

1840.

24. Octbr. *C. O.* und 12 verschiedene Tarife, betreffend die Erhebung der Hafengelder und sonstigen Schifffahrtsabgaben, so wie der Lootsengebühren in den Seehäfen und Gewässern der Provinz Pommern. IX. 617.
24. — — Decl. der Begnadigungsordre vom 10. September. X. 282.
24. — *R.* Verkauf der Früchte auf dem Halme. IX. 213.
25. — *C. O.* Genehmigung der Zusatzartikel XI., XII. und XIII. zur Rheinschifffahrtsacte v. 31. März 1831. IX. 615.
26. — — Subhastation von Synagogen u. Begräbnissplätzen. X. 201.
27. — *R.* Nachweis der Besitzfähigkeit für ein Erbzins- oder Erbpachtsgrundstück. IX. 159.
30. — — Aufbewahrung der Kirchenbuch-Duplicate. X. 232.
31. — — Certioration bei Bürgschaften der Frauenzimmer. IX. 130.
31. — *Regulativ.* Errichtung eines Fabrikengerichts für die Gemeinde Elberfeld. X. 28.
1. Novbr. *R.* Gebühren der Notarien. X. 362.
1. — — Erläuterung der Gebührentaxe. X. 356.
2. — — Zahlungsbefehl bei Executionen in Bagatellsachen. X. 73.
3. — *C. O.* Vergütung der Tara beim Lumpenzucker. IX. 582.
3. — *R.* Abschreibung von Parcellen, Ausleihung v. Mündelgeldern. IX. 166.
4. — — Form gewisser Pachtverträge. IX. 164.
4. — — Verfahren mit der Oesterreichischen Regierung wegen Vollstreckung von Erkenntnissen. X. 73.
4. — — Execution aus überjährigen Erkenntnissen. X. 71.
6. — — Rechte des Ehemannes bei ehelicher Gütergemeinschaft. IX. 182.
7. — — Perhorreszenz des Richters. X. 63.
10. — — Anfertigung der Beilagen zu den Jahresberichten. X. 234.
10. — — Personalarrest gegen Personen im öffentlichen Dienst. X. 78.
10. — — Verfahren bei Cumulation der Apellation und des Recurses. X. 80.
11. — *C. O.* Revid. Städteordnung an Wollstein verliehen. IX. 345.

1840.

12. Novbr. *R.* Erhebung des Goldantheils bei Besoldungen. X. 235.
14. — — Competenz der Kreisjustizräthe für Bagatellprozesse. X. 216.
15. — — Legitimation der Bevollmächtigten zur Empfangnahme von Geldern im Kaufgelderbelegungstermin. IX. 128.
20. — *C. O.* in Betreff der Amnestieordre, Kostenpunkt. X. 282.
20. — *R.* Form der Vollmacht einer Innung. IX. 128.
20. — — Qualification der bei Gemüthsuntersuchungen zuzuziehenden Medicinalpersonen. X. 129.
5. Decbr.
20. Novbr. — Aggravation in Untersuchungen gegen Communal-Beamte. X. 127.
23. — *Plen. Beschl.* Ermittlung der Theilnahmerechte gemeinschaftlicher Hütungs-Interessenten. IX. 142.
24. — *R.* Ausdehnung der postamtlichen Insinuationen. X. 40.
25. — — Berichte an den Justizminister, Ortsverzeichnisse. X. 218.
25. — — Kostenansatz in Vormundschaftssachen. X. 346.
26. — — Verpfändung von Fideicommiss-Nutzungen. IX. 198.
26. — — Erklärung von Ehefrauen wegen Löschung ihrer eingetragenen Illaten. IX. 130.
27. — — Anfertigung der Beilagen zu den Jahresberichten. X. 234.
27. — — Rechte eines Geschenknehmers, wenn über den Nachlass des Schenkenden der Liquidationsprozess eröffnet worden. IX. 126.
30. — — Verfolgung der Ansprüche an den Fiscus Seitens der Pupillen, Kirchen etc. X. 20.
30. — *C. O.* Anwendung der revid. Taxordnung für Posen. X. 213.
30. — *Verordn.* Bestrafung der Beschädigung von Eisenbahn-Anlagen. IX. 694.
30. — — Anwendbarkeit einiger preussischen Provincialgesetze wegen der Schulen Königl. Patronats. IX. 473.
30. — *C. O.* Vertretung der Gemeinden vor Gericht im Bergischen. IX. 211.
30. — *R.* Vereidigung der Forstbeamten. IX. 690.
3. Decbr. — Veräußerung von Pupillengrundstücken. IX. 633.
5. — *Staatsvertrag* mit dem Landgrafen von Hessen. IX. 580.
7. — *R.* Legitimation der Erben eines Ausländers. IX. 99.

1840.

7. Decbr. *C. O.* Prioritätsactien der Anhaltschen Eisenbahn. IX. 610.
9. — *R.* Ausgabe von Documenten aus dem Depositorio. X. 331.
10. — *C. O.* Breslauer Mess- und Marktwechsel. IX. 401.
11. — *R.* Auseinandersetzung bei Wiederverheirathung. IX. 188.
12. — — Gebühren der Justizcommissarien. X. 361.
12. — — Art des Abstimmens zur Urteilsfindung. X. 50.
12. — — Eintragung von Grundgerechtigkeiten. IX. 173.
12. — — Recognitionsatteste über angemeldete Realrechte. X. 297.
12. — — Unzulässigkeit des Rechtswegs in Steuersachen. X. 7.
14. — *C. O.* in Verfolg der Amnestie-Ordre. X. 282.
14. — *R.* Berichterstattung an den Justizminister wegen des Actenverkaufs. X. 232.
15. — — Termine in Bagatellsachen in den Gerichtsferien. X. 217.
15. — — Tantième der Stempelvertheiler. X. 340.
15. — — Zuziehung von Sachverständigen bei der Instruction. X. 42.
22. — — Commissionsgebühren für Taxinstrumente. X. 356.
22. — — Verwendung der Ablösungsgelder zu den Kosten. IX. 156.
22. — — Eintragungen auf den Namen des Eigenthümers. IX. 140.
23. — — Aufhebung der Gütergemeinschaft bei Ehescheidung. IX. 185.
25. — *R.* Rechte der Hypoth. Gläubiger auf Pertinenzen. IX. 166.
26. — — Subalternbeamte als Assistenten. X. 36.
26. — *C. O.* Rückgewähr der Nationalcocarde an die begnadigten politischen Verbrecher. X. 282.
28. — *Verordn.* Befreiung der Pfand- und Hypothekengläubiger von Einlassung in den Conkurs etc. X. 174.
28. — *C. O.* Executionsfreiheit des Arbeitsverdienstes der Gefangenen. X. 74.
31. — *R.* Kostenansatz in Vormundschaftssachen. X. 346.
31. — — Besitztitel für geduldete Kirchengesellschaften. X. 309.

1841.

2. Januar. *R.* Gebührenansatz für Schwurzeugen. X. 361.
2. — — Verfahren bei Abschreibung von Parcellen. X. 311.
2. — — Zulässigkeit des Recurses. X. 80.
4. — — Kostenfreie Löschung der im Hypothekenbuch eingetragenen Beschränkung der Beneficialerben. X. 310.
4. — *C. O.* Auslegung der Begnadigungs-Ordre vom 10. September 1840. X. 382.
4. — — Einschätzung zur Klassensteuer und Reclamationen dagegen. IX. 595.
5. — *R.* Begnadigungsgesuche der Strafgefangenen. X. 281.
5. — — Aushändigung von Ueberweisungsdocumenten nach eröffnetem Conkurs. X. 75.
6. — — Aussetzung der Auszahlung einer im Kaufgeldertermin angelegten Specialmasse. X. 206.
8. — *C. O.* Aufhebung des Anh. §. 435. z. A. G. O. wegen Montirungs- und Equipagestücken. X. 211.
12. — *R.* Auslegung des §. 23. der Verordn. über die Execution in Civilsachen. X. 77.
13. — — Verfahren bei Einreichung von Allodificationsanträgen. IX. 159.
15. — — Succumbenzgelder in Sachen der General-Commissionen. X. 65.
16. — *C. O.* Tarif der Abgaben am Bromberger Canal. IX. 617.
18. — *R.* Löschung einer im Wege der Execution eingetragenen Forderung. X. 77.
18. — — Anwendung der §§. 13. u. 18. der Maass- und Gewichts-Ordnung vom 16. Mai 1816. IX. 25.
18. — — Schenkung, Schwieger-Eltern und -Kinder. IX. 126.
18. — — Verfahren in denjenigen Fällen, wenn die Wittwe mit Uebergehung minderjähriger Kinder zur Universalerin ernannt ist. IX. 631.
20. — — Incompetenz gewisser Patr. Gerichte zur Führung von fiscalischen Untersuchungen. X. 125.
20. — — Aufbewahrung der Kirchenbuch-Duplicate. X. 232.
21. — — Sprache bei Processverhandlungen in Posen. X. 22.
21. — — Personalarrest und Gerichtsstand der Civil-Supernumerarien. X. 78.
22. — — Auslegung des Gesetzes wegen der kürzern Verjährung. IX. 103.

1841.

22. Januar. *R.* Ressortverhältnisse bei Beschlagnahme von Gehalt und Pension der Militärpersonen. X. 77.
25. — — Kostenansatz bei Execution in Bagatellsachen. X. 359.
25. — — Bevormundung unehelicher Kinder. IX. 189.
25. — — Insinuation der Erkenntnisse an Litisconsorten. X. 51.
27. — — Form der Untersuchungen wegen Nachdruck. X. 99.
28. — — Insinuation an Dorfgemeinden. X. 42.
28. — *Reglement* über das Kassenwesen bei den Truppen. X. 198.
31. — *C. O.* wegen der im Giro-Verkehr der Bank auf jeden Inhaber lautenden Obligationen. X. 172.
1. Febr. *R.* Legitimation der Domainen-Rentämter zu Anträgen bei Hypothekenbehörden. X. 307.
1. — — Anwendung des §. 1. der Verordn. vom 2. December 1837. (G. S. S. 219.) beim abgekürzten Concurverfahren. X. 179.
2. — — Aufbewahrung der Kirchenbuch-Duplicate. IX. 464.
3. — — Gebühren der Justizcommissarien für Einklagung ihrer Deserviten. X. 231.
4. — — Mandatariengebühren für den Appellations-Rechtfertigungs-Termin. X. 361.
4. — — Veräußerung von Gemeindegrundstücken, wovon Minderjährige Antheil haben. IX. 208.
6. — — Kosten für Gefängnissutensilien etc. X. 234.
6. — *C. O.* Erhebung der Klassen- und Gewerbesteuer in den westlichen Provinzen. IX. 595.
7. — *R.* Befugnisse des Hypothekengläubigers bei Verringerungen des verpfändeten Guts. IX. 166.
8. — — Unzulässigkeit der Beschlagnahme von Pensions-Rückständen. X. 76.
9. — — Entschädigung bei aufgehobenen Zwangs- und Bannrechten oder einer Schankgerechtigkeit. X. 7.
11. — *Bestät. Urkunde* für die Bonn-Cölner Eisenbahngesellschaft nebst Statut u. *C. O.* v. 6. Juli 1840. IX. 610.
11. — *Bundesschlüsse* zum Schutz für Wieland's und Goethe's Werke gegen den Nachdruck. IX. 121.
12. — *Ministerial-Erklärung* (u. Bekanntm. v. 3. März) wegen der Uebereinkunft mit Sachsen über den Schutz der Waarenbezeichnungen. IX. 694.

1841.

13. Febr. *R.* Delegation der Gerichtsbarkeit über niedere Beamte an die Ortsgerichte. X. 25.
14. — — Gebühren für die Executionen in Bagatellsachen. X. 359.
14. — — Vollstreckung von Erkenntnissen ausländischer Behörden. X. 73.
14. — — betr. die Communkosten im Concurse u. Liquid. Process. X. 179.
15. — — Abgabe einer Vormundschaft an ein Gericht der Rheinprovinz. IX. 631.
15. — — Veräußerung von Pupillengütern im Wege der freiwilligen Subhastation. X. 207.
15. — *Plen. Beschl.* Auslegung des §. 579. Tit. 9. Th. I. A. L. R. IX. 104.
16. — *C. O.* Gebührenfreiheit der Bürgerrettungs-Institute. X. 68.
16. — — Stimm- und Wahlfähigkeit für die jüdischen Corporationen in Posen. IX. 18.
17. — *R.* Verrichtung der den Kreis-Justizräthen obliegenden Geschäfte. X. 216.
18. — *C. O.* Allodification von Lehen ohne Genehmigung. IX. 158.
19. — *R.* Kosten für Insertionen in die Amtsblätter. X. 67.
22. — — Cumulation einer Alimentationsklage. X. 66.
23. — — Auslegung des Gesetzes wegen kürzerer Verjährung. IX. 103.
25. — — Verwendung der Ablösungskapitalien zu den Regulirungskosten. IX. 156.
26. — — Entscheidung der Streitigkeiten über die durch Verträge festgestellte Entschädigung der Feldmesser. X. 20.
27. — — Einziehung rückständiger Gerichtskosten von den Justizcommissarien. X. 72.
28. — — Verfahren in Betreff der Insertionen in die Amtsblätter. IX. 17.
2. März. *Handels- und Schiffahrts-Convention* zwischen den Zollvereinsstaaten und Grossbritannien. IX. 581.
4. — *R.* Einreichung von Ortschaftsverzeichnissen. X. 218.
5. — — Competenz der Vormundschaftsbehörden zur Beaufsichtigung der Familienstiftungen. IX. 192.
5. — — Journalisirung u. Prüfung der Insinuations-Documente. X. 41.

1841.

6. März. *C. O.* Geschäftssprache bei Untersuchungen in Posen. X. 266. (s. Min. Bl. S. 114.)
6. — *R.* Beobachtung der gerichtl. Geschäftssprache und Vermeidung undeutlicher Ab- und Unterschriften. X. 38.
10. — — Geldverkehr zwischen den gerichtlichen und den Generalcommissions-Kassen. X. 239.
10. — — Befolgung der Vorschriften wegen der Revisions- und Nichtigkeitsbeschwerde. X. 65.
10. — — Zwang zur Alimentation einer Ehefrau. IX. 185.
13. — — Kostenansatz in fisc. Untersuchungen wegen Injurien. X. 358.
15. — — Anstellung im Kanzleidienst. X. 233.
17. — — Rechtsweg gegen Beitreibung von Steuern. X. 7.
17. — — Fassung der Subhastationspatente für sog. Wandeläcker. X. 203.
19. — — Auslegung der §§. 736. 737. Tit. 1. Th. II. A. L. R. IX. 185.
20. — — Werthstempel der Immobiliarmasse in Concurs- u. erbschaftl. Liquidations-Processen. X. 341.
22. — *Plen. Beschl.* Recht der neuen Anbauer auf die Gemeinegründe. IX. 241.
22. — — Berechnung des Streitgegenstandes. X. 54.
23. — *R.* Gerichtsstand der Justitiarien. X. 25.
24. — *C. O.* Anwendung der C. O. v. 31. August 1840. und der §§. 3. u. 4. der Dienstinstruction für das Criminalgericht zu Berlin bei den collegialischen resp. bei allen Gerichten. X. 242.
24. — — Genehmigung der Oberschlesischen Eisenbahn-Anlage. IX. 610.
25. — *Verordn.* Befugniss der Kreisstände in der Mark Brandenburg und der Niederlausitz, Ausgaben zu beschliessen etc. IX. 532.
25. — — desgl. in Pommern. IX. 534.
25. — — desgl. in Posen. IX. 538.
25. — — desgl. in der Provinz Sachsen. IX. 540.
25. — — desgl. in der Provinz Westphalen. IX. 541.
29. — *R.* zur Instruction für das Criminalgericht zu Berlin. X. 242.
30. — — Reparaturkosten bei Gefängnissen. X. 234.
31. — — Aufnahme letztwilliger Verfügungen. IX. 126.

1841.

31. März. *Gesetz* zur Aufrechthaltung der Mannszucht auf den Seeschiffen. IX. 406.
31. — — wegen Declaration des §. 164. der Gem. Theil. Ordn. v. 7. Juni 1821. IX. 171.
1. April. *C. O.* Verjährungsfristen der Servituten in Ländern, wo französisches Recht gegolten. IX. 172.
7. — *R.* Schadensersatz in Folge der Amnestieordre bei Holzdiebstählen. X. 283.
10. — *Minist. Erklärung* über die Uebereinkunft mit Hessen wegen Verfolgung der Verbrecher. X. 268.
10. — *Verordn.* über die Subhastation von Realrechten in Westphalen etc. X. 199.
10. — *Staatsverträge* wegen der Eisenbahn v. Magdeburg nach Halberstadt. IX. 611.
11. — *R.* Form der Verträge tauber und zugleich blinder Personen. IX. 21.
13. — *Gesetz* über den erleichterten Austausch einzelner Parzellen von Grundstücken. X. 311.
14. — *R.* Auslegung des Gesetzes vom 15. Juni 1840 Abschätzung der Grundstücke von geringerm Werth. X. 212.
15. — — Motivirter Einsendungsbericht bei Recurssachen. X. 80.
16. — *C. O.* Entschädigungsansprüche der Beamten bei Abnahme von Wohnungs- und andern Emolumenten. IX. 418.
17. — *R.* Cautionen bei Anstellung von Freiwilligen von 1813 u. 1815 als Gerichtsboten. IX. 432.
20. — — Eintragung bestätigter Recesses in's Hypothekenbuch. X. 306.
21. — *C. O.* Berechnung der gesetzl. Gehaltsabzüge. X. 76.
22. — *R.* Stempelfreiheit der ausgesetzten Altentheile. X. 342.
22. — *Bundesbeschluss.* Schutz für Verfasser musicalischer und dramatischer Werke. IX. 122.
23. — *R.* Untersuchungen gegen Verwaltungsbeamte. X. 126.
24. — — Auslegung des §. 36. der Verordn. v. 1. Juni 1833. X. 93.
24. — *C. O.* Stempelfreiheit für Gesuche und Verhandlungen wegen Befreiung von Landwehrübungen. X. 336.
26. — *R.* Beschlagnahme des Dienstlohns wegen Kosten. X. 75.
26. — *Plen. Beschl.* Ablösung der Realgewerbeberechtigungen. IX. 346.

1841.

28. April. *R.* Amtshandlungen entsetzter katholischer Geistlichen. IX. 432.
28. — *Verordn.* Trauungen von Ausländern mit Inländerinnen. IX. 179.
1. Mai. *R.* Anschaffung der Amtsblätter bei gewissen Patr. Ger. IX. 17.
1. — *Instr.* für Schiedsmänner in Preussen, Schlesien, Brandenburg, Sachsen, Pommern und Posen. X. 35.
7. — *R.* Die vorläufig Freigesprochenen haften auch für die Untersuchungskosten solidarisch. X. 283.
8. — — Verfahren der Gerichte bei Vollziehung von Berichten. X. 218.
8. — — Uebergabe von Patr. Ger. durch Commissarien. IX. 625.
8. — — Verlegung des Gerichtssitzes bei Patrim. Gerichten. IX. 622.
8. — *Staatsvertrag* über die Fortdauer des Zollvereins. IX. 580.
8. — *Zollvereinsvertrag* wegen gleicher Besteuerung innerer Erzeugnisse. IX. 580.
8. — *C. O.* Appellationsrichter bei Obergerichten der vormals reichsunmittelbaren Herren. X. 62.
10. — *R.* Erlaubniss für Zwangsverpflichtete zur anderweitigen Beschaffung ihres Getränks. IX. 178.
13. — — Cautionen bei Verwaltung mehrerer Kassen. IX. 432.
15. — *C. O.* Bestätigung des Statuts der Berlin-Frankfurter Eisenbahngesellschaft nebst C. O. vom 28. März 1840. IX. 610.
17. — *Privil.* zur Ausgabe von Thorner Stadtoobligationen. IX. 116.
19. — *R.* Gerichtsstand der von Domainen erkauften Parzellen. X. 305.
24. — *Plen. Beschl.* Nichtigkeitsbeschwerden von Justiz-Commissarien aus fremden Oberger. Bezirken. X. 64.
24. — — Widerspruch bei Wassermühlenbauten. IX. 619.
25. — *R.* Ablieferung der Besitzzeugnisse über Orden etc. X. 211.
25. — — Verfahren bei Einleitung von Klagen, denen die Verjährung entgegenzustehen scheint. X. 37.
26. — — Sterbemonat und Sterbequartal, Gnadengehalt bei suspendirten Beamten. IX. 453.

1841.

26. Mai. *R.* Sicherstellung des Vermögens eines Deserteurs. X. 128.
28. — — Berichtigung der Sitzgebühren für Schuldgefangene. X. 78.
29. — — Erkenntnissinsinuationen an Königl. Regierungen. X. 52.
29. — — Auslegung der C. O. vom 24. März 1841 wegen des summarischen Untersuchungsverfahrens. X. 242.
30. — *C. O.* Respittance nach Danziger Wechselordnung. IX. 403.
30. — — Rechtsbeständigkeit der von Land- und Stadtgemeinen in Westphalen geschlossenen Rechtsgeschäfte. IX. 342.
30. — — zum Gesetz vom 8. Mai 1837 Feuerversicherungswesen betr. IX. 409.
30. — — Vernehmung der Geistlichen über die ihnen bei Sühneversuchen gemachten Mittheilungen. IX. 459.
30. — — Anwendbarkeit des Publicandums vom 1. März 1794 wegen Forst- und Jagdvergehen in Posen. IX. 673.
1. Juni. *Publ. Patent* des Bundesbeschl. zum Schutz der Werke von Schiller, Goethe, Jean Paul und Wieland gegen Nachdruck. IX. 120.
2. — *R.* Präsentation der Referendarien zur dritten Prüfung. X. 221.
5. — — Pauschquantum bei Litisreassumptionen. X. 359.
7. — *Plen. Beschl.* Wirkungen der auf Antrag eines Mit-eigenthümers eingeleiteten Subhastation. IX. 141.
10. — *R.* Zulässigkeit des Recurses. X. 80.
14. — — Prüfung der Insinuationsdocumente. X. 41.
14. — — Berichtigung der Communkosten im Subhastations- und Kaufgelder-Liquidationsprocess. X. 179.
14. — — Verfahren bei Recursen gegen Erkenntnisse. X. 80.
15. — — Benachrichtigung der Landräthe in Untersuchungen gegen Militairpflichtige. X. 272.
15. — — Vorläufige Abführung beurlaubter Landwehrmänner etc. an den Strafort. X. 278.
17. — — Ansatz von Stationsgeldern bei Dienstreisen. X. 355.
19. — — Auslieferung von Ausländern bei betrügerischem Banquerout. X. 270.
21. — — Nicht-Competenz der Kreisjustizräthe zur Instruction und Aburtelung von Injurienklagen. X. 216.

1841.

24. Juni. *R.* Beaufsichtigung überjähriger Rechtssachen. X. 218.
26. — — Vernehmung der Geistlichen über Mittheilungen bei Sühneversuchen. X. 45.
26. — *C. O.* Verhältniss der die Polizeigerichtsbarkeit verwaltenden Patrimonialgerichte zu den Königl. Regierungen und Landräthen. IX. 622.
30. — *R.* Abgabe reponirter Vormundschaftsacten und Documente an andere Gerichte; Delegation der Vormundschaften an Untergerichte. IX. 631.
30. — *Decl.* Strafbestimmungen gegen den unbefugten Betrieb von Mäklergeschäften. IX. 405.
30. — *Gesetz* wegen Aufhebung der im Gerichtsbezirk des L. u. St. Gerichts zu Brieg geltenden besondern Rechte. IX. 13.
30. — — Ablösung der auf dem Grundbesitz haftenden gewerblichen etc. Leistungen. IX. 262.
30. — *C. O.* Verpflichtung der Inländer, eine Zeitlang auf einer Landesuniversität zu studiren. IX. 492.
30. — *Gesetz* über die Versicherungsgesellschaften in Schlesien zur Vergütung der Verluste durch die Rindviehseuche. IX. 411.
1. Juli. *R.* Anwendbarkeit der Instruction für die Schiedsmänner auch in der Provinz Posen. X. 35.
5. — — Aufnahme des wörtlichen Inhalts der Strafgesetze in Straferkenntnisse und Actenextracte. X. 276.
5. — — Gerichtsstand der Kirchengemeinden. X. 26.
6. — — Einrichtung der Mandatenbücher etc. X. 334.
9. — *Gesetz* über die Aufnahme von Notariats-Urkunden in fremden Sprachen. X. 224.
9. — *C. O.* Competenz in Aggravationssachen in der Rheinprovinz. X. 127.
9. — *R.* Legalisation der von einem Notar der Petersburger Börse aufgenommenen Urkunden. X. 44.
12. — — Feststellung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der zu den Strafsectionen Abzuliefernden. X. 279.
12. — — Ansatz und Verbrauch der Stempel in der Executionsinstanz. X. 338.
14. — *C. O.* Verhältniss der Stromschiffer zu den Befrachtern und zu den Empfängern der Ladungen. IX. 408.
14. — — wonach auf Verlust des Landwehrkreuzes nicht mehr zu erkennen ist. IX. 647.

1841.

21. Juli. *C. O.* Veränderungen in der Lotterie-Verwaltung. IX. 114.
21. — *R.* Verrechnung der von den Parteien gezahlten Kostenvorschüsse. X. 361.
26. — — Verfahren bei Anstellung cautionspflichtiger Beamten. IX. 432.
26. — *C. O.* Belegung von Sparkassenbeständen. IX. 116.
28. — *R.* Verhältniss der die Polizeigerichtsbarkeit verwaltenden Patrimonialgerichte zu den Regierungen und Landräthen. IX. 622.
28. — — Titulaturen der Mitglieder des fürstlichen Hauses Carolath. X. 38.
30. — *Verordn.* wegen Besteuerung des Runkelrüben-Zuckers. IX. 584.
31. — *R.* Unzulässigkeit von Copialien und Kassenquote bei den Stempeln zu schiedsmännischen Vergleichen. X. 345.
2. August. *C. O.* Bearbeitung der vor die Kreisgerichte in Neuvorpommern und Rügen gehörenden Civilsachen. X. 231.
2. — — Bestät. des Statuts der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft nebst *C. O.* vom 24. März 1841. IX. 610.
3. — *Geschäfts-Reglement* für die Subaltern-Bureaux der Königl. Gerichte nebst Ausführungs-Verfügung. X. 232.
4. — *R.* Verfahren bei Belegung der entbehrlichen Salarienkassen-Bestände. X. 238.
5. — — Mittheilung von Straferkenntnissen gegen Beamte an die Königl. Regierungen. X. 275.
6. — — Remuneration der Medicinalpersonen für gerichtsarztliche Geschäfte und Behandlung der Gefangenen. X. 266.
6. — *C. O.* Abänderung einiger Bestimmungen des Feuer-societäts-Reglements für Posen. IX. 410.
6. — *R.* Verfahren bei Insinuationen in Frankreich, den Niederlanden und Belgien. X. 38.
7. — — Einlegung von Recursgesuchen. X. 79.
16. — *Plen. Beschl.* Wirkung von Abstandsverträgen auf die Gültigkeit des Zuschlags. IX. 21.
16. — *R.* Beaufsichtigung überjähriger Rechtssachen. X. 218.
17. — — Abschätzung städtischer Grundstücke. X. 214.

1841.

17. August. *R.* Ausbildung der Auscultatoren. X. 219.
18. — *C. O.* Aufbewahrung der Acten und Hypothekenbücher bei Patrimonialgerichten. IX. 626.
18. — — Sportel- und Stempelfreiheit der Gutsherrschaften, Stadt- und Landgemeinden in Armensachen. X. 337.
20. — *Feuersocietäts-Reglement* für das platte Land von Altpommern. IX. 410.
20. — *Verordn.* wegen Auflösung der bisherigen Immobilien-Feuersocietät und Ausführung des vorstehenden Reglements. IX. 410.
20. — *R.* Auslegung des §. 439. Tit. 20. Th. I. A. L. R. IX. 166.
23. — — betr. die Convention mit Hessen-Darmstadt wegen Auslieferung der Verbrecher. X. 268.
25. — — betr. die Asservaten-Instruction. X. 331.
27. — *R.* Aufhebung der Zwangshaft gegen widerspenstige Forstfrevler. IX. 689.
3. Septbr. *R.* Verfahren bei Incurssetzen von westpreussischen Pfandbriefen. IX. 131.
4. — — Mittheilungen der Straferkenntnisse gegen beurlaubte Landwehrmänner etc. an die Militairbehörde. X. 275.
9. — *R.* Qualification zur Aufnahme gerichtlicher Taxen. X. 214.
10. — — Verfahren über abhanden gekommene Schulddocumente mit Recognitionen. X. 181.
11. — — Kassenwesen bei den Truppen. X. 198.
11. — — Stempel zu Gehaltsquittungen etc. X. 343.
12. — *Verordn.* wegen Aufhebung der §§. 201. Tit. 20. Th. II. A. L. R. und 508. Crim. Ordn. über Untersuchungen wegen Majestätsbeleidigung. IX. 670.
17. — *R.* Anwendbarkeit des Publ. v. 1. März 1794 wegen Forst- und Jagdvergehen in Posen. IX. 674.
24. — — Eintragung von Nebenverbindungen und Dispositionen in's Hypothekenbuch. X. 310.
24. — — Gerichtsstand der Pertinenzien eines Rittergutes. X. 305,
27. — — Insertionen von Verfügungen in die Amtsblätter. IX. 17.
27. — — Einziehung von Kosten von Bewohnern der Rheinprovinz. X. 73.

1841.

28. Septbr. *R.* Verfahren bei Berichtserstattungen über Immediat-Gesuche um Aufhebung fiscalischer Ansprüche. X. 128.
29. — — Stempel zu Gehaltsquittungen etc. X. 343.
30. — — Gebühren der bei Judeneiden wirkenden Personen. X. 353.
30. — *C. O.* Verleihung von Corporationsrechten etc. an das Bürgerrettungsinstitut zu Brandenburg. IX. 207.
30. — *R.* nebst Instr. des O. L. G. Paderborn betr. die Bearbeitung der Bagatellsachen. X. 94.
4. Octbr. — Executionsvollstreckung gegen Ehefrauen von Officieren. X. 72.
8. — *C. O.* Genehmigung der Zusatzartikel XIV und XV zur Rheinschifffahrtsacte vom 31. März 1831. IX. 615.
10. — *R.* Reisekosten und Diäten der an Untergerichte deputirten Assessoren. X. 355.
11. — *C. O.* Rev. Städte-Ordn. an Wreschen verliehen. IX. 345.
12. — *R.* Stempelpflichtigkeit der zu Schicht- und Theilungen benutzten Inventarien und der Ausfertigungen der Recesse in armen Vormundschaften. X. 342.
16. — — Verfahren bei Einleitung von Klagen, denen die Verjährung entgegen zu stehen scheint. X. 37.
18. — — Ausschüttung der im Subhastationsverfahren angelegten Specialmassen. X. 206.
18. — *Staatsverträge* mit Lippe wegen Anschlusses an den Zollverein etc. etc. IX. 580.
19. — *Staatsverträge* mit Braunschweig wegen Anschlusses an den Zollverein etc. etc. IX. 580.
20. — *R.* Verjährung gestundeter Honorare. IX. 492.
21. — *Instr.* wegen des Subhastationsverfahrens von Realberechtigungen in Westphalen etc. X. 201.
21. — *Verordn.* über die Disciplinarbestrafung in der Armee. IX. 697.
23. — *R.* Befugniss der Regierungen zur Ertheilung des Consenses zu gewissen Austauschungen. X. 312.
23. — — Form der Insinuation von Erkenntnissen an die Provinzial-Steuer-Direktionen. X. 52.
23. — — Form der Verpfändungen, Veräusserungen und Erwerbungen von Immobilien durch Zünfte. IX. 211.
25. — *Verordn.* Aufhebung der besondern Rechte in Oblau, Zobten, Wansen und Strehlen. IX. 14.

1841.

30. Octbr. *R.* Erstattung der Mandatariengebühren bei Litisdenunciationen. X. 67.
30. — — Löschung von Altentheilen nach dem Tode des Berechtigten. X. 321.
31. — — Verfahren bei Behandlung der Kosten und Auslagen in Requisitions- und Auftragssachen. X. 236.
31. — — Strafbarkeit der Theilnehmer bei Polizei-Conventionen. IX. 647.
31. — — betr. den eximirten Gerichtsstand aller bei Patrimonialgerichten angestellten Richter. X. 25.
31. — *Landgemeinde-Ordnung* für Westphalen. IX. 217.
31. — *Verordn.* über die Gemeindeverfassung in den westphälischen Städten, wo die Städte-Ordn. nicht eingeführt ist. IX. 340.
1. Novbr. *R.* Zahlung von Communkosten bei Abzugsverfahren. X. 179.
6. — *Gesetz* über den Zinsfuss bei Ausleihung von Geldern der Pflegebefohlenen. X. 330.
6. — *Publ. Patent* des Bundesschlusses vom 22sten April wegen des Schutzes musicalischer und dramatischer Werke. IX. 122.
8. — *Verträge* wegen Herstellung der Eisenbahn nach Hamburg. IX. 611.
10. — *R.* Verhütung von Beschädigungen der an den König und den Justizminister gelangenden Urkunden und Berichte. X. 218.
11. — — Verfahren bei Behandlung der Kosten in Requisitions- und Auftragssachen. X. 237.
12. — — Bekanntmachung von Veräusserungen an die Hypothekengläubiger. X. 210.
13. — — Degradation der Landwehrunterofficiere. IX. 679.
13. — *Staatsverträge* mit Kurhessen wegen der Grafschaft Schaumburg. IX. 581.
16. — — Geschäftsverkehr der Gerichte mit ihren Gerichtskommissionen, hinsichts der Kosten etc. X. 240.
17. — *Regulativ.* Unterhaltung der durch die Staatswaldungen in Westphalen und Rheinpreussen führenden öffentlichen Wege. IX. 603.
18. — *C. O.* Eröffnung und Schluss der niedern Jagd. IX. 620.
23. — *R.* Controllirung des Porto's für eingehende Sachen. X. 240.

1841.

26. Novbr. *R.* Anstellung der Subalternen auf Kündigung. X. 221.
26. — *Instr.* für die Executoren im Marienwerderschen Departement. X. 74.
27. — *R.* Verhütung von Defecten durch Zurücknahme abzuschüssender Kassengelder. X. 239.
27. — — Verfahren bei gerichtsarztlichen Untersuchungen und Begutachtung zweifelhafter Gemüthszustände. X. 129.
29. — — Verfahren bei Verträgen über die Ausschliessung der ehelichen Gütergemeinschaft. X. 208.
30. — *Berichtigung* eines Druckfehlers in der Verordn. v. 16. März 1818, Aufgebot des Gesindes. IX. 179.
3. Decbr. *R.* Kosten hypothekarischer Eintragung von Domonial-Abgaben auf Antrag fiscalischer Behörden. X. 305.
3. — *C. O.* Competenz bei Abfassung eines 2ten Erkenntnisses. X. 265.
3. — — Competenz der Senate des Kammergerichts und der preussischen Obergerichte bei Diebstahl und Raub. X. 264.
- $\frac{4}{9}$. — *Ministerialerklärung* wegen der Uebereinkunft mit Braunschweig zur Beförderung der Rechtspflege. IX. 19.
7. — *R.* Disposition über Erbbegräbnisse. X. 181.
7. — — Einführung des Geschäftsreglements beim O. L. G. Paderborn. X. 232.
10. — — zur *C. O.* vom 3ten Decbr., Abfassung eines 2ten Erkenntnisses. X. 265.
10. — *C. O.* Aufhebung der Lohnfuhrabgabe. IX. 619.
11. — *Decl.* betr. das Preuss. Landrecht von 1721. IX. 162.
11. — *Staatsverträge* mit Waldeck wegen Zollvereins etc. IX. 581.
13. — *Verordn.* zu §. 5. der Kreisordnung für Pommern. IX. 536.
13. — *Plen. Beschl.* Urtelsinsinuation an Deputirte in Cultursachen. X. 143.
16. — *Staatsvertrag* des Zollvereins mit Hannover und Oldenburg. IX. 580.
17. — 7 *Staatsverträge* mit Hannover etc. wegen Beförderung des Verkehrs, Unterdrückung des Schleichhandels, Besteuerung innerer Erzeugnisse etc. IX. 580.
18. — *R.* Erbschaftsstempel bei Erbschaftsentsagungen. X. 340.

1841.

18. Decbr. *C. O.* Gültigkeit und executorische Kraft der von den Generalcommissionen bestätigten Recesse. X. 143.
18. — *Verordn.* bürgerliche Rechte bescholtener Personen in der Provinz Preussen. IX. 336.
20. — *Staatsvertrag* wegen Unterdrückung des Negerhandels. IX. 685.
22. — *C. O.* Decl. Nichtigkeitsbeschwerde bei Bagatellobjecten. X. 61.
22. — — Bürgerrettungs-Institut zu Merseburg. IX. 207.
24. — *R.* Verfahren in Bagatell- und Injuriensachen. X. 95.
26. — — Wohnungsrecht bei Sequestrationen. X. 77.
27. — — Einrichtung der Gefängnisse und Depositorien bei Patr. Ger. X. 335.
30. — — Parcellirungsbefugniss der Eigenthümer etc. X. 312.
31. — — Justificationen bei Insertionen v. Steckbriefen. X. 286.
31. — *C. O.* wegen der Schifffahrtsabgaben auf dem Rhein und der Mosel. IX. 617.

1842.

3. Januar. *C. O.* Besuch der Universitäten Zürich und Bern. IX. 492.
4. — *C. O.* Erhöhung der Salzpreise für die Kreise Schlesiens und Ziegenrück. IX. 583.
4. — *R.* Verfahren bei Referendariats-Prüfungen. X. 220.
4. — — Ausschliessung fremder Goldmünzen bei Depositorien. X. 330.
4. — — Befugniss der vormundschaftlichen Gerichte, unmittelbar Executionsanträge zu machen. X. 72.
5. — *C. O.* Präclusivtermin zur Einlösung der älteren Kur- und Neumärkischen Zinscoupons. X. 188.
7. — *Verordn.* Befugniss der Kreisstände in Schlesien, Ausgaben zu beschliessen. IX. 536.
7. — *R.* Gebühren der Oeconomie-Commissarien in gerichtlichen Angelegenheiten. X. 353.
8. — — Einsendung der Straferkenntnisse wider Beamte an den Departements-Chef. X. 275.
8. — — Geschäftsübersichten bei Gerichtscommissionen. X. 234.
8. — *C. O.* Vollstreckung der von Civilgerichten gegen Landwehr-Officiere erkannten Gefängnisstrafen. X. 277.

1842.

10. Januar. *Plen. Beschl.* Auslegung des §. 717, Th. I. Tit. 18.
A. L. R. IX. 159.
11. — *C. O.* Abänderungen des Zolltarifs von eingehendem Zucker. IX. 582.
11. — *R.* Eintragung von Realberechtigungen. X. 310.
11. — — Einreichung beglaubter Abschriften zu den Hyp. Acten. X. 210.
12. — — Abhaltung von Gerichtstagen bei Patrimonial-Gerichten. IX. 627.
13. — — Ergänzung zur Anweisung für die Verwaltung der Salarienkassen in Posen. X. 236.
14. — *C. O.* und Staatsvertrag wegen der Eisenbahn von Magdeburg nach Halberstadt und Braunschweig. IX. 611.
15. — *Verordn.* Aufnahme des Orts Neustadt in den Stand der Städte der Rheinprovinz. IX. 530.
15. — *R.* Verfahren bei Aufgeboten verlornen Bankobligationen. X. 182.
16. — *Verordn.* betr. die vor 1810 im Herzogthum Berg entstandenen Pfandschaften. IX. 162.
16. — *C. O.* Stiftung einer Auszeichnung für die Landwehr. IX. 546.
19. — *R.* Abschätzung städtischer Häuser und Eintragung von Cessionen. X. 214.
20. — *R.* Untersuchungsverfahren gegen dreimal bestrafte Holzdiebe. IX. 690.
21. — — Stempel von Majorennitäts-Erklärungen. X. 343.
21. — — wegen der Requisitionen nach Polen. X. 39.
29. — — Vollstreckung der Gefängnisstrafen gegen Landwehr-Officiere. X. 277.
30. — *Instr.* wegen Verbindung des Hypothekenbuchs mit dem Grundsteuerkataster in Westphalen. X. 289.
31. — *R.* und Bericht des Geh. Ob. Trib. Erhaltung des Realrechts. X. 297.
1. Febr. — Mittheilung der Straferkenntnisse gegen Intendantur-Beamte an den Intendanten. X. 275.
2. — — Stempel zu Erbschaftskäufen. X. 341.
8. — *Zollvereins-Vertrag* mit Luxemburg. IX. 581.
9. — *R.* Verfahren bei verletzenden Aeusserungen gegen Behörden etc. in Immediateingaben. IX. 671.

1842.

11. Febr. *R.* Praxis der Justiz-Commissarien vor Kreis-Justizräthen. X. 223.
14. — — Ableistung von Homagialeiden. X. 310.
14. — *Plen. Beschl.* zu §. 17. des Patents für Westphalen vom 21. Juni 1825. IX. 12.
14. — *Plen. Beschl.* Verpflichtungen des Käufers bei Uebernahme von Schulden in partem pretii. IX. 161.
18. — *C. O.* wegen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn. IX. 610.
18. — *Verordn.* wegen Abänderung der Vorschriften bei Verbrechen der Beamten und gegen den Staat für die Rheinprovinz. IX. 650.
18. — *R.* Auszeichnungen für pflichttreue Dienste der Landwehr. IX. 548.
19. — *C. O.* Ausdehnung der *C. O.* v. 21. Mai 1840 auf Corpsjäger. IX. 676.
21. — *R.* Verfahren bei Geldsendungen mit der Post. X. 239.
25. — — Verkehr auf Kunststrassen. IX. 604.
25. — — Gutachten der Sachverständigen wegen Nachdrucks. X. 99.
26. — *C. O.* Nachtrag z. Statut der Oberschlesischen Eisenbahn. IX. 610.
26. — *R.* Beschränkung des §. 46. Anh. A. L. R. auf die von Preuss. Gesandten und Residenten attestirten Vollmachten. IX. 129.
26. — — Stempel zu Verträgen über Aufhebung eines Kaufvertrags. X. 342.
28. — — Gebührenfreiheit der Kleinkinderbewahranstalten. X. 69.
28. — *R.* Ertheilung von Testamentsabschriften an Legatare. IX. 127.
28. — — Stempelfreiheit der Aufnahme-Atteste für die Berliner allg. Wittwen-Kasse. X. 337.
1. März. — Gebühren für mehrere in Einer Verfügung angeordnete Eintragungen. X. 357.
1. — — Aushang der Subhastationspatente bei Patrimonialgerichten. X. 203.
3. — — Uebereinkunft mit Lübeck wegen der Freizügigkeit. IX. 630.
5. — — Zulässigkeit des Recurses in Possessoriensachen. X. 97.

1842.

7. März. *R.* Verfahren bei Parzellirungsverträgen. X. 313.
8. — — Besetzung der Subalternstellen. X. 221.
8. — *C. O.* wegen Uebernahme concessionirter Apotheken. IX. 396.
9. — *R.* nebst Instruction für Dorfgerichte. IX. 242.
10. — — Einschränkungen im Tabellenwesen. X. 234.
12. — — Feststellung des stempelpflichtigen Kaufwerths eines Grundstücks. X. 342.
12. — — Bestrafung von Widersetzlichkeiten bei Forstvergehen. IX. 675.
13. — — Verwaltung des Nachlasses durch die Testaments-executoren. IX. 127.
14. — *Plen. Beschl.* Auslegung des §. 11. Tit. 9. Th. I. A. G. O. X. 42.
14. — *R.* Parcellirungsverträge. X. 313.
14. — *Plen. Beschl.* Auslegung des §. 155. Tit. 22. Th. I. A. L. R. IX. 173.
14. — — Fortdauer des Rechts auf das sog. Schärfkorn. IX. 177.
16. — *R.* Feststellung der Besitzverhältnisse sog. Wandeläcker. X. 320.
17. — *C. O.* Verbütung von Gnadengehalts-Ueberhebungen. IX. 417.
19. — *R.* Unzulässigkeit der Ablieferung der Militairpersonen zur Strafsection vor Rechtskraft des Erkenntnisses. X. 278.
19. — *Uebereinkunft* mit Lübeck wegen des Abschosses. IX. 630.
21. — — mit Oesterreich zur Verhütung der Forst- Jagd- Fisch- und Feldfrevel. X. 270.
21. — *R.* nebst Bericht des Geb. Ob. Trib. über Auslegung der Ausdrücke „beständig fortlaufende“ und „fixirt beständige“ Abgaben. X. 177.
23. — — Versicherung von Ehefrauen der Justizbeamten bei der Berliner allgem. Wittwenkasse. IX. 206.
26. — — Portofreie Versendung der Geschäftsformulare. X. 235.
26. — — Behandlung der zur militairischen Festungsstrafe Verurtheilten. X. 275.
27. — *C. O.* Umwandlung der Staatsschuldscheine und Herabsetzung der Zinsen. IX. 550.

1842.

30. März. *R.* Geschäftsverbindung der Gerichte mit der Justiz-officianten-Wittwenkasse. X. 197.
30. — *C. O.* Gnadengehalt für die Hinterbliebenen eines Beamten, dessen Pensionirung bevorstand. IX. 454.
31. — — Anwendung und Wirkung der Degradation. IX. 677.
31. — — Ausdehnung der postamtlichen Insinuationen. X. 41.
2. April. *R.* Einführung des Geschäftsreglements für die Subaltern-Bureaux beim O. L. G. zu Münster. X. 232.
2. — — Errichtung von Familienschlüssen. IX. 198.
2. — — Behandlung der Ersparungen bei Justiz-Baufonds. X. 235.
5. — — Vermerk wegen Ablösung einer nicht eingetragenen Reallast im Hyp. Buche. X. 306.
6. — *C. O.* Kompetenzstreit über die Abfassung eines Erkenntnisses II. Instanz in Untersuchungssachen. X. 265.
9. — *R.* Verhütung von Gnadengehalts-Ueberhebungen. IX. 417.
14. — — Gebührenfreiheit des Fiscus bei erblosen Verlassenschaften. X. 68.
15. — *Verordn.* über Aufhebung der provinciellen und statutarischen Bestimmungen, welche den §§. 54. u. 55. Tit. 6. Th. I. A. L. R. und der *Verordn.* vom 31. März 1838 wegen der kürzern Verjährung entgegenstehen. IX. 28.
15. — — Erweiterung des Posenschen landschaftlichen Creditvereins. X. 190.
15. — *C. O.* Aufhebung der Verpflichtung der Gerichtsobrigkeiten hinsichtlich der Gebühren für Urtheil, Gutachten etc. X. 283.
18. — *R.* Einrichtung der zur dritten Prüfung einzureichenden Instructions-Verzeichnisse. X. 220.
21. — — Unzulässigkeit gemeinschaftlicher Klagen gegen Trassanten und Acceptanten eines Wechsels. X. 80.
22. — — Eintragung der Nichtigkeitsbeschwerden in die Geschäftstabellen. X. 234.
22. — *C. O.* Lehnserneuerungen in Folge des Thronwechsels. IX. 153.
23. — — über die bürgerlichen Rechte bescholtener Personen in Breslau. IX. 337.
23. — — Anwendung der C. O. vom 21. November 1829. auf ausgeschiedene Unterofficiere. IX. 649.

1842.

23. April. *R.* Convertirung der in gerichtlichen Depositorien befindlichen Staatsschuldscheine. IX. 551.
23. — — Degradation der Militairpersonen vom Feldwebels- und Unterofficierrange. IX. 679.
27. — — *C. O.* Insinuationen in der Wohnung eines Abwesenden. X. 40.
27. — — Abschreibung von Zinsablösungscapitalien vom Staatsschuldentilgungsquantum. IX. 598.
29. — — Erweiterung der Competenz der Untergerichte in Defraudationssachen. X. 99.
29. — — Polizeiordnung für die Häfen Colbergermünde etc. IX. 616.
29. — — Revidirte Städteordnung an Exin verliehen. IX. 345.
30. — — Privil. für Breslau wegen Ausfertigung von Stadt-Obligationen auf jeden Inhaber. IX. 116.
2. Mai. *Plen. Beschl.* Erwerbende Verjährung der res universitatis in specie nach gemeinem Recht. IX. 29.
2. — — Unterbrechung der Verjährung durch Zinsenzahlung. IX. 103.
3. — — *R.* Erbrecht abgeschichteter Kinder in Ländern, wo allgemeine Gütergemeinschaft gilt. IX. 184.
5. — — Contumacialverfahren nach Insinuationen in der Wohnung eines Abwesenden. X. 40.
6. — — *Reglement* für die Feuersocietät des gesammten platten Landes in Schlesien. IX. 410.
6. — — für die Städtefeuersocietät in Schlesien. IX. 410.
6. — — *Verordn.* wegen Auflösung der bestehenden Societäten und Ausführung der neuen Reglements. IX. 410.
9. — — *R.* Revision der zu cassirenden Acten wegen der niedergeschlagenen Stempel. X. 232.
9. — — *Plen. Beschl.* Cautionsbestellung in Licitationsterminen. X. 204.
9. — — Erweiterungsbau der Schul- und Küsterhäuser. IX. 490.
9. — — Priorität der Peculien im Concurse. X. 178.
10. — — *R.* Sicherung der auf die Gehaltsabzüge eines Beamten angewiesenen Gläubiger bei dessen Pensionirung. X. 76.
11. — — *Gesetz.* Zulässigkeit des Rechtsweges gegen Polizeiverfügungen. X. 20.
12. — — *R.* Pensionsbeiträge auf Kündigung oder Probe angestellter Beamten. IX. 453.

1842.

14. Mai. *R.* Einziehung der Geldstrafen etc. für Holzdiebstähle. X. 242.
21. — — zur C. O. vom 27. April, wegen der Insinuation. X. 40.
22. — *C. O.* Verkauf der Früchte auf dem Halme und des künftigen Zuwachses für Westphalen. IX. 214.
22. — — Publication der länger als 56 Jahre deponirten Testamente. IX. 127.
23. — *R.* Ausdehnung der postamtlichen Insinuationen. X. 41.
23. — — Erlasse an Bewohner in Nordamerica. X. 38.
23. — — Anlegung von Pupillengeldern in Eisenbahnactien. IX. 632.
25. — — zur C. O. vom 30. März (s. d.) IX. 454.
27. — — Kreis „Rügen“ statt Kreis „Bergen“ X. 38.
30. — *Plen. Beschl.* Klagen auf Entschädigung wegen Ablösung ausschliesslicher Gewerbeberechtigungen. X. 37.
30. — — Rechtliche Folgen einer im Wege des Arrestes eingetragenen Protestation. IX. 166.
31. — *C. O.* Stiftungsurkunde des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste. IX. 548.
31. — *Staats-Min. Beschl.* Anrechnung der Dienstzeit bei Pensionirung von Beamten, welche im Militair gedient haben. IX. 453.
31. — *R.* über die Eigenthumsverleihung nach der Verordn. vom 27. Juli 1808 in Preussen. IX. 243.
3. Juni. *Verordn.* Auseinandersetzung zwischen dem abgehenden und eintretenden Pfarrer in der Diöcese Culm. IX. 473.
3. — *R.* Gebühren- und Stempelfreiheit von Eintragungen rückständiger Kosten der Generalcommission. X. 362.
3. — — Anwendung der Instruction vom 7. April 1839. X. 66.
4. — — Mittheilung der Straferkenntnisse an Militairbehörden. X. 275.
13. — *C. O.* wegen der Landgemeindeordnung für Westphalen. IX. 240.
15. — — Reglement für die Wasser-Heilanstalten. IX. 683.
15. — — Geschäftsverkehr der Gerichte mit Justizofficianten-Wittwenkasse. X. 197.

1842.

17. Juni. *C. O.* Förmlichkeiten zur Erlangung der Verlassenschaft eines niederländischen Seemannes. X. 38.
20. — — Abänderungen der Competenzbestimmungen des Polizei-Reglements für Berlin. X. 242.
21. — *Verordn.* über Bildung eines Ausschusses der Stände des Königreichs Preussen. IX. 497.
21. — desgl. der Mark Brandenburg und der Niederlausitz. IX. 499.
21. — desgl. der Provinz Pommern. IX. 502.
21. — desgl. für Schlesien, Grafsch. Glatz u. Oberlausitz. IX. 504.
21. — desgl. der Provinz Posen. IX. 506.
21. — desgl. „ „ Sachsen. IX. 508.
21. — desgl. „ „ Westphalen. IX. 511.
21. — desgl. der Rheinprovinz. IX. 514.
21. — *R.* Einreden bei Untersuchungen wegen Holzdiebstahls. X. 241.
22. — *Verordn.* über die Befugnisse der Kreisstände im Königreich Preussen, Ausgaben zu beschliessen. IX. 530.
22. — *Reglement* über das Verfahren bei ständischen Wahlen. IX. 518.
22. — *R.* Verrechnung der Kosten von Erkenntnissen. X. 236.
25. — — Auslegung der *C. O.* vom 15. April (s. d.) X. 284.
25. — — Kosten in Requisitions- und Auftragssachen wegen Executionsvollstreckung. X. 359.
27. — — Ableistung des Manifestationseides wegen verlornen Schuldinstrumente X. 182.
27. — *Plen. Beschl.* über §. 276. Tit. 10. Th. I. A. G. O. X. 49.
27. — — Freihäuser, Umfang ihrer Befreiung. IX. 338.
1. Juli. *R.* Revision der Depositalkassen und Salarienkassen nebst Instruction dazu. X. 239.
1. — — Zinsen bei Judicialdepositorien der Untergerichte. X. 238.
2. — — Mittheilung von Straferkenntnissen an Militairbehörden. X. 275.
5. — *R.* Auslegung der *C. O.* vom 15. April (s. d.). X. 284.
20. — — Porto für Bestellungen von Amtssiegeln. X. 240.
21. — *C. O.* zu dem Reglement für Wasserheilanstalten. IX. 683.

1842.

28. Juli. *C. O.* Suspension des §. 5. des Edicts v. 9. October 1807. IX. 153.
28. — — Umzugstermin des Landgesindes in der Mark Brandenburg. IX. 199.
28. — *C. O.* Ausleihung von Depositalgeldern. X. 329.
29. — *Staatsvertrag* wegen der westphälischen Centralschulden. IX. 551.
30. — *C. O.* Abänderungen der Strafen von Tabackssteuer-Vergehen. IX. 584.
30. — — Declr. der §§. 10. u. 62. der Verordn. vom 30. Juni 1834, Geschäftsbetrieb der Generalcommissionen etc. X. 141.
30. — — wegen Vergütung der Reisekosten bei commissar. Geschäften. X. 355.
6. August. *R.* Erhebung von Bankzinsen durch die Gerichte. X. 332.
8. — — Regulirung eines Interimistici bei Ehescheidungen. X. 138.
9. — — Nichtanwendung des summarischen Unters. Verfahrens auf fiscalische Untersuchungen. X. 242.
18. — — Vermeidung von Etats - Ueberschreitungen bei sächlichen Ausgaben. X. 234.
19. — *C. O.* Tarif für das Bollwerksgeld zu Jarmen. IX. 617.
19. — — Einrichtung und Verwaltung der Patrimonialgerichte. IX. 624.
19. — — Geschäftsordnung für die vereinigten ständischen Ausschüsse. IX. 517.
26. — — Prioritätsactien der Berlin-Frankfurter Eisenbahn. IX. 610.
1. Septbr. *R.* Executionen gegen Militairpersonen in Kasernen etc. X. 74.
3. — — Eintragung von Schiffmühlen und der Strompacht im Hyp. Buch. X. 305.
5. — *Plen. Beschl.* Frist für die Nichtigkeitsbeschwerde in schleunigen Bausachen. X. 65.
5. — — Vermuthung für die eheliche Geburt. IX. 186.
9. — *R.* Stellung der Polizei-Districts-Commissarien in Schlesien. X. 78.
13. — — Kosteneinziehung bei Insinuationen. X. 236.
14. — — Prüfung von Recursgesuchen, Competenzstreit. X. 80.

1842.

15. Septbr. *Bundesheschluss*. Anordnung einer richterlichen Instanz für Beschwerdesachen der mediatisirten Reichsfürsten und des Reichsadels. IX. 493.
15. — *C. O.* Gerichtsbarkeit des fürstlichen Obergerichts zu Braunsfels über Eximirte. X. 26.
15. — — Gewährung von Kleidergeldern an Unterbeamte. X. 221.
16. — — Erleichterung der Patrimonialgerichtsherren bei Einrichtung von Gefängnissen und Depositorien. IX. 625.
16. — — Annahme von Obligationen der provinziellen Staatsschulden als depositalmässige Sicherheit. X. 328.
17. — *R.* Erwerb von Hypothekencapitalien Seitens ausländischer Corporationen. IX. 211.
19. — *Plen. Beschl.* Abrechnung der Verzugszinsen bei Abschlagszahlungen. IX. 138.
20. — *Publ. Pat.* des Bundestagsbeschlusses v. 28. Juli 1842 zum Schutz von Herders Werken. IX. 123.
21. — *Uebereinkunft* der Zollvereinsstaaten wegen Erfindungs-Patenten und Privilegien. IX. 380.
24. — *R.* Verrechnung der Baugelder-Zinsen. X. 234.
25. — — Nachweisung der Bestätigungs-Stempel zu Familienfideicommissen und Stiftungen. X. 342.
26. — — Ausleihung von Depositalgeldern. X. 329.
26. — *Zusammenstellung* der wegen des Erbschaftsstempelwesens ergangenen Verordnungen. X. 337.
26. — *R.* Vereinfachung der Erbschaftstempeltabellen. X. 234.
30. — — Befugniss des Beneficialerben, auf nothwendige Subhastation eines Nachlassgrundstücks anzutragen. X. 202.
1. Octbr. *R.* Eintragung des Miteigenthums für Ehegatten bei gesetzlicher Gütergemeinschaft. IX. 182.
3. — — Requisitionen an niederländische Behörden. X. 39.
4. — *C. O.* Censurfreiheit der Bücher über 20 Bogen. IX. 654.
5. — *R.* Abkommen mit Stadtcommunen wegen Criminalkosten. X. 284.
5. — *Vertrag* mit Reuss-Schleiz etc. wegen des Schutzes der Waarenbezeichnungen. IX. 694.
17. — *R.* Gewährung von Kleidergeldern an Unterbeamte. X. 222.
17. — *C. O.* Nachtrag zum Statut der Berlin-Frankfurter Eisenbahngesellschaft. IX. 610.

1842.

17. Octbr. *C. O.* Sportelfreiheit des Bürger-Rettungs- und Unterstützungs-Vereins zu Liegnitz. X. 69.
18. — — mit dem Zolltarif für 1843 bis 1845. IX. 582.
18. — — Erhöhung einiger Eingangszoll-Sätze. IX. 582.
21. — *R.* Unzulässigkeit einer Eintragung Rubr. II., dass der Besitzer ohne Consens eines Dritten ferner nichts in's Hypoth. Buch eintragen lassen dürfe. IX. 166.
26. — — Verwendung des Erkenntnisstempels. X. 236.
28. — — Gültigkeit von Verhandlungen der Schiedsmänner. X. 35.
28. — *C. O.* wegen Veräusserung der dem Justizfiscus gehörigen Grundstücke. IX. 598.
29. — *R.* Localien der Patrimonialgerichte. X. 335.
30. — — Beschäftigung der Referendare bei Unter - Gerichten. X. 220.
31. — — Commissionsgebühren der Referendarien. X. 354.
31. — — Uebersichten und Tabellen, welche von den Gerichten einzureichen sind. X. 234.
31. — *C. O.* Armenstiftung zu Tarnowitz. IX. 207.
31. — *Plen. Beschl.* Verpflichtung der Erbverpächter für die Lasten im Bergischen. IX. 251.
4. Novbr. *C. O.* Interimistische Verwaltung v. Patr. Gerichten. IX. 624.
7. — *R.* Amtliche Bezeichnung der vormaligen Reichsstände. X. 38.
11. — — Nachbringung reservirter Stempel. X. 233.
11. — *C. O.* Anstellung der Justizbeamten in Neuvorpommern. IX. 419.
14. — *R.* Stimmrecht etatsmässiger Assessoren. X. 218.
16. — — Bestellgeld recommandirter Briefe an Gerichte. IX. 618.
17. — — Criminal - Gerichtsstand der Intendanturbeamten. X. 266.
17. — — Kostenansatz in Unters. wegen Injurien. X. 358.
18. — — Entlassung freiwillig ausscheidender Referendarien und Auscultatoren. X. 220.
19. — — Besetzung der Patrimonialgerichte. IX. 624.
20. — — Subhastation eines gemeinschaftlichen Grundstücks formell noch nicht legitimirter Erben. X. 202.
22. — *C. O.* wegen des verheissenen Steuererlasses und umfassender Eisenbahnverbindungen. IX. 552.

1842.

22. Novbr. *Verordn.* Aufhebung der Ausfertigungs- und Verhandlungssporteln der Provinzialbehörden. IX. 444.
22. — — wegen Herabsetzung des Salzpreises. IX. 583.
25. — *C. O.* Verwendung der Zollstrafen und Confiscate. IX. 582.
25. — *R.* Competenz der Gerichtscommissionen im Bezirk des O. L. G. zu Frankfurt. X. 215.
28. — — Eintragung von polizeilichen Beschränkungen. X. 310.
2. Decbr. — wegen Notirung des reservirten Porto's. X. 240.
2. — — Kanzleidirector-Amt bei Untergerichten. X. 232.
3. — — Verpachtung von Grundstücken im Wege der Execution. X. 77.
5. — *Plen. Beschl.* Verträge über Beschränkung der Gewerbefreiheit. IX. 21.
8. — *R.* Diäten der Assessoren bei Inquisitoriaten. X. 354.
8. — — Fuhrgelder bei gemeinschaftlichen Reisen von Beamten. X. 355.
8. — — Parcellirungsbefugnisse der Erbzinsleute. X. 312.
9. — — Anstellungsansprüche der ehemals freiwilligen Jäger. IX. 416.
9. — *Verordn.* Anstellung der Directoren und Lehrer der Gymnasien. IX. 445.
9. — — Ermässigung der Strafen für Verletzung der Schonzeit. IX. 674.
14. — *C. O.* Bestätigung der Arrogationsverträge. IX. 190.
19. — — Begleitung der Missethäter zum Richtplatz durch Seelsorger. X. 277.
20. — *R.* Commissionsgebühren für übertragene Geschäfte. X. 354.
22. — *C. O.* Festungs-Arrest. X. 279.
23. — — Ausdehnung der strafmildernden *C. O.* v. 28. Octbr. 1836 wegen der Stempelstrafen. X. 339.
23. — *R.* Rechtswohlthat der Competenz ausser dem Concourse. X. 171.
24. — — Entlassung der Referend. u. Ausc. auf ihren Antrag. X. 220.
27. — *Bekanntmachung.* Fortdauer einiger Zollvereinsverträge für 1843. IX. 581.
27. — *R.* Gerichtsstand der Telegraphie-Beamten. X. 24.
31. — *C. O.* Personalarrest gegen Pensionirte. X. 78.
31. — *Gesetz* über die Aufnahme neu anziehender Personen. IX. 635.

1842.

31. Decbr. *Gesetz* über die Verpflichtung zur Armenpflege. IX. 637.
 31. — — über Erwerb und Verlust der Eigenschaft als preuss. Unterthan und Eintritt in fremde Staats-Dienste. IX. 627.

1843.

6. Januar. *Gesetz* über die Bestrafung der Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuen. IX. 644.
 6. — *R.* Insinuation der Erkenntnisse II. Instanz. X. 66.
 9. — *Plen. Beschl.* Eintragung des Allodificationszinses in Westphalen und Berg. X. 305.
 9. — *R.* Gerichtliche Verhandlungen der Dorfgerichte. IX. 243.
 12. — — Gütergemeinschaft bei westphälischen Bauergütern. IX. 257.
 16. — — Stimmrecht der Untergerichts-Assessoren. X. 218.
 16. — *C. O.* Gehalt beurlaubter Beamten. IX. 452.
 19. — — Löschung von Veräusserungsverboten in Südpreußen. X. 321.
 22. — *R.* Amts-Suspension der Justiz-Commissarien. X. 272.
 22. — — Wirksamkeit des Verbots der Einreichung eines offenen Inventars. IX. 632.
 23. — *Plen. Beschl.* Mündliche Gesellschaftsverträge. IX. 142.
 23. — — Veräusserungsbefugniß von Grundstücken bei lübischer Gütergemeinschaft. IX. 182.
 23. — — Einreden in der Revisionsinstanz. X. 60.
 24. — *R.* Schuldenmachen der Justizbeamten. X. 219.
 26. — — Versetzung der Referendarien. X. 220.
 30. — *Plen. Beschl.* Wirkung der Lehnspräclusion auf die Nachkommen der präcludirten Agnaten. IX. 157.
 31. — *Censur-Instruction.* IX. 656.
 31. — *Verordn.* Kirchenbücher in Neuvorpommern. IX. 463.
 1. Febr. *R.* Subhastation einer Bauergutsparcelle. X. 313.
 2. — *C. O.* Adelsverlust. IX. 415.
 3. — *R.* Sächliche Ausgaben der Gerichte. X. 235.
 3. — *C. O.* Schifffahrtsabgaben in den Häfen Danzig etc. IX. 616.
 3. — *R.* After-Vererbpachtung. IX. 169.
 3. — — Insertion der Steckbriefe in Amtsblätter. X. 284.
 3. — *C. O.* über die Karricaturen, Zerr- und Spottbilder. IX. 666.

1843.

4. Febr. *C. O.* Censur der Zeitungen und Flugschriften und Genehmigung der Censur-Instruction. IX. 655.
5. — *R.* Schwurzeugengebühren. X. 353.
7. — — Kosten für Publication der Erkenntnisse in Injuriensachen. X. 358.
9. — — Anstellung der Mandatsklagen der Justizcommissarien. X. 231.
10. — *Verordn.* Ergänzung des Feuersocietäts-Reglements für Westphalen vom 5. Januar 1836. IX. 409.
10. — *C. O.* Bestätigungsurkunde für die Breslau-Schweidnitz-Freiburger-Eisenbahngesellschaft. IX. 610.
11. — *R.* Kosten in Requisitionssachen. X. 237.
12. — — Auslegung der §§. 578. 579. Th. II. Tit. 18. A. L. R. IX. 633.
13. — — Bezeichnung der Orte bei gerichtlichen Erlassen. X. 38.
13. — *Verordn.* Legitimationsatteste bei Veräusserung von Pferden in den östlichen Provinzen. IX. 691.
13. — *Privil.* für die Stettiner Eisenbahngesellschaft wegen Emission von Obligationen auf den Inhaber. IX. 117.
14. — *R.* wegen der Vorschriften über Adelsverlust. IX. 415.
14. — *C. O.* Vollmachten der Inländer im Auslande. IX. 129.
14. — — wegen des Brückengeldes bei Wesel. IX. 617.
18. — *R.* Procuragebühren II. Instanz im summar. Prozess. X. 361.
19. — — Kostenansatz in Bagatellsachen etc. X. 236.
23. — — Schuldenmachen der Justizbeamten. X. 219.
23. — *Verordn.* Organisation der Censurbehörden. IX. 435.
24. — *C. O.* wegen einiger ständischer Verhältnisse in Preussen. IX. 521.
28. — *Gesetz* über die Benutzung der Privatflüsse. IX. 32.
3. März. *C. O.* Verwaltung der Patrimonialgerichte. IX. 624.
3. — *R.* Fassung der Ablösungsrecesse etc. X. 142.
3. — *C. O.* Regulirung der Centralschuld des ehemaligen Königreichs Westphalen. IX. 551.
3. — — Herabsetzung des Durchgangszolls von Getreide auf der Weichsel und dem Niemen. IX. 617.
5. — *Verordn.* über die Ausübung der Waldstreuberechtigung. IX. 173.

1843.

7. März. *Publicandum*. Ergänzung der Verordn. vom 9. December 1842 wegen Schonzeit des Wildes. IX. 674.
7. — *Verordn.* wegen Theilung gemeinschaftlicher Jagddistricte in Westphalen. IX. 143.
Ausführungsverordnung dazu. X. 149.
7. — — desgl. für die Mark Brandenburg, Niederlausitz und Sachsen. IX. 148.
Ausführungsverordnung dazu.. X. 159.
7. — *C. O.* Bestätigung des Nachtrags zum Statut der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft wegen Prioritätsactien. IX. 610.
8. — *R.* Gebühren der Appellations-Instanz. X. 348.
8. — — Stempelpflichtigkeit verschiedener Verhandlungen. X. 343.
9. — — Kosten für Justizbauten. X. 234.
10. — — Stempel in Miethsprocessen. X. 341.
13. — *Staatsvertrag* mit Hannover wegen der Emsschiffahrt. IX. 616.
13. — *R.* wegen Befolgung des §. 562. Crim. Ordn. und Verantwortlichkeit des Referenten hierbei. X. 278.
14. — — Fassung der Ablösungs- und Separations-Recesse und der Requisitionen wegen deren Eintragung. X. 142.
15. — *Staats-Min. Beschl.* Beurlaubung der Beamten. IX. 452.
17. — *R.* Gebührenansatz in Recurssachen. X. 358.
17. — *C. O.* Competenz der Polizei zur Bestrafung des Bettelns. IX. 646.
18. — *R.* Legung, Prüfung und Abnahme der Vormundschaftsrechnungen nebst Beilage. IX. 633.
21. — — Kosten der Erkenntniss-Publication in Injurien-sachen. X. 358.
22. — — Abfassung einzelner Eingaben durch die Justiz-Commissarien. X. 222.
27. — *Reglement* für die Feuersocietät der Grafschaft Hohnstein. IX. 410.
30. — *R.* Bearbeitung der Bagatellsachen. X. 217.
31. — — Kosten der Uebergabe von Patr. Gerichten. X. 236.
31. — *C. O.* betr. das Pfandbrief-Institut in Schlesien. X. 187.
6. April. *R.* Insertionen in die Wiener Zeitung. X. 39.
6. — — Kostenansatz im Mandats- und Bagatellprocess. X. 358.

1843.

6. April. *R.* Kosten bei Majorennitäts-Erklärungen. X. 355.
 7. — *C. O.* Brück- und Fährgeld am Rhein. IX. 617.
 10. — *R.* Gebührenforderungen substituierter Justizcommis-
 sarien. X. 231.
 11. — — Gebühren der Justizcommissare für Audienztermine.
 X. 361.
 12. — — Sicherstellung pupillarischer Real-Rechte. IX. 633.
 13. — *C. O.* Schadenersatz bei Beschädigung durch Lootsen.
 IX. 409.
 13. — *R.* Geschäftsverkehr mit der Bank. Friedrichsd'or. X.
 332.
 14. — — Ueberweisung ausstehender Forderungen. X. 75.
 15. — — Beurlaubung und Vertretung der Justizbeamten.
 IX. 452.
 18. — — Befolgung des §. 562. Crim. Ordn. X. 279.
 18. — *Plen. Beschl.* Bauten an der Gränze. IX. 97.
 18. — — Entschädigung beim Bergbau. IX. 621.
 19. — *R.* Schuldenmachen der Justizbeamten. X. 219.
 22. — — Recurs bei Mandatsklagen. X. 82.
 22. — — Competenz der Polizei zur Bestrafung des Bettelns.
 IX. 646.
 22. — — Strafumwandlung in eine ganz andere Strafe. X.
 281.
 24. — — Erkenntnisstempel in Alimentensachen von Ehe-
 leuten. X. 341.
 28. — *C. O.* Erneueretes Reglement für die Magdeburger Land-
 feuersocietät. IX. 410.
 28. — — Ausführungsverordnung dazu. IX. 410.
 28. — *R.* Verpflichtung der fiscalischen Behörden zur Edition
 von Acten. X. 44.
 2. Mai. *C. O.* Schlesischer Freiwilligen-Verein. IX. 207.
 2. — *R.* Neue Beweismittel im summarischen Prozess. X. 93.
 3. — — Recurs in Bagatellsachen. X. 80.
 4. — *C. O.* Scharfrichterei-Angelegenheiten in der Mark.
 IX. 627.
 4. — *Gesetz* über die Umschreibung ausser Curs gesetzter
 Papiere auf jeden Inhaber. IX. 131.
 4. — — über das Wiederincurssetzen solcher Papiere. IX.
 133.
 11. — — Verfahren bei gerichtlichen Verhandlungen mit
 Wenden. IX. 23

1843.

18. Mai. *R.* Gebühren der Magistrate bei Requisitionen der Gerichte. X. 348.
22. — *C. O.* Erhöhung der Gewerbesteuer für gewisse Ausländer. IX. 596.
27. — *R.* Stempel in sogenannten cumulirten Bagatellsachen. X. 341.
28. — — Summarischer und Bagatellprocess für Mandatargebühren. X. 231.
29. — — Vereidigung der Subalterngehülfen. X. 233.
29. — *C. O.* Ernennung der Mitglieder des Obergerichts. IX. 440.
30. — — Bestätigung des Statuts für die Allensteiner Kreis-corporation für Meliorationsanlagen. IX. 615.
30. — — Ermässigung von Schifffahrtsabgaben. IX. 617.
1. Juni. *R.* Gebührenwesen. X. 236.
7. — *C. O.* Vertretung einiger Deichsocietäten in Processen. X. 37.
7. — — Publ. Patent des Bundesbeschl. vom 15. Septbr. 1842 (s. d.) IX. 493.
7. — *R.* Anstellung der Subalternen. X. 221.
9. — — Copialien der Justizcommissare. X. 360.
10. — — Taxationsgebühren bei Executionen. X. 75.
12. — *Plen. Beschl.* Priorität bei hypothekarischen Eintragungen. IX. 160.
12. — — Vorzugsrecht des Schürfscheins. IX. 621.
12. — — *actio Pauliana* bei einer durch einen Vertrag erst entstandenen Insolvenz. X. 172.
17. — *R.* Requisitionen nach Ungarn u. Siebenbürgen. X. 39.
19. — — Auseinandersetzung nach Ehescheidungen. IX. 179.
19. — — Zweifel in Betr. des Ges. v. 4. Mai. Wiederincurssetzen von Papieren. IX. 133.
19. — — Aufhebung des erbschaftlichen Liquidationsprocesses. X. 181.
20. — *Reglement.* Befugniss approbirter Medicinalpersonen zum Dispensiren homöopathischer Heilmittel. IX. 397.
20. — *R.* Competenz der Steueruntersuchungsrichter. X. 268.
23. — *C. O.* Regenwalder Kreisobligationen. IX. 117.
26. — *R.* Frankfurter Pensionsverein der Justiz-Commissarien. IX. 207.
26. — *Plen. Beschl.* Wechsel auf eigene Ordre. IX. 403.

1843.

27. Juni. *C. O.* Aufhebung gewisser Consensvorbehalte des Fiscus. X. 320.
27. — *R.* nebst Bericht des Geh. Ob. Trib. Unterzeichnung der Audienzprotokolle in Posen. X. 62.
28. — *Verordn.* betr. die alten und neuen Zweigroschenstücke. IX. 136.
29. — *Bekanntm.* der Uebereinkunft vom 21. Septbr. 1842. wegen Ertheilung von Erfindungspatenten etc. IX. 380.
30. — *Verordn.* Vorschriften für die Presse und Censur. IX. 659.
1. Juli. *R.* Postamtliche Insinuationen. X. 41.
1. — *Reglement* für das Verfahren beim Ob. Censurgericht. IX. 659.
3. — *Verordn.* Einkünfte einiger katholischer Curatstellen. IX. 471.
3. — *C. O.* Befolgung des §. 562. der Crim. Ordn. X. 279.
3. — — Aufgebot von Hypothekendocumenten über Domanalabgaben u. Inventariengelder. X. 322.
5. — — Statuten des Sterbekassenvereins in Posen. IX. 207.
6. — — Gehaltabzüge der Officiere. X. 77.
7. — *R.* Genehmigung von Bauten. X. 235.
7. — — Befolgung des §. 562. Crim. Ordn. X. 279.
10. — — Veräußerung der Grundstücke einer minderjährigen Ehefrau. IX. 188.
11. — *C. O.* mit dem Reglement vom 20. Juni betr. die homöopathischen Arzneimittel. IX. 396.
12. — *R.* Eintheilung der Thierärzte und deren Zuziehung als Sachverständige. X. 42.
12. — — Freiwillige Gerichtsbarkeit bei Patr. Gerichten. X. 209.
13. — — Beständige Deputationen für Testamente. X. 209.
14. — *C. O.* Rechtsgeschäfte der Städte- und Landgemeinen in Westphalen. IX. 343.
14. — *Verordn.* Einführung eines gleichen Haspelmaasses in Westphalen. IX. 25.
14. — *C. O.* Versiegelung beim Ableben rheinischer Beamten. X. 211.
18. — — Oeffentliches Auftreten der Beamten. X. 215.
18. — *R.* Auslagen in unvernünftigen fiscal. Untersuchungen. X. 126.
19. — — über das Verfahren im summarischen etc. Processe. X. 93.

1843.

20. Juli. *Verordn.* Ehrengerichte des Officierstandes. IX. 707.
 20. — — Verfahren der Ehrengerichte. IX. 716.
 20. — *R.* Klageanmeldung zur Unterbrechung der Verjährung. X. 37.
 20. — — Regress gegen Kassenrendanten. X. 239.
 21. — *Verordn.* Einlegung der Rechtsmittel. X. 52.
 21. — — Befugniss der Justizcommissare zur Anfertigung von Rechtsschriften aller Art. X. 222.
 21. — — Berechnung des Streitgegenstandes in Civilprocessen. X. 54.
 21. — *Decl.* Alimentationspflicht der Verwandten. IX. 187.
 21. — *Verordn.* Schenkungen an geistliche Stiftungen. IX. 460.
 24. — *Staatsvertrag* mit Baiern wegen des gegenseitigen Schutzes der Waarenbezeichnungen. IX. 694.
 24. — — mit Sachsen wegen der Breslau-Dresdner Eisenbahn. IX. 610.
 28. — *C. O.* Subalternen als Patrimonialrichter. IX. 624.
 29. — *R.* Gebühren für Gutachten in fiscalischen Untersuchungen. X. 125.
 1. August. — Geschäftsverwaltung und Gebühren der Justiz-Commissarien. X. 360.
 1. — — Untersuchung gegen Landstreicher etc. IX. 646.
 5. — — Sterbe- und Gnadenmonat der Beamten. IX. 454.
 8. — — Todesanzeigen durch Kreis-Justizräthe. X. 216.
 8. — — Commissionsgebühren in Requisitionssachen. X. 354.
 11. — *Verordn.* Subhastationen zum Zweck der Auseinandersetzung. X. 202.
 11. — *C. O.* Anstellung der Militair-Invaliden. IX. 416.
 14. — *R.* Diäten der Bureau-Gehülfen. X. 354.
 14. — — Verrechnung verdorbenen Stempelpapiers. X. 233.
 15. — *Staatsvertrag* mit Braunschweig über den gegenseitigen Schutz der Waarenbezeichnungen. IX. 694.
 18. — *Privil.* Ausfertigung von Demminer Kreisobligationen. IX. 117.
 20. — *R.* über „Militairpersonen im Dienst.“ X. 100.
 25. — *C. O.* Tarif von Canalgefällen etc. IX. 617.
 26. — *R.* Frist für die Rechtsmittel im Injurienprocess. X. 97.
 26. — *Bestätigung* der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft. IX. 610.

1843.

30. August. *Staatsvertrag* mit den Elbuferstaaten betr. das Revisionsverfahren auf der Elbe. IX. 616.
4. Septbr. *Plen. Beschl.* zu §. 731. Tit. 18 Th. I. A. L. R. IX. 163.
4. — — Theilnahmerecht Unangesessener an der Gemeinweide. IX. 142.
4. — — Nichtigkeitsbeschwerde. Prozessvorschriften. X. 63.
5. — *C. O.* Breslauer Sterbekassenverein. IX. 207.
7. — *R.* Copialien der Justiz-Commissarien. X. 360.
8. — *Privil.* für die Rheinische Eisenbahngesellschaft wegen Emission von Obligationen auf den Inhaber. IX. 116.
12. — *R.* Duisburger Statutarrecht. IX. 181.
15. — — Insinuation der Erkenntnisse II. Instanz. X. 53.
15. — — Einlegung der Rechtsmittel. X. 52.
16. — — Amtscautionen. IX. 432.
16. — — Publication der Urtheile in Injuriensachen. X. 126.
23. — — Kosten der Recursinstanz. X. 358.
23. — *C. O.* Niederschlagung geringer Kostenbeträge etc. X. 238.
28. — *R.* Einlegung der Rechtsmittel. X. 52.
8. Octbr. — Commissionsgebühren in Requisitionssachen. X. 354.
9. — *Plen. Beschl.* Nichtigkeitsbeschwerde. X. 62.
11. — *R.* *Forum contractus* bei Minderjährigen. X. 24.
13. — *Verordn.* Freilassung des Bettwerks bei allen Executionen. X. 74.
13. — *C. O.* Gebühren für Auszüge aus Feuerkatastern. IX. 409.
14. — *Revid.* Städte-Ordn. an Sulmierzyce. IX. 345.
14. — *R.* Salarienkassenwesen. X. 238.
17. — — Verfahren in Bagatellsachen. X. 94.
17. — — Kassenwesen bei Gerichtscommissionen X. 236.
18. — — Unzulässigkeit des Ansatzes von Zählgeldern. X. 356.
19. — — Copialien für Kostensetzungsdecrete. X. 360.
20. — — Preis der Dienstsiegel. X. 240.
22. — — Löschung gewisser Consensvorbehalte des Fiscus. X. 320.

1843.

25. Octbr. *R.* Militairgnadengehalt Verurtheilter. IX. 650.
27. — — Copialien für Kostenzahlungsmandate. X. 359.
27. — — nebst Bericht des Geh. Ob. Trib. über Einwerfung eines Altentheils bei statutarischen Erbtheilungen der Eheleute. IX. 183.
28. — — Bestrafung ausländischer Vagabunden. IX. 645.
5. Novbr. *C. O.* Cassation der Beamten. IX. 677.
5. — — *Decl.* Consens der Agnaten zur Verpfändung von Lehngütern in der Mark. IX. 155.
7. — — *R.* Sportelfreiheit der Eisenbahngesellschaften. X. 68.
7. — — Bestrafung der Landstreicher etc. IX. 646.
9. — — *Gesetz* über Actiengesellschaften. IX. 200.
9. — — *Verordn.* wegen Verkaufs der Früchte auf dem Halme und des Zuwachses. IX. 214.
9. — — *C. O.* Rechtsverhältnisse der Mennoniten. IX. 30.
9. — — *R.* Inventarien über Bücher u. Utensilien. X. 236.
11. — — *C. O.* Competenz des Ob. Appell. Senats des Kammergerichts als III. Instanz in Injuriensachen. X. 127.
13. — — *R.* Commissionsgebühren. X. 354.
13. — — Asservate der Kreis-Justizräthe. X. 216.
14. — — Bestrafung der Landwehrmänner wegen unterlassener Ab- oder Anmeldung. IX. 706.
14. — — Verfahren bei Untersuchungen wegen Widersetzlichkeit gegen Gendarmen. X. 100.
14. — — Vergütung von Dienstreisekosten. X. 355.
18. — — *Uebereinkunft* mit Schwarzburg Sondershausen wegen der gegenseitigen Gerichtsbarkeitsverhältnisse. X. 39.
20. — — *R.* Stempel bei Verträgen mit dem Fiscus. X. 337.
24. — — *Verordn.* Normaljahr 1797 zum Schutz gegen fiscale Ansprüche in Westpreussen. IX. 105.
24. — — *C. O.* Amortisation der zinsbaren Capitalschuld von Elbing IX. 117.
24. — — Steigungssätze für die Gewerbesteuer. IX. 596.
24. — — *Verordn.* wegen der executiven Beitreibung der Steuern etc. in der Rheinprovinz. IX. 602.
24. — — Bürgerliche Rechte bescholtener Personen in den mit einer der beiden Städte-Ordnungen beliebigen Städten. IX. 337.
24. — — Auslegung von Staatsverträgen. IX. 24.

1843.

24. Novbr. *C. O.* Decl. der *C. O.* vom 14. Juli 1834 für Westphalen. IX. 12.
25. — — Rang der Kreissecretaire. IX. 434.
27. — *Concessions- und Bestätigungs-Urkunde* für die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahngesellschaft nebst Statut vom 26. August. IX. 610.
1. Decbr. *C. O.* Competenz in Bewässerungssachen. IX. 44.
1. — *Verordn.* Wispelmass beim Getraidehandel. IX. 26.
1. — *Geschäfts-Reglement* des O. L. G. zu Bromberg. X. 215.
4. — *Plen. Beschl.* Unzulässigkeit der Revision wegen Theilnahmerechten an Privatgesellschaften. X. 59.
4. — *R.* Einsperrung der Landstreicher. IX. 645.
6. — — Competenzbestimmungen des Gesetzes über die Benutzung der Privatflüsse. IX. 44.
7. — — Gebühren der Officialmandatare. X. 67.
8. — *C. O.* Verkehr hausirender Reisenden. IX. 597.
12. — *R.* Urtelseinsendung bei Unters. gegen Beamte. X. 275.
15. — *C. O.* Herabsetzung von Zinsen der Pfandbrief-Schuldner der ostpreussischen Landschaft. X. 189.
15. — — Tarif der Oderschleusen-Abgaben. IX. 617.
15. — *R.* Actenrotulus in Nichtigkeitsbeschwerdesachen. X. 232.
16. — *C. O.* Adoption eines Bürgerlichen durch Adelige. IX. 190.
18. — *Concessions- und Bestätigungs-Urkunde* und Statut für die Cöln-Mindener Eisenbahngesellschaft. IX. 611.
22. — *Verordn.* Spielen an der Bank zu Cöthen. IX. 692.
22. — *C. O.* Amtse cautionen der Kassenrendanten. IX. 433.
22. — — Eisenbahnactien als pupillen- und depositalmässige Sicherheit. X. 328.
22. — *R.* Actien ausländischer Eisenbahnen. X. 328.
22. — *C. O.* Contraventionen bei Mahl- und Schlachtsteuer. IX. 594.
22. — *Verordn.* Verbot der Ehe zwischen Stief- oder Schwieger-Eltern und -Kindern. IX. 178.
22. — *C. O.* Nichtanwendung des §. 40. Tit. 23. Th. I. A. G. O. auf arme Kirchen und Pfarreien. X. 67.
27. — *R.* Anlegung der Acten. X. 232.
29. — — Requisitionen an niederländische Behörden. X. 39.

1843.

29. Decbr. *Verordn.* Verschuldung, Parcelirung und Normalabschätzung der Bauergüter. IX. 243.
 29. — *C. O.* Ergänzungen der Tarife für die Lootsengebühren auf den Odermündungen. IX. 617.

1844.

3. Januar. *C. O.* Schifffahrtsabgaben in Königsberg und Elbing. IX. 616.
 4. — *R.* Gebühren der Justizcommissarien in Concursprocessen. X. 362.
 5. — *C. O.* Abhülfe der Beschwerden über das bürgerliche Erbfolgegesetz für Westphalen. IX. 255.
 8. — — Aufhebung des Erbrechts der Zuchthäuser. IX. 643
 8. — *R.* Untersuchungskosten der Angehörigen von Invaliden. X. 284.
 10. — — Minderung der Strafe ausländischer Landstreicher. IX. 645.
 11. — — Prozessart bei subjectiver Klagecumulation. X. 57.
 14. — *Instr.* der Wachen wegen der Verhaftungen. X. 268.
 15. — *R.* Berechnung der Fristen für Vorrechte der II. Klasse im Concurse etc. X. 171.
 16. — — Holzdiebstahl, Repositionsberichte. IX. 690.
 16. — — Summarisches Untersuchungsverfahren. X. 243.
 17. — *C. O.* Diäten und Reisekosten in Bewässerungssachen. IX. 44.
 17. — *R.* Mittheilung der Straferkenntnisse an die Departementschefs und Regierungen. X. 275.
 18. — — Mittheilung der Entscheidungsgründe von Straferkenntnissen an den Angeeschuldigten. X. 276.
 22. — *Plen. Beschl.* Illegitimitätserklärung gegen in der Ehe geborne Kinder. IX. 187.
 22. — — Recht auf freies Brennholz, dessen Umfang und Unterschied vom Recht zu Raff- und Leseholz. IX. 173.
 24. — *Declar.* über den Majorennitätstermin der Juden. IX. 20.
 24. — *Verordn.* Festsetzung und Ersatz der Kassendefecte. IX. 449.
 26. — *C. O.* Bestätigung des Nachtrags zum Statut der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft. IX. 610.
 29. — *R.* Requisitionen nach Frankreich. X. 38.
 30. — — Feuergefährliches Tabackrauchen. IX. 696.

1844.

3. Febr. *C. O.* zur Instruction für die Wachen. X. 268.
5. — — Universitäts-Quästur Berlin, Einklagung von Honoraren. X. 36.
5. — *R.* Annahme etc. von Lohnschreibern. X. 233.
5. — *C. O.* Jurisdictionsbezirk des Berggerichts Waldenburg. X. 27.
5. — *Plen. Beschl.* Mäkler, deren Taschenbücher. IX. 405.
6. — *R.* Mainzer Advokaten-Verein. IX. 670.
12. — — Verpflichtung der Stadtgemeinen zur Anlegung und Unterhaltung der Justizgefängnisse. X. 235.
16. — — Requisitionen an niederländische Behörden. X. 39.
16. — *C. O.* Bestätigung des Nachtrags zum Statut der Breslau-Freiburger Eisenbahn, Prior. Actien. IX. 610.
20. — *Handels- und Schifffahrtsvertrag* mit Portugal. IX. 581.
20. — *R.* Kosten in Untersuchungen über den Tod eines Selbstmörders. X. 284.
21. — — Verfahren bei Beschlagnahme falscher Münzen. X. 272.
22. — — Gebühren. Justizcommissarien. Gerichtscommissionen. X. 360.
24. — — Jährliche Geschäfts-Uebersichten. X. 234.
26. — *Plen. Beschl.* Schlesische Urbarien, Laudemium. IX. 159.
27. — *R.* Gebührenansatz für Zeugenvernehmungen. X. 356.
28. — — Gebühren- und Stempelfreiheit der Depositionen in Auseinandersetzungssachen. X. 362.
28. — *C. O.* Abänderung zum Zolltarif für 1843 — 45. IX. 582.
29. — *Plen. Beschl.* Stillschweigende Wechselacceptation. IX. 402.
1. März. *C. O.* Strafe von Beleidigungen zwischen Militair und Civil. IX. 681.
4. März. *Statut* der Niederschlesischen Zweigbahn Glogau-Sagan. IX. 610.
25. Septbr. — — — — —
4. März. *R.* Gebühren im summarischen Prozess. X. 358.
7. — — — — — Anlegung von Ablösungsgeldern in Staatsschuld-scheine. X. 328.
8. — *C. O.* Abpfändung von Mobilien in Berlin. X. 75.
11. — *Staatsvertrag* mit Luxemburg wegen Auslieferung flüchtiger Verbrecher und Declar. dazu. X. 268.

1844.

11. März. *R.* Instruction. Erziehungsberichte. IX. 631.
17. — — — Entbehrlichkeit der Decharge in Vormundschafts-
sachen ohne Vermögensverwaltung. IX. 635.
22. — — — *Verordn.* Erbtheilungstaxen bauerlicher Nahrungen
in Westpreussen. X. 214.
22. — — — Aufruf der Realberechtigten in Westphalen. X.
287.
29. — — — Gebühren, Diäten und Reisekosten der Sachver-
ständigen und Zeugen, sowie Reise- und Zehrungs-
kosten der Parteien. X. 350.
29. — — — *Gesetz.* Gerichtliches und Disciplinar-Strafverfahren
gegen Beamte. X. 100.
29. — — — *Verordn.* Verfahren bei Pensionirungen. IX. 454.
31. — — — *R.* Verträge wegen Verpflegung der Gefangenen u. dgl.
X. 266.
1. April. *R.* Relationen in der Appellationsinstanz. X. 66.
9. — — — *C. O.* mit dem Haupt-Finanz-Etat für 1844. (s. G. S. S. 93.)
9. — — — *Plen. Beschl.* Unterhaltung des Wasserablaufs in
Privatflüssen. IX. 32.
9. — — — Dispositionsbefugnisse des überlebenden Ehegatten
bei Münsterscher Gütergemeinschaft. IX. 188.
11. — — — *R.* Versorgungsberechtigte Militairpersonen. IX. 416.
12. — — — *C. O.* Niederschlagung alter Sportelreste. X. 239.
12. — — — Competenz der Gerichte und Auseinandersetzungs-
behörden. X. 141.
12. — — — *R.* Legitimation der Justizcommissarien zur Nach-
suchung von Eintragungen. X. 307.
13. — — — *Zusatzacte* zum Elbschifffahrtsvertrage v. $\frac{23}{6}$ 21.
IX. 616.
13. — — — *Staatsvertrag* wegen schifffahrts- und strompolizei-
licher Vorschriften für die Elbe. IX. 616.
13. — — — der Elbuferstaaten mit Hannover wegen des Bruns-
hauser Zolles. IX. 616.
19. — — — *C. O.* Veröffentlichungen der Städtischen Behörden.
IX. 339.
19. — — — *Patent.* Publ. des Provinzialrechts für Westpreussen
nebst dem Provinzialrecht selbst. IX. 1.
19. — — — *C. O.* mit Tarif der Hafengelder zu Memel. IX. 617.
19. — — — *Staatsvertrag* wegen der Thüringer Eisenbahn.
IX. 611.
19. — — — *C. O.* Verein. zur Regulirung des Schuldenwesens im
Kreise Warburg. IX. 207.

1844.

- 22 April. *Plen. Beschl.* Uebergang eingetragener dauernder Lasten auf den Erwerber bei Subhastationen. IX. 110.
26. — *Verordn.* Gerichtsstand der im Auslande stationirten Steuerbeamten. X. 25.
26. — — Aufhebung eines Provinzialgesetzes der Oberlausitz. IX. 43.
27. — *C. O.* Aberkennung der Nationalcocarde bei Verurtheilung zu lebenswieriger Freiheitsstrafe. IX. 648.
4. Mai. — Prediger - Wittwen - Societät zu Landshut etc. IX. 207.
5. — *R.* Mitwirkung der Vormundschaftsgerichte bei Erbauseinandersetzungen neben befreiten Vormündern. IX. 631.
7. — *Regl.* Vernichtung der Beläge berichtiger Rechnungen in allen Königl. Kassen. X. 237.
9. — *R.* Prüfung und Niederschlagung alter Sportelreste. X. 239.
9. — *R.* Reisekosten der vorübergehend beschäftigten Militair-Versorgungsberechtigten. X. 355.
10. — — Uebergang der Schulden und Lasten auf neue Grundstücke bei Retablissements niedergebrannter Orte. IX. 167.
10. — *C. O.* Erweiterung der Befugnisse der Chefpräsidenten zur Anstellung der Subalternen. IX. 419.
10. — — Bestätigung für die Wilhelmsbahngesellschaft. IX. 610.
10. — — Verpflichtung der Militair-Vorspannpflichtigen zur Stellung von Reitpferden. IX. 242.
11. — *R.* Befugniss der Regierungen zur Genehmigung von Austauschungen gewisser Güter. X. 312.
12. Mai. *Bekanntm.* der mit Oesterreich getroffenen Ueber-
16. Juni. einkunft wegen der Concurse. X. 180.
13. Mai. *C. O.* Aufgebot wegen des Brandes zu Loslau. X. 182.
13. — — Gebührenfreiheit der Instruction von Kriegsentschädigungsforderungen. X. 69.
14. — *R.* Nachträgliche Abschreibung von Parcellen im Hypothekenbuche des Hauptguts. X. 311.
15. — — Auslegung des §. 8. der Verordn. v. 21. Juli 1843 wegen Berechnung des Streitgegenstandes. X. 57.
15. — — Gebühren- und Stempelfreiheit, Canal- und Flussbauten, Entschädigung. X. 68.

1844.

16. Mai. *C. O.* Strafbefugniss der Landwehr-Bataillons-Commandeurs gegen Landwehrmänner. IX. 706.
17. — — Bestät. Urk. der Magdeburger Feuerversicherungs-Actiengesellschaft. IX. 205.
17. — *R.* Wirksamkeit der Kreisjustizräthe bei Executionsvollstreckungen. X. 216.
17. — — Strafgesetze gegen den Diebstahl im Königr. Polen. IX. 646.
20. — — *Kartel-Convention* mit Russland. X. 269.
24. — *Verordn.* Eröffnungen von Actienzeichnungen für Eisenbahnen und Verkehr mit solchen Papieren IX. 113.
24. — *C. O.* Verwandlung von Stempel- in Freiheits-Strafen. X. 338.
24. — — Dampfschiffahrt auf Rhein und Mosel. IX. 615.
28. — *Plen. Beschl.* Gewährsansprüche der Pächter. IX. 171.
29. — *R.* Uebernahme der von der Stadtgemeinde Berlin bisher getragenen Lasten der Gerichtsbarkeit auf den Criminalfonds. X. 284.
31. — — Geschäfts-Uebersichten der Gerichte. X. 234.
31. — — Vernichtung erledigter Kassenbeläge. X. 237.
31. — — Nichtzulassung zur Auscultator-Prüfung. X. 219.
1. Juni. *R.* Nichteinstellung der mit, 3 Monate nicht übersteigenden, Freiheitsstrafen belegten Landwehrmänner in Straf-Sectionen. IX. 647.
3. — — Eintragung rückständiger Gerichtskosten in das Hypothekenbuch. X. 77.
7. — *Verordn.* Anordnung eines Handelsraths, Errichtung eines Handelsamts. IX. 441.
7. — *Regulativ* betr. das Verfahren bei Chaussee-Uebertretungen. X. 116.
8. — *Verordn.* Modification des Gesetzes vom 27. März 1824 und 2. Juni 1827 wegen der Provinzialstände in Schlesien. IX. 523.
10. — *C. O.* zu §. 18 der Kreis-Ordnung für Posen. IX. 539.
10. — — Vorladung des Appellanten zum Rechtfertigungstermin im ordentl. und summar. Prozess. X. 53.
10. — *R.* Erbschaftsstempel von Erbschaften der Dienstboten. X. 341.
10. — *C. O.* Militairversorgungsberechtigte als Lohnschreiber. X. 233.

Erklärung einiger Abkürzungen.

<i>A. L. R.</i>	Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten.
<i>A. G. O.</i>	Allgemeine Gerichtsordnung für die Preussischen Staaten.
<i>Crim. Ordn.</i>	Criminal-Ordnung für die Preussischen Staaten.
<i>Hyp. Ordn.</i>	Hypotheken-Ordnung für die Preussischen Staaten.
<i>Dep. Ordn.</i>	Depositat-Ordnung für die Preussischen Staaten.
<i>Publ. Pat.</i>	Publicationspatent resp. des Allg. Landrechts, der Allg. Gerichtsordnung etc.
<i>Ges.</i>	Gesetz.
<i>Declar. oder Decl.</i>	Declaration.
<i>Instruct.</i>	Instruction.
<i>C. O.</i>	Cabinetsordre.
<i>Rescr. oder R.</i> . . .	Justiz-Ministerial-Rescript.
<i>G. S.</i>	Gesetz-Sammlung für die Preussischen Staaten.
<i>v. K. Jhrb.</i>	von Kamptz Jahrbücher für die Preussische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung.
<i>Min. Bl.</i>	Justiz-Ministerial-Blatt.
<i>Entsch. des Geh. Ob. Trib.</i>	Entscheidungen des Königl. Geheimen Ober-Tribunals.

Geh. Ob. Trib. . . . Geheimes Ober-Tribunal.

Ob. L. Ger. Oberlandes-Gericht.

Plen. Beschl. . . . Plenar-Beschluss des Geh. Ober-Tribunals.

Verordn. Verordnung.

Bd. Band.

S. Seite.

s. siehe.

Berichtigungen.

Im IX. Bande.

- Seite 169. Zeile 1 statt: „üben“ lies: „über“
- 171. Th. I. Tit. 22. §. 13. Z. 5 st. „unterworfen“ l. „unterbrochen“
 - 186. Z. 6 von unten ist „nicht“ fortzulassen.
 - 200. Z. 5 von oben st. „Dienstleute“ l. „Instleute“
 - 625. Th. II. Tit. 17. §. 93. seqq. Z. 3 st. „S. 193.“ l. „S. 765.“
 - 647. Z. 25 von oben st. „entfernteste“ l. „entfernte“
 - 707. Z. 12 v. o. st. „1849. G. S. S. 299.“ l. „1843. G. S. 1844 S. 299.“

Im X. Bande.

- Seite 94. Z. 2 von unten st. „Gerichtstermine“ l. „Gerichtsferien“
- 268. Z. 7 von unten st. „Novbr.“ l. „Octbr.“

1844.

14. Juni. *C. O.* Besteuerung fremden Eisens. IX. 582.
14. — *R.* Verfahren vor Schiedsmännern in Schlesien. X. 35.
14. — — Eintragung des Kaufpreises in's Hypothekenbuch. X. 305.
15. — — Vorladung des Appellanten. X. 53.
15. — *Verordn.* über das Feuersocietäts-Reglement für ländliche Grundbesitzer im Regierungsbezirk Königsberg. IX. 410.
15. — — desgl. im Regierungsbezirk Gumbinnen. IX. 410.
17. — *Plen. Beschl.* Unüberwindliche Abneigung als Ehescheidungsgrund. IX. 185.
17. — — Zulässigkeit eines definitiven Revisionserkenntnisses vor Ableistung eines Eides. X. 49.
17. — — Erwerb persönlicher Forderungsrechte durch unvordenkliche Verjährung. IX. 100.
19. — *R.* Instruction der Kriegsentschädigungs-Forderungen gebührenfrei. X. 69.
19. — — Beseitigung des Einwands der Verjährung durch Eidesdelation. X. 37.
19. — *Plen. Beschl.* Grosse Kanzeleltaxe bei Erbfällen in Schlesien, Sanctio pragmatica. Prov. Recht. IX. 16.
20. — *R.* Anstellung der Subalternen durch die Präsidenten. X. 221.
21. — *C. O.* Kleinhandel, Gast- und Schankwirthschaft. IX. 346.
21. — — Aufhebung des Werthstempels bei Erb- Auseinandersetzungen. X. 338.
24. — *Reglement* für den Lootsendienst auf dem Rheine. IX. 615.
24. — *C. O.* Judenwesen in Posen. IX. 17.
24. — *R.* Dechargen in Vormundschaftssachen. IX. 635.
26. — — Jahresübersichten bei Salarienkassen. X. 239.
26. — *Instr.* des Kriegsministerii für Festsetzung und Ersatz der Militair-Defecte. X. 452.
27. — *C. O.* Verlust der Hamburger Brandmedaille. IX. 648.
27. — — Publication und Einführung der Kriegsartikel. IX. 722.
27. — *Kriegsartikel* für das preussische Heer. IX. 723.
27. — *Verordn.* Anwendung der Kriegsartikel und der Militairstrafen. IX. 735.
28. — *C. O.* in Bezug auf die *Verordn.* über das Verfahren in Ehesachen. X. 129.

1844.

28. Juni. *Verordn.* über das Verfahren in Ehesachen. X. 130.
28. — — Abänderung der Eidesformeln. X. 45.
28. — — Eide Namens des Fiscus. X. 48.
28. — *C. O.* Anwendung des Ges. vom 7. Juni 1821 wegen der Holzdiebstähle. IX. 689.
29. — — Executionsbefugniss der posenschen Landschaft gegen Gutspächter. X. 71.
30. — *R.* Nichtverhaftung der Zeugen bei Duellen. X. 272.
1. Juli. *C. O.* Eingangszollsätze von Zucker, Syrup, Steuer von Rübenzucker. IX. 582.
1. — *R.* Sterbe- und Gnaden-Monat von Beamten. IX. 454.
5. — *C. O.* Competenz der Ober-Landesgerichte in Preussen und Schlesien bei Streitigkeiten des Patrimonial-Gerichtsherrn. X. 26.
5. — *Verordn.* Schutz gegen Nachdruck. IX. 119.
5. — *Ges.* über Nachtweide und Einzelnhüten in der Rheinprovinz. IX. 173.
5. — *C. O.* Gnadengehalt der Militair-Invaliden. IX. 417.
6. — *R.* Competenz der Berggerichte gegen Bergbeamte. X. 27.
8. — *Verordn.* wegen Bestrafung des Negersclavenhandels. IX. 685.
12. — *C. O.* Concession und Bestätigung für die Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft. IX. 611.
12. — *R.* Gerichts- und Steuerbehörden, Einziehung von Gefällen. X. 242.
18. — *C. O.* Zeugenvernehmung vor Ehrengerichten. IX. 721.
19. — — Aufhebung der Staatsbuchhalterei. IX. 434.
19. — *R.* Zulässigkeit der executivischen Beschlagnahme der Civilkleider der Militair-Chirurgen. X. 74.
23. — *Verordn.* zum Feuersocietäts-Reglement für die Rheinprovinz. IX. 409.
23. — *Revidirtes Feuersocietäts-Reglement* für die Städte der Kur- und Neumark. IX. 410.
23. — *Privil.* Regenwalder Kreisobligationen. IX. 117.
27. — *R.* Portofreiheit der Correspondenz mit hannöverschen Behörden. X. 39.
30. — — Verfahren bei Rückzahlung von Amts-Cautionen zum gerichtlichen Depositorium. IX. 433.
5. August. *C. O.* Schlussverhör in summarischen Untersuchungen. X. 243.

1844.

12. August. *R.* Ausführung der Cartelconvention mit Russland. X. 269.
13. August. *Uebereinkommen* mit Oesterreich wegen kostenfreier Erledigung gerichtlicher Requisitionen. X. 39.
10. Septbr.
14. August. *R.* Gnadengehalt der Militair-Invaliden. IX. 417.
18. — *C. O.* Porto-Ermässigung von Briefen etc. IX. 618.
19. — — Schiffahrtsabgaben auf der Deime etc. IX. 617.
19. — *Gesindeordnung* für die Rheinprovinz. IX. 199.
19. — *R.* Bestätigung der Depositat-Mandaten-Buchführer. X. 221.
20. — *C. O.* Concession und Bestätigung für die Thüringsche Eisenbahn, nebst Staatsverträgen. IX. 611.
20. — *R.* Verlust und Einsendung der Hamburger Brand-Medaille. IX. 648.
27. — — Einwirkung der Gerichtsdirigenten auf die Annahme und Besoldung von Kanzleigehülfen. X. 233.
1. Septbr. *Handels- und Schiffahrtsvertrag* mit Belgien. IX. 581.
6. — *C. O.* Commissionsgebühren der Referendarien etc. X. 354.
9. — *R.* Kranken-, Sterbe- und ähnliche Kassen. X. 24.
9. — *Plen. Beschl.* Wechsel an eigene Ordre, auf einen Nichtwechselfähigen gezogen. IX. 400.
9. — *R.* Gnadengehalt der Militairinvaliden. IX. 417.
10. — — Befugniss der Provinzial-Steuerbehörden zur Festsetzung von Stempelstrafen. X. 340.
11. — — Jahresrechnungsübersichten der Salarienkassen. X. 239.
14. — *C. O.* Bestätigung des beigefügten Regulativs für die Landkasten-Bevollmächtigten in Neuvorpommern. IX. 523.
14. — — Vertretung der Mediatisirten bei Jagdtheilungen in Westphalen. X. 159.
14. — — Gerichtsstand in Zoll- und Steueruntersuchungen. s. Min. Bl. S. 218.
16. — — Verfahren bei Requisitionen in's Ausland und Erlassen an Inländer im Auslande. X. 39.
19. — — Commissionsgebühren der Referendarien etc. X. 354.
22. — — Zusätze zur Instruction für Schiedsmänner. X. 35.
25. — — Ernennung des Justizministers Uhden. IX. 440.
27. — — Bestrafung der Vergehen gegen die Cartelconvention mit Russland. X. 269.

1844.

28. Septbr. *C. O.* Unzulässigkeit der Dispensation zu Ehen in verbotenen Graden. IX. 178.
30. — *Plen. Beschl.* in Betreff der Münsterschen Eigenthumsordnung. IX. 254.
7. Octbr. *R.* Zusätze zur Instruction für Schiedsmänner. X. 35.
8. — — zur *C. O.* v. 28. Septbr. Ehen in verbotenen Graden. IX. 178.
9. — — Gnadengehalt der Militair-Invaliden. IX. 417.
11. — *C. O.* wegen Emission von Actien der Stettiner Eisenbahn. IX. 610.
13. — *R.* Einziehung der Geldstrafen bei Forstfreveln in fremdherrlichen Waldungen. X. 270.
14. — *Verordn.* wegen periodischer Revision des Grundsteuerkatasters im Rheinland und Westphalen. IX. 554.
14. — — Anderweite Regulirung der Grundsteuer in Posen IX. 558.
14. — *Grundsteuer-Remissionsreglement* für Posen. IX. 566.
14. — *Verordn.* Handelsgewicht roher Seide. IX. 26.
15. — *R.* Transport Verhafteter durch Belgien. X. 268.
16. — *Staatsvertrag.* Schiffahrt auf der Lahn. IX. 616.
16. — *R.* Cassation der Stempel-Revisions-Acten. X. 232.
17. — *Ministerial-Bekanntmachung* über mehrere Staatsverträge wegen der Elbschiffahrt. IX. 616.
18. — *Anweisungen* zur Aufnahme der Grundsteuerkataster und Feststellung der Beitrags-Contingente in Posen. IX. 580.
18. — *Statute* mehrerer Handelskammern. IX. 444.
21. — *Regulativ* für das Verfahren bei Obductionen etc. X. 272.
8. Novbr. *C. O.* Concession der Niederschlesischen Zweigbahn Glogau-Sagan. IX. 611.
9. — — wegen Verlust der Landwehrauszeichnung. IX. 548.
10. — *Regulativ* über die Verwaltung des Criminalkosten-Fonds der Gerichte. X. 286.
11. — *C. O.* Beitragspflicht der Gutsbesitzer zur Unterhaltung der Kirchen etc. in der Provinz Sachsen. IX. 465.
11. — *Verordn.* in derselben Angelegenheit. IX. 465.
13. — *C. O.* Aufhebung des Einstands- und Vorkaufsrechts des alten Adels der Oberlausitz. IX. 168.

1844.

15. Novbr. *C. O.* Schutzmassregeln beim Eintrieb von Vieh. IX. 695.
 16. — *R.* Bedingungen zur ersten juristischen Prüfung. X. 219.
 22. — — Veränderungen in Benennungen der Gerichte im Königreich Polen. X. 39.
 22. — *Verordn.* Geschäftsgang und Instanzenzug bei den Auseinandersetzungsbehörden. X. 144.
 23. — *R.* Einlegung der Rechtsmittel. X. 52.
 27. — *C. O.* Anstellung von Gerichtsdienern bei Patrimonial-Gerichten. X. 41.
 29. — *Verordn.* über die Besitzzeit zur Ausübung von ständischen Rechten. IX. 521.
 7. Decbr. *R.* Verfahren bei Militairverwaltungs-Defecten. IX. 452.
 9. — — Berechnung und Erstattung verdorbener Stempel. X. 233.
 13. — *C. O.* Herabsetzung der Zinsen westpreussischer Pfandbriefs-Schuldner. X. 190.
 13. — — Tarife der Schiffsabgaben für Königsberg etc. IX. 617.
 16. — *R.* wegen Verlustes der Landwehrauszeichnung. IX. 548.
 16. — — Verfahren bei Gehaltsabzügen evangelischer Pfarrer, denen ein Amts-Gehülfe bestellt ist. X. 76.
 27. — *C. O.* Stellung der Landtags-Commissarien zu den ständischen Ausschüssen. IX. 517.

1845.

3. Januar. *C. O.* Verwaltung der Familienstiftungen. IX. 192.
 3. — *Gesetz* über Zertheilung von Grundstücken und neue Ansiedelungen. X. 313.
 3. — *C. O.* Eide der Mediatisirten in Prozessen über ihre Domainen. X. 46.
 3. — — Auslegung der Verordnung v. 16. November 1839 wegen der Jagdgerechtigkeiten in vormals französischen Landestheilen. IX. 253.
 4. — — Aufgebot u. Amortisation schlesischer Pfandbriefe. X. 188.
 9. — *Verordn.* Einführung des Gesetzes über die Benutzung der Privatflüsse für die Rheinprovinz. IX. 44.
 17. — *Allgemeine Gewerbeordnung.* IX. 347.

1845.

- 17. Jan. *Entschädigungsgesetz* zur Allg. Gewerbeordnung. IX. 383.
- 24. — *Gesetz* Eintrittsgelder in westphälischen Städten. IX. 343.
- 27. — *R.* Mitwirkung der Geistlichen bei Einreichung der Erziehungsberichte. IX. 631.
- 31. — *Gesetz.* Zulässigkeit der Verträge über unablösliche Geld- und Getreideabgaben. IX. 257.
- 31. — *Plen. Beschl.* Mündliche Abreden neben schriftlichen Verträgen. IX. 22.
- 3. Febr. *Verordn.* Aufhebung der Verordn. vom 28. Juli 1838 (Gemeinheitstheilungen) im Allensteiner Kreise. IX. 142.
- 5. — *C. O.* Unterzeichnung der Verfügungen des Justizministeriums durch die beiden Directoren. IX. 441.
- 7. — — Aufhebung der Unfähigkeit der Personen bäuerlichen Standes zum Erwerb von Lehnrittergütern in ehemals sächsischen Landestheilen. IX. 30. u. 31.
- 7. — — Aufgebot von Ansprüchen an die Bank vor 1810. X. 198.
- 7. — *R.* Befugniss der Regierungen und Provinzial-Steuerdirectoren zur Sistirung angetretener Steuerstrafen. X. 128.
- 12. — — Auslegung des *Plen. Beschl.* vom 22. März 1841. (Min. Bl. 212.) wegen Mitnutzung der Gemeindegünde. IX. 241.
- 14. — *C. O.* Entbindung der Seehandlung von Ankauf überseeischen Salzes. IX. 601.
- 14. — — Einzugs- und Bürgegelder in Westphalen. IX. 344.
- 16. — *R.* Gebühren der Beamten für Geschäfte am Gerichtsorte. X. 354.
- 21. — *C. O.* Verleihung der revid. Städteordn. an Koronowo. IX. 346.
- 21. — — Berichtigung des Besitztitels von den Seitens des Fiscus angekauften Grundstücken. X. 309.
- 24. — *R.* Verfahren in Begnadigungssachen von Strafgefangenen. X. 280.
- 25. — — Befugniss der Verwaltungsbehörden, allgemeine Polizeiverordnungen und Strafbestimmungen zu erlassen. IX. 545.
- 28. — *Verordn.* Einrichtung des Berghypothekenwesens in Westphalen. X. 289.

1845.

28. Febr. *C. O.* Concession u. Bestät. der Berlin-Hamburger Eisenbahngesellschaft. IX. 611.
28. — *Plen. Beschl.* Form der Privat-Inventarien. IX. 98.
28. — — Bürgschaften der Frauenzimmer. IX. 130.
7. März. *Fischereiordnung* für die Provinz Posen. IX. 45.
7. — — desgl. für die Binnengewässer in Preussen. IX. 51.
7. — — desgl. für das frische Haff. IX. 58.
7. — — desgl. für das kurische Haff. IX. 76.
7. — *Gesetz* über die Verpflichtung des Fiscus Zögerungszinsen zu zahlen. IX. 118.
7. — — zur Erleichterung des Verfahrens bei Berichtigung des Besitztitels. X. 308.
7. — *C. O.* Bestätigung der Berliner Land- und Wasser-Transportgesellschaft. IX. 205.
7. — *Verordn.* Ergänzung der Verordn. v. 25. März 1841, Befugnisse der Kreisstände in Brandenburg etc. IX. 533.
10. — — Verlust ausländischer Orden und Ehrenzeichen. IX. 649.
11. — *R.* Anlegung der unter 10 Thlr. betragenden Depositalkassen der Patr. Gerichte bei der Bank. X. 332.
12. — — Erziehungsberichte. IX. 631.
14. — *C. O.* Decl. der §§. 8. u. 11. Nr. 2. der Verordn. vom 23. Februar 1843 (Censurbehörden.) IX. 439.
17. — *R.* betreffend das Regulativ über das Verfahren bei Obductionen. X. 272.
19. — — Vergütung der Kosten für Dienstreisen. X. 355.
21. — *Instruction* zur Ausführung der Verordn. wegen Einrichtung des Berghypothekenwesens in Westphalen. X. 296.
28. — *C. O.* wegen der Coupons und Talons der pommer-schen Pfandbriefe. X. 188.
31. — *R.* Zuziehung von Sachverständigen bei der Instruction namentlich über kaufmännische Sachen. X. 96.
3. April. *C. O.* und Strafgesetzbuch für das preussische Heer. IX. 748.
4. — — Benennung Fürstenthum Neuenburg u. Valendis. X. 38.
4. — — Bestätigung des Nachtrags zum Statut des Sterbekassenvereins zu Breslau. IX. 207.

1845.

4. April. *Privil.* für Berlin zur Ausgabe von Stadtoptionen.
IX. 117.
11. — *Gesindeordnung* für Neuvorpommern und Rügen.
IX. 199.
11. — *C. O.* Belegungen bei der Bank nur in Courant. X.
332.
11. — *Plen. Beschl.* Nothwendiger Eid. X. 48.
16. — *R.* wegen Einreichung der Uebersichten und Tabellen
der Gerichte. X. 234.
- ⁹/₁₈. — *C. O.* und Reglement für die Schuldentilgungskasse
in den Kreisen Mühlhausen, Heiligenstadt etc.
IX. 264.
21. — — Bürgerversorgungsanstalt zu Breslau. IX. 207.
25. — — Decl. Berechnung der Laudemien. IX. 160.
2. Mai. — Sterbekassenverein zu Königsberg in Preussen.
IX. 207.
2. — — Remuneration für Besorgung von Feuersocietäts-
geschäften. IX. 410.
2. — — Concession u. Bestät. für die Prinz Wilhelm-Ei-
senbahngesellschaft. IX. 611.
2. — — desgl. für die Cottbus-Schwielochsee Eisenbahn.
IX. 611.
3. — — desgl. für die Stettiner Stromversicherungs-Gesell-
schaft. IX. 205.
7. — *Bestätigungs-Ordre* für den zoologischen Garten
etc. IX. 205.
16. — *C. O.* Gebühren bei Executionen der Kreisjustizräthe.
X. 359.
16. — — Decl. des Crossener Brückgeld-Tarifs. IX. 617.
16. — — Vertretung der Grafen Stollberg bei Jagdtheilun-
gen. X. 170.
17. — *R.* nebst Anlage, Werthstempel-Tantième. X. 285.
23. — *C. O.* Rechte der Familienstiftungen. IX. 193.
26. — — nebst Anlage, aussergerichtl. Versteigerungen von
Grundstücken. IX. 383.
26. — *R.* Denunciationen der Gendarmen wegen Widersetz-
lichkeit. X. 100.
26. — — Schlusstermin in summarischen Untersuchungen
bei Patrimonialgerichten. X. 243.
30. — — Kosten für Gefängnis-Utensilien und Reparaturen
der Gerichtslocale. X. 235.
30. — *Plen. Beschl.* Processschriften bei Nichtigkeitssachen.
X. 63.

1845.

3. Juni. *R.* Executionen durch Kreis-Justizräthe. X. 359.
8. — — Verfahren bei Anzeigen von Beleidigungen und Widersetzlichkeiten gegen Gendarmen. X. 100.
13. — — Oeffentliche Bekanntmachung der Straferkenntnisse wegen Beschädigung eines Menschen durch Unvorsichtigkeit mit Schiessgewehren. IX. 684.
21. — *Gebührentaxe* für die gerichtlichen Auctionscommissare. X. 349.
23. — *Handelsvertrag* mit Sardinien. IX. 581.
27. — *C. O.* Präclusionstermin zur Liquidirung von Forderungen aus dem Jahre 1808 etc. IX. 551.
27. — — Gebühren kaufmännischer Revisoren in Berlin. X. 353.
27. — *Verordn.* Ressortverhältnisse der Provinzial-Behörden für das evangelische Kirchenwesen. IX. 446.
27. — — desgl. in katholisch-kirchlichen Angelegenheiten. IX. 448.
27. — *C. O.* Genehmigung der Vereinigung der Berlin-Frankfurter Eisenbahn mit der Niederschlesischen. IX. 610.
27. — *Plen. Beschl.* Veräusserungsrecht des überlebenden Ehegatten bei Gütergemeinschaft in Westphalen. IX. 257.
27. — — Einreden gegen die Gültigkeit der Wahl von Vorstandsbeamten der Corporationen. X. 23.
30. — — *C. O.* Auslegung des §. 47. Tit. I. der Depositalordnung. X. 329.
30. — *Verordn.* Beitreibung der Steuern in Westphalen. X. 7.
4. Juli. *Genehmigungsurkunde* der Zusatzartikel XVI. u. XVII. zur Rheinschifffahrtsacte vom 31. März 1831. IX. 615.
6. — *Verordn.* wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen in Landen des gemeinen Rechts. IX. 100.
6. — *Bestät. Urkunde* für die Ruhrorter Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft. IX. 205.
7. — *C. O.* betr. die nur bedingt ritterfähigen Güter und deren Subhastation. X. 204.
11. — *Gesetz* Aufhebung der schlesischen Provinzialgesetze über Erbfolge und eheliche Güterverhältnisse. IX. 14.
11. — — Lehns- und Successionsregister in Pommern. X. 297.

1845.

11. Juli. *Decl.* Errichtung von Familienschlüssen über pomersche Lehne. IX. 154.
11. — *C. O.* Vermögensverwaltung der Kirchen, Pfarren etc. nach märkischem Provinzialrecht. IX. 461.
11. — — Zinsen schlesischer Pfandbriefe. X. 187.
11. — *Gesetz* über das Verfahren bei Aufnahme von Notariats-Urkunden. X. 224.
11. — — über die Form einiger Rechtsgeschäfte. X. 207.
11. — *Verordn.* betr. die neuen Ansiedelungen in Westphalen. IX. 214.
11. — *C. O.* Genehmigung der Zweigbahn der Cöln-Mindener Eisenbahn. IX. 611.
11. — — Wiederherstellung der Grundacten etc. zu Wedebach. X. 324.
12. — *R.* mit dem Regulativ über die Verwaltung des Criminalkostenfonds der Gerichte. X. 286.
13. — *R.* Stempel- und Sportelfreiheit in Eisenbahn-Angelegenheiten. X. 337.
17. — — Competenz der Steuer-Untersuchungsrichter. X. 100.
18. — *Gesetz.* Ablösung der Dienste in Provinz Sachsen. IX. 258.
18. — *C. O.* Stempelsteuer bei Fideicommiss- und Familien-Stiftungen. X. 341.
23. — *Generalconcession* für die Alt-Lutheraner. IX. 457.
23. — *Verordn.* Abänderungen des Gesetzes vom 21. April. 1825 (Ablösungen) in der Altmark. IX. 246.
23. — — desgl. im Herzogthum Magdeburg. IX. 247.
23. — *Gemeindeordnung* für die Rheinprovinz. IX. 241.
31. — *R.* Abwicklung der bei den Stempelrevisionen gezogenen Defecte. X. 339.
1. August. — Klagen der Handlungsfirmen. X. 24.
3. — *Verordn.* Abänderung des §. 1. der C. O. vom 30. November 1840. für Posen (Taxordnung). X. 214.
4. — *R.* nebst Beilage über den Begriff des strafbaren Abforderns ungerechtfertigter Gebührensätze. X. 361.
11. — *C. O.* Anwendung der C. O. v. 3. Januar c. Eide der Mediatisirten. X. 47.
12. — *R.* Auslegung des §. 47. Tit. I. der Depositallordn. X. 329.
17. — *Concess. u. Bestät. Urkunde* für die Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft. IX. 611.

1845.

20. August. *Vertrag* mit Frankreich wegen Auslieferung flüchtiger Verbrecher. X. 269.
30. — *R.* Prodigalitäts-Erklärung eines Minderjährigen. X. 129.
2. Septbr. *Genehmigungs- u. Bestüt. Urk.* der Jüterbogk-Risaer Zweigbahn. IX. 610.
9. — *R.* Auslagen bei postamtlichen Insinuationen in unzählbaren Sachen. X. 236.
12. — *Plen. Beschl.* Appellations- und Revisions-Summe bei Schuldklagen aus gewerblichem Verkehr. X. 57.
15. — *C. O.* Cautionen der Führer und Maschinenwärter der Rheindampfschiffe. IX. 615.
19. — *Plen. Beschl.* Recht der Gläubiger, eine vorstehende Hypothek als ungültig anzufechten. IX. 166. und X. 173.
19. — — Klagen aus Lieferungsverträgen. IX. 119.
19. — — Präjudicialeinreden in höhern Instanzen. X. 44.
19. — *R.* Feststellung der Gnadengehaltszuschüsse, jährliche Nachweisung der im Civildienst versorgten Militairs, Einsendung verwirkter Civil-Versorgungsscheine. IX. 417.
23. — *Instr.* des Kurmärkischen Puppillencollegii wegen Einreichung der Erziehungsberichte. IX. 631.
26. — *C. O.* Kassation der Beamten. IX. 678.
26. — *Verordn.* Antichretische Pfandverträge in Pommern. IX. 162.
26. — *C. O.* Legitimation der Quästuren zur Einklagung der Honorare. X. 36.
27. — — Strafen des Zweikampfs zwischen Officiern und Nichtofficiern. IX. 682.
29. — *Plen. Beschl.* Nachträgliche Forderung von Verzugszinsen. IX. 118.
3. Octbr. *C. O.* Stempel zu Lehrcontracten. X. 342.
5. — *R.* Vereidigung der Privat-Forstbeamten. IX. 690.
8. — — Haftung der Amtscautions für die Vertretungskosten während der Suspension. IX. 433.
12. — — Diäten der Oberlandesgerichts-Civilsupernumerarien bei commissarischen auswärtigen Geschäften. X. 354.
16. — *Staatsvertrag* der Zollvereinsstaaten mit Hannover etc., wegen Beförderung der Verkehrsverhältnisse, Unterdrückung des Schleichhandels etc. IX. 581.

1845.

17. Octbr. *C. O.* zu §. 10. des Regulat. v. 7. Juni 1844 (Chausse-contravention). X. 124.
17. — *Plen. Beschl.* Neue Anbauer und deren Rechte. IX. 241.
18. — *Zolltarif* für 1846 — 1848. IX. 582.
24. — *R.* Controlirung der Postscheine und Quittungen bei der Kassenverwaltung. X. 240.
24. — *Plen. Beschl.* Respittage bei domicilirten Wechseln. IX. 403.
24. — *C. O.* Herabsetzung des Durchgangszolls von Getreide auf der Weichsel und dem Niemen. IX. 617.
26. — *R.* Erziehungsberichte. IX. 631.
31. — *C. O.* Familiennamen der Juden. IX. 17.
31. — *Gesetz.* Ablösung der Dienste in Schlesien. IX. 260.
31. — *C. O.* Bestätigung der Preuss. National-Versicherungsgesellschaft zu Stettin. IX. 205.
2. Novbr. — wegen des Fährgeldes bei Neuwied. IX. 617.
5. — *R.* Vertretung der Landgemeinden in Westphalen in Prozessen. IX. 213.
7. — *C. O.* Veröffentlichung von Immediatgesuchen und Adressen. IX. 666.
7. — — und *Verordn.*, betr. die Feuersocietäten in Westphalen und Sachsen. IX. 409. 410.
7. — — Meliorationsanlagen der Allensteiner Kreiscorporation. IX. 615.
10. — *R.* Werthstempel bei Erbauseinandersetzungen. X. 338.
14. — *Verordn.* Abänderungen des Reglements für die Feuersocietäten der Städte im Regierungsbezirk Gumbinnen und Königsberg. IX. 410.
15. — *C. O.* Executionen durch Kreis-Justizräthe. X. 216.
21. — *Plen. Beschl.* Recurs in Possessoriensachen unter 50 Rthlr. X. 97.
21. — *Reglement* für die ritterschaftliche Feuersocietät des Fürstenthums Halberstadt. IX. 410.
21. — *C. O.* mit Regulativ über Schiffsgefässe etc. zwischen Oder und Spree. IX. 616.
23. — *R.* Gerichtsstand des Fiscus in Civilprozessen. X. 27.
25. — *Bekanntmachung* über die Convention mit Oldenburg wegen Auslieferung desertirter Matrosen. X. 269.
25. Novbr. *Convention* mit Reuss-Plauen älterer Linie zur Beförderung der Rechtspflege. X. 39.
10. Decbr.

1845.

28. Novbr. *C. O.* betr. das Trauerreglement v. 7. Octbr. 1797. IX. 182.
5. Decbr. — Pauschquantum für Trinkgelder etc. bei Dienstreisen. X. 355.
5. — — Eidesleistungen fürstlicher Personen. X. 47.
5. — *Verordn.* Publication der Bundesbeschlüsse vom 5. Juli 1832 für die Provinz Preussen und Posen. IX. 670.
11. — — wegen Ausdehnung der *Verordn.* v. 23. Juli 1845 auf die übrigen vormals westphälischen Theile von der Provinz Sachsen. IX. 249.
11. — *Schulordn.* für die Elementarschulen der Provinz Preussen. IX. 475.
11. — *C. O.* Declaration betr. die Unterzeichnung der Protocolle beim mündlichen Verfahren. X. 138.
17. — *R.* Befugniss des Ehemannes, seiner eigenmächtig getrennt lebenden Ehefrau die mitgenommenen Wirthschaftssachen abzunehmen, und Pflicht der Polizei zur Hülfeleistung. IX. 180.
19. — *Verordn.* Verfahren bei ständischen Wahlen im Stande der Landgemeinden der Provinz Posen. IX. 529.
19. — *Plen. Beschl.* Unterschriften der Wechsel. IX. 400.
23. — *R.* Competenz der Polizei und Gerichte in Bezug auf Contraventionen gegen die Gewerbeordnung. IX. 383.
23. — *C. O.* Ausschlüssung auswärts geweihter Priester von Anstellungen. IX. 459.
31. — — Allgemeine Militairpflicht der Juden. IX. 415.

1846.

2. Jan. *R.* Gebühren und Fuhrkosten der Oeconomie-Commissarien. X. 353.
3. — *C. O.* Gütertransport über 100 Pfund. IX. 619.
9. — *Plen. Beschl.* Hypothekenrechte des Gemeinschuldners. IX. 140.
9. — *C. O.* Titulatur der Erzbischöfe von Cöln und Posen. X. 38.
14. — — Vertretung der Directoren im Justizministerium. IX. 441.
16. — *Publ. Pat.* des Bundesbeschlusses wegen des Nachdrucks. IX. 124.

1846.

16. Jan. *Plen. Beschl.* Uebertragung von Anerbenrechten in Westphalen. IX. 250.
16. — — Cession der Rechte aus Kaufverträgen. IX. 111.
20. — *R.* Verwaltung der Kostenvorschüsse bei den Salarienkassen. X. 237.
23. — *Plen. Beschl.* Compensation im Concurse. IX. 138.
23. — *Verordn.* Anstellung von Militair-Invaliden im Dienste pommerscher Städte. IX. 416.
23. — *Gesetz.* Zusammenberufung der Kirchengemeinden. IX. 456.
23. — — Aufgebots- und Präclusionsverfahren in Entwässerungsangelegenheiten. IX. 611.
30. — *C. O.* Bestätigung der Aachen-Mastrichter Eisenbahngesellschaft. IX. 611.
30. — — Anwendung des Gesetzes vom 6. Jan. 1843 wegen der Landstreicher. IX. 645.
30. — *Verordn.* Geistliche Abgaben im Marienburger Werder. IX. 462.
8. Febr. *C. O.* Weiterführung der Oberschlesischen Eisenbahn bis zur Landesgränze. IX. 610.
8. — — Verlagsverbot für eine Buchhandlung zu Zürich. IX. 653.
18. — *R.* Ablieferung erbloser Verlassenschaftsmassen an die Verwaltungskassen. X. 238.
20. — *C. O.* Anziehzeit des Landgesindes in Sachsen. IX. 199.
20. — — zum Feuersocietäts-Reglement für Posen. IX. 410.
27. — — nebst *Regulativ*, Befähigung zu den höhern Verwaltungs-Aemtern. IX. 419.
28. — *Plen. Beschl.* Form der Nachlass-Inventarien. IX. 98.
4. März. *C. O.* Bestätigung der Stargard-Posener Eisenbahngesellschaft. IX. 611.
4. — — desgl. der Münster-Hammer Eisenbahngesellschaft. IX. 611.
5. — *R.* Alimentenvorschüsse beim Personalarrest. X. 78.
13. — — Degradation gegen Unterofficiere. IX. 679.
13. — *C. O.* Bestätigung der Neisse-Brieger Eisenbahngesellschaft. IX. 611.
20. — — Censur der in polnischer Sprache erscheinenden Druckschriften über 20 Bogen. IX. 654.
20. — *Plen. Beschl.* Haftung für Depositat-Defecte. IX. 625.

1846.

26. März. *R.* Executionsbefugnisse der Verwaltungsbehörden. X. 70.
3. April. *Gesetz.* Publication der Gesetze. IX. 545.
6. — *Verordn.* Untersuchungen wegen Aufruhrs und Tumults. IX. 652.
9. — — Befugnisse der Kreisstände in der Rheinprovinz. IX. 543.
9. — *R.* Abstellung der Verzögerungen bei der dritten juristischen Prüfung. X. 220.
9. — *Plen. Beschl.* Einwand nicht erhaltener Valuta bei trockenen Wechselln. IX. 404.
11. — *C. O.* Ausgabe von Banknoten. IX. 134.
11. — *Verordn.* Beitragspflicht zur Unterhaltung der Kirchengebäude in der Oberlausitz. IX. 470.
17. — *C. O.* Charité-Krankenhaus zu Berlin. IX. 440.
24. — — Verleihung der Städteordnung an Neu-Klötze. IX. 346.
24. — *Gesetz.* Vereidigung von Stellvertretern der Polizeigerichtsherrn. IX. 623.
24. — *Instr.* für die Gerichts-Commissionen im Departement Paderborn. X. 215.
27. — *R.* Beschleunigung der Berichte über die Referendariats-Prüfung. X. 220.
30. — — Theilnahmerecht an Geldstrafen wegen Rheinzoll-Defraudation. IX. 616.
18. Mai. — Differenzen mit Steuerbehörden wegen Auslegung des Stempelgesetzes. X. 340.
22. — *Feuersocietäts-Reglement* für Königsberg. IX. 410.
25. — *R.* Zahlungen der Salarienkassen für die Büreaukasse des Justizministeriums. X. 237.
26. — *Handelsvertrag* mit Dänemark. IX. 616.
28. — *Declar.* zur *Verordn.* über die Anwendung der Kriegsartikel. IX. 748.
1. Juni. *R.* Parcellirungsverträge vor Kreis-Justizräthen. X. 217.
5. — — Stempelpflichtigkeit der Kaufverhandlungen über Nachlassgrundstücke. X. 338.
8. — — Zuziehung des Fiscus zu Streitsachen über Gewerbeabgaben. IX. 380.
8. — *C. O.* Verwaltung des Landarmenwesens in der Niederlausitz und im Cottbusser Kreise. IX. 643.
8. — *R.* Verwendung des Arbeitsverdienstes der Gefangenen. X. 266.

1846.

11. Juni. *C. O.* Mittheilung ehrengerichtlicher Erkenntnisse an die vorgesetzte Civilbehörde des Angeklagten. X. 112.
19. — *Verordn.* Provinzialstände in Westphalen. IX. 514.
19. — — Provinzialstände in der Rheinprovinz. IX. 516.
23. — *R.* Einreichung beglaubigter Abschriften von Parcelirungsverträgen zu den Hypothekenacten und an den Landrath oder Magistrat. X. 320.
25. — — Transport der Gefangenen. X. 280.
26. — *Convention* mit Belgien wegen Unterdrückung des Schleichhandels. X. 270.
28. — *R.* Berechnung über den Debit des Stempelpapiers. X. 233.
1. Juli. — Zulassung zur ersten juristischen Prüfung. X. 219.
- 4 — *C. O.* Bestätigung der Thüringschen Verbindungs-Eisenbahn. IX. 611.
10. — *Declar.* betr. die Ablieferung dorfgerichtlicher Testamente. X. 210.
13. — *R.* Zulassung zur *cessio honorum*. X. 171.
16. — *C. O.* Controle über Ausfertigung der Banknoten. IX. 600.
17. — *Land-Feuersocietäts-Reglement* für die Neumark. IX. 410.
17. — *Gesetz* betr. das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Criminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen. X. 243.
21. — *Verordn.* über das Verfahren in Civilprozessen. X. 82.
21. — *Gesetz.* Bau und Unterhaltung der Schul- und Küstergebäude. IX. 490.
27. — *R.* Stellung der Consulate in der Türkei, Moldau etc. X. 44.
29. — — Anstellung jüdischer Unterofficiere im Subalterndienst. X. 233.
7. August. *C. O.* Vernehmung ein für allemal vereideter Boniteurs auf ihren Sachverständigeneid. X. 212.
7. — *Verordn.* Besteuerung inländischen Rübenzuckers. IX. 585.
7. — — Gewerbegerichte in der Rheinprovinz. X. 28.
7. — *Declar.* des §. 2. des Gesetzes über die Zertheilung von Grundstücken. X. 319.
14. — *C. O.* Behandlung der Strafaussetzungs-Gesuche. X. 281.

1846.

14. August. *C. O.* Dollmetschergebühren und Uebersetzungskosten in gewissen Landestheilen. X. 349.
28. — — Auslegung des §. 19. der Crim. Ordn., Competenz der Untergerichte. X. 265.
3. Septbr. *Plen. Beschl.* Prioritätsstreit über einzelne Executions-Gegenstände. X. 180.
11. — — *C. O.* Unzulässigkeit von Gebühren der Geistlichen für Sühneveruche. X. 356.
23. — — *R.* Zurücknahme des Antrags auf richterliches Verfahren gegen Verwaltungs-Strafresolute. X. 124.
23. — — Werthermittlung von Nachlassgrundstücken. X. 337.
26. — — *C. O.* betr. die Verbrechen gegen das Münzregal. X. 270.
5. Octbr. *Bankordnung* (Extract betr. den Depositatverkehr). X. 333.
5. — — *C. O.* Schiedsgericht in Renn-Angelegenheiten. X. 34.
11. — — Kostenansatz in Prioritätsstreitigkeiten. X. 348.
15. — — *R.* Vorhaltung bei Vorlegung der Generalfragen in Zeugenvernehmungen. X. 273.
19. — — Unterschiede des Disciplinar- und des Strafverfahrens gegen Beamte. X. 112.
5. Novbr. — Wegfall der Verabfolgung freien Bauholzes zu Justizbauten. X. 235.
5. — — Stempelstrafen gegen Notare. X. 339.
16. — — *C. O.* Competenzverhältnisse zwischen dem Tribunal zu Königsberg und den Oberlandesgerichten zu Königsberg und Marienwerder. X. 1.
16. — — *R.* Anfertigung der Geschäftsübersichten und Tabellen. X. 234.
23. — — Meldung der Parteien zum geistlichen Sühneveruch. X. 138.
25. — — Beschlagnahme falscher Münzen durch die Gerichte. X. 272.
30. — — Untersuchung des Gesundheitszustandes von Gefangenen. X. 279.
30. — — Dollmetschergebühren und Uebersetzungskosten in gewissen Landestheilen. X. 350.
17. Decbr. — Fassung der Straferkenntnisse bei Degradation von Militair-Invaliden. X. 275.
21. — — betr. die Allerh. Bestätigung der Erkenntnisse auf Verlust der Officiercharge. X. 275.

1846.

21. Decbr. *Declar.* zu §. 20. der Crim. Ordn. wegen der Kosten. X. 265.
 28. — *R.* betr. die Convention mit den Niederlanden wegen der Untersuchungskosten. X. 269.
 28. — *Gesetz.* Stempel- und Gerichts-Kosten in Vormundschaften und Curatelen. X. 346.

1847.

3. April. *Gesetz.* Errichtung von Handelsgerichten und deren Competenz. X. 28.
 7. — *C. O.* betr. die Oeffentlichkeit des Verfahrens in Civilprozessen. X. 92.
 7. — betr. die Oeffentlichkeit in den nach dem Gesetz vom 17. Juli 1846 zu führenden Untersuchungen. X. 264.
 8. — *Gesetz.* Verfahren in Competenzconflicten zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden. X. 2.
 8. — — Glaubwürdigkeit der zur Anfrechthaltung der Ordnung commandirten Militairpersonen. X. 274.
 9. Juni. *C. O.* Annahme der Preuss. Banknoten bei allen Königl. Kassen. X. 330.
 26. Juli. — Anwendung der bestehenden Sporteltaxen auf die neueren Prozessverordnungen. X. 363.

1. Die Bedeutung der Kunst für die Menschheit. 1. 1.
2. Die Kunst als Spiegel der Zeit. 1. 2.
3. Die Kunst als Ausdruck der Seele. 1. 3.
4. Die Kunst als Mittel der Erziehung. 1. 4.
5. Die Kunst als Quelle der Freude. 1. 5.
6. Die Kunst als Werkzeug der Wissenschaft. 1. 6.
7. Die Kunst als Form der Religion. 1. 7.
8. Die Kunst als Ausdruck der Nation. 1. 8.
9. Die Kunst als Mittel der Politik. 1. 9.
10. Die Kunst als Quelle der Moral. 1. 10.

Die Kunst ist ein Spiegel der Zeit, ein Ausdruck der Seele, ein Mittel der Erziehung, eine Quelle der Freude, ein Werkzeug der Wissenschaft, eine Form der Religion, ein Ausdruck der Nation, ein Mittel der Politik, eine Quelle der Moral.



de la Moge



Mannkopff, Adolph Julius [Herausgeber]

Ergänzungen und Abänderungen der preussischen Gesetz-Bücher

Bd.: 10

Berlin 1847

J.germ. 123 p-10

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10551954-3